This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

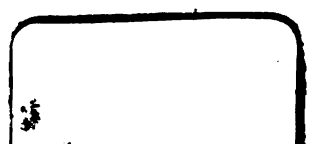
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

RARIES
4971 2



AN
(BISMARCK.)
Kohl

Bismarck-Jahrbuch.

Bismarck-Jahrbuch.

Herausgegeben

von

Horst Kohl.

Sechster Band.

PUBLIC LIBRARY

Leipzig,
G. J. Göschen'sche Verlagshandlung.
1899.

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY
122776
ASTOR, LENOX AND
TILDEN FOUNDATIONS.
R 1899 L

Von dieſem Werke ſind zehn nummerirte Exemplare auf Büttenpapier gedruckt und in Pergament gebunden worden, welche zum Preiſe von je M. 36. —. direkt von der Verlagshandlung zu beziehen ſind.

NEW YORK
PUBLIC
LIBRARY

Inhalt.

Seite

I. Urkunden und Briefe . . . . . 1—240

1. Verhandlungen über die Begründung einer Zeitung zur Wahrnehmung ständischer Interessen 1847 3
2. Ein Schreiben G. Coquis an Herrn von Bismarck-Schönhausen 1847 7
3. Ein Schreiben Bismarcks an Generallieutenant v. Prittwitz 1848 8
4. Zwei Zeitungsartikel Bismarcks 1848 10
5. Ein Schreiben Bismarcks an König Friedrich Wilhelm IV. 1848 16
6. Sechs Briefe des Cabinetsraths v. Niebuhr an Bismarck 1851—1855 18
7. Sechsunddreißig Briefe des Herrn v. Savigny an Bismarck 1857—1859. 1863—1867 25
8. Schreiben Friedrich Wilhelms IV. an Kaiser Franz Joseph 1852 50
9. Aus dem Briefwechsel des Herrn v. Balan mit Bismarck 1855—1858. 1864. 1865. 1873 52
10. Ein Brief Leopolds v. Gerlach an Bismarck 1857 . . . 83
11. Ein Brief Ottos v. Manteuffel an Bismarck 1858 . . . 88
12. Ein Brief des Barons v. Werther an Bismarck 1859 . . 89
13. Ein Brief Bismarcks an Finanzminister v. Patow 1859 . 93
14. Ein Brief Bismarcks an Freiherrn v. Budberg 1859 . . 94
15. Aus dem Briefwechsel des Prinzen Friedrich Karl mit Bismarck 1859 95
16. Entwurf zu einer Erklärung Preußens am Bunde 1860 . 99
17. Drei Briefe des Ministers Rudolf von Auerswald an Bismarck 1860. 1861 102
18. Aus dem Briefwechsel zwischen Graf Bernstorff und Bismarck 1856—1871 105
19. Vier Briefe Adalberts v. Roon an Bismarck 1861. 1868. 1869 194
20. Ein Brief Bismarcks an den Oberpräsidenten Herrn v. Senfft-Pilsach 1863 200
21. Ein Schreiben Bismarcks an den König Wilhelm 1865 . 202
22. Ein Schreiben König Wilhelms an Bismarck 1865 . . . 203

Seite

23. Ein Concept zu einem Briefe des Königs Wilhelm an Napoleon III. von der Hand Bismarcks 1868 204
24. Ein Brief Bismarcks an den Minister v. Bodelschwingh 1868 . 205
25. Ein Brief Bismarcks an Minister Frhrn. v. Friesen 1869 . 206
26. Ein Brief Bancrofts an Bismarck nebst Bismarcks Antwort 1869 207
27. Ein Brief des Frhrn. v. Friesen an Bismarck 1872 . . . 208
28. Zwei Denkschriften des Geheimen Oberregierungsraths H. Wagener 1872. 1874 209
29. Ein Schreiben Bismarcks an Kaiser Wilhelm 1874 . . . 227
30. Ein Brief des Generallieutenants v. Suckow an Bismarck 1874 227
31. Ein Brief Bismarcks an Landrichter Stroßenreuter 1874 . 228
32. Ein Schreiben in Bismarcks Auftrag an Staatsminister Hofmann 1877 229
33. Ein Brief der Wittwe des Feldzeugmeisters Benedek an Bismarck 1881 230
34. Ein Brief Bismarcks an Staatsminister Graf v. Bassewitz 1885 230
35. Neun Briefe Bismarcks an seinen Sohn Herbert 1858. 1862. 1870. 1890. 1893 231
36. Schreiben Bismarcks an Admiral Tirpitz 1897 240

II. Aufsätze . . . . . 241—335
1. Neubauer, Stein und Bismarck 243
2. v. Petersdorff, Fürst Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" und Treitschkes „Politik" 271
3. Kohl, Zur Bismarcklitteratur 309

III. Chronik vom 1. Januar bis 31. Dezember 1898 . 336—410

a. Nachträge zu früheren Bänden.

Schreiben Bismarcks an Generallieutenant v. Quistorp 27. Juli 1894 337
Schreiben Bismarcks an den Vorsitzenden der Frauen-Bismarck-Spende 2. Mai 1895 339
Bismarcks letztwillige Verfügung 15. Juni 1896 339
Urkunde zu dem Bismarck-Denkmal auf dem Feldberge 12. Juli 1896 340
Schreiben Bismarcks an Schriftsteller H. Heiberg 8. Februar 1897 340
Schreiben Bismarcks (i. A. Chrysander) an die Schriftstellerin Frl. E. Schröder 9. December 1897 340
Schreiben Bismarcks an Director R. Petersen 22. December 1897 340

b. Chronik 1898.

Oeffentliche Danksagung Bismarcks 2. Januar 1898 342
Zum Befinden des Fürsten Bismarck (Hamb. Nachr.) 3. Januar 1898 342

Seite

Telegramm Bismarcks an Crispi 8. Januar 1898 342
Schreiben Bismarcks an Herrn v. Kardorff 8. Januar 1898 . 343
Schreiben Bismarcks an den Gemeindevorstand von Deutsch-Wilmersdorf 8. Januar 1898 343
Der Reporter des „Hamburger Correspondenten" in Friedrichsruh (Hamb. Nachr.) 9. Januar 1898 . . 343
Reporter in Friedrichsruh (Hamb. Nachr.) 12. Januar 1898 343
Die politische Haltung der „Hamburger Nachrichten" (Hamb. Nachr.) 13. Januar 1898 345
Telegramm Bismarcks an Reichsrath v. Haßler 14. Januar 1898 346
Preßerfindungen (Hamb. Nachr.) 17. Januar 1898 . . . 346
Deutschland und die Candidatur des Prinzen Georg von Griechenland (Hamb. Nachr.) 20. Januar 1898 . 347
Schreiben Bismarcks an ? über die Candidatur des Dr. Semler 21. Januar 1898 347
Telegramm von Mitgliedern des Bundes der Landwirthe in Naugard 26. Januar 1898 347
Antwort Bismarcks an die Naugarder Landwirthe 26. Januar 1898 348
Zum Befinden des Fürsten Bismarck (Hamb. Nachr.) 31. Januar 1898 348
Telegramm Bismarcks an Frhrn. v. Manteuffel 2. Februar 1898 348
Begrüßungstelegramm des reichsdeutschen Vereins „Niederwald" 6. Februar 1898 348
Begrüßungstelegramm des Bezirksvereins Berlin des deutschen Eisenbahnbeamten-Vereins 7. Februar 1898 349
Telegramm Bismarcks an Herrn v. Kardorff 10. Februar 1898 349
Kalnokys größtes Verdienst (Hamb. Nachr.) 15. Februar 1898 349
Begrüßungstelegramm des nationalliberalen Parteitags in Magdeburg 20. Februar 1898 349
Antwort Bismarcks 20. Februar 1898 350
Schreiben Bismarcks an Ernst Scherenberg 20. Februar 1898 350
Schreiben Bismarcks an Gemeindevorsteher Rahmsdorf 22. Febr. 1898 350
Schutz der Reichsverfassung (Hamb. Nachr.) 23. Februar 1898 350
Begrüßungstelegramm des Vereins deutscher Eisenhüttenleute 28 Februar 1898 352
Antwort Bismarcks 28. Februar 1898 352
Schreiben Bismarcks an Landrichter Schwartz 28. Febr. 1898. 352
Schreiben Bismarcks an Geh. Finanzrath Jencke ? Februar 1898 353
Aufruf zur Sammlung 11. März 1898 353
Telegramm der Versammlung der Vertrauensmänner der conservativen Partei der Provinz Sachsen 13. März 1898 . 354

Seite

Antwort Bismarcks 13. März 1898 354
Schreiben Bismarcks an Landrath Fromme 13. März 1898 . . 354
Telegramm der Geogr. Gesellschaft zu Hamburg 17. März 1898 354
Schreiben des Grafen Rantzau an den Vorsitzenden des Hamb. Reichstagswahlvereins 18. März 1898 355
Kein Maulkorbgesetz (Hamb. Nachr.) 18. März 1898 . . 355
Telegramm Bismarcks an Oberbürgermstr. Kaiser 21. März 1898 356
Begrüßungstelegramm der Schleswig-Holsteiner 24. März 1898 356
Trinkspruch des Kaisers auf Fürst Bismarck 25. März 1898 . 357
Begrüßungstelegramm der Bürgerschaft Kölns 25. März 1898 357
Antwort Bismarcks 25. März 1898 357
Begrüßungstelegramm Arnswalder Bürger 25. März 1898 . 357
Begrüßungstelegramm des conservativen Centralvereins Görlitz 25. März 1898 358
Begrüßungstelegramm Görlitzer Verehrer 25. März 1898 . . 358
Begrüßungstelegramm Leipziger „ 25. „ 1898 . . 358
Warum trug Fürst Bismarck Militäruniform im Amte? (Hamb. Nachr.) 26. März 1898 358
Telegramm Bismarcks an Amtsrath v. Dietze 30. März 1898 359
Begrüßungstelegramm aus Elberfeld 31. März 1898 359
Begrüßungen Bismarcks zum 1. April 1898 360
Antworten Bismarcks a. d. Geburtstagsbegrüßungen April 1898 371
Zur Berichtigung (Hamb. Nachr.) 4. April 1898 . . . 373
Danksagung Bismarcks 4. April 1898 373
Schreiben Bismarcks an den Präsidenten des Preuß. Herrenhauses 4. April 1898 374
Antrag der Bürgerschaft Hamburgs auf Errichtung eines Bismarckdenkmals 6. April 1898 374
Telegramm Bismarcks an Prof. Coste 20. April 1898 . . . 375
Telegramm der Ortsgruppe Berlin des Vereins zur Förderung des Deutschthums 22. April 1898 375
Telegramm der Delegirten-Versammlung der nationalliberalen Partei 1. Mai 1898 375
Antwort Bismarcks 1. Mai 1898 375
Begrüßungstelegramm der Cantate-Festgenossen 8. Mai 1898 . 376
Antwort Bismarcks 8. Mai 1898 376
Schreiben Bismarcks an Hauptmann Nette 13. Mai 1898 . . 376
Adresse der neun „alten Frankfurter" an Präsident v. Simson Mai 1898 376
Schreiben Bismarcks an Präsident v. Simson Mai 1898 . . 377
Zum Befinden des Fürsten Bismarck (Hamb. Nachr.) 20. Mai 1898 378
Zur Würdigung des Fürsten Bismarck (Hamb. Nachr.) 25. Mai 1898 378
Zum Prozeß Lange-Bismarck (Hamb. Nachr.) 26. Mai 1898 378

Seite
Begrüßungstelegramm deutscher Bauern 4 Juni 1898 . . . 379
Begrüßungstelegramm der alten Herren der deutschen Corps 5. Juni 1898 379
Schreiben des Grafen Rantzau über angebliche „Interviews" Juni 1898 379
Begrüßungstelegramm des deutschen Drogisten-Verbandes 13. Juni 1898 379
Bismarcks Behinderung an der Ausübung des Wahlrechts (Hamb. Nachr.) 17. Juni 1898 379
Schreiben Bismarcks an v. Tiedemann-Seeheim 22 Juni 1898 379
Begrüßungstelegramm der Ordnungsparteien in Leipzig 23. Juni 1898 380
Telegramm Bismarcks an den Großherzog von Sachsen-Weimar 24. Juni 1898 380
Begrüßungen Bismarcks aus Anlaß des 80. Geburtstags des Großherzogs von Sachsen-Weimar 24. Juni 1898 . . . 380
Begrüßungstelegramm des Städtetags der Provinz Sachsen 26. Juni 1898 380
Begrüßungstelegramm aus Landau 28. Juni 1898 380
Begrüßungstelegramm der deutschen Colonialgesellschaft 28. Juni 1898 380
Eine ultramontane Anerkennung des Fürsten Bismarck (Hamb. Nachr.) 29. Juni 1898 381
Telegramm Bismarcks an Reichsrath v. Haßler in Augsburg 3. Juli 1898 382
Begrüßungstelegramm aus Altona 9. Juli 1898 382
Antwort Bismarcks 9. Juli 1898 382
Begrüßungstelegramm aus Augsburg 10. Juli 1898 . . . 382
Antwort Bismarcks 10. Juli 1898 383
Schreiben Bismarcks an Geheimrath Kahl 10. Juli 1898 . . 383
Die Erkrankung des Fürsten Bismarck und die Presse (Hamb. Nachr.) 29. Juli 1898 383
Tod Bismarcks 30. Juli 1898 384
Entlassungsgesuch Bismarcks (Berl. Local-Anzeiger) 385
Telegramm des Kaisers Wilhelm II. an Fürst H. Bismarck 31. Juli 1898 389
Armeebefehl Kaiser Wilhelms II. 1. August 1898 389
Kundgebung Kaiser Wilhelms II. im „Reichsanzeiger" 3. August 1898 390
Danksagung des Fürsten H. Bismarck 3. August 1898 . . . 391
Promemoria, betr. Angra Pequena mit Randbemerkungen Bismarcks (Deutsches Colonialblatt) 1. September 1898 . . 392
Bismarcks Vermögen (Hamb. Nachr.) 21. September 1898 399
Fürst Bismarck über die anarchistischen Verbrechen (Hamb. Nachr.) 13. October 1898 399
Danksagung des Fürsten H. Bismarck 30. October 1898 . . 408

Seite

Die Memoiren des Fürsten Bismarck (Hamb. Nachr.) 2. December 1898 403

Die Falkſche Veröffentlichung (Hamb. Nachr.) 28. December 1898 405

Die Falkſchen Veröffentlichungen und die gegneriſche Preſſe (Hamb. Nachr.) 30. December 1898 408

Berichtigungen

zu Bd. VI.

S. 204 f.: Das Schreiben König Wilhelms I. an Napoleon ſtammt aus dem November 1863.

S. 204 Z. 14 v. u. lies: en les invitant ſtatt à . . . . .

S. 204 Z. 9 v. u. lies: continuent ſtatt contiennent.

I.

Urkunden und Briefe.

1.

Verhandlungen über die Begründung einer Zeitung zur Wahrnehmung ständischer Interessen.

1847.

I.

Schreiben des Fürsten Radziwill an Herrn v. Bismarck-Schönhausen.

Eure Hochwohlgeboren

haben bei unserm letzten Zusammensein uns, die ergebenst Unterzeichneten, beauftragt, Schritte zur Gründung eines Organs der Tagespresse für ständische Interessen zu thun. — Aus der beigefügten Einladung wollen Sie geneigtest entnehmen, welchen Erfolg wir uns von der Sache versprechen zu können glauben, wenn wir nur einigermaaßen eine begründete Aussicht auf Gewährung der allernothwendigsten Geldmittel darzubieten vermögen; — daß wir aber, bevor dieselben in Etwas gesichert sind, Anstand nehmen müssen, näher auf die Sache einzugehn. 5. 7. 1847.

Mit Rücksicht auf die von Eurer Hochwohlgeboren bezeigte Bereitwilligkeit ersuchen wir Dieselben daher ergebenst, im Kreise Ihrer Provinz gefälligst für das Zustandekommen von Unterschriften in möglichster Anzahl sorgen und die Unterzeichneten — zu Händen des Geheimen Regierungs-Raths v. Werdeck, Leipziger Platz 18 — bis Ende dieses Monats von dem Erfolge in Kenntniß setzen zu wollen.

Wir bitten unsere Dringlichkeit damit zu entschuldigen, daß vielfache Umstände das baldige Zustandekommen der Sache äußerst wünschenswerth machen und noch mehrfache vorbereitende Schritte vor dem Abschluß derselben erforderlich sind.

Die sofortige Einzahlung der Beiträge ist nicht nothwendig und wird eine weitere Benachrichtigung darüber erfolgen, wann und an wen sie abzuführen sein werden.

Berlin, den 5ten Juli 1847. F. Radziwill.

An
den Königlichen Deichhauptmann
Herrn von Bismarck-Schönhausen
Hochwohlgeboren.

II.

Rundschreiben Bismarcks.[1])

Ew. Hochwohlgeboren

17. 7. 1847. beehre ich mich, einliegend ein Programm zu einer zu gründenden conservativen Zeitschrift zu übersenden, mit der gehorsamsten Bitte, unter Ihren Bekannten für die Betheiligung bei dem Unternehmen wirksam sein zu wollen. Zur Erläuterung des Programmes bemerke ich noch ergebenst, daß die Zeitung bestimmt ist, unabhängig von der Regirung und deren Plänen, der conservativen Parthei, in ihrem weitesten Umfange, als Organ zu dienen, die Erhaltung und besonnene, gesetzmäßige Fortbildung des bestehenden Rechtszustandes zu vertreten und die Angriffe, welche derselbe unausgesetzt erfährt, abzuwehren, mögen sie von der Tagespresse, der Bürokratie, oder von ständischer Opposition ausgehn.

Die etwaigen Unterzeichnungen würde ich gehorsamst bitten, an den Geheimen Regirungsrath von Werdeck, Berlin, Leipziger Platz 18, geneigtest recht bald zu addressiren. Eine sofortige Einzahlung des gezeichneten Betrages wird nicht erforderlich sein, vielmehr das Bedürfniß der Geldmittel nur allmählich eintreten; auch können Ansprüche über den einmaligen Betrag der Actie von 100 Thaler hinaus auf keine Weise an die Herrn Actionäre gemacht werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebenster

Schönhausen, 17. July 1847. [v. Bismarck].

---

[1]) Der Brief, mit Namen nicht gezeichnet, war offenbar Entwurf letzter Hand zu einer größeren Anzahl von identischen Briefen, die vom Schreiber zu schreiben, von Herrn v. Bismarck zu zeichnen waren. Der Entwurf ging an Herrn v. Bismarck-Külz und wurde von diesem mit aufgeschriebener Adresse am 11./8. (nach Ausweis des Poststempels) an Herrn Moritz von Blankenburg in Zimmerhausen gesendet. — Das Concept des Entwurfs, das ich in Friedrichsruher Papieren aufgefunden habe, lautet: Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich, einliegend ein Exemplar des Programmes einer zu gründenden conservativen Zeitschrift zu übersenden, mit der gehorsamsten Bitte, unter Ihren Bekannten für die Betheiligung bei dem Unternehmen wirksam sein zu wollen. Zur Erläuterung des Programmes bemerke ich ergebenst, daß die Zeitung bestimmt ist, unabhängig von dem Gouvernement der conservativen Parthei in ihrem weitesten

III.

Brief des Herrn von Waldaw an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

geehrtes Schreiben vom 17. v. M. erlaube ich mir ergebenst dahin zu beantworten: 2. 8. 1847.

1. Was das conservative Princip anlangt, so glaube ich, daß zwischen den Ansichten der Herren, welche die Einladung vom 5ten July unterzeichnet haben, und den meinigen, vollkommene Uebereinstimmung herrscht.

2. In Bezug auf das Verfahren, welches die conservative Parthei nach Emanation des Patents vom 3. Febr. und Beendigung des 1. Allgemeinen Landtags zu beobachten hat, könnten aber sehr verschiedene Ansichten bestehen, und deshalb wäre es unvermeidlich, den zu befolgenden Weg in einer Generalversammlung des zu bildenden Actien-Vereins zu discutiren und festzustellen, wobei zugleich der Vorstand des Vereins zu wählen wäre.

Ob hier eine Vereinigung verschiedener Ansichten zu erreichen wäre, erscheint mir sehr zweifelhaft. Wäre dies nicht möglich, so scheiterte das ganze Unternehmen, und die conservative Sache erhielte einen sehr bedeutenden Stoß.

Ferner ist zu bedenken, ob die Kräfte, über welche der Verein in geistiger Beziehung disponiren kann, den zahlreichen Gegnern gewachsen sind, und ob der ganz unvermeidliche Kampf, welcher zwischen den Partheien entsteht, nicht so manches Mitglied des Landtages, welches gegenwärtig zur conservativen Parthei gezählt werden muß, in die Reihen der Opposition treiben würde. Auch bin ich sehr zweifelhaft, ob sich bei uns die Partheien bereits so schroff abgegrenzt haben, daß ein Unternehmen, wie das projectirte, schon gegenwärtig an der Zeit sein dürfte.

Bevor alle diese Bedenken bei mir nicht völlig aufgeklärt sind, muß ich mich von jeder Theilnahme an der beabsichtigten Zeitschrift fernhalten, weil ich fürchte, ich könnte der Sache, welcher ich mit Leib und Leben dienen möchte, vielmehr Schaden zufügen.

Mit der vorzüglichsten Hochachtung ꝛc. ꝛc.

Steinhöfel, den 2. August 1847. v. Waldaw.

Umfange als Organ zu dienen, die Erhaltung und besonnene, streng gesetzliche Fortbildung des bestehenden Rechtszustandes zu vertreten und gesetzlose Angriffe gegen denselben abzuwehren, mögen sie von der Tagespresse, der Büreaukratie oder von ständischen Fractionen ausgehn. Die Nothwendigkeit, ein solches Organ zu besitzen, möchte schon aus dem Umstande hervorgehn, daß in ganz Deutschland keine unabhängige Zeitschrift besteht, durch welche wir auch nur eine einfache Berichtigung der haltlosen Unwahrheiten vor das Publikum bringen könnten, mit denen unsre Sache täglich angegriffen und verdächtigt wird. — Die Liste der Unterzeichnungen würde ich gehorsamst bitten (Schluß fehlt).

IV.

Brief des Grafen Neidhardt v. Gneisenau an Bismarck.

Sommerschenburg, den 3. August 1847.

Eurer Hochwohlgeboren

3. 8. 1847. beehre ich mich zu erwidern, daß schon vor mehrern Tagen Herr von Friesen mir einige Exemplare der Aufforderung zur Unterzeichnung für die beabsichtigte Zeitung zugesandt hat, mit dem Ersuchen, in hiesiger Gegend Unterschriften zu sammeln. Ich will nicht in Abrede stellen, daß das Programm mich keineswegs ganz befriedigt; denn es ist nicht zu läugnen, daß es sehr geeignet ist, zu Schlüssen, wie die Magdeburger Zeitung No. 177 sie zieht, Veranlassung zu geben, das schlimmste aber, was der Zeitung passiren könnte, wäre, wenn sie auch nur entfernt den Anschein bekäme, mit dem Gouvernement in irgend einer Verbindung zu stehen; denn dann käme sie in eine Kategorie mit der Allgemeinen Preußischen Zeitung, dem Rheinischen Beobachter und andern und würde von vornherein allen Credit und Einfluß verlieren. Ich weiß indeß, daß nicht jeder den Anspruch machen kann, seine Nüance in politischen Absichten im Programm speziell ausgedrückt zu finden; ich bin daher auch gern bereit, so wie die Sache jetzt steht, meine Mitwirkung zuzusagen, und habe deswegen mit einigen meiner Nachbarn schon eine Berathung gehalten; hier wurden mir aber Einwürfe andrer Art gemacht und namentlich die Frage aufgeworfen, ob, wenn die veranschlagten 10,000 Thaler zur Gründung nicht ausreichen sollten, mithin vielleicht noch Geld aufgenommen werden müßte, und wenn die Pränumerationsgelder die laufenden Kosten nicht deckten, mithin auch zu diesen noch ein Zuschuß nöthig werden sollte, für alle diese Mehrkosten die ursprünglichen Zeichner verpflichtet bleiben sollten? Ich muß gestehen, daß unter dieser Voraussetzung die Unterzeichnung in hiesiger Gegend schwerlich irgend einen Erfolg haben dürfte, da es allerdings unmöglich sein würde, im Voraus alle die Verpflichtungen zu berechnen, zu welchen man alsdann durch seine Unterschrift sich verpflichten würde. Giebt aber das Comité eine Erklärung dahin ab, daß mit Zahlung von 100 Thaler Alles abgemacht ist und keine Nachforderungen gestellt werden sollen, dann glaube ich eine kleine Anzahl von Unterschriften hier zusammenbringen zu können. Ich habe daher an Friesen geschrieben und ihn gebeten, dem Comité dieses Bedenken vorzutragen, glaube aber, den weitern Schritten Anstand geben zu müssen, bis eine Erklärung darüber eingegangen ist.

Mit ausgezeichneter Hochachtung ꝛc. ꝛc.

Graf Neidhardt v. Gneisenau.

2.

Ein Schreiben G. Coquis an Herrn v. Bismarck-Schönhausen.

1847.

Magdeburg, den 11. October 1847.

Den Dank für die mit Ihrem geehrten Schreiben vom 7. dieses[1]) mir gegebenen Nachrichten glaube ich nicht besser gegen Sie aussprechen zu können, als daß ich Ihnen meine herzlichste Freude darüber zu erkennen gebe, daß Sie, wie ich es mir gedacht, bei der sogenannten Loyalitäts-Adresse in keiner Weise interessirt sind. Sie sagen zwar, daß Sie eine Betheiligung an derselben aus dem Grunde abgelehnt hätten, weil Sie solche Demonstrationen nur für wirksam halten, wenn sie von größeren Massen, als dazu in Aussicht standen, unterzeichnet werden. Indeß, Herr von Bismarck, seyn Sie gerecht und aufrichtig gegen sich selbst: ich glaube Sie in der Zeit unseres engen Beisammenseyns zu gut kennen gelernt zu haben, um nicht zu glauben, ja um nicht überzeugt zu seyn, daß Sie zu muthig, zu — ich darf wohl sagen — ritterlich und edelmüthig sind, als daß Sie im Stande wären, mit Ihren scharfen Streichen über einen Feind herzufallen, der sich unter den obwaltenden Verhältnissen wohl gar nicht vertheidigen, der jedenfalls wenigstens nicht mit gleichen Waffen gegen Sie ankämpfen kann. 11. 10. 1847.

Mögen Andersgesinnte anders handeln; sie haben ihren Lohn dahin, und ich bitte Sie daher, sich ferner nicht in einer Sache zu bemühen, die dieser Ihrer Mühe nicht werth seyn dürfte. —

Mit vieler Theilnahme habe ich Ihre Vermählung erfahren; erlauben Sie mir, Ihnen meine besten Wünsche in dieser Hinsicht auszudrücken: möge Ihnen Gott den Segen schenken, den Er mir wenigstens auf einige Zeiten hat zu Theil werden lassen; möge Er Sie dagegen mit dem Leidenskelch gnädig verschonen, den ich bis auf die Hefen leeren mußte. Heute vor vierzehn Tagen habe ich von sieben Kindern das letzte, ein liebes, holdes Wesen von 13 Jahren, zur Ruhe gebracht, und kann nun mit meinem armen, hart geprüften Weibe mein Haus abschließen! —

Was sagen Sie zu dem Verfahren gegen unsere Collegen von Bockum-Dolffs und Delius? ist das möglich, und wo soll es hinführen?! Die Drohungen des Landtags-Commissarius beim Schlusse des Landtages scheinen also doch nicht in den Wind gesprochen zu seyn! Das weiß ich aber, daß ich eher unter den Trümmern meines Hauses mich begraben, als von einem verächt-

[1]) Noch nicht veröffentlicht.

11. 10. 1847. lichen Haufen mich zwingen ließe, meine einmal gewonnene Ueberzeugung aufzugeben. —

Kommen Sie mal hierher, so machen Sie mir die Freude, Sie begrüßen und die Versicherung der Achtung wiederholen zu können, mit welcher ich verharre als

Ihr ergebenster

G. Coqui.

3.

Ein Schreiben aus Bismarcks Feder an Generallieutenant v. Prittwitz.

? Mai 1848.

? 5. 1848. Jeder, dem ein preußisches Herz in der Brust schlägt, hat gewiß gleich uns Unterzeichneten mit Entrüstung die Angriffe der Presse gelesen, welchen in den ersten Wochen nach dem 19. März die Königlichen Truppen zum Lohn dafür ausgesetzt waren, daß sie ihre Pflicht im Kampfe treu erfüllt und auf ihrem befohlenen Rückzuge ein unübertroffenes Beispiel militärischer Disciplin und Selbstverleugnung gegeben hatten. Wenn die Presse seit einiger Zeit eine schicklichere Haltung beobachtet, so liegt der Grund davon bei der dieselbe beherrschenden Parthei weniger in einer ihr seither gewordenen richtigen Erkenntniß des Sachverhältnisses, als darin, daß die schnelle Bewegung der neuern Ereignisse den Eindruck der ältern in den Hintergrund drängt und man sich das Ansehn giebt, den Truppen wegen ihrer neuesten Thaten die früheren verzeihen zu wollen. Sogar bei dem Landvolk, welches die ersten Nachrichten von den Berliner Ereignissen mit kaum zu zügelnder Erbitterung aufnahm, fangen die Entstellungen an Consistenz zu gewinnen, welche von allen Seiten und ohne irgend erheblichen Widerspruch theils durch die Presse, theils durch die bei Gelegenheit der Wahlen das Volk bearbeitenden Emissäre verbreitet worden sind, so daß die wohlgesinnten Leute unter dem Landvolk bereits glauben, es könne doch nicht ohne allen Grund sein, daß der Berliner Straßenkampf von den Truppen, mit oder ohne Wissen und Willen des vielverleumdeten Thronerben,

vorbedachter Weise herbeigeführt sei, um dem Volke die Con- ? 5. 1848.
cessionen, welche der König gemacht hatte, zu entreißen. An eine Vorbereitung auf der andern Seite, an eine systematische Bearbeitung des Volkes, will kaum einer mehr glauben. Wir fürchten, daß diese Lüge, wenigstens im Bewußtsein der untern Volksschichten, auf lange Zeit hin zu Geschichte werde, wenn ihr nicht durch ausführliche, mit Beweisen belegte Darstellungen des wahren Hergangs der Sache entgegengetreten wird, und zwar sobald als möglich, da bei dem außer aller Berechnung liegenden Lauf der Zeit heut und morgen neue Ereignisse eintreten könnten, welche die Aufmerksamkeit des Publikums durch ihre Wichtigkeit dergestalt in Anspruch nähmen, daß Erklärungen über die Vergangenheit keinen Anklang mehr fänden.

Es würde unsrer Meinung nach von dem erheblichsten Einfluß auf die politischen Ansichten der Bevölkerung sein, wenn sie über die unlautere Quelle der Berliner Bewegung einigermaßen aufgeklärt werden könnte, sowie darüber, daß der Kampf der Märzhelden zur Erreichung des vorgeschützten Zweckes, nämlich der Vertheidigung der von Sr. Majestät versprochenen constitutionellen Institutionen ein unnöthiger war. Ew. Excellenz als Befehlshaber der ruhmeswürdigen Truppen, welche bei jenen Ereignissen thätig waren, sind unsres Erachtens vorzugsweise berufen und im Stande, die Wahrheit über dieselben auf überzeugende Weise ans Licht zu bringen. Die Ueberzeugung, wie wichtig dies für unser Vaterland sein und wie sehr der Ruhm der Truppen dabei gewinnen würde, muß uns zur Entschuldigung dienen, wenn wir Ew. Excellenz so dringend als ehrerbietig bitten, eine, insoweit die dienstlichen Rücksichten es gestatten, genaue und mit Beweisstücken versehene Darstellung der Berliner Ereignisse vom militärischen Standpunkt so bald als möglich der Oeffentlichkeit übergeben zu lassen.

(Folgen die Unterschriften.)

4.

Zwei Zeitungsartikel Bismarcks.[1])

1848.

I.

Aus der Altmark.

1848. Ein Theil unsrer Mitbürger, welcher sich unter dem System der ständischen Sonderung einer starken Vertretung erfreute, nämlich die Bewohner der Städte, fangen an zu fühlen, daß bei dem neuen Wahlmodus, nach welchem in fast allen Kreisen die städtische Bevölkerung mit einer der Zahl nach sehr überwiegenden ländlichen zu concurriren haben wird, ihre Interessen gegen die der großen Massen der Landbewohner werden zurückstehn müssen. Wir leben in der Zeit der materiellen Interessen, und nach Feststellung der neuen Verfassung, nach Beruhigung der jetzigen Gährung wird sich der Kampf der Partheien darum drehen, ob die Staatskosten gleichmäßig nach dem Vermögen getragen oder ob sie überwiegend dem immer steuerbereiten Grund und Boden aufgelegt werden sollen, der die bequemste und sicherste Erhebung gestattet, und von dessen Umfang nie etwas verheimlicht werden kann. Es ist natürlich, daß die Städter dahin streben, den Steuererheber von der Fabrikindustrie, von dem städtischen Häuserwerth, von dem Rentier und Capitalisten so fern als möglich zu halten, und ihn lieber auf Acker und Wiesen und deren Producte anzuweisen. Ein Anfang ist damit gemacht, daß in den bisher mahlsteuerpflichtigen Städten die untersten Stufen von der neuen direkten Steuer frei bleiben, während sie auf dem Lande nach wie vor Klassensteuer zahlen. Wir hören ferner von Maßregeln zur Unterstützung der Industrie auf Kosten der Staatskassen, aber wir hören nicht davon, daß man dem Landmanne zu Hülfe kommen wollte, der wegen der kriegerischen Aussichten auf der Seeseite seine Produkte nicht verwerthen kann, aber der durch Kündigung von Capitalien in dieser geldarmen Zeit seinen Hof zu verkaufen genöthigt wird. Ebenso hören wir mit Bezug auf

[1]) Aus den Concepten; in welcher Zeitung diese Artikel abgedruckt worden sind, habe ich noch nicht ermitteln können. H. K.

indirekte Besteuerung mehr von dem Schutzzollsystem zu Gunsten 1848.
inländischer Fabrikation und Gewerbe sprechen als von dem für die ackerbautreibende Bevölkerung nöthigen freien Handel. Es ist wie gesagt natürlich, daß ein Theil der städtischen Bevölkerung mit Rücksicht auf die beregten Streitpunkte kein Mittel scheut, bei den bevorstehenden Wahlen das eigene Interesse zur Geltung zu bringen und die Vertretung der Landbewohner zu schwächen. Ein sehr wirksamer Hebel zu letzterem Zweck liegt in den Bestrebungen, der ländlichen Bevölkerung diejenigen ihrer Mitglieder zu verdächtigen, deren Bildung und Intelligenz sie befähigen könnte, die Interessen des Grund und Bodens auf der Nationalversammlung mit Erfolg zu vertreten; man bemüht sich daher, eine Mißstimmung gegen die Rittergutsbesitzer künstlich zu befördern, indem man meint, wenn man diese Klasse unschädlich macht, so müssen die Landbewohner entweder Advokaten oder andre Städter wählen, die nach den ländlichen Interessen nicht viel fragen, oder es kommen meist schlichte Landleute, und die denkt man durch die Beredsamkeit und kluge Politik der Partheiführer in der Nationalversammlung schon unvermerkt zu leiten. Man sucht daher die bisherige Ritterschaft als solche Leute zu bezeichnen, die den alten Zustand erhalten und zurückführen wollen, während die Rittergutsbesitzer wie jeder andre vernünftige Mensch sich selbst sagen, daß es unsinnig und unmöglich wäre, den Strom der Zeit aufhalten oder zurückdämmen zu wollen. — Man sucht ferner auf den Dörfern die Vorstellung zu wecken und zu bestärken, daß jetzt die Zeit gekommen sei, sich von allen den Zahlungen, die nach den Separationsrecessen an Rittergüter zu leisten sind, ohne Entschädigung loszumachen; aber man verschweigt dabei, daß eine Regirung, die Recht und Ordnung will, nicht damit anfangen kann, eine Klasse von Staatsbürgern zu plündern, um eine andre zu beschenken, daß alle Rechte, die auf Gesetz, Erkenntniß oder Vertrag beruhen, alle Forderungen, die Einer an den Andern haben mag, alle Ansprüche auf hypothekarische Zinsen und Capitalien, denen, die sie haben, mit demselben Rechtstitel genommen werden können, mit welchem man den Rittergütern ihre Renten ohne volle Entschädigung nehmen

1848. möchte. Man täuscht den Landmann darüber, daß er mit dem Rittergutsbesitzer das gleiche Interesse des Landwirths und den gleichen Gegner in dem ausschließlichen Industriesysteme hat, welches seine Hand nach der Herrschaft in dem preußischen Staate ausstreckt; gelingt diese Täuschung, so wollen wir hoffen, daß sie nicht lange dauert, daß man ihr durch eine schnelle, gesetzliche Abschaffung der bisherigen politischen Rechte der Rittergüter ein Ende mache, und daß der ländlichen Bevölkerung nicht erst dann, wenn es ans Bezahlen geht, dann aber zu spät, die Augen darüber aufgehn, wie fein sie von den klugen Städtern überlistet ist.

II.

Die Wirkung der Grundsteuer auf die Jerichow'schen Kreise.

Im Angesicht der vom Ministerium der National-Versammlung vorgeschlagenen neuen Gesetzgebung über die Grundsteuer dürfte es für die Jerichow'schen Kreise von Interesse sein, sich ein Bild von der practischen Einwirkung dieser Vorschläge auf die hiesigen Landestheile zu machen. Wir bemerken dabei, daß die nachfolgenden Zahlenangaben dem 1843 in Magdeburg erschienenen Werke von Hermes & Weigelt „Handbuch vom Regirungsbezirke Magdeburg" entnommen sind.

Der Gesetzentwurf zerfällt in zwei Theile, von denen der eine die vorläufige, sofort auszuführende Bestimmung enthält, daß die Grundsteuer innerhalb der Kreise ausgeglichen werden soll, und zwar dadurch, daß ermittelt wird, wieviel die bisher im Kreise mit der „landesüblichen" Grundsteuer belasteten Grundstücke durchschnittlich pro Morgen zahlen, und daß nach diesem ermittelten Durchschnitt die bisher steuerfreien Grundstücke mit Steuer belegt werden. Ausgenommen von der Ausgleichung bleiben die Städte, insoweit sie Servis zahlen. Wir wollen einstweilen bei diesem Theil des Gesetzentwurfs stehn bleiben.

Die beiden Jerichow'schen Kreise zahlten im Jahre 1841 an Grundsteuer 63121 rth. bei einem Flächeninhalt von 51$^1/_6$

Quadratmeile. Um den Durchschnitt der landesüblich besteuerten 1848.
Grundstücke zu finden, müssen wir von diesen beiden Summen den Steuerbetrag und die Fläche der garnicht oder nicht landesüblich besteuerten Grundstücke abziehen. Es scheiden demnach aus

	Fläche	Steuer
1. die Städte Burg, Loburg, Möckern, Ziesar, Genthin, Jerichow, Sandau, welche theils unter dem Namen Grundsteuer, theils Servis für . . . . . darunter Burg allein 5148 rth.	47000 M. M.	zahlen 7919 rth.
2. Stadt und Amt Gommern, nebst den Dörfern Krakau und Prester, welche an westphälischer, also hier nicht landesüblicher Steuer zahlen für	19937 „ „	„ 6852 „
3. Die 105 Rittergüter beider Kreise.	234500 „ „	„ 3430 „
Von dieser Fläche ist durchschnittl. über die Hälfte Forst- u. Haidegrund, welche gesetzlich zu 3 M. M. gegen 1 M. Ackerland gerechnet werden sollen, sodaß zur Besteuerung nur $^2/_3$ der obigen 234500 M., also 156333 M. in Ansatz kämen.		
4. Die Grundstücke, welche, ohne Rittergüter zu sein, bisher Grundsteuer-frei sind, also die Ortschaften: Neu Bensdorf, Berg Genthin, Neu Buchholz, Finnrode, Gütter, Hohengöhrensche und		
latus	301437 M. M.	18201 rth.

		Fläche	Steuer
1848.	Transport	301437 M. M.	zahlen 18201 rth.
	Schönhauser Damm, Neu-Wartensleben, Nierow, Prädetz, Schönwalde, Werdershof, der Marktflecken Görzke, Dretzen, Grebs, Möser, Steinberg, Klein Tuchheim; ferner das Amt Walterinneburg, mit Groß-Lübs, Kämeritz, Flötz ꝛc., welche 199 rth. „Reichs- und Kreis-Steuer" und einen „Kanon", aber keine Grundsteuer zahlen mit	24100 „ „	199 „
	5. Die Königl. Domänen und Forsten mit	76210 „ „	
	6. Bisher steuerfreie Grundstücke, bis auf die etwaigen Lehnpferdegelder dismembrirter Rittergüter, oder als Theil des Kaufpreises übernommene sogen. Neusteuer von veräußerten Domänengrundstücken, besitzen ferner nachstehende Gemeinden als Eigenthümer oder Erbpächter: Alten-Klitsche, Bützer, Chade, Kamern (weg. parzellirter Rittergüter), Klietz (Domänenvorwerk), Klietznik (Domänenvorwerk Heideblek), Knoblauch (Britzkesches Rittergut), Fischbek (zehnfr. Viertel) Hohensenden (Ritterg. Schattberge), Möser (Görensches Rittergut), Mützel (Amts-Vor-		
	latus	401747 M. M.	18400 rth.

	Fläche	Steuer
Transport	401747 M. M.	18400 rth. 1848.
werk), Parchen (parzellirtes Ritterg.), Behlen (Rittergüter Bensdorf und Groß Demsin), Woltersdorf (Werderſches Rittergut), Wulkau (Amt Sandau), Küſel (ehemaliges Ritterg.), Parchau (Werderſch. Ritterg.), Schermen (Kemnitzſches Rittergut), Schweinitz (Dom. Bw.), Wollin (Rittergut Brückermark, welches hier aber, als Brandenburgiſch, nicht concurrirt); dieſe ſteuerfreien Grundſtücke außer Brückermark betragen circa .	20500 „ „	
Summa	346037 M. M.	18400 rth.
Die beiden Kreiſe zahlen für 51⅛ Quadratmeile oder	1126400 „ „	63121 „
davon ab die umſtehenden Ausnahmen von der landesüblichen Grundſteuer mit .	346000 „ „	18400 „

bleibt landesübl. Steuer für 780400 M. M. mit 44721 rth. alſo auf den Magdeburgiſchen Morgen ziemlich genau 1 ſgl. und 8⅜ ₰, welche Steuer alſo auf jeden Morgen der unter 3, 4 und 6 bezeichneten Grundſtücke zu veranlagen wäre. Danach würden mehr als jetzt zu zahlen haben: die unter 3 genannten Grundſtücke: 6675 rth.; die bei 4 benannten: 1382 rth., die unter 6 aufgeführten Gemeinden: 1175 rth., die beiden Kreiſe zuſammen alſo 9233 rth.

Bemerkt wird noch, daß aus den vorliegenden Materialien nicht erhellt, warum einige, anſcheinend ſteuerpflichtige und deßhalb oben nicht in Abzug gebrachte Gemeinden, mit einer ſehr geringen Grundſteuer angeſetzt ſind z. B. Drewitz, bei 960 M. M. Fläche, mit 2½ rth., Näsdorf, bei 1385 M. M.

1848. mit $9^1/_8$ rth., Schopsdorf, bei 1987 M. M. mit 5 rth. 25 sgl., und andre, bei denen also auch, nach dem neuen Gesetzentwurf eine Erhöhung zu gewärtigen wäre, da partielle Steuerfreiheit obzuwalten scheint.

II. wird in dem Eingange des neuen Gesetzentwurfs die allgemeine Katastrirung und gleichmäßige Besteuerung aller nutzbaren Grundstücke im Staate verheißen. Diese Maßregel dürfte eine beträchtlich höhere Besteuerung sämmtlicher Grundstücke der Jerichow'schen Kreise in Aussicht stellen, wenn man berücksichtigt, daß, wie oben entwickelt, in diesen Kreisen bisher die „landesüblich" besteuerten Grundstücke pro Morgen 1 sgl. $8^3/_8$ ₰ im großen Durchschnitt tragen, während die übrigen Grundstücke des Regirungsbezirks Magdeburg, welche der katastrirten Grundsteuer bereits unterliegen, und welche zwar viele bessre, aber in den 4 altmärkischen Kreisen auch viele schlechtre Grundstücke als das Land Jerichow in seinem Durchschnittswerth besitzen, 5 sgl. $10^3/_8$ ₰ im Durchschnitt durch den ganzen Regirungsbezirk bezahlen. Es würde danach, wenn auch das Land Jerichow nur die Hälfte dieses Durchschnitts pro Morgen erreichen sollte, die gesammte Grundsteuer mit Ausnahme der bereits im Amt Gommern katastrirten, mehr als verdoppelt werden müssen.

5.

Ein Schreiben Bismarcks an König Friedrich Wilhelm IV.[1]

1848.

Allerdurchlauchtigster ꝛc.

1848. Ew. Majestät Minister haben der National-Versammlung in der Botschaft vom . . . wegen Grundsteuer ꝛc. einen Besteuerungsentwurf vorgelegt, der die Gleichheit vor dem Gesetz aufhebt, indem er an die Stelle einer gleichmäßigen Besteuerung Confiscation des Vermögens derjenigen Unterthanen setzt, welche dasselbe augenblicklich in steuerfreien Grundstücken angelegt haben; mit einer Willkühr, wie nur Eroberer und Gewaltherrscher sie bisher übten, trifft diese Confiscation den reichen und schulden-

[1]) Nach dem Concepte letzter Hand.

freien leichter, den verschuldeten Besitzer härter, die ungleichsten 1848.
Vermögen zahlen gleich viel, wenn sie in gleich großem Grundbesitz stecken, und vielen Familien wird durch die Grundsteuer das Letzte genommen, was sie an ihren Gütern besitzen.

Dasselbe Ministerium hat in seinem Programm die Grundsätze des Herrn von Patow adoptirt, nach welchen ohne irgend einen Grund des Rechts, des Bedürfnisses oder nur der Billigkeit zu Gunsten einer andern wohlhabenden Klasse verbriefte Privatforderungen, deren Geldwerth das Ministerium kaum kennt, ohne Entschädigung vernichtet werden; es hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach welchem über 1 Million Staatseinkommen verschleudert werden, und jedem, welcher Grundrente und Erbpächte besitzt, 28 Prozent seines Vermögens genommen, und für den Ueberrest Papiere von zweifelhaftem Werthe, an Stelle der höchsten realen Sicherheit aufgedrängt werden. Diese Renten und Pächte bilden theils selbst, theils sichern sie in Gestalt von Hypotheken und Pfandbriefen das Vermögen zahlreicher Unterthanen, der meisten Corporationen und milden Stiftungen, den Sparpfennig der Witwen und Waisen, die alle dem Rechtsschutze Ew. Majestät von Gott vertraut sind. Die National-Versammlung hat bisher die Besorgnisse, welche die in ihr nicht vertretenen Besitzenden vor ihren Beschlüssen hegten, durch nichts gerechtfertigt; mit Schmerz sehn wir dieselbe aber von den Ministern, die im Namen Ew. Majestät regiren, zu Eingriffen in das Eigenthum, zu neuer willkührlicher Vertheilung desselben aufgefordert, und erblicken nur in dem Gerechtigkeitsgefühl dieser Versammlung einen letzten Damm gegen die rechtlosen Gewaltthaten, welche die Minister sich vorbereiten, im Namen Ew. Majestät gegen eine jetzt wehrlose, aber dem Thron seit Jahrhunderten treue Klasse der Unterthanen zu üben. — Wir können nicht glauben, daß Ew. Majestät die Ungerechtigkeit der beabsichtigten Maßregeln vollständig dargelegt worden sei, Maßregeln, in deren Gefolge die Vernichtung des Eigenthums, des Credits, die Unsicherheit gerichtlicher Verträge und Erkenntnisse unausbleiblich sind. Ew. Majestät haben zwar die Minister für verantwortlich erklärt, aber deßhalb können wir uns von der Ueberzeugung nicht los

1848. sagen, und sprechen sie mit dem Freimuth aus, der vor dem Preußischen Throne stets Gehör fand, daß wir mit der großen Mehrzahl des Preußischen Volkes Ew. Majestät vor Gott und vor der Nachwelt verantwortlich halten werden, wenn wir den Namen des Königs, dessen Vater der Gerechte hieß, unter Gesetzen erblicken müssen, die ein Verlassen des Pfades bekunden würden, auf welchem die Könige Preußens den hundertjährigen Ruhm fleckenloser (und unbeugsamer)[1]) Gerechtigkeit erwarben, und die Mühle von Sans-Souci zu einem welthistorischen Denkmal machten. Es liegt in der Macht Ew. Majestät und also auch innerhalb Ihrer Verantwortung, die Minister zu ernennen und zu entlassen: noch ist die Krone frei genug, um nicht dulden zu müssen, daß ein Ministerium ihr die Liebe und Achtung ihrer Unterthanen raube und die Bedingungen vernichte, unter denen wir und unsre Väter den Schutz, die Gerechtigkeit und die Weisheit unsrer Könige mit treuer und aufopfernder Anhänglichkeit vergolten haben.

Indem wir allerunterthänigst bitten, daß Ew. Majestät dem Gesetze wegen Veranlagung einer Grundsteuer, unentgeltlicher Aufhebung geldwerther Privatrechte, und dem zu erwartenden Angriff auf das Vermögen der zu Grundrenten Berechtigten Ihre Zustimmung versagen, verlangen wir nur Gerechtigkeit, nur Schutz unsres Eigenthums, nur Gleichheit vor dem Gesetz mit dem letzten Tagelöhner; lassen Ew. Majestät die Geschichte nicht sagen, daß, unter Ihrer Regirung zuerst, ein solcher Ruf vor dem Preußischen Throne ungehört verhallt sei!

Ew. ꝛc. v. Bismarck.

6.

Sechs Briefe des Cabinetsraths von Niebuhr an Bismarck. 1851. 1852. 1853. 1855.

I.

2. 6. 1851. Mit meinem herzlichsten Danke für Ihren Brief, mein verehrtester Freund und Gönner, den ich längst beantwortet hätte, wenn nicht eigentlich Alles, was ich Ihnen schreiben möchte, für

[1]) die Worte sind gestrichen.

Anderer Augen nicht angethan wäre, erlaube ich mir Ihnen einen Aufsatz über die Flotten-Angelegenheit, dessen Form von mir herrührt, der Inhalt aber einer andern Ihnen wohlbekannten Quelle, der castalischen verwandter als mein Hirn, angehört, zu senden, und zugleich in einer besonderen Sendung einen ganz von mir herrührenden Aufsatz über die Preußische Marine, der an verschiedenen Stellen viel Glück gemacht hat. Im Grunde ist er nichts Anderes als ein Extract der Budget-Commissionen. 2. 6. 1851.

Deutsch[1]) wird nicht berücksichtigt.

Das Westphalensche Experiment gelingt viel besser, als man geglaubt hatte, und als eine Haupt-Folge, an die man gar nicht gedacht hatte, tritt die schärfere Herstellung der Disciplin unter den Beamten hervor. Auch der Justiz-Minister arbeitet in dieser Richtung mit großem Verdienste. — Ueberhaupt tritt doch immer mehr und mehr an den Tag, welcher gewaltige Schatz von Ordnung und Zucht noch bei uns ruht — in seiner Weise, behaupte ich, mehr als in England. Und dies ist ein Schatz, den man bei dem Gebrauch nicht verzehrt, sondern im Gegentheil durch den Gebrauch vermehrt.

Wenn die Aussichten in der evangelischen Kirche besser wären, würde ich trotz unsäglicher Bekümmernisse — denn daß es bei uns besser steht als in allen anderen deutschen Staaten, ist ein schwacher Trost — sehr gute Hoffnungen haben; aber jene Aussichten sind sehr trübe.

Wissen Sie, daß ein uns sehr werther „Abgeordneter",[2]) neuerlich verlobt, für Coblenz designirt ist?

In treuer Ergebenheit Ihr

Großen Kreutz, 2. Juni 51. Arnstedt.[3])

II.

Potsdam, 5. Juni 1851.

Mein verehrtester Gönner,

Am Tage Ihrer Abreise haben Sie einen Lehrer aus Brandenburg, Namens Deutsch, für die in Sans-Souci zu errichtende Lehrerstelle empfohlen. Gestern besuchte ich Barnhall in Brandenburg und erfuhr durch ihn, daß Deutsch ein unzuverlässiger Mensch sei, der auch gegen Sie gestimmt habe. Hiervon habe ich dem Hofmarschall Kenntniß geben müssen, und thue es auch Ihnen. 5. 6. 1851.

[1]) Name eines Lehrers; vgl. den folgenden Brief.

[2]) Hans v. Kleist-Retzow.

[3]) Cabinetsrath Niebuhr bedient sich des Namens eines seiner conservativen Freunde.

5. 6. 1851. Mein Protégé für eine Kanzleistelle heißt Becker in Magdeburg. Präsident v. Gerlach kennt ihn genauer als ich.

Unsere hiesigen Verhältnisse werden täglich weniger erfreulich. Namentlich auch General Gerlach's und meine persönlichen. Die Reise nach Warschau[1]) hat, wie ich immer befürchtet, sehr übel gewirkt und die Verstimmung nur erhöht. Die Außen-Seite war sehr schön, aber innen war es „fürchterlich".

Das russische Benehmen in der holsteinischen Sache, noch mehr aber in der schleswigschen, ist auch in der That geeignet, zu erbittern, und diese rückhaltlose Bewunderung für den elenden Schwarzenberg überzeugt dabei, daß diese Leute und selbst Meyendorff keine Orakel sind, daß man vielmehr sich wohl ein selbstständiges Urtheil erlauben darf.

Prinz von Preußen und Umgebung waren diesmal sehr anders als die letzten Male. Das Fest in der That sehr ungestört.

Leben Sie wohl! Brauchen Sie den Rudloff[2]) tüchtig. Ich wäre auch lieber bei Ihnen als hier.

In aufrichtigster Ergebenheit

Ihr

Niebuhr.

III.

17. 11. 1851. Anbey, mein verehrtester Gönner, übersende ich Ihnen die nach Ihrem gestern eingetroffenen Schreiben[3]) an Se. Majestät den König immer noch nicht eingetroffenen Sachen, die Augustenburger Verhandlungen betr., in Abschrift. Schon am 3. d. Mts. früh habe ich einen Brief nebst Abschrift des Schreibens an den Prinzen Friedrich an den Minister-Präsidenten geschickt, und dort scheint es sich verkrümelt zu haben. Ich bin wenigstens von aller Schuld frei.

Wir sind noch mitten in Etatskrisen. Das Gute haben diese Verdrießlichkeiten wenigstens, daß sie sonnenklar beweisen, wie die bisherige Behandlung der Etats gegenüber den Kammern nicht fortdauern kann. Dabey geht entweder der Staat zu Grunde, oder die Regierung wird zu Unredlichkeiten und Gewaltthätigkeiten gegen die Kammern genöthigt.

Ueberhaupt muß meiner Ueberzeugung nach in der ganzen Behandlung unserer Finanzen eine Wendung eintreten. Sonst

---

[1]) S. über die Begegnung des Prinzen von Preußen mit Zar Nikolaus in Warschau die Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopolds v. Gerlach I, 640.

[2]) R. war der Bundestagsgesandtschaft für die Presse attachirt.

[3]) Gemeint ist der Immediatbericht vom 13. Nov., s. Preußen im Bundestage I, 43 f. Nr. 28.

kommen wir in größter Ordnung in größere Verlegenheiten als 17. 11. 1851.
in denen die östreichische Regierung in größter Unordnung sich befindet. Uns ruinirt Pedanterey, während die Oestreicher sich durch Unterwerfung unter den Willen der Wucherer ruiniren. Oestreich hat jetzt nur noch einen Weg: Reduction des Münzfußes. Ich habe vor $1^1/_2$ Jahren bereits denselben empfohlen. Wie viele Opfer — die ganze letzte Anleihe! — hätte man sich erspart, wenn man damals diesen Rath befolgt hätte! — Die Frankfurter freilich würden sich entsetzen, wenn die Métalliques um $22^1/_2$ Procent nominell reducirt würden. Aber am letzten Ende hätten sie auch Vortheil davon.

Sonderbar, wie wir anders stehen! Unsere Bank hat 16 Millionen ungenutzt liegen, an denen sie erstickt, und nirgends der Muth, sie zu benutzen!

Unsere größte Gefahr neben der Büreaukratie und ihrem Haarbeutel liegt in diesem Augenblicke in den kirchlichen Verhältnissen.

Unverkennbar ist der katholische Strom sehr stark. Alle anti-landeskirchlichen Strömungen sind katholisirend. Im Gegensatz erwacht der Protestantismus — in einem Gegensatze gegen das Evangelische — sehr stark, und ich fürchte, die Regierung wird in dieses protestirende Wesen hineingedrängt werden.

Sehr entschiedene und entscheidende Männer sehe ich jetzt in einer so heftigen anti-römischen Stimmung, daß ich nicht übersehen kann, wie das enden wird. Das ist gewiß — von einem Frieden zwischen den beiden Kirchen sind wir entfernter als je. Die Schuld ist getheilt, aber das Uebergewicht der Schuld ruht entschieden auf der römischen Kirche. Leben Sie wohl.

In treuer Ergebenheit

Potsdam, 17. November 1851. Niebuhr.

IV.

Berlin, 27. Januar 1852.

Mein verehrtester Gönner,

Die Angelegenheit wegen der 1. Kammer ist in eine sehr 27. 1. 1852.
fatale Lage gekommen. Der König sieht in dem Heffter'schen Antrag eine Erfüllung seiner Wünsche, obwohl derselbe ihn nicht minder beschränkt als die Verfassung, und des Königs Zweck, daß die Erste Kammer nicht aus einem Vertrage, sondern aus einem Freibriefe hervorgehen soll, ganz vereitelt. Er ist daher von dem ursprünglichen Gedanken, von den Kammern zu fordern, daß sie Ihm die Bildung der 1. Kammer ganz überlassen sollen, abgegangen und fordert jetzt von der Rechten Unterstützung des

27. 1. 1852. Heffter'schen Antrages. Aus dieser Noth sehe ich keinen anderen Ausweg, als daß die Rechte einen Gegen-Antrag von der portée des ursprünglichen Königlichen Gedankens einbringt — was natürlich in der 1. Kammer geschehen müßte.

Ein Ministerium Maetzke-Hollweg ist leider keine Unmöglichkeit mehr! Können Sie nicht helfen? — Es wird mir schwer genug, dies zu schreiben, da ich eine Art Verrath an meinem Herrn begehe: aber ich weiß mir gar nicht mehr zu helfen. General v. Gerlach und Minister v. Bodelschwingh sind ganz derselben Ansicht wie ich. Seit dem November 1850 haben wir uns in keiner so scheußlichen Gewissensklemme befunden.

Es ist doch traurig, daß fast jeder Besuch[1]) aus Coblenz solche Verwickelungen herbeiführt. Derselbe hat auch den übelsten Einfluß auf Bonin, der anfängt, sich in Opposition gegen seine Collegen zu stellen, auf Stockhausen schimpft und Forderungen macht, die den guten Bodelschwingh ganz in Verzweiflung bringen.

Was von einer Aenderung der Wiener Politik geschrieben worden war, erweist sich als sehr übertrieben. Dort scheint noch fortwährend warmes Mitgefühl für dieses Vorbild der Monarchen, Herrn Louis Napoleon Bonaparte, zu herrschen. Aber wenigstens ist die Nachricht von dem Vertrage wegen Besetzung Genfs und Tessins nicht wahr. Das ist eine Eigenmächtigkeit des Herrn „von" Hübner[2]) gewesen, die aber desavouirt worden ist. In Petersburg scheint die gute Stimmung, die Anfangs in Bezug auf Bonaparte herrschte, bergab zu gehen. Das englische Ministerium ist so wacklig und unklar, daß darauf gar kein Verlaß ist. Es hat große Angst vor Bonapartes Plänen und hat doch nicht die Courage, in irgend einer Weise das praevenire zu spielen.

Was sagen Sie zu der Württemberg'schen Weigerung, den belgischen Vertrag anzuerkennen? Gute Aussichten für den Zoll-Verein!

General v. Gerlach läßt sie schönstens grüßen.

In treuer Ergebenheit

Ihr Niebuhr.

V.

7. 2. 1853. Anliegenden auf Allerhöchsten Befehl geschriebenen Brief an den Herzog von Augustenburg erlaube ich mir Ihrer Güte anzuvertrauen, da es nicht angenehm seyn würde, wenn er dem allgemeinen Thurn und Taxisschen Postschicksale verfiele. Er ent-

[1]) des Prinzen von Preußen.

[2]) des österreichischen Gesandten in Paris.

hält übrigens nur eine Warnung, bey dem Verkaufe seiner Obli- 7. 2. 1853.
gationen nicht übereilt zu verfahren.

Fahren Sie nur fort, Ihren persönlichen Ekel gegen den Ritter von Morgen[1]) zu überwinden, und zwiebeln Sie mit ihm zusammen die Rheinbündler. Dazu ist er gewiß vortrefflich zu gebrauchen. Benutzen Sie namentlich seinen jetzigen Eifer, um die Militär-Inspectionen etc. rasch und kräftig durchzuführen. General v. Gerlach wird Ihnen darüber selbst schreiben. Gott gebe nur, daß wir selbst zu bestimmten Entschlüssen für den Krieg kommen und uns nicht überraschen lassen! — Bonin ist doch ein zu leichtsinniger Bursche, Reyher zu großer Pedant, und an einem gewissen sehr entscheidenden Orte führen hohle Aufgeblasenheit, dünkelvolle Unfähigkeit, feige Prampirerey und dumme Oppositionsmacherey das Regiment.

Daß Oestreich uns gar nicht ein Bischen au fait von seiner orientalischen Politik erhält, ist doch auch sehr unfreundlich.

Gott gebe nur, daß wir erst aus der Zollvereins-Geschichte heraus sind! Wenn Hannover nicht wäre, hätte ich die beste Hoffnung; aber dieser nichtswürdige Staat scheint wie 1814 und 1815 wieder Alles ruiniren zu wollen.

Sie sehen, daß wir mit Revisionen und „Reactivirungen" vorwärts kommen. Aber unter wie vielen Intriguen und Thorheiten! Der Souveränitäts-Schwindel, der so viele brave und kluge Leute in der 1. Kammer ergriffen hat, das Pochen auf die „wohlerworbenen Rechte" der 2700 Höchstbesteuerten scheint mir warnender für die Folgen des Constitutionalismus zu seyn, als irgend eine andere Erfahrung, die wir gemacht haben. In der 2. Kammer intriguirt Quehl nach Kräften gegen die Pläne des Minister Westphalen und verwirrt damit und durch seine verfluchte „Zeit" natürlich eine Menge Köpfe, erbittert noch mehrere gegen den Minister-Präsidenten.

In der 2. Kammer entbehren wir Sie und Kleist schmerzlich. Ich fürchte doch, es wird noch lange dauern, bis Kleist ohne Sorgen und frisch sich unseren Kämpfen zuwenden kann.

Der König ist durch den Berliner Aufenthalt ungewöhnlich wenig angegriffen, und im Ganzen guter Laune. Doch wird seine Rückkehr nach Charlottenburg für die Geschäfte sehr ersprießlich seyn. Sonst wird Alles hier entsetzend alt.

Bringen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin in gnädige Erinnerung. In treuester Ergebenheit

Ihr treuverbündeter

Berlin, den 7. Februar 1853. Niebuhr.

---

[1]) v. Prokesch-Osten.

VI.

Potsdam, 9. October 1855.

9. 10. 1855. Hier, mein verehrtester Freund, die beiden Rapporte Ihrem Wunsche gemäß zurück. Es ist viel besser so. Im günstigsten Falle wären sie den Inculpaten zur Rechtfertigung vorgelegt worden, und was hätte das für eine Schweinerei gegeben!

Die W.-U.'sche[1]) Sache kann wohl als todt betrachtet werden, und es ist daher das Klügste, fürs Erste von diesen Personen gar nicht weiter anzufangen. Etwas neueres ist es, daß Manteuffel die Sache nicht als erledigt ansehen kann und darf. Man würde ihm aber schlecht helfen, wenn man sich einmischte. Für uns muß sie todt bleiben. Wir können nur in Einem etwas eintreten, indem wir W. an uns zu ziehen suchen, was gar nicht so schwer ist, und ihn aus dem Gefecht bringen. Der alte Kerl sehnt sich darnach.

Gerlach kommt am 11. Er scheint höchst moros, und ich fürchte, daß er nur noch eben überwintern wird. Er würde doch gar nicht zu ersetzen seyn. Wenn der König sich auch oft mit ihm zankt, so bekommt die alte Freundschaft und 42jährige Bekanntschaft immer wieder ihr Recht. Durch seinen Weggang würde für den König eine weit größere Lücke entstehen als durch den Tod Rauch's und Stolberg's, wenn letzterer auch seinem Herzen weit weher gethan hat.

Wegen der Frage, die Sie auf dem Schiffe wegen der Königin an mich thaten,[2]) habe ich weiter gefragt — ex meo capite natürlich. Die Königin hatte gar nicht gewußt, daß beide Damen mitfahren würden, war über ihr Erscheinen sehr erschrocken, da sie, wenn sie angegriffen ist, höchst apprehensiv für Menschen ist, und auch wohl verdrießlich. In solchen Stimmungen ist sie aber nicht im Stande, mit den Betheiligten zu sprechen, namentlich nicht, wenn sie dieselben nicht früher schon gekannt hat, da es ihr überhaupt sehr schwer ist, mit Unbekannten über Anderes als ganz bestimmte Themata zu reden. — Eine Klatscherei ist nicht vorgekommen.

Ich habe auf Stolzenfels einen tüchtigen Leck bekommen, an dem ich den ganzen Winter hindurch werde pumpen müssen. Gott gebe, daß nicht wichtigere Personen eben solchen Schaden an ihrer Gesundheit erlitten haben.

Viel Unerfreuliches — abgesehen von der äußeren Politik, der Theuerung und der Geldkrisis — bereitet sich für den Winter

---

[1]) Wedell-Usedomsche; vgl. über die Sondermissionen der Grafen v. Wedell und v. Usedom nach Paris und London die Briefe Bismarcks an Gerlach und Manteuffel 1854/55.

[2]) vgl. Bismarcks Brief an General Gerlach vom 7. October 1855 (S. 248 meiner Ausgabe).

vor. Bodelschwingh will z. B. die Grundsteuerausgleichung und 9. 10. 1855.
die Aufhebung der Maischsteuer-Bonification vorbringen. Die Westphalen'schen Restitutions-Gesetze werden wahrscheinlich im Staatsrath fallen.

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin.

In aufrichtiger Ergebenheit

Ihr ergebenster

Potsdam, 9/10. 55.[1]) Niebuhr.

7.

Sechsunddreißig Briefe des Herrn von Savigny an Bismarck.

1851—1854. 1857—1859. 1863—1867.

I.

Wertheſter Freund,

Es iſt mir eine doppelt ſchmerzliche Empfindung, wenn meine lebhafte 30. 12. 1851.
Tyrade von dieſem Abend eine Wolke über unſern ſeit langen Jahren beſtehenden unbefangen freundſchaftlichen Verkehr bis in das neue Jahr hinüber ziehen ſollte.

Daß Sie meinen Erguß von Empfindung in der Weiſe mißverſtehen konnten, hatte ich nicht für möglich gehalten; vielleicht iſt mein Ton unbewußt an dieſer unglücklichen Auffaſſung ſchuld geweſen. Der Sinn meiner Worte war nur der, daß ich mir die Wohlthat nicht verſagen wollte, meine Sorgen und Wünſche Ihnen unbefangen auszuſprechen; daraus können Sie gerechter Weiſe nur den Beweis ſchöpfen meines unbedingten Vertrauens. Da ich niemand anderes weiß, zu dem ich ſo ſprechen könnte, ſo erklärt dies alles. Im übrigen bedürfen Sie wahrlich nicht meiner Aufforderung, um das zu thun und anderen zu rathen, was nothwendig iſt. Mir iſt es jedoch ein Troſt, dies jedesmal im neuen Jahr mündlich von Ihnen zu erfahren.

Gewähren Sie mir daher die Beruhigung, daß Ihr Mißverſtändniß nur ein augenblickliches bleiben wird.

Ihr treu ergebener

Frkfrt a/M., 30. December 1851. Savigny.

II.

Verehrteſter Freund,

Herr von Rüdt[2]) iſt nach Stuttgardt gegangen zu näherer Be- 25. 7. 1852.
ſprechung mit Neurath.[3]) Man ſucht dort einen Vermittlungsweg

[1]) Auch im Original findet ſich das Datum zweimal.

[2]) Großherzoglich Badiſcher Miniſter der Auswärtigen Angelegenheiten.

[3]) Württembergiſcher Miniſter der Auswärtigen Angelegenheiten.

25. 7. 1852. anzubahnen, den die eigentlichen Darmstadt-Kissinger Coalitionsgenossen zu betreten haben werden. Die Sache ist noch nicht festgestellt, doch neigt man sich hier zur Annahme des angeblich in Wien zu Tage geförderten Vorschlages von Platen Namens der Hannoverschen Regierung. Existirt ein solcher wirklich? und ist er mit Ihrem Vorwissen gemacht, wie man hier behauptet?

Die Hauptpunkte wären danach:

1) 1860 neue Conferenz mit Oesterreich, also nur Abschluß des Zollvereinsvertrags auf 8 statt 12 Jahre.
   — (soll angeblich eine Conzession an Baiern seyn).
2) Aufgebung des Punktes Zolleinigung aus Litt. A.
3) Fallenlassen des Punktes wegen gegenseitiger Berücksichtigung im Falle von Preisveränderungen.
4) Acceptation des Vertrages v. 7. September.

Bitte um 2 Worte Antwort.

Haben Sie die Güte, mich zu belehren,

1) ob dies mit Ihrem Vorwissen geschehen ist,
2) ob es wirklich eine offizielle Eröffnung der Hannoverschen Regierung in Wien war,
3) ob die Preußische Regierung darauf eingehen würde.

Meines Erachtens dürfen wir uns auf 8 Jahre nicht einlassen, sondern nur auf 12.

Ihr treuer Savigny.

Tausend Grüße an Ihre liebe Frau.

Carlsruhe, d. 25. Juli 1852.

III.

Verehrter Freund,

21. 9. 1852. Baden ist, wie Sie erfahren haben werden, in München und auch noch bis jetzt festgeblieben. Es hat sich der gemeinsamen Erklärung, die Beust abgefaßt, nicht angeschlossen, sondern hat seine eigene beibehalten, die uns wohl genügen kann.

Die Coalition rechnet darauf, daß Preußen sie abweisen muß. Beust weiß, daß eine Ministercrisis die Folge für ihn ist; allein er wird Behr und Friesen, seine Kollegen, entlassen und selbst bleiben. Nöthigenfalls österreichischen Schutz nachsuchen. Würtemberg ist abgefallen und hat Baden im Stich gelassen. Rechberg und die Königin der Niederlande haben das bewirkt.

Jetzt kommt es vor allem darauf an, daß man bey uns nicht mehr länger fackelt. Sobald Preußen die Gesellschaft formell

fortjagt, so zerfällt unmittelbar die Koalition, und sie kommen 21. 9. 1852.
einzeln, mehr oder minder genöthigt durch den Druck der Umstände.
Kalter Muth ist jetzt nöthig und wenig mehr plaudern.

Ihr

treuer

Wissen Sie was Neues? Savigny.

Baden, den 21. September 1852.

IV.

Carlsruhe, d. 12. October 1852.

Werther Freund,

Herr von Rüdt, der so eben aus Wien eintrifft, rechnet mit Sicher- 12. 10. 1852.
heit auf das Gelingen der Meyendorffschen Vermittlung in Berlin, so daß eine direkte Verständigung zwischen uns und Oesterreich statt findet, mit Umgehung der Koalition. Dies ist jetzt der Wunsch von Baden.

Wie ich von anderer Seite vernehme, soll Meyendorff den Umschwung des Königs von Würtemberg zu unseren Ungunsten bewirkt haben, damit sein Gedanke nicht gestört werde, nehmlich auf Russischem Wege Oesterreich förmlich in die Zollgemeinschaft mit Deutschland einzuführen, ohne daß es zu einem Bruche mit Preußen komme.

Rußland will und muß wollen, daß Oesterreichs Zukunft ganz auf Deutschland gewiesen werde, damit seine neue jugendliche Kraft nicht der Slaven sich bemächtige.

Den einzelnen deutschen Staatsmännern und Souveränen hat man demnächst Verfassungsrectificationen [?] ganz nach Wunsch versprochen auf Bundeswegen. Nur muß erst Oesterreich ordentlich in der Handelsgemeinschaft drin sitzen. Mit Preußen denkt man dann schon höflichst fertig zu werden.

Die Koalition unter sich ist ganz zerfallen. Alles läuft nach Wien am Ende des Monats. Beust hat es auch in Wien verdorben durch sein Vordrängen. Soweit meine Weisheit.

Um Himmelswillen bleiben wir nur fest. Bald wird sich dann das Blatt wenden.

Geben Sie mir einige Worte Nachricht.

Savigny.

V.

Mein lieber theurer Freund,

Ihre freundlichen Zeilen vom 21. mit der allerliebsten Einladung 23. 11. 1852.
zu Ihrem Balle hat mich im eigentlichen Sinne des Wortes wahr-

23. 11. 1852. haft gerührt. Mein Herz ist für jeden Ausdruck von treuer Anhänglichkeit höchst empfänglich.

Ich freue mich sehr, daß Sie Ihr Haus mit einem schönen Ballfeste eröffnen wollen, und gratulire Ihnen und Ihrer Frau aufrichtig dazu. Mir persönlich erlaubt es meine gegenwärtige Stimmung leider nicht gerade, einem solchen Feste beyzuwohnen. Besuchen aber will ich Sie und Ihre verehrte Frau einen dieser Tage. Sie beyde zu sehen, darauf kommt es mir an, und dies soll mir wie immer der einzige Zweck meiner Reise seyn.

Ihrer Frau Gemalin küssen Sie in meinem Namen vieltausendmal die Hand, die so gnädig war, mir so liebe freundliche Worte zu adressiren.

Nun erlauben Sie mir noch eine kleine Bitte. Wie ich zu erwarten berechtigt war und ich vernommen habe, so sind Sie in gleichem Maße wie Herr von Manteuffel mit Rosenbergs Leistungen in Darmstadt sehr zufrieden gewesen. Er wünscht sehr eine äußere Anerkennung für die belobten Dienste, um so mehr, als er früher ungerechter Weise zurückgesetzt zu seyn vermuthet.

Sein Wunsch wäre der Johanniter Orden, den bereits sein Vater besessen, vom Könige zu erhalten. Wenn Ihnen dies passend erscheinen sollte und es Ihnen möglich ist, so legen Sie baldigst zu diesem Zwecke ein gutes Wort ein.

Meine Wünsche und Gedanken begleiten Sie auf Ihr Ballfest, möge es Ihnen nur Satisfaction und nicht blos Sorgen bringen.

Ihr alter treuer, obwohl etwas

melancholischer Freund

Carlsruhe, d. 23. November 1852. Savigny.

VI.

Mein theurer und langbewährter Freund,

15. 1. 1853. Mein Vorhaben, Ihrer Frau Gemalin und Ihnen zum Jahreswechsel persönlich meine Wünsche darzubringen, ist aus mehreren Gründen zu Wasser geworden. In der letzten Zeit war ich vorherrschend nicht wohl und lediglich im Bereiche meiner eigenen vier Mauern thätig, um mir alle unangenehmen Eindrücke von außen abzuwehren. Mit nächstem hoffe ich jedoch mir die längst ersehnte Freude des Einsprechens bey Ihnen [schaffen][1] zu können.

Einstweilen übersende ich als einer Ihrer Vasallen, zur Recognition des feudalen Verbandes, eine Pastete aus Montauban. Erweisen Sie diesem fremden Machwerke die Ehre eines Einbisses

[1] Ergänzung des Herausgebers.

und gedenken Sie ohne bittern Beygeschmack Ihres wenig liebens- 15. 1. 1853.
würdigen Freundes

Carlsruhe, den 15. Januar 1853. Savigny.

Ihrer Frau Gemalin meinerseits den Ausdruck von alle dem, was ich in Ihr verehre.

VII.

Liebster Freund,

Ich habe allen Grund zu der Annahme, daß Ihr Oesterreichischer 2. 2. 1853.
Kollege stark wühlen wird; besonders in der Presse auch in Cölln und allen süddeutschen ultramontanen Blättern.

Halten Sie aber in Berlin fest, dann wird sich die Wiener Gesellschaft bald um alles Ansehen in Deutschland gebracht haben.

In diesen Tagen bin ich bey Ihnen persönlich.

2. Febr. 1853. Ihr

Savigny.

VIII.

Theuerster Freund,

Gestatten Sie mir von der Gelegenheit einer Entsendung nach 4. 3. 1853.
Frankfurt den mir erwünschten Gebrauch zu machen, mich wiederum durch ein Paar Worte in Ihr Gedächtniß zurückzurufen.

Längere Zeit ist vergangen, seitdem wir uns nicht mehr gesehen und gesprochen, und doch blieb ich mit Ihnen in stetem Gedankenverkehr, bey jedem Ereigniß unserer bewegten Zeit und, darf ich es hinzufügen, in einem steten Bewußtsein, daß wir die meisten Fragen in gleicher Weise auffassen müßten.

Die letzte Oesterreichische Marktschreierei über die durch Energie im Oriente erzielten außerordentlichen Resultate, hat insofern einen gewissen Effekt nicht verfehlt, als man in Süddeutschland sich von dem Auspposaunen momentan hat imponiren lassen. Das alles wird nicht länger dauern, als der Verlauf jeder renommage; doch ist es vielleicht nicht unnütz, wenn man allmählich bey uns begönne, über so manches den Nebel zu verscheuchen.

Ihr ehrenwerther Oesterreichischer Kollege[1]) ist ganz der Mann dazu, um auf die Länge seine Regierung zu deconsideriren. Seine hohle und anmaßende Phraseologie ist ebenso geschmacklos als wie seine kleine Aktivität lästig zu werden bestimmt ist. Für das erste verpestet er allerdings mit seinen Correspondenzen viele deutsche Preßorgane, aber das alles wird einst eine gesunde Reaktion erzeugen müssen.

[1]) v. Prokesch-Osten.

4. 3. 1853. Da wir nun einmal, in Folge des Vertrages vom 19. Februar, in ein politisches Sozietätsverhältniß zu Oesterreich getreten sind, so scheint es mir nunmehr für uns, in Beziehung auf unsere europäische Lage, darauf anzukommen: 1tens daß wir, als dereinstige Vertheidiger des Rheins am Po, das Recht haben und wahren müssen, uns ebensoviel um Oesterreichische Politik in Italien zu kümmern, als Oesterreich um unsere in Deutschland. Daraus folgt, daß Oesterreich uns über alles, was es in Italien thut oder unterläßt, Rechenschaft schuldig ist, da wir unmöglich später für die Folgen ihrer Fehler eventuell mit Geld und Leuten aufkommen können, wenn wir vorher nicht das Recht hatten, in allem mitzusprechen. 2tens daß uns die Oesterreichische Stellung zum Oriente ebensoviel angeht, als Oesterreich sich um unsere Verhältnisse zu Dänemark bekümmert hat. Von diesem unseren Rechte und der steten Absicht es auszuüben müssen die Europäischen Kabinette allmählich überzeugt werden, dann gewinnen wir an europäischem Einfluß in vielen Fragen und können uns eventuell den Oesterreichern so unbequem machen, daß sie es selber vorziehen werden, uns in Deutschland ungeschoren zu lassen, um nur selbst ihre außerdeutsche Aufgabe ohne Controlle verfolgen zu können.

Thun wir dies nicht, und verhalten uns ganz still zu allem, was die Oesterreicher reden und treiben in dem Concert européen, so ist es unvermeidlich, daß wir in den Augen der Europäischen Kabinette zu einem bloßen Trabanten Oesterreichs herabsinken. Alles mit Vorsicht und Consequenz in unserer neuen Allianzstellung eingenommene terrain kommt uns jedoch auch wiederum in Deutschland zu gute; eine Aufgabe, die wir nun einmal nicht mehr von uns abschütteln können, da wir nach dem Vertrag vom 19ten rein Preußische Politik nicht mehr machen dürfen.

Dies ist einer meiner bescheidenen Gedanken, der hoffentlich Ihrer Auffassung nicht widersprechen wird.

Ich wage es kaum nochmals anzukündigen, daß ich nächstens zu Ihnen auf Besuch komme. Allein da ich in Berlin um Urlaub eingekommen bin, so liegt mir die Möglichkeit noch näher, Ihnen mit nächstem die Hand zu drücken.

Tausend Grüße an Ihre liebe Frau Gemalin.

Ganz der Ihre.

Carlsruhe, den 4. März 1853. Savigny.

IX.

[Undatirt.]

Theuerster Freund,

??? Soeben erhalte [ich] Ihr Schreiben per Expressen und danke verbindlichst für die gefällige Mittheilung des Erlasses an Redern.

An Ihrer Theilnahme für uns habe ich nicht gezweifelt, ich ??? weiß ja, wie treu Sie in der Freundschaft sind.

Grüßen Sie Ihre liebe Frau.

Wenn Sie mich besuchen wollen, so bin ich jetzt lediglich in Baden etablirt mit meiner Frau, die ich jetzt nicht gern verlasse. Sollten Sie es jedoch aus diesem oder jenem Grunde dringend wünschen, mich wo anders zu sehen, so sagen Sie mir nur den Tag zuvor per Telegraph Ihre Ankunft in Carlsruhe an, und dann werde ich dahin kommen.

Wo nicht, so erwarte ich Sie in Baden. Vielleicht würde es Ihnen ja auch conveniren, den Prinzen hier zu sehen. Doch kann ich die hierbei in Betracht kommenden Umstände meinerseits nicht beurtheilen.

Ihr

Baden treu ergebener

Donnerstag, $2^1/_2$ Uhr Nachmittag. Savigny.

X.

Mein theurer Freund,

Seit langer Zeit erhalten Sie einmal wieder Nachricht von mir; 14. 11. 1853.
Sie wissen, daß ich Sie und Ihre Frau Gemalin in Frankfurt nicht antraf, als ich am 18. August eigens, um Sie beyde zu sehen, mit meiner Frau dort eintraf.

Doch Sie haben seitdem die Welt durchstreift, neue Erfahrungen gesammelt, das Wohl der Völker erwogen und danach Ihren entscheidenden Rath in Berlin ertheilt. Mich hungert nunmehr nach einigen Brosamen von Ihrem reich bedeckten Tische, zu diesem Zwecke treffe ich mit nächstem bey Ihnen ein, nicht zum An-Pump, aber wohl zum Aus-Pump. Vergeben Sie mir diesen schlechten Spaß. Einen kurzen Bericht unseres Obrist Fischer, der bekanntlich so eben in Rastatt war, um sich dort mit Oesterreich über die Festungsbaufrage zu einigen, übersende ich an das Ministerium und bitte ganz ergebenst um Ihre geneigte Anweisung, damit das von Frankfurt a/M. aus auf ganz sicherem Wege erfolge.

Fischer hat unseren Standpunkt auf das geistreichste gewahrt, was Sie aus den betreffenden Protokollen ersehen werden.

Auf meinem unbedeutenden Felde der Wirksamkeit ist nichts neues geschehen, die leidige katholische Kirchenfrage ist vorläufig verfahren, wird sich aber wohl bald arrangiren lassen, sobald man nur nicht zu sehr zu finassiren sucht.

Können Sie mir 2 Worte mittheilen über unsere gegenwärtige Haltung in der Orientalischen Frage? Dann wäre ich Ihnen vorläufig sehr verbunden.

14. 11. 1853. Ihrer verehrten Frau Gemalin, meiner gnädigen Freundin, werfen Sie mich zu Füßen und sagen tausend schönes an Ihre Frau Schwiegermutter.

Der arme Hassenpflug! Ist Dallwigk noch nicht geprügelt worden?

Ihr treu ergebener

Carlsruhe, d. 14. November 1853. Savigny.

XI.

Theuerster Freund,

16. 12. 1853. Gestern erhielt ich durch einen Expressen von Ihnen gesandt eine Expedition aus Berlin in Beziehung auf Beust's Umtriebe in München. Inhalt und Form des ministeriellen Schreibens ist sehr tragisch gegriffen. Halten Sie die Sache wirklich für so ernst? und sollte nicht vielmehr Oesterreich darunter stecken? letzteres dabey interessirt, daß wir ihm unbedingt bey allen seinen Verlangen sekundiren? Dann wäre die Bewegung von Beust als ein Compelle exploitirt worden. Was übrigens das Wesen der Sache selbst betrifft, so bin ich schon längst der Ansicht, daß die Mittelstaaten, Hannover, Sachsen und Baiern, uns die ernstesten Schwierigkeiten bereiten werden, falls wir mit Frankreich in einen Conflict gerathen sollten. Daher denn die Nothwendigkeit, wenigstens nicht vollständig antipreußische Ministerien an jenen Orten zu dulden. Doch muß man auch die Mittel haben und sie anwenden wollen, um einen feindlichen Minister zu stürzen, ihn durch einen freundlichen zu ersetzen und letzteren envers et contre tous zu schützen. Das ist uns seit einigen Jahren in Deutschland nicht gelungen. Nicht einmal mit Dallwigk in Darmstadt, wo wir doch den Abschluß des Zollvertrags recht gut dazu hätten benutzen können.

In Baden ist der Ausbruch des katholischen Conflictes unserem Einfluß wesentlich zu statten gekommen. Man hat hier jetzt vollständig erkannt, von welcher Seite her Theilnahme und Beistand zu erwarten ist, und wie die Oesterreichische Regierung, vielleicht malgré elle, in Baden durch ihren Anhang nur auflösend wirken kann. Insofern bin ich hier sehr zufrieden und sehe die Sache auch nicht als unbedeutend an, da wir Baden's Zuverlässigkeit im Falle der Noth ganz gut werden brauchen können, um andere Tendenzen zu neutralisiren.

Sollte es Sie interessiren, so lesen Sie doch meinen Immediatbericht durch, er enthält wenigstens einige Ihnen vielleicht noch nicht bekannte facta. In der Sache selbst nimmt sich unsere Regierung Badens an in Rom.

Was hören Sie über den Orient, wie ist die Lage des Ministeriums in Berlin? 16. 12. 1853.

Mir war es bisher ganz unmöglich, Sie aufzusuchen, wegen mancher Geschäfte und wegen meiner Frau, die nicht ganz wohl war. Empfehlen Sie mich herzlichst Ihrer Frau Gemalin, meiner gnädigsten Freundin, und lassen Sie mich einige Worte hören. Meine Schwiegermutter wird uns wahrscheinlich nach Neujahr besuchen.

Carlsruhe, Ihr
Freitag den 16. December 1853. Savigny.

XII.

Theuerster Freund,

Schon wieder eine Sendung von mir, welche ich Sie schönstens bitte, an den Prinzen von Preußen baldigst auf dem sichersten Wege gelangen zu lassen. Er ist jetzt wohl schon gewiß in Berlin. 17. 1. 1854.

Bischof Ketteler hat hier im Namen des Erzbischofs von Freiburg den faktischen Conflict durch ein Abkommen in soweit beseitigt, daß ein ehrenvoller Waffenstillstand geschlossen wurde, während die Negotiation selbst Seitens der Badischen Regierung in Rom eröffnet werden wird.

Nachdem die Sache nun vorläufig beygelegt worden, bleibt nur die rein politische Folge für uns, daß Baden mehr noch wie bisher sich eng an Preußen anschließen wird. Graf Buol hat zwar Explikationen gegeben, welche die hiesige Verletztheit beschwichtigten, indem er im großen und ganzen das feindliche Verhalten Oesterreichs in dem badischen Kirchenconflicte dem persönlichen Einfluß des jungen Kaisers zuschob, der sich, nach dem Beyspiele von Nicolaus, seiner Glaubensgenossen in andern deutschen Staaten ostensibel annehmen will. Nur war hier die Sache ebenso ungeschickt als ungerecht, und Oesterreich hat sich entschieden geschadet.

Der Regent behält einen Stachel im Herzen, und seine Minister halten jetzt offen eine antioesterreichische Farbe.

Wie hat sich denn die Beustsche Geschichte herausgestellt? Was war das Motiv seines Besuches in Berlin? Was wissen Sie über den Orient?

Endlich, kennen Sie einen gewissen Dr. Buddaeus, von dem man mir sagt, daß er mit Ihnen in Verbindung stehe?

Mit meinen Augen geht es seit einiger Zeit nicht gut, ich darf nicht viel schreiben. Daß man den König von Würtemberg wieder in Verdacht hat, mit Frankreich zu intriguiren, wissen Sie wohl schon. Hier ist man in patriotisch-deutscher Beziehung ganz korrekt.

17. 1. 1854. Ueber die Nachricht, eine Prinzeß von Baden heirathe den Prinzen Napoleon, ist man empört, und widerruft direkt und persönlich nach allen Seiten. Uebrigens hat niemals eine solche démarche aus Paris vorgelegen.

Ihrer Frau Gemalin empfehlen Sie mich auf das Herzlichste und behalten mich lieb.

Ihr treuer

Carlsruhe, d. 17. Januar 1854. Savigny.

XIII.

Theuerster Freund,

25. 2. 1854. Ihren sehr geehrten Brief vom 25. 2. 54 habe ich ganz sicher verwahrt und zu richtiger Zeit mit vielem Dank erhalten, allein sein Inhalt ist mir nothgedrungen ein vollständiges Räthsel geblieben, da ich den Schlüssel zu Ihrem Chiffre nicht besitze.

Die Gesandtschaft zu Carlsruhe hat ein altes Chiffre und ein neues, eigens für mich componirt im Jahre 1849, welches, wie ich jetzt bestimmt weiß, mit dem Ihrigen nicht übereinstimmt.

Vorläufig befinde ich mich nun im Zustande beunruhigender Neugierde, die mir so unerträglich wird, daß ich Sie dringend ersuche, mir mit einigen deutschen Worten zu schreiben, was nach Ihrer Ansicht für mich zu wissen taugt. Geht es mich etwa persönlich an und ist es auch unangenehm, so bin ich Ihnen für die Mittheilung der vollen Wahrheit doch sehr dankbar. Sind es Geschäfte, so kennen Sie ja meine Grundsätze, und die sind Ihnen für Discretion Bürge.

Gestern gingen hier zwischen Wien und Paris einige telegraphische Depeschen durch, welche, so weit man sie hier verstand, auf einen Anschluß von Oesterreich an Frankreich deuten.

Aus einem französischen Circular an meinen hiesigen Collegen gerichtet, habe ich entnommen, daß man sich in Paris sehr über Herrn von Beust formalisirt. Er wolle die Disciplin der Mittelstaaten gegen die Großmächte lockern.

Graf Leiningen geht nun mit nächstem nach Rom. Das Badische Gouvernement gedenkt jetzt seinen Standpunkt in aller Ruhe möglichst zu wahren. Die allgemeinen europäischen Conflicte kommen ihm dabei zu statten. Herr von Meysenbug geht noch heute mit dem Schnellzug nach Berlin ab.

Ueber die bevorstehende Anwesenheit des Prinzen von Preußen in Frankfurt a/M. bitte ich Sie dringend mich genau zu instruiren. Vor 8 Tagen sandte ich durch Ihre Vermittelung einen Brief an den Prinzen per Expressen, da mir seine schleunige und ganz sichere Bestellung dringend nöthig schien. Bis jetzt erhielt ich noch keine

Erwiderung darauf. Er ist doch richtig bestellt worden? Da ich wahrhaft gespannt bin zu erfahren, was Sie so gütig mir mitzutheilen beabsichtigt haben, so wird Ihnen meine Bitte natürlich erscheinen, um die baldmöglichste Benachrichtigung durch einige nicht chiffrirte Zeilen. Mein Kanzellist, ganz sicherer Mann, erwartet Ihre geneigte Rückäußerung. Meine Frau bedankt sich schönstens für die Grüße und erwidert sie. 25. 2. 1854.

Der Ihrigen legen Sie mich wie immer als treuer Freund zu Füßen.

Carlsruhe, d. 25. [Februar] 1854 Abends 11 Uhr. Ihr Savigny.

XIV.

Carlsruhe, d. 26. Februar 1854
2 Uhr Nachmittag.

Tausend Dank für Ihr freundliches Schreiben, welches ich soeben durch von Kessels Boten erhalten habe. Daß ich Ihren Chiffre nicht besitze, werden Sie aus dem Schreiben, welches Schwartz überbracht hat, entnommen haben. 26. 2. 1854.

Die katholische Frage liegt jetzt in gouvernementalem Sinne noch günstiger, als dies zur Zeit Ihres hiesigen Aufenthaltes war.

In diesen Tagen berichte ich wieder ausführlich und theile es Ihnen offen mit. Meysenbug ist heute nach Berlin abgegangen.

In Beziehung auf die Orientalische Frage glaube ich jetzt annehmen zu dürfen, daß bereits vorgestern der Vertrag in Wien abgeschlossen worden ist. Dies ging aus dem Inhalte der hier interceptirten telegraphischen Depeschen zwischen Bourquenay[1]) und Drouyn de L'Huys hervor. Ihre Ansicht über Strammhalten unsererseits theile ich ganz und gar. Nur nichts jetzt übereilen. Die Oesterreicher müssen es endlich lernen, daß man mit thatsächlichen Concessionen sich um unsere Allianz zu bewerben hat. Preußens Lage ist jetzt unendlich glücklich. Nur muß man sich auch das Ohr und Verbindung mit Petersburg offen halten.

Dann können wir einmal im richtigen Moment den Frieden vorschreiben unter der Form von Vermittelung.

Jetzt vermögen wir es auch, ganz Deutschland um uns zu schaaren im Gegensatze zu Oesterreichs gegen Frankreich gebundene Lage.

Preußen muß endlich aus seiner Situation Nutzen ziehen lernen. Ruhe und Verschwiegenheit vor allem.

Ihr treuer und dankbarer
Savigny.

---

[1]) Französischer Gesandter in Wien.

26. 2. 1854. Theilen Sie mir doch für künftige Fälle Ihren Chiffre mit. Jetzt in diesen bewegten Zeiten ist es durchaus nöthig, daß wir zusammen halten. Wir verstehen uns und achten uns gegenseitig. Das ist in unserem Vaterlande nicht häufig. An meiner Treue werden Sie niemals zu zweifeln haben.

Viel Schönes Ihrer lieben Frau.

Savigny.

XV.

Verehrter Freund,

11. 6. 1856. In gewohnter Weise komme ich mit einem neuen Appell an Ihre kollegialische Freundlichkeit.

Meine Bitte geht dahin, mir mit 2 Worten baldmöglichst schreiben zu wollen, ob der König definitiv nach Hohenzollern reist? an welchem Tage er Frankfurt passirt und ob sein Weg ihn durch das Großherzogthum Baden nach Stuttgart führt?

Letzteren Falles würde ich S. Majestät in Heidelberg empfangen und bis Bruchsal geleiten.

Durch Prinzeß von Preußen erfuhr ich gestern, daß die Kaiserin am 16. in Frankfurt übernachten wird. Die Frau Prinzeß wird dorthin gehen und auch mit dem Prinzen da zusammentreffen.

Alles das berührt mich natürlich gar nicht. Nur meinen Souverän wünsche ich auf badischem territorium ehrfurchtsvoll und rechtzeitig begrüßen zu können, und dazu verschaffen Sie mir aus Ihrer bewährten Wissenschaft die Möglichkeit. Sollte die Zeit zum Schreiben nicht mehr reichen, so bitte ich um einige Worte durch den Telegraphen hierher nach Baden.

Viele Empfehlungen an Ihre Frau Gemalin.

Ihr treu ergebener

Baden, den 11. Juni 1856. Savigny.

XVI.

Verehrter Freund,

4. 1. 1857. Oesterreich hat in der letzten Zeit ohne Unterlaß in Carlsruhe gegen uns gewühlt, natürlich mit einigem Erfolge. Leider hat man mich rechtzeitig nicht in die Lage gesetzt, hier alles fest zu machen, jetzt ist es viel schwieriger. Doch hoffe ich, daß eine ernste Verlegenheit uns hier nicht erwachsen soll. Die letzten Nachrichten aus Bern lauten für ein friedliches Einlenken zu unseren Gunsten[1].

[1]) in der Neuenburger Frage.

sehr erfreulich. Nur Oesterreichs Haltung könnte uns jetzt noch 4. 1. 1857.
stören, falls es in Wien angemessen erscheint, Preußen auch bei diesem Anlasse wenigstens den Anschein einer Beschämung zu bereiten.

Sollten Sie etwas näheres hierüber erfahren haben, so bitte ich mir dies mitzutheilen.

Baden will vorläufig wegen Bedrohung seiner Grenze die bezügliche Anzeige am Bunde noch nicht machen.

Was soll Manteuffel in Wien und in Venedig? Der Rückschlag in Paris, auf die Kunde von dieser Reise, ist schon bemerkbar.

Carlsruhe, d. 4. Januar 1857 Morgens 4 Uhr. Ihr treu ergebener Savigny.

XVII.

Verehrter Freund,

Die Sendung des Herrn von Manteuffel nach Oesterreich, die 6. 1. 1857.
theilweise auch von Oesterreich angeregte Agitation unter demokratischer und industrieller Fahne in Würtemberg, die bis hierher verbreitete Annahme, der König denke garnicht daran, marschiren zu lassen: alles dies erschwert meine Aufgabe hier gar sehr. Man will sich in letzter Stunde unnütz für unsern Standpunkt Oesterreich gegenüber vollständig nicht compromittirt haben, da man voraus setzt, daß Preußen schon in diesem Augenblick unter der Hand mit Oesterreich in Verständigung getreten sey. Was mir ein leichtes gewesen wäre vor 4 Wochen zu erreichen, nehmlich eine politisch-militärische Konvention, nach welcher Baden als aktiver Bundesgenosse gegen die Schweitz aufgetreten wäre, ist jetzt beinahe unmöglich.

Doch habe ich Verhandlungen eingeleitet und auch ganz freundliche Versicherungen bereits schriftlich erhalten. Der Schein, als habe eine Verständigung bereits stattgefunden, wird übrigens möglichst gewahrt bleiben, der Schweitz gegenüber jedenfalls. Sobald Sie etwas sicheres aus Berlin erfahren, ob man dort eine Form für die Verständigung mit der Schweitz als genügend erkannt hat, so bitte ich mir dies sofort mitzutheilen.

Der Großherzog hat sich in einem Gespräche mit dem Obrist von Francezky, welcher zu der militärischen Verhandlung hierher gesandt wurde, in einer so eingehenden Weise über seinen Mangel an Vertrauen auf Preußens Consequenz ausgelassen, daß man in meiner Lage, trotz aller lithographischen Depeschen, an eine Umstimmung kaum denken kann. Doch sage ich Ihnen mit alle Diesem nichts neues und kann nur wiederholen, was ich als Befürchtung schon in Frankfurt aussprach, daß wir durch das muthmaßliche

6. 1. 1857. Ende der Neuenburger Frage an unserem schon geschmälerten Ansehen noch ein erkleckliches einbüßen werden.

In alter und treuer Gesinnung

Carlsruhe, Ihr
d. 6. Januar 1857. Savigny.

XVIII.

Mein verehrter Freund,

7. 7. 1857. Ich übersende Ihnen zu gefälliger Einsicht und sicherer Weiterbeförderung meine Expedition nach Berlin. Sie wird Ihnen weder neues noch interessantes mittheilen; höchstens bestätigen meine trockenen Berichte die Ihnen schon längst zugekommenen Notizen. Der Großherzog ist bis jetzt einer jeden Begegnung mit mir aus dem Wege gegangen. Dem Prinzen von Preußen gegenüber hat er sein Verhalten in der Rastatter Sache vollständig zu rechtfertigen gesucht. Der Prinz fühlt, in seiner edlen Natur, nicht hinlänglich, wie wenig erklärlich der Umstand bleibt, daß man in Carlsruhe mit Oesterreich zu einer Zeit abschloß, wo der Prinz bey seinem Schwiegersohne im Hause wohnte, und daß ihm nichts gesagt wurde!

Sie allein, mein Verehrtester, werden sich von Zeit zu Zeit in der Lage befinden, Baden auf den Fuß treten zu können, versäumen Sie es nicht! Auf dem Wege, wie wir jetzt wandeln, müssen wir auf alles gefaßt seyn. Jeder Tag wird uns neue und bittere Erfahrungen bereiten. Niemand in Deutschland fürchtet uns, unsere sogenannten Freunde schenken uns höchstens den Ausdruck ihres Mitleids. Ich zähle sehr auf Ihren Besuch in Baden, der Prinz von Preußen kommt morgen aus Wildbad zurück.

Ihr

Baden, d. 7. Juli 1857. Savigny.

XIX.

Mein verehrter Freund,

13. 7. 1858. Abschrift von Flemming's Depesche vom 5. d. Mts. über Rastatt und die Aufnahme, welche der Erlaß vom 27. vor. Mts. in Wien gefunden, haben Sie natürlich wohl erhalten. Danach fängt unser Festhalten schon an, Früchte zu tragen. Ich habe mir erlaubt, dem Prinzen vorzustellen, daß wir jetzt uns nicht weiter zu äußern haben, sondern weitere Vorschläge zur Ausgleichung über diese Frage von Oesterreich erwarten müssen. Es ist an Wien, das Mittel zum Einlenken aufzufinden, convenirt uns das Resultat, so nehmen wir es an.

Mit Baden aber haben wir für jetzt über diese Sache nicht weiter zu sprechen. Oesterreich möchte Baden gern uns gegenüber vorschieben und es dem Großherzoge überlassen, eine Brücke zur Verständigung mit uns zu bauen. 13. 7. 1858.

Nur in Frankfurt kann diese Angelegenheit, nach meinem Dafürhalten, richtig abgemacht werden. Sie darf nicht mehr aus Ihren Händen kommen. Der Prinz war auch dieser Ansicht. Im übrigen ist es doch wohl gut, wenn Sie später einmal persönlich wieder hierher kommen.

Ihr treu ergebener

Baden, d. 13. Juli 1858. Savigny.

XX.

Mein theurer Freund,

Manteuffel hat gestern telegraphirt, wenn es dem Prinzen recht sey, so werde er am nächsten Freitag hier eintreffen. Ich habe heute im Auftrage des Prinzen geantwortet, den Tag seines Eintreffens stelle der Prinz anheim, mit Rücksicht auf den Verlauf der Ausschußberathung in Frankfurt. Der Prinz war durch Ihre günstige telegraphische Meldung von gestern Abend sehr erfreut. Usedom und Pourtalès bleiben plötzlich noch hier, obwohl die Prinzeß diesen Morgen abgereist ist. 21. 7. 1858.

Schleinitz hatte schon früher die Absicht geäußert, so lange hier zu bleiben, wie der Prinz, und er ist treu.

Kommen Sie doch, wenn Sie es möglich machen können, noch in dieser Woche. Ihr Erscheinen ist immer gut und früchtetragend. Nach Berlin habe ich in dem besprochenen Sinn über Rastatt geschrieben. Erzherzog Johann wird heute hier erwartet.

Ihr treu ergebener

Baden, d. 21. Juli 1858. Savigny.

XXI.

Mein beßter Bismarck,

Finde ich Sie in den nächsten Tagen in Frankfurt? Solchen Falles komme ich auf einige Stunden dorthin. Wir sind hier von heute ab bis Donnerstag in den Vermählungsfeierlichkeiten am Hofe absorbirt (Prinzeß Sophie u. Lippe), sonst führe ich schon heute zu Ihnen. 9. 11. 1858.

Daß es mir Bedürfniß ist, mich mit einem alten und treuen Freunde, dessen Patriotismus mir sehr hoch steht, auszusprechen, möge zur Erklärung meines Besuches dienen.

Ihr treu ergebener

Carlsruhe, d. 9. Nov. 1858. Savigny.

XXII.

Dresden, d. 24. September 1859.

Mein theurer Freund,

24. 9. 1859. So eben entnehme ich aus der Zeitung, daß Sie nach Berlin zurückgekehrt sind, leider aber auch, daß Sie bald wieder nach Rußland zu gehen gedenken. Wie leid es mir thut, Sie nicht gesehen zu haben, während Sie doch so lange in Deutschland waren, brauche ich Ihnen gewiß nicht erst auszusprechen. Sie wissen es ja, welchen Werth ich auf unsere Verbindung seit Jahren lege. Doch nun möchte ich vor allem wissen, wie es jetzt mit Ihrer Gesundheit steht, ob Sie aus Wiesbaden körperlich geheilt, aus Baden befriedigt zurückgekehrt sind.

Sagen Sie mir mit einigen Worten, wie lange Sie noch in Berlin bleiben, vielleicht mache ich es möglich, Sie von hier aus dort noch aufzusuchen, da ich leider darauf verzichten muß, Sie Ihren Weg über Dresden nach Petersburg nehmen zu sehen.

Graf Nesselrode geht morgen nach Berlin und freut sich Sie dort zu finden.

Unsere Lage in Deutschland hat sich wesentlich verschlimmert, seit dem Beginn dieses Jahres, wir haben es nicht verstanden, uns besser in den Sattel zu schwingen. Das Mißtrauen der Regierungen gegen Preußen ist sehr vermehrt, et pour cause. Die conservativen Elemente in allen Ländern haben wir uns entfremdet und dagegen eine Klasse von Bundesgenossen gewonnen, die schlimmer sind wie die ärgsten Feinde.

Doch das alles wissen Sie selbst ebenso gut als ich. Daß es aber einen Augenblick gab, während der letzten Krise, wo wir uns wirklich unter allgemeinem Applaus in den Besitz der Führerschaft von Deutschland hätten setzen können, das haben Sie vielleicht in Petersburg so unmittelbar nicht wahrnehmen können wie ich in Deutschland selbst.

Steht das jetzige Ministerium fest, und auf wie lange? Ist der Prinz ehrlich davon überzeugt, daß die Angelegenheiten gut geführt werden? Diese beyden Fragen könnten Sie mir wohl mit 2 Worten drastisch beantworten. Ihrer Frau Gemalin empfehlen Sie mich bestens und vergessen Sie nicht ganz Ihren alten Freund

Savigny.

XXIII.

Mein geehrter Chef,

7. 10. 1863. Als ich meine erste Nachricht über die Reise des Königs Leopold nach Baden von hier abgehen ließ, war ich anzunehmen be-

rechtigt, Sie seyen von Berlin abwesend und vielleicht schon selbst auf der Reise nach Baden begriffen. So lauteten wenigstens die Zeitungsnachrichten, und dieser Umstand hielt mich davon ab, Ihnen einige Zeilen privatim über diese königliche Visite zu schreiben. Doch würde ich Ihnen darin nur haben sagen können, wie ich annehmen muß, daß dies rendez-vous in Baden wohl schon seit einiger Zeit zwischen den Herrschaften verabredet seyn möchte, und daß der Entschluß des Königs Leopold wahrscheinlich erst nach dem Eintreffen unserer kronprinzlichen Herrschaften in Brüssel zur Reife gediehen seyn wird. Mir selbst hat man übrigens bey jenem Anlasse nicht davon gesprochen, und ich konnte erst dann meine Meldung nach Berlin abgehen lassen, als ich eine sichere Auskunft durch Minister von Praet erlangt hatte. Ich würde nur noch haben hinzufügen können, daß König Leopold seinerseits die Lage unserer inneren Politik weniger in das Bereich seiner eventuellen Besprechungen ziehen wird, als wie diejenige Stellung, welche er wünscht, daß wir sie in den europäischen Conjuncturen des Augenblicks einnehmen sollen. Seine friedensstiftende und ausgleichende Richtung im allgemeinen kennen Sie. Nur dieser Richtung wird er auch in Baden Worte leihen. 7. 10. 1863.

Im übrigen werden Sie ja selbst, wie ich heute aus den Zeitungen entnehme, dort anwesend seyn, und also besser wie jedes andere das verfolgen können, was dort besprochen wird.

Zu meinem aufrichtigsten Bedauern habe ich den Tod Ihrer Frau Schwiegermutter vernommen. Ich hatte die theure und interessante Frau in Ihrem Hause wahrhaft verehren gelernt. Ihrer Frau Gemalin bitte ich mein innigstes Beyleyd aussprechen zu wollen. Ich weiß, was es heißt, eine geliebte Mutter verlieren.

In treuester und vielbewährter Gesinnung

Brüssel, den 7. October 1863. Savigny.

XXIV.

Mein verehrter Chef und Freund,

Nachdem ich auf das gewissenhafteste mit mir zu Rathe gegangen bin, kann ich auch jetzt nur das bestätigen, was ich Ihnen selbst und was ich Sr. Majestät dem Könige sofort ehrlich darzulegen keinen Anstand genommen habe, nämlich: daß ich bezweifeln muß, diejenigen Eigenschaften zu besitzen, welche nach meinem Erachten dazu erforderlich sind, um den Posten in Frankfurt, so wie es sich gehört, zu verwalten. 22. 2. 1864.

Sollten Sie trotz dieses meines aufrichtigen Selbstbekenntnisses bey Ihrem für mich so ehrenden Vorschlage beharren und

22. 2. 1864. sollten Se. Majestät — weil etwa im gegenwärtigen kritischen Augenblicke eine geeignetere Persönlichkeit nicht gerade zur Hand ist — geruhen, mich dennoch für Frankfurt zu bestimmen, so würde ich natürlich solchem Befehle Folge zu geben, zugleich aber auch im Voraus um große Nachsicht zu bitten haben. Nur auf meinen guten Willen und Hingebung kann man rechnen.

Es bliebe mir solchen Falles aber noch übrig, die ausdrückliche Bitte hinzuzufügen, daß wir unsere Politik in Beziehung auf die Bundesverhältnisse — nicht blos, wie solche sich augenblicklich darstellt, sondern auch wie sie auf verschiedene Eventualitäten hin ihre weitere Entwicklung zu finden haben wird — möglichst klar gelegt werde, damit ich mir selbst genau Rechenschaft gebe, ob es mir gelingen kann, die mir zugedachte Aufgabe in einer Ihren Absichten entsprechenden Weise zu lösen, wie mein Vorgänger.

Mögen Sie nun über mich bestimmen, wie es Ihnen räthlich erscheint — daran aber bitte ich jedenfalls festhalten zu wollen, daß ich Ihnen unter allen Umständen für das mir soeben bezeugte große Vertrauen zu herzlichstem Danke verpflichtet bleibe, und wie ich dies verstehe, glaube ich bereits bewiesen zu haben, als ich mich Ihnen für eine jede meinen Kräften angemessene Aufgabe persönlich zu Gebote stellte.

Um Sr. Majestät für den Beweis von höchstem Vertrauen, welcher mir zugedacht war, meinen ehrfurchtsvollen Dank selbst wiederholen zu können, wird mir, wie ich hoffe, die Gelegenheit noch geboten werden.

In schuldigem Respect

Ihr langjährig-treu-ergebener Freund

Berlin, den 22. Februar 1864. Savigny.

XXV.

Mein verehrter Freund und Chef,

2. 12. 1864. Heute nur mit wenigen Worten meinen herzlichen Dank für Ihren freundlichen Brief von gestern. Ich hatte die Umstände bereits durchgefühlt, welche Sie mir jetzt zur Erklärung der sich schnell folgenden Telegramme mittheilen. In der Nacht, unmittelbar vor dem Schlachttage, mußte ich mir aber Klarheit verschaffen, und daher kam meine präzis geformte nochmalige Anfrage.

Daß S. M. der König und Sie selbst mit meiner Art der Geschäftsführung bisher zufrieden sind, gereicht mir zu wahrer Freude. In Hannover war während der letzten Tage der Brennpunkt auch der Oesterreichischen Thätigkeit und ihr (Jugenheim aufgefordert von Kübeck und mit ihm in direkter telegraphischer Correspondenz)

verdanken wir wohl das Zurückziehen der Anzeige. Heimbruch hat sich vortrefflich benommen, nur bitte ich das, was er mit mir verhandelt und was ich in meinem Berichte darüber mittheile, streng sekretiren zu lassen. Ich bin ihm das schuldig und der Zukunft meines vertraulichen Verkehrs mit ihm. 2. 12. 1864.

Gott segne Sie und Ihre liebe, vortreffliche Frau.

In treuer Anhänglichkeit

Freitag, den 2. December 1864. Savigny.

XXVI.

Ganz vertraulich. Frankfurt, den 20. December 1864.

Mein verehrter Freund,

In Folge Ihres Schreibens habe ich mich in möglichst confidentieller Form an den Minister von Praet gewandt und ihn ersucht, die Meinung seines Allergnädigsten Herrn über die eventuelle Ernennung von Herrn von Balan einzuholen und zwar mit der Bemerkung, daß die Ernennung selbst noch nicht erfolgt, die Angelegenheit also noch ganz intakt sey. 20. 12. 1864.

Hierauf ist mir nun gestern die abschriftlich beyfolgende Rückäußerung des Herrn von Praet zugekommen, welche in sehr glatter Form ausspricht, daß die Wahl von Balan dem König Leopold ganz genehm seyn werde. Um Sie beurtheilen zu lassen, in welcher Weise ich die Anfrage gestellt habe, erlaube ich mir auch noch eine Abschrift meines Briefes anzuschließen.

Eine weitere Form des Sondirens, um die geheimen Wünsche des Königs Leopold in Beziehung auf einen neuen Preußischen Gesandten zu ermitteln, scheint mir nicht wohl möglich, wenn man nicht etwa mehrere Personen gleichzeitig zur Auswahl ihm designiren wollte. Ein solches Verfahren liegt aber ganz außer dem Bereiche unseres usus gegenüber dem Belgischen Hofe.

Da Balan selbst sehr gern nach Brüssel geht, so wird er sich hoffentlich auch dort gefallen. Und dies allein ist schon ein Element gegenseitiger Befriedigung.

Zu bemerken darf ich übrigens nicht unterlassen, daß ich selbst mein Abberufungsschreiben in Brüssel noch nicht übergeben habe.

In treuester Gesinnung

Ihr

Savigny.

XXVII.

Mein geehrteſter Chef,

11. 3. 1865. Ich überſende Ihnen heute meine Antwort auf die Eröffnung vom 4. wegen der Angelegenheit des H. v. Ketteler. Sie werden daraus erſehen, daß ich bereit bin, ſofort in Mainz zu ſondiren und das Meinige zu thun, um den erwünſchten Erfolg zu erzielen.

Auch dieſer Griff iſt wieder ein ſtaatsmänniſcher im rechten Sinne des Wortes. Doch ich müßte fürchten, in Ihren Augen als ein Schmeichler zu erſcheinen, wenn ich fortfahren wollte mit dem Bekenntniſſe meiner Freude an dem, was Sie thun und ſchreiben! Nur eine Erwähnung kann ich mir hier nicht verſagen, es iſt die Ihrer Depeſche vom 20. Febr. an Graf Goltz, in der Sie unſere Stellung zu Oeſterreich und Frankreich ſo meiſterhaft bezeichnen. Es kam mir zwar vor, als hätte ich dies alles ſchon längſt ganz ebenſo durchdacht, allein ſo ausgedrückt hatte ich es noch nicht, und ſo ging es mir alſo wie denen, welche Goethes Proſa leſen und ſich einbilden, ſie könnten ebenſo ſchreiben und denken.

Die Berufung von H. v. Kübeck nach Wien bedeutet jedenfalls einen ernſten Wendepunkt in der Methode, welche man nunmehr von Wien aus anwenden will. Uebrigens wird er nicht gerufen, um gehört, ſondern um inſtruirt zu werden. Herrn von Werthers Aufgabe muß es ſeyn, ſich jetzt eine möglichſt klare Einſicht in die Verhältniſſe zu verſchaffen. Der gegenwärtige Umſchwung in der öffentlichen Meinung in Deutſchland iſt unſern Plänen in Schl.-Holſtein entſchieden günſtig. Auch dieſe Zugluft müſſen wir *ausnutzen*, und der Nationalverein in allen ſeinen Schattirungen muß uns jetzt nolens volens dienen. Können Sie Sich dabey mit Oeſterreich feſt und ſicher abfinden, ſo haben wir jedenfalls eine Etappe in Deutſchland erreicht, welche Ihre Vorgänger kaum anzuſtreben wagten.

In treueſter Anhänglichkeit

Ihr

Frankfurt, den 11. März 1865. Savigny.

XXVIII.

Frankfurt, den 28. März 1865.

Mein theurer, verehrter Chef und Freund,

28. 3. 1865. Haben Sie den herzlichſten Dank für die reiche Information und die treffliche Inſtruction, welche Sie mir, theilweiſe in Bruchſtücken, haben zukommen laſſen. Der heutige Tag zählt zu den

erfreulichsten in meinem Geschäftsleben. Die Erklärungen, welche 28. 3. 1865.
ich abgeben durfte, waren mir aus der Seele geflossen. Wir haben so gesprochen, wie wir jetzt sprechen mußten. In meinem Verkehr mit Herrn von Kübeck habe ich alle meine Aeußerungen durchdrungen seyn lassen von der Auffassung, welche ich durch mündliche und schriftliche Mittheilungen als die Ihrige kenne. Ich habe ihm von vornherein einen Zweifel darüber nicht gelassen, daß die Proposition seiner Regierung, uns mit Oesterreich zu dem Antrage neutral zu verhalten, inadmissibel sey. Ich habe ihm den Ernst der situation nicht verschwiegen und ihm gesagt, was wir in Ausdauer als Freund und Feind bedeuten könnten.

Nun, da wir recht ernst gesprochen und unsere situation franchement genommen haben, können wir auch wieder des paroles de pain entgegennehmen. Man muß sie uns aber bringen!

Daß Carolyi in Berlin Comödie gespielt hat mit seinen vertraulichen Eröffnungen, während man in Wien die Rollenvertheilung mit den Mittelstaaten vornahm, mögte ich beinahe nicht bezweifeln.

Es käme jetzt darauf an, zu wissen, ob das Wiener Cabinet sich für alle Eventualitäten mit Frankreich und andern Großmächten bereits sicher gestellt hat, um auch von dort aus Pression auf uns auszuüben. Der Effekt, welchen die heutige Sitzung auf das deutsche Publicum ausüben wird, dürfte uns nicht ungünstig seyn. In den Reihen des Liberalismus erwerben wir freilich keine neuen Freunde, aber man wird uns mehr und mehr respektiren lernen, und das ist die Hauptsache und verfehlt besonders bey den Regierungen seine Wirkung nicht.

Ganz der Ihrige

Savigny.

XXIX.

Frankfurt, den 6. April 1865.

Mein sehr verehrter Freund und Chef,

Erlauben Sie mir einige Worte meinem heutigen Berichte hinzu- 6. 4. 1865.
zufügen.

Die heutige Abstimmung ist im allgemeinen so verlaufen, wie man es nach den gestern vorliegenden Nachrichten erwarten durfte, und gerade so, wie es die mir vorgeschriebene Schlußerklärung voraussetzte.

Unsere Stellung läßt an Klarheit nichts mehr zu wünschen übrig. Oesterreich dagegen wird durch sein präkautes[1]) Aussprechen

[1]) vorsichtiges.

6. 4. 1865. wohl nach keiner Richtung hin die öffentliche Meinung, bey der es sich doch gern festsetzen möchte, befriedigt haben.

Nur in den Herzogthümern selbst wird unsere Stellung jetzt eine schwierigere werden, und darauf war denn wohl auch das ganze Manöver Seitens unseres Rivalen berechnet.

Daß Waldeck wiederum gegen uns votirt hat, ist eigentlich eine namenlose Ungezogenheit. Giebt es denn kein Mittel, dies jenem Ländchen gegenüber fühlen zu lassen? Lichtenstein hätte sich so etwas Oesterreich gegenüber nicht unterstanden. Dergleichen mitten in Preußen liegenden Enclaven darf es denn doch nicht erlaubt bleiben, durch Mangel an Disciplin den Ausschlag in einer ganzen Curie gegen uns zu geben.

Im Haag scheint mir Perponcher nicht recht gezogen zu haben. Herr v. Scherff dagegen hat zweimal auf das ausführlichste die Genehmigung zu einem Votum in unserem Sinne beantragt. Er hoffte auf eine Weisung zur Abstimmung für die Ausschüsse bis gestern, wo er Contreordre erhielt.

Oesterreichischer Seits hat man natürlich ein jedes Mittel angewandt, um die etwa zum Schwenken auf unsere Seite geneigten Staaten festzuhalten. Die Nachricht wurde constant durch Correspondenzen und Telegramme in den Zeitungen verbreitet und aufrecht erhalten, daß man sich in Berlin herbeilassen werde, auf Oesterreichs Vorschlag der Stimmenthaltung einzugehen. Auf diese Weise glaubte man an den einzelnen Höfen, in Berlin wolle man nicht festhalten an dem bereits eingenommenen Standpunkte, und so sey es nicht der Mühe werth, sich mit Oesterreich über eine Frage formeller Geschäftsbehandlung zu entzweien.

Die uns günstigen Vota sind übrigens sehr entschieden und schlagend ausgefallen, meistens gestützt auf unsere eigene Rechtsdeduction. Hannovers Votum umfaßt ein volumen. Das prägnanteste bey der diesmaligen Abstimmung war die Aussonderung einer eigenen Gruppe unter der gegen uns stimmenden Majorität — nämlich Baden, Weimar, Gotha und Reuß jüngere Linie, welche bemüht waren, vor allem die Nothwendigkeit der Preußen in den Herzogthümern einzuräumenden besonderen Stellung scharf zu betonen.

Daß dies weder Oesterreich noch den Antrag stellenden Regierungen in den Kram passen kann, versteht sich von selbst. In der Presse kann man es jedenfalls zu unsern Gunsten exploitiren.

Die Majorität besteht danach aus den allerverschiedensten Elementen: Oesterreich zuerst mit seinem Schielen nach zwei Seiten, dann die reinen Würzburger und endlich aus den Freunden Augustenburgs vom Gothaischen Gesichtspunkte aus, denen eine

Hegemonie Preußens nicht blos in jenen Gegenden als eine Noth- 6. 4. 1865.
wendigkeit erscheint.

Das läßt sich alles zu rechter Zeit verwerthen, auch schon jetzt in den Unterhandlungen mit Oesterreich.

Nun leben Sie wohl und empfangen meinen Glückwunsch zu der festen Leitung, welche Sie auch diesmal so geschickt anwendeten.

Ihr treu ergebener

Savigny.

XXX.

Berlin, Freitag den 8. December 1866.

Verehrter Freund und Chef,

Als ich Ihnen vor einigen Tagen eine Zusammenstellung zu 8. 12. 1866.
einem Verfassungs-Entwurf für den Norddeutschen Bund zur Kenntnißnahme und weiteren Prüfung Ihrerseits zustellte und dabey erwähnte, daß ich mich nunmehr zur Auflösung meines früheren Hausstandes und zur Ordnung anderer Privatangelegenheiten nach Frankfurt zu begeben gedächte, sprachen Sie die Absicht aus, mir die Verhandlungen mit den hierherberufenen deutschen Ministern übertragen zu sehen und zwar in Gemeinschaft mit Ihnen. Sie fügten daran so freundschaftliche und ehrende Aeußerungen über das Vertrauen, welches Sie mir schenkten, daß ein jedes Bedenken, diesen speziellen Auftrag zu übernehmen, in den Hintergrund treten mußte, und ich nunmehr erwartete, zu einer eingehenderen Besprechung über die festzustellenden Vorlagen selbst, von Ihnen eine Aufforderung zu erhalten.

Ihre gestrigen Aeußerungen dagegen haben mich in dieser Voraussetzung irre gemacht und mich zur Annahme veranlaßt, daß Sie Selbst eine neue Bearbeitung der Verfassungsvorlage allein in Angriff genommen haben, und sonach ist mein Zweifel ein sehr gerechtfertigter, ob es überhaupt noch in Ihrer Absicht liegt, diese Angelegenheit speziell mir anzuvertrauen.

Es ist weder ein, in dem vorliegenden Falle sehr wenig gerechtfertigtes amour propre d'auteur, noch ein unwiderstehlicher Geschäftsdrang, welche diesen meinen Zweifel anregen und in die Form einer Frage kleiden, sondern lediglich der Wunsch, meinerseits in der Sache nichts zu versäumen, und dann auch dem Könige, welcher meine Beschäftigung mit der Verfassungsfrage veranlaßt hat, wenn ich mich bey ihm vor meiner Abreise abmelde, sagen zu können, weßhalb ich ohne Pflichtverletzung im gegenwärtigen Augenblicke an meine Privatangelegenheiten denken darf. Bey Ihrer Antwort, verehrter Chef und Freund, bitte ich dringend,

8. 12. 1866. lassen Sie Sich nur durch das sachliche Interesse bestimmen und fürchten Sie ja nicht, mich durch irgend eine Aenderung Ihrer früheren Pläne zu verletzen. Ich darf dies wohl sagen, weil ich Ihre persönlich so freundschaftlichen Gesinnungen für mich kenne und sie auf das herzlichste erwidere.

Ihr

treu ergebener Freund

Savigny.

XXXI.

Berlin, den 8. December 1866
7 Uhr Abends.

8. 12. 1866. Ich erlaube mir darauf aufmerksam zu machen, daß morgen, wie ich annehme, der Sächsische Kriegsminister, General von Fabrice, hier eintreffen wird, um sich über die bevorstehenden Bestimmungen der Bundesverfassung, in Beziehung auf die Organisation des Heeres, möglichst genau und schnell zu informiren.

Vielleicht werden es Eure Excellenz für räthlich erachten, daß General von Fabrice nicht vorzeitig in die Lage gesetzt werde, dem König von Sachsen, welcher ja selbst hierher kommt, Material für eventuelle Einreden zu beschaffen, bevor sich Eure Excellenz selbst über die Principien der betreffenden Bestimmungen schlüssig gemacht haben werden.

Savigny.

XXXII.

[Undatirt; 1866.]

Verehrter Chef,

? ? 1866. Herr v. Könneritz war gestern bey mir und theilte mir mit, allerdings nur vertraulich, daß Herr v. Fabrice mit der Autorisation aus Dresden zurückgelangt sey, in Beziehung auf die Militairconvention weitere Schwierigkeiten nicht zu machen, namentlich auch nicht in Beziehung auf den Fahneneid und Generals-Ernennung.

Sie rechnen nunmehr Sächsischer Seits auf die ihnen in Aussicht gestellte und von uns zugedachte Concession in der Postfrage.

Den Entwurf zur Militair-Convention mit Sachsen habe ich nunmehr erhalten und durchgelesen. Ich möchte anheimgeben, statt der dermaligen Fassung des Art. 12, welcher die Berechtigung des Bundesfeldherrn enthält, dem Sächsischen Armee-Corps im Kriegsfalle einen neuen General zu geben, vielleicht einfach folgenden Gedanken auszudrücken:

„Mit befohlener Mobilmachung hört die Sonderberechtigung eines Königl. Sächs. Armee-Corps im Bundesheere auf." ? ? 1866.

Dies ist, wie ich vernehme, ursprünglich der Gedanke des General von Stosch gewesen.

In treuester Gesinnung

Dienstag früh. Savigny.

XXXIII.

[Undatirt.]

Mein verehrter Freund und Chef,

Ich wünsche Ihnen nur angenehmes mitzutheilen, und das wird mir heute leicht, denn die Sachen lassen sich ganz gut an. ? ? ?

Die Bevollmächtigten, welche ich heute gesprochen habe, sind ganz vernünftig! Weimar, Gotha, Hessen und einige andre gehen guten Muthes an die Geschäfte. Ich glaube, wenn wir die Dinge ruhigen und guten Muthes nehmen und gar keine Sorge verrathen, auch Sachsen gegenüber nicht, so werden wir bald Land sehen, auf welchem die Preußische Fahne am Bundesmaste weht!

Morgen sind Sie vielleicht so freundlich, mir eine Unterredung zu gewähren.

Ihr

Sonntag Abend. Savigny.

XXXIV.

Ich war seit sechs Tagen recht unwohl und habe beinahe unausgesetzt das Bett hüten müssen, so daß ich Ihnen über das Resultat meiner letzten Besprechungen mit den Bevollmächtigten zu referiren vollkommen außer Stande war. Jetzt stehe ich zu einem solchen Referate jederzeit bereit und bitte mich wissen zu lassen, wenn Sie Zeit und Lust haben, mich zu sehen. 27. 12. 1866.

Ihr treu ergebenster

Donnerstag, den 27. December 1866. Savigny.

XXXV.

In der Voraussicht, daß ich diesen Abend zu allseitiger Befriedigung die Conferenzen abschließen werde, will ich die sämmtlichen Bevollmächtigten morgen zum Henkersmahle bey mir vereinigen um 5 Uhr. 7. 2. 1867.

7. 2. 1867. Der Erzeuger der großen Idee wird hoffentlich seinem alten Freunde und dermaligen Handlanger die Freude nicht abschlagen wollen, ihn bey sich zu sehen.

Haben Sie Lust dazu und erlaubt es Ihr Befinden, so seyen Sie der Unsere!

Ihr

treuer

Berlin, den 7. Februar 1867. Savigny.

Am Freitag wird nicht gezeichnet, aber man darf am Freitag essen.

XXXVI.

[Undatirt.]

??? Ob Sich Seine Majestät gestern bereits entschieden hat, in Person zu schließen, weiß ich nicht. Ich sollte nur auf Wunsch des Königs um Ihre Meinung fragen, und diese habe ich Ihm mitgetheilt, sobald Sie mir gesagt, daß Sie mit der Schließung in Person einverstanden seyen.

Wenn Sie es wünschen sollten, so werde ich jetzt bey Seiner Majestät anfragen, ob Er Sich für persönliche Schließung entschieden hat.

Einstweilen aber will ich sagen, daß man im Staatsministerium die betreffende Botschaft schreibe, so daß die Königliche Unterschrift eventuell ohne Verzug beschafft werden kann.

Ich bitte also um Bescheid, ob ich bey Sr. Majestät anfragen soll?

Savigny.

8.

Schreiben Friedrich Wilhelm IV. an den Kaiser Franz Josef.

1852.

Ew. Kaiserliche Majestät

5. 6. 1852. wollen es mir gütig gestatten, daß ich den Ueberbringer dieses Blattes mit einigen eigenhändigen Schriftzügen an Ihrem Hoflager introduzire. Es ist der Herr von Bismarck-Schönhausen. Er gehört einem Rittergeschlecht an, welches länger als mein Haus in unseren Marken seßhaft, von jeher und besonders in ihm seine alten Tugenden bewährt hat. Die Erhaltung und Stärkung der erfreulichen Zustände unseres platten Landes

verdanken wir mit ſeinem furchtloſen und energiſchen Mühen 5. 6. 1852.
in den böſen Tagen der jüngſt verfloſſenen Jahre. Ew. Majeſtät wiſſen, daß Herr von Bismarck die Stellung meines Bundesgeſandten bekleidet. Da jetzt der Geſundheitszuſtand meines Geſandten an Ew. Majeſtät Kaiſerlichem Hofe, des Grafen von Arnim, deſſen zeitweilige Abweſenheit nöthig gemacht hat, das Verhältniß unſrer Höfe aber eine ſubalterne Vertretung nicht zuläßt (meiner Auffaſſung zufolge), ſo habe ich Herrn von Bismarck auserſehen, die Vices für Graf Arnim während deſſen Abweſenheit zu verſehen. Es iſt mir ein befriedigender Gedanke, daß Ew. Majeſtät einen Mann kennen lernen, der bei uns im Lande wegen ſeines ritterlich-freien Gehorſams und ſeiner Unverſöhnlichkeit gegen die Revolution bis in ihre Wurzeln hinein von Vielen verehrt, von Manchen gehaßt wird. Er iſt mein Freund und treuer Diener und kommt mit dem friſchen lebendigen ſympathiſchen Eindruck meiner Grundſätze, meiner Handlungsweiſe, meines Willens und, ich ſetze hinzu, meiner Liebe zu Oeſterreich und zu Ew. Majeſtät nach Wien. Er kann, wenn es der Mühe werth gefunden wird, Ew. Majeſtät und Ihren höchſten Räthen über viele Gegenſtände Rede und Antwort geben, wie es wohl Wenige im Stande ſind; denn, wenn nicht unerhörte, langvorbereitete Mißverſtändniſſe zu tief eingewurzelt ſind, was Gott in Gnaden verhüte, kann die kurze Zeit ſeiner Amtsführung in Wien wahrhaft ſegensreich werden. Herr von Bismarck kommt aus Frankfurt, wo das, was die rheinbundſchwangeren Mittelſtaaten mit Entzücken die Differenzen Oeſterreichs und Preußens nennen, jederzeit ſeinen ſtärkſten Wiederhall und oft ſeine Quelle gehabt hat, und er hat dieſe Dinge und das Treiben daſelbſt mit ſcharfem und richtigem Blick betrachtet. Ich habe ihm befohlen, jede darauf gerichtete Frage Ew. Majeſtät und Ihrer Miniſter ſo zu beantworten, als hätte ich ſie ſelbſt an ihn gerichtet. Sollte es Ew. Majeſtät gefallen, von ihm Aufklärung über meine Auffaſſung und meine Behandlung der Zollvereins-Angelegenheit zu verlangen, ſo lebe ich der Gewißheit, daß mein Betragen in dieſen Dingen, wenn auch vielleicht nicht das Glück Ihres Beifalls, doch ſicher Ihrer Achtung erringen wird. Die An-

5. 6. 1852. weſenheit des theuren herrlichen Kaiſers Nikolaus iſt mir eine wahre Herzensſtärkung geweſen. Die gewiſſe Beſtätigung meiner alten und ſtarken Hoffnung, daß Ew. Majeſtät und ich vollkommen einig in der Wahrheit ſind: daß unſre dreifache, unerſchütterliche, gläubige und thatkräftige Eintracht allein Europa und das unartige und doch ſo geliebte deutſche Vaterland aus der jetzigen Kriſe retten könne, erfüllt mich mit Dank gegen Gott und ſteigert meine alte treue Liebe zu Ew. Majeſtät. Bewahren auch Sie, mein theuerſter Freund, mir Ihre Liebe aus den fabelhaften Tagen von Tegernſee, und ſtärken Sie Ihr Vertrauen und Ihre ſo wichtige und ſo mächtige, dem gemeinſamen Vaterlande ſo unentbehrliche Freundſchaft zu mir. Dieſer Freundſchaft empfehle ich mich aus der Tiefe meines Herzens, allertheuerſter Freund, als

Ew. Kaiſerlichen Majeſtät
treu und innigſt ergebenſter
Onkel, Bruder und Freund
Friedrich Wilhelm.

[Potsdam, 5. Juni 1852.]

9.

Aus dem Briefwechſel des Herrn von Balan mit Bismarck.

1855. 1856. 1858. 1864. 1865. 1873.

I.

B. 22. 7. 55.

Verehrteſter Gönner,

22. 7. 1855. ich wähle heute dieſe ganz privative Form, um Ihnen zu ſagen, daß uns Bockelberg telegraphirt, wie Pfordten über die letzte Sitzung[1]) ſehr aufgeregt ſei, indeß doch Schrenk zur Zuſtimmung autoriſiren wolle (jetzt wohl ſchon hätte) unter der Bedingung, daß die letzte Hälfte des 3ten Satzes[2]) fortbliebe. Dieß ſcheint mir wirklich ſtark. Wir ſollen alſo den Preußiſchen Sieg in einen bayriſchen verwandeln! Es iſt klar, daß Pfordten pikirt iſt, weil ihm die Vermittlerlorbeern

[1]) Ueber dieſe Sitzung vom 19. Juli 1855 vgl. Bismarcks Immediatbericht vom 20. Juli in Preußen im Bundestage II 255 ff. und den Brief an Gerlach S. 239 ff.

[2]) der Erklärung auf die öſterreichiſche Vorlage in der orientaliſchen Angelegenheit, wie ſie nach Preußens Vorſchlag von Bismarck formulirt worden war; ſie iſt abgedruckt in Preußen im Bundestag II S. 249 Anm. 1.

entgangen. Sie werden gewiß thun, was Sie können, um eine Verſtändigung zu ermöglichen, aber wir können doch die 15 Stimmen, die ſchon für unſre ganze Erklärung gewonnen ſind, nicht wieder in Frage ſtellen, bloß damit Bockelberg und Pfordten ſich nach wie vor lieben. Ich habe Bockelbergs Depeſche, worin er wünſcht, daß Sie angewieſen werden, für den Fortfall der letzten Hälfte des 3. Satzes ſich zu erklären, um Bayern zu bekommen, gleich an den Miniſter mit meinem Sentiment geſchickt, daß dies nicht geht. Dienſtag habe ich Antwort. Ich mag nicht immer meo nomine[1]) fuhrwerken. Vielleicht machen Sie Alles ab, ohne noch um Inſtruction zu bitten. Das wäre am beſten. 22. 7. 1855.

In großer Eile treu der Ihrige

Balan.

Antwort Bismarcks.

Frankfurt, 23. July 55.

Verehrteſter Freund und Gönner,

mit vielem Danke habe ich Ihr Schreiben von geſtern erhalten; daß Pfordten aufgeregt iſt, habe ich erwartet, aber gegen Oeſtreich, wie ich in dem Schreiben, welches Prillwitz Ihnen heut gebracht haben wird, ſchon andeutete. Schrenk war nicht minder aufgeregt als ſein Miniſter, aber nur über die Inſtruction, die ihm letztrer zum vorigen Donnerſtag geſchickt hatte. Der neuſte Einfall Pfordtens ſcheint den Effect gehabt zu haben, daß Schrenk ſofort nach München gefahren iſt, um der Confuſion wo möglich ein Ende zu machen. Heut Nacht kommt er zurück, geſtern früh iſt er fort. Prokeſch iſt auch nicht hier. Ich glaube nicht, daß dieſe Pfordtenſche Aenderungs-Abſicht irgend eine Chance des Erfolges haben kann, höchſtens bei Würtemberg. Ich werde mich bemühn, vorzugsweiſe Prokeſch dagegen ins Gefecht zu bringen, der bisher hohen Werth auf Erwähnung der Kriegsbereitſchaft legt. Ich halte es nicht für ſehr wichtig, ob der Paſſus daſteht oder nicht; aber man kann Pfordten nicht durchgehn laſſen, daß er immer etwas Apartes haben will, und außerdem würde uns durch dieſes neue Amendement das ganze Concept verdorben, denn einige Geſandte ſind nur auf den bisherigen Wortlaut in- 23. 7. 1855.

[1]) unter meinem Namen, auf eigne Fauſt.

23. 7. 1855. struirt, andre in Voraussetzung des Einverständnisses von Oestreich, und noch andre für Erwähnung und Beibehaltung der jetzigen Kriegsbereitschaft. Ich hoffe, Schrenk gelingt es, Pfordten zu beruhigen und zu einfacher Zustimmung zu bewegen; wonicht, so bleibt kaum etwas Andres übrig, als den Bairischen Antrag einfach per majora abzulehnen, sonst gerathen wir doch in die Charybdis der Ausschußdebatte. Auf uns kann Pordten kaum ungehalten sein, denn ich habe in der ganzen Sache nichts gethan, ohne Schrenks Wissen und sein persönliches, wenn auch nicht amtliches, Einverständniß. Pfordten hat darüber, wie ich weiß, täglich Bericht erhalten, und ist er nicht von Oestreich an der Nase herumgeführt worden, so kann er sich wegen seiner scherzhaften Vereinzelung nur über sich selbst beklagen. Die Sache wird sich hier wohl zurecht ziehn, nur kann ich heut noch nicht sagen, wie, weil Schrenk und Prokesch fort sind. Im Ganzen ist die östreichische Vorlage der mäuse-gebährende Berg, und alles verwundert, daß mit diesem 12 Bogen langen Anlauf nicht mehr gewollt und erreicht worden ist.

Kelchner drängt auf Schluß, und Gröben (von der Fürstin Liegnitz) bringt soeben bei mir ein. In freundschaftlicher Ergebenheit

der Ihrige
v. Bismarck.

Beilage.

Brief Balans an General L. v. Gerlach.

B. 23. 7. 55.

Eurer Excellenz

23. 7. 1855. sehr geehrtes Schreiben von vorgestern ist mir heut früh zugegangen. In Betreff unsrer Verhandlungen mit Oestreich beehre ich mich Folgendes ganz gehorsamst zu bemerken.

Auf die östreichische Mittheilung der am Bunde beabsichtigten Erklärung antworteten wir durch die hier noch von Sr. Majestät amendirte Depesche vom 5. an Graf Arnim, die jetzt auch veröffentlicht ist und sämmtlichen deutschen Regierungen mitgetheilt wurde. Sie hatte allseitige Zustimmung zur Folge. Ich füge sie der Uebersicht wegen bei. Auch in Wien machte sie, wenigstens scheinbar, keinen ungünstigen Eindruck. Nur hing man dort noch

zu sehr an den „4 Punkten in ihrem Zusammenhange." Die östreichi- 23. 7. 1855.
sche Erwiederung ist vom 12. Eure Excellenz finden sie in der Anlage. Der Wunsch der Verständigung war nicht zu verkennen. Aber principiell durften wir nicht um ein Haar breit weichen. Wir haben zu oft die Erfahrung gemacht, daß Oestreich, wenn man ihm den kleinen Finger giebt, gleich die Hand haben will. — Nach Wien hin blieben wir also ganz fest, wie die Rückäußerung an Graf Flemming vom 17. d. M. beweist, die ganz gehorsamst hier beigefügt ist und vom Grafen Buol, wie Flemming vorläufig meldet, auch gut aufgenommen ist. Der Verlauf der Dinge in Frankfurt hat dieß in der That bewiesen. — Bismarck war fortwährend von unsrer Auffassung, von unserm Festhalten daran: daß wir uns unter keinen Umständen in neue Verpflichtungen hineindrängen lassen würden, unterrichtet worden. Er fand hierbei diejenige Unterstützung seiner Collegen, welche unsrer direkten Einwirkung auf die einzelnen Regierungen von hier aus entsprach. Die beabsichtigte Folge hiervon war, daß die Mehrzahl der Bundestagsgesandten sich unter der Hand mit einem freundlichen, aber unsern Standpunkt nicht präjudicirenden Erwiederungsentwurf, den Bismarck entworfen, der also eine Preußische Entstehung hat, einverstanden erklärten, darüber berichteten, und bald auch den Consensus ihrer Regierungen erhielten. Hiermit war eine gute Grundlage gewonnen, um nun auch Prokesch zu fragen, ob er sich damit begnügen wolle. Erst wollte er nicht heran, endlich gab er nach. So kam es zur Sitzung vom 19., über welche Eure Excellenz den Bismarckschen Immediatbericht unter den heut übersendeten Depeschen finden. Früher hatte die Verweisung an die Ausschüsse nöthig erschienen, weil man glaubte, Oestreich würde viel mehr verlangen. Jetzt, da auch Prokesch sich mit diesem, die 4 Punkte ganz mit Stillschweigen übergehenden Entwurfe einverstanden erklärt, erschien die Formalität der Ausschüsse nicht nöthig. Wird die Sache an die Ausschüsse verwiesen, so müssen diese ein Gutachten machen; dieß erheischt Motive, und so käme man unwillkührlich wieder auf Differenzen: Prokesch könnte sonst wieder anfangen zu peroriren, Widerspruch hervorzurufen ꝛc. Alle diese Klippen sind aus Erfahrung sattsam bekannt. Daher der allseitige Wunsch, sie durch sofortige Erledigung der Sache zu umgehen. Nur Bayern bestand auf den Ausschüssen, und so mußte der Beschluß auf nächsten Donnerstag vertagt werden. Ich hoffe, Bayern wird sich auch noch conformiren. Mir ist nicht zweifelhaft, daß v. d. Pfordten pikirt ist, weil ihm die Vermittlerlorbeern zwischen uns und Oestreich fortgeschnappt sind. Aber es ist doch wahrlich nicht zu verlangen, daß wir diesen glänzenden Sieg der Preußischen Politik in den Sieg eines bayrischen Vermittlungs-

23. 7. 1855. vorschlags verwandeln. — Auch zweifle ich nicht, daß die Sache auf die eine oder andre Weise in nächster Sitzung glatt abgehn wird. Bayern erscheint sonst als der Störenfried, und daran kann ihm doch auch nichts liegen. Schon schade, daß es diesen achttägigen Aufschub durch formellen Eigensinn verursacht. Die Wirkung dieser schnellen Einigung auf die Westmächte ist groß und erwünscht. Sie wäre ohne diesen bayrischen Incidentpunkt noch größer gewesen. Aber auch so, glaub' ich, haben wir alle Ursache, sehr zufrieden zu sein. Preußen allein ist es, das Deutschland den Frieden erhalten hat, indem es Oestreich zu einem Anfang von Besinnung und Umkehr brachte. Man muß es nicht zu sehr drängen, nicht zu viel von ihm verlangen, sich nicht anbieten, aber finden lassen, wenn man gesucht wird, und je weniger wir uns anbieten, je mehr werden wir gesucht werden.

Wie hatte doch der König so recht, als er einmal nach England schrieb, auf den Titel Peace-maker of Sanssouci, den ihm die Times als Schimpfwort gab, sei er stolz wie auf einen Ehrentitel.[1]) Die Nachwelt werde gerechter sein als die Mitwelt. Ich glaube, schon die jetzige Mitwelt ist gerechter als die damalige. Möge es unter Gottes Beistand so fort gehn!

Könnten Eure Excellenz mir vom Befinden Sr. Majestät doch immer recht gute Nachricht geben!

Entschuldigen Sie, hochverehrtester Herr General, die Flüchtigkeit dieser Zeilen. Aber da ich jetzt den ganzen Mechanismus des Ministeriums in Ordnung halten muß, so ist viel Zeitraubendes zu thun.

Verehrungsvollst

Balan.

II.

B. 27. 10. 55.

Mein verehrtester Gönner.

27. 10. 1855. Es sind nun schon wieder fast 2 Monat, seit wir uns in Paris gesehn, und ich wollte Ihnen immer einmal schreiben. Wie ich gehört, haben Sie auf Ihre Pyrenäenreise verzichtet und statt dessen mit unsern allerhöchsten Herrschaften den alten Vater Rhein genossen. Jetzt wird nun der „durchlauchtigste" Bund seine segensreiche Wirksamkeit unter den Auspicien des kleinen hellblauäugigen Blondins wieder beginnen. Ich gestehe, daß mir Pr[okesch] dort lieber war, aus demselben Grunde, weshalb ich auch nicht böse bin,

[1]) Vgl. Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopolds v. Gerlach II 336: „Ein Brief v. Balan zeichnet die jetzige Politik im Verhältniß zu Oesterreich. Die Stelle von peace-maker of Sanssouci ist gut und wahr."

daß wir hier E.[1]) bekommen haben. Diese Leute machen Propa- 27. 10. 1855.
ganda für uns, R[echberg] dagegen für sich. Daß v. d. Pf[ordten] die Bundesreformfrage nun auch in das Gebiet der Depeschenschreiberei gebracht, finde ich sehr unklug. Ich glaube, er hat sich nichts darunter gedacht, aber in Wien hat man gern die Gelegenheit zum Stänkern benutzt. Wir werden doch dahin etwas antworten, was Ihnen dann natürlich gleich mitgetheilt wird. Ich denke, für diese Sachen werden wir die treffliche Feder von Graf Schlieffen wieder mehr benutzen. Es ist dieß recht eigentlich sein Gebiet.

Daß Hatzfeld und Bernstorff mit ihren Entrevuen mit Sr. Majestät zufrieden, haben sie Ihnen wohl schon am Rhein gesagt. Ich würde die ganze luxemburger Verschwörung für abgethan halten, wenn Olympia[2]) nicht in der Jägerstraße gemiethet hätte, was auf theils sinistre, theils belustigende Absichten schließen läßt. Ich denke aber, man wird sich hier eben so bald subiren[3]) als in London. —

An Graf Solms-Laubach[4]) giebt der König den großen Vogel, was mich in jeder Beziehung freut. Sollte man nicht Darmstädtischer Seits das Bedürfniß fühlen zu reciprociren. Mir würde das nur billig scheinen, und ich glaube, ich könnte mich wohl ohne Unbescheidenheit in Erinnerung bringen. Ich habe nun das Commandeurkreuz erster Klasse [Philipps] des Großmüthigen 6 Jahr, der Großherzog war mir, glaub' ich, immer freundlich gesinnt, und mich dünkt, ich habe seitdem redlich geackert, um nachgrade das fehlende Toilettenstück eines hübschen großen Bandes zu erhalten. Wozu nützt mir der Rang als Rath I. Classe oder Gesandter, wenn ich nicht solche kleine persönliche Satisfaction erlange? Würden Sie sich vielleicht für die Sache interessiren. Sie sind doch in Darmstadt mehr zu Hause als Perp[oncher], und stehn mit Dalwigk, Prinz Emil und Adolph Wittgenst[ein] gut, die dabei förderlich sein können, wenn sie wollen. — Bitte, betrachten Sie diese kleine Angelegenheit als lediglich zwischen uns beiden spielend, und wenn Sie seiner Zeit für nöthig halten, hierher zu schreiben, so richten Sie es ganz so ein, als wenn es nur von Ihnen ausgienge. Herr v. Manteuffel hat so viel Güte und Freundlichkeit für mich, daß ich nicht möchte, als könnte es scheinen, ich wollte ihn bei dergl. umgehn, aber Sie werden mir Recht geben, daß die Sache einen ganz andern Character bekäme, wenn ich sie bei ihm zur Sprache brächte und ihn dadurch in die Lage setzte, entweder etwas

[1]) Esterhazy.
[2]) die Frau des Grafen Usedom.
[3]) ? vom französischen subir, erdulden, aushalten?
[4]) Großherzoglich hessischer Gesandter in Berlin.

27. 10. 1855. seinerseits zu thun oder es mir abzuschlagen, was ihm vielleicht beides unangenehm wäre. —

Die Görtz-Hutmacherſche Geſchichte[1]) ſcheint man in Darmſtadt über Erwarten gut zu vertuſchen. Ich weiß nicht, ob ich mich drüber freun ſoll, denn aliquid semper haeret,[2]) und das iſt nicht gut für ihn und für uns. Ich finde, in ſolcher Sache iſt ein reines aut-aut[3]) das einzig richtige.

In Hannover ſcheint Graf Platen wirklich unzweifelhaft Preußiſche Saiten aufziehn zu wollen, worin wir ihn gewiß thunlichſt unterſtützen müſſen. Wenn man nur nicht zu große Taktloſigkeiten dort macht, wie mir die Anfrage an die Staatsanwälte, ob ſie die Güte haben wollten, die Geſetze anzuerkennen, zu ſein ſcheint.

Für heut, verehrteſter Gönner, muß ich ſchließen. Nehmen Sie meine obige Behelligung nicht übel, und thun nur etwas darin, wenn Sie es con amore thun.

Mit aufrichtigſter Hochachtung und Ergebenheit

Balan.

Antwort Bismarcks.

Frankfurt, 30. Oct. 1855.

Verehrteſter Freund und Gönner,

30. 10. 1855. mit vielem Danke habe ich Ihr Schreiben vom 27. erhalten, und bin darin ganz mit Ihnen einverſtanden, daß ich mir mit einiger Beſorgniß die Frage ſtelle, ob Rechberg in der erfreulichen Weiſe fortfahren wird, in der er ſeine Stelle interimiſtiſch verſah, oder ob er ſich bloß in berechneter Weiſe die Wege geebnet hat, um nun Prokeſch's Spiel mit mehr Geſchick fortzuſetzen. Die Bundesreform halte ich für eine blague, um die Kleinen zu ängſtigen und um Oeſtreich als den Träger, Preußen als den Gegner dieſer volksthümlichen Idee darzuſtellen. Pfordten hätte ſich klüger benommen, wenn er ſeine Kammer mit ihren unmöglichen Projecten hätte herauskommen laſſen, anſtatt die Sache ernſthaft zu nehmen und Depeſchen darüber zu machen. Mit Hatzfeldt und Bernſtorff habe ich mich in Coblentz ſchon expectorirt, und es gelang mir nur mit Mühe, letztern zur Mitreiſe und zum Vortrag ſeiner olympiſchen

[1]) Vgl. Bismarcks Briefe an den General L. v. Gerlach S. 255.

[2]) Es bleibt immer etwas hängen.

[3]) Entweder — oder.

Klagen bei Sr. Majestät heranzubringen.[1]) Ich hoffe, daß er 30. 10. 1855.
damit zur Verdunstung der Luxemburger Conspiration das Seinige beigetragen hat, nachdem die Hauptsache durch Hatzfeldt geschehn war. Was macht aber Wedell noch in Berlin? Ich denke, der alte Herr wird doch durchgesehn haben, daß man ihn benutzen wollte, die Kastanien aus dem Feuer zu holen! Was die Ordensangelegenheit betrifft, so bitte ich Sie auf meinen Beistand und meine Discretion zu rechnen. Ich glaube aber kaum, daß man in D[armstadt] auf eine Reciprocität für Solms eingeht. Aus meinen Berichten ist Ihnen bekannt, daß der Großherzog für Görz den Orden wünscht, und die Hutmachergeschichte läßt diesen Wunsch im Preise steigen. Ist aber an Görz bei uns jetzt nicht zu denken, so läßt sich ein Tausch vielleicht in Betreff des alten Wittgenstein machen. Ich habe mich früher gegen die Verleihung an Witgenstein ausgesprochen; er hat sich aber seitdem gebessert, weil der Prinz Emil Oestreich den Rücken gedreht hat, soweit er es kann; außerdem ist Wittgenstein im 73. Jahre und wird ihn nicht mehr lange tragen. Können Sie also sondiren, ob man bei uns Görz oder Witgenstein zu decoriren geneigt sein würde, so kann ich hier wohl die Sache so einfädeln, daß sie gegenseitig wird; nur müßte ich in dem Falle nicht mit der Zusage, die ich einem dieser beiden zu geben hätte, sitzen bleiben. Auf Görz legt der Gr[oßherzog] den meisten Werth; geht das aber jetzt, wie ich glaube, nicht, so will ich den alten Witgenstein anspannen, der sich so nach dem rothen [Adler] sehnt, daß er dann sicher alles thut, was er kann, und Prinz Emil mit ihm. Zuerst bitte ich also um eine Nachricht wegen der Chance von Görz, die ich nach der Solms'schen Verleihung und nach dem Hutmacher allerdings für gering halte.

Ich muß schließen, weil Besuch kommt. In aufrichtigster Ergebenheit

der Ihrige

v. Bismarck.

---

[1]) Vgl. Bismarcks Brief an Gerlach vom 7. October 1855 (S. 248 ff.) und den Bericht an Manteuffel vom 5. October in Preußen im Bundestag IV 238 f.

III.

B. 3. 11. 55.

3. 11. 1855. Tausend Dank, verehrtester Gönner, für Ihre letzten Zeilen. Die heutigen Schreiben unsers Herrn Chefs sagen Ihnen, daß Se. Majestät die unverschämte Zumuthung, jetzt dem Görtz ohne alle Veranlassung einen Orden als Pflaster auf die Prügel zu verleihen, zurückgewiesen habe, wie Sie dieß wohl vorausgesehn. Aber der König hat hinzugesetzt, daß, wenn der Großherzog ihn selbst noch darum bäte, sei es schriftlich oder bei einem hiesigen Besuche, er den Orden doch werde geben müssen. Geschieht es bei einem Besuche, so werden wohl Orden Hessischer Seits an hiesige Hofbeamte gegeben werden und darin dann die Reciprocität liegen. Immerhin ist es gut, daß in dem ostensibeln Erlasse, den Sie an Dalwigk vorlesen können, die Art, wie wir die Reciprocität verstehn, aufgezählt ist. Man kann vielleicht später daran anknüpfen. Was Ad. Wittgenstein betrifft, so glaubte ich, er hätte den Vogel vor einigen Jahren bekommen. Bei der Profusion, mit der Se. Majestät das große Band fortgiebt, z. B. an unzählige belgische Eintagsminister, trägt es wohl mancher Schlechtere als Wittgenstein. — Seien Sie unter allen Umständen meines besten Danks für Ihre freundliche Aufnahme meines Wunsches und für etwaige Schritte zu Gunsten desselben versichert.

Görtz hat gestern das Rapell-Schreiben von Lenbach, aber nicht seine eigne neue Creditive überreicht. Der König hat Lenbach dieß, halb aus Bequemlichkeit, halb aus Ueberschwenglichkeit für unnöthig erklärt, da ja Alles vergessen sei. Natürlich schwillt durch so etwas Görtz persönlich und den Darmstädtern überhaupt der Kamm, und Görtz gründet darauf Anciennetätsansprüche, die selbst im diplomatischen Corps Mißvergnügen erregen. — Mit dem Erlaß nach Wien accouchirt der gute Graf Schl[ieffen] etwas langsam, doch wird er nächstens vom Stapel laufen. Ich denke eine vertrauliche Apostille[1]) über Esterhazys taktlose Behandlung der Sache dran zu knüpfen.

Addio für heut. Wegen Malet[2]) wollen wir eine kleine edelmüthige freundliche Depesche nach London richten, die ich Ihnen mittheilen werde. Die Sache ist gewiß so am besten.

Ganz der Ihrige

Balan.

---

[1]) Randglosse, Nachschrift.

[2]) M. hatte durch eine ungeschickte Tischrede in Homburg Aergerniß gegeben; vgl. Bismarcks Briefe an Gerlach, S. 251, Bericht an Manteuffel in Preußen im Bundestage II 261 f. Nr. 144.

IV.

B. 22. 11. 55.

Verehrteſter Freund,

Schon ſeit ein Paar Tagen gehe ich damit um, Ihnen auch 22. 11. 1855.
ſelbſt zu ſagen, was Sie ohne Zweifel ſchon aus den Zeitungen oder ſonſt wiſſen, nämlich, daß ich zum Geſandten in Stuttgart ernannt worden bin. Mir iſt dieß in jeder Beziehung ſehr erwünſcht, und ich kann nicht dankbar genug für alle mir bei dieſem Anlaß erwieſene Huld und Freundlichkeit ſein. Der König von W[ürtemberg] hat ſich ſchon telegraphiſch auf das allerſchmeichelhafteſte wegen meiner Ernennung hierher zurückgeäußert, und ſo denke ich, obgleich der König ſchon nach Nizza fort iſt, doch bald einmal auf 8 Tage nach Stuttgart zu rutſchen. Ich bleibe dann vorher einen Tag in Frankfurt und freue mich ſehr darauf, allerlei mit Ihnen zu beſprechen. Ich ſchreibe natürlich noch vorher an Wentzel und bitte ihn, mir im Engliſchen Hofe Quartier zu beſtellen. Ich möchte etwa heut über 8 Tage abreiſen. Auf der Hinreiſe wollte ich die Bundestagsgeſandten, die ich meiſt von früher kenne, beſuchen, auf der Rückreiſe, etwa Mitte Dezember, vielleicht einen Höflichkeitsbeſuch in Darmſtadt und Wiesbaden machen, wo ich früher accreditirt war, und wo man mir, wenn man liebenswürdig ſein will, die großen Bänder von Philipp und Naſſau jetzt geben und dadurch meiner vieljährigen Thätigkeit im hieſigen Miniſterium eine Anerkennung zu Theil werden laſſen kann. Theilen Sie dieſe Anſicht, ſo finden Sie vielleicht Veranlaſſung, ſie vorher anzuregen, was mir natürlich nur ſehr willkommen ſein könnte.

Viele Grüße an Wentzel.

Alſo auf baldiges Wiederſehn. Treu ergeben

der Ihrige

Balan.

V.

B. 4. 4. 56.

Verehrteſter Freund und Gönner,

ich begleite mein heutiges Schreiben über die Hamburger Sache 4. 4. 1856.
nur mit einigen perſönlichen Zeilen, um Ihnen zu ſagen, daß der Königliche Auftrag mehr einen gelegentlichen Character hatte, aber doch ausdrücklich wiederholt wurde, ſo daß ich nicht umhin konnte zu ſchreiben. Die qu. Commiſſion würde gewiß die größten Bedenken haben und uns ohne Noth in allerlei bisbiglien bringen, die von andrer Seite redlich ausgebeutet werden würden. Auch glaube ich, daß ſie nicht den mindeſten Anklang fände. Das iſt

4. 4. 1856. noch das Beste, denn wenn Sie dieß berichten, so geschieht nichts, und der Hamburger tempête dans un verre d'eau beruhigt sich von sich selbst.

Von Herrn v. Manteuffel bekomme ich nur ganz wenig Nachrichten, amtliches fast gar nicht, nur Privatbriefe, auch eigenhändige an Se. Majestät, wovon der König, der sehr gnädig ist, mich manchmal Kenntniß nehmen läßt. —

Ueber die Rückkehr des Minister-Präsidenten weiß ich noch nichts Näheres. Hier ist es ziemlich still, seit heut warmes Wetter. Auch giebt es einige Versöhnungsdiners.

Kennen Sie schon folgendes Verschen auf den Prince impérial und den vorbeidefilirenden Senat.

Messieurs, votre discours me touche,
Disait le Prince et fit caca,
Ce qui passait de bouche au bouche
Et fut goûté par le Sénat.

Für heut mit tausend Grüßen

Ihr treu ergebener

Balan.

Antwort Bismarcks.

Frankfurt, 17. April 56.

Verehrtester Freund und Gönner,

17. 4. 1856. in der Anlage übersende ich Ihnen die von Sr. Majestät befohlne vertrauliche Berichterstattung wegen Hamburg. Es ist nicht wahrscheinlich, daß wir bald zur Entsendung einer Commission gelangen; kommt es aber dazu, so wird man sich mit der Zahl von 2 Mitgliedern (Preußen und Oestreich) eher befreunden als sich über die Auswahl von 5 verständigen, und mit 5 eher als mit 3, denn der Neid der übrigen Staaten läßt die Combination Baiern-Preußen-Oestreich nicht zu.

Ich habe eben eine uninteressante Sitzung gehabt, und sehe jetzt in Zweifeln der Ankunft unsres Chef entgegen. Ich schrieb ihm vor etwa 8 Tagen auf seinen Wunsch wegen der Lage der Züge, mit denen er reisen könne, und bat um Kenntniß seiner Entschlüsse, damit ich ihm entgegenreisen könne, wenn sein Aufenthalt hier zu kurz für eingehende Besprechungen sein sollte. Bis jetzt habe ich aber keine Nachricht, und will nun zur Eisenbahn, um zu sehn, ob er doch etwa heut eintrifft.

Ich bin seit mehren Tagen unwohl, an einer Migräne, die mich bei Eintritt der warmen Witterung oft heimsucht und mir die Augen beläſtigt. Wenn ich aber auch klar und scharf sehn könnte, so wüßte ich Ihnen doch für jetzt nichts zu schreiben, was der Mühe werth wäre. Buol geht über Brüssel zurück; Brunnow weiß noch immer nicht, ob er seine Wohnung hier aufgeben kann. Wenn wir Fonton hier bekämen, so sollte mir das leid thun; ich höre, daß er trotz Allem noch immer an Oestreich hängt. Die hiesigen Gerüchte schicken Budberg nach London, Chrestowitsch nach Paris, Brunnow nach Brüssel oder Stuttgart, Titoff nach Berlin, Glücke nach Hannover, Kisseleff nach Wien, Gortschakoff nach Rom, Fonton hierher. Ein gründliches Revirement. 17. 4. 1856.

Leben Sie wohl und behalten Sie mich in gutem Andenken.

Der Ihrige

v. Bismarck.

VI.

B. 28. 10. 56.

Wertheſter Gönner,

Ihren Brief vom 26. erhalte ich erst eben (gegen Abend) und eile, Ihnen die Londoner Protocolle cum annexis zu übersenden. Zugleich telegraphire ich Ihnen, daß Sie dieselben auch durch Wentzel erhalten können, der sie mit der Depesche vom 29ten September neuerdings übersendet erhalten. 28. 10. 1856.

Wegen des Bundes-Dumreichers[1]) haben wir nirgends Anklang gefunden. Ich werde Kehler[2]) aber doch an die Sache erinnern.

In höchster Eile

der Ihrige

Balan.

---

[1]) Dumreicher von Oesterreich, K. K. Geschäftsträger bei der Stadt Frankfurt und Legationsrath bei der Oesterreichischen Bundestags-Gesandtschaft, wurde von Oesterreich an Stelle des Herrn v. Brenner als Director der Bundeskanzlei in Vorschlag gebracht. Preußen vertrat bei dieser Gelegenheit mit Erfolg den Standpunkt, daß Bundesbeamte aus dem engern Verbande des Heimathsstaates auszutreten hätten und in Eid und Pflicht des Bundes zu nehmen wären (vgl. Preußen im Bundestage III S. 47 Nr. 29).

[2]) v. K., vortragender Rath im Auswärtigen Ministerium.

VII.

B. 7. 12. 56.

Verehrtester Gönner,

7. 12. 1856. ich wollte Ihnen nur sagen, daß die Depesche an die 4[1]) nun einige nicht wesentliche Abänderungen erhalten hat, die sie mit dem Ihnen bekannten Napoleonsbriefe in Uebereinstimmung bringen. Ich denke, diese Depeschen werden spätestens übermorgen abgehn. Sie erhalten dann natürlich gleich Abschrifft. Es wäre mir aber sehr lieb, wenn ich schon vorher auch diejenige Erklärung kännte, die Sie für sich in der Bundesversammlung aufsetzen wollten. An diese würde ich dann die bewußten Schreiben für die süddeutschen Regierungen anschließen, die der Minister heut urgirt hat, die aber nicht eher gemacht werden können, als die Erklärung am Bunde feststeht. Drum erlaube ich mir die Bitte, mir dieses Werk, sobald es fertig ist, schicken zu wollen.

Treu ergebenst

d[er] J[hrige]

Balan.

VIII.

B. 1. 7. 58.

Verehrtester Freund,

1. 7. 1858. Ihren Bericht von gestern[2]) über die Dänische Sache haben wir vorhin erhalten. Ich finde auch, daß wir nach Wien in etwas amplificatorischem Sinne von dem Einverständniß mit uns Act nehmen können und müssen. Aber ich würde großen Werth darauf legen, vorher Ihre Ansicht über das Hannoversche opus zu kennen, das ich Ihnen deshalb schicke. Auch möchte ich gern wissen, ob und in welchem Sinne sich der Prinz etwa in Frankfurt über diese Sache gegen Sie geäußert hat.

Manteuffel ist aufs Land und wird wohl gründlich dort bleiben. Ich habe also die undankbare Aufgabe, ohne eigentliches Mandat Alles nach meiner schwachen Kraft und mangelhaften Erfahrung einzurichten.

Stehn Sie mir darin, bitte, durch möglichst vollständige, wenn auch ganz vertrauliche Informationen freundlich bei.

---

[1]) sc. Großmächte in Sachen der Neuenburger Frage; vgl. Preußen im Bundestage III, S. 56 ff. Nr. 36.

[2]) S. Preußen im Bundestage III, S. 349 ff. Nr. 165.

Unsre Antworten nach Wien wegen R[astatt] sowohl die kanzleimäßige (die ich Ihnen heut in Abschrifft schicke) als die eigenhändige, haben wenigstens das Verdienst, klar zu sein. 1. 7. 1858.

J[n] E[ile]

Gott befohlen.

Treu ergeben

d[er] I[hrige]

H. Balan.

Antwort Bismarcks.

Frankfurt, 2. July 1858.

Verehrtester Freund,

Die Expedition durch den Feldjäger habe ich richtig erhalten. Ich wollte, daß diese Einrichtung ewig bliebe, während Kelchner[1]) in ihr eine unbehagliche Neuerung sieht. 2. 7. 1858.

Meine etwas flüchtige Kritik über das Holsteinische Promemoria erfolgt heute schon,[2]) da ich glaube, daß Ihnen an Beschleunigung der Antwort liegt. Der Prinz erhielt durch einen Feldjäger einen Brief des Königs von Hanover, und schien in keiner ganz günstigen Stimmung über seinen Vetter Georg. Der Ueberbringer wollte mit nach Baden, um gleich Antwort zu haben, der Prinz schickte ihn aber mit dem Bemerken zurück, daß er auf andrem Wege antworten werde. Die Rastatter Sache präoccupirte ihn vorzugsweise; er fand des Grafen Buol „letzten Versuch" wahrhaft unverschämt. Es wäre in der That auch zu arg, wenn wir uns und den ganzen Bund auf jede Chance hin an die leichtsinnige, übermüthige und verlogne Politik ketten wollten, nach der Buol das gebrechliche Staatsschiff von Oe[streich] steuert. Was Holstein betrifft, so war der Prinz in Sorge, den Einwohnern durch zu viele Executionstruppen zur Last zu fallen, sonst aber stramm, und entrüstet bei meinem Wunsche nach Ferien. Die Post schließt.

Der Ihrige

v. Bismarck.

---

[1]) Hofrath, Vorstand der preußischen Bundesgesandtschafts-Kanzlei.

[2]) Vgl. Preußen im Bundestage III S. 352 ff. Nr. 166.

IX.

B. 3. 7. 58.

3. 7. 1858. Vielen Dank, verehrteſter Freund, für Ihre Auslaſſung über das Hannoverſche Opus. Ich werde nun mit Kehler (Eheu!) daran gehn, einen Erlaß nach Wien zu machen, den wir dann auch nach Hannover mittheilen können. Wie fanden Sie das 5 Geſpann, das ich Ihnen geſtern aus München geſchickt? Warum nicht lieber alle 17, oder 34?!

Nach Hannover (und dem Haag) hatte ich ſchon geſchrieben, um unſer Befremden über die abfällige Inſtruction in Raſtatter Angelegenheiten auszudrücken. Die Antwortsberichte werde ich Ihnen mittheilen.

Den Privatbrief des Miniſters an Buol[1]) erhalten Sie mittelſt eigenhändiger Zeilen, die aber offen durch meine Hände gegangen. Wenn Ihre Rückäußerungen nicht 48 Stunden ſpäter auch zu meiner Kenntniß kommen ſollen, ſtelle ich anheim, entweder nicht eigenhändig drauf zu ſchreiben, vielmehr mit einem Dienſtſigl zu ſiegeln oder ſie nur sub volanti zu ſchicken.

Buol kommt übrigens, wie mir Flemming ſchreibt, erſt Montag wieder in die Stadt, wir werden die Antwortsberichte alſo noch einige Zeit zu erwarten haben.

Der Tabak war doch etwas ſtark, ſymptomatiſch und das Ganze ſehr bezeichnend. Ich bin übrigens der Anſicht, daß ein betreffender Antrag am Bunde, wenn er von Preußen und Oeſtreich käme, gleich durchgehen würde. v. d. Pfordten ſcheint in dem Sinne in Wien bei der deutſchen Diplomatie gewühlt zu haben.

Ich habe ſchon die Idee gehabt, um aus der Verlegenheit heraus zu kommen, die in der Wahl eines 3ten oder einzigen Commiſſars für Holſtein aus den Königreichen liegt, ob man nicht am Ende die Großherzoglich und Herzoglich Sächſiſche Curie damit betraute und den Herzog von Coburg in Perſon zum Commiſſar und Oberfeldherr ernennte. Der kann dann England via Albert und Victoria gehörig endoctriniren! —

Was meinen Sie zu dieſer „idée“?

Brockdorf geht heut auf Urlaub, nachdem man ihm erſt geſagt, er ſolle noch bis gegen Mitte Juli warten. Läßt dieß vielleicht darauf ſchließen, daß man gar nichts in Kopenhagen thun will?

---

[1]) als Antwort auf die Zumuthung einer Erneuerung einer Geſammtgarantie des Beſitzſtandes Oeſterreichs, Preußens und des Deutſchen Bundes; ſ. Preußen im Bundestage III S. 359 Anm.

Addio, verehrteſter Gönner! entſchuldigen Sie dieſe eiligen 3. 7. 1858.
Zeilen.

Treu ergeben
der Ihrige
H. Balan.

Antwort Bismarcks.

Fr[ankfurt] 5. 7. 58.

Verehrteſter Freund,

Vielen Dank für Ihre Zeilen von vorgeſtern. Meine 5. 7. 1858.
Antwort an Manteuffel erfolgt hierbei s. volanti.[1]) Ich hätte die Erwiderung nach Wien doch etwas verwunderter gewünſcht, ſonſt finde ich ſie vortrefflich. Daß aber der Ausdruck des Erſtaunens ganz darin fehlt, wird, wie ich glaube, ſelbſt Buol angenehm überraſchen. Wenn ſich jemand lange beſönne auf den dummſten Streich, den Preußen in dieſem Augenblick etwa machen könnte, ſo müßte er, wenn er ein klarer Kopf, auf einen ſolchen Garantievertrag kommen. Dieſer dreiſte Anlauf iſt wohl abgeſchlagen, aber ich fürchte die Familiendiplomatie, Baden, König Leopold, und Haus Coburg und Königin Victoria. Man fängt uns ſchließlich doch, und gratis!

Morgen gehe ich auf 24 Stunden nach Baden.

Die Bamberger werden recht ihre Freude an ſolchem Vertrage haben; ſie treiben dann wieder europäiſche Bundespolitik im großen Style, beſtimmen dieſelbe durch Bundesbeſchlüſſe unter Oeſtreichs Anleitung, reden dabei aber doch auch ihr Wörtchen mit. Schon das Bewußtſein, dieß zu können, iſt ſchmeichelhaft.

Der Ihrige
v. Bismarck.

X.

B. 7. 7. 58.

Verehrteſter Freund,

Tauſend Dank für Ihre Zeilen von neulich und Ihren vor- 7. 7. 1858.
trefflichen „offnen Brief“. Ich habe Ihren Bericht wegen Raſtatt[2])

[1]) S. Preußen im Bundestage III S. 358 ff. Nr. 169.

[2]) vom 5. Juli; ſ. Preußen im Bundestage III S. 357 f. Nr. 168.

7. 7. 1858. gleich an Manteuffel geschickt und ihm vorgeschlagen mich zu autorisiren, Sie per Telegraph zu der Excitirung unsres Antrags zu ermächtigen. Morgen früh kommt dieser Bericht mit dem Bescheide von Croſſen zurück. —

In Danicis scheint man in 12ter Stunde nun doch etwas nicht gleich zurückzuweisendes offeriren zu wollen. Unser Ideenaustausch mit Wien über die Execution tritt dann mehr zurück, aber vielleicht hat grade diese ernste Attitude mit auf die Entschließungen in Copenhagen gewirkt, oder wird vielmehr wirken, denn noch ist der Pfeil nicht losgeschossen. Wahrscheinlich wird die Sache durch den dicken Bülow in Frankfurt gehn — bitte, lassen Sie mich dann bald Ihre Ansicht wissen.

Entschuldigen Sie diese große Eile, aber ich bin heut wieder seit 8 Uhr nicht zu Athem gekommen und das Paket soll gleich (halb 4) geschlossen werden.

Treu ergeben d[er] J[hrige]

B[ala]n.

XI.

B. 9. 7. 58.

Verehrtester Freund,

9. 7. 1858. Durch ein unbegreifliches Versehen ist mein Brief von vorgestern an Sie nicht mit abgegangen. Zum Glück enthielt er nichts Wichtiges oder Eiliges. Wegen Rastatt ist mir Ihr Bericht von gestern[1]) sehr willkommen. Ich war eben im Begriff, so an Sie zu schreiben, „nach den Umständen“. Ich dachte gleich, daß Sie mit dem Prinzen von Preußen darüber sprechen und sich dort die eigentliche Hauptinstruction holen würden. Ich werde die Sache nun an Manteuffel zur Zeichnung schicken, so daß Sie sie einige Tage später erhalten. Mais c'est tout connu —.

Der Prinz scheint mir sehr reizbar, wie ich aus einigen Privatzeilen von ihm schließe. Er ist etwas verletzt, daß der Großherzog mehrere Nachrichten (ich weiß nicht welche) vor ihm gewußt hat, und sagt mir, ich solle ihm recht oft telegraphiren. Das ist freilich natürlich, daß ein Souverain am Sitze seiner Regierung schneller unterrichtet ist als 80 Meilen davon; ich telegraphire aber jetzt jeden Morgen Altes und Neues; ich hatte es absichtlich nicht gethan, um nicht unnütze Unruhe in das schon unruhige Gemüth zu bringen. —

Den eigenhändigen Brief von Manteuffel an Flemming habe ich nun auch dem Prinzen in Abschrifft geschickt. Ich glaubte, Manteuffel

[1]) Preußen im Bundestage III S. 363 Nr. 170.

hätte es schon privatim gethan. In der dänischen Sache wird doch wohl, nach den neusten Nachrichten von Oriola, die ich Ihnen schicke, nichts Annehmbares von Kopenhagen kommen. Da wird es doppelt schwer, aber auch doppelt nöthig sein, recht fest und einig zu bleiben. Gestaltet es sich so, daß Sie mündliche Besprechung für gut oder nöthig halten, so rutsche ich einmal zu Ihnen und wir beide nach Baden. Sagen Sie mir darüber bei Zeiten Ihre Meinung, daß ich mich parat halte, was ich momentanément nicht bin, um auf den Plutz abzurutschen. Aber die Autorisation des Ministers habe ich. 9. 7. 1858.

Wie haben Sie denn K. Luft [?] in Baden gefunden? Das würde mich doch ungemein interessiren.

Ich bin wieder ewig gestört worden.

Gott befohlen.

Treu d[er] J[hrige]

H. Balan.

Antwort Bismarcks.

Fr[ankfurt] 10. July 58.

Verehrtester Freund,

Ihre beiden Schreiben vom 7. und 9. sind mir heut zugegangen. Von Dänemark war bisher sehr wenig erwartet; Fonton und Montessuy hatten Mittheilungen, man wolle mit dem Bunde „unterhandeln". Das thut man ja seit 6 Jahren. Beide Herrn befürworteten aber dieses neue Erbieten, weil man auf der Basis der Ungültigkeit der Verfassung unterhandeln werde. Möglich, daß die Ministerveränderung in Kopenhagen etwas annehmbareres bringt. In Baden fand ich Küpfer und Schleinitz als advocatos diaboli gegen alles, was die Regirung thut, namentlich für Anschluß an Oestreich und Coburgische Politik arbeitend; bisher ohne eine Spur von Erfolg beim Prinzen; der Herr dürstet vielmehr nach Argumenten gegen die Dialectik dieser beiden Arkadier, die sich dort am Hofe wie der Fuchs im Dachsloch eingenistet haben. Sie treiben englische, belgische, östreichische, aber um Gotteswillen keine Preußische Politik, und das alles den Damen zu Liebe. Ich habe dem Minister sehr gerathen, einmal wenigstens sich zu zeigen in Baden. 10. 7. 1858.

Der Prinz klagte, man behandle ihn von Berlin aus cavalièrement, informire ihn nicht und ignorire seine Wünsche.

10. 7. 1858. Ich habe deshalb heut wegen Abdruck unsrer Depesche vom 6. April amtlich berichtet, die S. K. H. schleunigst erwartete. Ich glaubte, sie würde inzwischen erfolgen. Ich habe sie heut wieder gelesen, sie ist etwas lang.

Eben bringt mir Bülow die Erklärung. Er hat mir 1 Stunde daran vorgelesen. Die Pointe steckt im Schluß „Dänemark will die Gesammtverfassung und die Holsteiner Verfassung außer Kraft setzen (als ruhend betrachten)", und wegen Neubesetzung dieser tabula rasa unterhandeln. Das Object einer Execution ist damit, wie mir scheint, beseitigt; denn ehe wir neue Zustände in Holstein via execut[ionis] einführen können, müssen wir selbst wissen, welche; nachdem die alten ohne Execution weichen. Die Poststunde drängt.

Der Ihrige

v. Bismarck.

XII.

B. 11. 7. 58.

11. 7. 1858. Vielen Dank, verehrtester Freund, für Ihre Zeilen von gestern, die Depesche vom 4. April lassen Sie nun wohl dort publiciren, zumal da heut Abend und morgen früh wegen des Sonntags hier keine Zeitung erscheint. Die Argumente unsrer Depesche sind schlagend: aber sie wird doch wieder Oel ins Feuer gießen. Mir schon recht, wenn nur nicht der Rückschlag dann durch Einflüsterungen ein entgegengesetzter ist. Ihre Notizen über Ihre neuliche Spazierfahrt waren mir sehr interessant. K[üpfer] wird wohl seine schon vor 30 Jahren bewährte Kunst im Denunciren mit Erfolg weiter treiben. Schl[einitz] ist mir unbegreiflich.

Der amtliche Bericht über die Depesche vom 6/4 ist wohl erledigt durch das gestrige Telegramm. Abschrifft des großen Dänischen Opus hoffe ich für heut fertig zu bekommen. Sonst für morgen. Es kann ja mit der Post gehn.

Daß M[anteuffel] sich einmal in B[aden?] zeigt, kann sein Gutes haben, aber auch seine Bedenken, weil es Unruhe bekundet.

Daß der Prinz findet, man ignorire seine Wünsche, ist, wenn es mich treffen soll, ebenso ungerecht als mir unbegreiflich. Ich habe Tag und Nacht nichts am Herzen, als ihn zufrieden zu stellen, aber ich kann ihm nicht Alles telegraphiren und ihm auch nicht Alles gleich schicken, da Mant[euffel] in der entgegengesetzten Richtung liegt. Für alle meine Mühe nur Kritik und Ungunst

zu erben, kann mir nicht conveniren. Ich gehe deshalb damit um, 11. 7. 1858.
um einen mehrmonatlichen Urlaub zu bitten; wenn ich fort bin,
wird gewiß gleich Alles wie geschmiert gehn.

Treu ergeben
d[er] J[hrige]
Balan.

XIII.

B. 31. 7. 58.

Verehrtester Freund,

Die Hannoveraner scheinen ganz rabiat.[1]) Was uns Ysenburg 31. 7. 1858.
darüber heut privatim schreibt, schicke ich Ihnen hierneben in Abschrifft, nebst dem dummen Zeitungsartikel. Auf Ysenburgs Frage, was er thun kann? ist wohl fürs erste zu antworten: Nichts.

Unsre Minorität in der Rastatter Sache scheint den Minister überrascht zu haben, mich nicht. Er schreibt mir von Aachen, wohin ich ihm telegraphirt, er würde sich darüber mit Ihnen in Verbindung setzen. Inzwischen haben Sie ja S. K. H. selbst darüber gesprochen. Gewiß müssen wir constatiren, daß wir den Schlag fühlen und zu entgelten wissen werden; aber die Dänische Sache erheischt gewiß auch in der Rastatter doppelte Vorsicht.

Ich wäre gern auch einmal nach Baden gerutscht. Aber es ging nicht. Nun geh ich auf 4 Wochen nach der Schweiz und Südfrankreich, sobald der Minister kommt, also am 11. oder 12ten. Ich sehe Sie dann vielleicht einen Augenblick in Frankfurt.

Entschuldigen Sie die Eile.

Treu ergeben
d[er] J[hrige]
H. Balan.

Antwort Bismarcks.

Fr[ankfurt] 4. Aug. 58.

Verehrtester Freund,

ich überhäufe Sie mit Berichten,[2]) aber ich thue es nicht gern, 4. 8. 1858.
denn es ist noch unangenehmer, sie zu machen als sie zu lesen. Ich fürchte, Ysenburg läßt sich in Hanover die Jacke volllügen und einängstigen; Zimmermann[3]) ist zu lange im östreichischen

[1]) Vgl. Preußen im Bundestage III S. 383 ff. Nr. 178.
[2]) Vgl. Preußen im Bundestage III S. 387 ff. Nr. 180—183.
[3]) Generalsecretär des Hannoverschen Gesammtministeriums.

4. 8. 1858. Lager gewesen, um das nicht zu verstehn. Von Ostende habe ich bisher nichts erhalten; sobald mir die in Aussicht gestellte Instruction vom 2. zugeht, werde ich die telegr[aphisch] gewünschte Mittheilung machen. Ich hoffe nicht, daß unsre Spitzen in Ostende sich von Hanover tyranniſiren lassen; wir haben ja bei Prüfung der verlangten dänischen Antwort alle Freiheit, zu züchtigen oder loszulassen, und können bei dem mindesten Symptom von der alten unaufrichtigen Halsstarrigkeit mit dem ganzen furor Teutonicus auf[1]) den Dänen losstürzen.

Der Ihrige

v. Bismarck.

XIV.

B. 6. 8. 58.

Mein verehrtester Freund,

6. 8. 1858. Vielen Dank für Ihre Zeilen von vorgestern. Ich kann Sie versichern, daß ich keine Berichte so gern lese als die Ihrigen, und daß namentlich in dieser leidigen dänischen Angelegenheit Ihre Considerationen mir immer sehr einleuchten, so wie ich das Resultat des sehr ehrenwerthen Umschwungs, den wir in die Sache gebracht, hauptsächlich Ihrer einsichtigen Thätigkeit zwischen Frankfurt und Baden zuschreibe. Die Hannoveraner sind augenblicklich unverbesserlich. Daß sie dem guten Ysenburg mitunter etwas vorlügen, mag wohl sein, nur glaube ich nicht, daß man diesem einen Vorwurf daraus machen kann, daß er uns darüber treulich, wenn auch etwas breit, berichtet. Die Thätigkeit von Zimmermann hat etwas unheimliches. Ich habe jetzt an Ysenburg geschrieben, er soll sich jeder Initiative enthalten. Dagegen theile ich ihm persönlich aus Ihren Berichten das Material mit, damit er falsche Behauptungen widerlegen und Ihre Handlungsweise ins rechte Licht setzen kann.

Wenn die Motive von Schrenk noch förmlich desavouirt werden, so wäre mir das sehr lieb; das 2. Petitum von Hannover, wegen Nichtzulassung von Bülow in den Ausschuß, ist zu absurd, da kein Mensch dran denkt, ihn zum Mitgliede des Ausschusses zu machen. Eben so gut könnte man sagen, daß ein Angeklagter, weil er vor Gericht erscheint, Mitglied des Gerichtshofs würde.

Ich denke mir aber doch, daß noch irgend eine kleine Modification oder Interpretation dieses Passus erfolgen wird. —

---

[1]) Orig.: aus.

Ihr Urlaubsgesuch sende ich gleich heute nach Ostende, wie 6. 8. 1858.
ich es mit einem ähnlichen von Hatzfeldt gethan. Der Bescheid erfolgt dann von da.

Ich sehe Sie übrigens nächstens in Frankfurt und bitte mich schon zu Donnerstag d. 12. nach der großen Sitzung bei Ihnen zu Tisch. Ich gehe am 9. Abends oder 10. früh nach Cöln, bin am 11. am Rhein und komme am 11. Abends oder am 12. Vormittag nach Frankfurt, von wo ich am 12. mit dem ersten von Berlin kommenden Zuge (ich glaube 10 Uhr) nach Basel fahre in Gemeinschafft mit Präsident Camphausen und G. R. Bitter, die am Abend vorher von hier abgefahren sind.

Es ist mir sehr interessant, Frankfurt einmal einige Stunden zu besuchen, während der hohe Bundestag dort ist. Bisher war ich immer nur auf einige Zeit dort, wenn die Stadt ganz leer. —

In der Rastatter Sache finde ich Ihre Erklärung im Allgemeinen sehr zweckmäßig und habe sie an Manteuffel mit der Bitte geschickt, Ihnen direkt die Genehmigung zu schreiben, oder per Telegraph über hier. Nur den Eingang, der gar nicht mit Rastatt zusammen hängt, würde ich nicht an den Anfang, sondern später loco congruo, pour faire groupe, einfügen. —

Nun für heut addio! verehrter Freund. Hoffentlich macht Ihnen Ehren Zimmermann nicht noch zu viel zu schaffen.

Auf gutes Wiedersehen

treu ergeben der Ihrige

H. Balan.

XV.

Berlin den 31. Dec. 58.

Verehrtester Freund,

Die Zeitungen sagen zwar, der hohe Bundestag habe sich 31. 12. 1858.
darum auf 4 Wochen vertagt, damit Sie den ersten Sitzungen des Herrenhauses beiwohnen könnten. Nichtsdestoweniger ist mir zweifelhaft, ob Sie von dieser gütigst ertheilten Erlaubniß Gebrauch machen werden, und ich bin daher nicht sicher, Sie im Januar hier zu sehn. Da ich nun möglicherweise im Februar über München nach Stuttgart zurückkehre, wollte ich Ihnen schrifftlich eine Bitte vortragen, die ich in Frankfurt mündlich zu thun vergessen habe; es ist nemlich die, mir Ihr photographisches Bild zu verehren. Ich beabsichtige meine loisirs rétrospectifs in Stuttgart äußerlich dadurch zu documentiren, daß ich mein Zimmer mit den Portraits meiner Freunde schmücke, und da dürfen Sie nicht fehlen. Also bitte, erfreun Sie mich bald durch eine solche kleine Sendung via ministerii, welches ich täglich besuche und dem ich mit Ver-

4. 8. 1858. Lager geweſen, um das nicht zu verſtehn. Von Oſtende habe ich bisher nichts erhalten; ſobald mir die in Ausſicht geſtellte Inſtruction vom 2. zugeht, werde ich die telegr[aphiſch] gewünſchte Mittheilung machen. Ich hoffe nicht, daß unſre Spitzen in Oſtende ſich von Hanover tyranniſiren laſſen; wir haben ja bei Prüfung der verlangten däniſchen Antwort alle Freiheit, zu züchtigen oder loszulaſſen, und können bei dem mindeſten Symptom von der alten unaufrichtigen Halsſtarrigkeit mit dem ganzen furor Teutonicus auf[1]) den Dänen losſtürzen.

Der Ihrige

v. Bismarck.

XIV.

B. 6. 8. 58.

Mein verehrteſter Freund,

6. 8. 1858. Vielen Dank für Ihre Zeilen von vorgeſtern. Ich kann Sie verſichern, daß ich keine Berichte ſo gern leſe als die Ihrigen, und daß namentlich in dieſer leidigen däniſchen Angelegenheit Ihre Conſiderationen mir immer ſehr einleuchten, ſo wie ich das Reſultat des ſehr ehrenwerthen Umſchwungs, den wir in die Sache gebracht, hauptſächlich Ihrer einſichtigen Thätigkeit zwiſchen Frankfurt und Baden zuſchreibe. Die Hannoveraner ſind augenblicklich unverbeſſerlich. Daß ſie dem guten Yſenburg mitunter etwas vorlügen, mag wohl ſein, nur glaube ich nicht, daß man dieſem einen Vorwurf daraus machen kann, daß er uns darüber treulich, wenn auch etwas breit, berichtet. Die Thätigkeit von Zimmermann hat etwas unheimliches. Ich habe jetzt an Yſenburg geſchrieben, er ſoll ſich jeder Initiative enthalten. Dagegen theile ich ihm perſönlich aus Ihren Berichten das Material mit, damit er falſche Behauptungen widerlegen und Ihre Handlungsweiſe ins rechte Licht ſetzen kann.

Wenn die Motive von Schrenk noch förmlich desavouirt werden, ſo wäre mir das ſehr lieb; das 2. Petitum von Hannover, wegen Nichtzulaſſung von Bülow in den Ausſchuß, iſt zu abſurd, da kein Menſch dran denkt, ihn zum Mitgliede des Ausſchuſſes zu machen. Eben ſo gut könnte man ſagen, daß ein Angeklagter, weil er vor Gericht erſcheint, Mitglied des Gerichtshofs würde.

Ich denke mir aber doch, daß noch irgend eine kleine Modification oder Interpretation dieſes Paſſus erfolgen wird. —

---

[1]) Orig.: aus.

Ihr Urlaubsgesuch sende ich gleich heute nach Ostende, wie ich es mit einem ähnlichen von Hatzfeldt gethan. Der Bescheid erfolgt dann von da. 6. 8. 1858.

Ich sehe Sie übrigens nächstens in Frankfurt und bitte mich schon zu Donnerstag d. 12. nach der großen Sitzung bei Ihnen zu Tisch. Ich gehe am 9. Abends oder 10. früh nach Cöln, bin am 11. am Rhein und komme am 11. Abends oder am 12. Vormittag nach Frankfurt, von wo ich am 12. mit dem ersten von Berlin kommenden Zuge (ich glaube 10 Uhr) nach Basel fahre in Gemeinschafft mit Präsident Camphausen und G. R. Bitter, die am Abend vorher von hier abgefahren sind.

Es ist mir sehr interessant, Frankfurt einmal einige Stunden zu besuchen, während der hohe Bundestag dort ist. Bisher war ich immer nur auf einige Zeit dort, wenn die Stadt ganz leer. —

In der Rastatter Sache finde ich Ihre Erklärung im Allgemeinen sehr zweckmäßig und habe sie an Manteuffel mit der Bitte geschickt, Ihnen direkt die Genehmigung zu schreiben, oder per Telegraph über hier. Nur den Eingang, der gar nicht mit Rastatt zusammen hängt, würde ich nicht an den Anfang, sondern später loco congruo, pour faire groupe, einfügen. —

Nun für heut addio! verehrter Freund. Hoffentlich macht Ihnen Ehren Zimmermann nicht noch zu viel zu schaffen.

Auf gutes Wiedersehen

treu ergeben der Ihrige

H. Balan.

XV.

Berlin den 31. Dec. 58.

Verehrtester Freund,

Die Zeitungen sagen zwar, der hohe Bundestag habe sich darum auf 4 Wochen vertagt, damit Sie den ersten Sitzungen des Herrenhauses beiwohnen könnten. Nichtsdestoweniger ist mir zweifelhaft, ob Sie von dieser gütigst ertheilten Erlaubniß Gebrauch machen werden, und ich bin daher nicht sicher, Sie im Januar hier zu sehn. Da ich nun möglicherweise im Februar über München nach Stuttgart zurückkehre, wollte ich Ihnen schrifftlich eine Bitte vortragen, die ich in Frankfurt mündlich zu thun vergessen habe; es ist nemlich die, mir Ihr photographisches Bild zu verehren. Ich beabsichtige meine loisirs rétrospectifs in Stuttgart äußerlich dadurch zu documentiren, daß ich mein Zimmer mit den Portraits meiner Freunde schmücke, und da dürfen Sie nicht fehlen. Also bitte, erfreun Sie mich bald durch eine solche kleine Sendung via ministerii, welches ich täglich besuche und dem ich mit Ver- 31. 12. 1858.

31. 12. 1858. gnügen für gelegentliche bedeutendere französische Depeschen mit dankbarem Herzen meine schwache Feder widme, wenn sich grade während der wenigen Wochen meines hiesigen Aufenhalts keine bessere findet. Von Vielem, was wir neulich in Frankfurt besprochen, habe ich die Essenz in geeigneter Weise hohen und höchsten Orts angebracht. In mancher Beziehung wäre es gewiß ganz gut, daß man hier auch Sie einmal hörte; aus ähnlichen Gründen, welche mich bestimmen, auch Hatzfeldts Apparition zu wünschen und ihm in diesem Sinne zu schreiben. Er wird in den nächsten Tagen kommen. Sie können sich's ja immer noch überlegen und sind ja, selbst während 2 Donnerstagen, später leicht einmal auf einige Tage hier. Ein auffälliges Zusammentreffen mit Hatzfeldt hier könnte leicht als Demonstration ausgelegt und dann im entgegengesetzten Sinne exploitirt werden.

An dem heutigen Neujahrsartikel der Preußischen Zeitung werden Sie sich auch wohl nicht sehr gestärkt haben. Mir ist so vollständiges lauwarmes Zuckerwasser niemals vorgekommen.

Das Revirement soll angeblich vorschreiten, doch außer Pourtalès nichts feststehn.

Hoffentlich, mein verehrter Freund, bringt uns das neue Jahr öfter zusammen, nach Ihrem Vorschlag ist das schöne Heidelberg ja ein herrliches rendez-vous. Möge 1859 unserm Vaterlande recht heilbringend sein! Dann findet sich das Uebrige schon von selbst.

Ihrer Frau Gemahlin meinen Respect. Mit treuster Ergebenheit

Ganz der Ihrige

H. Balan.

XVI.

London, 6. 5. 64.

Hochverehrtester Gönner und Chef!

6. 5. 1864. Die unerwartete Nachricht von Graf Ranzau's[1]) Tode hat, inmitten meiner hiesigen nächsten Präoccupationen, die Frage wegen meiner amtlichen Zukunft wieder mit erneuter Lebhaftigkeit an mich herantreten lassen, und ich würde es für einen Mangel an Aufrichtigkeit und Vertrauen zu Eurer Excellenz halten, wenn ich nicht offen ausspräche, daß der Posten von Dresden, noch mehr als der von Brüssel, meinen Wünschen entspräche und namentlich in Bezug auf meine Familie mich sehr glücklich machen würde. Ich habe dort vor 30 Jahren begonnen, und würde gern in einigen Jahren dort endigen. In geschäftlicher, wie in gesellschaftlicher Beziehung glaube ich, ohne Ueberhebung, sagen zu können,

[1]) Preußischer Gesandter in Dresden.

daß ich den dortigen Anforderungen entspreche. Ich möchte mit Zuversicht annehmen, daß Se. Majestät der König, wenn Er meinen Wunsch erfährt, ihn nicht unbillig finden, vielmehr zu seiner Gewährung geneigt sein würde. Doch habe ich Sr. Majestät natürlich nicht schreiben wollen, als wenn Sie selbst es mir rathen. Eurer Excellenz Bevorwortung, mit Bezugnahme auf diese Zeilen würde überdieß dieselbe Wirkung haben. Ich läugne nicht, hochverehrtester Chef, daß eine derartige baldige Sicherstellung meiner Zukunft eine große Last von meinem Gemüthe nehmen und mir gestatten würde, auch meinen zeitweisen hiesigen Obliegenheiten mit viel freierem Sinn nachzukommen. Selbst wenn sich diese noch einige Zeit verlängern sollten, so würde hierin ein Grund gegen meine Ernennung nach Dresden doch wohl nicht liegen können, da die faktische Wiederbesetzung wohl nicht so dringend ist und ein Interim leicht thunlich wäre. 6. 5. 1864.

Wegen der Hof-Verhältnisse erlaube ich mir noch die Bemerkung, daß ich glaube, mich des Wohlwollens unsrer verwittweten Königin, die wohl öfter nach Dresden kommt, erfreuen zu dürfen.

Eure Excellenz bitte ich diese Zeilen als einen Beweis persönlichen Vertrauens mit Wohlwollen und Nachsicht aufnehmen und, wenn sonst thunlich, berücksichtigen zu wollen.

Mit größter Verehrung

dankbar ergebenst

Balan.

XVII.

Berlin, 17. 9. 64.

Da in der östreichischen Zollsache Eure Excellenz auf Dringen der andern Herrn Minister durch eine Kanzleidienersendung belästigt werden, was ich Ihnen gern erspart hätte, so erlaube ich mir meinerseits nur zu bemerken, daß Prinz Hohenlohe aus Jütland hier eingetroffen ist und gleich in Babelsberg Vortrag gehalten hat, von wo Se. Majestät ihn an mich verwiesen haben. Sein Zerwürfniß mit dem General Falkenstein hat mit der Stellung zu Halbhuber nichts zu thun, sondern scheint auf persönlicher Brusquerie des Generals zu beruhn, der einen großen Anklage-Immediatbericht gegen Prinz Hohenlohe losgelassen hat, welchem dieser persönlich zuvorkommen wollte und zuvorgekommen ist. Dieser Bericht war gestern Abend noch nicht an Se. Majestät gelangt. Prinz Hohenlohe wartet natürlich Eure Excellenz hier ab, und die ganze Sache wird sich dann hoffentlich nach dem Grundsatz erledigen, daß nichts so heiß gegessen wird, als es gekocht wird. 17. 9. 1864.

Verehrungsvollst

Balan.

Antwort Bismarcks.

Reinfeld, 19. September 1864.

19. 9. 1864. Ew. Excellenz sende ich anliegend mit verbindlichstem Danke den Inhalt der von Perrochet überbrachten Mappe zurück, nachdem ich subscribenda vollzogen. Das für Zietelmann gezeichnete Fascikel haben Sie wohl die Güte ihm zukommen zu lassen und den Privatbrief von Solms sowie die dabei liegenden Polizei-Berichte Sr. Majestät einzureichen, letztre einfach unter Couvert, ohne Anschreiben mit meinem Namen auf dem Couvert, das wieder beiliegende Schreiben von Philipsborn habe ich in der Hauptsache telegraphisch beantwortet. Mit der Ablehnung des von Oestreich bis zum 15. geforderten Aufschubes bin ich, nach meinem politischen Instinct, nicht einverstanden. Die Verweigerung dieser 14 Tage macht den Eindruck einer formalen Unfreundlichkeit ohne realen Vortheil für uns; es ist das Gegentheil von der goldenen Brücke, die man dem geschlagenen Feinde bauen soll; wir schwächen die Stellung unsrer Freunde im östreichischen Ministerium und haben nichts davon als eine äußerliche Satisfaction in der Presse und im Sitzungssaal der Zollmänner. Aber ich müßte in Berlin sein, um dieß mit allen dafür sprechenden Gründen durchführen zu können; von hier aus würde zu viel Zeit und zu viel Tinte dazu erforderlich sein. Um mich persönlich aus dem übeln Eindruck, den die Weigerung in Wien machen wird, herauszuhalten, bitte ich Sie, Chotek gegenüber die Sache als ohne mich verhandelt darzustellen. Die Correspondenz hierher erfordert 2 Tage, Einen die Antwort, 2 die Rückreise; wir erhalten die Zeitungen erst am dritten Tage nach dem Druck. Unter solchen Umständen muß der Vertreter Oestreichs es natürlich finden, daß ich von hier aus nicht gegen die beiden andern Minister und den König mit Erfolg discutiren kann, wenn zur Entscheidung nur noch 11 Tage Zeit sind. Ich möchte also, soweit es glaublich zu machen ist, als „nicht zugezogen“ betrachtet werden. Nebenher könnten Sie Chotek durchblicken lassen, daß ich sehr verstimmt über Oestreichs ungerechte Parteilichkeit für die Civil-Commissare sei, die nun ihren Telegraphen-Vertrag in den Holsteiner Blättern amtlich publicirt haben.

Es ist nun nicht länger mit den Aufträgen für Savigny in dieser Sache zurück zu halten; unsre Anträge, mag Oestreich sich ihnen anschließen oder nicht, werden dahin gehn müssen, daß der Bund erkläre, der Abschluß solcher Verträge liege außerhalb der Competenz der Commissarien und dieselben seien daher als nichtig anzusehn. In diesem Sinne wird ein Circular an die deutschen Regirungen zu erlassen und in demselben die genaue Beachtung der Bundesgrundgesetze als Lebensbedingung des Bundes in demonstrativer Weise hervorzuheben sein. 19. 9. 1864.

Aus Werthers anliegendem Schreiben werden Sie ersehn, daß er Assistenz verlangt, mit Recht, wie ich glaube. Würden Sie bereit sein, ihm dort[1]) beizustehn, so würde ich Sie bitten, diesen Gedanken unter Berufung auf Werthers Hülferuf und auf diese Zeilen bei Sr. Majestät zur Sprache zu bringen.

Das Befinden meiner Frau ist leider noch bedenklich, und ihr Nervenzustand grade von der Art, daß ich fürchten muß, durch meine Abreise die seit einigen Tagen eingetretne Besserung wieder in Frage zu stellen. So schwer ich mich entschließe, meine Abwesenheit zu verlängern, so werde ich doch heut und morgen noch nicht abreisen können.

Mit der ausgezeichnetesten Hochachtung

Ew. Excellenz

ergebenster

v. Bismarck.

XVIII.

B. 20. 9. 64.

Eurer Excellenz

überreiche ich anliegend gehorsamst einen Privatbrief des Grafen Rechberg, den mir Graf Chotek soeben übergeben hat, der ihm mit der Post zugekommen ist und den ich daher ebenso weiter zu befördern keinen Anstand nehme, da wir, aus uns Alle so aufrichtig betrübenden Gründen, Eure Excellenz morgen noch nicht zurückerwarten dürfen. 20. 9. 1864.

Verehrungsvollst

Balan.

---

[1]) in Wien.

XIX.

Berlin, 21. 9. 64.

Eurer Excellenz

21. 9. 1864. sehr geehrtes Schreiben vom 19.[1]) erhielt ich gestern Abend, als mein Schreiben von gestern mit dem Rechberg'schen Briefe bereits abgefertigt war. Gestatten Eure Excellenz mir vor Allem den Ausdruck der aufrichtigsten Theilnahme an dem Leiden Ihrer Frau Gemahlin. Möchten wir doch bald Erfreulicheres, sei es brieflich, sei es persönlich durch Eure Excellenz hören.

Herr Zietelmann hat sein Fascikel gleich erhalten; auch sind die bezeichneten Schriftstücke in der vorgeschriebenen Weise an den König gesendet.

In Betreff der Handelssache schreibt H[err] Philipsborn näher. Ich erlaube mir nur dazu zu bemerken, daß ich meinerseits nicht nur Werther in dem von Eurer Excellenz angedeuteten Sinne verständigt habe, sondern es auch mit Graf Chotek thun werde. Uebrigens will mich unmaßgeblich bedünken, daß, falls Eure Excellenz nach Ihrer Rückkehr und bei noch viel mehr herangenahtem 1. Oktober, eine Verlängerung der Sachlage, wie sie sich dann, vielleicht in Folge der Einladung zum 26. herausgestellt, entsprechend halten, eine solche, unverkennbar Eurer Excellenz persönlichem Einflusse zuzuschreibende Generosität um so drastischer wirken würde.

In Bezug auf die Telegraphenconventionen wollen Eure Excellenz aus dem anliegenden Telegramm entnehmen, daß Oestreich sich dem diesseitigen Standpunkte wesentlich zu nähern scheint. Graf Chotek hat mir die in Aussicht gestellte Mittheilung noch nicht gemacht. Sie wird jedenfalls abzuwarten sein, um bemessen zu können, ob nicht doch eine gemeinschaftliche Vorlage Preußens und Oestreichs, die auch Ihnen wohl erwünschter wäre, in Frankfurt zu bewerkstelligen.

In Betreff der von B[aron] Werther gewünschten Assistenz bei den Friedensverhandlungen würde ich natürlich, falls Se. Majestät der König und Eure Excellenz beföhlen, daß ich als 2. Bevollmächtigter zur Beschleunigung der Arbeit und des Abschlusses dort hinginge, auch dies Commissorium, wie das Londoner und das jetzige hiesige, mit Hintansetzung meiner persönlichen Convenienz, als neuen Beweis des Vertrauens zu übernehmen gern bereit sein. Allein Eure Excellenz werden gewiß meinem Wunsche Ihre freundliche Berücksichtigung nicht versagen, daß ich, um einigermaßen freien Geistes nach Wien gehn zu können, vorher über meine dauernde amtliche Zukunft eine, jede Unsicherheit ausschließende

[1]) S. o. S. 76 ff.

Gewißheit mitnehmen könnte. In dieser allervertraulichsten Form, darf ich mir vielleicht auch, ohne mir den Vorwurf des Vorgreifens zuzuziehn, die freimüthige Bemerkung erlauben, daß, da Rom vacant ist, und wie ich weiß unter Andren auch dem Münchener Collegen sehr erwünscht sein würde, ich, aus Familienrücksichten, und da ich Hitze nun einmal nicht gut vertragen kann, lieber nach München als nach Rom ernannt sein möchte. Sollte dieß mit den Intentionen Eurer Excellenz und des Königs übereinstimmen oder sich in Einklang bringen lassen, so würde ich leichteren Herzens nach Wien gehn und, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, mich zu Dank verpflichtet fühlen. 21. 9. 1864.

Eure Excellenz bitte ich dieses Epanchement der ganz vertraulichen Form dieser Zeilen zu Gute zu halten, und mir deshalb nicht zürnen zu wollen.

Thile ist hier durchgereist nach Frankfurt a. d. Oder und denkt Sonnabend wieder ins Geschirr zu gehn.

Verehrungsvollst

Balan.

XX.

Berlin, den 15. November 1864.

Hochgebietender Herr Minister-Präsident!

Insonderheit hochzuverehrender Herr und Chef!

Seine Majestät der König haben geruht, mir gestern, nachdem Allerhöchstdieselben den Frieden mit Dänemark ratificirt, mittelst eines huldvollen eigenhändigen Schreibens die Insignien des rothen Adlerordens erster Klasse mit Eichenlaub zu übersenden. 15. 11. 1864.

Beglückt durch diesen Beweis der Allerhöchsten Gnade und Zufriedenheit — für den ich Seiner Majestät bereits direkt zu danken mir gestattet —, bitte ich auch Eure Excellenz den Ausdruck meiner tiefen Erkenntlichkeit dafür zu genehmigen, daß Hochdieselben mich Sr. Majestät zum Mitbevollmächtigten bei den Friedensverhandlungen haben vorschlagen und meine darauf bezügliche Thätigkeit der gnädigen und wohlwollenden Würdigung unsres Allergnädigsten Herrn haben empfehlen wollen.

Genehmigen Eure Excellenz auch bei diesem Anlaß die erneute Versicherung meiner hohen Verehrung.

Balan.

XXI.

Brüssel, 20. 9. 65.

Ew. Excellenz

20. 9. 1865. wollen mir zuvörderst gestatten, Ihnen zu dem neuen wohlverdienten Beweise der Königlichen Gnade[1]) meinen aufrichtigsten Glückwunsch abzustatten.

Demnächst erlaube ich mir zu bemerken, daß ich den Brief an die Fürstin Orloff, der dem mir gestern durch den Feldjäger gebrachten Depeschenpaket beigeschlossen war, sogleich selbst auf die Russische Gesandschafft gebracht, daselbst aber erfahren habe, daß sowohl der Fürst als die Fürstin Orloff bereits am Tage vorher abgereist waren. Ich habe die unverzügliche sichre Nachsendung veranlaßt. Leider ist die hiesige Russische Gesandschafft für einen ganz kleinen Kreis — die sogenannten Cabotin's, die zusammen sehr hübsche kleine Theatervorstellungen beim Portugiesischen Gesandten geben — zugänglich, in welchen einzudringen einem Nichtacteur kaum möglich ist.

Eurer Excellenz erlaube ich mir auch noch, vorläufig auf diesem privaten Wege, meinen gehorsamsten Dank für die letzten auf die Befürchtungen des Ministers Rogier[2]) bezüglichen Erlasse zu sagen, die mich auf erwünschteste — und, offen gestanden, durch meine Berichte erstrebte Weise in den Stand setzen, Herrn Rogier noch bestimmter und nachdrücklicher den Kopf zu waschen, als ich es schon bisher gethan. Da dieser Minister auf kurze Zeit vereist ist, muß ich meine amtliche Berichterstattung bis nach seiner Rückkehr aussetzen.

Genehmigen Eure Excellenz auch bei diesem Anlaß den erneuten Ausdruck meiner hohen Verehrung.

Balan.

XXII.

Berlin, den 25. Juli 73.

Eure Durchlaucht

25. 7. 1873. wollen mir mit gewohntem Wohlwollen gestatten, Hochdenselben meinen aufrichtigen Dank für die warme Anerkennung auszudrücken, mit welcher, nach den autorisirten Mittheilungen des Herrn von Radowitz, Eure Durchlaucht sich in dem neuen auf die Besetzung des Staatssecretär-Postens bezüglichen Immediatbericht über mich ausgesprochen und meine Ernennung wiederholt, in erster Linie, beantragt haben. Eurer Durchlaucht darf ich allerdings nicht

[1]) Erhebung in den Grafenstand.

[2]) Belgischer Minister des Auswärtigen.

verhehlen, daß unter dem Einfluß der sich von Monat zu Monat hinziehenden quälenden Ungewißheit, meine Spannkraft zu Ende gegangen ist, und daß ich Hochdieselben daher inständigst bitte, die Allerhöchste Entscheidung, falls sie nicht unmittelbar auf Grund des erwähnten Berichts und der darin gestellten Alternative erfolgen sollte, doch sobald als irgend möglich wenigstens insofern herbeiführen und mich von der Sachlage benachrichtigen lassen zu wollen, daß ich in den nächsten Wochen einigermaßen klar über meine Zukunft sehe und, falls ich nicht für hier ernannt werde, demnächst auf meinen Posten nach Brüssel zurückkehren kann, um zu erwägen, was ich, je nach den Modalitäten, unter denen meiner hiesigen interimistischen Stellung ein Ende gemacht werden wird, mir selbst nach fast zweiundvierzigjährigen tadellosen Diensten schuldig bin. Ohne nach irgend einer Richtung hin festen Boden unter den Füßen zu haben, fühle ich mich außer Stande, die Geschäffte wie bisher fortzuführen, mit der Zuversicht, den Anforderungen an mich selbst zu genügen. Von einer ernsten Kur, so noth sie mir auch thäte, habe ich auf dringenden Rath der Aerzte, unter den eben so unerwarteten als für mich niederdrückenden Verhältnissen, wie sie sich in den letzten Wochen gestaltet haben, absehn müssen, da sie mir mehr schaden als nützen würde, und ich werde nun versuchen, durch Luftwechsel und Ausruhen von der Arbeit mir, so gut es gehn will, einige Erholung und Erleichterung zu schaffen. Ich denke zunächst nach Honnef bei Bonn und auf 10 bis 12 Tage nach Wiesbaden zu gehn. 25. 7. 1873.

Der Frau Fürstin bitte ich mich zu Füßen zu legen.

Mit größter Verehrung und unter dem erneuten Ausdruck meines ehrerbietigen Dankes

Eurer Durchlaucht

ganz gehorsamster

Balan

XXIII.

Barzin, 21. Septbr. 1873.[1])

Euere Excellenz ersuche ich ergebenst, im Gespräch mit den italienischen Herrn Ministern mein späteres Erscheinen in Berlin entschuldigen zu wollen. Seit der Reise zur Enthüllung des Siegesdenkmals und vermuthlich durch dieselbe hat mein Befinden Rückschritte gemacht und habe ich an erneuten rheumatisch-nervösen Schmerzen gelitten, sodaß mir ärztlich 21. 9. 1873.

[1]) Brief von Buchers Hand geschrieben.

21. 9. 1873. jede Unterbrechung der Kur untersagt wird. Ich kann aber trotzdem nicht darauf verzichten, die italienischen Herren in Berlin zu begrüßen, wenn es mir auch unmöglich ist, an den großen Festen Theil zu nehmen. Ich hatte gehofft, morgen zu reisen, aber es geht nicht; zu Besprechungen der Minister werden ohnehin Donnerstag, wo die Monarchen jagen, und Freitag, wo bei Graf Launay Diner, sonst aber kein Hoffest ist, die günstigsten Tage sein. Ich werde daher Dienstag oder spätestens, wie immer mein Zustand sein mag, Mittwoch in Berlin eintreffen. Haben Sie die Güte, dies Graf Launay zu sagen.

(gez.) v. Bismarck.

XXIV.

Barzin, 10. October 1873.[1])

10. 10. 1873. Euerer Excellenz telegraphische Mittheilung von der Abgabe der Geschäfte des Staatssecretariats habe ich früher, als ich es erwartete, erhalten. Wenn auch unsere langjährigen geschäftlichen Beziehungen damit nicht aufhören, so kann ich doch diesen Anlaß nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen für die Bereitwilligkeit, mit welcher Sie auf meinen Wunsch die Functionen des Staats-Secretariats übernommen und mich mit Ihrem bewährten Beistande unterstützt haben, meinen herzlichen Dank zu sagen. Ich hoffe in Fortsetzung unserer, fast ein halbes Jahrhundert alten persönlichen und unserer, seit meinem Eintritt in den auswärtigen Dienst ununterbrochenen geschäftlichen Beziehungen noch oft und lange Gelegenheit zu haben, Euerer Excellenz die Versicherung meiner freundschaftlichen Hochachtung und Ergebenheit zu erneuern.

(gez.) v. Bismarck.

Antwort Balans.

Brüssel den 21. October 1873.

Eurer Durchlaucht

21. 10. 1873. überaus gütiges Schreiben aus Barzin vom 10. d. M. habe ich am Tage darauf wenige Stunden vor meiner Abreise von Berlin

[1]) Brief von Buchers Hand geschrieben.

zu erhalten die Ehre gehabt. Eurer Durchlaucht würde ich schon 21. 10. 1873.
früher meinen ehrerbietigen Dank für die große mir durch dieses Schreiben bereitete Freude auszudrücken nicht verfehlt haben, wenn ich nicht durch die Reise nach Wien daran verhindert worden, wohin Hochdenselben mit meinen Zeilen zu folgen ich nicht wagen zu dürfen glaubte.

Eurer Durchlaucht so wohlwollende Worte waren mir die schönste Mitgabe beim Abschlusse einer Thätigkeit, deren Hauptinteresse für mich darin bestand, im Geiste und gleichsam unter den Augen Eurer Durchlaucht arbeiten zu können. Was ich in dieser Zeit gelernt, verdanke ich Eurer Durchlaucht. Ich werde mich bemühen, es auch hier in Brüssel zu verwerthen. Dabei, nach wie vor, auf die Nachsicht und das Wohlwollen meines hochverehrten Chefs zählen zu dürfen, gewährt mir eine große Beruhigung und Freudigkeit.

Genehmigen Eure Durchlaucht den wiederholten Ausdruck meines ehrerbietigsten Dankes und meiner tiefsten Verehrung.

Balan.

10.

Ein Brief des Generals Leopold von Gerlach an Bismarck.[1])

1857.

Berlin, 6. Mai 1857.

Lieber Bismarck!

Ihr Brief vom 2. hat auf der einen Seite mir eine große 6. 5. 1857.
Freude gemacht, da ich daraus sehe, daß es Ihnen am Herzen liegt, mit mir in Einigkeit zu bleiben oder zu kommen, woraus sich die meisten Menschen wenig machen, auf der andern Seite aber auch zum Widerspruch und zur eignen Rechtfertigung aufgefordert.

Zunächst bilde ich mir ein, doch immer noch im innersten Grunde mit Ihnen einig zu sein. Wäre das nicht der Fall, so würde ich mich auf eine gründliche Widerlegung nicht einlassen, indem eine solche doch zu nichts führen könnte. Haben Sie das Bedürfniß, mit mir principiell nicht auseinander zu gehen, so liegt es uns doch zunächst ob, dieses Princip aufzusuchen und sich nicht an Negationen zu halten, wie z. B. „Ignoriren von Realitäten“,

[1]) Nach einer Abschrift; das Original konnte nicht verglichen werden. — Der Brief ist die bisher vermißte Antwort auf Bismarcks Brief vom 2. Mai 1857; s. Briefe Bismarcks an Leopold v. Gerlach, herausgegeben von Horst Kohl, S. 314 ff. — Briefe Gerlachs an Bismarck s. Bismarck-Jahrbuch II, S. 191 ff. — IV, S. 158 ff. — V, S. 175 ff.

6. 5. 1857. „Ausschließen von Frankreich aus den politischen Combinationen". Ebensowenig dürften wir das gemeinschaftliche Princip in dem „preußischen Patriotismus", „in der Schädlichkeit und Nützlichkeit für Preußen", „in dem ausschließlichen Dienst des Königs und des Landes" finden, denn das sind Dinge, die sich von selbst verstehen, und bei denen Sie doch auf die Antwort gefaßt sein müssen, daß ich diese Dinge in meiner Politik noch besser und mehr als in der Ihrigen und in jeder andern zu finden glaube. Mir ist aber das Aufsuchen des Princips gerade deshalb von der größten Wichtigkeit, weil ich, ohne ein solches gefunden zu haben, alle politischen Combinationen für fehlerhaft, unsicher und in hohem Grade gefährlich halte, wovon ich mich in den letzten zehn Jahren und gerade durch den Erfolg überzeugt habe.

Jetzt muß ich etwas weit ausholen und zwar bis zu Karl dem Großen, also über 1000 Jahre. Damals war das Princip der europäischen Politik die Ausbreitung der christlichen Kirche. Karl der Große huldigte demselben in seinen Kriegen mit den Sarazenen, Sachsen, Avaren u. s. w., und seine Politik war wahrlich nicht unpraktisch. Seine Nachfolger stritten sich principienlos unter einander, und wieder waren es die großen Fürsten des Mittelalters, welche dem alten Princip treu blieben. Die preußische Macht wurde gegründet durch die Kämpfe der brandenburgischen Markgrafen und des deutschen Ordens gegen diejenigen Völker, welche sich dem Kaiser, dem Vicarius der Kirche, nicht unterwerfen wollten, und das dauerte, bis daß der Verfall der Kirche zu dem Territorialismus, zum Verfall des Reiches, zur Spaltung in der Kirche führte. Seitdem war nicht mehr ein allgemeines Princip in der Christenheit. Von dem ursprünglichen Princip war noch allein der Widerstand gegen die gefährliche Macht der Türken übrig, und Oesterreich sowie später Rußland waren wahrlich nicht unpraktisch, als sie diesem Principe gemäß die Türken bekämpften. Die Türkenkriege begründeten die Macht dieser Reiche, und wäre man diesem Princip, das türkische Reich zu bekämpfen, treu geblieben: Europa oder die Christenheit wären nach menschlichen Begriffen dem Orient gegenüber in einer besseren Lage als jetzt, wo uns von dort die größten Gefahren drohen. Vor der französischen Revolution, dem schroffen und sehr praktischen Abfall von der Kirche Christi zunächst in der Politik, war eine Politik „der Interessen", des sogenannten Patriotismus, und wohin diese führte, haben wir gesehen. Etwas Elenderes als die Politik Preußens von 1778 bis zur französischen Revolution hat es nie gegeben; ich erinnere an die Subsidien, die Friedrich II. an Rußland zahlte, die einem Tribut gleichkamen, an den Haß gegen England. Bei Holland hielt 1787 noch das alte Ansehen Friedrichs II.; die

Reichenbacher Convention war aber schon eine durch Abweichung von dem Princip veranlaßte Blamage. Die Kriege des Großen Kurfürsten waren im protestantischen Interesse, und die Kriege Friedrich Wilhelms III. gegen Frankreich waren recht eigentlich Kriege gegen die Revolution. Den protestantischen Charakter hatten wesentlich auch die drei schlesischen Kriege 1740—1763, wenn auch bei allem diesen die Interessen des Territorialismus und das Gleichgewicht mitspielten. 6. 5. 1857.

Das Princip, was durch die Revolution, welche die Tour durch Europa machte, der europäischen Politik gegeben wurde, ist das nach meiner Meinung bis heute gültige. Es war wahrlich nicht unpraktisch, dieser Auffassung treu zu bleiben. England, was dem Kampfe gegen die Revolution bis 1815 treu blieb und sich durch den alten Bonaparte nicht beirren ließ, stieg zur höchsten Macht; Oesterreich kam nach vielen unglücklichen Kriegen dennoch gut aus der Fechtschule; Preußen hat schwer an den Folgen des Baseler Friedens gelitten und nur durch 1813—1815 sich rehabilitirt, noch vielmehr Spanien, was daran zu Grunde gegangen, und nach Ihrer eigenen Ansicht sind die deutschen Mittelstaaten leider im Wiener Congreß aus Halbheit und Eifersucht octroyirte und geschützte Producte der Revolution und des ihr folgenden Bonapartismus, der Materia peccans, in Deutschland. Hätte man principienmäßig in Wien Belgien an Oesterreich und die fränkischen Fürstenthümer an Preußen zurückgegeben: Deutschland wäre in einer andern Lage als jetzt, besonders wenn man gleichzeitig die Mißgeburten Bayern, Württemberg, Darmstadt auf ihre natürliche Größe zurückgeführt hätte; damals aber zog man Arrondirung u. s. w., lauter mechanische Interessen dem Principe vor.

Sie haben sich aber gewiß bei meiner weitläufigen Deduction schon gelangweilt, ich will daher der neuesten Zeit entgegengehen. Finden Sie es denn eine glückliche Lage der Dinge, daß jetzt, wo Preußen und Oesterreich sich feindlich entgegenstehen, Bonaparte bis Dessau hin regiert und nichts in Deutschland geschieht, ohne bei ihm anzufragen? Kann uns ein Bündniß mit Frankreich den Zustand der Dinge ersetzen, welcher von 1815—1840 bestanden hat, wo sich keine fremde Macht in die deutschen Angelegenheiten mischte? Daß Oesterreich und die deutschen Mittelstaaten nichts für uns thun werden, davon bin ich wie Sie überzeugt. Ich glaube nur außerdem noch, daß Frankreich, das heißt Bonaparte, auch nichts für uns thun wird. Daß man unfreundlich und unhöflich gegen ihn ist, billige ich so wenig als Sie; daß man Frankreich aus den politischen Combinationen ausschließt, ist Wahnsinn. Daraus folgt aber noch nicht, daß man Bonapartes Ursprung vergißt, ihn nach Berlin einladet und dadurch im In- und Auslande

6. 5. 1857. alle Begriffe verwirrt. In der Neufchâteller Sache hat er sich insofern gut benommen, daß er den Krieg verhindert und offen gesagt hat, daß er nicht mehr thun würde. Ob es aber nicht besser um diese Angelegenheit stände, wenn wir uns nicht von einer „Gefühlspolitik" hätten leiten lassen, sondern die Sache an die europäischen Mächte, die das Londoner Protokoll unterzeichnet, gebracht hätten, ohne uns vorher unter die Flügel Bonapartes geduckt zu haben, das ist doch noch sehr fraglich, und das hatte Oesterreich denn doch wirklich gewollt. Den Gefangenen, für die man sich verwenden konnte, wäre doch kein Leid geschehen.

Dann klagen Sie unsere Politik der Isolirtheit an. Dieselbe Anklage erhob der Freimaurer Usedom, als er uns in den Vertrag vom 2. December hineintreiben wollte, und Manteuffel, jetzt Usedoms entschiedener Feind, war sehr von diesem Gedanken imponirt, Sie damals aber Gott sei Dank nicht. Oesterreich schloß den Decembervertrag mit, was hat es ihm genützt? Es taumelt umher nach Bündnissen. Eine Quasi-Allianz schloß es gleich nach dem Pariser Frieden, jetzt soll es eine geheime mit England geschlossen haben. Ich sehe dabei keinen Gewinn, sondern nur Verlegenheiten. Letztere Allianz kann nur für den Fall gültig werden, daß die französisch-englische auseinandergeht, und auch nur bis dahin wird Palmerston sich nicht abhalten lassen, mit Italien und Sardinien zu coquettiren.

Mein politisches Princip ist und bleibt der Kampf gegen die Revolution. Sie werden Bonaparte nicht davon überzeugen, daß er nicht auf der Seite der Revolution steht. Er will auch nirgends anders stehen, denn er hat davon seine entschiedenen Vortheile. Es ist hier also weder von Sympathie noch von Antipathie die Rede. Diese Stellung Bonapartes ist eine „Realität", die Sie nicht „ignoriren" können. Daraus folgt aber keineswegs, daß man nicht höflich und nachgiebig anerkennend und rücksichtsvoll gegen ihn sein, nicht, daß man sich zu bestimmten Dingen mit ihm verbinden kann. Wenn aber mein Princip wie das des Gegensatzes gegen die Revolution ein richtiges ist, und ich glaube, daß Sie es auch als ein solches anerkennen, so muß man es auch in der Praxis stets festhalten, damit, wenn die Zeit kommt, wo es praktisch wird, und diese Zeit muß kommen, wenn das Princip richtig ist, diejenigen, die, wie vielleicht bald Oesterreich und auch England es anerkennen müssen, dann wissen, was sie von uns zu halten haben. Sie sagen selbst, daß man sich auf uns nicht verlassen kann, und es ist doch nicht zu verkennen, daß nur der zuverlässig ist, welcher nach bestimmten Grundsätzen und nicht nach schwankenden Begriffen von Interessen u. s. w. handelt. England und in seiner Art auch Oesterreich waren von 1793—1813 völlig zuverlässig und fanden

daher immer Verbündete trotz aller Niederlagen, welche die Franzosen 6. 5. 1857.
ihnen beibrachten.

Was nun unsre deutsche Politik anbetrifft, so glaube ich, daß es auch unser Beruf ist, den kleinen Staaten die preußische Ueberlegenheit zu zeigen und sich nicht Alles gefallen zu lassen, so in den Zollvereinsverhältnissen und bei vielen andern Gelegenheiten, bis zu den Jagdeinladungen, bis zu den Prinzen, die in unsre Dienste treten u. s. w. Hier, d. h. in Deutschland, ist auch der Ort, wo man Oesterreich, wie es mir scheint, entgegentreten muß; gleichzeitig wäre aber auch jede Blöße gegen Oesterreich zu vermeiden. Dies wäre meine Erwiderung auf Ihren Brief.

Wenn ich aber noch über unsre außerdeutsche Politik reden soll, so kann ich es nicht auffallend und auch nicht ängstlich finden, wenn wir da in einer Zeit isolirt stehen, wo alle Verhältnisse auf den Kopf gestellt sind, England und Frankreich für jetzt noch so eng verbunden sind, daß Frankreich nicht den Muth hat, an Sicherheiten gegen die Schweizer Radikalen zu denken, weil England es übel nehmen könnte, unterdessen aber dasselbe England in Furcht mit seinen Landungsvorbereitungen setzt und entschiedene Schritte zu einer russischen Allianz macht; Oesterreich in einem Bunde mit England, was dennoch fortwährend Italien aufwiegelt u. s. w. Wohin sollen wir uns da wenden nach Ihrer Ansicht, etwa wie es der hier anwesende Plonplon angedeutet haben soll, zu einer Allianz mit Frankreich und Rußland gegen Oesterreich und England? Aus einer solchen Allianz folgt aber unmittelbar ein überwiegender Einfluß Frankreichs in Italien, die gänzliche Revolutionirung dieses Landes und ebenfalls ein überwiegender Einfluß von Bonaparte in Deutschland. An diesem Einfluß würde man uns in den untergeordneten Sphären einigen Antheil lassen, aber keinen großen und keinen langen. Wir haben ja schon einmal Deutschland unter russisch-französischem Einflusse gesehen 1801—1803, wo die Bisthümer säcularisirt und nach Pariser und Petersburger Vorschriften vertheilt wurden; Preußen, was sich damals gut mit den beiden Staaten und schlecht mit Oesterreich und England stand, erhielt auch etwas ab bei der Theilung, aber nicht viel, und sein Einfluß war geringer als je.

L. v. Gerlach.[1])

[1]) Bismarcks Antwort vom 30. Mai s. in den Briefen Bismarcks an Leopold v. Gerlach S. 326 ff.

11.

Ein Brief Ottos von Manteuffel an Bismarck.[1]
1858.

Berlin, den 12. October 1858.

12. 10. 1858. . . . Unsere große Haupt- und Staatsaktion[2] ist immittelst wenigstens im ersten Akt erledigt. Die Sache hat mir viel Sorge, Unannehmlichkeiten und unverdienten Verdruß gemacht. Noch gestern habe ich darüber von Gerlach einen ganz empfindlichen Brief erhalten. Er glaubt, daß damit die Souveränetät halb zum Fenster hinausgeworfen sei. Ich kann das beim besten Willen nicht erkennen, meine Vorstellung von der Sache ist folgende:

Wir haben einen dispositionsfähigen, aber regierungsunfähigen König; derselbe sagt sich selbst und muß sich sagen, daß er seit länger als Jahresfrist nicht hat regieren können, daß die Aerzte und er selbst anerkennen müssen, der Zeitpunkt, wo er wieder selbst werde regieren können, lasse sich auch entfernt nicht angeben, daß eine unnatürliche Verlängerung der bisherigen Vollmachtsertheilung nicht am Orte und dem Staate eine sich selbst allein verantwortliche Spitze nothwendig sei; aus allen diesen Erwägungen giebt der König dem zunächst zur Krone Berufenen den Befehl, das zu thun, was für solchen Fall in der Landesverfassung vorgeschrieben ist. Die Bestimmungen der letzteren, welche gerade in diesem Punkte correct und monarchisch abgefaßt sind, werden demnächst zur Anwendung gebracht, und das, wenn auch nach der Erklärung des Königs überflüssige, immerhin aber in der Verfassung mit gutem Grunde vorgeschriebene Landtagsvotum wird eingeholt, aber streng auf Beantwortung der Frage beschränkt: Ist die Einsetzung einer Regentschaft nothwendig? mit andern Worten: Ist der König mit genügendem Grund von den Geschäften entfernt? Wie man diese Frage verneinen will, ist mir nicht ersichtlich; immerhin wird es noch manche, namentlich formale Schwierigkeit zu überwinden geben. Namentlich fehlt es für die in der Verfassung vorhergesehene gemeinschaftliche Sitzung an einer Geschäftsordnung. Diese wird man improvisiren müssen, indessen hoffe ich doch, daß man in etwa 5 Tagen mit der Beschlußfassung zu Stande sein wird, so daß dann der Prinz den Eid leisten und die Versammlung schließen können wird. Andre Vorlagen, namentlich solche, welche auf Geldbewilligungen sich beziehen, werden natürlich für diese Sitzung gar nicht beabsichtigt. Wenn Ihre Geschäfte es erlauben, so würde ich wünschen, daß Sie sich zum Landtage hier einfinden

[1] Vgl. Bismarck-Jahrbuch III, S. 142 ff. — IV, S. 167 ff.

[2] die Ernennung des Prinzen von Preußen zum Regenten.

und womöglich vor dessen Eröffnung hier sind. Ich höre von 12. 10. 1858.
wunderbaren Anträgen der äußersten Rechten, die man vielleicht im allgemeinen Interesse, sowie in demjenigen dieser Herren verhindern könnte.

Westphalens Entlassung gerade im gegenwärtigen Momente ist mir sehr unerwünscht gewesen. Einmal schon hatte ich, als er selbige verlangte, sie gehindert. Jetzt wollte der Prinz sie ihm aus ganz freier Entschließung und ohne seinen Antrag ertheilen und schickte mir ein darauf bezügliches Privatschreiben an Westphalen, mit dem Befehle, sofort die Ausfertigung vorzulegen. Ich that letzteres indeß nicht und sandte auch das eigenhändige Schreiben nicht ab, sondern machte bei dem Prinzen Gegenvorstellungen bezüglich der Opportunität des Momentes, Gegenvorstellungen, welche nach nicht geringer Mühe auch durchschlugen. Ich ward ermächtigt, die Maßregel wenigstens aufzuhalten und den Brief bei mir liegen zu lassen. Da schrieb Westphalen am 8. d. M. an den Prinzen sowohl wie an mich ein ganz wunderbares Schreiben, worin er unter Zurücknahme früherer Erklärungen seine Contrasignatur der zu erlassenden und bereits festgestellten Ordres davon abhängig machte, daß auch noch die vom Prinzen zu erlassenden Ordres speciell dem Könige zur Genehmigung vorgelegt würden, ein Verlangen, welches in der That mit Rücksicht auf den in den letzten Tagen verschlimmerten geistigen Zustand des Königs an Widersinnigkeit grenzt. Da verlor der Prinz die Geduld und machte mir Vorwürfe, nicht sogleich sein Schreiben abgeschickt zu haben, und die Sache war nun nicht mehr zu halten. Flottwell's Wahl[1]) ist ohne all mein Zuthun aus dem Prinzen selbstständig hervorgegangen, sie hat, wie Manches gegen sich, so auch Manches für sich . . .

v. Manteuffel.

12.

Ein Brief des Barons von Werther an Bismarck.

1859.

St. Petersburg, den 7. Februar 1859.

Verehrtester Kollege,

Ihr gefälliges Schreiben vom 31. v. M. ist mir gestern 7. 2. 1859.
richtig zugekommen und beeile ich mich, der Reihe nach Ihre mir gestellten Fragen zu beantworten.

[1]) zum Minister des Innern.

7. 2. 1859. Graf von Schleinitz schreibt mir (den 24. v. M.), da der Wiener Posten so unendlich lang unbesetzt geblieben sei, so würde meine Uebersiedelung dorthin soviel als möglich zu beschleunigen sein. Ferner telegraphirt er mir den 30. v. M., mein Rappellschreiben käme mir durch die Post zu, nach Uebergabe desselben sollte ich baldigst nach Berlin hineilen, um mich sofort auf meinen neuen Posten zu begeben. Das Letztere wäre im dienstlichen Interesse wünschenswerth. Unter diesen Umständen habe ich mich schon bereit erklärt, meine Abreise von hier möglichst zu beschleunigen. Ich kann daher Ihren Wunsch, den Verschub bis zur günstigen Jahreszeit zu beantragen, nicht mehr erfüllen. Uebrigens muß man sich darüber keine Illusionen machen, daß die bessre Jahreszeit zur Reise nach Rußland vor Ende Mai beginne. März und April können dazu noch schlechter sein wie die Gegenwart. Ich denke also wahrscheinlich in 10—14 Tagen abzugehen und mit Frau und Kind in Muße die beschwerliche Landreise auszuführen. —

Nun die Wohnungs-Angelegenheit. Mein Mieths-Kontrakt ist den 1./13. Juni abgelaufen und war ich grade im Begriff, ihn auf sechs Jahre zu verlängern, so sehr glaubte ich daran, an den Ufern der Newa gefesselt zu sein. Die Miethe jährlich praenumerando beträgt 6200 Silber-(Thaler)Rubel (ohne Heitzung, welche hier manchmal mit in die Miethe kömmt) und ist bereits bis 13./1. Juni bezahlt. Das Haus ist nicht meublirt. Das ganze Mobiliar (mit Ausnahme einiger Spiegel, Kronleuchter und weniger unbrauchbarer Meubel) ist mein Eigenthum. Es ist ein Haus, welches mir sehr zugesagt hat, allen meinen Anforderungen entsprach, ich bewohne es ganz allein, es hat zwei Etagen mit zwei Flügeln und würde für Ihren Bedarf mit Frau, Kindern, Lehrer, Gouvernante, Leuten, Kanzlei, in der drei Individuen schreiben, Wohnung des Secretairs vollkommen hinreichen. Es gehören dazu drei Remisen und Stallung für 8 Pferde. Die Lage ist für die Geschäfte und gesellschaftlichen Pflichten ungemein günstig. Das Haus ist sehr warm und gesund, wenn auch auf der Nordseite. Es liegt in einer Haupt-Straße, doch giebt es Leute, welche Wohnungen an der Newa oder an der Sonnenseite vorziehen. — Gut meublirte Wohnungen sind zuweilen zu haben, doch für das, was unsre Gesandtschaft bedarf, und für unsre spärlichen Mittel wüßte ich grade nichts der Art zu empfehlen. Allein es ist möglich, daß es sich findet. Der frühere Englische Gesandte Lord Wodehouse, der französische Botschafter und der Herzog von Ossuna zahlen für meublirte Wohnungen 12·—15 000 Thaler. Der jetzige Englische Gesandte garçon für eine unmeublirte Wohnung mit Heitzung 6000, der Bayersche dito mit Frau und einem Kind 4000 ohne Heitzung.

Das giebt Ihnen einen Maßstab der Preise. — Das selbst Meubliren 7. 2. 1859.
kostet viel, doch ich ziehe es vor und muß diese Auslage dann mit in das Privat-Budget in die verabreichte Miethe-Entschädigung nach Jahren mit hineingerechnet werden. Dann kommt man ohngefähr zu seiner Rechnung, wenn man in bescheidenen Grenzen bleibt. — Meine Absicht ist, nach meiner Abreise sofort eine Auktion meines ganzen Mobiliars, vollständigen ameublement, Teppiche, Kronleuchter, Porzellan, Verrerie, Bronze, Wagen ꝛc. zu veranstalten. Es steht Ihnen natürlich zu Diensten, doch es hat nach meinen Begriffen etwas Unangenehmes, alle Mobilien des Vorgängers zu übernehmen, obgleich es auch seine Bequemlichkeiten hat, falls Sie dieselbe Wohnung nehmen würden. Doch ich kann hierin keinen Rath geben. Das müssen Sie nach Ihrem Gutdünken entscheiden. Werthern hat Ihnen auch darüber geschrieben. Es ist möglich, daß Ihnen eine andre Wohnung besser gefallen wird als die meinige; das kann man nur selber in Person an Ort und Stelle entscheiden, oder man müßte blindes Zutrauen in das Urtheil und den Geschmack anderer Personen haben. Ist Ihr Mobiliar in ganz gutem Zustande, auch für Salons frisch und mit einem gewissen Luxus, wie es hier gebräuchlich (Seide mit Portièren), dann kann es vielleicht ganz vortheilhaft sein, es mitzunehmen, obgleich Transport nach meinen Erfahrungen theuer zu stehen kömmt. Ich hatte zu den Meubeln die Stoffe, dann Teppiche und Kronleuchter kommen lassen; ebenso meinen übrigen état de maison mitgebracht, doch alle Tischler- und Tapezier-Arbeit habe ich hier machen lassen. Es ist theuer, aber paßt dann doch besser in Alles hinein.

Ihre Frau Gemahlin möchte ich vollkommen über klimatische Befürchtungen beruhigen. Mein Sohn, jetzt 12 Jahre alt, und nun Schüler in der Brandenburger Ritter-Akademie, hat hier zwei Winter zugebracht und hat sich hier Gottlob prächtig befunden. Er hat sich sogar gestärkt und Disposition zu Erkältungen verloren. Meine kleine Tochter von 6 Jahren befindet sich hier in dem dritten Winter und ist unberufen unter Gottes Schutz hier nie krank gewesen. Ich bin fünf Jahr hier und habe mich hier womöglich wohler befunden als in vielen andern Klimaten. Meine Frau ebenfalls. —

Wenn ich Ihnen einen Rath geben darf, so würde ich von männlicher Dienerschaft nur wenige mitbringen. Höchstens einen homme de confiance und Haushofmeister und sonst hiesige Leute nehmen. Für den Dienst ist es unbedingt nothwendig, daß sie russisch verstehen. Wenigstens ich habe mich bei dem Arrangement sehr gut bedient gefunden und habe hier ganz vortreffliche Leute, deutsch sprechende Russen, Ostseeländer, die ich schon von meinem

7. 2. 1859. Vorgänger übernommen, zu empfehlen. Dazu gehört ein Kammerdiener genannt „Ottenberg", der seit 20 Jahren der Preußischen Gesandtschaft angehört, sehr Bescheid weiß und auch die vielseitigen Gänge der Kanzlei-Dienste ꝛc. ꝛc. besorgt. Ein Jäger, ein deutsch-russisch sprechender Petersburger, ein Exemplar von Bedienten zum Reisen und Ausfahren. Der andre Livréebediente, ein Livländer, ist auch zu empfehlen. Der Portier ist unübertrefflich. — Mein Hausstand besteht hier aus einem deutschen Haushofmeister, der seit vielen Jahren bei mir ist, einem Kammerdiener, zwei Livrée-Bedienten (der eine Jäger), Koch, Franzose, der hier genommen und hier bleibt, dem Portier und drei Mujiks, Hausburschen, einer für die Küche und zwei für das Haus. Dann ist noch ein russisch-deutsch sprechendes Dienstmädchen für die verschiedenen weiblichen Verrichtungen neben der Kammerjungfer.

Solide Wagen dürften mitzubringen sein, obgleich sie hier gut, aber theuer gemacht werden. Ein kleines Coupé für 1000 bis 1200 Thaler. Ich habe hier einen solchen machen lassen und war davon sehr befriedigt. Ich habe noch ein anderes größeres Coupé aus Offenbach, Berliner Kalesche (abgenutzt) und einen hiesigen Schlitten. Auf dem hiesigen schlechten Pflaster hält Russische Wagen-Arbeit besser aus wie die unsrige. Auch über diesen Punkt entscheiden Sie am besten an Ort und Stelle. Doch besitzen Sie recht gute Wagen, dann bringen Sie dieselben nur mit. Ich verkaufe hier aber die meinigen in der Auktion. —

Ich rathe keine Wagen-Pferde zu kaufen, sondern hier solche zu miethen monatweise je nach ihrem Gebrauch 2—4, man findet hier dazu schöne Auswahl. Der Kutscher ist dann mit in den Miethspreis von 60—70 Rubel monatlich gerechnet und bekömmt dann noch extra Russischen Kaftan und 10 Rubel monatlich. — Gute Reitpferde dürften mitzubringen sein. —

Ich hoffe, wir sehn uns in Berlin, dann kann ich Ihnen noch mehr Auskunft geben. Meine Frau steht Ihrer Frau Gemahlin zu Diensten, mündlich oder schriftlich Auskunft über häusliche Anfragen und Angelegenheiten zu geben. Wir müssen uns in Berlin begegnen, da ich mich sehr freuen würde, Sie wiederzusehen. —

Für mich ist es die fünfte Auflösung meines Gesandtenhauses; es ist eigentlich eine gräßliche Begebenheit, an der man mit dem besten Willen keinen Geschmack finden kann.

Ich verlasse hier viele mir sehr werthe Relationen, von denen ich mich ungern trenne. Auch ist es mir hier immer gut gegangen, daß ich es nur dankbar anerkennen muß. Ich bin überzeugt, daß Sie sich hier recht gut gefallen werden und daß Sie hier die freundlichste Aufnahme finden werden. Die Frau Gemahlin

muß nur guten Muths herkommen; der Anfang in solcher Sache ist immer schwer. 7. 2. 1859.

Ich würde Ihnen rathen, hier zuerst allein herzukommen, um die häuslichen Einrichtungen zu treffen. Dabei ist auch die Rücksicht, daß man den hiesigen kurzen Sommer außerhalb der Stadt in einem Landhause, wozu sich große Wahl zu 1000 bis 2000 Rubel Miethe vorfindet, zubringen muß. Für Kinder ist das beinah unumgänglich nothwendig, weil die hiesige Stadtluft im Sommer nichts taugt.

Sie wissen, daß Werthern zum Minister-Residenten in Athen ernannt ist, doch den telegraphischen Befehl durch mich erhalten hat, Ihre Ankunft hier abzuwarten. —

Leben Sie wohl, verehrtester Kollege; in ausgezeichnetester Hochachtung verharrt

Ihr ganz ergebenster

Werther.

13.

Ein Brief Bismarcks an Finanzminister von Patow.

Frankfurt, 15. Februar 59.

Ew. Excellenz

hochgeneigter Berücksichtigung erlaube ich mir durch diese Zeilen den Regirungsrath Zitelmann gehorsamst zu empfehlen, welcher aus seiner bisherigen Stellung in Frankfurt a/M. abberufen worden ist, um in die innere Verwaltung zurückzutreten. 15. 2. 1859.

Der p. Zitelmann ist im November 1851, zu welcher Zeit er als Assessor der Königlichen Regirung zu Stettin angehörte, berufen worden, um als preußischer Commissarius an den Berathungen der Fachmänner über die Bundespreßgesetzgebung Theil zu nehmen. Zugleich wurde er mit der Verwaltung der hiesigen Preßstation beauftragt und von mir bei den gesandschaftlichen Geschäften zur Aushülfe benutzt.

Diesen verschiedenen Stellungen hat er sich jeder Zeit mit Eifer und Erfolg gewidmet, und sie haben ihn in den Stand gesetzt, die Geschäfts- und Sachkenntniß, welche er mitbrachte, mannigfaltig auszubilden und zu erweitern. In der Presse hat er sich die Vertretung der diesseitigen Interessen mit großer Thätigkeit angelegen sein lassen, um von der hiesigen Preß-

15. 2. 1859. station aus durch Communication mit einflußreichen Persönlichkeiten und wissenschaftlichen Vereinen auf Belebung der preußischen Sympathien in Süddeutschland hinzuwirken. Mit besondrer Vorliebe hat er sich mit statistischen Studien und mit der Beobachtung der Handels- und Verkehrsverhältnisse beschäftigt.

Mit Rücksicht auf seine während mehr als 7 Jahren hier gewonnenen Erfahrungen möchte er sich für spezielle Verwendungen verschiedener Art eignen. Nach den langjährigen Beziehungen, in denen ich zu ihm gestanden habe, kann ich ihn aus eigener Ueberzeugung als brauchbar und zuverlässig empfehlen und würde sehr dankbar sein, wenn Hochdieselben seine Wünsche, soweit es die Umstände gestatten, zu berücksichtigen die Gewogenheit haben wollten.

Genehmigen Ew. Excellenz den Ausdruck der ausgezeichnetesten Hochachtung, mit der ich verharre

Ew. Excellenz ꝛc.

v. Bismarck.

14.

Ein Brief Bismarcks an Frhrn. von Budberg.

1859.

Reinfeld, 12. Oktober 59.

Verehrter Freund,

12. 10. 1859. mit dem lebhaftesten Danke habe ich gestern Abend Ihr Schreiben nebst Telegramm Westmann[1]) erhalten und daraus ersehen, wie liebenswürdig Sie für meine Reise gesorgt haben. Besonders die „14 Plätze" sind mir vollkommen beruhigend, nach den Besorgnissen, die ich aus Rennenkampfs Angaben über die Dimensionen der Wagen geschöpft hatte. Etwas beunruhigt bin ich durch den Zusatz in Westmann's Depesche, welcher den Wunsch ausdrückt, den Wagen nicht warten zu lassen. Ich

[1]) Petersburg, 9. 10. 59.

B. Budberg. Berlin.

Voiture 14 places sera vendredi à Tauroggen. Conducteur parle allemand. On prie de ne pas retenir trop longtemps.

Westmann.

hatte geglaubt, daß letztrer durch Ihre Güte einstweilen nur 12. 10. 1859.
en principe bestellt werden würde und es noch einer genaueren Angabe über den Zeitpunkt meiner Abreise bedürfte, um etwa 10 Tage später des Wagens in Tauroggen sicher zu sein. Sonst würde ich Ihnen ohne Säumen Nachricht davon gegeben haben, daß mir hier von Schleinitz die Weisung zugegangen ist, mich vor meinem Abgange nochmals in Berlin einzufinden. Nach Inhalt des Schreibens dabei hofft man, daß die Zusammenkunft der beiden Allerhöchsten Herrn sich noch verwirklichen werde, und hat eventuell Ansprüche für diese Zeit auf meine Person erhoben. Hat Schleinitz mit Ihnen nicht davon gesprochen? ich wüßte nicht, warum nicht. Oder ist die ganze Constellation eine andre geworden, und ich ohne Nachricht darüber? Diese Fragen werde ich mir erst in Berlin beantworten können, ich erwarte heut oder morgen Bestimmung von dort über den Tag meines Eintreffens. . . .

v. Bismarck.

15.

Aus dem Briefwechsel des Prinzen Friedrich Karl mit Bismarck.

1859.

I. Stettin, 19. Juni 1859.

Theuerster Bismarck!

ich wage, Sie mit einer Angelegenheit zu belästigen, die nicht den 19. 6. 1859.
Königlichen Gesandten, sondern nur meinen Freund angeht. Ich bitte Sie, mir Kosakenpferde zu kaufen.

Im Kaiserlichen Stall ist ein Baron Trenck, genannt Königsegg, der mir vielleicht verpflichtet ist, und der sich des Auftrags, wenn Sie ihn damit beehren wollen, gewiß gern unterziehen wird.

Ich wünsche für mich (ich wiege 183 alte ℔) 2 Kosakenreitpferde zur Kampagne, da ich die Brauchbarkeit, Eigenthümlichkeiten u. s. w. dieser Pferde schätze. Größe 3 bis 4 preußische Zoll, sehr breit um die Brust und Schultern, so daß sie mit dem sogenannten Bandmaaß etwa noch 1 Zoll mehr messen. Wenn möglich Paßgänger, doch ist dies nicht unbedingt nöthig. Alter 5—7 Jahr. Geschlecht womöglich Stuten, aber nicht böse Hengste.

19. 6. 1859. Gutes Temperament, also nicht heftig. Guter Rücken u. s. w. Farbe: womöglich Fuchs, nicht Schimmel. Kosakentrensen und Sättel habe ich noch, sodaß ich deren nicht bedarf. Man könnte mir aber 2 solche gelbe, russische Pferdedecken mitschicken, wie sie den Wagenpferden vor den Droschken aufgelegt werden — große Nachtdecken. Graf Münster schickte mir vor 7 Jahren 3 excellente Kosaken, von denen das Stück ca. 100 Silberrubel kostete. Ich hoffe, daß der Preis noch ebenso gering ist. Der Seetransport, um den ich bitte, mit Dampfschiff Adler, am 2. Juli unseres Styls abzusenden, kostet pro Pferd schon ca. 60 rth. Für einen billigen, sicheren Pferdewärter bis Stettin, wenn diese sich auf dem Schiffe nicht finden, wäre zu sorgen, obwohl die Pflege nur im Futtern bestehen kann. Ich überlasse das Ihrer Fürsorge. — Vielleicht könnte die Kaiserin, meine Tante, wenn Sie ihr von diesem Auftrage erzählen, entweder die Pferde, wenn noch Zeit wäre, unentgeltlich mitnehmen oder gar schenken!

Wenn der Preis solcher Kosakenpferde bis hierher, incl. Transport, auf nicht mehr als 150—180 rth. käme, so bitten meine Divisionsadjutanten: der Major von Döring und der Lieutenant von Schreckenstein, den Sie ja kennen müssen, auch jeder um ein solches Pferd. Der Major ist leichter als ich und etwas kleiner, der Andere hat meine Figur. Im Falle für diese Herren Pferde mitkämen, bäte ich, die Nationale der Pferde, die für mich sind, mir besonders zu bezeichnen.

Haben Sie die große Güte, die Sache zu beeilen und mir sobald als möglich zu schreiben. Hier in Stettin würde ich für die Abnahme sorgen, selbst für den Fall, daß ich nicht mehr hier wäre. Ich glaube kaum noch länger, als bis zum 30. Juni hier zu bleiben, d. h. für meine Person, denn die Pommern machen bis jetzt noch nicht mobil. — Die Kosten kann ich durch das auswärtige Amt leicht berichtigen lassen, aber der Scherz darf nicht zu theuer werden. Ich möchte nicht mehr, als höchstens 200 rth. auf ein solches Pferd anwenden. Man muß sie von Gemeinen kaufen, nicht von Offizieren. Graf Münster kaufte einen Kosaken-Gaul für mich zwar vom Flügeladjutanten Lewaschoff, einen andern dagegen von einem attamanischen Kosaken, und den dritten auch, glaube ich.

Gott segne Ihre politische Wirksamkeit und erhalte ein gutes Einvernehmen zwischen uns und Rußland, wie zur Zeit des hochseligen Kaisers. Behalten Sie lieb und in gutem Andenken

Ihren sehr ergebenen

Friedrich Karl,

Prinz von Preußen.

II.

Telegramm Bismarcks an Prinz Friedrich Karl.

Prinz Friedrich Karl, K. H. Berlin.

Verschiffung mit Adler geht nicht, andre Gelegenheit fehlt für jetzt. Kauf deshalb noch nicht abgeschlossen. Näheres schriftlich.

v. Bismarck.

III.

Brief Bismarcks an Prinz Friedrich Karl.

(Auszug.)

St. Petersburg, den 1. July 1859.

. . . Nunmehr wird mir von der Verwaltung der Post- 1. 7. 1859.
schiffe mitgetheilt, daß auch der Adler sich mit dem Transport der Pferde nicht befassen könne, weil sein disponibler Raum auf längere Zeit schon vergeben sei. Ich habe darauf mein Augenmerk auf die Stettiner Transport-Dampfschiffe Archimedes und Alexander gerichtet, von denen der letztre augenblicklich hier im Hafen liegt. Der Kapitän erklärt mir aber, daß er noch ungewiß sei, ob er überhaupt nach Stettin zurückgehe, weil es ihm an hinlänglicher Fracht dahin fehle; er habe daher erst bei seinen Rhedern angefragt, ob er leer nach Stettin gehn, oder in einem andern Hafen Fracht suchen solle. Im ersteren Falle, oder wenn ihn seine Rheder auf Königsberg dirigiren, würde er die Pferde mitnehmen können; aber seine Bestimmung und die Zeit seiner Abfahrt sind auf diese Weise ganz unsicher, und dasselbe kann mit dem, nächste Woche zu erwartenden Archimedes der Fall sein. Auch Segelschiffe liegen für die nächste Zeit nicht in Ladung nach Stettin, so daß im Augenblick garkeine Gelegenheit in Aussicht steht, mit welcher Pferde verschifft werden könnten. Ich habe unter solchen Umständen den Handel noch nicht definitif abschließen lassen, da ich nicht weiß, ob er Eurer Königlichen Hoheit noch genehm sein würde, wenn der Abgang der Pferde sich nicht sicher bestimmen läßt. Sollte der Alexander bis Dienstag direkt nach Stettin abgehn, so würde ich ihm die Pferde mitgeben; bleibt seine

1. 7. 1859. Reise aber ungewiß, so warte ich erst Eurer Königlichen Hoheit weitere Befehle ab, und kaufe so lange nicht fest.

Unser Consul läßt mir soeben noch sagen, daß auch dann, wenn der Adler Raum hätte für die Pferde, deren Einschiffung nur mit unverhältnißmäßig hohen Kosten möglich sein würde, da der Adler auf hoher See bei Kronstadt liegt, man also ein hohes und besonders hergerichtetes Schiff ausschließlich zu dem Zwecke miethen müßte, um die Pferde vom hiesigen Bollwerk bis neben den Adler zu fahren, der keine Vorrichtungen zum Einheben von Pferden aus einem niedrigeren Fahrzeuge auf sein Deck besitzt....

v. Bismarck.

IV.

Brief des Herrn von Witzendorff an Bismarck.

6. 7. 1859. Ew. Excellenz habe ich die Ehre, im Auftrage Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich Karl Höchstdessen Bedauern über das Unwohlsein Ew. Excellenz auszusprechen, sowie zugleich Ew. Excellenz und dem Herrn von Trenck für die gütigen Bemühungen in Angelegenheiten der Kosaken-Pferde zu danken. Was nun den eventuellen Transport der letzteren anbetrifft, so haben Se. Königliche Hoheit dieserhalb gestern Selbst mit dem Capitain des „Adler" Rücksprache genommen und versichert Letzterer, daß die Unterbringung von 6 Pferden auf diesem Schiffe keinerlei Schwierigkeit haben werde. Der Capitain wird seine Einrichtungen zu diesem Zweck treffen und sieht auch in der großen Entfernung, in welcher dort der „Adler" auf hoher See liegt, kein Hinderniß für die Einschiffung der Pferde, umsomehr, als alle für den „Adler" bestimmten Waaren ꝛc. auf demselben Wege und in derselben Weise an Bord desselben geschafft werden müssen. Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Carl lassen demzufolge Ew. Excellenz bitten, geneigtest den Kauf von 6 Kosaken-Pferden, unter denen 2 für leichtes Gewicht sein können, abschließen und den Transport derselben auf dem „Adler" bei dessen nächstem Abgang von Petersburg gütigst vermitteln lassen zu wollen.

Mit der vorzüglichsten Hochachtung habe ich die Ehre mich zu unterzeichnen

Stettin, den 6. Juli 1859.

Ew. Excellenz ganz gehorsamster
von Witzendorff,
Hauptmann und Adjudant Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich Carl von Preußen.

16.

Entwurf zu einer Erklärung Preußens am Bunde.[1])

1860.

Der Zweck, für welchen der Bund nach Art. [Lücke] der B.-A. 1860.
gestiftet ist, wird nach Ansicht der Kgl. Regirung unter den heutigen politischen Verhältnissen nur dann erreicht werden, wenn die Wirksamkeit des Bundes von dem Vertrauen und der Theilnahme der deutschen Nation getragen und dadurch das einheitliche Wirken der gesammten Kräfte deutscher Fürsten und Völker verbürgt wird. Die Kgl. Regirung kann sich nicht verhehlen, daß diese Vorbedingung nach einem 45jährigen im Großen und Ganzen durch friedliche Zustände begünstigten Bestehn des Bundes nur unvollkommen verwirklicht ist. Das Ergebniß, welches in dieser Beziehung der Zeitraum vor 1848 geliefert hatte, rief in letzterm Jahre bei den deutschen Regirungen selbst das Bedürfniß hervor, die Bundes-Einrichtungen umzugestalten. Das Mißlingen der darauf gerichteten Versuche bewies nicht, daß das Streben nach vollkommneren Bürgschaften für Deutschlands Zukunft ein unberechtigtes, sondern nur, daß die Auswahl und die Benutzung der eingeschlagenen Wege unrichtig und daß die damaligen öffentlichen Zustände besonnenen und maßhaltenden Reformen nicht günstig waren.

Die Kgl. Regirung gab sich deshalb, als sie zur Reactivirung des Bundestages die Hand bot, der Hoffnung hin, daß die Erfahrungen einer Vergangenheit, welche die Schäden des früheren Systems ins Licht gestellt hatten, dem Streben nach Abhülfe derselben das bereitwillige Entgegenkommen aller Bundes-Regirungen sichern würden.

Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Seit die Ruhe in Deutschland hergestellt, sind zwar von manchen Seiten Anregungen von Bundesreformen erfolgt, welche Zeugniß ablegen von der Erkenntniß der Mangelhaftigkeit des Bestehenden und von dem Streben nach Verbesserung. Thatsächlich aber scheint die Wirksamkeit des Bundes mehr und mehr der Richtung wieder anheim zu fallen, in welche ihn bald nach seiner Begründung das System leitete, welches in den Carlsbader Beschlüssen seinen Ausdruck fand und welches die Aufgabe des Bundes mehr in Vorsichtsmaßregeln der Regirungen gegen ihre Unterthanen als im Schutze der Gesammtheit gegen das Ausland sucht. Je stärker der Bund für den erstern, vom Rheinbunde viel vollständiger erfüllten Zweck ward, desto

[1]) Nach dem Concept von Bismarcks Hand.

18776

1860. schwächer für den zweiten. Es giebt Gefahren, denen Deutschland nur gewachsen ist, wenn seine Bevölkerung in einmüthiger Erhebung für ein nationales Gesammtinteresse eintritt. Sind die bisherigen Bundeseinrichtungen in diesem Sinne ein nationales Palladium geworden, für dessen Vertheidigung und Forterhaltung das deutsche Volk freudig seine Gesammtkraft einsetzen würde? In der Fähigkeit des deutschen Volkes, sich als Einheit zu fühlen, liegt allein das Bindemittel, welches den Bundesvertrag zu etwas Anderem als zu einem gewöhnlichen Vertrage benachbarter Souveräne macht, welcher die herkömmliche Klausel ewiger Dauer enthält. Es ist die schwerste Aufgabe des Bundes, diesem Gefühle Rechnung zu tragen, es zu beleben und zu fördern, gleichzeitig aber gegen seine Ausschreitungen die historisch überkommenen Rechte der Einzelstaaten zu schützen und die Grenze zu ziehn, bis zu welcher eine dieser beiden Richtungen auf Kosten der andern verfolgt werden darf. Die Anhaltspunkte, welche die Grundgesetze des Bundes in letztrer Beziehung bieten, lassen nach der Allgemeinheit ihrer Fassung sehr weit auseinander gehende Auslegungen zu. Die Stifter des Bundes scheinen von der Wahrheit durchdrungen gewesen zu sein, daß es nicht thunlich sei, eine theoretische Lösung dieses Problems für alle Zeiten festzulegen, und daß eine Bürgschaft für organische Fortentwickelung der Bundesinstitutionen nicht in festen Formen, sondern in deren Elasticität und in dem Geiste zu finden sei, welcher sie ausfüllen und beleben werde. In diesem Sinne wurde in der Voraussicht, daß die realen Machtverhältnisse vermöge [ihrer][1]) Schwerkraft Beachtung finden würden, Stimmverhältniß und Competenz so regulirt, daß widersprechende Auffassungen über die Rechte der Majorität und der Minoritäten stattfinden konnten; in diesem Sinne wurden durch Art. 13 der B.-A. und 51 der Schl.-A. Bestimmungen getroffen, welche den Rechtsschutz verfassungsmäßiger Freiheiten, aber auch eine Reihe von Beschlüssen ermöglichten, welche alle das charakteristische Merkmal tragen, daß sie einzelnen Regirungen bei Beschränkung der verfassungsmäßigen Rechte ihrer Unterthanen den Beistand der Rechtstheorien und des Einflusses der B[undes]-V[ersammlung] leihen. Die Richtung, in welcher der Bund diese seine Freiheit der Bewegung bisher benutzte, hat ihn vorzugsweise zu einer Grundlage und Schutzwehr des Unabhängigkeitsgefühls gemacht, welches die einzelnen Regirungen in den Verhältnissen zu ihren Bundesgenossen einerseits und zu ihren Unterthanen andrerseits beseelt. Das Bewußtsein, nur dem eignen souveränen Willen die politischen Beweggründe entnehmen zu dürfen, hat sich unter der

[1]) Die in [ ] gesetzten Worte sind Ergänzungen des Herausgebers.

Aegide des Bundes zu einer Höhe ausgebildet, welche den deutschen 1860.
Territorien zu jeder früheren Zeit fremd war und welche nachtheilig auf die Festigkeit des Verbandes der Bundesregirungen sowohl unter sich als mit dem deutschen Volke zurückwirkt. Die rücksichtslose Durchführung der Theorie von der Gleichheit der Bundesglieder und von der Berechtigung der Majoritäten ist geeignet, gerade einen mächtigen Bundesgenossen, dem die Verfassung mehr Pflichten auferlegt als Rechte gewährt, die Hingebung an die weitere Entwickelung in der bisherigen Richtung zu verbieten. Wenn die Partikularpolitik im Mißverhältniß mit der partikularen Macht eine Autonomie in Anspruch nimmt, welche das Zusammenwirken der deutschen Kriegsmacht und damit den kostspieligen Apparat der Bundesvertheidigung entkräftet, welche die Zerrissenheit der Landesgrenzen benutzt, um aus sehr kleinen Territorien Hindernisse des allgemeinen Verkehrs und der Entwickelung der materiellen Wohlfahrt zu machen, so entfremdet sie das deutsche Volk den Institutionen, unter deren Schutz sie nur betrieben werden können. Diese Entfremdung muß in erheblichem Maße wachsen, wenn die Erfahrung lehrt, daß es dieselben Institutionen sind, unter deren Autorität die verfassungsmäßigen Bürgschaften für die Theilnahme des Volkes an der Gesetzgebung des eignen Landes dem Ermessen des Bundestags vermöge der Auslegung vieldeutiger Bestimmungen der Bundesgesetze zum Opfer fallen.

Die Kgl. Regirung verzichtet darauf, in einer Versammlung, welcher die Thatsachen bekannt sind, darzulegen, welche Opfer eigner Interessen und eigner Ueberzeugungen sie in dem abgelaufenen Jahre der Herstellung und Befestigung der Einigkeit aller Bundesgenossen, der Wahrung des dem Bunde nach außen und im Innern nöthigen Ansehns gebracht hat und welches die Ergebnisse dieser Selbstverleugnung gewesen sind. Sie begnügt sich, ihren Gesammteindruck dieser Epoche in wenigen Sätzen wiederzugeben: im Innern hat die Thätigkeit des Bundestags seit seiner Reactivirung in repressiver Einwirkung auf die verfassungsmäßige Gesetzgebung der Bundesländer ihre Begrenzung gefunden, in den auswärtigen Beziehungen ist der Bund zu einer wirksamen Vertretung deutscher Interessen nicht berufen gewesen, wohl aber war mehr als einmal die Wehrkraft Deutschlands nahe daran, als Kriegsreserve einer Politik aufzutreten, in welche ein Bundesglied vermöge seiner außerdeutschen Interessen verwickelt war und welche sich im übrigen jeder Mitwirkung und Controle des Bundes oder seiner Mitglieder naturgemäß entzieht.

Bei allen diesen Gelegenheiten [ist] das Gewicht Preußens nicht gewürdigt [worden], und dennoch ist die Kgl. Regirung es den Interessen, welche die Vorsehung ihr anvertraut [hat], schuldig,

1860. daſſelbe zur Geltung zu bringen. [Sie] knüpft dieſe Erklärung an [die] Kurheſſiſche Sache, weil bei dieſer wieder in eclatanter Weiſe die beiden Momente erkennbar [ſind]. [Der] Bundesbeſchluß mit [der] Großmacht [Preußen] in [der] Minorität [iſt] mißlich, [er beruht auf einer] Verkennung des Gewichtes, welches [der] Widerſpruch Preußens haben ſollte und vor 48 hatte. Zweitens blinde Reaction. [Die Kgl. Regirung] wird [die] Verträge halten, muß [ſich] aber gegen [den] Geiſt, in welchem [ſie] gehandhabt werden, vor Deutſchland öffentlich verwahren, [vor den] Folgen warnen und [den] Weg, [der zur] Entfremdung [der] Völker [führt], [zu gehn] von ſich ablehnen; [ſie wird] nur, ſoweit [der] Buchſtabe [der Verträge ſie] verpflichtet, [den Anordnungen des Bundestags ſich fügen]. [Der] Bundesbeſchluß [in der] Kurheſſiſchen [Sache][1]) geht über [die] Competenz [des Bundes] hinaus, [die Kgl. Regirung wird die] Execution nicht [zu]laſſen.

[Die] Einigkeit [Deutſchlands] [iſt] kräftiger, wenn Preußen und Oeſtreich einig [ſind], wenn das nicht [der Fall iſt], [iſt] gar keine [vorhanden]. [Die] Kriegsverfaſſung deutet [den] Weg an, [auf welchem eine Kräftigung Deutſchlands zu finden iſt], [ſie geſtattet die] Probe, ob [ſie] am Bunde zu erreichen [iſt] oder außer[halb] deſſelben verſucht [werden muß] [unter] Betheiligung [der] Nation.

17.

Drei Briefe des Miniſters Rudolf v. Auerswald an Bismarck.

1860. 1861.

I.

13. 6. 1860. Ich kann die amtlichen Zeilen nicht abgehen laſſen, ohne Ihnen meine herzlichſten Grüße und Ihrer verehrten Gemahlin meine angelegentlichſten Empfehlungen zu ſenden. Verzeihen Sie mir, wenn ich nicht geſchrieben und auch heute nicht ſchreibe; ich vermag es nicht. Es liegt zu viel auf mir; es iſt keine Redensart, wenn ich hinzufüge, daß es mir vom größten Werthe geweſen wäre, wenn ich ab und zu mit Ihnen eine vertrauliche Beſprechung hätte haben können.

In aufrichtiger Hochachtung und Ergebenheit

Ihr

v. Auerswald

am 13. Juni [1860?]

[1]) vom 24. März 1860.

II.

Verehrteſter Herr und Freund!

Vielleicht iſt es aus den Zeitungen zufällig bis zu Ihnen gedrungen, daß auch ich, gegen meine ſonſtige, gute Gewohnheit auch einmal recht krank geweſen bin und zwar in dem Grade, daß ich durch 5 Wochen an den Geſchäften entweder gar keinen oder doch nur einen in hohem Grade beſchränkten Antheil nehmen konnte. Sollte das ſeyn, ſo werden Sie mein andauerndes Schweigen auf Ihre beiden, über 4 Wochen alten Briefe erklärt gefunden und mich, durch höhere Gewalt gebunden, entſchuldigt haben. Es war für mich recht peinlich zu fürchten, daß Sie mich für nachläſſig und rückſichtslos eine Zeitlang gehalten, und ich bin froh, daß ich heute endlich dazu komme, Ihnen zu antworten. 28. 8. 1860.

ad. 1. Herr Burow.

Das Geſuch um die Charaktererhöhung habe ich dem Regenten übergeben und vorgetragen, daß und aus welchen Gründen Sie die Sache unterſtützten. Der Prinz ſcheint nicht ganz abgeneigt, den Wunſch zu erfüllen. Dieſe Sache geht nun, wie Sie wiſſen, durch das Militär-Cabinet weiter nach feſtſtehenden Grundſätzen, von denen ich nur eine geringe Kenntniß habe und nur den Wunſch hegen kann, daß Ihre deßfalſige Befürwortung Berückſichtigung finden möge. Herr von Schleinitz erkennt die Billigkeit Ihres Antrages, im Intereſſe der Geſandtſchaft etwas für Herrn Burow zu thun, vollkommen an, erklärt aber, wegen Mangel disponibler Mittel, dazu außer Stande zu ſeyn.

Ich bin bereit, Herrn Burow unter die Correſpondenten der Preußiſchen Zeitung aufzunehmen, und ſtelle anheim, ob derſelbe verſuchsweiſe 3 Monate unſeren Zwecken entſprechende Artikel und Nachrichten gegen angemeſſene Honorirung einſenden wolle. Nach Ausfall dieſes Verſuches, würde ich ein beſtimmteres Abkommen für das Jahr 1861 bei Verleger und Redaction vermitteln. Nach Umſtänden glaube ich, daß Herrn Burow dadurch ein Einkommen von etwa 300 R.-Thlr. beſchafft werden könne.

Daß ich gegen die, gegen Sie und Uſedom in die Preſſe eingeſchmuggelten, verläumderiſchen Inſinuationen ſogleich eingeſchritten bin, davon haben Sie den erſten Anlauf, wie ich hoffe, erhalten. Durch die beiden anliegenden Ausſchnitte werden Sie, wie ich hoffe, die Angelegenheit vollſtändig erledigt finden. Außerdem haben ſolche Geſchichten allmählig ein ſehr geringes Gewicht. Die bis zur Schamloſigkeit ausgebeutete Erfindungsgabe der Zeitungsliteratur und deren Fabelnherausgabe finden, ſo groß die Anzahl unverbeſſerlicher Eſel auch bleibt, doch täglich ſteigend eine richtige Würdigung.

28. 8. 1860. In Bezug auf meine Person habe ich seit Monaten jeder berichtigenden Bemerkung vollständig entsagt.

Sie erhalten diese Zeilen durch Vermittelung des auswärtigen Amtes, da keine Veranlassung vorlag, sie durch Aufsuchung der mir gütigst mitgetheilten Addresse in ihrem Abgange zu verzögern. Ich setze natürlich voraus, daß Sie zur Zeit über die Situation volles Licht inzwischen erhalten haben werden, und glaube in dieser Richtung nichts Interessantes mittheilen zu können.

So weit meine Auffassung geht, ist unsere Lage, seit Sie uns verlassen, sehr wesentlich verbessert und zwar nach Außen und Innen, so daß ich hoffe, wir werden die in letzter Beziehung immerhin vorhandenen Schwierigkeiten mit gutem Erfolge erledigen können. Wir reisen übermorgen von hier ab. Der Prinz wird schon am 1. k. M. in Berlin seyn; ich einige Tage später, da ich noch einige Geschäfte am Rhein zu erledigen habe.

Ich hoffe gewiß, daß Ihre Gesundheit in der alten Festigkeit zurückgekehrt ist, und würde mich herzlich freuen, gelegentlich darüber ein Wort zu hören. Ihrer verehrten Gemahlin bitte ich mich angelegentlich zu empfehlen; ich hoffe, sie gedenkt nicht mehr der häufigen Störungen im Hôtel de Russie, wo ich regelmäßig zu ungelegener Stunde erschienen bin.

Wegen der gewünschten Nachrichten über das Befinden des Königs habe ich eine freilich sehr verspätete Admonition erlassen und hoffe, daß sie geholfen habe.

Das Preß-Bureau erläßt täglich einen Zeitungs-Auszug, von dem ich Ihnen von Berlin eine Probe-Nummer senden und erwarten werde, ob Sie deren Zusendung für Sich nützlich halten; wenn man diese wenig wohlschmeckende Medizin nicht täglich einnimmt, ist sie ganz zwecklos und nicht zu überwinden. Von einem Wochenbericht für die höheren Behörden ist mir nichts bekannt.

In herzlicher Hochachtung

Ostende, Ihr ergebenster

am 28. August 1860. v. Auerswald.

III.

Verehrtester Herr und gütiger Freund!

3. 2. 1861. Mit wahrhaft gerührtem Herzen habe ich soeben Ihr inhaltreiches Fäßchen erhalten und danke Ihnen herzlich für diesen Beweiß freundschaftlicher Erinnerung. So wie ich mich derselben freue, eben so tief beschämt bin ich darüber, da ich sie so wenig verdiene, ich vermag mich nicht zu entschuldigen; Sie würden es thun, wenn Sie 24 Stunden mein hiesiges Leben begleiten könnten.

Daß ich Ihren Brief vom 30. November v. J. wenigstens 3 2. 1861.
habe beantworten wollen, mag Ihnen der anliegende Dienst-Brief vom 24. Dezember v. J., den ich zurückbehielt, um ein Privatschreiben mitgehen zu lassen, [beweisen]; ich kann das auch heute nicht. Zu dem Dienstbriefe habe ich Folgendes zu bemerken. Es ist meine Absicht, dadurch anzubahnen, daß die dortige Gesandtschaft das Anerkenntniß erhalte, es sei nothwendig, sie mit Mitteln zu versehen, der hiesigen offiziösen Presse Nachrichten aus Petersburg und Rußland zuzuwenden; — zugleich will ich dem unerquicklichen Verhältnisse der Preußischen Zeitung pp. mit Herrn Burow damit ein Ende machen. Ich stelle anheim, die, leider für das Erste sehr geringe Summe nach Ihrem Ermessen durch Herrn Burow oder wie es Ihnen zweckmäßig dünkt zur Verwendung gelangen und die Nachrichten und Berichte durch das auswärtige Amt an das literarische Bureau hierher gelangen zu lassen.

Ich schreibe diese Zeilen sofort nach Empfang Ihres Briefes, um so schnell als möglich den Ausdruck meiner herzlichen Hochachtung und aufrichtigen Ergebenheit in Ihre Hände gelangen zu lassen.

Berlin den 3. Febr. 1861. Ihr v. Auerswald.

18.

Aus dem Briefwechsel zwischen Graf Bernstorff und Bismarck.

1856—1871.

I.

Homburg 8. August 1856.
(Kisseleffsches Haus)

Mein verehrter Freund und College,

Man sagt mir zu meinem Bedauern, daß Sie nicht in 8. 8. 1856.
Frankfurt, sondern, wenn ich nicht irre, in Schwalbach sind. Ich sende Ihnen jedoch diese Zeilen, um Ihnen zu sagen, daß wir hier sind, und uns sehr freuen würden, Sie und Ihre Frau Gemahlin zu sehen, falls Sie während unseres hiesigen Aufenthalts nach Frankfurt zurückkommen oder vielleicht nur durchreisen und Sich ein oder ein Paar Tage dort aufhalten sollten. Wenn dies der Fall ist, so bitte ich Sie daher, mir freundlichst Nachricht zu geben, damit wir Sie aufsuchen können, falls nicht etwa eine Spatzierfahrt Sie Selbst hier heraus führt. Wir sind leider in kläglichem Zustande hier angekommen, meine Frau fürchterlich hustend, und

8. 8. 1856. ich mit einem gastrischen Leiden, sodaß wir Beide die Cur noch nicht haben beginnen können. Ems, wo meine Frau den Husten verlieren sollte, um Homburg brauchen zu können, ist ihr ganz schlecht bekommen. Verträgt sie das hiesige Wasser, so bleiben wir wenigstens diesen Monat hier. Was nachher aus uns wird, muß von der Gesundheit meiner Frau abhängen.

Mit aufrichtigen Gesinnungen

Ihr ergebenster College

Bernstorff.

II.

Frankfurt, 7. Mai 1858.

Verehrtester Freund und Gönner

7. 5. 1858. wenn man wie ich sieben Jahre hindurch an der großen Heerstraße des Continents gewohnt hat, so weiß man aus Erfahrung, daß die Empfehlung eines Künstlers an einen diplomatischen Collegen gewöhnlich auch dem Adressaten nicht den Eindruck eines collegialischen und rücksichtsvollen Verhaltens macht. Wenn ich Ihnen daher dennoch durch diesen Brief den beifolgenden Großherzogl. Mecklenburgischen Kapellmeister Schmidt vorzustellen mir erlaube, so bitte ich Sie zu glauben, daß ich nicht ohne Grund Ihr so vielfach bewährtes Wohlwollen für mich auf diese mißliche Probe stelle. Mein hiesiger Mecklenburgischer College, Herr von Oertzen, der künftige Minister in Schwerin, hat es dringend gewünscht, und ich kann ihm nicht leicht etwas abschlagen, weil er für mich in der Bundesversammlung unter Larven die einzig fühlende Brust ist, eine sichre Stimme für Preußen in allen Fragen, wo das Recht auf unsrer Seite ist, und das will viel sagen, hier, wo der Vertreter unsres allergnädigsten Herrn in der Regel zur Rolle des Uhu verurtheilt ist, nach dem die Krähen stoßen. Ich begreife selbst bei Graf Buol den Leichtsinn nicht, mit dem Oestreich hier alles thut, was im Bereich der Möglichkeit liegt, um sich und dem Bunde Preußen zu entfremden, mit dem es aus den erbärmlichsten Formfragen große und giftige Händel entwickelt, als ob es im Wiener Interesse liege, am Bruch mit Berlin zu arbeiten. Rechberg ist . . . leidenschaftlich genug, um nicht zu merken, wie die Mittelstaaten ihn gegen Preußen

mißbrauchen, und die Staatsmänner der letztern sind zu eitel 7. 5. 1858.
und zu kurzsichtig, um auf die momentanen Genugthuungen zu verzichten, die sie aus ihren Verhetzungen Oestreichs gegen Preußen ziehn. Ich weiß nicht, welchen Eindruck die deutsche Einheit jenseits des Kanals macht, von hier sieht sie schlechter aus als zur Zeit Ludwigs XIV. oder von 1795 bis 1806. In Berlin bin ich in voriger Woche 6 Tage gewesen; lange genug, um zu erkennen, daß der Tod von Alvensleben den Abgang oder doch die Modification des Ministeriums verhütet hat. Lange kann es aber so nicht währen, wenn die Lenker des Staates es nicht über sich gewinnen, sich unter einander mehr als bisher zu lieben oder doch zu dulden.

Ich vergesse, daß ich Ihnen nicht Politik, sondern Musik schreiben wollte; wovon aber das Herz voll ist, davon geht das Tintenfaß über. Ich bitte Sie nochmals, mir die Belästigung zu verzeihn, und füge nur hinzu, daß Sie Sich die Mecklenburgischen Herrschaften verpflichten, wenn Sie diesem Kapellmeister einen coup d'épaule geben können. Haben Sie die Güte, der Frau Gräfin den Ausdruck meiner Verehrung zu Füßen zu legen und der freundschaftlichen Hochachtung eine Stelle in Ihren Gedanken zu bewahren, mit der ich stets verbleibe

der Ihrige

v. Bismarck.

III.

Petersburg, 13./1. Novb. 1861.

Verehrtester Freund und Gönner

ich erlaube mir der Expedition, welche Herr v. Schlözer über- 13. 11. 1861.
bringt, einige Zeilen privatim hinzuzufügen. Wenn ich den Umfang dessen überblicke, was ich Ihnen ohnehin zu lesen zumuthe, so fühle ich zunächst das Bedürfniß einer Apologie für die Weitläufigkeit meiner Berichterstattung; da ich aber nicht weiß, welche der älteren Berichte zu Ihrer Kenntniß gelangt sind, so habe ich in Betreff der hiesigen innern Zustände manches früher schon gesagte von Neuem berührt. Die Notizen aus den Berichten der russischen Gesandten im Auslande bringen

13. 11. 1861. Ihnen schwerlich etwas Neues, können aber vielleicht im Zusammenhalt mit den Berichten unsrer Agenten in einzelnen Punkten von Interesse sein. Die Stimmung ist hier, wie schon gesagt, eine trübe. Auch der alte Graf Nesselrode, der gestern Abend bei mir war, sieht schwarz in die Zukunft, ich führe ihn besonders an, weil seine kühle und leichte Lebensanschauung ihm sonst in seinem hohen Alter einen gewissen Optimismus bewahrt hat. Nach seiner practischen Weise legt er unter den augenblicklichen Umständen ein Hauptgewicht auf die Zuverlässigkeit des Militairs. „Vom General bis zum Hauptmann, sagt er, kann man auf die Armee zählen, aber vom Hauptmann bis zum Feldwebel ist sie 'angesteckt' und unsicher; es fragt sich nun, ob die Masse vom Feldwebel abwärts in kritischen Fällen von den Subaltern-Offizieren oder von den höhern beherrscht wird." Der alte Herr sprach mir damit nicht ein subjectives Urtheil, sondern die Meinung der höchsten amtlichen Kreise aus, wie sie sich nach den Symptomen gebildet hat, die in der Armee zu Tage treten. Die Wahrnehmungen im Privatleben widersprechen dem nicht. Man hat hier jederzeit unter den Offizieren Reden gehört, welche bei uns in militairischen Kreisen unmöglich sein würden; aber so arg wie jetzt, seit der Bauernemanzipation, in der Erbitterung über die Vermögensverluste des Adels, ist es nie gewesen. Ich habe in dem beifolgenden Immediatbericht eines Unfalls gedacht, den der Kaiser im schwarzen Meer beim Baden gehabt hat. Bald nach demselben erschien hier in der Iskra, dem hiesigen Kladderadatsch, ein Bild, welches einen vom Ertrinken Geretteten darstellt mit der Unterschrift: „Was hängen soll, ersäuft nicht." Das Bild hatte gar keine ersichtliche Beziehung, ging aber unter den Offizieren mit dem Commentar umher, daß der Kaiser gemeint sei und daß er trunknen Muthes in die See gegangen sei. Der letztern Verläumdung fehlt jeder Vorwand; der Kaiser ißt sehr stark, trinkt aber mäßig, wie jeder bezeugen kann, der in der nähern Umgebung Seiner Majestät lebt. Die gewöhnliche Tafel ist klein, weil das Gefolge nicht daran Theil nimmt; ich habe schon zu 3, in Warschau vor 2 Jahren sogar allein mit dem Kaiser gegessen. Von den Diplomaten bin ich gegenwärtig der einzige,

welchem die hohe Ehre widerfährt, zur Familientafel gezogen zu werden, eine Auszeichnung, die nicht meiner Person, sondern dem Preußischen Gesandten gilt. Manche meiner Collegen sind 14 Jahre hier, ohne je anders als bei großen Festen am Hofe zu sein. Der Kaiser und eingeladene Militairs erscheinen bei Tisch im Ueberrock, Civilisten im frac. Nach dem Essen raucht der Kaiser, seine Gäste nur dann, wenn die Kaiserin abwesend ist. Auch wenn er mich in Audienz empfängt, läßt er die Cigarre nicht ausgehn, was Fürst Gortschakow für einen Beweis besondern Vertrauens erklärt. Ich würde noch stolzer darauf sein, wenn Se. Majestät mir auch eine Cigarre gäbe, aber ich lasse mir an dem Bewußtsein genügen, der einzige Fremde zu sein, in dessen Gegenwart der Kaiser sich nicht genirt. Diese Dinge werden hier sehr ernstlich gewürdigt und besprochen. Neben seinem Schreibtische hat der Kaiser eine etwa eine Quadratruthe große Bucht, 2 Fuß hoch eingezäunt und inwendig gepolstert; in derselben spielen die jüngsten Großfürsten, während Se. Majestät arbeitet. Auch bei Tische circuliren die jungen Herrn zwischen den Stühlen umher. Dieses Privilegium hat auch des Kaisers schwarzer englischer Hühnerhund Mylord, eins der wenigen Wesen, welche dem verderblichen Einfluß der Hofluft widerstehn, denn er frißt noch heute trocknes Brot und benimmt sich tadellos auf der Jagd. Die Kaiserin gilt für sehr zurückhaltend und abgeneigt, Bekanntschaften zu machen; ist letztres aber geschehn, so findet man in Ihrer Majestät eine Frau von Geist und lebhafter witziger Unterhaltung. Beide Majestäten sprechen mit mir deutsch; die Kaiserin stets, der Kaiser so lange, als nicht von Politik die Rede ist. Mit allen übrigen Gesandten reden sie französisch als offizielle Sprache, was besonders bei großem Empfang des diplomatischen Corps auffällt, wo ich zwischen Münster und Thun, der Anciennität nach, stehe. Diese kleinen Dinge zeigen, daß wenigstens am Hofe der Preußische Gesandte noch als Familiengesandter aufgefaßt wird, wenn auch im Auswärtigen Ministerium diese Nüance nicht mehr fühlbar ist. Dort habe ich indessen einen Ersatz an den sehr guten persönlichen Beziehungen zu Gortschakow; die schon seit 10 Jahren, wo ich

13. 11. 1861

13. 11. 1861. ihn als Collegen in Frankfurt kennen lernte, unverändert geblieben sind.

Von meinen Collegen fehlt noch Ossuna, den man in Verdacht hat, durch irgend ein neues Verlobungsproject zurückgehalten zu werden. Graf Münster bleibt aus entgegengesetzten Gründen aus, indem er sich scheiden lassen will; ich bin nicht unglücklich darüber, denn er spielt hier weniger den hanöverschen als den anti-preußischen Agenten. Graf Thun geht morgen auf Urlaub, er ist kränklich und verstimmt über die innre Lage seines Landes; er sagte mir, daß er auf keinen Fall länger als bis zum Frühjahr hier bliebe, weil er sich pekuniär derangire. Er hat dabei 40000 rth., volle Cursentschädigung und freie Wohnung. In Parenthese erwähne ich, daß ich aus demselben Grunde die Flucht ergreifen oder in das Proletariat der hiesigen Diplomatie hinabsteigen muß, wenn mein ferneres Probejahr in dieser Beziehung mit demselben Deficit abschließt wie das vorige. Thun klagt, daß er jährlich 30000 Gulden zusetzt. Das kann wohl sein; gewiß ist, daß ich im vorigen Jahre, ohne ein nennenswerthes Haus zu machen, da $^3/_4$ Jahr Trauer war, 8000 rth. über mein Diensteinkommen verausgabt habe, während ich in Frankfurt mit 21000 rth. reichlich gastfrei sein konnte und doch auskam. Napier mit beinah 10000 £ St. klagt, daß er sich mehr als im Haag einschränken müsse, und Montebello mit 300000 frcs. wird wohl auskommen, da er sich die Repräsentation nichts kosten läßt. Der letztere geht in dieser Woche auf längern Urlaub, ich glaube 6 Monate, und man sagt, daß er nicht wieder kommt; er wäre schon fort, wenn nicht sein Sohn erkrankt wäre. Er sollte auch am Sonnabend Audienz haben, um sich bei der Kaiserin zu verabschieden, sie wurde aber auf Sonntag verlegt, weil, wie Gortschakow sagt, der Kaiser mich zur Tafel haben wollte, den Franzosen aber nicht, und dieser Unterschied bei unsrer gleichzeitigen Anwesenheit in Zarskoe nicht thunlich sei. Mein ministerieller Freund spricht über Frankreich, als habe er jedes sympathische Gefühl für Paris aus seinem Herzen getilgt. Ich glaube auch nicht, daß er damit für jetzt die Unwahrheit sagt, wie das überhaupt nicht in seinem Charakter liegt. Aber sein Geist ist

so impressionabel und beweglich, daß auch eine andre Stimmung 13. 11. 1861.
bald wieder die Oberhand gewinnen kann.

Als polizeiliches Curiosum erwähne ich des Gerüchtes, daß Henzen aus London, der große russische Demokrat, im August 3 Wochen lang mit englischem Paß als Schiffs-Capitän hier gewesen sei. Ich habe jemand gesprochen, der ihn selbst gesehen haben will, und der mir mehre Professoren nannte, die täglich mit ihm verkehrt hätten. Unmöglich ist es nicht, denn die so berühmte geheime Polizei der III. Abtheilung ist eigentlich herzlich schlecht, fast so schlecht als die Criminal-Polizei, die nie etwas entdeckt, und der Liberalismus beherrscht die gebildeten Classen so ausnahmslos, daß alles gegen die Polizei zusammenhält. Doch ich will darüber nicht wiederholen, was ich amtlich schon berichtet habe.

Wir haben seit 4 Tagen sehr gute Schlittenbahn, 13 Grad Kälte und die Newa ist zugefroren, unter diesen Umständen wird in Berlin hoffentlich auch kein Thauwetter sein, und ich erlaube mir diesem Schreiben eine kleine Sendung frischen Caviar beizufügen. Indem ich diese Probe der Frau Gräfin als einen Tribut zu Füßen lege, bin ich mit Vergnügen erbötig, durch fernere Courriergelegenheit mehr zu schicken, falls dieser Ihren Beifall hat. Auch die hiesigen Haselhühner kann ich für Diners des Auswärtigen Amtes empfehlen, man kauft 4 oder 5 für 1 rth. Der Caviar verträgt übrigens Thauwetter nicht länger als 24 Stunden, dann wird er säuerlich und verdirbt.

Schlözer erlaube ich mir Ihrer Gewogenheit als einen ungewöhnlich fleißigen, diensteifrigen und leistungsfähigen Arbeiter zu empfehlen. Ich hatte, als ich herkam, durchaus kein Wohlgefallen an seiner Person, aber seine Tüchtigkeit und Pflichttreue im Dienst haben mich entwaffnet. Auch Gortschakow ist mit ihm als Geschäftsträger sehr zufrieden gewesen und hat mich ausdrücklich gebeten, Ihnen dies zu melden. Graf Wielopolski wird hier eigenthümlicher Weise hauptsächlich von den deutschen Kreisen mit Ausnahme der militairischen protegirt; bei Meyendorfs und Nesselrode verkehrt er täglich, und namentlich ist Frau v. Meyendorf, die thätige Vertreterin östreichischer

18. 11. 1861. und katholischer Wünsche, seine Gönnerin. Ich lege darauf nicht so sehr viel Gewicht, wenn es dem klugen Polen nur nicht gelingt, den Fürsten Gortschakow für sich einzunehmen, wozu er auf dem Wege seiner und geschickter Schmeichelei einigen Anfang gemacht hat.

Von der hiesigen Behörde hat man mich unter der Hand sondirt, ob ich einen Aufruf hiesiger Deutschen zur Sammlung für „Deutsche Flotte unter Preußens Führung" mit ungünstigem Auge betrachten würde. Ich habe geantwortet: Im Gegentheil, ich würde darin ein Bekenntniß ehrenwerther Anhänglichkeit an das gemeinsame Vaterland erblicken. Der Aufruf wird also voraussichtlich erfolgen, wenn die Herrn Unternehmer, deren Phantasie nach hiesigem Style rothe Adler und Kronen vorschweben, sich nicht über das Directorium ihres Comités entzweien.

Indem ich bitte, mich der Frau Gräfin zu Gnaden empfehlen zu wollen, bin ich mit aufrichtigster Verehrung

Ihr ergebenster

v. Bismarck.

IV.

Petersburg, 25./13. November 1861.

Verehrtester Freund und Gönner

25. 11. 1861. ich schicke den Feldjäger von hier mit Depeschen, mehr in der Hoffnung, daß er mir bald mit einer gefüllten Mappe wieder zugeht, als in der Idee, daß die Expedition, welche ich ihm mitgebe, etwas Wichtiges oder Eiliges enthielte. Fürst Gortschakow ist durch tägliche Comité-, conseil- und Ministerial-Sitzungen absorbirt und giebt sich wegen Erschöpfung ins Armenrecht, wenn man ihn nach denselben besucht. Er ist kaum fähig, über das was ihn beschäftigt zu schweigen, und da er mir nur von Polen spricht, so glaube ich auch, daß die eigentliche auswärtige Politik für ihn augenblicklich mehr im Hintergrunde steht. Im heutigen Ministerrath hat er sich über

Kaukasische Angelegenheiten, insbesondre die der tschernomorischen Kosaken, heiser geredet. Dieser beklagenswerthe Stamm ist unter Katharina mit gewissen Privilegien als Gränz-Miliz an der damaligen Gränze angesiedelt worden. Sie haben Dörfer und Gärten errichtet und Aecker urbar gemacht, dabei den Dienst als Soldaten mit je Einem unter 5 abwechselnd geleistet. Nachdem nun die Gränze des Reichs erweitert ist, sollen sie gegen den Kaukasus hin nachrücken, und ihre bisherigen Wohnsitze aufgeben. Es sind die besten Soldaten Rußlands, sie waren aber über diese Zumuthung fast aufständisch, bis sie in diesem Herbst vom Kaiser selbst gehört haben, daß er ihnen befiehlt, Haus und Hof zu verlassen. Sie wollen nun gehorchen, und man sucht ihnen den Umzug zu erleichtern, das heißt, man wird ihn mit der üblichen Dosis von bürokratischer Ungeschicklichkeit und Erpressung schwieriger machen oder gänzlich hindern. Darüber hatte sich Gortschakow heiser gesprochen. 25. 11. 1861.

Wielopolski klagt über Theremin, der von ihm compromittirte Preußische Unterthanen vor dem Beweis ihrer Unschuld mit einer Entschiedenheit reclamirt habe, als ob er in den Donaufürstenthümern und nicht in dem geordneten Rechtsstaate Polen fungire. Er, der polnische Edelmann, behauptet, daß das Preußische Consulat gegen den dortigen Liberalismus schwach sei, aus Furcht vor der Preußischen Presse und den Kammerinterpellationen über diplomatischen Schutz im Auslande. Ich halte Theremin für einen durchweg pflichttreuen und intelligenten Beamten; aber etwas weichlich kommt er mir nach seinen eignen Berichten vor. Er klagt über Brutalitäten der Kosaken und über willkührliche Strenge. Brutal und willkührlich ist hier mit Strenge gleichbedeutend, und wie die Dinge in Warschau liegen, ist es Schade um jeden Schlag, der vorbei fällt. Jeder Erfolg der polnischen Nationalbewegung ist eine Niederlage für Preußen, und wir können den Kampf gegen dieses Element nicht nach den Regeln der bürgerlichen Gerechtigkeit, sondern nur nach denen des Krieges führen. Der Polonismus mit allen seinen Einzelheiten kann von uns nicht humanistisch und unpartheiisch, sondern nur feindselig beurtheilt werden, und wenn sich ein Königlicher Unterthan in die Warschauer Demon-

25. 11. 1861. strationen einläßt, so würde ich mehr auf seine nachdrückliche Bestrafung als auf seinen Schutz gegen die Behörden Bedacht nehmen. Zwischen uns und irgendwelchem Versuch zur Herstellung Polens ist kein Frieden möglich; wenn ich mich in dieser Ansicht Ihrer Billigung erfreue, so möchte ich anheimstellen, Theremin in seinem gesammten Auftreten eine scharf und unbedingt anti-polnische Haltung zu empfehlen, ohne Rücksicht auf gelegentliches Ueberhauen der Schnur durch die russischen Behörden. Gortschakow wirft mir ohnehin schon vor, daß wir von Rußland die gewaltsame Unterdrückung der polnischen Nationalbewegung verlangen, und sie unsrerseits nur mit aller Schonung unsrer liberalen Reputation anfassen.

Die langjährige politische Solidarität Preußens und Rußlands war für uns von nur zweifelhaftem Vortheil; die intimen Beziehungen beider Höfe haben noch heut einen Halt an der Person des Kaisers, wenn auch Stellungen, wie sie General Rauch und Graf Münster zum Kaiser Nikolaus hatten, heut nicht mehr möglich sein würden. Von den andern Mitgliedern der Kaiserlichen Familie sind uns Großfürst Konstantin, der Prinz von Oldenburg und der Herzog von Mecklenburg feindlich gesinnt, Erstrer vom russischen, die beiden Andern vom deutsch-mittelstaatlichen Standpunkte aus; die übrigen Großfürsten geben keine politischen Lebenszeichen. Die weiteren politischen Kreise sind nicht übelwollend für uns, aber durchaus kühl, wir imponiren ihnen durch keinen äußern Glanz von Ereignissen; was bei uns vorgeht, ist ihnen gleichgültig. Ein gewisses Dankgefühl für unser Verhalten im orientalischen Kriege hält noch vor, und der Haß gegen Oestreich veranlaßt zu relativ wohlwollenden Seitenblicken auf uns. Im Ganzen aber ist die Entfremdung, ich möchte sagen das Vergessen Preußens im Steigen. Man wirft uns vor, daß es auf unsrer Seite nicht anders sei. Im Vertrauen auf Ihre gewogentliche Discretion theile ich mit, was ich aus bester Quelle über die Eindrücke gehört habe, welche die Krönungsdeputation zurückgebracht hat. Der Großfürst und sein Gefolge haben bei Sr. Majestät dem Könige und Allerhöchstdessen Herrn Brüdern die volle Herzlichkeit der alten Beziehungen wiedergefunden, sind

auch dankbar für die gnädige Art, in welcher Ihre Majestät 25. 11. 1861.
die Königin sie verabschiedet hat. Dagegen behaupten sie, an der kalten Behandlung von Seiten der jüngern Generation unsrer Herrschaften empfunden zu haben, daß die Wege beider Höfe in Zukunft auseinander gehn würden. Ich erfuhr die Klagen darüber aus dritter, aber sichrer Hand. Der Großfürst hat in Kowno eine Depesche an Budberg wegen des Empfanges gerichtet, und die Antwort erhalten „in Galla"; er hat aber auf der Gränze keine Aufwartung gefunden, auch keinen Königlichen Zug, auf den er, mit Unrecht unter diesen Umständen, rechnete. Er spricht noch heut mit Verdruß davon, sich in Eydkuhnen unnöthig umgezogen zu haben und die Nacht in voller Preußischer Uniform gefahren zu sein. Die Herrn des Gefolges haben in Briefen aus Königsberg schon über kühlen Empfang, mit persönlicher Ausnahme dessen bei Sr. Majestät dem Könige, Klage geführt. Ich kann nicht das ganze Register resumiren, aber die Hauptsache scheint zu sein, daß Ihre Königl. Hoheiten der Kronprinz und Prinz Friedrich Karl die Russen ignorirt hätten, Clarendon und Magenta die erste Rolle gespielt, die Orden nicht früh und nicht hoch genug gegeben, und dergleichen, nebst Klagen über Budberg, auf den auch der Großfürst schilt. Das alles ist Klatsch, und ich gebe es nur, um Ihnen persönlich das Bild der Situation zu schattiren, nicht um politische Folgerungen daraus zu ziehn. Die heutige Weltpolitik bewegt sich in zu breiten mächtigen Strömungen, um von individuellen Verstimmungen influenzirt zu werden. Das Erstaunen der Russen über die vor ihnen ausgeführten Leistungen unsrer Artillerie im Schießen, von denen sie fabelhafte Dinge erzählen,(* ist für uns von practischerem Werthe, als es die vollste Zufriedenheit über Empfang und Orden hätte sein können. Loen spricht von der Aussicht, ein Regiment zu bekommen; seinem eventuellen Nachfolger wird es schwer werden, die privilegirte Stellung am Hofe festzuhalten, die Loen im Vergleich mit dem französischen Bevollmächtigten traditionell noch hat; wird ein geistig bedeutender und für Politik befähigter Offizier dazu ausgesucht, so wird man ihn systematisch vom Kaiser entfernt zu halten suchen. Verzeihn

25. 11. 1861. Sie meine unschöne Sparsamkeit mit Papier,[1]) aber ich schäme mich, wenn ich zu einem Briefe, in dem nichts Bemerkenswerthes geschrieben steht, mehr als Einen Bogen verwende. Mit der Bitte, mich der Frau Gräfin zu Gnaden zu empfehlen, in aufrichtiger Verehrung

der Ihrige

v. Bismarck.

Antwort Bernstorffs.

Berlin 7. Dez. 61.

Mein verehrter Freund,

7. 12. 1861. Herr v. Schlözer wird Ihnen sagen können, wie entsetzlich ich gehetzt bin. So habe ich denn heute auch nach einer langen Staatsministerialsitzung nur wenige Augenblicke, um Ihnen für Ihre verschiedenen Privatbriefe und für die freundliche Wild- und Caviar-Sendung herzlich zu danken, und nur ein Paar Worte Politik hinzuzufügen.

Der jetzt von uns in der Dänischen Frage genommene Standpunkt ist gewiß der einzig correcte, und es ist mir daher eine Genugthuung, daß Oesterreich ihn mit uns angenommen und sich unserem Entwurf einer Antwort wörtlich angeschlossen hat. Quaade, dem ich die Depesche vorgelesen, hat mir eingeräumt, daß sich gegen den Inhalt durchaus nichts einwenden lasse, glaubt aber, daß seine Regierung in der Unmöglichkeit sei, sich auf die von uns festgehaltene Basis zu stellen. Das ist ihre und nicht unsere Sache! Er glaubt, daß sie lieber wieder einfach an den Bundestag geht. Das mag sie thun! Dann wird man sich dort hoffentlich auch ermannen.

Ich bin ganz mit Ihnen einverstanden, daß zwischen uns und irgend welchem Versuch zur Herstellung Polens kein Friede möglich ist. Von diesem Gesichtspuncte aus müssen wir daher alle unsere Beurtheilungen und Handlungen in Betreff Polens ausgehen lassen.

In Wien ist man sehr wild darüber, daß auch wir wegen der Sutorina Aufklärung verlangt und event. gewarnt haben. Uebrigens scheint es mir nach den Aufklärungen allerdings nicht als eine Einmischung in fremde Angelegenheiten angesehen werden zu können, sondern als eine Maßnahme zur eignen Sicherheit und Abwehr einer vielleicht drohenden Gefahr. Denn gerade, wo ihre Militairstraße läuft, war eine italienische Expedition angekündigt,

[1]) Die Worte von (* an stehen auf den Rändern der beiden letzten Briefseiten.

und so wäre Dalmatien in der Mitte durchschnitten gewesen. Das Recht auf diese Straße war Oesterreich bei der Leiningenschen Mission eingeräumt worden. 7. 12. 1861.

Uebrigens ist man auch wohl noch mehr über unsere Auffassung der deutschen Frage in Wien verstimmt, und daher um so empfindlicher.

Die Wahlen sind über die Maßen schlecht ausgefallen, und wir gehen daher wohl ohne Zweifel ernsten Ereignissen entgegen.

Ich muß eiligst schließen und verbleibe in freundschaftlicher Ergebenheit

der Ihrige

Bernstorff.

V.

Berlin den 8. Januar 1862.

Mein verehrter Freund,

Obgleich ich die heutige Expedition mitten unter den alle Zeit absorbirenden Berathungen über Thronrede und andere innere Angelegenheiten fast habe improvisiren müssen, da ich hörte, daß der schon seit Sonnabend hier liegende Brief des Königs an Loën, welcher das Se. Majestät sehr präoccupirende Ende des Generals Gerstenzweig betrifft, durch Courier gehen solle, so erhalten Sie doch allerhand Material, das Sie interessiren wird, worunter wohl am meisten das die deutsche Frage betreffende. Durch den nach Dresden hin geschehenen und durch die Beustschen Vorschläge provocirten Schritt haben wir nun die Initiative in dieser Richtung genommen. Baden ist hierdurch sehr erfreut und ganz befriedigt und wird uns bald folgen. Selbst Beust, dem die Sprache der Depesche geschmeichelt, hat sich gleichwie sein Königlicher Herr mehr befriedigt als [. . .][1]) darüber ausgesprochen, und von manchen anderen Seiten ist mir gesagt, daß man es dankbar anerkennen müsse und für glücklich halte, daß Preußen sich endlich bestimmt über das, was es wolle, ausgesprochen habe, was man von meinem Vorgänger niemals habe erlangen können. Mit einem formulirten und detaillirten Plane werden wir aus leicht zu ermessenden und in unseren inneren Zuständen liegenden Gründen, vor der Hand nicht hervortreten, und auch hier stimmt Baden mit uns überein. In Wien ist man sehr aufgeregt, und spricht sich mit cynischer Unverschämtheit dahin aus, daß man niemals in einen engeren Bund willigen werde, sondern daß man die erste Deutsche Macht bleiben und fortfahren wolle, Deutschland für seine Zwecke zu mißbrauchen und daher an Allem zu hindern, was ihm frommen könne, weil man sonst fürchtet, seine Deutschen 8. 1. 1862.

[1]) unleserlich.

8. 1. 1862. Provinzen, gleich der Lombardei, zu verlieren. Dagegen will man Trias und allgemein Großdeutsches Parlament! Ich weiß nicht, ob nicht die Anerkennung Italiens die beste Antwort darauf wäre. Der König stößt sich noch 1) an der factischen Frage der Consolidation, welche von Turin aus aufs Entschiedenste affirmativ beantwortet, von anderen Seiten aber noch bezweifelt wird, 2) an den Fragen von Rom und Venedig. Ersteres ist mir, gestehe ich, nicht nur gleichgültig, sondern ich wünschte, daß die Franzosen je eher je lieber den Papst seinem Schicksal überließen. Venedig ist allerdings schwieriger, da wir in mannigfacher Beziehung in Betreff desselben gebunden sind. Ich stelle Ihnen anheim, ob Sie, an das Ihnen ganz vertraulich zu Ihrer Kenntniß mitgetheilte Material anknüpfend, Sich auch für eine baldige Anerkennung aussprechen wollen. Mir wird es nicht unangenehm sein, indem es vielleicht eher Sr. Majestät über die Skrupel hinüber hilft. Ich möchte jedenfalls diese Waffe Oesterreich gegenüber als ein Compelle zur Nachgiebigkeit in deutschen Fragen gebrauchen können.

Von Frankreich erwarten wir dieser Tage das letzte Wort in Bezug auf den Handelsvertrag, und haben Grund zu glauben, daß der Abschluß dadurch ermöglicht werden wird. Es hat mir viel Mühe hier und dort gekostet, wird aber auch ein großes Werk sein, wenn es zu Stande kommt.

Man glaubt, daß unsere 2. Kammer, Anfangs wenigstens, sehr zahm und vorsichtig sein wird. Die Thronrede ist ruhig und nicht herausfordernd, und wir rathen dem König, sie selbst zu halten. Unsere innere Krise ist einstweilen beendigt, und man hat sich so ziemlich über alle Vorlagen, größtentheils im Sinne des Königs und der Minorität, geeinigt.

Es ist Zeit zu schließen, daher sage ich Ihnen Lebewohl und bleibe mit freundschaftlichen Gesinnungen

der Ihrige

Bernstorff.

Antwort Bismarcks.

Petersburg, 15./3. Januar 1862.

Verehrtester Freund und Gönner

15. 1. 1862. ich beeile mich, Ihnen für das freundliche Schreiben vom 8. meinen verbindlichsten Dank zu sagen. Der deutsche sowohl als der italiänische Theil der vom Feldjäger überbrachten Expedition ist mir vom höchsten Interesse gewesen. Wenn man, wie ich, 8 Jahre lang Preußischer Bundestagsgesandter gewesen ist, und unter dem ungünstigsten Gegendruck des eignen Mon-

archen und der Manteuffelschen Politik einen mühsamen und unbankbaren Kampf für Preußens und Deutschlands wahre Interessen gegen das große östreichische Lügennetz gekämpft hat, so bleibt man auch hier im hohen Norden empfänglich für die Freude an dem frischen Ton, den Sie mit Ihrer Antwort nach Dresden für unsre deutsche Politik angeschlagen haben. Für mich hat die analoge Situation, welche Sie 1850 in Wien allerdings in intensiverem Grade durchlebten, in Frankfurt von 1851 bis 59 gedauert, ein Streit, damals ohne Hoffnung auf Gewinn, weil unsre Gegner ihre besten Bundesgenossen in Berlin hatten, und es endlich auch durchsetzten, daß ich zur Freude aller Feinde Preußens das Feld räumen mußte. Die Erfolge auf der Bahn, welche wir jetzt eingeschlagen haben, mögen sie langsam oder schnell erreicht werden, sind uns sicher, nachdem Sie das Eis gebrochen haben durch offne Erklärung über das, was Preußen will, und daß es das Bestehende nicht will. So schlecht ist dieses Bestehende für uns, daß jede Aenderung nur zum Bessern führen kann; selbst der Beust'sche Plan wäre, faute de mieux, ein erheblicher Fortschritt Preußens im Vergleich mit der jetzigen Bundesverfassung, in welcher Preußen genau $^1/_{17}$ des Ganzen wiegt und vom Präsidium ausgeschlossen ist. Doch ich will der Versuchung widerstehn, von hier aus einen Ausflug in das Gebiet der Bundespolitik zu machen, und bei meinem russischen Leisten bleiben. Wir haben hier außer dem Grafen Thun zwei sehr leidenschaftliche Gegner Preußisch-deutscher Politik, den Herzog Georg von Mecklenburg und meinen hanöverschen Collegen, Graf Münster. Was sie hier von uns Uebles reden, knüpft sich einstweilen, abgesehn vom Nationalverein, Radowitz und Erfurt ꝛc., an den Ausfall unsrer Wahlen, deren democratisches Ergebniß Herzog Georg, in seinen Reden am Hofe, ausschließlich dem gouvernementalen Einflusse zuschreibt. Die Wahlen sind schlecht, und vermöge ihrer Disciplin und Mäßigung werden sich die vorgeschrittenen Partheien heut zu Tage noch unbequemer machen, als vor 12 Jahren. Aber unliebsame Kammern sind un cas prévu par la constitution, und das verfassungsmäßige Heilmittel der Auflösung, wenn es rechtzeitig, d. h. nicht zu früh

15. 1. 1862.

15. 1. 1862. angewandt wird, ist bei uns wirksamer als in andern constitutionellen Ländern, weil es bei uns für viele Wähler, wenn nicht die meisten, welche über die Intentionen des Königs irre geleitet sind, darauf ankommt, sie aufzuklären, was sich durch die Auflösung, verbunden mit ansprechenden Manifesten, erreichen läßt. Die Neuheit unsrer constitutionellen Verhältnisse bringt es mit sich, daß wir ihren einzelnen Phasen noch eine etwas schwerfällige Wichtigkeit beilegen, und die Ausübung des wohlbegründeten Auflösungsrechtes der Krone fast wie eine Art Staatsstreich ansehn.

Hier im Lande sind die Zustände auch nicht grade beruhigend, obschon ich an keine wesentliche Erschütterung des Bestehenden glaube. Stieglitz, der Leiter der Finanzen, stellt sogar eine beginnende Besserung der letztern in Aussicht, und er ist eher ein ängstlicher Schwarzseher als ein Schönmaler. Der Hauptmangel ist an Personen zu höhern Beamtenstellen. Es ist überraschend, wie wenig wirklich gebildete Leute, nach unserm Maßstabe, es hier in den höhern Kreisen giebt, und die wenigen gehören meist der Generation der Greise und den Deutschen an, die exclusive Ueberweisung der Erziehung an das national-russische Element durch den Kaiser Nikolaus bestraft sich durch die Masse von Unwissenheit und Roheit, welche in den Sphären zu Tage tritt, aus denen die Staatsmänner hervorgehn sollen. Der Berg von Papier und Formenwesen, welcher das staatliche Leben erdrückt, ist schon im gewöhnlichen Geschäftsleben nicht zu bewältigen; die Arbeiten der Gesetzgebung aber, welche in allen Zweigen der Verwaltung begonnen sind, gelangen nicht von der Stelle, obschon jeder hohe Beamte sich einige deutsche Hülfsarbeiter zulegt, welche die regelmäßige Arbeitslast tragen. Gortschakow wäre ohne seinen Westmann, Hamburger, Sacken und den deutschen Kammerdiener garnicht denkbar. Baron Sacken, ein alternder Mann, ist die einzige Spezialität des Ministeriums für Schleswig-Holstein nebst allen deutschen Bundessachen, welche von allen Andern, Gortschakow eingerechnet, als eine Art Sanskrit behandelt werden, das niemand auch nur zu erlernen versucht. Ueber orientalische, slavische und allenfalls französische Dinge ist der Fürst jederzeit gesprächig und

ein aufmerksamer Hörer. In allen deutschen Fragen, die Re- 15. 1. 1862.
form des Bundes eingerechnet, kann ich ihm nur mit Gewalt ein widerwilliges Gespräch abgewinnen. Auch Italien ist ihm jetzt, wo die innern Geschäfte im Reichsrath und Conseil ihn ermüden, langweilig geworden, und nur aus Gefälligkeit für die Coqetterien der Frau von Regina legt er gelegentlich einiges Interesse für den König Franz an den Tag.

Ich habe mir erlaubt in dem beifolgenden Berichte über die italiänische Anerkennungsfrage meine unmaßgebliche Ansicht vorzutragen. Meiner Ueberzeugung nach müßten wir das Königreich Italien erfinden, wenn es nicht von selbst entstände. Seine Herstellung kann durch Uebergangsstadien führen, welche ihre Bedenken haben, welche wir aber suchen müßten abzukürzen. Wenn es erst fertig auf eignen Füßen steht, so kann ich mir keine willkommenere Schöpfung für Preußische Politik denken; der Fehler der Situation liegt nur in der Fortdauer seiner Unselbständigkeit. Ich begreife, daß Seine Majestät der König Sich schwer dazu entschließen würde, die Sache der italiänischen Fürsten aufzugeben. Aber Preußen hat garkeine Reciprocität zu erwarten, wenn es für dieselben einsteht. Weder vom Papste noch von Oestreich, noch von den vertriebnen Dynastien haben wir auf Dank zu rechnen, wenn wir ihnen unser Interesse und das Einverständniß mit England opfern. Gestützt auf unsre und Englands Anerkennung hat der neue Staat einige Bürgschaft des Bestehens, und wenn wir damit nur das Cabinet Ricasoli halten, so hängt daran vielleicht der ganze Bestand des statu[s] quo in Italien. Bricht derselbe zusammen, so eröffnet sich eine weite Perspective von Krieg und Unruhen, wie dieß Ricasoli m. E. nicht mit Unrecht Herrn von Brassier entwickelt hat. Ich kann mich überhaupt nicht recht von der Richtigkeit der Theorie überzeugen, daß die Anerkennung eines neuen Staates irgend welche rechtliche Billigung der Art, wie derselbe entstanden ist, in sich schließe; sie besagt vielmehr nur, daß man der neuen Regirung eine hinreichende Dauer zutraut, um im Interesse der eignen Unterthanen die regelmäßigen Geschäftsverbindungen mit ihr einzurichten. Die Engländer haben die practische Methode, neue staatliche Schöpfungen mit großer

15. 1. 1862. Leichtigkeit anzuerkennen, ohne damit eine Verantwortlichkeit für die rechtliche Basis oder eine Bürgschaft für ihre Dauer zu übernehmen. Sollte der König Franz in seine Staaten zurückkehren, so würde England sich höchstens durch eigne Interessen, nicht aber durch seine frühere Anerkennung Victor Emanuels abhalten lassen, wiederum einen Gesandten in Neapel zu beglaubigen. Wenn in der Anerkennung eine solidarische Haftung für die Rechtmäßigkeit der Einsetzung einer Regirung läge, so hätten wir seit 1830 in Paris keinen regelrecht beglaubigten Gesandten haben können.

Den 16./4. Soeben schickt mir Gortschakow einen telegraphischen Auszug der Thronrede, und ich freue mich auch in ihr die Bundesreform betont zu sehn. Demnächst ist mir besonders die Ueberzeugung beruhigend, die ich dem Auszug entnehme, daß wir an keine Art von Rückzug oder Compromiß in der Frage der Armee-Einrichtungen denken. In der nächsten Zeit stehn Conflicte mit der Kammer schwerlich zu erwarten; die etwaige Adreßdebatte hat zu wenig practisches Element in sich, als daß es dem Wähler im Lande recht verständlich würde, worüber der Bruch eigentlich entstanden sei, wenn er bei der Gelegenheit zu Tage tritt. Im März werden, wie ich glaube, die critischen Tage der Kammer erst beginnen. Sollte die Versammlung ihrerseits unannehmbare Vorlagen machen, so ist es, wie ich glaube, zunächst immer zweckmäßiger, dieselben am Herrenhause scheitern zu lassen, als die Autorität der Krone zu früh ins Gefecht zu führen. Für den gemeinen Wähler in Masse kommt viel darauf an, daß der Conflict, über welchen die Kammer seiner Wahl nach Hause geschickt wird, ein gemeinfaßlicher und klarer sei.

Gestatten Sie mir vertraulichst noch eine Frage anzuregen, die mir persönlich natürlich von hohem Interesse ist. Ihr Herr Vorgänger hatte mir schon im Sommer angedeutet, daß Ihr Eintritt ins Ministerium wahrscheinlich meine Versetzung von hier nach sich ziehn würde. Diese Wahrscheinlichkeit ist durch den Verlust von Pourtales erhöht worden. Ich formulire keine Art Wunsch, womit Sie ohne Zweifel bei der Gelegenheit hinreichend ohnedies behelligt sind; ich bin, auf-

richtig gesagt, zu abergläubisch, um irgend etwas dringlich zu begehren, was mir nachher nicht zur Zufriedenheit ausschlägt, und ziehe vor, in militärischer Fassung die Befehle Sr. Majestät abzuwarten und zu vollziehn, mögen sie für hier oder für eine andre Bestimmung lauten. Sehr lieb aber wäre es mir, wenn ich eine Andeutung darüber haben könnte, ob ich mich auf Bleiben oder Umziehn überhaupt einrichte. Am 1. Februar a. St. muß ich mich erklären, ob ich mein Haus zum 1. Juni c. behalte oder aufgebe. Es ist das ein Gegenstand von etwa 8000 Thlr., da unsicher bleibt, ob mein etwaiger Nachfolger in meinen Contract würde treten wollen oder nicht. Dazu kommen Reparaturen, die ich bei Erneuerung des Contractes verlangen muß, sowie manche andre häusliche Einrichtungen, Pferdekäufe und dergl. Ist es also möglich, die Wahrscheinlichkeit schon jetzt zu beurtheilen, so würde ich für einen Wink darüber dankbar verpflichtet sein. 15. 1. 1862.

Ich weiß nicht, wie in den Zeitungen das Gerücht entstanden ist, als käme ich zur Landtagseröffnung nach Berlin; auch in der Correspondenz meiner Freunde wurde meine Anwesenheit als Thatsache behandelt, und mein Pächter aus Schönhausen war erschienen, mich dort aufzusuchen. Bei 24 bis 30 Grad Kälte, wie sie seit 14 Tagen herrscht, zu reisen, mit Kammerdebatten in Aussicht! ich hatte ein behagliches Frösteln am Kamin bei der Gewißheit, daß es nicht wahr sei.

Es wird Sie freuen zu vernehmen, daß Ihr Andenken bei liebenswürdigen Damen hiesiger Gesellschaft lebendig ist, und ich versäume daher nicht, einen sehr gnädigen Gruß zu bestellen, mit welchem mich die Frau Großfürstin Marie Niklajewna für Sie beauftragt hat, als ich im Hause Belosselsky, jetzt Kotschubey, beim Souper neben ihr saß; ich sollte Sie daran erinnern, wie vergnüglich Sie in eben jenen Räumen mit Ihrer K. H. getanzt hätten. Die Großfürstin ist für uns Preußen noch jetzt vorzugsweise liebenswürdig, während bei den übrigen Herrschaften, außer Kaiser und Kaiserin, wir nur noch zu den Ausländern im Allgemeinen zählen.

Mir und den Meinigen geht es wohl, nachdem meine Tochter beginnt, sich von dem für Kinder hier so gefährlichen

15. 1. 1862. typhösen Fiber zu erholen, welches sie vor 2 Monaten befiel und mehre Wochen in Lebensgefahr hielt. Ich erhalte mich durch die Jagd gesund, meine Kinder aber leiden unter Mangel an Luft und Bewegung, da ihnen die Aerzte bei der starken Kälte das Ausgehn verbieten. Mit der Zeit fürchte ich, daß ich mich aus Erziehungs-, Gesundheits- und Geld-Rücksichten doch zu dem Rochow'schen System werde entschließen und meine Familie werde in der Heimath lassen müssen; jedenfalls schicke ich sie mit dem ersten Frühling dahin; wie lange ich die Einsamkeit aushalte, muß der Erfolg lehren. Loen führt hier als Garçon seit Jahren die Rolle einer Zierde der Salon's durch. Ich habe eine wahre Sorge, ihn zu verlieren; er ist verträglich, angenehm und zu keinen Uebergriffen geneigt. Käme an seine Stelle jemand mit etwas geschäftlichem Ehrgeiz und Hang zur Intrigue, so ist dieses System der Doppelvertretung mit einem selbständigen Militärgesandten bei dem Kaiserlichen Hofe und einem diplomatischen bei der Kaiserlichen Regirung für den letztern nicht durchzuführen, hier weniger als irgendwo. Den Brief Sr. Majestät des Königs habe ich Loen ausgehändigt und ihn mit allem bekannt gemacht, was ich über Gerstenzweig gehört habe. Ueber den sonstigen Inhalt des allerh. Schreibens hat er mir nichts mitgetheilt, aber die Absendung seiner Antwort mit diesem Courrier in Aussicht gestellt.

Mit der Bitte, mich der Frau Gräfin zu Gnaden empfehlen zu wollen, bin ich in freundschaftlicher Verehrung

der Ihrige

v. Bismarck.

VI.

Berlin den 8. Februar 1862.

Mein verehrter Freund,

8. 2. 1862. Ich habe vor und seit Empfang Ihres Briefes vom 15/3 v. M. mir alle Mühe gegeben, Allerhöchste Bestimmungen hervorzurufen, welche mich in den Stand setzten, Ihre an mich gerichtete Frage wegen Ihres Verbleibens oder Nichtverbleibens in Petersburg zu beantworten; es ist mir aber zu meinem Bedauern bis jetzt nicht gelungen, eine Entscheidung herbeizuführen, und ich kann

Ihnen daher nur noch eiligst vor Thorschluß, d. h. vor dem 8 2. 1862.
1. Februar a. St., privatim und in freundschaftlichem Vertrauen sagen, daß es allerdings meine Absicht ist, eine Ihnen zusagende Versetzung für Sie herbeizuführen, daß ich Ihnen aber nicht die Versicherung geben kann, daß diese Absicht unter allen Umständen zur Ausführung kommt, da die verschiedenartigsten und theilweise sehr starken Einflüsse und Bedenken sich hierbei geltend machen. Hiernach muß ich Ihnen überlassen, wegen Kündigung ꝛc., nach eigenem Ermessen zu verfahren.

Einliegend sende ich Ihnen zur vorläufigen Kenntnißnahme Abschrift der identischen Noten, welche Oesterreich, die 4 Königreiche, Großherz. Hessen und Nassau hierher gerichtet haben. Meine Antwort wird bald folgen. Mehr erlaubt mir die Zeit für heute nicht hinzuzufügen.

Mit freundschaftlicher Ergebenheit

der Ihrige

Bernstorff.

VII.

Petersburg $\frac{10. \text{ Febr.}}{29. \text{ Jan.}}$ 1862.

Verehrtester Freund und Gönner

indem ich die plötzliche Abreise meines Hauslehrers, der seine 10. 2. 1862.
Mutter verloren hat, zu einer kleinen Expedition benutze, kann ich derselben aus dem Gebiete der großen Politik nur eine Vacat-Anzeige beigeben. Gortschakow hat mir vorgestern seine neuste Pariser und Londoner Post vorgelegt. In dem Hauptberichte des Gr. Kisselew standen die Rathschläge im Vordergrunde, welche Napoleon dem Kaiser Alexander in Betreff des Schlittschuhlaufens und der Vortheile dieser Uebung für die Gesundheit ertheilt und welche mit höflichem Danke entgegengenommen, aber nicht befolgt werden. Der Kaiser liebt Anstrengungen der Art so wenig, daß selbst auf der Jagd der zu Fuß zurückzulegende Theil des Weges sehr kurz und auch in Mitten der wüstesten Wälder gänzlich eben und schneefrei sein muß; eine Wegebesserung, durch welche nicht selten das Wild vertrieben wird. Außer den Schlittschuhen bespricht Kisselew nur die Foulb'schen Finanz-Pläne. Baron Brunnow's Berichte sprechen von Bestrebungen Lord Russel's, den Frieden zwischen

10. 2. 1862. Turin und Wien zu erhalten, und schreiben dem Londoner wie dem Pariser Cabinete gleichmäßig den Wunsch zu, einander in Krieg mit Amerika zu verwickeln, selbst aber freie Hand zu behalten. Nicht ohne besorgte Theilnahme kann man lesen, was er über den Zustaud der Königin schreibt. Danach sollen die Minister, seit dem Tode des Prinzen Albert, Ihre Majestät noch garnicht gesehn haben, und der vor Eröffnung der Session nöthige Cabinetsrath vor der offnen Thür des Königlichen Zimmers abgehalten sein, ohne daß die Königin erschien. Ueber die Stellung, welche König Leopold unter stillschweigender Zulassung der Minister in Folge der Unzugänglichkeit der Königin eingenommen hat, werden Ihnen Londoner Nachrichten schon vorliegen. Baron Brunnow rechnet darauf, daß unter diesen Umständen die Opposition in tactvoller Courtoisie sich jedes Angriffes auf das bestehende Ministerium enthalten werde, und demselben für die Dauer der Session der Waffenstillstand im Innern gesichert sei.

Die Schwedische Depesche an die Großmächte will mir Gortschakow in Abschrift nicht geben, wenn ich ihm nicht die Erlaubniß Wedel's dazu schaffe; dagegen hat er mir die französische Antwort auf dieselbe, an Fournier und Dotézac gerichtet, gezeigt, die zu Concessionen in Schleswig räth und sich schließlich die Erklärungen aneignet, welche England in Kopenhagen hat geben lassen. Die Angelegenheit scheint bei der Uebereinstimmung in den Ansichten der drei Mächte, und der Abneigung der Schweden selbst gegen Einmischung in continentale Händel, eine erledigte zu sein. Gortschakow sagt vom König von Schweden in Betreff seiner Velleitäten, den Charles XII zu spielen: c'est un coureur de femmes impotent (qui ne b.... pas, war sein drastischer Ausdruck).

Wenn die Neutralisirung Rußland's in der auswärtigen Politik noch ein Jahr lang dieselben Fortschritte macht wie bisher, so wird mein Posten hier keine größere Bedeutung behalten als der in Madrid. Die innern Fragen überwuchern selbst das auswärtige Amt, und Gortschakow selbst läßt nach in den Bemühungen, wenigstens den Schein zu retten und die Fiction großmächtlicher Betheiligung an der europäischen Politik

lebendig zu erhalten. Vor einigen Monaten erklärte er es für ganz unzulässig, einen päpstlichen Nuntius hier anzunehmen; jetzt stellt er es als einen Sieg seiner Diplomatie dar, den Papst zur Entsendung eines Vertreters bewogen zu haben, und sagt mir, daß letztre nur durch die Schwierigkeit, eine geeignete Person zu finden, noch aufgehalten werde. Seit einigen Tagen giebt uns die Adels-Versammlung des Petersburger Gouvernements das heimische Schauspiel einer Kammerverhandlung, mit Tribünen, welche von Damen, Diplomaten und Litteraten zahlreich besetzt sind, und zu denen jedermann Einlaßkarten erhält, der sich an den Adelsmarschall Grafen Schuwalow wendet. Man spricht gut und geläufig, mit etwas mehr Pathos und Gesticulation, als bei uns üblich ist; Gegenstand der Abstimmungen sind mehr allgemeine Regirungsgrundsätze als practische Bedürfnisse des Petersburger Gouvernements. 10. 2. 1862.

Die Zeit nöthigt mich zu schließen. In freundschaftlicher Verehrung verharre ich

der Ihrige

v. Bismarck.

Antwort Bernstorffs.

Berlin, den 21. Febr. 62.

Mein verehrter Freund,

Ich will Herrn v. Krause nicht abreisen lassen, ohne Ihnen für Ihren Brief vom 10. d. M. zu danken, und einige vertrauliche Notizen zu geben. Zunächst bitte ich Sie, den Herrn v. Krause gleich vollständig in die Geschäfte, die jetzt Herr v. Schlözer führt, einweihen zu lassen, damit ich möglichst bald über Letzteren anderweitig verfügen kann, denn ich werde doch wohl nicht umhin können, ihn in die politische Abtheilung des Ministeriums zu nehmen, und dann dachte ich die 2. Legationssecretairstelle dem p. v. Krause zu übertragen. Leider hat der König sich noch immer nicht zu den größeren Ernennungen entschließen können, und stocken daher auch noch die unteren. Die deutsche Frage macht, wie Sie gesehen haben werden, großes Halloh. Zu Ihrer persönlichen Orientirung kann ich Ihnen ganz vertraulich mittheilen, daß Napoléon und Thouvenel unseren Standpunkt vollkommen billigen, dagegen die Oesterreichischen Pläne einer Gesammtgarantie der außerdeutschen Besitzungen für einen casus belli für Frankreich er- 21. 2. 1862.

21. 2. 1862. klären. Dies ist natürlich von großer Wichtigkeit für uns. Der Handels-Vertrag mit Frankreich ist jetzt von jener Seite gesichert, und nur noch die Zustimmung der Vereins-Regierungen zu erlangen. Auch in der Dänischen Sache ist Frankreich willfährig, und de la Tour hat mir vor 3 Tagen ganz vertraulich mitgetheilt, daß es nicht gegen eine Theilung Schleswigs sein würde. Wenn derselben Idee bei Rußland und England Eingang zu verschaffen wäre, so hätten wir viel gewonnen und die Möglichkeit einer Abmachung dieser Angelegenheit wäre gegeben. Das Englische Cabinet, obgleich der Erfinder dieser Idee, erklärt sich jetzt aber dagegen und zwar, weil Dänemark den Plan nicht will. Dem kann man nur entgegensetzen, daß Deutschland die Dänischen Pläne nicht will und dies doch wenigstens ebensoviel Gewicht hat und daß, wenn Europa den Plan vernünftig findet und durchführen will, es auf Dänemarks Willen gar nicht ankommt. Wenn Rußland daher zu gewinnen wäre, und wir so 2 der Europäischen Großmächte für uns hätten, so würde ich es schon entweder auf den Versuch einer Conferenz oder auf den Krieg ankommen lassen. Mit Frankreichs Einverständniß können wir diesen führen, ohne dasselbe nicht.

Wenn das Turiner Cabinet uns gewisse Garantien giebt, die wir wünschen, so werden wir uns wohl nunmehr bald zur Anerkennung entschließen. England und auch Frankreich rathen dringend dazu im gegenwärtigen Augenblick. Letzteres ist mir lieb, da das jeden Argwohn ausschließt, als sollte es ein Schritt gegen Frankreich sein, und das müssen wir natürlich sorgfältig vermeiden. Hier macht die in die Oeffentlichkeit gedrungene Nachricht, daß es sich um Anerkennung handele, einen fürchterlichen Lärm unter den Katholiken und leider auch den evangelischen Conservativen. Einer der Letzteren sagte mir gestern, dann wäre das Herrenhaus verloren und nicht mehr aufrecht zu erhalten!! und W. Radziwill erklärte mir, das sei offener Bruch mit der ganzen katholischen Bevölkerung Preußens und Bürgerkrieg! Die Spaltung, die daraus entstehen wird, ist allerdings im gegenwärtigen Augenblicke doppelt unangenehm; allein nachdem die Sache nach einstimmiger Ansicht des Ministeriums so weit vorbereitet ist, wird man sie doch schwerlich mehr zurückholen können, wenn nicht das Turiner Cabinet Schwierigkeiten macht. Ob es nach dem, was Fürst Gortschakoff Ihnen seinerzeit gesagt hat, noch zu etwas führen wird, dem Russischen Cabinet eine vorgängige Mittheilung zu machen, weiß ich nicht. Vielleicht wäre es nicht übel, wenn Sie dasselbe, ohne eines Auftrags irgendwie zu erwähnen, bloß auf Grund Ihrer persönlichen Kenntniß, darauf vorbereiteten, daß eine Anerkennung unsererseits möglicherweise bald erfolgen

könne. Fänden Sie dann dort irgend eine Geneigtheit oder Wahr- 21. 2. 1862.
scheinlichkeit eines Zusammengehens mit uns, so könnten Sie ja ebenfalls privatim weiter in diesem Sinne zu wirken suchen, und wäre alsdann wirklich Hoffnung eines Anschlusses von Russischer Seite vorhanden, so würde ich natürlich, ehe wir den entscheidenden Schritt thuen, Rußland zur Theilnahme an demselben einladen. Wenn Sie glauben, daß es auch ohne irgend eine Aussicht auf Erfolg nöthig oder wünschenswerth wäre, diese Einladung nach Petersburg gelangen zu lassen, so bitte ich Sie, mir dies sobald als möglich zu schreiben. Budberg ist für die Anerkennung und schreibt, wie ich nicht zweifele, in diesem Sinne, doch hat er mir auch vor einiger Zeit gesagt, daß man in St. Petersburg keine Lust habe, und hinzugefügt, die von Gortschakoff in seinem Briefe gebrauchten Worte schienen ihm die Worte des Kaisers zu sein.

Was sagt man dort über die Deutsche Frage und versteht man sie einigermaßen? Es ist sehr wichtig für uns, die großen Mächte auf unserer Seite zu haben, und Oesterreichs unvorsichtig und voreilig in die Welt geschickter Wunsch nach „Consolidation" kömmt uns zu Statten. Budberg kömmt mir nicht gerade partheiisch gegen uns vor, aber es mögen ihm wohl noch einige frühere Meyendorffsche Traditionen ankleben, die sein Urtheil einigermaßen befangen machen könnten. Loftus ist gut gestimmt, und Latour auch, nach seinen Aeußerungen zu urtheilen.

Hier muß ich schließen, und verbleibe mit aufrichtiger Ergebenheit

der Ihrige

Bernstorff.

VIII.

Petersburg 27./15. Februar 1862.

Verehrtester Freund und Gönner

ich benutze in der Eile eine sich plötzlich darbietende englische 27. 2. 1862.
Gelegenheit, um die beifolgenden beiden Berichte zu befördern, finde aber nicht die Zeit, einen dritten über die hiesigen Eindrücke der deutschen Angelegenheiten hinzuzufügen. Ich beschränke mich daher auf den Ausdruck des verbindlichsten Dankes, mit dem ich Ihr Schreiben vom 21. erhielt; dasselbe orientirt mich auf das Vollständigste über alle Verzweigungen unsrer Politik. In Betreff der dänischen wiederhole ich nur, daß man hier traitabler ist, als nach frühern Antecedenzien zu erwarten wäre, und weit entfernt von der doctrinären Verbissenheit, mit welcher unter Nikolaus die Holsteiner in den großen Topf

27. 2. 1862. der Rebellen und Jacobiner geworfen wurden, weil ihr König zu den Dänen hielt. Die Anerkennung Italiens durch Rußland ist wohl so weit gereift, daß sie wahrscheinlich vom Baume fällt, wenn wir ihn einigermaßen schütteln. Ich habe mit Gortschakow quasi proprio motu[1]) gesprochen, also keine amtlich verbindlichen Erklärungen von ihm verlangen können. Indessen fühlt man durch, daß er trotz seines Cicisbeat's bei Frau von Regina, bereit sein würde anzuerkennen, wenn der Kaiser die Sache nicht hielte. Ich habe Sr. Majestät, immer als persönliche Ansicht, vorgestellt, daß die neusten Erscheinungen in der Bundespolitik zu verletzend und beunruhigend für uns seien, um uns zu gestatten, daß wir unsre politische Zukunft vertrauensvoll auf den guten Willen Oestreichs und der Mittelstaaten einrichten; ich schob die Schuld (die ich in Wahrheit weniger in Persönlichkeiten als in geschichtlichen Nothwendigkeiten suche) vorzugsweise auf Rechsbergs mir durch langjähriges Beisammensein wohlbekannte Leidenschaftlichkeit... Der Kaiser gab zu, daß die identischen Noten eine Unbesonnenheit gewesen seien, und auch in der Bundesversammlung eine bedauerliche Rücksichtslosigkeit gegen Preußen an den Tag gelegt werde. Er habe in Wien Verträglichkeit und Nachgiebigkeit empfohlen und darauf hinweisen lassen, daß die Macht auf Preußens Seite sei und die Reihe der Concessionen an Oestreich; wir möchten aber auch bedenken, daß die Gereiztheit der Mittelstaaten eine große sei und dieselben schließlich zu neuen Rheinbundbestrebungen treiben werde. Unser Verlangen nach Führung und Consolidirung der Bundesarmee hält der Kaiser für gerechtfertigt, weniger sieht er die Nothwendigkeit der diplomatischen Vertretung der andern Staaten durch Preußen ein. In beiden Beziehungen aber, sagt er, würden wir eine freiwillige Zustimmung der deutschen Fürsten niemals erlangen. Die Familien-Correspondenz Sr. Majestät scheint den Mangel an Wohlwollen für Preußen, welcher die deutschen Höfe beherrscht, in kräftigen Ausdrücken bekundet zu haben.

Bei vertraulicher Mittheilung der „identischen Note" hat Fürst Gortschakow gegen den Würtembergischen Geschäftsträger

[1]) gleichsam aus eigenem Antrieb.

sich tadelnd über das Verfahren der Coalition gegen uns aus- 27. 2. 1862.
gesprochen und an unsre materielle Ueberlegenheit erinnert, sowie an die Gefahr, uns zur Verständigung mit Frankreich zu drängen, welche ohne materielle Opfer für uns erreichbar sei. Voraussichtlich wird er zu den übrigen deutschen Gesandten in ähnlichem Sinne gesprochen haben. Thun wenigstens ist böser als je auf ihn. Die, uns persönlich nicht feindlichen, Vertreter Sachsens und Würtembergs bedauern im Gespräch mit mir die identische Note als Mißgriff ihrer Regirungen, und erwarten die Anerkennung Italiens als unsern nächsten Gegenzug. Gortschakow hat ihnen allen gesagt, Rußland betrachte den Bundes-Verfassungsstreit als innre Angelegenheit Deutschlands, und werde sich hüten, wieder in die Fehler seiner frühern Regirung zu verfallen, indem es sich in fremde Häuslichkeiten einmische. Man spricht hier von weitern Reductionen der Armee, z. B. Verschmelzung der vier Garde-Küraſſier-Regimenter, die bisher 2 Mill. Rubel kosteten, in Ein Regiment von 4 Escadrons.

Für den Fall, daß ich versetzt werden sollte, bezeichnet mir Gortschakow den Grafen Goltz und Schulenburg in Stuttgart als wünschenswerthe Nachfolger. Ich habe ihm höflich erwidert, daß ich mich mit [dem][1]) schmerzlichen Gedanken, ihn und Petersburg zu verlassen, noch nicht vertraut machen könne.

Mit der Bitte, mich der Frau Gräfin zu Gnaden empfehlen zu wollen, bin ich in aufrichtiger Verehrung

der Ihrige

v. Bismarck.

P. S. In der Anlage, die Legations-Secretäre betreffend, habe ich nur den Ausdruck der Besorgniß niederlegen wollen, plötzlich mit einer in allen Personen neuen Garnitur umgeben zu sein, deren Anlernung für die hiesige Spezialität eine schwere Arbeit sein würde. Wegen Saurma antworte ich mit Nächstem. Mir ist er willkommen, wenn er reich genug ist, hier leben zu können; unter 5000 Thlr. halte ich es nicht thunlich.

[1]) Ergänzung des Herausgebers.

IX.

Petersburg, 14./2. März 1862.

Verehrteſter Freund und Gönner

14. 3. 1862. nach dem Telegramm von vorgeſtern Abend iſt es der Wille Sr. Majeſtät des Königs, daß ich in vorausſichtlich wenigen Tagen, ſobald ich meine Abſchiedsaudienz gehabt haben werde, Petersburg definitiv verlaſſe. Ich werde natürlich mit gewohnter Pünktlichkeit den allerhöchſten Befehlen gehorſamen, kann aber nicht verhehlen, daß die Koſten der Ueberſiedlung auf irgend welchen andern Poſten durch dieſe unerwarte[te] Beſchleunigung meiner Abreiſe, unmittelbar nach der erſten Nachricht von der mir bevorſtehenden Veränderung, ſehr geſteigert werden. Ein großer Hausſtand läßt ſich nicht in einigen Tagen auflöſen, und fällt unter hieſigen Verhältniſſen der Plünderung anheim, ſobald ich abreiſe. Ich weiß auch nicht, was ich hierlaſſen und was ich mitnehmen ſoll, weil ich meinen künftigen Aufenthaltsort und deſſen Bedürfniſſe nicht kenne. Unſer Fiskus iſt nicht der freigebigſte und eigentlich nur auf unverheirathete Geſandte eingerichtet; das habe ich auf hieſigem Poſten empfunden, und Verſetzungen mit 3000 Thlr. Einrichtungsgeldern gleichen einer Zwangsanleihe auf das Privatvermögen des Verſetzten, deren Rückzahlung aus künftigen Gehaltserſparniſſen dem gewandteſten Sparer ſchwierig ſein dürfte. Muß ich plötzlich reiſen, ohne Ausſicht nochmals herzukommen, ſo laſſe ich meine, im Winter nicht zu transportirende Habe unter den räuberiſchen Händen ruſſiſcher Diener; den Schutz dagegen in Vollmacht zu übernehmen, iſt ein Freundſchaftsdienſt, den ich von niemand verlangen kann. Ich habe ſchon telegraphiſch gebeten, mir Zeit zu laſſen, und wiederhole die Bitte hier privatim, indem ich an Ihr Wohlwollen und Ihre eigne Sachkenntniß in Betreff derartiger Umzüge appellire. Daß ich ſelbſt meine künftige Beſtimmung nicht kenne, will mir Gortſchakow nicht glauben; er vermuthet irgend eine Heimlichkeit hinter meiner Angabe.

Daß Goltz hier persona grata ſein wird, iſt mir ſchon früher außer Zweifel geweſen; Gortſchakow befragt der Form

wegen den Kaiser und wird mir vermuthlich heut noch antworten. Der Telegraph bringt die Nachricht von der Ernennung des neuen Ministerpräsidenten,[1]) und das offiziöse Journal de St. Pétersbourg knüpft daran Betrachtungen, welche den völligen Bruch mit dem liberalen Elemente als bevorstehend erscheinen lassen. Für die nächsten Wahlen wäre es meines Erachtens vortheilhafter gewesen, die Auflösung noch zu verschieben und den Conflict sich vor den Augen des Landes schärfer ausprägen zu lassen. Doch bescheide ich mich, daß die Dinge sich von hier aus nicht übersehn lassen. Hoffentlich schreckt Se. Majestät auch vor einer zweiten Auflösung nicht zurück, wenn sie, wie ich vermuthe, nöthig wird. 14. 3. 1862.

Meine hiesige Wohnung ist noch bis zum 1/13 Juni 1863 gemiethet; ich weiß nicht, ob Goltz sie nehmen wird; sie ist größer als ein unverheiratheter Gesandter sie braucht, aber er wird nicht leicht eine andre finden, wenn er nicht mit andern Miethern zusammen im Hause wohnen will, was für die größeren Missionen bisher nicht üblich ist. Ich werde darüber noch amtlich schreiben, wozu heut die Zeit zu kurz ist. Ein mir bekannter Kaufmann nimmt dieß Schreiben mit, und ich erfuhr seine Abreise erst soeben. Sie werden, wenn auch die Kammer momentan beseitigt ist, an lästigen Geschäften keinen Mangel haben und es mir kaum Dank wissen, daß ich Ihnen auch meine Sorgen noch klage. Ich würde mich auch dessen enthalten haben, wenn ich nicht hoffte, daß diese Zeilen noch rechtzeitig kommen werden, um mir einige Verlängerung der Frist für meinen Abgang von hier zu erwirken.

So eben erhalte ich die Anlage meiner amtlichen Meldung von Gortschakow und werde den Schluß-Passus derselben heut noch telegraphiren; ich komme mir sehr ehrlich vor, indem ich dieß thue, denn der Drang der Umstände bringt mich in starke Versuchung, die Entwicklung meinerseits zu verschleppen, soviel ich kann. Dringend wünschenswerth wäre es mir, vor meiner Abreise von hier zu wissen, wohin ich bestimmt bin, und falls es London oder Paris ist, einige Nachricht zu haben, inwie-

[1]) Fürst zu Hohenlohe-Ingelfingen.

14. 3. 1862. weit die dortigen Wohnungen mit Königlicher Einrichtung versehn sind. Meine hiesige Einrichtung ist, bei dem kläglichen Geldmangel in allen Kreisen, so gut wie unverkäuflich, und eine Auction durch die dafür vorgeschriebnen Förmlichkeiten grade so gut wie verboten. Was ich daher an meinem neuen Wohnorte brauchen kann, nehme ich mit, da ich es hier verschenken oder verbrennen müßte, um nicht noch überschüssige Aufbewahrungskosten zu haben.

Mit der Bitte, mich der Frau Gräfin zu Gnaden empfehlen zu wollen, bin ich in aufrichtiger Verehrung

der Ihrige

v. Bismarck.

Antwort Bernstorffs.

Chiffre.

An den K. Gesandten Petersburg.

Berlin 17. März 1862.

Es steht nichts im Weg, daß E. E. Ihre Haus-Einrichtung vor Ihrem Abgang von Petersburg machen, und bitte ich nur um Nachricht, wann Sie ohne Unbequemlichkeit abgehen zu können glauben.

Bernstorff.

X.

Berlin den 21. März 1862.

Mein verehrter Freund,

21. 3. 1862. Ich ersehe aus Ihrer telegraphischen Mittheilung und Ihrem Briefe vom 14. d. M., daß es Ihnen unbequem ist, Petersburg schnell zu verlassen, und daß es Ihnen außerdem unangenehm ist, nicht gleich Ihren neuen Bestimmungsort zu erfahren. In ersterer Beziehung habe ich Sie bereits durch meine telegraphische Antwort beruhigt und will nur noch hinzufügen, daß es durchaus nicht meine Absicht ist, Sie zu drängen oder Ihnen irgend eine Unbequemlichkeit aufzuerlegen. Die ganze Sache ist eigentlich dadurch verschoben worden, daß Constantinopel, wenn nicht Graf Goltz zurückkehren sollte, schleunigst besetzt werden mußte, und man ihn in diesem Falle nicht in der Luft schweben lassen konnte. Er mußte daher nach Petersburg ernannt werden und Sie für einen anderen Posten. Dies ist bereits durch Cabinets-Ordre geschehen, aber der

König wünscht sich dennoch die definitive Entscheidung noch bis zu Ihrer Ankunft hierselbst vorzubehalten, und die Ordre ist daher secretirt worden. Ich kann Ihnen hiernach zu meinem lebhaften Bedauern vor der Hand nur sagen, daß es sich um Paris oder London handelt. Was Ihre Haus-Einrichtung betrifft, so kann dies Ihnen, glaube ich, so ziemlich genügen, wenn ich hinzusetze, daß beide Gesandtschafts-Hotels vollständig meublirt und mit Betten, Küchengeräth, Beleuchtungs-Apparat, Uhren pp. versehen sind, und Sie daher nur Silberzeug, Porzellan, Glas und Tisch- und Bettwäsche auf eigne Kosten zu halten brauchen. Es würde daher nur darauf ankommen, daß Sie Ihre Sachen, die Sie mitnehmen wollen, verpacken ließen und dem Spediteur übergäben mit dem Vorbehalt, ihm den Bestimmungsort zu schreiben, nachdem Sie hier angekommen sein werden. Jetzt ist die Schifffahrt ja doch noch nicht offen, und ich vermuthe doch, daß Sie sie zur Spedirung werden benutzen wollen. 21. 3. 1862.

Goltz hat sich, wie er mir sagt, mit Ihnen in Verbindung gesetzt, und wünscht noch einige Tage mit Ihnen in Petersburg zusammen zu sein. Budberg hat ihm gesagt, daß der Kaiser während der Fasten keine Audienzen gäbe, und daher weder ihn noch Sie empfangen könne. Montgelas läugnet dies, und ich weiß nicht, was daran wahr ist. Jedenfalls wiederhole ich, daß es, wenn nicht besondere Ereignisse dazwischen kommen, für den Augenblick durchaus nicht nöthig ist, daß Sie Sich übereilen. Schreiben Sie mir daher ganz aufrichtig, wann Sie am liebsten die Uebersiedelung vornehmen möchten, da ich begreife, daß die jetzige Jahreszeit für Ihre Familie in dieser Beziehung nicht angenehm ist. Wenn Sie daher auch Ihr Abberufungsschreiben erhalten, so brauchen Sie es nicht abzugeben, ehe es Ihnen angenehm ist. Ob Goltz ein oder zwei Monate früher hinkommt, darauf kommt es ja nicht an. Es ist mir wohl ums Herz, mich in besserer Gesellschaft zu befinden, und so mein Eintreten, welches nur in dieser Voraussetzung stattfinden konnte, durch den Erfolg gerechtfertigt zu haben, obgleich die größten Schwierigkeiten nun erst recht beginnen und ich mir darüber keine Illusion mache. Für die Modalitäten der jüngsten Vergangenheit will ich nichts sagen. Daß der König auch vor einer 2. Auflösung nicht zurückschrecken wird, hoffe ich sehr. Jedenfalls wird er bei mir die entschiedenste Entschlossenheit dazu finden. Die Königin ist in einem violenten Zustande über den Wechsel.

Mit freundschaftlichen Gesinnungen

ganz der Ihrige

Bernstorff.

Antwort Bismarcks.

Petersburg $\frac{\text{2. April}}{\text{20. März}}$ 1862.

Verehrteſter Freund und Gönner

2. 4. 1862. Ihr freundliches Schreiben vom 21. v. M. habe ich geſtern, durch den engliſchen Courier mit verbindlichſtem Danke erhalten und bin durch den Inhalt deſſelben über den Entwicklungsgang meines Umzuges weſentlich beruhigt. Wenn die Eventualitäten meiner Zukunft nur zwiſchen London oder Paris ſchwanken, ſo genügt die dadurch gegebne Sicherheit vollſtändig, um meine Einrichtungen treffen zu können. Insbeſondre bin ich Ihnen für die Angaben der Kategorien dankbar, welche in den Einrichtungen der dortigen Geſandſchaftshäuſer vorhanden ſind oder fehlen. Mehr oder weniger accreditirte Gerüchte waren hierhergelangt, welche mir auch die Beſtimmung nach Frankfurt offen ließen, und ſchließlich mein Verbleiben in Petersburg in Ausſicht ſtellten; letztres noch vorgeſtern, nach einer Mittheilung Gortſchakow's. Die Aufgabe, die bereits in meinem Haushalt gemachten Breſchen wieder herzuſtellen, wäre natürlich eine unerfreuliche geweſen. Anderweite Gerüchte wieſen mir Beſtimmungen zu, bei denen ich die Chancen des Rücktrittes in das Privatleben hätte gleichzeitig ins Auge faſſen müſſen. Die Ungewißheit erſtreckt ſich für mich nunmehr nur noch auf den Zeitpunkt der Abreiſe, und bin ich in dieſer Beziehung ſehr erkenntlich für den mir gelaſſnen Spielraum. Ueblich iſt ein offizieller Empfang am Hofe während der Faſten nicht, doch würde eine Ausnahme für uns auf Verlangen gemacht werden; nur in der letzten Woche vor Oſtern iſt die Abgeſchloſſenheit eine ganz ſtrenge. Mein unmaßgeblicher Vorſchlag wäre, mir das Abberufungsſchreiben nach Oſtern zugehn, und mir dann noch etwa 14 Tage Zeit bis zur Abreiſe zu laſſen. Dieſe Friſt iſt um deshalb ſehr erwünſcht für mich, weil ich erſt dann, wenn der Zeitpunkt der Abreiſe genau feſtſteht, mich von allen Bedürfniſſen der täglichen Exiſtenz durch Verkaufen oder Einpacken definitiv entblößen kann. Daß Goltz hier noch einige Tage mit mir zuſammen iſt, wird unſern beiderſeitigen Intereſſen förderlich ſein, geſchäftlich und privatim; Ihr Schrei-

ben läßt mich ersehn, daß Sie die Güte haben, dazu die Hand 2. 4. 1862.
zu bieten.

Durch Thun-Caroly scheint die Nachricht hierher gelangt zu sein, daß die Anerkennung Italiens bei uns beschlossene Sache sei, und nur aus Rücksicht auf die Stimmung der Katholiken bei den Wahlen noch zwei Monat lang geheim gehalten werden, jedenfalls aber vor Eröffnung des Landtags erfolgen solle. Gortschakow fragte mich in einiger Verstimmung danach, worauf ich die Wahrscheinlichkeit der Nachricht in Abrede stellte.

Baron Spitzenberg, der diese Expedition mitnimmt, sollte erst übermorgen reisen, ist aber durch telegraphische Nachricht von der Erkrankung seines Vaters in Stuttgart veranlaßt schon heut aufzubrechen, so daß ich plötzlich mit der Zeit ins Gedränge komme, und mich auf diese Zeilen beschränken muß.

Mit aufrichtiger Verehrung verharre ich

der Ihrige

v. Bismarck.

XI.

Petersburg, 25./13. März 1862.

Verehrtester Freund und Gönner

gestatten Sie mir zunächst meinen aufrichtigen Glückwunsch zu 25. 3. 1862.
der im Ministerium vorgegangnen Wandlung. Ohne irgend einer politischen Ueberzeugung zu nahe treten zu wollen, sehe ich doch als das erste Erforderniß eines Cabinetes, welches in bewegten Zeiten wirksam sein soll, die innre Einigkeit desselben an. Deren bisheriger Mangel muß die Aufgabe jedes Einzelnen unmöglich gemacht, und die Arbeit verdoppelt haben. In den hiesigen amtlichen Kreisen findet die Wahl Ihrer neuen Herrn Collegen den vollsten Beifall; gemäßigte Conservative, ohne doctrinären Fanatismus. Mir ist insbesondre Herr von Jagow ein Freund aus alten Zeiten, von der Universität und aus Kreuznach her, wo ich mitunter zur Jagd bei ihm war. Ich bitte Sie, ihm meine herzlichen Grüße und guten Wünsche zur Durchführung seiner dornigen Aufgabe zu bestellen. Daß es für diesmal gelingt, die Wahlen nach Wunsch zu lenken,

25. 3. 1862. bezweifle ich, die Zeit ist zu kurz, und der Bruch mit der Kammer kam für das Land zu überraschend. Ich möchte fast sagen, es ist Schade um eine politisch so ungeschulte und erregbare Kammer wie diese war; wenn man sie statt der sofortigen Auflösung durch kühle Nichtachtung noch etwas gereizt hätte, so würde sie die nutzbarsten Thorheiten begangen haben, und der Verurtheilung durch die Wähler in höherem Grade anheimgefallen sein.

Ich warte hier, und, wie ich nicht läugnen kann, mit einigem Unbehagen, auf eine bestimmtere Gestaltung meiner eignen Zukunft. Als ich die erste Kunde von meiner bevorstehenden Abberufung erhielt, hatte Gortschakow auf Grund Budberg'scher Nachrichten die Meinung, daß diese Maßregel mit den neuen ministeriellen Combinationen in Verbindung stehe, ich glaubte nicht daran, theils aus sachlichen [Gründen], theils aus dem formellen Grunde, daß mir ausdrücklich gesagt wurde, Seine Majestät habe mich zu andern diplomatischen Functionen bestimmt. Die anderweite Besetzung der Ministerposten hat meine Vermuthungen gerechtfertigt; ich bin aber noch immer in der Lage, die sich täglich wiederholenden Anfragen nach der neuen Bestimmung, welcher ich entgegengehe, unbeantwortet zu lassen. Lord Napier nimmt an, daß es London sei, und giebt mir in der Voraussetzung heut ein offizielles Diner; er giebt sich die Miene, mehr darüber zu wissen als ich. Unter den Russen dagegen erzählt man sich, meine Abberufung sei weniger durch das Bedürfniß anderweiter Verwendung, als durch Unzufriedenheit mit meinem allzu russischen Standpunkte in der Politik motivirt. Gortschakow theilt diese Meinung natürlich nicht, sondern erwartet von Goltz, nach seinen Antecedentien in Constantinopel, eine ebenso entgegenkommende Haltung wie von mir; er wird darin ebenso von mir bestärkt wie von Budberg, dessen vertrauliche Berichte mit der wärmsten Anerkennung von Goltz reden. Aber auch Gortschakow hat den Eindruck, daß eine Abberufung, welche nicht gleichzeitig eine Versetzung ist, den Schatten Königlicher Ungnade auf mich fallen läßt; er fragte mich, ob ich glaubte, daß Seine Majestät irgend welchen Anlaß zur Unzufriedenheit

mit mir habe, und rieth mir als Freund, auf eigne Hand sogleich nach Berlin zu fahren und das Terrain zu recognosciren. Ich sagte ihm, daß er m. E. auf falscher Fährte sei, und daß wahrscheinlich um deshalb mir nicht gesagt werde, wohin ich bestimmt sei, weil die definitive allerhöchste Entscheidung in der That noch zu erwarten stehe. Warum aber dann die schleunige Abberufung und Sendung des Nachfolgers, bevor man Sie anderswo braucht? fragte er etwas ungläubig. Ich erzähle dieß nur à titre de renseignement, und erwarte in Geduld, was der König befehlen wird; mir ist es bei der jetzigen Kälte, den schlechten Wegen durchaus nicht unlieb, noch länger hier zu bleiben, meinen Auszug in Ruhe vorzubereiten und eine Reihe von Abschiedsdiners einzunehmen, deren Folgen ich allwöchentlich durch einen Jagdtag neutralisire. Dabei ist immerhin der Wunsch, zu wissen, was aus mir werden wird, von einer verzeihlichen Neugierde eingegeben, für deren Befriedigung ich jederzeit dankbar sein würde. Meine Familie schicke ich, sobald die Witterung etwas milder wird (wir haben 18° Frost), zu mir aufs Land nach Pommern, ohne Rücksicht auf meine eigne frühere oder spätere Abreise von hier; ebendahin werde ich auch mein hier jetzt nicht verkäufliches Mobiliar dirigiren. 25. 3. 1862.

In Ermanglung politischen Stoffes ist der Tod des alten Kanzlers[1]) das Thema, welches die Unterhaltung hier beherrscht; er ist eigentlich an einer Flanelljacke gestorben, die er seit Jahren auf der Haut trug und wegen eines leichten Ausschlags mit einem leinenen Hemd vertauschte; dadurch ist der Ausschlag zurückgetreten. Er war für seine Jahre sonst noch so rüstig, daß man ihm langes Leben zumaß; im vorigen Frühjahr ritt er noch mit mir aus. Er muß ein großes Vermögen hinterlassen, besonders von den umfangreichen Brennereien herrührend, die er mit gekauftem Korn im Süden Rußlands betreiben ließ. Auch Peter Meyendorf ist bedenklich erkrankt, und Graf Bludow's Schwäche nimmt täglich zu. Es ist hier der Aberglaube, daß einem sterbenden Andreas-Ritter in demselben Jahre 3 andre nachfolgen; der erste war Lanskoi.

[1]) des Grafen Nesselrode.

25. 3. 1862. In der Hoffnung, Sie demnächst in Berlin persönlich in erwünschtem Wohlsein begrüßen zu können, bin ich mit aufrichtiger Verehrung

der Ihrige

v. Bismarck.

Antwort Bernstorffs.

Berlin, 3. April 1862.

Mein verehrter Freund,

3. 4. 1862. Ihr Brief vom 25/13. v. M. hat sich mit meinem letzten Privatschreiben gekreuzt, wodurch sich die Lage in Ihren eigenen und auch in den Augen des Fürsten Gortschakoff wesentlich modificirt und geklärt haben wird. Denn daß eine Abberufung, um nach Paris oder London versetzt zu werden, nicht ein Zeichen der Königlichen Ungnade sein kann, und im Gegentheil als ein Beweis des Allerhöchsten Vertrauens angesehen werden muß, wird gewiß anerkannt werden müssen. Sie werden auch durch meinen Brief nun längst darüber beruhigt sein, daß es gar nicht unsere Absicht war, Ihre Abberufung besonders zu beschleunigen. Ich trage hiervon allerdings bis zu einem gewissen Grade die Schuld, indem ich Ihnen die erste Benachrichtigung auf telegraphischem Wege gab, in der Absicht, Sie in Ihrem eigenen Interesse möglichst früh und schnell davon in Kenntniß zu setzen, damit Sie desto längere Zeit für Ihre Vorbereitungen hätten. Alles das wird sich nun hoffentlich zu Ihrer Befriedigung regeln, und Sie werden Ihre Abschieds-Audienz nicht eher verlangen, als es Ihnen selbst und dem Kaiser wegen der Fasten genehm und bequem ist. Wenn Sie dann hier sind, wollen wir uns über Ihre künftige Stellung verständigen. Gleichwie Sie an Goltz geschrieben haben, daß Sie einen Posten, wie Paris, nicht gern ohne eine Art von Programm antreten möchten, so hat auch der König event. ein solches mit Ihnen zu besprechen, und selbst wenn er sich für Ihre Ernennung nach Paris entscheiden sollte, so sind gute Gründe, deren Entwickelung hier zu weit führen würde, vorhanden, welche es wünschenswerth machen würden, dieselbe noch eine kurze Zeit zweifelhaft zu lassen.

Die Feier des Allerhöchsten Geburtstags in Petersburg war recht hübsch, und man muß gestehen, daß der Russische Hof immer noch derjenige ist, der uns am meisten Freundschaft und Sympathie beweist. Zum Alexander-Newski und besonders zu der freundlichen und schmeichelhaften Art, wie er Ihnen verliehen ist, wünsche ich Ihnen Glück.

Ihren Glückwunsch zum Wechsel im Ministerium nehme ich gern und dankbar an. Wenn er nicht eingetreten wäre, so würde ich mit dem nicht sehr befriedigenden Gefühle zurückgetreten sein,

einen vergeblichen und erfolglosen Versuch gemacht zu haben, ein ungeheures, auch meine Reputation berührendes Opfer zu bringen, um eine Wandlung herbeizuführen. Daß diese nun endlich eingetreten, ist in meinen eigenen Augen die einzige Rechtfertigung des Schrittes, den ich von diesem Gesichtspuncte aus auf den entschiedenen Wunsch und Willen des Königs zu thun für meine Pflicht hielt. Nachdem dies geschehen, könnte ich schon mit einer gewissen Befriedigung wieder austreten, und würde dies mit großem Vergnügen thun, wenn der König nicht darin eine Desertion vor dem Kampfe sehen könnte und wahrscheinlich würde. Deshalb muß und will ich noch aushalten, falls nicht besondere Incidenzfälle, welche noch bei Vervollständigung des Ministeriums eintreten können, mich befreien. Einstweilen ist die Einigkeit in unserem Schooße allerdings schon eine große Wohlthat, und alle äußeren Schwierigkeiten (d. h. außerhalb des Ministeriums liegenden), so groß sie auch sind, erscheinen uns gering gegen die früheren wahrhaft aufreibenden und jede Action lähmenden Kämpfe in unserem eigenen gremium. Daß die Wahlen dieses erste Mal gut werden, halte ich allerdings auch für undenkbar, aber gelingt es allmählig, das seit 3½ Jahren systematisch aufgewühlte Land wieder vernünftiger und conservativer zu machen und der Wahrheit, namentlich über den Willen des Königs, auch überall Bahn zu brechen, so mag es möglich sein, trotz unseres scheußlichen Wahlgesetzes, später einmal wieder erträgliche Wahlen zu bekommen. 3. 4. 1862.

Mit freundschaftlicher Hochachtung

Ihr aufrichtig ergebener

Bernstorff.

XII.

Petersburg $\frac{\text{12. April}}{\text{31. März}}$ 1862.

Verehrtester Freund und Gönner

meine amtlichen Berichte bringen Ihnen die ganze Blumenlese, welche, auf dem winterlichen Boden hiesiger Politik freilich etwas verspätet, sich zusammenbringen läßt; ich schreibe daher diese Zeilen nur, um meine Dankbarkeit für Ihr freundliches Schreiben vom 3. c. zu bethätigen. Ich bin, seit ich weiß, daß es sich nur um die beiden westlichen Posten für mich handelt, vollkommen beruhigt, und werde in Berlin die Befehle Seiner Majestät entgegennehmen. 12. 4. 1862.

12. 4. 1862. Aus dem beifolgenden Immediatbericht werden Sie entnehmen, wie Gortschakow zu meiner Ueberraschung mich auf eigne Verantwortung 14 Tage früher vom Kaiser hat Abschied nehmen lassen, in Abweichung von der sonstigen Fasten-Etikette. Ich hatte noch garkeinen amtlichen Schritt bei ihm zur Erlangung der Audienz gethan, nichts schriftlich eingereicht, nur mündlich und gelegentlich die Eventualitäten besprochen. Ich habe keinen Grund anzunehmen, daß er diese Einrichtung in einer andern als der wohlmeinenden Absicht getroffen hat, mir Zeit zu der übrigen Verabschiedung zu lassen. Eine schwere Arbeit; gestern empfing mich der Thronfolger und Großfürstin Helene; nun stehn mir noch die Kaiserin, Graf Michael und Gemalin und Großfürstin Marie bevor, vermuthlich nach Ostern, wo mich auch der Kaiser nochmals als Partikulier einladen will, um definitiv Abschied zu nehmen. Dann etwa 200 Visiten, nachdem etwa 50 erledigt. Die Wege sind durch das Thauwetter halsbrechend, und gegen 100 Werst werde ich wohl in der Stadt umherzufahren haben, bis ich fertig bin. Die unangenehmste Seite des Umzugs liegt in der gänzlichen Unverkäuflichkeit aller Einrichtungsgegenstände, Möbel, Pferde, Wagen ꝛc. ꝛc. Niemand hat Geld, alle gehn ins Ausland oder aufs Land, und meine ganze hergebrachte und angeschaffte Einrichtung bringt mir nicht $^1/_{10}$ von dem, was sie vor 3 Jahren kostete. Auf Goltz kann ich nicht rechnen, da er erst 2 Tage vor meiner Abreise kommen will, und ich das, was er nicht nähme, garnicht unterbringen könnte. Einen Theil der Sachen schicke ich nach Schönhausen, um sie nicht zu verschleudern, und meine Reitpferde nach London oder Paris; hier reitet niemand, und ich verlöre beim Verkauf 6 Mal so viel, als der Transport kostet. Versetzungen sind, nach unserm Entschädigungs-Modus, wahrhaft ruinös für die Gesandten, und die Gehälter nicht geeignet, den Schaden zu ersetzen.

Ueber den muthmaßlichen Ausfall der Wahlen fängt man an hier besser zu denken, als vor 4 Wochen; doch hat der Brief des Herrn Finanz-[Ministers] an den Kriegsminister den Glauben an die Dauer des Cabinetes wieder etwas erschüttert. Auch ich kann die Bemerkung nicht unterdrücken, daß Con-

cessionen, wenn sie überhaupt gemacht werden sollen, sich vor- 12. 4. 1862.
theilhafter im Handeln mit der Kammer, als vor den Wahlen verwerthen. Besonders auf die 25 % Zuschlag würde ich, wenn ich mitzureden hätte, durchaus nicht verzichten, am wenigsten proprio motu[1]), ohne dafür Andres zu erreichen. Diese Nachgiebigkeit macht die Opposition dreister, die Conservativen zweifelhaft, und könnte in einem kritischen Moment mit der kommenden Kammer entscheidend wirken, wenn sie bis dahin aufgespart würde.

Doch ich rede von diesen Dingen, auf 200 Meilen Entfernung, ohne Actenkenntniß, und will lieber warten, bis ich mich in Berlin mit der Situation vertrauter gemacht habe, am liebsten aber schweigen, so lange ich nicht gefragt werde; je älter man wird, desto mehr fühlt man die Nothwendigkeit, sich streng auf die Aufgaben des eignen dienstlichen Berufs einzuschränken und das Uebrige Gott und à qui de droit anheimzustellen.

Die Newa steht noch fest und ist mit frischem Schnee bedeckt. Die Meinigen sind Gott sei Dank bisher gesund und reisefähig, so daß ich hoffen darf, in der Woche nach Ostern aufzubrechen, wie früher gemeldet. Nur unsre Gouvernante ist seit 2 Monaten so krank, daß wir sie hier in einer Art Bethanien unterbringen und zurücklassen müssen.

Mich der Frau Gräfin gehorsamst empfehlend, bin ich in freundschaftlicher Verehrung

der Ihrige
v. Bismarck.

XIII.

Berlin, den 13. April 1862.

Aus Eurer Excellenz Telegramm vom 10. d. Mts. habe ich 13. 4. 1862.
ersehen, daß Sie Tages zuvor Ihre Abschieds-Audienz gehabt hatten. Da der Kaiser Eure Excellenz indessen nochmals sehen wollte, und außerdem die sonstigen Abmeldungen und Abschiedsbesuche mehrere Tage in Anspruch nehmen werden, so bin ich ganz damit einverstanden, daß Sie Ihrer Absicht gemäß erst in der

[1]) aus eignem Antrieb.

13. 4. 1862. Woche nach Ostern abreisen. Ich bemerke dabei ergebenst, daß ich selbst mich im Laufe dieser Woche auf ungefähr 8 Tage auf's Land zu begeben beabsichtige.

Graf Goltz hat jetzt beschlossen, Eurer Excellenz Ankunft hier abzuwarten. Wenn Sie den Tag derselben bestimmt haben, wollen Eure Excellenz mir davon gefälligst Mittheilung machen.

Bernstorff.

XIV.

Berlin, den 29. April 1862.

29. 4. 1862. Euere Excellenz benachrichtige ich unter Bezugnahme auf das gefällige Schreiben vom 24. v. Mts. ergebenst, daß Se. Majestät der König Ihnen auf meinen Antrag mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 19. d. Mts. die Erlaubniß zur Annahme des von des Kaisers von Rußland Majestät Ihnen verliehenen Alexander-Newsky-Ordens zu ertheilen geruht haben.

Bernstorff.

XV.

B. 21./5. 62.

Verehrter Freund,

21. 5. 1862. Ich war eben bei Ihnen, um Ihnen selbst zu sagen, daß der König mich ermächtigt hat Ihnen zu sagen, daß Seine Majestät Ihnen den Posten in Paris übertragen hat, und daß der König Ihnen gleichzeitig auf meinen Antrag die 1. Klasse des Rothen Adler-Ordens als Zeichen Seiner Anerkennung der Art verliehen hat, wie Sie Sich Ihrer Mission in St. Petersburg entledigt haben.

Meine herzlichsten Glückwünsche zu Beidem!

Ganz der Ihrige

Bernstorff.

XVI.

Berlin, den 22. Mai 1862.

22. 5. 1862. Euere Excellenz beehre ich mich ergebenst zu benachrichtigen, daß des Königs Majestät auf meinen Antrag geruhet haben, Sie zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris zu ernennen.

Mit diesem Posten ist ein etatsmäßiges Dienst-Einkommen von 25,000 Rthlr., einschließlich 6000 Rthlr. persönlichen Gehalts, nebst freier Wohnung in dem der Königlichen Regierung gehörigen

Gesandtschafts-Hotel verbunden. Wegen Anweisung desselben, sowie wegen Zahlung der Euerer Excellenz mit 3000 Rthlr. zustehenden Einrichtungs-Gelder und der Reisekosten von St. Petersburg nach Paris wird das Erforderliche von mir an die Legations-Casse veranlaßt werden. 22. 5. 1862.

Der derzeitige Königliche Geschäftsträger in Paris, Prinz Reuß, ist heute von mir angewiesen worden, dem dortigen Ministerium von Ihrer Ernennung officielle Mittheilung zu machen, nachdem wir uns zuvor auf vertraulichem Wege darüber versichert hatten, daß Ihre Wahl dem Kaiser der Franzosen angenehm sein werde.

Indem ich mir vorbehalte, Euerer Excellenz Ihr Beglaubigungs-Schreiben für Paris baldigst zugehen zu lassen, und einer gefälligen Anzeige über den Zeitpunkt, zu welchem Sie Sich dorthin begeben werden, demnächst entgegensehe, kann ich es mir schließlich nicht versagen, Euerer Excellenz meine aufrichtigsten Glückwünsche zu dem besonderen Beweise des Allerhöchsten Vertrauens auszusprechen, welchen Seine Majestät der König Ihnen durch Uebertragung dieses wichtigen Postens haben zu Theil werden lassen.

Bernstorff.

Antwort Bismarcks.[1])

Berlin, 23 Mai 1862.

In Erwiderung auf den hohen Erlaß vom gestrigen Tage, 7091, beehre ich mich Eurer Excellenz meinen verbindlichsten und aufrichtigsten Dank auszusprechen für die mir auf Hochdero Antrag zu Theil gewordnen neuen Beweise der Gnade und des Vertrauens, mit welchen Seine Majestät der König mich beehrt. 23. 5. 1862.

Indem ich bereit bin, sogleich nach meinem neuen Bestimmungsorte abzureisen, bitte ich um geneigte Angabe einer Stunde, zu welcher ich das Nähere wegen meiner Verabschiedung bei Sr. Majestät dem Könige und meiner sonstigen dienstlichen Abfertigung mit Eurer Excellenz besprechen könnte.

v. Bismarck.

XVII.

Berlin, den 24. Mai 1862.

Es freut mich, Euere Excellenz ganz ergebenst benachrichtigen zu können, daß Seine Majestät der König auf meinen Antrag ge- 24. 5. 1862.

[1]) Nach dem Concepte.

24. 5. 1862. ruhet haben, Ihnen den rothen Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub zu verleihen, dessen Insignien ich die Ehre habe Euerer Excellenz beifolgend mit meinem aufrichtigen Glückwunsche zu übersenden.

Das ebenfalls beigefügte Schema zum Nationale wollen Euere Excellenz mir nach erfolgter Ausfüllung nebst der bisher von Ihnen getragenen Dekoration des rothen Adler-Ordens zweiter Klasse mit dem Stern wieder zugehen lassen.

Bernstorff.

XVIII.

24. 5. 1862. Euerer Excellenz beeile ich mich auf das gefällige Schreiben vom gestrigen Tage ergebenst zu erwiedern, daß ich gleich nach Empfang desselben die Befehle Seiner Majestät des Königs, in Betreff Ihres Abganges nach Paris, eingeholt habe und mir vorbehalte, Eurer Excellenz, so bald mir solche zugehen, eine Stunde zu nennen, wo ich die Ehre haben kann, Ihren Besuch zu empfangen, um Ihnen mündlich die näheren Mittheilungen über die Bestimmung Seiner Majestät und über Ihre sonstige dienstliche Abfertigung zu machen.

Berlin, den 24. Mai 1862. Bernstorff.

XIX.

Berlin, den 26. Mai 1862.

26. 5. 1862. Euerer Excellenz beehre ich mich beifolgend in Ur- und Abschrift das Allerhöchste Schreiben zu übersenden, durch welches Sie als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am Kaiserlich Französischen Hofe beglaubigt werden.

Bernstorff.

XX.

Berlin, den 5. Juni 1862.

5. 6. 1862. Eure Excellenz benachrichtige ich ergebenst, daß Seine Majestät der König Ihnen auf Grund des Allerhöchsten Erlasses vom 22. März d. J. die Krönungs-Medaille am Bande zu verleihen geruhet haben, welche ich Ihnen beifolgend übersende.

Bernstorff.

XXI.

Paris, 16. Juni 1862.

Verehrtester Freund und Gönner

unerwartet erfahre ich heut Abend, daß sich morgen eine Ge- 16. 6. 1862.
legenheit zum Schreiben bietet, durch den Delmarschen Geschäftsmann Herrn Epstein; da er aber früh um 7 reist und unsre jungen Herrn und Kanzellisten heut am Sonntag Abend nicht aufzutreiben sind, so muß ich schon selbst zur Feder greifen.

Die Initiative Rußlands in der italiänischen Anerkennung geht doch etwas weiter, als ich nach der frühern Abrede erwartet hätte. Die ersten Nachrichten darüber gingen mir durch einen indiscreten französischen Secretär zu, waren aber zu vage und entstellt, um sie zu melden; Rußland sollte danach den Verzicht auf Venetien von den Italiänern verlangt haben, eine Bedingung, die ihm sicherlich zuletzt einfällt. Erst mehre Tage später gelang es mir, Budberg zu Hause zu finden, der mir dann auf Befragen so ziemlich die Wahrheit sagte, ob die ganze, lasse ich dahingestellt; die Schwenkung ist fast zu scharf und zu plötzlich, um bloß durch das Streben nach Auflösung der polnischen Schule und Legion erklärbar zu sein. Thouvenel schildert die Bereitwilligkeit der Russen zur Anerkennung noch lebhafter als Budberg, der sich anstellt, als sei ihm hier sehr zugeredet worden, und als habe er erst in Folge dessen die Sache telegraphisch in Petersburg angeregt.

Ich weiß nicht, wer mir hier gesagt hat, es seien von uns in London Anerbietungen gemacht worden, Italien anzuerkennen, falls sich England unsern Wünschen in der dänischen Frage günstiger erweise. Ich glaube kaum, daß die Engländer auf den Handel eingehn. Hier wäre es unnöthig, einen solchen Austausch von Gefälligkeiten anzubieten. Der Kaiser wird auch ohnehin in Betreff Schleswigs so weit entgegenkommen als er kann, d. h. er wird die Theilung Schleswigs befürworten, wenn wir es verlangen, und damit auch bei Rußland wahrscheinlich durchdringen, bei England und Oestreich aber schwerlich, und überwerfen wird er sich mit England deshalb nicht. Bevor wir nicht Dänemark auf der See gewachsen sind, sollten wir m. E. über die Frage kein Wort

16. 6. 1862. weiter verlieren; mit 3 oder 4 Panzerschiffen aber wären wir in der Lage, sie zu erledigen.

Ueber den Handelsvertrag höre ich zu meiner Freude durch Herbet, daß wir ihn zeichnen werden, sobald die Kammern ihn angenommen haben. Die Budgetberathungen werden sich voraussichtlich ziemlich in die Länge ziehn und dem Herrn Finanzminister manchen unerfreulichen Moment darbieten; aus der hiesigen Perspective läßt sich der Kampf mit mehr Beschaulichkeit ins Auge fassen. Ich bemühe mich einstweilen, den hiesigen Staatsmännern und Preß-Autoritäten etwas richtigere Begriffe von der Bedeutung und Regirungsfähigkeit unsrer Opposition beizubringen, als sie in der Regel haben. Die vielen Zeitungsartikel über meine Person geben zu vielen Fragen an mich selbst Anlaß, die ich nach Belieben beantworte, ohne die Wahrheit, wenn ich sie auch sagen wollte, zu kennen. Der König ließ mich mit den in der letzten Audienz wiederholten Worten abreisen, daß ich „au qui vive" bliebe. Ich weiß bisher nicht, ob Se. Majestät mich noch als eventuellen Ersatz für Prinz Hohenlohe im Auge hat; wenn es der Fall wäre, so hätte ich gern über die muthmaßliche Dauer meines hiesigen Verbleibens einige Andeutungen, ob Tage, oder Wochen, oder bis zum Winter. Wenn ich aber definitiv hier zu bleiben bestimmt bin, so möchte ich eine kleine Trink-Kur beginnen, und nach derselben um einige Wochen Urlaub für ein Seebad bitten. Der Hof kommt längere Zeit nicht wieder her, Fontainebleau, Vichy, Chalons, vielleicht Biaritz werden ihn haben, und von Thouvenel ist dann eine geregelte Thätigkeit nicht zu erwarten, er ist schon jetzt meist in Fontainebleau. Zum September würde ich mich dann mit meiner Familie hier einstellen. Unter allen Umständen wende ich mich an Ihre Güte mit der Bitte, mir die Erlaubniß auszuwirken, daß ich mich zur Besichtigung der Ausstellung auf 4 oder 5 Tage nach London begeben kann, sobald die Geschäfte es gestatten, und bevor ich anfange, Brunnen zu trinken. Der Frau Gräfin meine gehorsamsten Empfehlungen zu Füßen legend, bin ich mit aufrichtiger Verehrung und Ergebenheit

der Ihrige v. Bismarck.

Antwort Bernstorffs.

Berlin den 20. Juni 1862.

Mein verehrter Freund,

In Folge Ihres Privatbriefes vom 16. habe ich den König 20. 6. 1862.
um Ermächtigung für Sie gebeten, sobald die Geschäfte es gestatten, auf 4—5 Tage nach London zu gehen, um die Kunstausstellung zu sehen, und Se. Majestät haben nichts dagegen zu erinnern gefunden. Es thut mir leid, daß unser dortiges Haus nicht mehr so eingerichtet ist, daß wir Ihnen anbieten können, darin zu wohnen, aber ich fürchte, daß Graf Brandenburg, ohne Haus- und Bettwäsche ꝛc., es nicht wohl wird bewerkstelligen können.

Den Passus Ihres Briefes in Betreff der Absichten des Königs in Bezug auf Sie selbst habe ich Sr. Majestät vorgelesen, um eine Allerhöchste Aeußerung zu provociren. Der König sagte mir, Sie hätten ihm auch deshalb geschrieben, er habe aber noch nicht darauf antworten können, da Se. Majestät diesen Augenblick noch keinen Entschluß fassen könne. Ich habe wieder zugeredet und von anderen Combinationen abgerathen, mit denen die Presse sich beschäftigt, und an deren Realisirung die Betheiligten selbst in jüngster Zeit mehr und mehr zu glauben schienen. Der König sieht jedoch das Mißliche derselben ein, wenn es ihn auch mancher ihm unangenehmer Kämpfe überheben möchte. Prinz Hohenlohe hat definitif resignirt.

Die Königin kommt am 27. her.

Die Hessische Frage wird, fürchte ich, nun doch noch in ein ernsteres Stadium treten, und uns wahrscheinlich heute oder morgen zur Concentration der Truppen und Stellung eines definitiven Termins nöthigen. Nachdem Ministerium und Programm ganz fertig waren und der Kurfürst mehrere Tage mit Nichtsthun hat verstreichen lassen, macht er jetzt Schwierigkeiten in Bezug auf die Personen sowohl wie auf das Programm, und will namentlich sich die Wahl eines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vorbehalten, um dazu natürlich einen Würzburger zu nehmen und wahrscheinlich auch nicht in die Genehmigung des französischen Handelsvertrags willigen, welche die designirten Minister fordern. Diese halten nun eine schleunige energische Einwirkung für absolut nothwendig, um dem Widerstand des Kurfürsten und den Oesterreichisch-Hannoverschen Intriguen ein Ende zu machen. Wenn wir wirklich einrücken, werden wir sofort eine möglichst beruhigende Mittheilung an die großen Höfe richten. Ihnen wird es gewiß möglich sein, Frankreich in der guten Bahn zu erhalten.

Mit freundschaftlicher Ergebenheit

der Ihrige

Bernstorff.

XXII.

Paris, 28. Juni 1862.

Verehrtester Freund und Gönner

28. 6. 1862. Mit verbindlichstem Danke habe ich Ihr Schreiben vom 20. erhalten, und denke morgen oder übermorgen meine Excursion nach London anzutreten, um etwa Donnerstag wieder hier zu sein. Wir treten hier in die todte Zeit; sobald der Kaiser Fontainebleau verläßt, geht auch Thouvenel fort, und läßt sich theils durch Banneville (den hiesigen Gruner), theils durch Billaut vertreten, ohne daß beide sich auf eigentliche Geschäfte einließen. Schon mit Thouvenel ist nicht viel anzufangen, sobald er den Kaiser und dessen Instructionen nicht zur Hand hat. Ich denke daher, wenn Sie kein veto einlegen, bald einen Urlaub zu erbitten, um mich durch Ruhe und erleichternden Brunnen von den übeln Wirkungen des Klimawechsels und der veränderten Lebensweise zu befreien und für ein Seebad vorzubereiten. Ich bin hier noch keinen Tag so gesund gewesen, wie ich bei der Ankunft war, und die Abhärtung der Pariser gegen Zug und Kälte ist für jeden an Petersburger Vorsicht gewöhnten, sehr verderblich. Ich würde nach Vichy gehn, wo mein Petersburger College Plessen den Kaiser däniſch bearbeiten wird; aber ich fürchte, daß die Kaiserliche Gegenwart Einem dort nicht Ruhe für die Gesundheit läßt, und ich würde hier Vichy trinken, wenn ich des Bleibens sicher wäre. Ich finde es unglaublich langweilig hier, weil ich wenig Leute kenne, und die meisten derselben schon verreist sind. Im Hause fehlt mir alle Einrichtung und die gewohnte Umgebung, besonders auch ein Reitpferd; für Garçonvergnügungen bin ich zu alt, allein ins Theater zu gehn, ist auch nicht erfreulich, und zu thun ist wenig. Ich fange an hypochonder zu werden, und das Wetter ist abscheulich. Sie haben vermuthlich in Mitten der parlamentarischen Verdrießlichkeiten wenig Mitgefühl für meine Leiden. Mir scheint aber, daß die Dinge in Berlin garnicht schlecht gehn; die Kammer benimmt sich mit einer so kindischen Verbissenheit, und stellt die Partheifragen so rücksichtslos über die Landesinteressen, daß sie sich ruiniren muß, wenn man ihr

Zeit dazu läßt. Ein so unpatriotisches Verhalten wie das der 28. 6. 1862.
Opposition in Kammer und Presse bezüglich der Hessischen Frage erregt selbst hier, und namentlich beim Kaiser Anstoß. Die Leute wollen eine ehrgeizige Politik, aber keine Armee; Ansehn im Auslande und lassen der eignen Regirung kein gutes Haar; constitutionelle Entwickelung, und sie nehmen jedes Entgegenkommen der Krone mit Hohn auf.

Vorgestern beim Kaiser kam ich etwas in die Lage Josephs bei der Frau von Potiphar. Er hatte die unzüchtigsten Bündnißvorschläge auf der Zunge; wenn ich etwas entgegengekommen wäre, so hätte er sich deutlicher ausgesprochen. Er ist ein eifriger Verfechter deutscher Einheitspläne, d. h. klein-deutscher, nur kein Oestreich darin; wie schon einmal vor 5 Jahren mir gegenüber, wollte er, daß Preußen eine Seemacht wenigstens zweiten Ranges werden und die dazu nöthigen Häfen besitzen müsse. Er ließ sich von mir den Jahdebusen auf der Karte zeigen und fand die Einschachtelung in Oldenburg und dann in Hanover eine „Absurdität". Merkwürdig ist die abweichende Politik der Kaiserin; sie ist katholisch, päpstlich, conservativ für das Ausland; sogar östreichisch. Sie hat Metternich gern um sich, und Reuß, der beim Kaiser nicht in demselben Maße zu gelten scheint. Reuß ist ein sehr gewissenhafter Arbeiter im regelmäßigen Dienst und in den Salons außerordentlich beliebt, politisch aber erscheint er mir etwas unreif, ... abhängig von Metternich, der weniger Verstand, aber mehr Aplomb hat als Reuß. Gegen mich ist er verschlossen und reservirt, auch zu sehr in den Doctrinen der Kreuzzeitung befangen. Er hat alle Anlagen für höhere Stellungen, wenn sie aber zu voller Ausbildung gelangen sollen, so wird es, wie ich glaube, nöthig sein, daß er die Welt auch von andern Gesichtspunkten her betrachten lernt, als aus dem der Umgebung, in die er sich hier eingelebt hat. Ihn hier vom Secretär zum Gesandten zu machen, würde ich in seinem eignen und im geschäftlichen Interesse nicht für richtig halten. Er ist augenblicklich mit Metternich in Fontainebleau bei der Kaiserin. Walewski und seine Coterie darf man politisch auch zur Farbe der Kaiserin

28. 6. 1862. zählen und nicht zu den Freunden Preußens; er hat katholisch-polnisch-östreichische Farben. Budberg ist noch hier, Kisselew reist dieser Tage nach Wildbad und nimmt im September den Abschied, bleibt aber hier wohnen. Mit der Bitte, mich der Frau Gräfin zu Gnaden zu empfehlen, bin ich in aufrichtiger Verehrung

der Ihrige

v. Bismarck.

XXIII.

Paris, 28. Juni 1862.

Hochgeborner Graf

28. 6. 1862. Der Kaiser hatte mich gestern nach Fontainebleau eingeladen, und machte nach meiner Ankunft zunächst einen längern Spaziergang mit mir. Im Laufe der Unterhaltung über politische Fragen des Tages und der letzten Jahre fragte er mich unerwartet: Croyez-vous que le Roi serait disposé à conclure une alliance avec moi? Ich antwortete etwa: Les dispositions dont le Roi est animé pour la personne de Votre Majesté, sont les plus amicales, et les préjugés qui autrefois chez nous régissaient l'opinion publique à l'égard de la France, ont à-peu-près disparu. Mais les alliances ne sont fécondes en résultats, qu'en tant qu'elles sont le produit naturel des circonstances qui en déterminent le besoin ou l'utilité; pour une alliance il faut un motif ou un but. Der Kaiser fand diese Ansicht nicht immer zutreffend; il y a des puissances, fuhr er fort, qui sont amies l'une de l'autre, il y en a qui le sont moins; en vue d'un avenir incertain on doit placer quelque part sa confiance. Ce n'est pas à l'intention de quelque projet aventureux que je parle d'alliance; mais je trouve à la Prusse et à la France tant de conformité d'intérêts, qu'il doit y avoir les éléments d'une entente intime et durable, dès que les préjugés et les partis pris n'y font pas obstacle. Ce serait une grande faute que de vouloir *créer* des évènements, mais ils arrivent bien sans nous, et sans que nous puissions en calculer la direction et la force; il faut donc se prémunir en avisant aux moyens pour y faire face et pour en profiter.

Der Gedanke einer „diplomatischen" Allianz, in welcher man die Gewohnheit gegenseitigen Vertrauens annähme und für schwierige Lagen auf einander rechnen lernte, wurde vom Kaiser in Anwendung auf uns noch weiter ausgesponnen, bis er nach einer Pause plötzlich stehn blieb und sich mit den Worten zu mir wandte: Vous ne sauriez vous figurer, quelles singulières ouvertures m'a fait faire l'Autriche il y a peu de jours. Il paraît que votre nomination et l'arrivée simultanée de M. de Budberg à Paris, ont produit une espèce de panique à Vienne; le P^ce^ Metternich m'a fait entrevoir les appréhensions de son gouvernement en ajoutant, qu'il venait de recevoir des instructions d'une portée tellement vaste, qu'il en était effrayé lui-même, et qu'il osait à peine en signaler l'étendue; que j'avais à le regarder comme l'ambassadeur «le plus puissant» et muni sur toutes les questions que je voudrais aborder des pouvoirs les plus illimités qu'un souverain eût jamais conférés à son représentant. Voilà une déclaration qui m'a mis dans l'embarras, je ne savais quelle réponse lui donner; il se dit autorisé à s'arranger à tout prix et sans scrupule; mais moi, à part l'incompatibilité des intérêts des deux pays, j'éprouve une répugnance presque superstitieuse à être associé aux destinées de l'Autriche. 28. 6. 1862.

Ich lasse dahingestellt sein, inwieweit diese Auslassungen unbefangen und worauf sie berechnet waren; aber ganz aus der Luft gegriffen können sie nicht sein. Fürst Metternich ist dabei eine einfache und geschäftlich träge Natur, die nicht ohne bestimmten Auftrag sich in solche Erörterungen einläßt. Lord Cowley sagte heut zu mir, daß Lord Napier ihm schreibe, als ob Rußland und Oestreich sich in Paris einander den Rang abliefen, um geheime Verträge mit Frankreich zu Stande zu bringen; er, Cowley, halte das alles aber für blinden Lärm.

Meinerseits zweifle ich durchaus nicht an dem guten Willen weder Rußlands noch Oestreichs, wenn es sich darum handelt, ihre Intimität mit Frankreich auf zukünftige Ereignisse hin zu sichern. Fürst Gortschakow arbeitet ohne Zweifel an der Lösung des westmächtlichen Bundes, und nach meiner Kenntniß von dem Character des Grafen Rechberg

28. 6. 1862. halte ich die österreichische[1]) Politik unter seiner Leitung jeder Combination für fähig, wenn sie nur zum Uebergewicht über Preußen in Deutschland verhilft. Man wird in Wien Venetien und das linke Rheinufer opfern, wenn man dafür auf dem rechten eine Bundesverfassung mit gesichertem Uebergewicht Oestreichs gewinnt. Ein sentimentales Deutschthum ist seit Jahrhunderten niemals das leitende Prinzip in der Wiener Hofburg gewesen, und die deutsche Phrase hat dort nur so lange Cours, als sie zum Leitseil für uns oder die Würzburger dient. Wenn eine östreichisch-französische Coalition gegen uns seit 1852 nicht schon längst zu Stande gekommen ist, so haben wir das nicht Oesterreich,[1]) sondern Frankreich zu danken, und hier nicht einer etwaigen Liebe Napoleons für uns, sondern dem Mißtrauen, welches er in die Zukunft Oestreichs setzt, welches nicht im Stande ist, mit dem zur Zeit mächtigen Winde der Nationalitäten zu segeln.

Aus dieser Auffassung ziehe ich nicht die Consequenz, daß wir uns bemühn sollen, mit Frankreich auf bestimmte Artikel ein Bündniß zu schließen, wohl aber, daß wir keine Politik treiben dürfen, bei der wir auf treue Bundesgenossenschaft Oestreichs gegen Frankreich zu zählen hätten, und daß wir uns nicht der Hoffnung überlassen müssen, Oestreich werde jemals freiwillig einer Verbesserung unsrer Stellung in Deutschland zustimmen. Der Wiener Politik wird vielmehr kein Opfer zu schwer fallen, für welches Entschädigung auf unsre Kosten gewonnen werden kann. Eine solche braucht nicht direkt in Land und Leuten zu bestehen, sondern in Erhöhung und Sicherstellung des Einflusses auf den deutschen Bund.

Der Kaiser sagte mir bei der Trennung, daß er seinerzeit die Besprechung in obigem Sinne fortzusetzen hoffe. Am 7. verläßt er Fontainebleau, und fängt am 10. seine Kur in Vichy an, so daß ich für die nächsten Wochen keine Aussicht habe ihm zu begegnen.

Genehmigen Eure Excellenz die erneute Versicherung der ausgezeichnetesten Hochachtung, mit der ich verharre

Ew. Excellenz gehorsamster

v. Bismarck.

[1]) So schreibt Bismarck hier, sonst östreichisch, Oestreich.

Antwort Bernstorffs.

Berlin, den 12. July 1862.

Mein verehrter Freund,

Ich habe mit großem Interesse Ihren vertraulichen Bericht 12. 7. 1862.
und Ihren Privatbrief vom 28. v. M. gelesen und letzteren theilweise, den ersteren ganz dem Könige vorgelesen. Sie wissen, daß der allergnädigste Herr immer schon vor der bloßen Idee einer französischen Allianz zurückschreckt, selbst in den Augenblicken, wo er eine Politik macht und machen will, deren eventuelle Consequenzen mit Nothwendigkeit zu einer solchen führen müssen, um das Ziel zu erreichen. Indessen würde man ja auch über diese Schwierigkeit wohl hinüber kommen, wenn die Thatsachen mit unerbittlicher Consequenz dazu führten. Wenn aber jene Allerhöchste Scheu nicht vorhanden wäre, würde ich Sie jetzt ersuchen, bei nächster natürlicher Gelegenheit einmal zu sondiren, was denn jener mächtige Herr durch eine Allianz mit uns beabsichtigt, resp. was er von uns verlangen und was er uns zu gewähren bereit sein würde. Ich würde ihm namentlich auf den Zahn fühlen, um zu erfahren, was wir ihm bieten müßten, damit er uns völlig freie Hand in Bezug auf Dänemark ließe. Aber der König hat mir beim Vorlesen Ihres Berichtes wieder gesagt, das müsse Ihnen gesagt werden, daß er sich zu einer Allianz mit Frankreich nicht verstehen würde! Indessen können wir doch keinenfalls es zu einer französisch-östreichischen Allianz kommen lassen, weil wir zu spröde sind! Einstweilen wird die Anerkennung Italiens schon eine gute Wirkung üben, und uns mehr und mehr in ein natürliches Fahrwasser und eine gesunde Interessen-Politik überführen. Das hat aber viel Mühe gekostet, Se. Majestät so weit zu bringen. Die unterwegs befindliche Sardinische Antwort soll befriedigend sein, und so hoffe ich, daß es nun bald zum formellen Abschluß kommen wird. Dann sind zwei schwere Fragen, die Hessische und Italienische, für den Augenblick überwältigt, aber eine andere schwere, die des Handelsvertrags, noch sehr brennend, da Oestreich alle Minen springen läßt, um das Zustandekommen zu verhindern. Wir werden auch da fest und energisch unseren Weg gehen, und event. keinen Kampf auf Leben und Tod scheuen, wenn Oestreich ihn will.

Ihr Urlaubsgesuch habe ich eben dem Könige vorgetragen und daran wiederum angeknüpft, um eine Entscheidung Sr. Majestät wegen Ihrer Bestimmung hervorzurufen. Der König wünschte aber wegen Ihres Urlaubs sich die Entscheidung noch bis Montag (übermorgen) vorbehalten zu können, weil derselbe allerdings für den Augenblick die Verwirklichung der Idee wegen der Präsidentschaft abschneiden und wenigstens auf 6 Wochen hinausschieben würde.

12. 7. 1862. Se. Majestät war zwar überhaupt auch über die Idee selbst noch unschlüssig, hatte sie aber doch nicht aufgegeben und war eben zweifelhaft, ob Sie noch während des gegenwärtigen Landtages bedeutende Dienste leisten könnten, oder event. erst nachher einzutreten brauchten. Da ich auch wieder von dem auswärtigen Amt zu sprechen anfing, sagte der König mir, daran habe er nicht gedacht und Ihnen auch bei Ihrer Anwesenheit davon nicht gesprochen, indem er es mir jedenfalls schuldig zu sein glaubte, mich die schwebenden wichtigen Angelegenheiten erst abmachen zu lassen, und überhaupt nur an einen Wechsel zu denken, wenn ich es selbst besonders wünschte. Dies letztere habe ich ihm nun allerdings heute bestimmt wiederholt, mich aber, trotz des dringenden Bedürfnisses von Curen für meine Gesundheit, bereit erklärt, nöthigenfalls auch den ganzen Sommer zu verlieren, wenn ich nur nach Ablauf desselben etwas mehr Ruhe bekommen könnte, um mich zu erholen. Se. Majestät war der Meinung, daß, wenn ich noch den Handelsvertrag gezeichnet hätte, allerdings keine große auswärtige Frage mehr schwebe, die überhaupt voraussichtlich in kurzer Zeit gelöst werden könnte. Wenn Sie nun zunächst als Präsident einträten, so würde ich Ihnen hier Platz machen, sobald ich es mit Anstand thun könnte. Was halten Sie event. selbst für den besten Augenblick Ihres Eintritts, und würden Sie vor Antritt Ihres Urlaubs vielleicht noch einmal herzukommen wünschen, wenn nämlich der König mir sagt, daß er an der Idee überhaupt festhält?

Mit freundschaftlicher Ergebenheit

der Ihrige

Bernstorff.

XXIV.

Paris, 15. July 1862.

Verehrtester Freund und Gönner

15. 7. 1862. ich benutze den russischen Courrier, um zunächst meinen verbindlichsten Dank für Ihr Schreiben vom 12. July zu sagen, welches der Feldjäger gestern früh mit den Depeschen gebracht hat. An politischen Nachrichten bin ich ganz arm. Thouvenel kommt erst übermorgen aus London zurück, Cowley verheirathet seine Tochter in England und weiß nicht, wann er wieder hier sein wird, Kisselew ist fort, Metternich in Trouville, und ich bin auf unpolitischen Verkehr beschränkt. Außerdem weiß ich nicht, ob Oubril oder Mohrenheim diese Zeilen lesen werden; sollten sie es thun, so will ich auch ihnen nach-

stehende Bemerkung nicht vorenthalten. Die hiesige Presse 15. 7. 1862.
vermuthet, daß die Anerkennung Italiens ein Bruchstück einer allgemeineren Verständigung zwischen hier und Petersburg sei, deren übrige Elemente bisher nicht gekannt sind. Ich theile diese Vermuthung bis zu einem gewissen Grade, indem ich annehme, daß Rußland in Italien und Polen die bekannten Concessionen gemacht und dafür die Sicherheit erlangt hat, daß Frankreich wenigstens jede Verschlechterung der Lage des griechisch-slavischen Elementes in Montenegro, Serbien, Herzegowina, verhindern hilft. Dagegen bezweifle ich durchaus die Existenz irgend einer Verschwörung beider Cabinete gegen das europäische Gleichgewicht, wie sie den englischen Politikern bei meiner dortigen Anwesenheit vorzuschweben schien. Höchstens mögen die guten Dienste Frankreichs zur Beseitigung oder Ermäßigung der Pariser Stipulationen über das schwarze Meer noch in Aussicht gestellt sein. Ich erlaube mir in einigen Tagen, wenn ich den Feldjäger schicke, auf dieses Thema zurückzukommen. Vermuthlich hat Touvenel in London die Aufgabe, dort einer besorglichen Ueberschätzung der Tragweite der russischen Annäherung entgegenzuwirken. Die Berufung aller bedeutenderen englischen Diplomaten nach London läßt erwarten, daß dort wichtige Berathungen über auswärtige Verhältnisse stattfinden.

Ueber die in Ihrem Schreiben berührten Punkte, in Betreff deren nähere Kenntniß der hiesigen Intentionen wünschenswerth wäre, bin ich für jetzt weder factisch noch rechtlich in der Lage, mir Auskunft zu verschaffen. Nur in Betreff der dänischen Sache bemerke ich, daß die Theilung Schleswigs nach den Nationalitäten vom Kaiser Napoleon bedingungslos zugestanden werden würde, wenn die Frage auf einem Congresse oder in Folge anderweiter Complicationen sich naturgemäß stellte, daß man sie aber ohne einen derartigen Anlaß, aus heiler Haut nicht aufwerfen mag. Gortschakow war im Winter dem Gedanken ebenfalls nicht abgeneigt.

Mein Urlaubsgesuch hat, wie ich hoffe, Se. Majestät der König inzwischen bewilligt. Ich theile ganz die Ansicht Sr. Majestät, daß ich „bedeutende Dienste“ während des gegen-

15. 7. 1862. wärtigen Landtages nicht leisten würde; wenn unser allergnädigster Herr überhaupt an dem Gedanken festhält, daß ich ins Ministerium trete, und mir dabei die Wahl des Zeitpunktes läßt, so würde ich das Ende des Jahres, einige Wochen vor dem Zusammentritt der Kammern, für das Beste halten. Wenn ich jetzt, vor Antritt meines Urlaubs, nach Berlin käme, so würde ich mich in einer schiefen Stellung dort fühlen. Neben den Geschäften stehend, dazu ohne den Vorwand der Theilnahme an den Arbeiten des Herrenhauses, sehe ich keine ersprießliche Thätigkeit, und habe das Ansehn, als belagerte ich ein Ministerhotel. Ich würde die gute Jahreszeit zu einer Kur verlieren, ohne etwas leisten zu können, was nicht ohne mich auch geschehn würde. Außerdem läßt sich der Eintritt eines neuen Ministers auf die Bühne als Manöver im Kampf mit der Kammer vielleicht zu irgend einem Momente, der jetzt nicht vorliegt, zweckmäßig verwenden; zum Beispiel, wenn das Budget aus den Berathungen der Abgeordneten in einer unannehmbaren Gestalt hervorginge und entweder durch das Herrenhaus dann abzulehnen oder mittelst Königlicher Botschaft behufs neuer Berathung an die Abgeordneten zurückgereicht würde. In solchem Momente würde eine numerische Verstärkung des Ministeriums, als Beweis der Entschlossenheit zur Durchführung des Kampfes, einen nützlichen Eindruck machen. Ich denke mir den Verlauf des Kampfes ungefähr in der Art, daß das Ministerium jeder unerwünschten Streichung eines Postens der Militärausgaben zwar mit ruhiger Bestimmtheit entgegentritt, aber niemals eine Cabinets- oder Auflösungsfrage daraus macht, sondern die Kammer ihre Arbeit vollenden läßt. Darüber würden, wie es den Anschein hat, doch 6 bis 8 Wochen vergehn, vielleicht mehr. Je länger die Kammer sitzt und redet, desto günstiger stellt sich die Sache in der öffentlichen Meinung für die Krone; alle Nachrichten lassen mich glauben, daß ein Umschwung der Art schon beginnt sich fühlbar zu machen. Es fehlt der Kammer an Elementen, welche sie vor Langweiligkeit bewahren. Verlängert man die Situation zur rechten Zeit durch eine Vertagung von 30 Tagen, und läßt die Kreisrichter etwas

von den Kosten ihrer Stellvertretung hören, so kommen die Herrn vielleicht verständiger wieder. Vielleicht auch nicht. Geduldige und beharrliche Versuche zur Verständigung führen uns allein durch das Fahrwasser zwischen der Scylla kurhessischer Zustände im Lande und der Charybdis parlamentarischer Herrschaft. 15. 7. 1862.

Mir wäre es am Liebsten, nach Ablauf meines Urlaubs nach Berlin zu kommen und dann mündlich zu besprechen, ob ich meinen vollständigen Umzug hierher zu bewirken, oder wann ich in das Ministerium zu treten habe. Ich bin zu allem bereit, was der König befiehlt, nur möchte ich nicht gern auf unbestimmte Zeit ein sonniges Zimmer im Gasthof bewohnen; ein Domicil und eine bestimmte Beschäftigung sind schließlich in unserm Alter unentbehrliche Bedürfnisse. Ich würde es dankbar erkennen, wenn Sie mir zur Verwirklichung meiner Wünsche in Betreff des Urlaubs Ihren gewogentlichen Beistand leisten wollten. Mein gegenwärtiger Aufenthalt hier hat keinen geschäftlichen Nutzen, da ich mir in der kurzen Zeit nicht hinreichende Verbindungen habe schaffen können, um von dem social verödeten Paris aus Beziehungen mit den abwesenden politischen Größen zu unterhalten. Nach Vichy zu gehn, ohne bestimmte Aufträge für den Kaiser, wäre zudringlich und würde namentlich dem Kaiser selbst den Eindruck machen, als wären wir seiner zu dringend bedürftig für irgend welche Pläne, die uns ja ganz fern liegen. Ich finde also schwerlich eine günstigere Zeit, um den Vorrath an Gesundheit zu sammeln, dessen ich für den Winter hier oder in Berlin bedarf.

Mit der Bitte, mich der Frau Gräfin zu empfehlen, bin ich in freundschaftlicher Verehrung

der Ihrige v. Bismarck.

XXV.

Biarrits, 24. Aug. 1862.

Verehrter Freund,

Ihr Schreiben vom 5.[1]) habe ich mit verbindlichstem Dank, aber erst vor 3 Tagen erhalten. Durch eine Voreiligkeit von 24. 8. 1862.

[1]) Dasselbe hat sich noch nicht gefunden.

24. 8. 1862. Deluze war es nach Luchon gegangen, und der französische Formalismus hat mir die Habhaftwerdung außerordentlich erschwert. Nach vergeblichem Telegraphiren habe ich zweimal vergebens geschrieben, und die Briefe brauchen, über Bordeaux und Toulouse gehend, 5 Tage zwischen hier und Luchon hin und her. Schließlich habe ich mich auf die Maîrie begeben müssen, und dort unter Feststellung der Identität meiner Person ein amtliches Requisitorium aufnehmen lassen, auf welches die eigensinnige Behörde der Haute Garonne mir endlich Ihr Schreiben und eine Menge andre, die dort meiner warteten, ausgeliefert hat.

Ich habe in meiner langen Krankheit gelernt, mehr meinem Instinct als den Aerzten zu folgen. Sobald ich bemerkte, daß mir 3 Bäder, die ich probeweis in diesem warmen und bewegten Salzwasser nahm, sehr wohl thaten, bin ich länger geblieben, et bien m'en a pris. Ich habe seit dem 4. regelrecht, und befinde mich in einem Gesundheitszustande, wie ich ihn seit 4 oder 5 Jahren nicht mehr kannte. Der Badearzt sagt mir, wenn ich mir diese Erfolge sicher stellen wolle, so müsse ich wenigstens 4 Wochen hier bleiben, und ich habe mich als fügsamer Patient darin gefunden, Luchon aufzugeben und den Pyrenäen nur die Woche der Heimreise zu widmen. Uebermorgen wird der Kaiser hier erwartet, und ich denke sein Hoflager noch einige Tage zu zieren, und dann, wenn es der Anstand erlaubt, mich in der Richtung auf Toulouse zu entfernen, mit einem 2tägigen Abstecher nach St. Sauveur, Gavarnie, Luchon, so daß ich gegen Mitte September als ein an Leib und Seele gestärkter Beamter wieder zu Sr. Majestät Diensten bereit bin, sei es in Paris, Berlin oder wo sonst. Ich vertraue auf Ihre Güte, daß mir kein Querstrich durch diesen Plan gemacht wird; muß es aber sein, so bin ich über Paris und durch die Gesandschaft täglich zu finden, indem ich Reuß von meinen Bewegungen in Kenntniß halte.

Ich erhalte hier von unsern Blättern nur die „Kreuzzeitung", und auch die nicht vollständig, durch Bekannte, da ich mir bei der Unsicherheit meines Aufenthaltes nichts nachbestellt habe. Nach dem, was ich daraus entnehme, scheinen

mir aber die Dinge bei uns über Erwartung gut zu gehn. 24. 8. 1862.
Ich habe nie geglaubt, daß die Blüthe unsrer fortschrittlichen Intelligenz einen so ungeschickten Feldzug machen würde, indem sie ihrerseits die Zeit mit Nebendingen verliert und das Publikum so über alles Bedürfniß hinaus langweilt. Was das Ministerium im Interesse des eignen Operationsplans zu erstreben hatte, die Abstumpfung der öffentlichen Meinung, das bringen ihm diese gewiegten Politiker auf dem Präsentirteller. Es wäre jammerschade, diese Schwätzer jemals aufzulösen; bei mäßigem Feuer langsam gesotten, werden sie ein vortreffliches Ingrediens für unsre constitutionelle Küche liefern, und die Krone wird ihnen schließlich die Wahrung der Königlichen Rechte danken.

Ich schicke diese Zeilen mit einem russischen Freunde bis Paris; von ihm habe ich mir auch Papier geborgt, auf welchem ich mir erlaube, Ihnen zu schreiben, weil mein Vorrath erschöpft ist.[1]) Man lebt hier vom Morgen bis zum Abend im Freien und entwöhnt sich von Feder und Tinte und schreibt comme voilà. Die Mehrheit der Gesellschaft hier sind Spanier, Leute von guter Familie und schlechter Erziehung. Ich lebe fast nur mit Russen und einigen Franzosen, bade täglich zweimal und verjünge mich alle zwei Tage um ein Jahr. Ich bin für diese stärkende Muße Ihnen und dem Könige von Herzen dankbar, und werde mich demnächst gesund melden, auch nicht verfehlen, nach Ankunft des Kaisers wieder zu schreiben, sobald mir der Herr Stoff bietet.

Mit der Bitte, der Frau Gräfin meine unterthänige Empfehlung zu machen, bin ich in freundschaftlicher Verehrung

der Ihrige

v. Bismarck.

Ich kann diese Zeilen nicht abschicken, ohne einen Glückwunsch über die feste Haltung hinzuzufügen, die wir nach den mir eben zugehenden französischen Blättern in der Handels-Vertrags-, Zoll- und Bundesreformfrage angenommen haben! „Ich danke Ihnen im Namen Deutschlands", wie wir anno 48 sagten.

---

[1]) Die Octavbriefbogen tragen die Buchstaben CO verschlungen (Catharina Orlow).

Aufdruck der Bogen:
HOTEL NEVET
MONTPELLIER.

XXVI.

Montpellier, 12. Sept. 1862.

Verehrtester Freund und Gönner,

12. 9. 1862. Nachdem ich meine Kur, Gott sei Dank mit sehr günstigem Erfolge, beendigt habe, denke ich morgen wieder in Paris einzutreffen, und habe zunächst Ihre Nachsicht anzurufen, weil ich meinen Urlaub schon um 6 Tage überschritten; es sei denn, daß Sie die Theorie einiger Collegen gutheißen, nach welcher der Gesandte in dem Lande seiner Mission überall auf dem Posten ist. Ich weiß nicht, ob in Paris Geschäfte meiner warten; sollte dieß, wie bei der Abwesenheit des Kaisers zu vermuthen steht, nicht der Fall sein, so würde ich gern auf einige Tage nach Hause reisen. Ich habe meine Frau und Kinder seit dem 8. Mai nicht gesehn, und führe seitdem eine Existenz, welche allen Gewohnheiten eines Familienvaters widerspricht. Die Meinigen sind auf dem Lande in Hinterpommern, meine Sachen noch in Petersburg, meine Wagen in Stettin, meine Pferde in Schönhausen, und ich selbst weiß nicht, wo ich mein Haupt zu Winter niederlegen werde. Ich appellire an Ihre eignen deutsch-hausväterlichen Gefühle, ob ein solches Leben auf die Dauer für einen Gatten und Vater von achtbarem Schlage erträglich ist. Ich wüßte nicht, welchen Posten ich mir von der Gnade des Königs lieber erbitten möchte als den des Gesandten oder gar Botschafters Sr. Majestät in Paris, sobald ich meine Ernennung als eine definitive betrachten könnte, und meine Lebens-Einrichtung danach treffen. Wenn ich eine Gewißheit darüber, daß von meinem Eintritt in das Ministerium überhaupt Abstand genommen ist, jetzt nicht erhalten kann, so würde S. M. vielleicht doch die Gnade haben, mir zuzusichern, daß ich bis zum 1. April oder Neujahr oder bis zu irgend einem festen Termin in Paris bliebe; dann würde ich mich danach einrichten können. Einstweilen habe ich den 1. October als Termin ins Auge gefaßt, um meine Familie nach Paris überzusiedeln; wenn ich den Umzug meines zahlreichen Hausstandes mit Kindern und Lehrerpersonal einmal bewirkt habe, so wäre es eine Härte, in die ich mich nicht leicht zu finden wüßte, wenn ich unmittelbar danach wieder ein-

packen sollte. Da ich mich niemals geweigert habe, sobald 12. 9. 1862.
S. M. es befiehlt, auch ohne Portefeuille in das Ministerium zu treten, so weiß ich im Grunde nicht, was einer allerhöchsten Entscheidung über meine Zukunft entgegensteht. Der Zeitpunkt meiner Ernennung, falls dieselbe von Sr. Majestät noch beabsichtigt wird, kann, nach der Convenienz unsrer Stellung zu den Kammern, beliebig verschoben werden; für mich ist nur die Entscheidung darüber Bedürfniß, ob ich Paris als Wohnsitz ansehn kann oder nicht. Einstweilen kann ich mich an nichts andres als an die Realität halten, daß ich Gesandter in Paris und nichts weiter bin, und muß mich demgemäß verhalten. Ich habe daher nach Petersburg geschrieben, daß man meine Effecten mit dem letzten, Anfangs October nach dem Havre gehenden Dampfschiff dorthin abschickt, und bitte um geneigte Erlaubniß, mich zur Abholung meiner Familie nach Pommern begeben zu dürfen. Befiehlt der König anderweit über mich, so kann ich bis zum letzten dieses Monats auch meine Einrichtungen noch demgemäß abändern. Wenn Se. Majestät erlaubt, daß ich mich in den nächsten Tagen zur Vorbereitung meiner Uebersiedlung nach Paris und zur Abholung der Meinigen nach Pommern begebe, so haben Sie wohl die große Güte, mich hiervon telegraphisch zu benachrichtigen. Ich würde dann zunächst ad audiendum verbum Regis in Berlin erscheinen, und dann je nach Ausfall der allerhöchsten Entscheidung, nach Pommern gehn und meine Familien-Caravane in Bewegung setzen, um gesicherte Winterquartiere zu erreichen.

Ich habe keine andre Gelegenheit als die Post, um diesen Brief zu befördern, und aus der gasthofmäßigen Beschaffenheit des Papiers ersehn Sie, daß mir während der unerwartet langen Dauer meiner Reise die Schreibmaterialien ausgegangen sind. Ich habe auf den Rath meines Biarritzer Arztes die Seebäder im äußersten Maße gebraucht, 28 Tage lang täglich 2, nachdem ich mäßiger angefangen hatte, und ich blieb schließlich eine volle Stunde im Wasser. Der Arzt rieth mir gewisse Symptome abzuwarten; diese traten in der That ein, und ich kann den Erfolg nicht genug loben. Ich habe mich seit 10 Jahren nicht so wohl befunden wie jetzt.

12. 9. 1862. Ich habe meine Reise von Biarrits aus mit Orlows aus Brüssel gemacht, und trenne mich morgen von ihnen. Reuß erwartet mich in Paris mit Sehnsucht, er will irgend einen hühnerschießenden Urlaub antreten. Ich halte es für unbedenklich, im Nothfall Hatzfeld die Geschäfte auf einige Tage zu geben; er verspricht ein tüchtiger und umsichtiger, für seine Jahre sogar etwas pedantischer Geschäftsmann zu werden.

Mit der Bitte, mich der Frau Gräfin zu Gnaden zu empfehlen, bin ich in freundschaftlicher Verehrung

der Ihrige

v. Bismarck.

XXVII.

Berlin, 21. November 1862.

Verehrtester Freund,

21. 11. 1862. so bedrängt auch grade der heutige Tag für mich ist, so kann ich doch nicht umhin, Ihnen durch Graf Lehndorf zunächst meinen herzlichen Glückwunsch zu der glücklichen Entbindung der Frau Gräfin darzubringen. In geschäftlicher Beziehung hat die durch Ihr freundliches Schreiben vom 14. angeregte Frage wegen der Norddeutschen Zeitung schon eine amtliche Mittheilung herbeigeführt. Wir beabsichtigen, sobald die Sternzeitung aufhört, das Braß'sche Organ mehr als bisher zu benutzen und ihm Vortheile zu gewähren, welche ihn von andern Verbindungen frei machen; bis jetzt aber bestand zum auswärtigen Ministerium garkeine Beziehung.

Die französischen Dispositionen in der dänischen Frage gefallen mir nicht sehr; seit England bestimmter für unsre Auffassung eintritt, scheint man in Paris eine Art Widerspiel einzuleiten. Ohne grade in der Form uns Anlaß zur Klage zu geben, ist sachlich die Unterstützung, die Frankreich uns in Kopenhagen gewährt, eine lauere als früher. Es liegt dem der Plan einer französischen Hegemonie über die nicht-englischen Seemächte mehr oder weniger deutlich zum Grunde, ein Lieblingsgedanke des Kaisers Nap[oleon], die Seemächte zweiten Ranges im Interesse der Freiheit der Meere gegen englische Uebermacht zu kräftigen, und namentlich auch Preußen in den

Kreis dieser Bestrebungen zu ziehn. Nur wächst ihm unsre 21. 11. 1862.
Marine zu langsam, er fürchtet, es nicht zu erleben, daß sie der Rede werth wird, und die dänisch-schwedische ist eine Realität. Kühl in der Holsteinischen Frage, legte er ein sehr warmes Interesse für die Beilegung unsrer innern Schwierigkeiten an den Tag, weil dieselben, wie er meinte, die Erweiterung der preußischen Macht in Deutschland lahm legten, die Oestreicher zum großdeutschen meeting in Frankfurt ermuthigten und dergl. Vielleicht vergegenwärtigt er sich, daß das constitutionelle Frankreich schwächer nach außen war als das bonapartische, und wünscht aus analoger Berechnung ein recht constitutionelles Preußen, welches in den verfassungsmäßigen Windeln die practischen Resultate abwartet, welche die Begeisterung deutscher Kammer-Redner für den correcten Liberalismus Preußens uns zuwenden könnte. Ich habe ihm erwidert, daß wir garkeine Schwierigkeiten im Lande hätten und uns vortrefflich befänden, trotz des Geschreis von 250 Abgeordneten und etwa ebensoviel Preßbengeln.

Was die ostdeutsche Post über Metternich und mich sagt, ist nicht einmal Portier-Klatsch; ich bin niemals mit M[etternich] im Vorzimmer Drouyn's zusammengekommen, und glaube sicher zu sein, daß Ihr Name zwischen Metternich und mir niemals genannt worden ist. Wohl aber habe ich ihm gesagt, daß es Bedingungen gäbe, unter denen ich Oestreichs treuster Bundesgenosse sein würde, daß ich es aber ablehnte, mich, in Erinnerung früherer übler Erfahrungen, über dieselben auszusprechen. Die Reihe, practische Vorschläge zu machen, sei an Oestreich und geriethen wir ohne solche Vorschläge und Verständigungen in europäische Krisen, so sähe ich keinen Grund, warum Preußen in Oestreich etwas Andres als eine fremde Macht sehn sollte. Für die Phrasen von „Bruderkrieg" sei ich stichfest, und kennte keine andre als ungemüthliche Interessen-Politik, Zug um Zug und baar. So ungefähr war die einzige, eingehende Besprechung, die ich mit ihm hatte.

Eine Verständigung über die Militärfrage ist bisher nicht näher gerückt als vor 6 Wochen; der König lehnt 2jährige Dienstzeit principiell ab. Ich enthalte mich der Kritik über

21. 11. 1862. dieſen Punkt; 2jährige mit Capitulanten würde bei der Infanterie wohl genügen; beſtände der König aber auf 10jähriger, ſo würde ich über dieſe Dinge ihm den Gehorſam nicht aufſagen. Es giebt m[eines] E[rachtens] wichtigere Fragen, als dieſen momentanen Frieden mit dem jetzigen Abgeordnetenhauſe durch eine ſolche Conceſſion zu erkaufen; dauernd wäre der Friede mit den Leuten doch nicht, alſo meinetwegen, no surrender.

Mit der Bitte, mich der Frau Gräfin zu Gnaden zu empfehlen, bin ich in aufrichtiger Verehrung

der Ihrige
v. Bismarck.

ſehr eilig!

Antwort Bernſtorffs.

London den 10. Dezember 1862.

Verehrteſter Freund,

10. 12. 1862. Wenn ich auch nur wenig Zeit mehr vor dem Abgang des Engliſchen Couriers habe, ſo will ich doch nicht länger ſäumen, Ihnen meinen herzlichen Dank für Ihren freundlichen Glückwunſch zur Entbindung meiner Frau zu ſagen, und erlaube mir zugleich meinen Glückwunſch zur Modification Ihres Cabinets hinzuzufügen. Herrn v. Jagow's Austritt halte ich für ein Glück, ebenſo wie den Eintritt des Grafen Eulenburg und des Herrn v. Selchow. Noch eine Modification mehr, und es würde Ihnen das Regieren erleichtert werden, und die perſönlichen Anſtände würden beſeitigt ſein.

Graf Lehndorff reiſt Sonnabend wieder ab, und werde ich Ihnen durch denſelben über die Däniſche Angelegenheit berichten, in Bezug auf welche ich zu meiner Freude aus Ihrem heut empfangenen Erlaß vom 8. erſehe, daß Sie mit der von mir befürworteten Behandlungsweiſe einverſtanden ſind. Eben ſo wird, wie ich glaube, Lord Ruſſell von Ihrer Mittheilung befriedigt ſein, nach ſeiner vorgeſtrigen Unterredung mit mir zu urtheilen. Er hat mich gebeten, morgen aufs Foreign Office zu kommen. Vermuthlich iſt es irgend eine Meſſage der Königin, die er mir beſtellen will.

Auch in der Heſſiſchen Frage habe ich mich gefreut zu ſehen, daß Sie auf dem von uns betretenen Wege fortſchreiten und wünſche Ihnen Glück zu dem ſchnellen Erfolge Ihrer Sendung.

Meine Frau erholt ſich entſetzlich langſam, doch hoffe ich, daß nun keine ernſtliche Störung mehr eintreten und ſie bald wird aufſtehen können.

Mein ältester Sohn reist wahrscheinlich Sonnabend von Berlin hierher ab, und wird sich Ihnen zur Verfügung stellen, falls Sie ihm eine Depesche mitgeben wollten. 10. 12. 1862.

Mit freundschaftlicher Verehrung

der Ihrige

Bernstorff.

XXVIII.

Berlin, 12. Dezember 1862.

Verehrter Freund

ich benutze die Reise Ihres Herrn Sohnes, um Ihnen für das heut erhaltene freundliche Schreiben zu danken, und Sie von einigen Neuigkeiten au fait zu halten. Mit Usedom hatte ich seine Versetzung nach Turin à l'amiable besprochen, und war sie ihm angenehm; unerwartet aber befahl Seine Majestät ihn für Rom zu ernennen, Willisen aber nach Turin und so ists geschehn. Brassier kommt nach Constantinopel, Georg Werthern nach Lissabon, Arnim nach Cassel, Savigny nach Brüssel, wohin er zu meiner Verwunderung nicht gern geht, Rantzau ist für Dresden ernannt und Sydow nach Frankfurt. Es hat fast den Anschein, als sollte ihn auch dort sein Schicksal als Abbrecher der Beziehungen nicht im Stiche lassen. Ich schicke Ihnen hierbei Abschriften von Usedoms letzten Berichten und den Instructionen für ihn. Wenn die Herrn vom Bunde gegen unsre rechtlich durchaus begründete Protestation dennoch mit Majoritäts-Beschlüssen vorgehn, so sind wir an die Wand gedrängt, und der Bruch ist unvermeidlich. Ich habe Carolyi darüber keinen Zweifel gelassen. Seine Majestät will in solchem [Falle] unsern Gesandten und Militärbevollmächtigten von Frankfurt abberufen, ohne zu substituiren. Demnächst wird es für uns unmöglich werden, der Versammlung, in welcher wir nicht vertreten sind, die Disposition über Bundes-Eigenthum, Festungen ꝛc. zu belassen, und über diesen Streitpunkt wird der von dem kriegerischen Pfordten ersehnte Moment des Bruches unaufhaltsam heranrücken. Wir können unmöglich passiv und geduldig zusehn, daß man unsern Widerspruch ignorirt und tambour battant vorrückt auf dem Wege, 12. 12. 1862.

12. 12. 1862. welcher dahin führt, den völkerrechtlichen Defensiv-Bund in eine Regirungsmaschine für Deutschland inclusive Preußen zu verwandeln. Sie haben vielleicht die Güte, Lord Russel vertraulich auf die ehrgeizigen Bestrebungen Pfordtens aufmerksam zu machen, damit das dortige Cabinet orientirt ist, wenn die Frage brennender werden sollte. Der Thatendurst dieses doctrinären Bundesdemagogen wird die morschen Pfeiler zertrümmern, auf denen das metternich'sche Bundesgebäude ruht. Pfordten will auch in Betreff Holsteins die Kündigung der Abmachungen von 185½ am Bunde beantragen, und vom status quo ante das Londoner Protokoll anfechten, und uns die fremden Mächte und namentlich England wieder vollständig ins dänische Lager treiben. Kübek ist eine Null, und wird von Pfordten vollständig tyrannisirt, darin stimmen die Privatbriefe meiner frühern Frankfurter Collegen mit unsern amtlichen Nachrichten vollständig überein. Wir lassen heut noch Depeschen nach Wien und München abgehn, um Klarheit über die Stellung zu erlangen, welche beide Höfe zu Pfordtens aggressivem Vorgehn am Bunde einnehmen.

Leider muß ich hier abbrechen, Ministerrath, dann Vortrag bei Seiner Majestät rufen gebieterisch. Mit der Bitte, der Frau Gräfin meine unterthänigen Empfehlungen und meine herzlichen Wünsche für ihre Gesundheit auszurichten, in aufrichtiger Ergebenheit

der Ihrige

v. Bismarck.[1])

XXIX.

London den 6. Januar 1863.

Verehrtester Freund,

6. 1. 1863. Ich benutze wieder die Rückreise meines Sohnes, um Ihnen eine kleine Expedition zu schicken.

Ich hoffe, daß meine Frau Kräfte genug haben wird, mich am Montag nach Osborne zu begleiten, obgleich sie bis jetzt noch nicht weiter, als vorgestern bis zur Kirche gekommen ist, und das nur mit Mühe. Uebrigens haben wir diesmal ein glücklicheres

[1]) Die Antwort Bernstorffs vom 17. Dezember hat sich noch nicht gefunden.

Weihnachts- und Neujahrsfest verlebt, wie vielleicht je zuvor — 6. 1. 1863.
im Kreise aller unserer Kinder, die gesund und munter, nach glücklich überwundenen Gefahren der in Folge der vorhergegangenen Umstände ungewöhnlich schweren Wochen, nach eben so glücklicher Befreiung aus der 12monatlichen Galeere in Berlin und Rückkehr in unsere alten wohlbekannten und lieben Umgebungen.

Unter den von Ihnen mir gütigst mitgetheilten und nun ja auch längst veröffentlichten diplomatischen Versetzungen und Ernennungen hat mich diejenige Brassier's nach Constantinopel und Willisens nach Turin, aufrichtig gesagt, am meisten frappirt, und ich würde Ihnen dankbar sein, wenn Sie mir einmal privatim einigen Aufschluß über unser Verhältniß zu Italien geben wollten, welches mir durch verschiedene neuerliche Vorgänge wesentlich gefährdet erscheint und welches wir Beide, nach Ihren mir bekannten Ansichten, doch gerade jetzt, wo wir mit Oesterreich so zu sagen blank stehen, ganz gut und ungetrübt zu sehen wünschen müßten. Die markirte Nichtberücksichtigung Turins bei der Reise des Kronprinzen unmittelbar vor seinem Besuch in Wien und nach demjenigen in Rom, die Abberufung des sehr beliebten Brassier und dessen Ersetzung durch den unbeliebten Willisen, über dessen Benehmen im Jahre 1849 gegen Sardinien ich allerdings schon damals habe klagen hören, endlich die anscheinend markirte Uebereinstimmung unserer Politik in Betreff Italiens und insbesondere Roms mit der durchaus veränderten französischen Politik seit Drouyn's Eintritt, alles das zusammen kann nicht wohl verfehlen, äußerlich den Eindruck zu machen, als wenn der reactionaire Umschwung in Berlin auch einen wesentlichen Umschwung in unserer äußeren Politik hervorgebracht hätte, und als wenn wir, wie dies allerdings nach dem mir von Ihnen im Garten Nr. 76 gezeigten Bleistift-Programm der Fall zu sein schien, jetzt bedauerten, Italien anerkannt zu haben, und dies möglichst deutlich kundgeben wollten. Dies thut mir, offenherzig gesagt, leid, weil ich die Anerkennung, was auch kommen möge, mit Ihnen für einen Act richtiger und angezeigter Politik für Preußen hielt, so wenig ich auch mit Victor Emanuel und seinen Genossen sympathisirte. Brassier, wenn er auch häufig in seinen Ansichten zu weit gegangen sein mag, hat doch das große Verdienst, daß er stets den Muth gehabt hat, sie offen und frei auszusprechen, und insofern thut mir seine Abberufung für ihn leid, gleichwie ich sie deshalb bedauere, weil er ganz unabhängig von den Franzosen war, was vielleicht nicht ein jeder Nachfolger sein wird. In Constantinopel wird er gewiß auch sehr brauchbar sein, nur sind seine finanziellen Verhältnisse gerade da bedenklicher als irgendwo anders, und bei Wertherns Ernennung dorthin kam gerade mit in Anschlag, daß er in dieser

6. 1. 1863. Beziehung durch und durch integer und keinen Verführungen ausgesetzt ist. Dann aber tritt nun das bisher, soviel ich weiß, noch nicht vorgekommene Verhältniß ein, daß wir im Orient, wo wir die einzige Macht sind, die den deutschen Protestantismus vertritt, einen katholischen Gesandten und überhaupt eine ausschließlich aus Katholiken, und zum Theil sehr eifrigen, zusammengesetzte Gesandtschaft haben, deren nunmehriger Chef allerdings nichts weniger als ultramontan ist, aber doch auch eben kein Interesse für unsere Kirche hat.

Redern wird in Petersburg hoffentlich weniger Cancans schreiben, als er es von Brüssel aus that, wo ihn wohl der Thatendurst dazu trieb. Ein wenig ängstlich bin ich allerdings in Bezug auf seine künftige Stellung wegen seiner so sehr Oesterreichisch-Großdeutschen Gesinnungen und wegen des ihm schon von dem seligen Bülow hier vor mehr als 30 Jahren vorgeworfenen Mangels an der nöthigen Discretion, sowie wegen seiner stets bewiesenen Unlust, sich mit positiven Arbeiten zu befassen. Doch gehen ihm ein gewisser Takt und eine gute Observations-Gabe nicht ab, und äußerlich wird er immer anständig repräsentiren.

Verzeihen Sie meine offenherzigen Bemerkungen, es ist nicht, um zu kritisiren, oder gar mich in Ihr Geschäft einzumischen, wozu ich nicht das mindeste Recht habe, sondern nur aus großem Interesse an der Sache. Wird denn Willisens [von Sr. Majestät befohlner][1]) Einschub nicht durch einen entsprechenden Austritt compensirt? Was wird aus Reuß?

Hier muß ich meinen wohl für Ihre Zeit schon zu langen Brief schließen, und verbleibe mit aufrichtiger Verehrung

der Ihrige

Bernstorff.

XXX.

London den 24. Januar 1863.

Verehrtester Freund,

24. 1. 1863. Ich wünsche Ihnen und uns von ganzem Herzen Glück zu dem Ausfall der vorgestrigen Abstimmung in Frankfurt. Hammond schrieb ihn mir gleich aufs Land, wo ich eben ein Paar Tage bei Lord Salisbury war — mitten im Tory-Lager, was für mich ebenso interessant als angenehm war, da ich nebenbei auch ein Paar hübsche Jagdtage hatte, und am ersten derselben trotz des

[1]) Die in Klammer gesetzten Worte hat Bismarck mit Bleistift vor „Einschub" eingefügt.

schon mehrmals in diesem Jahre abgetriebenen Reviers mit einem Paar Charlottenburger Zündnadel-Gewehren, die ich zum erstenmale probirte, 86 Stück kleines Wild schoß. 24. 1. 1863.

Auf die Gesellschaft, unter der Disraeli war, komme ich gelegentlich zurück.

Unsere lieben Abgeordneten sind ja von einer Heftigkeit und Selbstüberhebung, die alles Maß übersteigt! Vielleicht das Beste, was der Regierung geschehen kann!

Ich hatte gehofft, Lord Russell heute zu sehen, er hat mich aber bitten lassen, erst am Dienstag zu kommen. Er wird sich daher wohl noch schonen.

Baron Gros ist angekommen, wir haben uns aber noch gegenseitig verfehlt.

Mit freundschaftlicher Verehrung

der Ihrige

Bernstorff.

XXXI.

Berlin, 17. Februar 1863.

Verehrtester Freund

in der Polen betreffenden Depesche habe ich so ziemlich alles gesagt, was unser Herz hier politisch bewegt, quoad externa. Nur einige vertrauliche Bemerkungen über Buchanan füge ich noch hinzu: Er ist an Verstand unter dem Eindruck, den sein erstes Erscheinen machte, es fehlt ihm an europäischer Ausbildung, zu sehr Insulaner, mit viel Anlage, mauvais coucheur zu werden. Er läßt sich von seinem französischen Collegen induciren, Rangstreitigkeiten anzufangen, und der schlaue Franzose reibt sich die Hände, wenn er sieht, wie der heißblütige Schotte ins Zeug geht und seinen Frieden mit dem Hofe compromittirt. Herzog Wilhelm ist ihm ein Dorn im Auge; der König hat erklärt, diesen seinen Neffen zu Seiner Familie zu rechnen, so daß er den Botschaftern vorgeht. Buchanan drohte zu berichten, nicht an Hof zu kommen, nach England zurückzugehn und dergleichen. Talleyrand verlor kein Wort und erklärte sich mit allem zufrieden. Die Annehmlichkeit, Botschafter zu haben, und der Wunsch, diese Institution beizubehalten, wird auf diesem Wege für Seine Majestät beträchtlich vermindert. Außerdem ist die Verbindung, in welcher 17. 2. 1863.

17. 2. 1863. einige Mitglieder der Botschaft mit der Presse stehn und mit der parlamentarischen Opposition, allerhöchsten Ortes mißfällig, d. h. nur bei Seiner Majestät. Auch die Beziehungen der Engländer zum Kronprinzlichen Hofe erregen manche Verstimmungen unsres allergnädigsten Herrn. Doch das sind Regionen, die sich der Einwirkung unsres diensteifrigsten Bestrebens, dem Könige Verdruß zu ersparen, entziehn; ich sage Ihnen das nur nachrichtlich als Klatsch. Ich bin so in Kammer- und Karnevals-Gedränge, daß ich diese flüchtigen Zeilen mit meinen Empfehlungen an die Frau Gräfin schließen muß. Kammer, Depeschen, Ministerrath, Ball und Pferdehandel, alles an demselben Dienstage, ist kaum zu bewältigen.

Aufrichtig der Ihrige

v. Bismarck.

Lady Buchanan, so liebenswürdig sie ist, setzt uns in einige Verlegenheit und noch mehr das diplomatische Corps, indem sie sich weigert, die Functionen einer doyenne zu übernehmen, die Hohenthal lehnt es auch ab, weil sie behauptet, es sei Sache der Botschafterin, und darin, finde ich, hat sie Recht. Einstweilen aber sind die diplomatischen Damen in der Unmöglichkeit, bei Hofe vorgestellt zu werden. Meine Frau hat heut, ausnahmsweise, die Gräfin Ze Zuylen bei Ihrer Majestät eingeführt. Wie ist denn das in London?

XXXII.

Berlin, 9. März 1863.

Verehrtester Freund

9. 3. 1863. mit der beifolgenden Expedition erhalten Sie alles, was sich über die polnische Angelegenheit bisher sagen läßt. Den britischen Eifer gegen unsre Convention kann ich mir nur aus der Unbekanntschaft der Engländer mit den intimeren Verhältnissen continentaler Politik erklären. Ich weiß nicht, ob Napier seine Regirung über die Lage der Dinge in Rußland vollständig au fait gesetzt hat. Dort ist die polenfreundliche Partei, mit Gortschakow und Wielopolski an der Spitze und die in mannigfachen Abstufungen ein mehr oder weniger selbst-

ständiges polnisches Polen in Warschau herstellen will, zu- 9. 3. 1863.
gleich die Partei Frankreichs und des ehrgeizigen Rußland, mit orientalischen Plänen. Die Gegenpartei möchte ich die conservative (durchaus nicht die altrussische, die ist der erstern mehr verwandt) nennen. Zu ihr gehört dem Herzen nach der Kaiser, die Generäle, die deutschen Staatsmänner; diese mißtrauen Frankreich und sehn die Unmöglichkeit gütlicher Verständigung mit polnischen National-Ansprüchen ein. Es liegt auf der Hand, daß die erstre Richtung, die Gortschakows, auch für Preußen die bedenklichere ist, so lange wir uns nicht auf russisch-französische Combinationen einlassen wollen. Durch den Abschluß unsrer Convention, der unter großem Widerstreben Gortschakows erfolgte, auf bestimmten Befehl des Kaisers, verschafften mir, so viel an uns lag, der anti-polnischen und anti-französischen Partei im Cabinete des Kaisers die Oberhand, und die bis dahin schwankenden Entschließungen erfolgten im Sinne der entschlossenen Unterdrückung des Aufstandes. Die Neigung, dem bewegenden Princip des letztern Concessionen zu machen, wird sehr bald wieder hervortreten, wenn nicht grade der Verdruß über die englische Einmischung sie einstweilen zurückdrängt. Man kann sich in London doch nicht darüber täuschen, daß alles, was man für Polen thut, wenn es Erfolg hat, nur dazu dient, die Stellung Frankreichs auf dem Continent zu stärken. Polens Unabhängigkeit ist gleichbedeutend mit einer starken französischen Armee in der Weichsel-Position, und jede Verlegenheit, die man Rußland in Polen bereitet, ist ein Zwang Rußlands zur Verständigung mit Frankreich. Letztre ist und bleibt Gortschakows Ziel, es kommt bloß darauf an, ob es ihm gelingt, den Kaiser in seine Bahnen zu ziehn. Gortschakow reibt sich jubelnd die Hände über alle Verdrießlichkeiten, die aus der Convention für uns hervorgingen; die factische Beseitigung der letztern ist für ihn ein Sieg in der russischen Politik, erfochten über die anti-französischen Staatsmänner in Rußland. Ich weiß nicht, ob die englischen Minister diese Auffassung für falsch halten oder ihr unzugänglich sind, und ob Napier ihnen andre Dinge schreibt. Ich halte ihn mehr für einen humanistischen Freiheits-

9. 3. 1863. Apostel als für einen englischen Politiker. Der König war ziemlich verstimmt über die Art, wie der Inhalt der Convention an das englische Parlament gelangt war; ohne die Mittheilungen Russels, die obenein nicht genau waren, hätten wir hier nicht halb so viel Lärm in Kammer und Presse gehabt, und ich bedaure, daß Sie Russel Material dazu geliefert hatten, während meine Depesche ausdrücklich um Geheimhaltung bat. Die Sache ist nun, so Gott will, erledigt; ich habe mich mit Buchanan durchaus freundschaftlich und offen expectorirt, und ihm besonders begreiflich zu machen gesucht, daß die Erneuerung französischen Uebergewichts auf dem Continent durch Polen noch leichter gemacht wird, als durch Vergrößerung am Rhein; wir können den Rhein nicht halten, wenn wir Polen im Rücken haben.

Ich muß schließen! Der Frau Gräfin empfehle ich mich zu Gnaden.

Ihr

v. Bismarck.

XXXIII.

London den 15. Mai 1863.

Mein verehrtester Freund,

15. 5. 1863. Die jetzige Anwesenheit des Prinzen und der Prinzessin von Wales hierselbst, wo sie Privat-Einladungen in der Gesellschaft annehmen, macht es für mich als Familien-Botschafter ganz unthunlich, Ihren Königlichen Hoheiten nicht auch irgend ein Fest anzubieten, nachdem ich mich unter der Hand überzeugt habe, daß eine solche Einladung unsererseits von der Königin gern gesehen und von den jungen Herrschaften mit Vergnügen angenommen werden würde. Um uns hierüber Gewißheit zu verschaffen, hat meine Frau schon vor 3 Wochen Lady Augusta Bruce, welche bekanntlich jetzt das Factotum der Königin ist, gebeten, die Ansichten und Absichten Ihrer Majestät in dieser Hinsicht ganz vertraulich und privatim auszuforschen, und hierauf die abschriftlich hier beifolgende Antwort erhalten, welche keinen Zweifel darüber läßt, daß eine solche Einladung Allerhöchsten Orts sehr gut aufgenommen werden würde. Wir haben außerdem in Erfahrung gebracht, daß ein Ball dem Prinzen und der Prinzessin am meisten Freude machen würde, und wir halten es daher für das Beste, sie zu

einem solchen einzuladen. Nachdem wir nunmehr auch eine Ein- 15. 5. 1863.
ladung zur Tafel zu Ihren Königlichen Hoheiten erhalten haben, worauf man zu wünschen schien, daß wir warten möchten, ehe wir unsere Einladung ergehen ließen, werden wir nicht wohl länger mit der letzteren warten können, und beabsichtigen, den Ball in der ersten Hälfte Junys zu geben, wenn es den Herrschaften recht ist.

Nun wird hierbei aber die finanzielle Frage brennend, und ich muß Sie daher dringend bitten, eine Entscheidung derselben jetzt herbeizuführen. Denn meine jetzige finanzielle Lage ist ganz unhaltbar, und ich würde niemals den hiesigen Posten als Botschafter übernommen haben, wenn ich einen Augenblick an die Möglichkeit gedacht hätte, daß ich in dieselbe kommen könnte. Sie werden Sich erinnern, daß Sie zwar Bedenken trugen, die auf den Etat für 1864 gebrachte Botschafter-Erhöhung vor der Bewilligung durch die Kammern außerordentlich auszahlen zu lassen, daß Sie aber kein Bedenken trugen, mir die Auszahlung der auf den Etat von 1863 gebrachten Erhöhung des hiesigen Gesandten-Gehalts von 6000 Rthlr. vom 1. Januar d. J. an zuzusichern. Ohne dieselbe wäre ich auch als Gesandter auf die Länge nicht zurückgegangen, weil mir eine 7jährige Erfahrung die Unmöglichkeit dargethan hatte, damit zu bestehen. Sie haben mir später amtlich mitgetheilt, daß das Gesammt-Ministerium sich auch gegen die Auszahlung dieser bereits von dem Abgeordneten-Hause ohne Weiteres bewilligten 6000 Rthlr. erklärt habe, und sie sind mir daher bis jetzt vorenthalten worden. Da nun aber die ganz in demselben Verhältniß stehenden 2000 Rthlr., um welche die Wohnungs-Entschädigung erhöht worden ist, jetzt in Folge Allerhöchsten Befehles zu Gunsten des Kronfideicommisses ausgezahlt worden, so kann unmöglich länger die von dem Staatsministerium beliebte Argumentation gegen mich zur Anwendung kommen, und ich muß um so dringender darauf antragen, daß diesem Zustande ein Ende gemacht werde, als die Aussicht auf das Zustandekommen eines regelmäßigen Budgets mir mehr und mehr zu schwinden scheint, und es mir unmöglich sein würde, für den Fall des Nichtzustandekommens etwa noch länger jener 6000 Rthlr. zu entbehren. Auch wenn ich diese bekomme, ist das hiesige Gehalt für eine halbwegs anständige Repräsentation als Botschafter durchaus unzureichend, aber ich würde doch wenigstens suchen, den bevorstehenden kleinen Ball aus eigenen Mitteln zu decken, und nicht auf eine extraordinaire Bewilligung dazu antragen, wenn ich vorläufig nur die mir zugesagten 6000 Rthlr. ausgezahlt erhielte.

Ich muß Sie leider trotz Ihrer soviel wichtigeren Geschäfte recht dringend bitten, mein verehrtester Freund, diese für mich brennende und unumgängliche Frage ohne Zeitverlust zu meinen

15. 5. 1863. Gunſten erledigen, event. des Königs Majeſtät wegen der Frage der Deckung der Koſten des Balles für den Prinzen von Wales Vortrag halten und mich möglichſt bald von dem Reſultate gütigſt in Kenntniß ſetzen zu wollen.

Inzwiſchen verbleibe ich, wie immer, mit freundſchaftlicher Ergebenheit

der Ihrige

Bernſtorff.

Beilage.

Copy. Windsor Castle

April 29/63.

My dear Countess,

29. 4. 1863. I have taken steps to obtain the information your wished to have, and hasten to say that some time in the course of the Season, a little later than this, your proposed invitation would be likely to be received very favorably by all and much appreciated.

I have taken care to ascertain this quite privately and confidentially as you wished.

I remain,

my dear Countess

your sincerely

signed: Augusta Bruce.

XXXIV.

Carlsbad den 7. September 1863.

Verehrteſter Freund,

7. 9. 1863. In einigen Tagen werde ich meine hieſige Cur beendigt haben, und dann nach Brighton zurückeilen, wo wir unſere Kinder gelaſſen haben, und wo ich eine Nachcur machen, womöglich noch einige Seebäder nehmen will. Ich hatte urſprünglich gehofft, dem Könige noch hier aufwarten und Sie zugleich hier ſehen zu können; Sie kennen aber die Gründe, die mich auf meinem Poſten zurückhielten, bis es zu meinem großen Bedauern zu ſpät hierzu war. Jetzt nun, angegriffen von der hieſigen Cur, und bei der ſchon ſo vorgerückten Jahreszeit, die Reiſe nach Berlin machen, ohne ſogar zu wiſſen, ob ich Seine Majeſtät und Sie ſelbſt finden würde, möchte ich, offenherzig geſagt, nicht gern, wenn ich nicht wüßte, daß entweder der König es unpaſſend fände, daß ich Deutſchland wieder verließe, ohne mich Seiner Majeſtät vorzuſtellen, oder daß Sie wünſchten, mir vor meiner Rückkehr nach England etwa mündliche Inſtructionen in irgend einer Beziehung zu geben. In beiden

Fällen würde natürlich der Befehl Seiner Majestät oder das Interesse des Dienstes für mich entscheidend sein, und ich würde auf einen brieflichen oder telegraphischen Wink von Ihnen mich in Berlin einstellen. Da wir aus Pietäts-Rücksichten unsere Rückreise über Erdmannsdorf bei Chemnitz in Sachsen zu nehmen und daselbst den nächsten Sonnabend und Sonntag, den 12. und 13. d. M., zuzubringen gedenken, so würde eine eventuelle Mittheilung mich dort am sichersten treffen. Ohne eine solche zu bekommen, würde ich am 13. Nachmittags oder 14. früh nach England weiter reisen. 7. 9. 1863.

Mit dem Wunsche, daß Sie auch noch etwas für Ihre Gesundheit möchten thun können, und mit der Bitte, mich jedenfalls, wenn ich nicht nach Berlin komme, bei des Königs Majestät gütigst entschuldigen zu wollen, verbleibe ich, verehrtester Freund, in aufrichtiger Verehrung

der Ihrige

Bernstorff.

XXXV.

London den 16. März 1864.

Verehrtester Freund,

Nur weil ich kaum bezweifeln kann, daß ein Alter-Jungfern-Klatsch, der hier ein Paar Tage die große Welt von London in Bewegung gesetzt hat, auch seinen Weg nach Berlin finden wird, glaube ich nicht unterlassen zu dürfen, die Sache selbst zu Ihrer Kenntniß zu bringen und Sie dadurch in den Stand zu setzen, auch Seiner Majestät dem Könige nöthigenfalls darüber authentische Aufklärung zu geben. Ich hörte nämlich schon am Abend des 10., in der Soirée des Prinzen von Wales, daß ich nicht auf die Gesundheit des Königs von Dänemark getrunken haben sollte, und am nächsten Morgen bestätigte mir Graf Fürstenstein, daß darüber große Aufregung im Hause und Lager des Prinzen von Wales sei, und sogar die Königin schon davon unterrichtet sei. Man wollte wissen, daß ich die Gesundheit der Königin Victoria mit einer größeren Quantität von Wein, als die des Königs Christian, oder die letztere gar nicht getrunken hätte, und das Ganze schien auf einem Geschwätz einer Hofdame der Herzogin von Cambridge, Lady Geraldine Somerset, zu beruhen, und die Frau Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz[1]) schien sich besonders eifrig in der Verbreitung der großen Nachricht unter der Königlichen Familie und 16. 3. 1864.

[1]) So nach der Correctur Bismarcks; Bernstorff hatte M.-Schwerin geschrieben.

16. 3. 1864. in der Aufregung des Prinzlich Wales'schen Ehepaares gezeigt zu haben. Ich schrieb daher um so mehr gleich den abschriftlich anliegenden Brief an den Prinzen von Wales, als am nächsten Morgen wieder Lever war, und ich mich keiner unartigen Aufnahme auf Grund dieses Geschwätzes aussetzen wollte. Darauf erhielt ich die anliegende Antwort des General-Lieutenants Knollys im Auftrag des Prinzen, welche allerdings höflicher gewesen wäre, wenn Se. Königl. Hoheit sie selbst geschrieben hätte. Eine Abschrift meines Briefes hatte ich gleichzeitig an den General Grey nach Windsor geschickt, um sie der Königin vorzulegen, und erhielt am 13. die angeschlossene sehr befriedigende Antwort Ihrer Majestät durch ihn.

Auf einen Privatbrief, womit ich Lord Russell diese Correspondenz nur zu seiner Kenntniß mitgetheilt hatte, erhielt ich die ebenfalls in Uebersetzung beiliegende Antwort.

Wie ich höre, ist die Königin ärgerlich über diese „dumme Geschichte", die man mir gemacht hat, und hat auch dem General Knollys in einem Briefe an ihn zu verstehen gegeben, daß der Prinz von Wales mir selbst hätte schreiben sollen. Uebrigens war der Prinz auf dem Lever ganz artig, und die Sache ist nunmehr abgemacht. Aber sie wird Ihnen beweisen, bis zu welchem Grade man hier gereizt ist — in dem Wales-Cambridgeschen Lager.

Ich muß die Expedition schließen und kann daher nur noch eilig mit dem Ausdruck meiner verehrungsvollen Ergebenheit schließen, als

Ihr

Bernstorff.

Beilagen.

I.

Abschrift. London d. 11. März 1864.

Durchlauchtigster Prinz,
Gnädigster Prinz und Herr!

11. 3. 1864. Graf Fürstenstein hat mir mitgetheilt, daß Jemand behauptet hat, ich hätte gestern nicht auf die Gesundheit Seiner Majestät des Königs von Dänemark getrunken, und daß diese Behauptung auch zu den Ohren Eurer Königlichen Hoheit gelangt ist. — Höchstdieselben werden hoffentlich nicht glauben, daß ich schlecht genug erzogen bin, um an der Tafel Ihrer Majestät der Königin politische Demonstrationen machen zu wollen. Die Wahrheit ist, daß ich gestern morgen so krank war, daß ich Opium nehmen mußte, um nur an Hof erscheinen zu können, was Lord Palmerston, dem ich es gleich beim Eintreten erzählte, mir bezeugen kann. Aus diesem Grunde habe ich keinen Tropfen Champagner trinken können, und

mir solchen daher auch nicht einschenken lassen, sondern habe nur 11. 3. 1864.
ein wenig Portwein genommen. Mit diesem habe ich das Glas bei den verschiedenen Gesundheiten zum Munde geführt. Wie viel ich davon bei einer jeden getrunken, davon kann ich selbst keine Rechenschaft geben, und wer sich die Mühe gegeben hat zu controlliren, ob ich bei der einen mehr und bei der anderen weniger getrunken habe, kann dies nur aus einer höchst kleinlichen, böswilligen Absicht gethan haben. Eurer Königlichen Hoheit aber kann ich versichern, daß ich weit entfernt gewesen bin, auch nur an die Möglichkeit zu denken, daß mir in einer solchen Gesellschaft, wie die, in welcher ich die Ehre hatte, mich zu befinden, Jemand zutrauen könnte, daß ich eine ebenso kleinliche wie lächerliche und unschickliche Demonstration gegen den erhabenen Vater Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Prinzessin von Wales machen wollte.

Eure Königliche Hoheit wollen es meiner seit vielen Jahren bewährten Anhänglichkeit an Ihr ganzes erhabenes Haus zu Gute halten, wenn ich es wage, mich direct an Höchstdieselben zu wenden, um einem mich betreffenden, entgegengesetzte Gesinnungen bekundenden Gerüchte zu widersprechen.

In tiefster Ehrerbietung verharre ich

Eurer Königlichen Hoheit

unterthänigst gehorsamster

Bernstorff.

II.

Uebersetzung. Marlborough House

d. 11. März 1864.

Lieber Graf Bernstorff,

Ich bin von dem Prinzen von Wales ersucht worden, den 11. 3. 1864.
Empfang Ihres Schreibens zu bestätigen. Seine Königliche Hoheit begreift vollkommen, daß Sie es nöthig fanden, eine Aufklärung in Bezug auf das Gerücht zu geben, welches mit den auf dem Luncheon bei Gelegenheit der Taufe getrunkenen Gesundheiten zusammenhing, und bedauert sehr, daß solch ein Gerücht in Umlauf gekommen ist. Aber der Prinz ist ganz gewiß, daß es niemals Ihre Absicht gewesen sein könnte, unter irgend einer Form Unhöflichkeit gegen die Prinzessin oder ihn selbst an der Königin Tafel zu zeigen, und wünscht Ihnen zu versichern, daß er vollkommen durch die Aufklärung, die Sie ihm über die Sache gegeben haben, befriedigt ist.

Ich habe die Ehre zu sein,

lieber Graf Bernstorff,

Ihr sehr getreuer Diener

W. Knollys.

III.

Ueberſetzung. Schloß Windſor d. 13. März 1864.

Mein lieber Graf Bernſtorff,

13. 3. 1864. Ich empfing Ihren Brief mit der Abſchrift desjenigen, welchen Sie an den Prinzen von Wales geſchrieben hatten, geſtern Nachmittag und legte ſie ſogleich der Königin vor. —

Ihre Majeſtät hat mir jetzt befohlen zu ſagen, daß das Gerücht, auf welches Sie Sich beziehen, allerdings zu ihren Ohren gelangt war, und daß es, obgleich Ihre Majeſtät ſich nur langſam entſchloſſen haben würde an die Möglichkeit zu glauben, daß etwas der Art wirklich geſchehen ſein ſollte, Ihrer Majeſtät doch eine Genugthuung iſt, von Ihnen eine ſo befriedigende und entrüſtete Verneinung der Wahrheit jenes Gerüchtes erhalten zu haben.

Glauben Sie mich recht aufrichtig den Ihrigen

E. Grey.

IV.

Abſchrift. Cheſham Place
d. 15. März 1864.

Mein lieber Graf Bernſtorff,

15. 3. 1864. Ich war gewiß, daß Sie unfähig wären, an der Tafel der Königin irgend eine Geringſchätzung oder Unehrerbietigkeit gegen den Vater der Prinzeſſin von Wales zu zeigen.

Ich freue mich ſehr, daß die Königin und der Prinz von Wales Ihre Verneinung ſo bereitwillig aufgenommen haben, und ich hoffe zuverſichtlich, daß ſpäterhin nichts der Art vorkommen wird, was die Genugthuung ſchmälern könnte, mit welcher wir Sie hier als den Botſchafter eines befreundeten Hofes ſehen.

Solche falſche Gerüchte werden ſehr leicht verbreitet und bereitwillig verſchlungen von Leuten, welche nach Neuigkeiten gierig ſind.

Ich verbleibe

Ihr getreuer

Ruſſell.

XXXVI.

London den 20. November 1864.

Mein verehrteſter Freund,

20. 11. 1864. Aus unſeren mir heute wegen der Stürme ſehr verſpätet zugehenden Zeitungen erſehe ich, daß der König Ihnen bei der Ratification des Friedens-Vertrages auf die huldreichſte und an-

erkennendste Weise den Schwarzen Adler Orden zu verleihen geruht hat, und ich will keinen Augenblick warten, Ihnen meinen herzlichen Glückwunsch dazu auszusprechen. Ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen die besten Erfolge auch für die noch übrigen, mit dem Friedenswerke zusammenhängenden Fragen, namentlich für die das Herzogthum Lauenburg betreffenden, dessen Deputation, wie ich höre, mit den günstigsten Eindrücken nach Ratzeburg zurückgekehrt ist. 20. 11. 1864.

Wir haben uns auch gefreut, aus den Zeitungen zu ersehen, daß Sie Frau von Bismarck in Stettin abgeholt haben, woraus wir entnehmen zu können hoffen, daß Ihre Frau Gemahlin ihre schwere Krankheit ganz überwunden hat.

Zum Donnerstag bis Freitag sind wir zur Königin nach Windsor eingeladen. Dies ist die erste Höflichkeit, die uns seit dem Ausbruch des Krieges wieder von Seiten des Englischen Hofes zu Theil wird. Es soll mich freuen, wenn wir darin eine gute Vorbedeutung für ein weniger unangenehmes Jahr erblicken können, als dasjenige war, welches wir hier vor meinem letzten Urlaub erlebt haben!

Ich bin gespannt auf den Wortlaut der Proclamation Christians IX. an die Herzogthümer.

Der Dr. Lorenzen, welcher jetzt, wie die Zeitungen sagen, in Berlin ist, um dem Herrn von Ahlefeldt zu assistiren, gehört zwar zu den Klügeren von der Augustenburgischen Clique, soll aber zugleich einer der Schlimmeren sein. Er war im Sommer auch längere Zeit hier, und ich habe ihm damals wegen der Richtung der Räthe des „Angestammten" ein Paarmal scharf meine Meinung gesagt.

Mit freundschaftlicher Verehrung verbleibe ich stets

der Ihrige

Bernstorff.

XXXVII.

London den 21. September 1865.

Mein verehrtester Freund und Graf,

Ich sehe eben in unseren Zeitungen die bereits telegraphisch durch die Englischen Blätter gegebene Nachricht bestätigt, daß der König Ihnen ein neues Zeichen seiner wohlverdienten Gnade und Huld durch Verleihung der gräflichen Würde verliehen hat, und ich will nicht der Letzte sein, der Ihnen dazu seinen herzlichen Glückwunsch sagt. Auch ersehe ich mit Vergnügen, daß Seine Majestät Sie, Ihrem mir in Baden ausgesprochenen Wunsche 21. 9. 1865.

21. 9. 1865. gemäß, zum Minister für Lauenburg ernannt und dies Ländchen durch Ernennung seines ersten Dieners zu diesem Posten geehrt hat.

Die Besitz-Ergreifung hat ja nun in würdiger Weise stattgefunden, und ich bin sehr erfreut darüber, daß dieser Act eine vollendete Thatsache ist. Wann die Huldigung stattfinden wird, bin ich begierig zu erfahren, und werde ich Ihnen jedenfalls seinerzeit, sobald dies feststeht, für eine gütige Benachrichtigung davon sehr dankbar sein. Nach der Ansprache des Grafen Arnim scheinen nur die Mitglieder des Landraths-Collegii und die gesammte Landesvertretung in dem Falle zu sein, dem Könige den Huldigungs-Eid zu leisten. Hierzu gehöre ich aber nicht mehr, seitdem uns die Virilstimmen genommen sind, und ich weiß daher nicht recht, in welcher Eigenschaft ich dabei zu erscheinen hätte, wenn nicht etwa alle Rittergutsbesitzer, resp. Lehens-Vasallen gleichfalls zur Eides-Leistung aufgefordert werden sollten. Als Diener und Unterthan habe ich dem Könige von Preußen bereits vor 35 Jahren — lange ehe ich wußte, daß ich jemals Lauenburgischer Vasall werden würde — den Eid der Treue und des Gehorsams geleistet. Als bloßer Unterthan kann ich ihn daher nicht nochmals leisten, als wäre ich es bis jetzt noch nicht gewesen. Ich bin daher zweifelhaft geworden, ob überhaupt ein passender Platz für mich bei der Huldigung vorhanden ist, und ohne einen solchen möchte ich allerdings nicht gern dabei erscheinen, es sei denn, daß ich als Diener des Königs, der zugleich auch Lauenburgischer Gutsbesitzer ist, etwa in der Begleitung oder auch nur auf Allerhöchste Aufforderung Seiner Majestät bei dieser Gelegenheit in Ratzeburg mich einzufinden hätte. Einige vertrauliche Andeutungen darüber von Ihrer Seite würden mir seinerzeit sehr erwünscht sein.

Da Katte gern noch bis heute die Geschäfte führen wollte, so werde ich sie erst heute wieder übernehmen. Angenehm ist die Luft hier nicht, wie die Russell'sche Depesche beweist.

Mit freundschaftlicher Verehrung

stets der Ihrige

Bernstorff.

XXXVIII.

London, den 1. Januar 1867.

Mein verehrtester Freund,

1. 1. 1867. Ich benutze die Rückreise meines Sohnes nach Berlin, zunächst um Ihnen meine besten und herzlichsten Wünsche zum neuen Jahre auszusprechen und Ihnen zu sagen, wie sehr ich mich freue, daß Ihre Gesundheit Ihnen erlaubt, wieder die Geschäfte zu

führen und namentlich die Bildung des Norddeutschen Bundes selbst in der Hand zu behalten, und sodann, um Ihnen eine Frage eben in Bezug auf die Ausbildung dieses Bundes und des dazu bestimmten Parlaments vorzulegen. Ich bin an und für sich nicht sehr begierig nach parlamentarischer Wirksamkeit und würde mich daher niemals aus Geschmack dazu drängen. Ich interessire mich aber so ungeheuer für die Consolidirung Deutschlands und einstweilen Norddeutschlands, daß ich ein jedes persönliche Opfer gern bringen würde, wenn ich glauben könnte im Stande zu sein, an meinem Theile in irgend einer Weise wirksam dazu beizutragen. Nun weiß ich nicht, ob es in der Absicht oder dem Wunsche der Regierung des Königs liegt, daß überhaupt Königliche Diener in den Reichstag gewählt werden, und nach einer Bestimmung, welche in dem Verfassungs-Entwurf für den Bund in Bezug auf die künftige Zusammensetzung des Reichstages enthalten sein soll, ließe sich beinahe annehmen, daß sie das auch für das erste bevorstehende Parlament nicht wünscht. Wäre dies der Fall, so würde ich natürlich, so lange ich im Dienst bin, überhaupt nicht daran denken. Läge aber auch im Allgemeinen keine Abneigung der Regierung gegen die Theilnahme von Staatsdienern am Reichstage vor, so könnte es ihr doch vielleicht nicht angenehm sein, daß diplomatische Vertreter ihre Posten um deswillen verließen, und würde ich in diesem Falle ebenso wenig daran denken eine Wahl anzunehmen, geschweige denn mich darum zu bemühen. Wenn aber im Gegentheil die Regierung wünscht, Männer ins Parlament gewählt zu sehen, auf deren Mitwirkung sie, wie im Dienst, so auch dort zur Durchführung ihrer Absichten und ihrer Politik zählen könnte, und es ihr daher angenehm wäre, daß eine Wahl auf mich fiele, so wollte ich Ihnen nur sagen, daß ich mich für diesen Fall Ihnen von ganzem Herzen und sehr gern zur Verfügung stelle, falls Sie nämlich überhaupt da, wo es in Ihrer Macht steht die Wahlen zu beeinflussen, Candidaten aufstellen oder begünstigen wollen. 1. 1. 1867.

Aus einer Correspondenz der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung aus Lauenburg, sehe ich, daß man dort beabsichtigt, Sie zu wählen, und wenn Sie geneigt wären, diese Wahl anzunehmen, versteht es sich von selbst, daß für mich nicht die Rede davon sein könnte, Ihnen Concurrenz zu machen, sondern daß ich meine eigenen Guts-Unterthanen auffordern würde, Ihnen ihre Stimmen zu geben. Da Sie aber auch an anderen Orten aufgestellt werden, und möglicher Weise eine andere Wahl der für Lauenburg vorziehen könnten, so würde für diesen Fall jenes Ländchen wohl der passendste Wahlkreis für mich sein, und vermuthlich Ihre Empfehlung ein entschiedenes Gewicht haben.

1. 1. 1867. Das Einzige, worum ich Sie recht dringend bitte, ist, mich, sobald als es Ihnen irgend möglich ist, gütigst privatim benachrichtigen zu wollen, ob es Ihnen angenehm sein würde, wenn ich ins Parlament gewählt würde oder nicht, und ob Sie im ersteren Falle etwas dazu thun wollen, oder ob Sie mir dies lediglich selbst überlassen würden. In der letzteren Alternative würde ich schwerlich von hier aus irgend einen Schritt thun, um gewählt zu werden, und wenn Sie überhaupt es nicht gern sehen, brauche ich wohl nicht erst zu sagen, daß ich auch keine ohne mein Zuthun auf mich gefallene Wahl annehmen würde.

Es würde mich zwar unendlich freuen, nach sehr langer Unterbrechung einmal wieder Ihre eigenen Schriftzüge zu sehen, und dies würde besser wie alles andere geeignet sein, mir die erfreulichen Nachrichten zu bestätigen, wonach Sie Ihr letztes Unwohlsein glücklicherweise wieder ganz überwunden haben. Wenn Sie aber, wie ich es auch bei Ihrer Ueberbürdung mit den wichtigsten und dringendsten Geschäften vollkommen begreifen kann, nicht Zeit finden, mir durch ein Paar Privatzeilen zu antworten, so bitte ich Sie, irgend Einen Ihrer Vertrauten zu beauftragen, dies in Ihrem Namen zu thun, damit ich wisse, woran ich mich zu halten habe. Ich bemerke übrigens noch zum Ueberfluß, daß mir jede Entscheidung, die Sie in Bezug auf die Ihnen von mir vorgelegte Frage treffen wollen, recht ist.

Meine Frau trägt mir auch ihrerseits die freundlichsten Glückwünsche für Sie zu Ihrer Genesung und zum neuen Jahre auf, und ich verbleibe mit aufrichtigster Verehrung stets

der Ihrige

Bernstorff.

Nachschrift. den 3. Januar.

3. 1. 1867. Da der starke Schneefall gestern alle Eisenbahn-Verbindung unterbrach, und mein Sohn heute nicht wohl genug ist, um abzureisen, so sende ich den Feldjäger mit der heutigen Expedition nach Berlin zurück, wohin er auch die von Klenck[?] ausgelieferten 13,000 Rthlr. überbringt.

Daß Sie die Bitte des Letzteren berücksichtigt haben, dafür danke ich Ihnen schönstens, da ich der Ansicht bin, daß das suaviter in modo mit dem fortiter in re vortrefflich zusammengeht.

Der Ihrige

Bernstorff.

XXXIX.

London, den 23. März 1867.

Mein verehrtester Freund,

Der Morning Herald von gestern enthält einen Artikel über Sie, der zu hübsch ist, als daß ich mir das Vergnügen versagen kann, ihn Ihnen hierbei zu schicken. Ich meinerseits lese mit äußerstem Wohlgefallen jedes Wort Ihrer Reden im Reichstage, und freue mich unendlich, daß die Sache so gut geht. Aber der arme Schleiden! Wie kann man sich so dumm und unschicklich benehmen! Er scheint mir auch Artikel über den Reichstag und sich selbst in die Augsburgische Zeitung zu schicken. 23. 3. 1867.

Einliegend erlaube ich mir auch, Ihnen eine Notiz aus der im Ganzen gut unterrichteten Pall Mall Gazette über eine angebliche Ligue gegen uns zu schicken.[1])

Endlich schließe ich noch ein kleines Coupon aus dem International an, woraus Sie ersehen werden, wie derselbe die Abwesenheit Württembergs unter den Süddeutschen Vertrags-Staaten auslegt![1]) Diese Abwesenheit ist übrigens sehr puzzling für das hiesige Publicum incl. Diplomatie.

Mit freundschaftlichster Verehrung

der Ihrige

Bernstorff.

Beilage.

Count Bismarck triumphs all along the line. Every effort has been made to impress Europe with the notion that his health was such that he could no longer take a prominent part in the further conduct of affairs for whose present position he is mainly answerable; but each day brings us a fresh refutation of these sinister reports. If Count Bismarck be really out of sorts, all we can say is that he is more vigorous in illness than other people are in the most robust health. He seems ubiquitous in the fray which is being carried on in the Diet, and courts for his own head all the blows that are aimed at the Draft Constitution of Northern Germany. How poor M. Rouher must envy him! The French Minister accepts the combat because he cannot avoid it, and comes decently out of the struggle only by a frank confession of defeat. The doughty count, meanwhile, hits right and left, and never by any chance misses his stroke, and gives it thoroughly to be understood that he meant the blows for the precise heads on which they descend. Now the Polish deputies, now the Hanoverians, are the butt of his sledge-hammer oratory. Now Holland is waved aside out of the controversy by a dexterous movement with the flat of his versatile weapon; now Schleswig-

[1]) Die beiden Anlagen haben sich noch nicht gefunden.

23. 3. 1867. Holstein is kept at arm's length merely by an insolent display of its point. "We are not going to have to take Duppel over again," he remarks; and now a stronger foe than all is warned off the ground by a haughty toss of his plume, and the ringing exclamation: "Let us make haste and put Germany into the saddle; she will know how to ride." *Homer alone could do justice to the Prussian Premier.* His language, like his attitude, is essentially epic. He never falls short of the occasion. He talks just as well as he acts. *He is Ajax, Ulysses, Nestor, Agamemnon, all in one.* Perhaps he is a trifle too sardonic for a Homeric personage, though there were some good jokes made in front of Troy. We doubt if the Achaians would have fully appreciated such fine and cultivated irony as his reply to the Hanoverian complaints of judicial violence thus expressed: — "I could wish for your sakes that the 1st of October would arrive sooner than it is in the habit of doing. You will then be released from all such injuries." But it is quite certain that they would have completely apprehended and approved the rougher words which followed: — "But it is just because the time is so very short that we have no leisure for trifling. I therefore most earnestly advise you and your friends not to provoke us. You will encounter an energy to which you are entirely unequal." This bluntness of language, when dealing with threats or arguments, is never laid aside, even when the object is only to state facts. Glancing back at the past in order to reply to Herr Von Munchhausen, the late Minister of the King of Hanover, he tells him plainly before the assembled Diet that he and his King were fully warned by Prussia of the hazardous game they were playing when they chose to place their trust in 800,000 Austrian troops, the number actually stated in order to allure the monarch into the Austrian camp. Hanover was bent on appropriating Prussian provinces if she were victorious, and she therefore has no right to complain if defeat has brought about a diametrically opposite condition of affairs. "If, when the blood and liberty of Prussia were at stake, when the whole kingdom, with its glorious crown, was played for, a stab in the dark was dealt us, those who dealt the blow should not afterwards affect irritation and complain of ill treatment." So speaks the downright Bismarck; and if anybody doubts that he speaks the truth, let him turn to the debates in the French Chamber, which are being carried on at the very same moment. What says M. Jules Favre? "France had predicted the victory of Austria, the humiliation of Prussia, and the extension of our frontiers to the Rhine. There was the secret of its policy." That, however, is an assertion of a member of the Opposition, and an

independent deputy, with no means of information other than that open to the rest of the world. But what says M. Rouher himself? Precisely the same thing, though in other words. "I do not hesitate to say that the 20th of June was a sad day for those who direct the affairs of the country. Prussia was looked upon as about to pay dearly for her bold attempt. Her defeat was considered as inevitable." Such, too, was it considered by Hanover, and therefore was it that Hanover was prepared, in Bismarck's words, to be "a traitor to Germany," which other people would render more moderately by saying "an enemy to Prussia." The convertibility of the phrases has now, however, become convenient, and Count Bismarck boldly avails himself of the convenience. The only consolation which he offers is, that though Hanover at present lies under absolute rule, this will come to an end by the 1st of October. Meanwhile, he declares, the most effectual way of disarming Prussia's anger is by being her sincere ally. No less than 450 Hanoverian officers seem to think so too, for they have just passed over to the Prussian army, and received the patent of their appointments. By this decision of the majority, what was called the Hanoverian military question may be regarded as settled. We are further informed that Count Bismarck's reply to Herr Von Munchhausen has been most favourably received, even in Hanover itself; and Dr. Erchholz expresses only the sentiments of the general community when he writes — "We cannot alter past occurrences. All then we can now do is to endeavour to direct them in such a manner as to promote our welfare." Words of wisdom, by which other deputies besides those from Hanover would do well to profit. The impulse in the direction of unification is too great to be resisted, and German liberties will be best and most swiftly ensured by everybody going along with it. 28. 8. 1867.

Moreover, even as we write there arrives authentic confirmation of the view which our readers will perhaps remember we have always persisted in taking of the eventual relations to be established between Northern and Southern Germany, despite confident vaticinations to the contrary in other quarters. Count Bismarck's speech of last Monday had already prepared us for the news now brought by telegraph from an official source. Apprehensions had been expressed as recently as four or five days ago, even by members of the Diet, lest Southern Germany should enter into understandings with foreign Powers. Count Bismarck at once replied that the relations between the South and the North had been ensured by treaty immediately after the conclusion of peace. Yesterday the *Official Gazette* published the text of an offensive and defensive alliance concluded between Prussia and

28. 8. 1867. Bavaria on the 22d of August, and between Prussia and Baden on the 18th of the same month. The two treaties are identical, and by them the contracting Powers reciprocally guarantee the integrity of their respective territories, and bind themselves to place at each other's disposal their whole military power in case of war. The supreme command is to be in the hands of the King of Prussia. To us there is in all this nothing at all surprising. We have indicated all along the course which events were taking, and have never shrunk from declaring that such a result was inevitable. Prussia is lending Baden six thousand needle-guns until the new ones ordered can be delivered; and ten times as many helmets of the Prussian pattern are being manufactured in Berlin for the Bavarian Government. Nor does Bismarck seem inclined to abate one jot in reality before the German Diet of the pretensions which for successive years he maintained before the Prussian Parliament, and which he still, though courteously, justifies. "Without entering into particulars," he says, "now superfluous to revive, I would only observe that, had I acted differently, it is, according to my way of thinking, questionable whether the army would have been so well prepared to win the battle of Koniggratz as it was." Accordingly he now insists that there must be a period of transition, during which the military budget of the Confederation must not be at the mercy of an annual vote, and cannot be curtailed, save with the consent of the captain general. He will not trust "the accidental vacillations of a majority." Germany would never get into the saddle at that rate. *We are astounded at the man's audacity, but we are not the least surprised at his success.*

XL.

Franzensbad, den 1. September 1867.

Verehrteſter Freund,

1. 9. 1867. Mit großer Freude habe ich aus Ihrem Briefe vom 27. v. M. erſehen, daß Sie während meiner Anweſenheit in Stintenburg nach Lauenburg zu kommen gedenken, und meine Frau und ich knüpfen daran die zuverſichtliche Hoffnung, daß Sie uns die Freude machen werden, uns in Stintenburg, wenn auch auf noch ſo kurze Zeit, zu beſuchen. Da Sie warmes Intereſſe an unſerem Ländchen nehmen, ſo iſt es auch der Mühe werth, dieſen kleinen abgelegenen Theil deſſelben und den ſchönen Schalſee zu ſehen. Abgeſehen davon, daß Sie die Eiſenbahn verlaſſen müſſen, iſt es auch nicht einmal ein Umweg, ſondern der geradeſte Weg, wenn Sie über Stintenburg reiſen, um nach Ratzeburg zu

gelangen, namentlich wenn Sie von dort über den See nach 1. 9. 1867.
Zecher übersetzen, was bei trockenem Wetter das bequemste ist, und wodurch man in zwei Stunden in Ratzeburg sein kann. Wenn Sie Berlin mit dem Frühzuge verlassen, so sind Sie um $12^3/_4$ Uhr in Hagenow, von wo Sie über Wittenburg in circa 3 Stunden auf Chaussée, mit Ausnahme der letzten Meile, nach Stintenburg fahren, und also zu einer bequemen Essensstunde dort eintreffen. Hoffentlich wird Ihre Zeit nicht so knapp zugemessen sein, daß Sie nicht wenigstens eine Nacht bei uns schlafen könnten, und am liebsten würde ich Ihnen, namentlich wenn Ihr Besuch sich noch etwas hinauszöge, eine kleine Fuchs- und Rehjagd geben, welche 2 Tage ausfüllen könnte. In dieser Beziehung wäre es mir sehr lieb zu erfahren, in welche Zeit ungefähr Ihr Besuch fallen würde. Bei unserer bescheidenen und in Folge unserer fast ununterbrochenen Abwesenheit natürlich sehr mangelhaften Stintenburger Einrichtung würden wir es überhaupt kaum wagen Sie einzuladen, wenn wir nicht wüßten, daß Sie Sich daran nicht stoßen werden. Für eine freundliche Zusage werde ich Ihnen aufrichtig dankbar sein, und ich würde alsdann eventuell nur ein Paar Tage vor Ihrer Ankunft um eine gütige Benachrichtigung über die Zeit derselben bitten.

Inzwischen verbleibe ich verehrungsvollst

der Ihrige

Bernstorff.

Nachschrift. Meine Abreise von hier nach Stintenburg werde ich amtlich melden, wenn sie stattfindet. Jedenfalls werde ich wenigstens noch 8 Tage hier bleiben müssen.

D. O.

XLI.

London, den 6. März 1868.

Verehrtester Freund,

Da mir eben der alte Wedding sagt, daß er heute Abend 6. 3. 1868.
schon wieder zurückreist, so will ich diese Gelegenheit noch in Eile benutzen, um Ihnen zu sagen, daß wir ganz en coquetterie mit Disraeli sind. Vorgestern, wo er bei uns aß, und ich ihm any kind messages von Ihnen bestellte, die er schönstens erwiderte, versicherte er mir, wie ich dies auch heute in meinem Immediatbericht sage, daß die Reconstruction des Ministeriums keine Aenderung in der auswärtigen Politik Englands mit sich bringen würde, und nachdem ich ihm auseinandergesetzt habe, daß alle Gerüchte von Allianzen unsererseits, die den Frieden gefährden könnten, Erfindung und Unsinn seien, und daß wir nichts Anderes wünschten,

6. 3. 1868. als in Frieden und in Ruhe gelassen zu werden, um unsere Preußischen und Deutschen inneren Angelegenheiten zu consolidiren, daß wir nichts von irgend einer anderen Macht wünschten, als daß sie uns in dieser Ruhe nicht störte, und daß ich dächte, England hätte in dieser Hinsicht dasselbe Interesse mit uns, was die jetzige Regierung der Königin ja auch immer richtig eingesehen habe, da sie eine starke Deutsche Macht als Gegengewicht gegen andere Continental-Mächte wünsche, sagte er: yes, certainly we do not wish Prussia to be disturbed in her digestion, und fügte lachend hinzu: tell Count Bismarck that we don't wish her to be disturbed in her digestion.

Trotz dieser freundlichen Wünsche oder Redensarten für uns, dürfen wir uns indessen doch auch nicht darüber täuschen, daß Disraeli ohne Frage eine nicht unbedeutende Hinneigung zu Frankreich hat, wie dies übrigens ja fast alle modernen Staatsmänner Englands leider haben — großentheils, weil sie Deutschland so unglaublich wenig kennen, Frankreich ihnen so nahe liegt, die einzige Macht ist, die ihnen gefährlich sein kann, und Paris so viel Reiz und Prestige für sie hat.

Von einer Seite, die ich für nahe bei der Quelle authentischer Nachrichten halten muß, ist mir versichert worden, daß Sie daran gedacht hätten oder vielleicht noch daran dächten, nach England zu kommen, und man schien sehr erstaunt, daß ich dies nicht wußte. Es sollte mich unendlich freuen, wenn es wahr wäre, und wir Ihnen den Aufenthalt hier möglichst angenehm machen könnten. Wenn wirklich etwas daran ist, so rechne ich auf Ihre Freundschaft, daß Sie mich zeitig genug davon in Kenntniß setzen werden, um es mir möglich zu machen, Ihren Wünschen und Absichten in jeder Hinsicht zu entsprechen. Jedenfalls hoffe ich, daß Sie Sich in dieser Zeit der kurzen relativen Ruhe ganz erholen und ausruhen werden.

Da Stanley wieder ein Paar Tage bei seinen Eltern war, und ich ihn heute, wo ich ihn aufsuchte, nicht fand, so hat er auch noch keine Gelegenheit gehabt, mir von den Klagen des klugen Loftus, von denen ich anderweitig allerdings gehört hatte, zu sprechen, wenn es überhaupt seine Absicht ist, dies zu thun. Gegen eine ihm vertraute Person, die jener Klagen übrigens nur beiläufig erwähnte, habe ich mich im Sinne Ihres Erlasses vom 13. d. M. ausgesprochen.

Einen guten kleinen Artikel über die Welfischen Träume lege ich hier bei. Der Herzog von Cambridge, der seit einiger Zeit seinen Frieden wieder mit mir gemacht und mir den mir im vorigen Jahre schuldig gebliebenen und dies Jahr deshalb von mir nicht wiederholten Besuch vor Kurzem zurückgegeben hat, ließ

sich auf der heutigen Cour trotz der heute eingegangenen detaillirten Nachrichten über die Sequestration des Braunschweigischen Hausvermögens nicht abhalten, mir die Hand zu reichen. 6. 3. 1868.

Daß der Justizminister den Immediat-Bericht nicht mitgezeichnet hat, thut mir, wenn ich auch das Gefühl begreife, welches ihn davon abgehalten haben mag, dennoch Leid, weil ich fürchte, daß die Thatsache mißverstanden werden könnte.

Mit den besten Wünschen für Ihre Gesundheit verbleibe ich in treuer Freundschaft

der Ihrige

Bernstorff.

Beilage.

Guelph Dreams.

The Daily News pronounces the idea which the ex-King of Hanover entertains of regaining the throne which his imprudence has forfeited to be the idlest of day dreams. Hanover has been in every respect a gainer by his dethronement. She has asquired better laws, higher hopes, a wider field of action, more liberty, and a juster Government. The wise course for the ex-King is to renounce expectations which can never be realized without a European convulsion such as no sane person can either desire or consider probable, and retire into private life. He is eminently a respectable man, and unless his wilfulness should end by reducing him to poverty, he may subsist on the generosity of Prussia in dignity and even splendour. If, however, he should perversely employ the revenues granted to him in distributing thousands of bottles of champagne and making revolutionary speeches to Prussian subjects, he cannot be surprised if he should be corrected so roughly as to reduce him to a condition where he must of necessity be harmless.

XLII.

Stintenburg, den 25. October 1868.

Mein verehrtester Freund,

Ich gehe in einigen Tagen nach Berlin, um mich von dem Könige zu verabschieden und sodann meine Rückreise nach England anzutreten. Ich hatte die mir gewährte Verlängerung meines Urlaubs bis Mitte November von Seiner Majestät hauptsächlich in der Hoffnung erbeten, Sie noch in Berlin sehen zu können, höre nun aber leider, daß Sie noch nicht zurückkommen, und bedauere dies um so lebhafter, als ich fürchte, es den noch nicht ganz überwundenen Folgen Ihres unglücklichen Sturzes zuschreiben 25. 10. 1868.

25. 10. 1868. zu müssen. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß ich mit Freuden bereit sein würde, Sie auf dem Lande aufzusuchen, wenn Sie mich zu sehen wünschten, und daß es dazu Ihrerseits nur eines Winkes nach Berlin hin bedürfen würde. Doch weiß ich, wie ein solcher Besuch auf dem Lande und besonders damit verbundene politische Gespräche ermüdend sind, wenn man der Ruhe und Erholung bedarf, und ich möchte Ihnen daher meinerseits diese Ermüdung nicht zumuthen.

Möge auf alle Fälle Ihre Gesundheit durch den verlängerten Aufenthalt in Varzin recht gestärkt werden, sodaß Sie demnächst mit neuen Kräften den Anstrengungen Ihrer mühevollen Aufgabe wieder ohne Schaden entgegengehen und unser Schiff mit starker und glücklicher Hand durch alle uns möglicher Weise noch drohenden Stürme hindurch führen können.

Mit der Bitte, mich Ihren verehrten Damen gehorsamst zu Füßen zu legen, verbleibe ich in aufrichtiger Verehrung

Ihr treu ergebener

Bernstorff.

XLIII.

London, den 8. Februar 1869.

Mein theuerster Freund,

8. 2. 1869. Wir sind heute Morgen durch die Zeitungs-Nachricht entsetzt worden, daß wieder ein schändliches Attentat[1]) auf Ihr Leben beabsichtigt worden ist, und ich kann den Tag nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen in meinem eigenen Namen und in dem meiner Frau unsere allerherzlichste Theilnahme darüber auszusprechen, und Ihnen zu sagen, wie unsere Gefühle getheilt sind zwischen Abscheu über diese schauderhafte Art von Fanatismus und Dank gegen Gott dafür, daß er Sie und unser theueres Vaterland vor den Folgen desselben gnädig bewahrt hat.

Ich hoffe, daß auch Ihre verehrte Frau Gemahlin und Familie nicht zu sehr von den hierdurch wieder angefachten Sorgen leiden. Gott erhalte Sie uns Allen noch recht lange in Kraft und Gesundheit!

Ihr treu ergebener

Bernstorff.

---

[1]) Am Rande Fragezeichen (?) mit Bleistift geschrieben von Bismarcks Hand.

XLIV.

London, den 10. März 1869.

Mein verehrtester Freund,

Es amüsirt Sie vielleicht, einen geheimen und vertraulichen Brief zu lesen, den Sie nach dem hiesigen Witzblatt „The Owl" an Solms geschrieben haben.[1]) Ich lege das betreffende Blatt daher hier bei. Vielleicht erhalte ich bald auch einen solchen Brief von Ihnen. Bis dahin verhalte ich mich möglichst schweigsam, soweit ich es mit der Einziehung von Nachrichten verbinden kann. 10. 3. 1869.

Clarendon war auch für Ihre eigenen freundlichen Aeußerungen über ihn sehr dankbar und erfreut.

Für Ihre heutige Benachrichtigung über Usedom bin ich sehr verbunden.

Hoffentlich ist Ihr Unwohlsein gänzlich gehoben.

In alter Freundschaft und Verehrung

der Ihrige

Bernstorff.

Nachschrift. Die Correspondenzen der Englischen Blätter aus Paris, namentlich des Morning Herald, sind sehr alarmant.

D. O.

XLV.

London, den 20. Januar 1871.

Mein hochverehrter Freund,

Wenn ich Sie auch im Allgemeinen ungern mit Privatbriefen belästige, so kann ich doch heute dem Drange meines Herzens nicht widerstehen, Ihnen aus dem Grunde meiner Seele Glück zu wünschen zu dem mit so unsäglicher Mühe und Arbeit von Ihnen glücklich vollbrachten Werke der Einigung Deutschlands und der Wiederherstellung der ersten Krone der Christenheit auf dem Haupte unseres geliebten Königs. Dies erreicht zu haben, ist ein herrlicher Lohn für alle wunderbare Energie und Ausdauer, die Sie haben daran wenden müssen, um an's Ziel zu gelangen. Wie sehr dies Ziel von jeher in meinen Wünschen und Bestrebungen gelegen hat, ist Ihnen zu bekannt, als daß ich noch Worte meiner eigenen Freude hinzuzufügen brauchte. 20. 1. 1871.

Was ich jetzt am heißesten wünsche, ist, daß es uns bald mit Gottes Hülfe gelingen möge, einen guten Frieden zu erringen,

[1]) Die Nummer des Blattes fehlt leider.

20. 1. 1871. und daß es uns Allen demnächst vergönnt sei, den Rest unserer Tage in Friedfertigkeit und Gottseligkeit zu verbringen. Ihnen aber wünsche ich vor Allem, daß Sie bald ganz wieder wohl sein mögen, und Ihre Gesundheit nicht bleibend von den Strapazen dieses beispiellosen Krieges leide.

Während ich dies schreibe, erhalte ich die erfreulichen Nachrichten von unseren Erfolgen im Norden, im Osten und vor Paris. Das läßt mich auf endliche Unterwerfung des modernen Babylon hoffen.

Gott gebe es, und sei mit Ihnen, mein verehrtester Freund! In alter Freundschaft und Verehrung

der Ihrige

Bernstorff.

XLVI.

Hotel Royal, den 9. November 1871.

Mein verehrtester Fürst
und Freund,

9. 11. 1871. Ich melde mich hier angekommen und erwarte Ihre Befehle über Tag und Stunde, wo Sie mich sehen wollen.

In herzlicher Verehrung

der Ihrige

Bernstorff.

Expeditionsvermerk: auf heute Abend 1/2 9 Uhr bestellt.
10./11. 71. Alv.
mündlich.

19.

Vier Briefe Adalberts v. Roon an Bismarck.[1])

1861. 1868. 1869.

I.

Berlin, den 27. Juni 1861.

Lieber Bismarck,

27. 6. 1861. Sie sind wohl im Allgemeinen über die jetzt kritische Huldigungsfrage orientirt. Sie ist zum Brechen scharf zugespitzt. Der König kann nicht nachgeben, ohne sich und die Krone für immer zu ruiniren. Die Mehrzahl der Minister kann es ebensowenig; sie

[1]) Briefe Roons an Bismarck sind veröffentlicht Bismarck-Jahrbuch III 229 ff., IV 61 ff.

würden sich die unmoralischen Bäuche aufschlitzen, sich politisch ver- 27. 6. 1861.
nichten. Sie können nicht anders als ungehorsam sein und bleiben. Bis jetzt habe ich, der ich eine ganz entgegengesetzte Position zur brennenden Frage eingenommen, mit Mühe verhindert, daß der König sich beuge. Er würde es thun, wenn ich dazu riethe, aber ich hoffe zu Gott, daß er meine Zunge lähme, bevor sie zustimmt. Aber ich stehe allein, ganz allein. Edwin Manteuffel geht heute auf die Festung. Gestern endlich hat mir der König erlaubt, mich für ihn nach andern Ministern umzusehen. Er ist der trostlosen Ansicht, er fände außer bei Stahl und Co. keine Männer, die die Huldigung mit Eidesleistung für zulässig erachteten. Ich frage nun, ob Sie die althergebrachte Erbhuldigung für ein Attentat gegen die Verfassung halten? Antworten Sie darauf mit Ja, so habe ich mich getäuscht, wenn ich annahm, daß Sie meiner Ansicht seien. Treten Sie dieser aber bei und meinen Sie, daß es ein doctrinärer Schwindel, eine Folge politischer Engagements und politischer Parteistellung sei, wenn die lieben Gespielen sich nicht in der Lage zu befinden glauben: so werden Sie auch nicht Anstand nehmen, in den Rath des Königs einzutreten und die Huldigungsfrage in correcter Weise zu lösen. Dann werden Sie auch Mittel finden, die beabsichtigte Urlaubsreise unverzüglich anzutreten und mich ungesäumt durch den Telegraphen zu benachrichtigen. Die Worte: „Ja, ich komme!" reichen aus, besser noch, wenn Sie das Datum Ihrer Ankunft hinzufügen können. Schleinitz geht unter allen Umständen, ganz abgesehen von der Huldigungsfrage. Das steht fest! Aber es ist fraglich, ob Sie sein oder Schwerins Portefeuille zu übernehmen haben werden. S. M. scheint für letzteres mehr als für ersteres disponirt. Doch ist das cura posterior. Es kömmt darauf an, den König zu überzeugen, daß er ohne affichirten Systemwechsel ein Ministerium finden kann, wie er es braucht. Ich habe außerdem ähnliche Fragen an Präsident von Möller und von Selchow gerichtet, bin aber noch ohne Antwort. Es ist eine trostlose Lage! Der König leidet entsetzlich. Die Nächsten aus seiner Familie sind gegen ihn und rathen zu einem faulen Frieden. Gott verhüte, daß er nachgibt. Thäte er es, so steuerten wir mit vollen Segeln in das Schlamm-Meer des parlamentarischen Regiments.

Ich zittere vor Geschäfts-Aufregung, denn die vermehrten Lasten erdrücken mich fast im Verein mit dieser politischen misère, indeß — ein braves Pferd stürzt, aber versagt nicht. — Die Geschäftsnoth entschuldige daher auch die Kürze dieser Zeilen. Daher nur noch das Eine, daß ich die Brücke hinter mir abgebrochen habe, daß ich daher gehe, wenn der König nachgibt, obwohl sich dies eigentlich von selbst versteht.

27. 6. 1861. Dieser Brief soll Ihnen durch den Englischen Courier zugehen, wie Schlieffen verheißt. Antworten Sie mir sogleich durch den Telegraphen.

Ihr

v. Roon.[1])

II.

Brunnen (Canton Schwyz), 24. Juli 1861.

Lieber Bismarck,

24. 7. 1861. Ich habe gelobt, Ihnen am ersten Regentage zu antworten,[2]) und muß es daher leider schon heute thun und zwar aus einem versiegenden Dintenfaß, welches ich, wenn nicht andre Hülfe kommt, auf einige Minuten zum Fenster hinaushalten werde, um seiner Armuth aufzuhelfen. — Daß wir uns immer wieder verfehlten, halte ich kaum für providentiell, lieber für sehr fatal. Die Depesche aus Frankfurt kam, Dank der Dummheit des Dienstpersonals, erst am 17. nach 8 Uhr früh in meine Hände, und meine sofortige Antwort darauf nach einigen Stunden als unbestellbar zurück. Um so bedenklicher wurde ich wegen meiner Abreise. Aber ich konnte sie nicht verschieben. Schleinitz im Dienste der Königin Augusta hat uns vor der Hand sehr geschadet. Das Geschwür war reif. Schleinitz selbst, überzeugt von der Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Systems, hat vornehmlich deshalb seinen Abtritt genommen, wie die Ratten ein baufälliges Schiff zu verlassen pflegen. Aber er und v. d. Heydt stimmten darin überein, daß man todte abgenutzte Leute nicht durch den galvanischen Strich eines vermeintlichen Märtyrerthums wieder lebendig machen dürfe, und [stimmten] darum gegen mich. Schleinitz, unterstützt von der Königin Augusta und der Großfürstin Helene, hat obgesiegt mit Hülfe der wieder aufgenommenen Krönungsidee, für welche die Mäntel schon im Februar bestellt worden waren. Der schlecht maskirte Rückzug wurde nun angetreten, und die fast fertige Ministerliste ad acta gelegt. Uebrigens bin ich zu glauben sehr geneigt, daß Schleinitz, wie die Königin Augusta und selbst der Fürst Hohenzollern, an den nahen Untergang des jetzigen Lügensystems glauben und ihn zu befördern geneigt sind. Daß Schleinitz ausgetreten, ist in jeder Beziehung ein Fortschritt, wiewohl er nicht auf dem doctrinairen Boden von Patow, Auerswald und Schwerin steht. Abgesehn von seiner Impotenz im Handeln, stützte seine Anwesenheit das Ministerium

[1]) Die Antwort Bismarcks vom 2. Juli 1861 s. in den Bismarckbriefen (6. Aufl., S. 213 ff.).

[2]) auf die Briefe vom 17. Juli 1861, Bismarckbriefe (6. Auflage), S. 222, 223.

nach oben. Der Mignon durfte nicht fallen; wohlan! er ist nun 24. 7. 1861.
im Hafen. Wenn Graf Bernstorff nur halb der Mann ist, für den er von Vielen ausgegeben wird, so ist dieser zweite Keil wirksamer als der erste, oder er bleibt nicht vier Monate im Amte. Daß ich mich in der Huldigungsfrage mit meinen Gespielen für immer auch äußerlich entzweit, wissen Sie wohl durch Manteuffel oder Alvensleben. Wenn ich dennoch in dieser „Gesellschaft" bleibe, so geschieht es, weil der König darauf besteht und ich, unter den jetzigen Umständen von jeder Rücksicht entbunden, nunmehr mit offenem Visir fortkämpfen kann. Es sagt meiner Natur mehr zu, daß die Herren wissen, ich bin gegen ihre Recepte, als daß sie es, wie bisher, blos glauben. Gott möge weiter helfen! ich kann wenig mehr thun, als ein ehrlicher Mann bleiben und in meinen Ressorts thätig sein und Vernünftiges wirken. — Das größte Unglück in aller dieser misère ist indeß die Mattigkeit und Abgespanntheit unsres Königs. Er ist mehr wie je in der Botmäßigkeit der Königin und ihrer Gehülfen. Wird er nicht körperlich wieder frischer, so ist Alles verloren, und wir schwanken weiter in das Joch des Parlamentarismus und der Republik und der Präsidentschaft Patow. Ich sehe keine, keine Rettung, wenn uns Gott der Herr nicht hilft. In dem Proceß der allgemeinen Zersetzung vermag ich nur noch einen widerstandsfähigen Organismus zu erkennen, die Armee. Sie unverfault zu erhalten, das ist die Aufgabe, die ich für lösbar erachte, aber freilich nur noch auf einige Zeit. Auch sie wird verpestet werden, wenn sie nicht zu Thaten kömmt, wenn ihr nicht von oben gesunde Lebensluft zugeführt wird, und das, auch das wird alle Tage schwieriger. Habe ich darin Recht, und ich glaube es, so kann man auch nicht tadeln, daß ich in dieser Gesellschaft weiter diene. Ich will damit nicht sagen, daß ein Andrer mein Amt nicht mit gleicher oder größerer Einsicht und Energie zu verwalten vermöchte, aber auch der Fähigste wird ein Jahr zu seiner Orientirung brauchen und — „die Todten reiten schnell". Wie gern ich mich zurückzöge, brauche ich Niemand zu versichern, der mich genauer kennt. In meiner Natur liegt viel mehr Neigung zur Behaglichkeit, als vor Gott Recht ist, und diese würde ich mit meiner verdienten reichlichen Pension finden, da ich weder verwöhnt bin noch ehrbedürftig. Wie sehr ich zur Faulheit neige, fühle ich jetzt, nachdem ich, wie ein abgetriebenes Arbeitsroß, des Zaumes und Geschirrs ledig, auf die Koppel gelassen bin. Fällt nichts Besonderes vor, so will ich erst in den ersten Septembertagen in mein Joch zurückkehren. Dann, denke ich, verfehlen wir uns nicht wieder. Zwar muß ich schon am 9. September wieder nach dem Rhein zu den Manövern, aber doch nur auf zehn, elf Tage. Ob der König, wie er will (?),

24. 7. 1861. auch Anfang September auf einige Tage nach B[erlin] gehen wird, scheint eine offene Frage. Mir scheint, es sei unerläßlich, wenn überhaupt noch von Königlichem Regiment in Preußen die Rede ist.

Nach Ihrem Schreiben darf ich hoffen, daß Sie nicht vor der Krönung nach Petersburg zurückkehren werden. Ich halte es für einen großen politischen Fehler, daß die Kreuzzeitung das Krönungsmanifest so schonungslos kritisirt hat. Ein nicht geringerer würde es sein, wenn die Anhänger des Blatts bei der Ceremonie fehlten. Das sagen Sie Moritz.[1]) Man hat durch jenen unglücklichen Artikel viel Terrain verloren, es muß wiedergewonnen werden.

Zum Schluß noch die besten Wünsche für Ihre verschiedenen Kuren. Möchten Sie recht gestärkt daraus hervorgehen! Die Zeit ist nahe, wo Sie alle Ihre Kräfte gebrauchen werden, zum Heile Ihres Landes. — Ihrer Frau Gemahlin meine, unsre respectvollsten freundlichsten Grüße!

Diesen Brief sende ich über Zimmerhausen und recommandirt, er darf nicht in unrechte Hände fallen!

v. Roon.

III.

Bordighera, 19. Februar 1868.

Lieber Bismarck,

19. 2. 1868. . . . Wie es nach den Zeitungen scheint, so haben Sie sich und Andre wieder weiblich geärgert. Mich wundert das nicht, aber es wurmt mich, daß Dissonanzen so ernster Art nicht vermieden werden konnten, Dissonanzen, welche die Liberalen von Profession in einen lauten Freudenrausch versetzen und die Conservativen von Metier noch confuser zu machen scheinen, als sie es leider ohnehin schon sind. Was sollen sie nach Galigniani nicht alles gesagt haben! Man hat mir die bezüglichen stenographischen Berichte verheißen; leider sind sie noch nicht in meinen Händen. Ohnehin bin ich in der Hauptsache — in der Ihres gedrohten Rücktrittes — vollkommen ruhig, denn ich halte einen solchen, den Fall der physischen Unmöglichkeit ausgenommen, für absolut unmöglich. Beunruhigt bin ich aber dennoch über die immer drohendere Zersetzung der conservativen Partei, welche, falls sie sich in der von den Liberalen gehofften Weise vollziehen sollte, von mir für eine sehr ernste und bedeutungsschwere Sache gehalten werden würde, für einen Vorgang, der Sie und die Regierung zu einem gehorsamen Werkzeug der liberalen Partei herabwürdigen müßte. Zwar verstehe ich, daß es für unsre

[1]) v. Blanckenburg.

Politik nützlich, wenn die Liberalen die Hoffnung behalten, die Hand mit ans Ruder legen zu können. Aber ebenso begreife ich, daß es schädlich sein würde, wenn die Situation sich so gestaltete, daß ihre Theilnahme am Regiment eine unvermeidliche Nothwendigkeit wäre. Sie werden dagegen vielleicht bemerken, daß die Verworrenheit, Rath- und Kopflosigkeit der Conservativen ganz abgesehen von der neidischen und boshaften Ueberhebung Einzelner von selbst dahin führen werde und daß sie dagegen nichts thun können. Aber ist denn das ganz richtig? Hätten Sie Ihre bedeutenden Ressourcen ernstlich dazu verwandt, die conservative Partei, die leider noch immer nicht klar erkennt, daß ihre heutige Aufgabe eine andere sein muß, als 1862 und in den folgenden Jahren, zu endoctriniren und zu organisiren, und wollen Sie das heute noch versuchen, so wird nicht nur die Mesalliance mit den Liberalen vermieden werden können, sondern auch aus der reformirten conservativen Partei der dauerhafteste und sicherste Stab für die Wanderung auf dem schwierigen, aber unvermeidlichen Wege conservativen Fortschritts in innerer reformatorischer Erneuerung gemacht werden können. — Wohl kann Ein Mensch, wie bedeutend er auch von Gott ausgestattet worden, nicht alles selbst thun, was gethan werden muß. Indem ich dies ausspreche, schließe ich jeden Vorwurf aus, der für Sie in Vorstehendem gefunden werden könnte. Ich erkenne vielmehr gern und wiederholt an, daß Ihre amtlichen Helfer Ihnen und Ihren Zielen nicht die entsprechende Unterstützung gewähren. Und wenn ich von der Reform der conservativen Partei sprach, so erkenne ich an, daß diese Aufgabe zunächst die des Ministers des Innern sein sollte. Aber besitzt Graf Eulenburg das zu der Lösung derselben unentbehrliche Vertrauen? Wo sollen Sie andre Collegen hernehmen, namentlich einen andern Minister des Innern? Aus der Reihe der Nationalliberalen? Der Gedanke ist mir unerträglich. Aus den Conservativen? Wen aber? Die organisatorisch schöpferischen Geister unter ihnen sind unbekannte Größen, und so sehr ich unserm büreaukratischen Unwesen abhold bin, das sehe ich ein, der Betreffende müßte es kennen, um es reformieren zu können. 19. 2. 1868.

v. Roon.

IV.

Berlin, den 23. Februar 1869.

Seit ich Sie gestern Abend verließ,[1]) mein verehrter Freund, bin ich unausgesetzt mit Ihnen und Ihrer Entschließung beschäftigt. 23. 2. 1869.

[1]) Bismarck hatte Roon durch Brief vom 22. Februar (Bismarck-Jahrbuch III 277) zu einer mündlichen Besprechung eingeladen.

23. 2. 1869. Es läßt mir keine Ruhe. Ich muß Ihnen nochmals zurufen, fassen Sie Ihr Schreiben so, daß ein Einlenken möglich bleibt. Vielleicht haben Sie es noch nicht abgeschickt und können noch daran ändern. Bedenken Sie, daß das gestern empfangene fast zärtliche Billet[1]) den Anspruch der Wahrhaftigkeit macht, sei es auch nicht mit voller Berechtigung. Es ist so geschrieben und mit dem Anspruch, nicht als falsche Münze betrachtet zu werden, sondern als gute und vollgültige, und erwägen Sie, daß das beigemischte unächte Gut nichts andres ist als das Kupfer der falschen Scham, die nicht eingestehen *will* und in Betracht der Stellung des Schreibers auch vielleicht nicht *kann*: „Ja, ich habe sehr Unrecht gethan und will mich bessern".

Es ist ganz unzulässig, daß Sie die Schiffe verbrennen, Sie *dürfen* das nicht. Sie würden Sich damit vor dem Lande ruiniren, und Europa würde lachen. Die Motive, die Sie leiten, würden nicht gewürdigt werden; man würde sagen: er verzweifelte, sein Werk zu vollenden; deshalb ging er. Ich mag mich nicht ferner wiederholen, höchstens noch in dem Ausdruck meiner unwandelbaren und treuen Anhänglichkeit.

Ihr v. Roon.

20.

Ein Brief Bismarcks an den Oberpräsidenten Herrn von Kenfft-Pilsach.

1863.

Berlin, 17. September 1863.

Verehrtester Freund

17. 9. 1863. Sie werden aus den amtlichen Mittheilungen des Staats-Ministeriums und der Herrn Ressort-Minister im Allgemeinen entnommen haben, in welchem Maße wir auf die Führung und die Controlle der Beamten in den Provinzen durch die Herrn Oberpräsidenten zählen. Ich erlaube mir, Sie vertraulich auf einen Unterschied in den Anforderungen aufmerksam zu machen, welche die Regirung an einzelne Kategorien der Beamten stellt. Wir erwarten von *allen*, welche im Dienste des Königs stehn, daß sie sich bei den Wahlen und außerhalb derselben der Parteinahme *gegen* die von Seiner

[1]) des Königs.

Majestät eingesetzte Regirung enthalten, und werden einen jeden Beamten als Gegner der Regirung betrachten und behandeln, welcher seinen oppositionellen Ueberzeugungen einen äußerlich erkennbaren und irgendwie practisch wirksamen Ausdruck giebt. Anders verhält es sich aber mit den Beamten politischer Kategorie, auf deren Unterstützung jede Regirung angewiesen ist, und welche eben deshalb amovibel sind. Von diesen fordern wir die active Mitwirkung, und namentlich bei den Wahlen bestimmte, öffentlich erkennbare Einflußnahme im Sinne der Regirung. Insbesondre ist dies von Seiten der Landräthe nothwendig. Einer derselben in meiner Heimathgegend, der mir persönlich nahe befreundet ist, hat mir, in der besten Absicht und mit den besten Gesinnungen, die Meinung ausgesprochen, daß er als Landrath sich in einer neutralen Unabhängigkeit glaube halten zu sollen. Solchen Auffassungen bitte ich Sie mit aller Entschiedenheit entgegen zu treten, und wenn es mein eigner Bruder wäre, der darnach handelte, so erwarte ich von Ihrer Freundschaft und von Ihrem Pflichtgefühle, daß Sie Sich nicht abhalten lassen, die ungesäumte Anzeige mit dem Antrage auf Stellung zur Disposition an das Ministerium zu richten. Wir können nur mit Landräthen, die durch ihre Thätigkeit die volle und entschiedene Parteinahme für die Regirung an den Tag legen, die uns vom Könige gestellte Aufgabe lösen, und die Interessen, welche auf dem Spiele stehn, sind zu groß, um für irgend welche persönliche Rücksichtnahme Raum zu lassen. Wir müssen daher Ihnen selbst und persönlich die Verantwortung für das Verhalten der Landräthe der Provinz zuschieben, da Sie uns bereit finden werden, auf jeden von Ihnen beantragten Wechsel in den Persönlichkeiten einzugehn. 17. 9. 1863.

Mit der Bitte, mich Ihrer Frau Gemahlin zu empfehlen, bin ich in alter Freundschaft

der Ihrige

v. Bismarck.

21.

Ein Schreiben Bismarcks an den König Wilhelm.

1865.

Gastein, 1. August 1865.

Eure Majestät

1. 8. 1865. wollen mir huldreich verzeihn, wenn eine vielleicht zu weit getriebene Sorge für die Interessen des allerhöchsten Dienstes mich veranlaßt, auf die Mittheilungen zurückzukommen, welche Eure Majestät soeben die Gnade hatten mir zu machen. Der Gedanke einer Theilung auch nur der Verwaltung der Herzogthümer würde, wenn er im Augustenburgischen Lager ruchbar würde, einen heftigen Sturm in Diplomatie und Presse erregen, weil man den Anfang der definitiven Theilung darin erblicken und nicht zweifeln würde, daß die Landestheile, welche der ausschließlich preußischen Verwaltung anheimfallen, für Augustenburg verloren sind. Ich glaube mit Eurer Majestät, daß J. M. die Königin die Mittheilungen geheim halten werde; wenn aber von Coblenz im Vertrauen auf die verwandschaftlichen Beziehungen eine Andeutung an die Königin Victoria, an die kronprinzlichen Herrschaften nach Weimar oder nach Baden gelangte, so könnte allein die Thatsache, daß von uns das Geheimniß, welches ich dem Grafen Blome auf sein Verlangen zusagte, nicht bewahrt worden ist, das Mißtrauen des Kaisers Franz Joseph wecken und die Unterhandlung zum Scheitern bringen. Hinter diesem Scheitern steht aber fast unvermeidlich der Krieg mit Oestreich; Ew. M. wollen es nicht nur meinem Interesse für den allerhöchsten Dienst, sondern meiner Anhänglichkeit an Allerhöchstdero Person zu Gute halten, wenn ich von dem Eindrucke beherrscht bin, daß E. M. in einen Krieg mit einem andern Gefühle und mit freierem Muthe hineingehn werden, wenn die Nothwendigkeit dazu sich aus der Natur der Dinge und aus den monarchischen Pflichten ergiebt, als wenn der Hintergedanke Raum gewinnen kann, daß eine vorzeitige Kundwerdung der beabsichtigten Lösung den Kaiser abgehalten habe, zu dem letzten für E. M. annehmbaren Auskunftsmittel die Hand zu bieten. Vielleicht

ist meine Sorge thöricht, und selbst wenn sie begründet wäre 1. 8. 1865.
und Ew. M. darüber hinweggehn wollen, so würde ich denken, daß Gott Ew. M. Herz lenkt und meinen Dienst deshalb nicht minder freudig thun, aber zur Wahrung des Gewissens doch ehrfurchtsvoll anheimgeben, ob Ew. M. mir nicht befehlen wollen, den Feldjäger telegraphisch von Salzburg zurückzurufen.[1]) Die äußere Veranlassung dazu könnte die ministerielle Expedition bieten, und es könnte morgen ein andrer an seiner Statt oder derselbe rechtzeitig abgehn. Eine Abschrift dessen, was ich an Werther über die Verhandlung mit Graf Blome telegraphirt habe, lege ich allerunterthänigst bei. Zu Ew. M. bewährter Gnade habe ich das ehrfurchtsvolle Vertrauen, daß Allerhöchstdieselben, wenn Sie meine Bedenken nicht gutheißen, deren Geltendmachung dem aufrichtigen Streben verzeihn wollen, Ew. M. nicht nur pflichtmäßig, sondern auch zu Allerhöchstdero persönlicher Befriedigung zu dienen.

v. Bismarck.

22.

Ein Schreiben des Königs Wilhelm an Bismarck.
1865.

Berlin, den 15. September 1865.

Mit dem heutigen Tage vollzieht sich ein Act, die Besitz- 15. 9. 1865.
ergreifung des Herzogthums Lauenburg, als eine Folge meiner, von Ihnen mit so großer und ausgezeichneter Umsicht und Einsicht befolgten Regierung. Preußen hat in den vier Jahren,

[1]) Am Rande von der Hand des Königs: Einverstanden. — Ich that der Sache deshalb Erwähnung, weil in den letzten 24 Stunden ihrer nicht mehr Erwähnung geschah und ich sie als ganz aus der Combination fallen gelassen ansah; nachdem die wirkliche Trennung und Besitzergreifung an die Stelle getreten war. Durch meine Mittheilung an die Königin wollte ich den Uebergang dereinst anbahnen zur Besitzergreifung, die sich nach und nach aus der Administrations-Theilung entwickelt hätte. Indessen dies kann ich auch später so darstellen, wenn die Eigenthumstheilung wirklich erfolgt, an die ich noch immer nicht glaube, da Oesterreich zu stark zurückstecken muß, nachdem es sich für Augustenburg und gegen Besitznahme, wenn freilich die einseitige, zu sehr avancirte.

W.

15. 9. 1865. seit welchen ich Sie an die Spitze der Staats-Regirung berief, eine Stellung eingenommen, die seiner Geschichte würdig ist und demselben auch eine fernere glückliche und glorreiche Zukunft verheißt. Um Ihrem hohen Verdienste, dem ich so oft Gelegenheit hatte, meinen Dank auszusprechen, auch einen öffentlichen Beweis desselben zu geben, erhebe ich Sie hiermit mit Ihrer Descendenz in den Grafen Stand, eine Auszeichnung, welche auch immerhin beweisen wird, wie hoch ich Ihre Leistungen um das Vaterland zu würdigen wußte.

Ihr
Wohlgeneigter König
Wilhelm.

23.

Concept zu einem Briefe des Königs Wilhelm I. an Kaiser Napoleon III., von der Hand Bismarcks.

Ende Mai 1866 (?).

1866. V. M. en m'écrivant la lettre que Son ambassadeur m'a remise le . . ., a dû être convaincue, que les sentiments généreux qui l'ont dictée, rencontreraient chez moi l'assentiment cordial, qu'aucun Souverain ayant à cœur le bien-être des peuples ne saurait refuser au noble but que V. M. propose aux puissances européennes à les invitant à un congrès général.

Les dispositions qui ont résulté des négociations de Vienne en 1815, dans le courant d'un demi-siècle ont dû subir les modifications que l'influence irrésistible du temps et des évènements produit sur toutes les institutions humaines. Elles n'en contiennent pas moins à former le fondement sur lequel répose aujourd'hui l'édifice politique de l'Europe. C'est donc une tâche digne des efforts réunis de tous les gouvernements intéressés au maintien de l'ordre et de la paix, que de consolider ce fondement, de suppléer aux parties qui en ont été, ou qui devront être abolies, et d'entourer de garanties nouvelles les dispositions qui se trouveraient méconnues ou menacées. Voilà l'œuvre à laquelle je m'associerai de grand cœur et en parfaite liberté de ne prendre conseil que de ma sollicitude pour

les intérêts généraux de l'Europe, parce que la Prusse, n'étant 1866.
jamais sortie de la limite des traités, n'a pas d'intérêt direct à provoquer ou à empêcher la réunion d'un congrès. Cette situation permet à mon Gouv[ernement] de prêter son concours impartial et désintéressé à la tâche d'établir entre les puissances convoquées l'accord préalable sur le principe du congrès et d'écarter par des négociations prudentes les difficultés qui pourraient apporter des germes de discorde à une œuvre de conciliation. Je remercie V. M. de l'hospitalité qu'Elle m'offre, et je suis sûr de retrouver à Paris l'accueil cordial qui me rend si cher le souvenir de mon séjour à Compiègne; mais à mon avis les propositions destinées à former l'objet du congrès, devront être éclaircies par le travail préparative de conférences ministérielles avant d'être soumises à la décision des Souverains. En vue d'un échange d'idées à cet effet Mon Ambassadeur auprès de V. M. sera muni des instructions nécessaires etc.

24.

Ein Brief Bismarcks an den Miniſter v. Bodelſchwingh.[1])

1868.

Berlin, den 18. April 1868.

Eurer Excellenz

beehre ich mich auf die gefällige Zuſchrift vom 17. d. M. ganz 18. 4. 1868.
ergebenſt zu erwidern, daß mein Geſundheitszuſtand und die dienſtliche Belaſtung meiner Zeit es mir gegenwärtig verbieten, in Erörterungen über die Vergangenheit einzugehn. Perſönliche Empfindungen ſind für politiſche Thätigkeit, der meine Zeit und meine Kräfte ausſchließlich gehören, nicht maßgebend, und eine retroſpective Erörterung perſönlicher Beziehungen würde außerhalb der Aufgaben liegen, die mir für den Augenblick geſtellt ſind. Ich fühle meine Kräfte den allſeitig herandrängenden Pflichten nicht ſo vollſtändig gewachſen, daß mir nicht die ſtrengſte Oekonomie in deren Verwendung zur unverbrüchlichen Regel gemacht werden müßte.

[1]) Nach dem Concept.

18. 4. 1868. Eure Excellenz wollen daher nicht annehmen, daß ich mich der von Ihnen angeregten menschlichen und christlichen Auffassung persönlicher Beziehungen versage, wenn ich mich für jetzt zu einer Besprechung derselben außer Stande erkläre.

Genehmigen Eure Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. v. B.

An
den K. Staatsminister a. D.
Herrn v. Bodelschwingh
Excellenz hier.

25.

Ein Brief Bismarcks an Minister Frhrn. von Friesen.[1])

1869.

Barzin, 22. July 1869.

Eurer Excellenz

22. 7. 1869. fühle ich nach Einsicht der jüngsten Dresdner Berichte das Bedürfniß direct zu schreiben, weil ich auf die Einzelheiten der amtlichen Correspondenz von hier aus keinen controllirenden Einfluß zu üben vermag, und ich unsre persönlichen Beziehungen nicht den unsichern Einwirkungen überlassen mag, welche Uebertragungen durch eine Anzahl vermittelnder Organe darauf üben könnten.

Wenn Gr. Beust, wie man in Berlin glaubt, die Absicht gehabt hat, durch Publication fingirter Depeschen Mißtrauen zwischen Ihnen und mir zu säen, so versichere ich, daß bei mir ein derartiger Versuch garkeinen Boden findet, auf dem er haften könnte, und bitte ich Sie auch Ihrerseits jeder Andeutung den Glauben versagen zu wollen, welche den Zweck oder die Folge haben könnte, uns die Aufgaben zu erschweren, die wir in gegenseitigem Vertrauen und bisher mit gutem Erfolge gemeinsam zu lösen bestrebt sind.

Mit der Versicherung meiner unwandelbaren freundschaftlichen Verehrung bin ich ꝛc. v. Bismarck.

[1]) Nach dem Concept.

26.

Ein Brief Bancrofts an Bismarck nebſt Bismarcks Antwort.

1869.

Berlin, 25. September 1869.

My dear Count,

As the country which you have called in to being has the largest commercial marine of any state on this continent, our government naturally looks to you for counsel, and hopes for agreement in the policy to be pursued towards South-Eastern Asia, especially China. We have the reputation of being a restless and eager people; and see! it is we who practise forbearance and patient waiting and moderation in the attempt to bring that empire within the sphere of western culture, so as to guard against the disintegration of its institutions in the process.[1]) I am instructed by our Secretary of State for foreign affairs, Mr. Fish, who by the way is a friend of mine of many year's standing, to listen to your views on this question which is of the first magnitude, in the hope that the interests and the policy of N. Germany and the United States will be found to be identical. 25. 9. 1869.

I hope country air and forest life are doing for you all that could be desired. The bridle-paths round Berlin seem dreary and lonesome, now that one never gets a glimpse of you upon them.

I remain, my dear Count,

ever very sincerely yours

Geo. Bancroft.

Count Bismarck-Schönhausen
etc. etc. etc. etc.

Antwort Bismarcks.[2])

Your letter of the 25. inst. has been very gratifying to me in every respect. As far as it refers to business, I hasten to say that I shall cordially rejoice at any agreement of the respective policy of two nations the interests of which are identical. 27. 9. 1869.

[1]) Zu den unterſtrichenen Worten hat L. Bucher am Rande bemerkt: „Die engliſche Politik gegen China iſt: dem chineſiſchen Schatze Ausgaben (Kriegscontributionen, Entſchädigungen) aufzubürden und die Regierung zur Einführung von Steuern auf nothwendige Lebensbedürfniſſe zu treiben, damit die einheimiſche Production theurer und Manchester die Concurrenz leichter gemacht werde. Ebenſo in Japan; wofür das gedruckte Zeugniß des engliſchen Geſandten vorhanden."

[2]) Entwurf von Buchers Hand, von Bismarck durchcorrigirt.

27. 9. 1869. When I shall have the pleasure of talking over that topic with you in Berlin, I cannot tell; I feel not yet well enough to stand the wear and tear of official life. Should you happen to come near this corner in the course of October, the country squire of Varzin will be happy

Yours,
Very sincerely
v. Bismarck.

Varzin, . . Sept. 1869.
His Excellency
George Bancroft
Ambassador of the U. S.
Berlin
Regentenstrasse.

27.

Ein Brief des Frhrn. v. Friesen an Bismarck.

1872.

Durchlauchter, hochgeborner Fürst!
Hochgeehrter Herr Reichskanzler!

14. 11. 1872. Se. Majestät der Deutsche Kaiser und König von Preußen haben mir bei Allerhöchstihrer Anwesenheit in Dresden in der gnädigsten und wohlwollendsten Weise den Schwarzen Adler-Orden verliehen und mich dadurch im höchsten Grade geehrt und freudig überrascht. Da ich davon überzeugt bin, daß diese höchste Auszeichnung mir nur mit Zustimmung Ew. Durchlaucht hat zu Theil werden können, so fühle ich mich gedrungen, auch Ew. Durchlaucht gegenüber meinen aufrichtigsten und wärmsten Dank dafür auszusprechen.

Darf ich zugleich annehmen, daß diese Auszeichnung nicht einen blos persönlichen Character haben, sondern zugleich eine Anerkennung der von Sachsen bisher befolgten Politik enthalten soll, einer Politik, die offenkundig in einem aufrichtigen und rückhaltlosen Anschließen an das Reich und seine Verfassung besteht, verbunden mit dem Bestreben nach Erhaltung einer mit der Reichsidee und mit dem allgemeinen Interesse des Ganzen vereinbaren Selbständigkeit der Einzelstaaten, so kann dieser Gedanke den Werth der mir verliehenen höchsten Auszeichnung für mich nur noch erhöhen.

Indem ich nur noch die Bitte beifüge, daß Ew. Durchlaucht mir Ihr geneigtes Wohlwollen und Ihr für mich so ehrenvolles Vertrauen auch fernerhin erhalten wollen, unterzeichne ich mit der wiederholten Versicherung meiner wahren und größten Hochachtung

Ew. Durchlaucht
ganz ergebenster
Freiherr von Friesen.

Dresden,
am 14. Nov. 1872.

28.

Zwei Denkschriften des Geheimen Oberregierungsraths H. Wagener.

1872. 1874.

I.

Da nach meinem ganz gehorsamsten Dafürhalten die Art und Weise, in welcher man jetzt auf dem socialen Gebiete vorgeht, nicht die richtige ist, so erlaube ich mir Euer Durchlaucht eine kurze Zusammenfassung dessen, was mir dagegen nothwendig zu sein scheint, ehrerbietigst vorzulegen. 29. 1. 1872.

Principielle Gegner der Politik des gegenwärtigen Gouvernements sind die ultramontane Partei, die polnisch-nationale, die evangelisch-confessionelle (so lange und so weit letztere die Action des Gouvernements als eine Gefährdung ihrer kirchlichen Interessen betrachtet), die partikularistische in den neuen Provinzen sowie in Sachsen, Württemberg und Baiern und endlich die demokratische, soweit diese republikanische Tendenzen verfolgt.

Die erste Frage, die aufgeworfen werden muß, dürfte deshalb die sein: welche Elemente und Kräfte der Regierung zur Verfügung stehen oder welche sie eventuell in ihren Dienst ziehen kann und muß, um diese Gegner mit Erfolg zu bekämpfen.

Es wird keines Beweises bedürfen, daß von allen Gegnern die ultramontane Partei die stärkste und gefährlichste ist, und zwar wird diese Gefahr in dem Maße sich steigern, als es den kirchlichen Organen gelingt, die Massen der Bevölkerung mit sich zu verbinden. Auf diese Verbindung wird Seitens der ultramontanen Partei mit Bewußtsein und Consequenz hingearbeitet, und zwar in der Weise, daß man die socialen Postulate acceptirt, soweit dies vom kirchlichen Standpunkte aus irgend möglich ist und es sich auch bereits zurecht gelegt hat, selbst mit der „Internationalen" Hand in Hand gehen zu können.

Mit welchem Erfolge dies geschieht, dafür liefern die sich mehrenden klerikalen Wahlen einen sprechenden Beweis, und selbst die socialistischen Agitatoren erkennen es offen an, daß ihnen z. B. am Rhein und in Westphalen Seitens der Kirche bereits der Boden unter den Füßen fortgezogen wäre. Die Kirche ist eben der socialistischen Agitation nicht nur in Betreff der Organisation überlegen, sondern sie hat vor derselben auch noch den religiösen Fanatismus voraus, welcher sich auf keinem Gebiete wirksamer entwickeln läßt, als eben den socialen Bestrebungen der Massen gegenüber.

29. 1. 1872. Mir erscheint es deshalb auch als ein überaus gefährliches Unternehmen, gleichzeitig den Kampf mit der ultramontanen und der socialistischen Partei aufnehmen zu wollen und dadurch die Socialen noch mehr und unwiderruflich in das klerikale Lager zu treiben. Mag es immerhin berechtigt und nothwendig sein, die bestehenden Gesetze nach allen Seiten energisch zur Anwendung zu bringen und dadurch insbesondere die auswärtigen sowie diejenigen Elemente von der socialen Bewegung fern zu halten, welche antinationale Zwecke verfolgen, so halte ich es doch für einen entschiedenen politischen Fehler, die socialistischen Führer lediglich um ihrer socialen Bestrebungen willen Ausnahme-Maßregeln zu unterwerfen, und zwar, ohne gleichzeitig irgend etwas Namhaftes zur Befriedigung der berechtigten Bestrebungen ihrer Anhänger zu thun.

Die neuesten Berichte über die Entwickelung im Schooße der Internationalen lassen darüber keinen Zweifel, daß innerhalb der englischen und deutschen Section nicht allein das nationale Element das Uebergewicht gewonnen hat, sondern daß man dort auch anfängt, die bisherige Verquickung der socialen Bestrebungen mit der Politik zu refüsiren, und daß dadurch ein vollständiger Riß zwischen der deutsch-englischen Section einer- und der russisch-französischen andererseits zu Stande gekommen ist.

Es würde sehr zu beklagen sein, wenn Seitens der deutschen Reichs-Regierung diese Wandlung nicht benutzt und dadurch die sociale Bewegung der antinationalen Agitation aus der Hand genommen würde.

Daß von Seiten des Preußischen Handels-Ministeriums auf diesem Gebiete nicht viel zu erwarten steht, dafür liefert die Art und Weise, in welcher neuerdings die Enquête dort bewirkt worden ist, den überzeugendsten Beweis. Das der Vernehmung der Sachverständigen zu Grunde gelegte sogenannte „Programm" schließt mit großer Sorgfalt alles das aus, worauf es eigentlich ankommt, bezeichnet die Fragen, welche in England und Amerika bereits als selbstverständlich behandelt werden, als noli me tangere und ist dadurch natürlich gezwungen, über seine Verhandlungen den Schleier des tiefsten Geheimnisses zu werfen, weil es sich nicht verhehlt, daß das Bekanntwerden desselben in den betreffenden Kreisen den übelsten Eindruck machen würde.

Die neuesten zuverlässigsten Berichte aus England und Amerika ergeben, daß man in England beispielsweise den neunstündigen Normal-Arbeitstag kaum noch als eine Frage der Gesetzgebung behandelt, sondern daß die Trade-Unions sich bereits stark genug fühlen, denselben selbstständig durchzusetzen, und der amerikanische Congreß hat bekanntlich eine Commission niedergesetzt, um die Lage des Arbeiterstandes für die Zwecke der Gesetzgebung festzustellen.

Daß Letzteres gleichzeitig ein Wahl-Manöver ist, dürfte die Bedeutung der Maßregel eher steigern als abschwächen. 29. 1. 1872.

Nach meinem ehrerbietigsten Dafürhalten sollte die deutsche Reichs-Regierung diesen Vorgängen folgen und insbesondere auch ihrerseits mit einer gründlichen Enquête den Anfang machen, wobei ich es als selbstverständlich voraussetze, daß man alles, was auf diesem Gebiet geschieht, mit der größtmöglichsten Publicität behandelt. Außerdem würde es nothwendig sein, bei der Auswahl der zu vernehmenden Personen sich auf eine breitere Basis zu stellen und auch die Leute zu hören, welche mit Recht als gründliche Forscher auf diesem Gebiete gelten, zu welchem Zwecke ich mir erlaube, ein Namens-Verzeichniß eventuell ehrerbietigst anzuschließen.

Nach allen Erfahrungen der Geschichte ist es aussichtslos, einen kräftigen Gedanken lediglich mit materiellen Mitteln bekämpfen zu wollen, und es giebt dem jetzt sehr mächtigen katholisch-kirchlichen Gedanken gegenüber nur einen Gedanken, der demselben mit Aussicht auf Erfolg politisch ebenbürtig gegenübergestellt werden kann, nämlich den socialen, und in der Wechselwirkung dieser beiden Gedanken wird sich nach meinem unvorgreiflichen Dafürhalten die nächste Phase der europäischen Geschichte abspielen.

Die praktischen Vorschläge, welche ich zunächst zu machen haben würde, sind:

1. Niedersetzung einer Commission nach dem amerikanischen Vorbilde, um die Gesetzgebung auf diesem Gebiete vorzubereiten und einzuleiten;

2. Ergänzung der im Handels-Ministerium begonnenen Sachverständigen-Vernehmung mit möglichster Ausdehnung und Publicität;

3. Praktisches Vorgehen mit dem Institut der Fabrik-Inspectoren oder — wenn die andere Bezeichnung besser gefallen sollte — der Arbeitsämter.

In der Ausbildung namentlich des letzteren Institutes ist die Möglichkeit einer Organisation gegeben, welche auf dem politischen Gebiet selbst der Organisation der katholischen Kirche nicht bloß gewachsen, sondern sogar überlegen sein würde. Den materiellen Tendenzen der Gegenwart gegenüber ist der Social-Kaiser stärker als selbst der Social-Papst.

Daß die altkatholische Bewegung den Massen gegenüber wenig bedeutet, dürfte jetzt schon als erwiesen zu betrachten sein; dieselbe hat aber nach der anderen Seite die bedenkliche Wirkung, den Fanatismus der Päpstlichen zu stacheln und zu steigern. Die Ausschreitungen der Bischöfe auf diesem Gebiete sind auf dem criminalrechtlichen Boden schwer verfolgbar, und ich glaube es deshalb als eine der dringendsten Aufgaben bezeichnen zu sollen,

29. 1. 1872. auch bei uns eine Instanz für die Aburtheilung derartiger „Mißbräuche“ — abus — herzustellen und in Folge einer Verurtheilung comme d'abus den Klerus in Bezug auf die Temporalien lahm zu legen. Man hat ja in Elsaß-Lothringen hiermit bereits den Anfang gemacht und wird in einer derartigen Staatsraths-Section den besten Uebergang finden, um das Cultus-Ministerium demnächst in eine gerichtliche Instanz zu verwandeln.

Anlangend die theilweise und relative Opposition der evangelischen Orthodoxie, so wird es meines ehrerbietigen Dafürhaltens an erster Stelle darauf ankommen, Seitens des Gouvernements öffentlich eine Stellung einzunehmen, welche der, politisch ziemlich beschränkten, Masse der confessionell Gesinnten verständlich ist. Bis dahin sind zwar diejenigen Maßregeln in die Oeffentlichkeit gedrungen, welche von jener Seite als gefährlich und bedenklich betrachtet werden, nicht aber das, was Seitens der Regierung zur Ausgleichung und Ergänzung beabsichtigt wird, namentlich daß man mit der Selbstständigkeit der Kirche wirklich Ernst machen und den Schwerpunkt der kirchlichen Entwickelung in die Provinzen verlegen will. Außerdem ist bis jetzt in der officiellen und officiösen Presse nicht genügend dargelegt, daß der Weg, welchen die Regierung auf dem kirchlichen Gebiete betreten hat, die nothwendige Consequenz der Wiederherstellung des Deutschen Reiches und der deutschen Einheit ist. Die politischen Gedanken, welche zur Erhärtung dieser Connexität näher auszuführen sein dürften, würden nach meinem ehrerbietigen Dafürhalten die nachfolgenden sein:

Die Zersetzung und Auflösung des Deutschen Reiches und der deutschen Einheit hat mit dem religiösen Gegensatze begonnen, dessen acutestes Symptom der dreißigjährige Krieg war, und es ist deshalb nicht von ungefähr, daß sofort mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit auch der religiöse Gegensatz lebendig wird und sich politisch geltend zu machen versucht. Leistet man dieser Tendenz Vorschub, so wird mit dem Anfange des Reiches auch dessen Zersetzung beginnen und um so schneller verlaufen, je mehr man der kirchlichen Agitation weltliche Handhaben darreicht oder beläßt. Will daher die deutsche Reichs-Regierung trotz der kirchlichen Zerrissenheit die politische Einheit bewahren, so ist sie damit vor die Alternative gestellt, entweder gewaltsam kirchliche Propaganda zu machen und dadurch eine gewisse Art kirchlicher Einheit herzustellen, wie dies seiner Zeit bekanntlich in den katholischen Ländern geschehen ist, oder aber das politische Gebiet der kirchlichen Frage zu verschließen, die verschiedenen Kirchen-Parteien sowohl in sich als einander gegenüber sich selbst zu überlassen und sich von Staatswegen auf den gesetzlichen Rechtsschutz zu beschränken. Alles Andere ist Illusion, namentlich auch, daß Preußen noch im

Stande sei, seine frühere Rolle als evangelischer Staat weiter zu spielen. Letzterer Versuch würde, soweit ich die Entwickelung zu beurtheilen vermag, nothwendig dahin führen, daß die Regierung je länger desto mehr liberale Kirchen-Politik treiben müßte und sich dadurch eben als der gefährlichste Feind der Kirche erweisen würde, was die Conservativ-Confessionellen in ihrer Beschränktheit leider noch nicht begriffen haben. 29. 1. 1872.

Nach meinem ehrerbietigen Dafürhalten kann die evangelische Kirche für den Staat erst dann ein werthvoller Bundesgenosse gegenüber den ultramontanen Bestrebungen werden, wenn man dieselbe zwingt, sich auf sich selbst und auf die ihr innewohnenden geistigen Kräfte zu stützen, aber freilich muß man ihr dann auch rechtlich und thatsächlich die Möglichkeit gewähren, sich nach ihrem eigenen Wesen und ihren eigenen Gesetzen zu gestalten und zu entwickeln. So lange Staat und evangelische Kirche sich als identisch darstellen, wird eins für das andere ein gefährlicher Hemmschuh sein.

Was sonst noch übrig bleibt, das sind der Liberalismus und die liberale Demokratie. Diese sind überhaupt keine zuverlässige Stütze für irgend eine Regierung; dieselben sind aber auch den gegenwärtig treibenden Kräften gegenüber durchaus machtlos und vielmehr ihrerseits auf den Schutz der Regierung angewiesen, welcher sie deshalb unbedingt folgen und gehorchen müssen.

Die Massen der Bevölkerung schwanken gegenwärtig, wohin sie sich wenden sollen. Noch hat die internationale Agitation keine breitere Basis gewonnen, obschon man es hier und da darauf abgesehen zu haben scheint, ihr wohlfeile Märtyrer zu machen.

Wohin die Massen sich wenden, wird aber nicht allein politisch und parlamentarisch, sondern auch für den Charakter der Armee schließlich von entscheidender Bedeutung sein. Ganz und dauernd zuverlässig wird diese nur dann sein, wenn die Arbeiter, welche das Haupt-Contingent liefern, durch die Leistungen des Reiches für die Reichsidee gewonnen und an diese gekettet werden.

Berlin, den 29. Januar 1872.

H. Wagener.
s. m.[1])

Verzeichniß.

Professor Roscher in Leipzig.
do. Rösler in Rostock.
do. v. Scheel an der Universität Bern, schrieb soeben „Theorie der socialen Frage", ist für Staats-Intervention.
Dr. Joseph Roßbach schrieb „Geschichte der Gesellschaft". Ein Mann von vielem Wissen und christlicher Gesinnung.

---

[1]) d. h. eigenhändig unterschrieben (sua manu).

28. 1. 1872. Dr. Heinrich Contzen, Professor zu Aachen, schrieb: „Geschichte der Wirthschaft im Mittelalter“ und „die sociale Frage“. — Für Staats-Intervention, Standpunkt Wagners.
Dr. Schramm in Leipzig — Uebersetzer von Thornthons Buch: „Die Arbeit“, auch neuere Schule der Nat.-Oekonomie.
Dr. Gust. Schmoller — „Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe“.
Rodbertus-Jagetzow.
Schumacher-Zarchlin.
Professor v. d. Goltz-Königsberg — Ländliche Arbeiter.
Consul Quistorp-Stettin.
Graf Münster — „Was thut unserer ländlichen Arbeiter-Bevölkerung Noth?“
Reichenheim — soll sich sehr nähern.
Liebermann desgleichen.
Schönberg kennt Süddeutschland und die Schweiz, da er, ehe er nach Freiburg kam, Professor in Basel war. Er ist Jurist und Nationalökonom, hat in Proskau auch Landwirthschaft getrieben und ist Verfasser der Schrift: „Ueber Arbeiterämter.“
Riehl, der Mann der „Land und Leute“, ist freilich sehr Poet und Romantiker, aber tüchtiger Beobachter und Kenner des Volkes.

II.

Euer Durchlaucht

17. 1. 1874. wollen mir huldreichst gestatten, Hochdenselben die Anlage zur Hochgeneigten Kenntnißnahme und mit der ehrerbietigsten Bitte vorlegen zu dürfen, die darin ausgesprochenen Gedanken als den Ausdruck meines lebhaften Wunsches, Hoch-Ihnen nach meinem besten Wissen zu dienen, wohlwollend entgegenzunehmen.

Nach meinem unvorgreiflichen Dafürhalten dürfte die Regierung schwerlich zum Siege gelangen, wenn sie sich dazu verleiten läßt, gleichzeitig mit dem Kampfe gegen die römische Kirche den gegen den Socialismus aufzunehmen, vielmehr halte ich die richtige Behandlung der socialen Frage für das beste und kräftigste, ja vielleicht sogar für das einzig wirksame Kampfmittel gegen den Ultramontanismus.

Wie weit die Organisation der Centrums-Partei auf dem socialen Gebiete bereits gediehen ist, darüber giebt die von dem Redacteur Dr. Meyer gefertigte Zusammenstellung, soweit diese ohne amtliche Hilfsmittel eben möglich war, wenigstens einigen Aufschluß, aus welchem vielleicht auch einigermaßen erhellen dürfte, weshalb die Resultate der eigentlichen Socialisten dort aufhören,

wo die Domäne der römischen anfängt. Die ultramontane Partei 17. 1. 1874.
hat es eben verstanden, die sociale Bewegung sich selbst dienstbar zu machen.

Ueberdies kann ich meinerseits die Besorgniß nicht unterdrücken, ob der Kampf gegen die römische Kirche, so wie er jetzt geführt wird, die Garantie des Sieges in sich trägt; doch weiß ich nicht, ob es an der Zeit ist, darauf näher einzugehen.

Indem ich wegen meiner Dreistigkeit wiederholt um Verzeihung bitte, verharre ich mit vorzüglicher Ehrerbietung als

Euer Durchlaucht

Berlin, ganz gehorsamster

den 17. Januar 1874. Wagener.

Denkschrift.

1. Es liegt auf der Hand, daß die Regierung mit den alten 17. 1. 1874.
Parteien überhaupt nicht mehr wirthschaften kann, und zwar eben so wenig mit den früheren Liberalen, als mit den früheren Conservativen. Die Programme und Bestrebungen Beider bewegen sich gar nicht mehr auf dem Boden, auf dem die Schlacht der Gegenwart geschlagen wird, und ihre früheren wirksamen Schlagworte sind heute schon ein leerer Schall.

2. Die bewegenden Fragen der Gegenwart sind die kirchliche und die sociale, und die Regierung wird vielleicht schon heute empfinden, welch' einen großen Fehler sie begangen hat, die erste ohne die zweite in Angriff zu nehmen. Nur auf dem socialen Felde und mit Maßregeln, welche ihr die Sympathien der Massen gewinnen, wird die Regierung der römischen Kirche gewachsen bleiben. Hier liegt der entscheidende Punkt, und hier muß eine jede Action einsetzen, welche nicht von vornherein als aussichtslos bezeichnet werden soll.

3. Vor Allem ist es die römische Kirche, welche es verstanden hat, sich mit großem Geschick in der Masse der Bevölkerung eine breite Basis zu schaffen, und zwar nicht allein mit kirchlichen und religiösen, sondern recht eigentlich mit socialen Motiven. Es geht dies so weit, daß die römische Kirche da, wo sie in compacteren Massen existirt, die eigentlichen Socialisten bereits überflügelt und eine Organisation geschaffen hat, die in Bezug auf Ausdehnung und Wirksamkeit für sie nichts zu wünschen übrig läßt. Die statistischen Ermittelungen gewähren hier sehr überraschende Resultate, von denen leider die Wenigsten etwas wissen.

4. Mit dem Gensdarmen und Exekutor allein wird man den Kampf gegen die römische Kirche nicht bestehen. Auch ist der

17. 1. 1874. nationale Gedanke allein dem internationalen Charakter der römischen Kirche nicht ebenbürtig. Dem Religiösen und Internationalen muß Gleichartiges gegenübergestellt werden, und die rechte Behandlung der socialen Frage soll ja eben der praktische Ausdruck des Christenthums sein.

5. Fragt man aber, in welcher Weise dies geschehen soll, so ist das erste, womit man beginnen muß, die Schaffung eines Central-Organs für die weitere Behandlung aller dieser Angelegenheiten. Es ist nicht blos vergeblich, sondern sogar thöricht, irgendwelche detaillirte Vorschläge zu machen, so lange die demnächstige Ausführung in den Händen solcher Personen ruht, welche principielle Gegner sind und die daher nichts weiter im Auge haben können, als durch die verfehlte Ausführung die etwaigen Vorschläge zu compromittiren und deren Wiederaufnahme unmöglich zu machen.

6. Als unumstößlicher Grundsatz ist dabei zu proklamiren und festzuhalten, daß der Staat nur einzuschreiten hat, wo es sich um ein Staats-Interesse handelt, also nicht als Exekutor blos für die Arbeitgeber oder als Bankhalter für wackelnde Börsen-Spekulanten; wohl aber überall da, wo er sich selbst und seine eigenen Interessen gefährdet sieht, und also auch da, wo gewisse Calamitäten, die an sich einen privativen Ausgangspunkt haben, Dimensionen annehmen, welche dieselben als eine Calamität der Staats-Gesellschaft erscheinen lassen.

7. Es ist hierbei zu vermeiden, sich durch bloße Theorie und theoretische Consequenzen bestimmen zu lassen. Nach allen Erfahrungen der Geschichte ist es nicht zu erwarten, daß die besitzende und regierende Klasse als solche gutwillig etwas von ihrer Stellung und Macht aufgiebt, und die praktische Entwickelung der socialen Frage wird sich daher nur durch Zwang, und zwar entweder durch den Zwang der Gewalt oder den der Gesetzgebung vollziehen. Beides wird erfahrungsmäßig nur stoßweise geschehen in dem Maße, als die entsprechende Entwickelung zur Reife gediehen ist.

8. Letzteres ist insbesondere auch für die Gesetzgebung von entscheidender Bedeutung und wird daher für alle legislativen Maßregeln an erster Stelle die Frage stehen, wo und auf welchen Gebieten die Dinge und die Entwickelung bereits für die Gesetzgebung zur Reife gediehen sind.

9. Für die letztere Frage wird der beste Prüfstein in der Regel darin zu finden sein, daß beide Theile über die Nothwendigkeit einer Veränderung einverstanden sind, sodaß also nicht allein die besitzlose, sondern auch die herrschende und besitzende Klasse selbst nach Staatshilfe durch die Gesetzgebung ruft.

Nur würde die Regierung einen doppelten Fehler begehen, wenn sie die Gesetzgebung gerade so formuliren und wirken ließe, als dies Seitens der besitzenden Klasse einseitig verlangt wird. Letzteres würde nichts Anderes bedeuten, als einen jedenfalls mißlingenden Versuch, einem in sich unhaltbar gewordenen Zustande, eventuell mit Hilfe der Criminal-Polizei, eine Schein-Existenz zu fristen und dadurch die bereits vorhandenen Uebelstände bis zur Unerträglichkeit zu steigern. 17. 1. 1874.

10. Die Punkte, bei denen gegenwärtig besonders laut nach Staatshilfe resp. durch die Gesetzgebung oder durch Verwaltungs-Maßregeln gerufen wird, sind:

a) die Börsen-Verhältnisse,
b) die ländlichen Arbeiter-Verhältnisse und
c) die Arbeiter-Coalitionen und Strikes — resp. gesetzliche Maßregeln und Institutionen, um die letzteren auf ihr rechtes Maß zurückzuführen.

Es sind dies Gebiete, auf denen die Nothwendigkeit einer Aenderung von der besitzenden und nicht besitzenden Klasse gleichmäßig betont wird, wenngleich dieselben natürlich in ihren betreffenden Vorschlägen weit auseinander gehen, indem die besitzende Klasse bis dahin die Staatshilfe lediglich zur gewaltsamen Aufrechterhaltung des status quo, die nicht besitzende Klasse dagegen zur gleich gewaltsamen Herstellung ihrer einseitigen Ideale in Anspruch nimmt.

11. Beginnt man dabei mit der Frage, welche jetzt unbezweifelt im Vordergrunde steht, nämlich mit den Börsen-Verhältnissen, so kann die Aufgabe der Staats- und Finanzkunst unmöglich darauf beschränkt sein, mit einer Extra-Einnahme von fünf Milliarden die Staats-Gesellschaft des Deutschen Reiches im raschen Laufe bankerot werden zu lassen, und höchstens noch die ersten Finanzgrößen des Deutschen Reiches mit Hilfe der Staatsbank über Wasser zu halten. Vielmehr hat sich grade dies Mal aufs evidenteste die Pflicht der Staats-Regierung herausgestellt, die Masse des Publikums, den reellen berechtigten Verkehr und vor allen Dingen die Arbeit gegen den großen Rattenkönig des Geldkapitals, der à la hausse und à la baisse gleichmäßig „verdient", sicher zu stellen.[1])

12. Daß hierzu eine bloße Veränderung der Actien-Gesetzgebung nicht ausreicht, wird Jedem, der von diesen Dingen und namentlich von dem Charakter der gegenwärtigen Krisis auch nur das Mindeste versteht, auf den ersten Blick klar sein. Man darf hierbei nicht den bekannten Ausspruch O'Connells citiren, daß

[1]) Randbemerkung Bismarcks: wie?

17. 1. 1874. man kein Gesetz machen könne, durch welches man nicht bei einigem guten Willen mit vier Pferden hindurch zu fahren vermöchte; auch ist nicht darauf das entscheidende Gewicht zu legen, daß die Krisis die alten und die neuen Actien-Gesellschaften gleichmäßig ergriffen hat und bereits beginnt, über dies Gebiet hinaus ihre unabweislichen Consequenzen zu ziehen, da in der That nur ein geringer Scharfsinn erforderlich ist, um klar zu erkennen, daß die bei den Actien-Gesellschaften hervorgetretenen Uebelstände selbst nicht Ursache, sondern Wirkung sind. Die Grund-Ursache liegt eben tiefer[1]) und wird sich immer wieder geltend machen, so viel man auch an den Details herumzuflicken versucht.

13. Die Grund-Ursache ist nämlich das jetzt herrschende Wirthschafts-System selbst, welches unter dem Namen von Schranken alle Schutzwehren beseitigt hat und sich nunmehr vergeblich abmüht, das, was man im Princip beseitigt hat, im Detail wieder zu gewinnen. Es gilt dies in hervorragender Weise von der Beseitigung der Wucher-Gesetze, mit welcher man das Recht der Ausbeutung proklamirt hat, und es ist unzweifelhaft charakteristisch, daß derselbe Mann, von welchem die Initiative zu jener Beseitigung ausgegangen[2]) ist, auch zuerst das Nothgeschrei über die voraussichtlichen und unabweislichen Wirkungen jener Maßregel erhoben hat. Nach der Beseitigung der sogenannten Wuchergesetze giebt es eben keinen Werthmesser und keinen Maßstab für die Vertheilung des Einkommens zwischen Kapital und Arbeit mehr, und nur die tiefste Heuchelei kann heute über eine Ausbeutung schreien, welche man selbst ins Leben gerufen hat.

14. Damit soll nicht geläugnet werden, daß wir auch unter der Herrschaft der Wucher-Gesetze Geschäfts- und Handelskrisen erlebt haben, doch war der Charakter derselben ein wesentlich anderer und der Umfang ein beschränkterer. Mit der Ausdehnung des jetzt herrschenden Wirthschafts-Systems auf alle damals noch gesicherten Gebiete und mit der Etablirung des Grundsatzes, daß die Regierung überhaupt nichts gegen das System beabsichtige oder vermöge, sondern äußersten Falls gegen ein Uebermaß seiner Wirkungen einschreiten werde, hat die Ausbeutung einen universellen Charakter angenommen, gegen welchen sich jede Quacksalberei im Detail[3]) als wirkungslos erweisen wird.

15. Was auf diesem Gebiete erlangt werden muß, ist daher die Beseitigung des jetzt herrschenden Wirthschafts-Systems[4]) und speciell die Wiedereinführung der Wucher-

[1]) wo?
[2]) wer?
[3]) wie en gros?
[4]) wie?

} Randbemerkungen Bismarcks.

Gesetze[1]) in einer den jetzigen Verkehrsverhältnissen entsprechenden 17. 1. 1874.
Weise und begleitet von Institutionen, welche dieselben, soweit dies unter menschlichen Verhältnissen möglich ist, zu einer Wahrheit machen, das heißt den Handel und die Arbeit sowie den Grundbesitz gegen die Ausbeutung des Geldkapitals thatsächlich sicher stellen. Unter diesen Institutionen sind gemeint: für den Grundbesitz Rentenbanken, für Verkehr und Arbeit Darlehnskassen, doch letztere nicht als vorübergehenden Nothbehelf, sondern als dauernde Institution.

16. Der Wiedereinführung der Wuchergesetze muß dann als Correlat die Einführung des Normal-Arbeitstages gegenübertreten, welcher indeß nicht — wie die Socialisten verlangen — allein nach der Zeit, sondern nur nach einem bestimmten Arbeits-Quantum bemessen werden darf.[2]) Nur auf dieser Basis ist eine gesunde und nachhaltig wirkende Behandlung der Arbeiter-Frage überhaupt möglich. Nur auf diesem Wege wird eine gerechte Vertheilung des National-Einkommens überhaupt erreichbar, sodaß die Steigerung der Productivität der Arbeit und der Production beiden Theilen, Kapitalisten und Arbeitern, gleichmäßig zu gute kommt. Nur durch eine solche beiderseitige Fixirung und Beschränkung wird es möglich sein, dem Kapital den Zins- und Renten-Bezug überhaupt zu erhalten und die Ansprüche der arbeitenden Klasse auf das rechte Maß zurückzuführen.

Jeder Versuch, auf einer andern als dieser Grundlage Etwas zu erreichen, ist von vornherein aussichtslos. Insbesondere ist es unzweifelhaft, daß der ganze Börsenschwindel, bei Licht betrachtet, auf nichts Anderem beruht als auf der Möglichkeit, in Bezug auf ihre Höhe unbestimmte Zinsen oder Dividenden versprechen oder doch in Aussicht stellen zu können, und alle Bestrebungen, die nicht diese Wurzel angreifen und beseitigen, sind entweder von Heuchelei oder Kurzsichtigkeit dictirt.

17. Ganz mit Recht sagt überdies Rodbertus von dem jetzt herrschenden Wirthschafts-System: „Welch ein thörichter, unbeschreiblicher Widerspruch in der Auffassung jener Nationalökonomen, welche die Arbeiter in ihrer rechtlichen Stellung über die Geschicke der Gesellschaft mit entscheiden und zugleich sie national-ökonomisch nur immer als Waare behandeln lassen wollen! Denn die Arbeit sind in dieser Beziehung die Arbeiter".

„Es muß dann, bei dem Zusammenhange der national-ökonomischen mit der rechtlichen und politischen Entwickelung, die ihrerseits eine immer größere rechtliche Gleichheit und politische Freiheit mit sich führt, jener verhängnißvolle Widerspruch in der

[1]) reicht nicht.
[2]) schwer zu bezeichnen. } Randbemerkungen Bismarcks.

17. 1. 1874. Gesellschaft erzeugt werden, daß, je gleicher und freier alle ihre Mitglieder rechtlich und politisch gestellt werden, desto ungleicher und abhängiger die Mehrzahl, die arbeitenden Klassen, wirthschaftlich gestellt wird. Es müssen dann Erscheinungen wie Handelskrisen und Pauperismus auftreten. Denn was die Handelskrisen betrifft, so muß ja, weil die Kaufkraft der Mehrzahl der Gesellschaft, der arbeitenden Klassen, in dem Maße geringer wird, als die Productivität steigt, schon früher eine Ueberproduction eintreten, als bis die Bedürfnisse der Gesellschaft vollständig befriedigt sind. Und was den Pauperismus betrifft, so muß ja, weil die materiellen Ansprüche der Mehrzahl der Gesellschaft, der arbeitenden Klassen, fortwährend gesteigert, ihre Begierden durch die alleinige Steigerung des Reichthums der Minderheit fortwährend entflammt werden, während das Maß ihres Einkommens fällt, deren ökonomische Lage zerrüttet werden. Es muß zu jener unglaublichen Unvernunft kommen, daß, während noch die Mehrzahl der Gesellschaft in Armuth schmachtet, dieselbe ihre Productivkräfte doch bei weitem nicht mit voller Kraft wirksam werden lassen darf, weil sonst auch noch der kleinere Theil in Armuth gestürzt werden würde".

18. Anlangend speciell die ländliche Arbeiterfrage, so versteht es sich zuvörderst von selbst, daß die neuconservative Lösung, „die Arbeiter durch Strafen zu bessern", weit von der Hand zu weisen ist. Richtig und bestens zu acceptiren ist hier das thatsächliche Zugeständniß der Manchester-Schule, welche in Betreff des Arbeits-Vertrages den Bankerot ihres Systems anerkennt und nun mit der dieser Schule eigenthümlichen Ehrlichkeit die „Nachtwächterdienste des Staates" in Anspruch nimmt, um durch Hilfe der Gesetzgebung und der Machtmittel des Staates wenigstens ihr eigenes Interesse sicher zu stellen und dort einen ausnahmsweisen criminellen Zwang eintreten zu lassen (einen Zwang, der, beiläufig bemerkt, völlig wirkungslos sein würde), wo sonst nach ihrem Princip jeder Zwang ausgeschlossen bleiben muß. Aber freilich, wo der Geldbeutel der Bourgeoisie in Gefahr kommt, hat nicht bloß die Gemüthlichkeit, sondern jedes Princip und System ein Ende.

19. Der allein maßgebende und stichhaltige Gesichtspunkt für die weitere Behandlung der ländlichen Arbeiter- und der damit zusammenhängenden Auswanderungsfrage, sowie der socialen und Arbeiterfrage überhaupt wird allein der sein, die Arbeiter, welche bereits die persönliche und politische Gleichberechtigung gewonnen haben, auch social als vollkommen gleichberechtigte Staatsbürger zu behandeln und nur solche Maßregeln und Institutionen in Aussicht zu nehmen und als dauernde zu betrachten, in welche die nichtbesitzende arbeitende Klasse mit selbsteigener

Ueberzeugung und freiem Entschluß einzutreten bereit ist. Eine 17. 1. 1874.
solche Entwickelung vermag der Staat, aber auch dieser allein, in die Wege zu leiten, wogegen die Partei-Bestrebungen, welche mehr oder weniger darauf berechnet sind, den Arbeiterstand auch ferner politisch in das Schlepptau zu nehmen, wenig oder gar keine Aussicht auf Erfolg bieten.

20. Eine fast komische Erscheinung in dieser Beziehung ist der Eisenacher Congreß unter dem Vorsitze des Herrn Gneist, eines Mannes, der — nach einem drastischen Ausspruche des vorletzten Minister-Präsidenten — Alles auf Bestellung macht und sogar unter Umständen recht leidlich. Die dort stattgehabte Diskussion und alle gefaßten und noch zu fassenden Resolutionen haben für den eigentlichen Arbeiterstand keine andere Bedeutung als die, die Ueberzeugung von der praktischen Kurzsichtigkeit des deutschen Professorenthums zu steigern und zu befestigen. Man hat sich eben einfach einfangen lassen, für die politischen Bestrebungen der Herren Hirsch-Duncker sub rubro „Gewerkverein" bei dem deutschen Reichstage Propaganda zu machen, und gräbt noch an der Quelle herum, während der sociale Strom bereits in der Ebene fließt. Damit soll indeß nicht ausgeschlossen werden, daß die Regierung nicht die einzelnen dabei betheiligten Professoren sehr angemessen verwerthen könne.

21. Das durchschlagendste und nachhaltigste Mittel gegen die socialistischen Bestrebungen der Nichtbesitzenden ist nach allgemeinem Anerkenntniß, letztere durch angemessene Einrichtungen zu Besitzenden zu machen, ein Satz, der in hervorragender Weise auf den ländlichen Arbeiter seine Anwendung findet. Je allgemeiner die Ueberzeugung ist, daß die socialistischen Bestrebungen gerade unter den ländlichen Arbeitern die gefährlichsten sind, um so dringender ist die Verpflichtung jeder Regierung, hier einzusetzen, allerdings nicht im Interesse der Arbeitgeber allein, sondern vor allem in ihrem eigenen Interesse.

22. Die Frage, welche Maßregeln das Interesse des Staates erheischt, wird man am leichtesten dadurch beantworten, daß man die Uebelstände und Gefahren in das Auge faßt, welche der gegenwärtige Zustand für Staat und Gesellschaft mit sich führt. Es handelt sich hierbei nicht allein um die Gefahren, mit welchen socialistische ländliche Strikes die Urproduction, und Massen-Auswanderungen die Arbeits- und Wehrkraft des Landes bedrohen; es handelt sich vielmehr um den höheren politischen Standpunkt, von welchem aus es sich als das erste und unabweisliche Postulat ergiebt, die Masse der Bevölkerung, welcher man durch das allgemeine directe Wahlrecht die volle Theilnahme am Staate verliehen, auch mit den Zwecken und Aufgaben des Staates zu durch-

17. 1. 1874. bringen und um jeden Preis zu verhindern, daß jene Masse nicht zu Staat und Regierung in einen principiellen Gegensatz tritt.

23. Das beste Mittel hierfür ist die Umwandlung der besitzlosen ländlichen Arbeiter in kleine Grundbesitzer, eine Maßregel, für welche die Geschichte und das Beispiel Frankreichs die lehrreichsten Belege liefert und welche nicht dadurch beseitigt werden kann, daß sich unter den Schaaren der Auswandernden auch kleine Grundbesitzer befinden. Letzteres ist vielmehr nur ein Beweis dafür, daß die jetzige Lage unseres Grundbesitzerstandes überhaupt ebenfalls dringend der Verbesserung bedarf.

24. Es würde zu weit führen, hier auf die vielfach bestrittene Frage wegen Steuer-Ueberbürdung des Grundbesitzes näher einzugehen; dagegen muß um so schärfer betont werden die Abhängigkeit und Ausbeutung des Grundbesitzes Seitens des Geldkapitals, welcher dasselbe in gleicher Weise unterliegt wie der Arbeiterstand und wodurch die Grundbesitzer von selbst auf die Solidarität ihrer Interessen mit den Arbeitern hingewiesen werden sollten. Die Verleihung von Grundbesitz kann den ländlichen Arbeiter so lange nicht befriedigen, als er dabei in derselben Abhängigkeit bleibt und nicht einmal den Herrn wechselt. Die weitere Frage ist deshalb auch nach den Bedingungen, unter denen die Verleihung von Grundbesitz eine wirkliche Befriedigung der ländlichen Arbeiter-Bevölkerung mit sich bringen kann.

25. Hierbei ist ein Unterschied zu machen zwischen demjenigen Grundbesitz, welcher groß genug ist, seinen Besitzer selbstständig zu ernähren, und demjenigen, bei welchem derselbe nebenher auf Lohnarbeit angewiesen bleibt, doch ist Beiden eins gemeinsam, nämlich das unbedingte Erforderniß der Sicherheit in der besitzenden Hand. Diese Sicherheit ist selbstverständlich unmöglich, so lange das gegenwärtige Hypotheken-System in Kraft bleibt, und ist es deshalb auch höchstens eine halbe Maßregel, die Zahl der Grundbesitzer zu vermehren, so lange mit dieser Vermehrung nicht die Einführung des Renten-Princips Hand in Hand geht. Es ist Letzteres nur die Wiederaufnahme desselben Gedankens, welcher bei der Selbstständigmachung des jetzigen Bauernstandes der maßgebende war, ein Gedanke, dessen sachgemäße Ausführung die Emancipation der damaligen ländlichen Arbeiter ohne revolutionäre Erschütterungen und mit Kräftigung des monarchischen Princips ermöglicht hat, und ohne dessen zeitgemäße Wiederaufnahme man vergeblich gegen das Umsichgreifen des Socialismus unter der ländlichen Bevölkerung ankämpfen wird.

26. Mit der Massen-Auswanderung steht dann noch die Beseitigung mehrerer dieselbe wesentlich bedingenden Uebelstände

im Zusammenhange. Erfahrungsmäßig ist die Auswanderung dort 17. 1. 1874.
am stärksten gewesen, wo die Bevölkerung am dünnsten ist, wo die Industrie noch keine Verbreitung gefunden hat und wo die Communicationsmittel am mangelhaftesten sind. Hier ist die Thätigkeit der Staatsgewalt am meisten indicirt, und es bedarf nur eines Blickes auf Frankreich, um zu wissen, daß nichts den Wohlstand der französischen Landbevölkerung in dem Maße gehoben und gleichzeitig die Sympathien für das Kaiserthum gesteigert hat, als das wohldurchdachte System von Vicinalwegen, welches das zweite Kaiserreich in Frankreich durchgeführt hat. Außerdem ist die Verbindung von Landwirthschaft und Industrie nicht blos für die ländlichen Arbeiter, sondern auch für die industriellen Arbeiter selbst von höchster Bedeutung, nicht allein durch die Möglichkeit der Steigerung des Tagelohnes und einer entsprechenden Abwechselung, sondern ebenso sehr durch die Gewährung der Möglichkeit, Beides, die ländlichen wie die industriellen Arbeiter, seßhaft zu machen.

27. Ein besonderer Nachdruck muß hierbei selbstverständlich noch darauf gelegt werden, die Behandlung des Arbeiterstandes und seine äußere Lage mit den Fundamental-Institutionen des Staates und also vor allen Dingen mit unserer Heeres-Verfassung in Verbindung zu erhalten. Hierbei ist nicht lediglich die Erwägung maßgebend, daß die Verbindung der Militärpflicht mit dem Grundbesitz ein urdeutscher Grundgedanke ist, sondern nicht minder die Gewißheit, daß ohne eine solche Verbindung die jetzige Armee-Organisation und die entsprechende Dienstpflicht schwerlich auf die Dauer aufrecht zu erhalten sein dürften. Als nächste Consequenz dürfte sich hieraus ergeben, daß bei staatlichen Colonisationen in erster Linie Militär-Personen zu berücksichtigen sind.

28. Für die Seßhaftmachung der Arbeiter sind selbstverständlich alle bisherigen Beschränkungen mit Bezug auf Parzellirung zu beseitigen, ein Postulat, welches heute bekanntlich auch schon Seitens der Ultraconservativen aufgestellt wird. Außerdem dürfte es nicht unzweckmäßig sein, einem Vorschlage näher zu treten, welcher im Schoße der liberalen Partei ventilirt ist, dem Vorschlage nämlich, den Abschluß von Pachtverträgen dadurch zu erleichtern, daß man ein Normal-Pachtstatut feststellt und dadurch die Rechts-Verhältnisse zwischen Verpächter und Pächter einfach und übersichtlich macht.

29. Ein solches Normal-Pachtstatut dürfte umsomehr indicirt sein, als ein einfaches Zurückgehen auf die alten Institute des Erbzinses und der Erbpacht auf beiden Seiten wenig Sympathien zu finden scheint; auf Seiten der Besitzenden um deßhalb nicht,

17. 1. 1874. weil man, nach den gemachten Erfahrungen, den Verlust des Eigenthums fürchtet; auf Seiten der Erwerbenden nicht, weil sich damit allerhand dunkle Vorstellungen von Wiederherstellung des Feudalismus verbinden. Das Beste, was man in dieser Richtung wird machen können, wird sich zunächst darauf beschränken müssen, bei Erwerbung kleinerer Parzellen für die rückständigen Kaufgelder das bisherige System der Eintragung kündbarer Kapitalien zu beseitigen und auf das System ablöslicher amortisirbarer Renten zurückzugehen, im Uebrigen aber keine weiteren Beschränkungen aufzuerlegen, als daß der erste Erwerber das Besitzthum nicht vor zehn Jahren — der Termin von Julius Cäsar — weiter veräußern darf.

30. Was im Uebrigen die Beseitigung des Kriegszustandes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern anlangt, so gilt auch hier — so paradox dies Manchem erscheinen mag — der Grundsatz: Si vis pacem, para bellum, das heißt mit anderen Worten: Es ist für beide Theile eine unabweisliche Aufgabe zur Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens sich so zu organisiren, daß man unberechtigten Forderungen von der anderen Seite nachhaltig und mit Erfolg Widerstand leisten kann. Je unzweifelhafter aber dies ist, um so ungerechtfertigter würde es sein, die Organisation eines Theils zu fördern und speciell die Arbeitgeber allein durch Polizei und Criminalgerichte zu schützen. Eine derartige einseitige Parteinahme würde kaum einen anderen Erfolg haben, als die ganze davon bedrohte Masse der Bevölkerung zu dem Staat und dessen Institutionen in einen unversöhnlichen Gegensatz zu bringen.

31. Was nun speciell die Organisation der arbeitenden Klasse oder des vierten Standes anlangt, so wird hier von vornherein zwischen ländlichen und industriellen, noch mehr aber zwischen ansessigen und nicht ansessigen Arbeitern zu unterscheiden sein. Man hat mit Recht gesagt, daß die Einführung von Gewerk-Vereinen für ländliche Arbeiter mit einer Revolutionirung unserer ländlichen Verhältnisse identisch sein würde, doch wird man dieser Gefahr kaum auf einem anderen Wege entgehen, als daß man die ländlichen und insbesondere die ansessigen Arbeiter in geeigneter Weise in die neue Gemeinde-Ordnung und weiter hinauf einfügt.

32. Für die industriellen Arbeiter — hierbei das Handwerk natürlich nicht ausgeschlossen — muß das Bestreben, nach Verfall der Innungen eine neue corporative Gestaltung zu gewinnen, als ein berechtigtes und Seitens der Staats-Regierung zu begünstigendes anerkannt werden, freilich mit der Maßgabe, daß diese neuen Corporationen nicht als Partei-Anhängsel,

sondern als staatliche Institute organisirt und behandelt werden müssen. 17. 1. 1874.

33. Der Staat kann eine solche Gestaltung nicht schaffen, wird auch die Initiative zu ihrer Bildung am zweckmäßigsten den Betheiligten überlassen; hat aber, wo diese sich in gesunder Weise zeigt, der Entwickelung förderlich zu sein, wobei selbstverständlich sein Aufsichtsrecht und der dadurch bedingte Einfluß sicher zu stellen ist.

34. Die von vielen Seiten gewünschte Verleihung von Corporationsrechten ist bei richtiger Behandlung unbedenklich. Dieselbe kann durch einzelne Privilegien oder durch einen allgemeinen Act der Gesetzgebung unter Aufstellung von Normativ-Bestimmungen erfolgen, doch würde sich nach Lage der Sache zunächst der erstere Modus empfehlen.

35. Die Organisation muß nach Berufszweigen gestaltet werden, doch mit der Maßgabe, daß die Zusammenfassung und Centralisation nicht mehr — wie bei den alten Innungen — in eine einzelne Stadt, sondern in die Hände der Staatsgewalt fällt.

Hinsichtlich der Aufnahme von Mitgliedern ist den statutarischen Vorschriften möglichst freier Spielraum zu lassen, doch dürfte es sich empfehlen, dem immer allgemeiner auftretenden Verlangen zu entsprechen und nur solche Mitglieder zuzulassen, welche eine bestimmte Lehrzeit absolvirt haben.

36. Bei den Zweck-Bestimmungen müssen als wesentlich behandelt werden: die Einrichtung von Unterstützungs- und Invaliden-Kassen, sowie die Unterwerfung unter Schiedsgerichte und Einigungsämter, mit der Bestimmung, daß die Gewerkvereine in Bezug auf die von ihnen übernommenen Verpflichtungen für ihre Mitglieder verantwortlich sind. Dies ist die einzig richtige Lösung für die Vertretung des „dolosen Contractbruches".

37. Zur Entscheidung der Streitigkeiten zwischen den Arbeitgebern einerseits, den Fabrikarbeitern (innerhalb und außerhalb der Fabrikstätten, § 136 der Deutschen Gewerbe-Ordnung), Gesellen, Gehilfen und Lehrlingen andererseits, welche sich auf den Antritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Arbeits- oder Lohn-Verhältnisses, auf die gegenseitigen Leistungen während der Dauer desselben und auf die Ertheilung von Zeugnissen beziehen, ist die Einrichtung von Schiedsgerichten unter gleichmäßiger Zuziehung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern je für einen oder mehrere Gewerkszweige nothwendig.

38. Diese Einrichtung ist nicht von dem Befinden einzelner Gemeinde- oder sonstigen Behörden abhängig zu machen, sondern obligatorisch vorzuschreiben.

17. 1. 1874. Die Mitglieder der Schiedsgerichte sind auf längere Zeit, keinenfalls nur für die einzelnen Streitfälle zu bestellen. Wesentlich sind außerdem: der Ausschluß des Rechtsweges, das Recht der Beweis-Erhebung und die Execution der Entscheidungen.

39. Zu empfehlen ist außerdem: die Errichtung von sogenannten Einigungsämtern, welche die Lohnsätze, Arbeits-Bedingungen und die Arbeitszeit, überhaupt die unter den Klassen der Gewerbtreibenden streitigen Interessen zu regeln, auszugleichen und allen dieserhalb entstehenden Streitigkeiten möglichst vorzubeugen haben. Allerdings darf man sich dabei nicht der Illusion hingeben, als ob man damit den socialen Frieden für alle Fälle und für immer garantire. Solche Abmachungen werden den Charakter von Waffenstillständen und Friedensschlüssen und auch die gleiche Dauerhaftigkeit haben.

40. Wie alle Friedensschlüsse werden nämlich auch die Abmachungen zwischen Arbeitern und Unternehmern gerade solange dauern, als sie beiden Theilen Vortheile gewähren. Ebenso wird das Interesse an den etwaigen Neubildungen dadurch bedingt werden, daß man mit denselben materielle Vortheile in Verbindung zu setzen versteht. Dies ist die Bedeutung der Unterstützungs- und ähnlicher Kassen.

41. Bei der Einrichtung solcher Kassen müssen die obligatorischen Kranken- und Unterstützungs-Kassen von den Invaliden- und Altersversorgungs-Kassen unterschieden werden. Erstere sind auf kleine, nach Gewerken abbegränzte Bezirke zu beschränken und nur für gewisse Aushilfezwecke zu centralisiren. Letztere sind nur in größeren Bezirken lebensfähig und jedenfalls in der Hand der Staatsgewalt zusammenzufassen.

42. Die Ausführung der Mehrzahl der angegebenen Gegenstände setzt selbstverständlich eine genaue, von bestimmten Gedanken getragene und auf bestimmte Zwecke gerichtete Enquête voraus, welche als erste Aufgabe in die Hände der sub 5 vorgeschlagenen Central-Instanz zu legen ist.

43. Schon das Aussprechen einer solchen socialen Parole würde heute noch von bedeutender Wirkung sein. Von allen Reden Heinrichs IV. ist Nichts mehr bekannt als sein „Huhn im Topfe", obschon er es nicht einmal besorgt hat.

Berlin, den 17ten Januar 1874.

Wagener.
s. m.

29.

Ein Schreiben Bismarcks an Kaiser Wilhelm I.[1]

1874.

Kissingen 27. Juli 1874.

Eure Majestät

wollen huldreichst verzeihn, daß ich meinen ehrfurchtsvollen 27. 7. 1874.
Dank für das gnädige Schreiben vom 17. zurückgehalten, bis ich selbst die Feder führen kann; es geht noch schlecht, aber doch so viel, daß ich selbst schreiben kann, wie sehr mich Eurer Majestät Worte erfreut und gehoben haben. Bei meiner Ernennung zum General sagten Eure Majestät ein huldreiches Wort, welches mein innerliches Gefühl wiedergab, nämlich daß ich Eurer Majestät auch als Minister im Sinne des Soldaten diente. Als solcher freue ich mich über eine Wunde im Dienst, und als solcher bin ich bemüht, dem erhabenen Beispiel nachzustreben, welches Eure Majestät Ihren Dienern im Dienste des Vaterlandes geben. Möchte es mir auch gelingen, persönliche Beleidigungen, wie die vom 13.[2] mit dem Gleichmuth hinzunehmen, den Eure Majestät in ähnlichen Fällen bewährten, denn der Zorn und der Haß sind schlechte Rathgeber in der Politik, und ich bitte Gott um Demuth und Versöhnlichkeit. Ich hoffe, Zeit und Kur werden auch der Verbitterung abhelfen, die in öffentlichen Geschäften nicht mitreden soll.

Ich muß doch zu fremder Hand greifen, um mehr zu schreiben.

v. Bismarck.

30.

Brief des Generallieutenants v. Suckow an Bismarck.

1874.

Stuttgart, den 4. October 1874.

Eurer Durchlaucht gütige Worte in dem hochgeehrten Schreiben 4. 10. 1874.
aus Varzin vom 21. September[3] haben mein Herz mit Freude

[1] Nach dem Original; zwei Entwürfe zu diesem Schreiben siehe Bismarck-Jahrbuch IV, 34 f.

[2] Attentat Kullmanns.

[3] Veröffentlicht bei v. Poschinger, Bismarck und der Bundesrath II, 340.

4. 10. 1874. und Stolz erfüllt, sie sind der schönste Lohn für das Wenige, was ich an Eurer Durchlaucht großem Werk habe dienend mithelfen dürfen im Kleinen, und ich werde sie mein Leben lang dankbar und stolz im Herzen bewahren.

Was ich dazu erhoffe, ist, daß Eure Durchlaucht es von mir glauben werden, wie die Gründe meines Scheidens aus dem Amte ferne liegen der sogenannten Machtfrage zwischen mir und dem kommandirenden General dahier, welche Frage es für meine Gesinnung gar nicht gibt, die aber meiner pflichtgebotenen Bewachung des verfassungsmäßigen Rechts seither unterlegt worden ist als Motiv von der Preußischen Militärparthei in ihrem auch nach bester Ueberzeugung unternommenen Angriff auf das Recht.

In Wahrheit bin ich es der Sache und mir selbst schuldig gewesen, das Amt des Württembergischen Kriegsministers niederzulegen, jetzt, wo die eigene Militärverwaltung Württembergs, gerechtfertigt und nothwendig zu den Zeiten von Versailles damals anno 70, — heute als entbehrlich und überflüssig immer mehr erscheint, — ihre Behauptung fernerhin des höheren Zwecks entbehrt und sie als Selbstzweck ebenso zu verwerfen ist wie ihre Fortführung zum Scheine nur als gemeinschädlich in jeder Hinsicht, politisch, militärisch und moralisch, und schon durch die bloße Unwahrheit darin.

Gott segne Eure Durchlaucht in Ihrem großen Werk zum Heile Deutschlands und der Welt, und lasse Sie dessen froh sein in dem eigenen Bewußtsein und in dem beglückenden Kreise der Ihrigen.

Eurer Durchlaucht treuest ergebener

v. Suckow

Generallieutenant z. D. und Staatsminister a. D.

31.

Brief Bismarcks an Landrichter Stroßenreuter.

1874.

Berlin den 10. Dec. 1874.

Geehrter Herr

10. 12. 1874. Bei unsrer letzten Begegnung, auf dem Bahnhofe von Schweinfurt, hatten Sie die Güte mir mitzutheilen, daß Kullmann auch Ihnen gegenüber als eines seiner Motive die Thatsache bezeichnet habe, daß „seine" Fraction, die des Centrums, von mir beleidigt worden sei. Diese bereits am Tage der

That von ihm gebrauchte Wendung ist in dieser Form, mit 10. 12. 1874.
diesen Worten, in den Schwurgerichtsverhandlungen nicht reproducirt worden, und wird aus diesem Grunde von Seiten der Centrums-Fraction bestritten, daß sie überhaupt von Kullmann gethan worden sei. Ich würde daher Eurer Hochwohlgeboren sehr dankbar sein für eine Aeußerung darüber, ob es thunlich ist, daß Sie mir direkt eine Bestätigung des oben Gesagten geben, oder ob ich, um eine solche aktenmäßig zu erhalten, einen besondern Antrag in irgend einer amtlichen Form stellen muß. Es ist gewiß kein kluger Schachzug, daß die Partei, in deren Interesse Kullmann zu handeln meinte, die in unsrer raschlebigen Zeit fast schon vergessene Sache wieder in den Vordergrund gezogen hat; aber wie ich höre, will das Centrum noch eine Reichstagsverhandlung über Kullmann herbeiführen. Die Folgen meiner Verwundung machen sich noch immer etwas fühlbar, wenn ich bei eigenhändigem Schreiben auf die dritte Seite gelange, auch sonst bei Anstrengung der rechten Hand und bei nervöser Erregung.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich

Ew. Hochwohlgeboren

ergebenster

v. Bismarck.

32.

Ein Schreiben in Bismarcks Auftrag an Staatsminister Hofmann.

1877.

Varzin, 22. Juli 1877.

Ew. Excellenz erwidert der Herr Reichskanzler auf das anbei 22. 7. 1877.
zurückerfolgende Promemoria vom 18. d. M. die Einführung einer Uebergangsabgabe von Essig betreffend, ganz ergebenst, daß er — ohne jedoch schon jetzt eine definitive Ansicht aussprechen zu wollen — an sich und objectiv der von Ew. Excellenz geltend gemachten Auffassung zuneige. Seine Durchlaucht meinte jedoch, daß für den Reichskanzler und dessen Vertretung keine Veranlassung und genau genommen kein Beruf vorliege, einem Antrage der Preußischen Minister der Finanzen und des Handels gegenüber Einwendungen zu erheben und daß Ew. Excellenz eventuell nur in Ihrer Eigenschaft

22. 7. 1877. als Preußischer Staatsminister — also innerhalb des Preußischen Staatsministeriums Ihre entgegengesetzte Auffassung würden geltend machen können.

Der Reichskanzler als solcher habe im vorliegenden Falle weiter nichts zu thun, als den Preußischen Antrag dem Bundesrathe zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Noch klarer werde dies, wenn man den Fall annehmen wollte, daß der Antrag nicht von Preußen, sondern von irgend einem anderen Staate, etwa Sachsen, gestellt worden wäre.

Kurowsky.

33.

Brief der Wittwe des Feldzeugmeisters Benedek an Bismarck.

1881.

Euer Durchlaucht.

2. 5. 1881. In meiner Herzensnoth war Ihr Gruß, Fürst Bismarck, ein wohlthuender Lichtfunken für mein krankes, düsteres Gemüth. Die zahllosen Kundgebungen von Nah und Ferne, voll Sympathie und Verehrung für den theueren Verblichenen, haben mich zu lebhaftem Dank verpflichtet, aber die hochherzigen Worte des größten Mannes der Gegenwart, jene Anerkennung aus Gegners Hand, waren so recht geeignet, meinen dahingeschiedenen Helden zu ehren.

Als Benedek begraben in Blumenpracht, so einfach und schlicht, nach seinem Willen, ohne Abzeichen von Rang und Würden, stille dalag, sprach diese stumme Entsagung, lautlos, für seinen großen Karakter.

Ich persönlich verlor den edelsten Freund und blieb einsam zurück!

Empfangen Durchlaucht den aufrichtigsten Dank für den Trost, den Ihre Theilnahme mir bereitet hat.

Graz, Euer Durchlaucht

den 2. Mai 1881. ergebenste Dienerin

Julie Benedek.

34.

Brief Bismarcks an den Staatsminister Grafen v. Bassewitz.

Berlin 6. Januar 1885.

Verehrter Freund und College,

6. 1. 1885. der durch die Zeitungen gemeldete bedauerliche Tod des Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Maltzahn-Markhagen

macht eine Neuwahl im 4. Mecklenburgischen Wahlkreise noth- 6. 1. 1885.
wendig, und ich erlaube mir thunlichst schnelle Anberaumung des Termins für dieselbe zu empfehlen. Ich glaube, Sie werden meinen Eindruck theilen, daß die Länge der Frist zur Agitation immer der Fortschrittspartei zu Gute kommt, weil dieselbe eine straffere Organisation, die größere Rührigkeit und mehr Rücksichtslosigkeit in Anwendung der Agitationsmittel besitzt. Dieser Apparat wirkt bei einer einzelnen Nachwahl noch stärker als bei allgemeinen Wahlen, und je länger die Frist zur Agitation ist, desto erfolgreicher.

Verzeihn Sie, wenn ich im Interesse der gemeinsamen Sache ein vielleicht überflüssiges Fürwort für Beschleunigung einlege.

Mit der Bitte, bei dieser Gelegenheit meinen herzlichen Glückwunsch zum Jahreswechsel nachträglich entgegen zu nehmen, bin ich in alter Freundschaft

der Ihrige

v. Bismarck.

35.

Neun Briefe Bismarcks an seinen Sohn Herbert.

1858. 1862. 1870. 1890. 1893.

I.

Frankfurt 29. Juli 1858.

Mein lieber Sohn

Zum ersten Mal im Leben schreibe ich Dir einen Brief 29. 7. 1858.
und leider aus keiner fröhlichen Ursache. Mit Bedauern lese ich in Mamas Briefen, daß Du wieder Schmerzen hast und still liegen mußt, wenn die andern im Garten umherlaufen. Mama schreibt mir aber auch, daß Du geduldig und freundlich bist, und ohne Unart trägst, was Dir Gott schickt und was Menschen mit aller ihrer Liebe für Dich nicht ändern können. Darüber habe ich mich sehr gefreut, und wenn Du Gott recht bittest, daß Er Dir hilft, Dich immer vorsichtig und ruhig halten willst, dann wird es wohl bald besser werden.

. . . . . Im Garten ist viel Kraut gewachsen, und die Enten wandern darin umher. Die Bäume sitzen so voll Obst,

29. 7. 1858. daß ich garnicht weiß, was wir mit den Pflaumen und Birnen machen werden, obgleich der Sturmwind am Sonnabend viele abgeschüttelt hat. Auf der Schwimmanstalt ist er so stark gewesen, daß er die hinterste Zeltreihe abgebrochen und die vordere, wo Ihr Euch ausgekleidet habt, fast auseinander gerissen hat.

Leb wohl, mein lieber Sohn, Gott behüte Dich; grüße Marie und Bill von mir und werde bald gesund.

Dein treuer Vater

v. Bismarck.

II.

Königl. Preuß. Gesandtschaft in Frankreich.

Paris 28. Juni 1862.

Mein lieber Herbert

28. 6. 1862. Ich habe mich sehr gefreut, als ich neulich beim Erwachen Deinen und Bills Brief fand, und hoffe, Ihr werdet es nicht beim Einen Mal bewenden lassen. Ich höre sehr gern von allen Euren täglichen Erlebnissen, und besonders auch von Euren Studien; wie weit Ihr damit seid, was Euch dabei gefällt und was sauer wird. Vorgestern kam ein Brief von Mama mit dem von Großmutter zugleich an. Ich war eben im Begriff nach Fontainebleau zum Kaiser zu fahren, hatte dazu früh aufstehn müssen und las die Briefe im Wagen, nebst einem von Tante Malwine aus Landeck, während ich an der Seine entlang und über den Bastilleplatz, wo jetzt eine große Freiheitssäule steht, den langen Weg nach dem Bahnhof fuhr. In Fontainebleau ist ein sehr großes Schloß, an dem viele Könige von Frankreich gebaut haben, von Ludwig dem Heiligen an. Der Kaiser führte mich darin umher und zeigte mir unter andern das Panzerhemde, welches Monaldeschi unter den Kleidern getragen hatte, als die Königin Christine ihn umbringen ließ. Es waren nach 200 Jahren noch die Blutflecken daran zu sehn und die Löcher, die sie mit dem Degen im Rücken zwischen den Panzerketten durchgebohrt hatten, um ihm ans Leben zu kommen. Dann gingen wir in den schönen Garten, an den ein meilenlanger Wald mit vielen Hirschen

stößt. Beim Frühstück saß ich bei der Kaiserin, die sehr schön 28. 6. 1862.
und liebenswürdig ist. Uebermorgen fahre ich auf einige Tage nach England hinüber; ich wollte schon heute, bekam aber noch Geschäfte. Man reist um 9 Uhr morgens hier ab und ist nachmittags 6 Uhr zum Essen in London, über Boulogne; am Donnerstag hoffe ich mit Gottes Hülfe wieder hier zu sein. Morgen schicke ich einen Courier nach Berlin, für den ich so viel geschrieben habe, daß meine Finger ganz steif sind; jetzt ist es 12 und ich gehe zu Bett. Die Einlage gieb Mama. Nun gute Nacht, Gott beschütze Euch ferner wie bisher. Grüße alle herzlich von mir, auch Bill, dem ich nächstens antworten werde. Eßt und trinkt mit Maß und arbeitet täglich etwas, wenn der Lehrer fort ist, vergeßt auch das Französische nicht!

Dein treuer Vater

v. B.

III.

Reims 7. September 1870.

Mein geliebter Junge

Heut bei Tisch sagte mir der König, daß Du zum Offizier 7. 9. 1870.
ernannt seist, Bill zum Fähnrich; Du hast von den Ernannten Einen vor Dir, ich glaube Behr war der Name, dann Du, dann Dohna und noch eine Anzahl. Ich freue mich, daß Du es im Felde geworden bist und nach einer so glänzenden Waffenthat des Regiments wie die vom 16ten. Gott gebe Dir lange Jahre daran zurück zu denken, mit Dank für die Gnade, die Euch beide in diesem Blutbade bewahrt hat. Die andern Minister sind mit ihren Söhnen unglücklicher gewesen; von Itzenplitz weißt Du, Roons gute lange Bombe wurde am 1. in seiner Batterie durch den Unterleib geschossen, Gewehrkugel, starb am 3ten Abends. Mein armer, alter Roon ist recht krank vor Kummer und liegt im Bette; er sagte mir, daß auch Leonhardt einen Sohn verloren habe. Wenige Familien bei uns werden ohne Trauer sein. In Paris ist Republik, ob sie sich hält, wie sie sich entwickelt, müssen wir abwarten. Mein Wunsch wäre, daß wir die Leute dort etwas in ihrer Sauce schmoren lassen und uns in den eroberten Departements häus-

7. 9. 1870. lich einrichten, ehe wir weiter vorgehn. Thun wir es zu früh, so verhindern wir damit, daß sie sich unter einander entzweien. Lange kann ihr innrer Frieden mit dieser ziemlich socialistischen Gesellschaft an der Spitze nicht dauern. Vor allem möchte ich, daß unsre Ersatzmannschaften bald eingingen. Die Regimenter haben den bei Wörth erlittenen Verlust noch nicht einmal ersetzt erhalten, und zu Hause steht doch alles bereit. Es ist viel Zopf in diesen Dingen und Schreiberei. Bazaine macht aus Metz wiederholt Ausfälle, heut wieder; über den Verlauf von heut erwarten wir noch Nachricht, da der Draht bei Clermont wieder zerschnitten. Bald wird er doch wohl capituliren müssen, wie Sedan. Am 1. und 2. haben wir etwa 90000 Gefangene gemacht, 60 Generäle und etwa 6000 Offiziere oder Leute im Offiziersrang. Straßburg hat auf freien Abzug schon capituliren wollen, wir möchten ihnen aber die 16- oder 18000 Mann nicht lassen, die darin sind. Gott behüte Dich, mein alter Junge, und gebe Dir bald Dein Bein wieder. Herzliche Grüße. Dein treuer Vater

v. B.

IV.

Ferrières 23. September 1870.

Heut vor 8 Jahren wurde ich, dünkt mich, Minister.

Mein geliebter Junge

23. 9. 1870. Ich erhalte heut zwei Briefe von Deiner Mutter vom 15. und 16., aus denen ich mit Kummer entnehme, daß es noch immer nicht gut mit Deiner Wunde geht. Du hast an Körperleiden ein schweres Jahr, aber dennoch preise ich dankbar Gottes Schutz, daß Er Dich so, wie es ist, den Ritt des Regiments vom 16. August hat überleben lassen, denn es ist nicht vielen gegeben zu erzählen, daß sie dabei gewesen sind. Steif wird Dein Bein mit Gottes Hülfe nicht werden, aber die Bewegung wird längere Zeit wie eingerostet sein, sagen die Aerzte; die Zerreißung der Muskeln ist zu groß, die Neubildung und die Einlernung der neuen Faser für die Bewegung geht langsam; Roons Wunde ist eine leichtere gewesen; deshalb werden wir aber doch, so Gott will, noch

manchen Ritt zusammen durch den Varziner Wald machen. 23. 9. 1870.
Hier giebt es nichts mehr zu reiten, läßt Dir der Kronprinz sagen, der bei mir war, als ich die Briefe erhielt, und dem ich die mütterlichen Klagen vorlas. Was hier noch zu thun ist, wenn überhaupt etwas andres als Aushungern, wird von Infanterie und Artillerie besorgt.

Daß ich Bill bei Meaux im Cantonnement besuchte und wohl fand, werdet Ihr inzwischen wissen. Die Briefe an ihn habe ich erhalten und befördert; auch den von Malle erhalten. Die Kränkung über Wilhelmshöhe begreife ich; die Küche, Stall und Livreen sind gegen den Willen des Königs von Berlin geschickt worden, und Napoleon hat darauf seine eigne schnell entlassen und verkauft, um zu sparen. Im Uebrigen ist uns ein gut behandelter Napoleon nützlich, und darauf allein kommt es mir an. Die Rache ist Gottes. Die Franzosen müssen ungewiß bleiben, ob sie ihn wiederbekommen, das fördert ihre Zwistigkeiten. Sie haben sich vorgestern Nacht schon mit Geschütz in den Straßen von Paris geschlagen. Wir haben nicht die Aufgabe, sie gegen uns zu einigen. Sage Mama, daß ich mit dem Vorschuß an den Mesendorfer Schulzen sehr einverstanden wäre und ihn nicht zu mahnen bäte.

Ich habe hier mit den Franzosen (Favre von Ring und Hall, sehr kleinlaut, begleitet) schon dreimal stundenlang verhandelt, sie bekamen aber über das Elsaß noch immer so schweres Bauchgrimmen, daß wir abbrechen mußten. Fünftausend Millionen Franken glauben sie zahlen zu können, und schienen bereit dazu, wenn wir ihnen Straßburg ließen. Aber ich sagte ihnen, von dem Gelde wollten wir erst später reden, vorher die deutsche Grenze feststellen und dicht machen. Denn so bald sie zu Kräften kämen, griffen sie uns doch wieder an, sagte ich, was sie unter ganz pomphaften Friedensschwüren bestritten. Alles schon dagewesen. Was aber noch nicht dagewesen, ist die schnelle und volle Heilung, die ich Dir, mein Herzensjunge, wünsche und von Gott erbitte, mit tausend Grüßen an Mama und Marie.

Dein treuer Vater

v. B.

V.

Versailles 12. November 1870.

Mein geliebter Junge

12. 11. 1870. ich danke Dir für Deinen Brief und verstehe und theile Deinen Verdruß über die Versetzung zur Depot-Schwadron; ich hätte mich gefreut, wenn Du gekommen wärest, aber ich bin ein zu abergläubischer Vater, um etwas dafür zu thun, und nehme die Dinge, wie Gott sie fügt. Dienstlich bist Du jetzt dort nützlicher als hier. Das Regiment liegt noch immer in Tremblay und Umgegend, exercirt und reitet Ersatz, selten kommt die Abwechslung eines Gefangnentransports. Bill war mit Phipp[1]) vor 3 Tagen hier, 7 Meilen schlechter Weg hin und her, beide dick und gelangweilt, besahen Schloß und Garten und schlichen zwischen Straße und Frühstück umher. Du versäumst nicht viel hier, selbst die Franzosen schießen ihre 93-Thalerkugeln nicht mehr ins Blaue, und unsre haben noch immer keine Munition. Welche Einflüsse deren Ankunft etwa hindern, darüber habe ich meine Gedanken, schreibe sie aber nicht nieder. Meine Tintenklexer aber manövriren Tag und Nacht und intriguiren nach Frankfurter Art. Wenn nicht ein deutsches Unwetter dazwischen fährt, so wird mit diesen Diplomaten und Bürokraten der alten Schule nichts zu Stande kommen, wenigstens in diesem Jahre nicht. Wir verlieren nichts beim Warten. Von Deiner Mutter habe ich heut zwei liebe Briefe gleichzeitig erhalten, und danke ihr herzlich für Psalmen und Liebe. Ich schicke ihr einliegend einige Blätter von einem Bouquet, welches mir gestern ein 47er Unteroffizier, von seinen Schlesiern im Feuer der Franzosen für mich gepflückt, dienstlich mit strammer Meldung von den Vorposten brachte. Heut um 10 weckten mich die 82er etwas früh, aber doch angenehm mit Ständchen, Nassauer und Hessen. Der Soldat hat viel für mich übrig, die Fürsten wohl keine Rosen ohne Dornen, aber leider viel Zeit, die mir meine kostet. Grüße Mama und Marie herzlich.

Dein treuer Vater

v. B.

---

[1]) Philipp v. Bismarck.

Mit Thiers waren die Unterhaltungen recht anregend, 12. 11. 1870.
er ist ziemlich der liebenswürdigste Gallier, den ich kennen gelernt habe, aber auf Waffenstillstand habe ich schon vor dem ersten Worte nie einen Augenblick gerechnet; er wohl, aber seine Wünsche täuschten ihn über seine Landsleute in Paris, die ihn fast gesteinigt hätten. Wir haben Zeit, bis sie ihre Hunde und die schönen langhaarigen Katzen gegessen haben werden, zu schießen werden wir vielleicht nicht brauchen, nachdem es bisher nicht geschehn . . . .

Anlage

(als Umschlag für die Blätter aus dem Bouquet).

PROGRAMM.

Parma-Marsch	von Budik.
Fest-Ouverture	Hamburger.
Studentenlust, Walzer	Strauss.
Frühlingserwachen, Lied ohne Worte	Bach.
The Pauline, Polka concertante . .	Sachse.

VI.

Versailles 1. December 1870.

Mein geliebter Herbert

Ich weiß nicht, ob Deine Mutter schon von Reinfeld 1. 12. 1870.
zurück sein wird, ich glaube es kaum, da bei der Schwäche Deines Großvaters die Trennung schwer sein wird. Ist sie noch so lange in R., daß es hinkommt, so gieb ihr gleich Nachricht, daß ich geschrieben habe. Mein letzter Brief war nach R. adressirt; da ich aber nach den Nachrichten von dort annehmen mußte, daß Mama schon abgereist sein würde, wenn er käme, so hielt ich ihn telegraphisch in Berlin an, wo er noch liegen wird. Es stand manches darin, von dessen vorsichtiger Behandlung in R. ich nach Abreise unsrer Damen nicht sicher war. Ich habe bisher immer gefürchtet, vorbei zu schreiben, wenn ich nach R. schriebe, da die Rückreise mehrmals verschoben wurde, was ich natürlich fand. Zwei oder drei Reinfelder Spickgänse wären hier recht willkommen, dem-

1. 12. 1870. nächst auch ein Schinken, wenn sich sichre und schnelle Gelegenheit findet. Sind unsre Damen schon in Berlin, so grüße herzlich. Mir geht es wohl, ich esse und trinke, was ich will, Wetter mild, seit gestern klar und kalt. Ich ritt nach Marly und stieg auf den etwa 100 Fuß hohen Thurm der Wasserwerke, von wo man Babel recht klar übersieht, vom Pantheon rechts bis zum Arc de triomphe links, der grade vom rechts abfallenden Profil des Mont Valérien geschnitten wird. Sie wehrten sich gestern und vorgestern noch tapfer, die Würtemberger haben gestern 40 Offiziere und 700 Mann verloren, sich sehr gut geschlagen. Vor drei Monaten bei Sedan heut — und in drei Monaten kann unsre Artillerie nicht zum ersten Schuß auf diese an sich nicht starke Festung kommen, die nur 60000 Mann Feldtruppen in sich hat und 300000 der unsrigen lahm legt . . . . . .

Dein treuer Vater
v. B.

VII.

Versailles 26. December 1870.

Mein lieber Herbert

26. 12. 1870. Herzliche Wünsche zu Deinem Geburtstage kann ich leider nur dem Papiere anvertrauen und in der Ferne Gott danken, daß Er Dich in diesem Jahre in allen Gefahren gnädig beschützt und uns erhalten hat. Es wäre ein schwerer Trauertag für uns Alle an Stelle Deines Geburtstages getreten, wenn so manches nur um ein Haarbreit anders kam, in Bonn, auf dem Schlachtfeld und in Rauheim, danke Gott mit mir für Seine Gnade und für die Freude, mit der ich Deiner gedenke. Ich habe Mama geschrieben, daß ich Dir ein Gewehr schenken wollte; suche es selbst aus, mit Einlagerohren als Büchsflinte, Kasten, Wappen und die Jahreszahl 1870 unter Letzterem auf der Platte . . . . . Hier werden wir, wie ich hoffe, Deinen Geburtstag mit den ersten Leistungen der Artillerie feiern. Gottes Wille ist es nicht gewesen, daß es nach meinem ging . . . . . Gott segne Dich.

Dein treuer Vater
v. B.

VIII.

Varzin 29. October 1890.

Lieber Herbert

Deinen Brief vom 24. c. erhielt ich mit Dank. Der 29. 10. 1890.
Küchenschornstein ist ein altes Wahrzeichen von Schönhausen und trägt noch im Stein die Jahreszahl nach der Uebergabe, 1563, und unsre Väter haben seit 200 Jahren darin gekocht. Ist er Dir aber im Wege, so nimm ihn fort,[1]) nur weiß ich nicht, wo dann der Küchenrauch seinen Weg nach oben finden soll. Die Absicht des alten Bau's war, den Küchengeruch auszuschließen; bisher gelang es.

Das Niederlegen des obern Brauerei-Bau's ist ein alter Traum von mir; bevor es geschieht, wirst Du wohl den Inspector hören, ob er die großen Kornböden missen kann, die jetzt dort sind. Die Balkenlage im Saal ist ärgerlich; eiserne Unterzüge sind doch vielleicht anzubringen . . . Der Architect sagt nicht, ob das Treppenhaus bis an das alte Brauhaus reichen und dort vielleicht die Küche eingerichtet werden soll? Wegen der Frage nach trocknem Holze wende Dich nach Friedrichsruh; ich glaube aber nicht, daß Kiefern dort vorräthig sein werden; Buchen und Eichen in Planken sind da.

Die Pfeife an Rosebery werde ich schicken. In etwa 10 Tagen hoffe ich nach Friedrichsruh überzusiedeln. Uns geht es leidlich, kalt und regnerisch; Tiras von einer Bache lahm geschlagen, Sehnenklapp hinten.

Dein treuer Vater

v. B.

Count Herbert Bismarck
Wynyard Park
England. Stockton on Tees.

---

[1]) In einem der Pläne des Architekten Schorbach zum Ausbau des Hauses war die Beseitigung des Küchenschornsteines vorgeschlagen: diesem Vorschlag wurde aber keine Folge gegeben, und das alte Wahrzeichen ist unberührt geblieben.

IX.

Friedrichsruh 6. 6. 93.

6. 6. 1893. Ich lese soeben in Hamb. Nachrichten Deine Genthiner Rede laut Genthiner Wochenblatt, mit herzlicher Freude und Zustimmung. Ob sie Dich darauf wählen, ist cura posterior. Die Stellung ist richtig, und das ist Hauptsache.

Dein v. B.

36.

Schreiben Bismarcks an Admiral Hirpitz.

1897.

Friedrichsruh den 4. December 1897.

Eurer Excellenz

4. 12. 1897. danke ich verbindlichst für die geneigte Uebersendung des Gesetzentwurfs, betreffend die deutsche Flotte.

Ich finde die Gesammtforderung unsern Bedürfnissen entsprechend, wenn ich auch eine stärkere Begünstigung der Kreuzer bei der Eintheilung vorgezogen hätte. Diese Auffassung würde mich aber, wenn ich im Reichstage wäre, nicht abhalten, für die Vorlage zu stimmen, so wie unsre Fachmänner sie für richtig bemessen gehalten haben.

Mit der wiederholten Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung bin ich Eurer Excellenz

ergebenster

v. Bismarck.

II.

Aufsätze.

1.

Stein und Bismarck.

Von Dr. Friedrich Neubauer in Halle.

Die Staatsmänner des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts hatten zur Aufgabe gehabt, die Staatseinheit zu begründen. Sie hatten die überlieferten Machtansprüche bevorrechtigter Volksklassen niederzuzwingen und die Autorität des Staates wie einen rocher von Bronze aufzurichten. Auch seitdem hat es an harten Kämpfen des Staatsgedankens mit ständischen Sonderansprüchen nicht gefehlt, und sie werden auch in kommenden Zeiten nicht fehlen. Aber darüber hinaus ist den Staatsmännern unseres Jahrhunderts eine neue Aufgabe zugefallen: den Staat, dessen Wesen Macht, dessen Zwecke die einer sittlichen Gemeinschaft sind, den sittlichen Forderungen einer neuen Zeit anzupassen; ihn aus einem Nebeneinander von Landestheilen, deren Gemeinsames in der Einheit der Dynastie und der Verwaltung lag, zum nationalen Staat zu machen und ihm eine neue starke Stütze in dem Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit zu geben; und andrerseits die einzelnen Volksgenossen zur Theilnahme an der politischen Thätigkeit, an der örtlichen Verwaltung, an der Entscheidung über die allgemeinen Fragen der ganzen Volksgemeinschaft heranzuziehen, sie durch die starken Bande der Liebe, die aus fortgesetzter Beschäftigung erwächst, an den Staat zu ketten und diesem so eine zweite, neue Stütze sittlichen Ursprungs zu verleihen in dem Gemeingefühl und der Staatsgesinnung des Bürgers. Die Bedeutung der beiden Männer, von denen die folgenden Blätter reden wollen, besteht vornehmlich darin, daß sie für uns Preußen und Deutsche diese Forderungen vertreten und

verwirklicht haben. Die Schöpfungen des nationalen Staats, des Verfassungsstaats, des Selbstverwaltungsstaats sind für uns untrennbar mit den Namen Stein und Bismarck verbunden.

Als Ritter des Reichs, nur dem Kaiser, keinem Landesherrn unterthan, ist Karl Freiherr vom Stein im Jahre der Schlachten bei Roßbach und Leuthen zu Nassau an der Lahn geboren. Er stammte aus Kreisen, die von einem starken Staatsgefühl nichts wußten; er war der Sohn einer Landschaft, die, unter dem Scepter kleiner Fürsten oder dem bischöflichen Krummstab stehend, eine stetige und kräftige Einwirkung des Staates nicht kannte; er wuchs auf in einer Zeit, die geneigt war, mit Lessing den Patriotismus als eine heroische Schwachheit zu betrachten. Um so bedeutsamer ist es, daß der jugendliche Freiherr, nachdem er in Göttingen studirt hatte, dort, wo auch Bismarck einst die erste Hälfte seiner Studienzeit verbringen sollte, sich dafür entschied, nicht in den Dienst des Reiches, auf den ihn die Traditionen seiner Familie wiesen, sondern in den des deutschen Zukunftsstaates, Preußens, zu treten. Er that es aus Verehrung für Friedrich den Großen; er war, um Goethes Ausdruck zu gebrauchen, „fritzisch gesinnt"; das persönliche Element war es, was ihn anzog, nicht die Begeisterung für den preußischen Staat. Dann erfüllte er sich allerdings allmählich mit dem Glauben an Preußens deutschen Beruf. 1804 sprach er dem Cabinetsrath Beyme gegenüber seine innige Ueberzeugung aus, daß „deutsche Veredelung und Cultur fest und unzertrennlich an das Glück der preußischen Monarchie gekettet" seien. In demselben Jahre erklärte er in jenem berühmten Protestbrief an den nassauischen Fürsten, der widerrechtlicher Weise auf zweien der Steinschen Güter von der Landeshoheit Besitz genommen hatte, daß Deutschlands Unabhängigkeit und Selbständigkeit nur dann gewinnen werde, wenn die kleinen Staaten „mit den beiden großen Monarchien, von deren Existenz die Fortdauer des deutschen Namens abhängt, vereinigt werden", und, so fügt er hinzu, „die Vorsehung gebe, daß ich dieses glückliche Ereigniß erlebe". Und aus seinem Alter stammt das schneidende Wort, das er einem Vorkämpfer mittelstaatlicher Politik, dem Herrn von Gagern, zu-

rief: „Sie finden uns geschieden durch Glauben und Preußenthum, d. h. geschieden für Zeit und Ewigkeit!“ Aber, so Ungeheures dieser Mann in den vierzehn Monaten seines zweiten Ministeriums für Preußen geleistet hat, die Verbindung, die er mit dem preußischen Staate einging, ist nie so innig geworden, daß er mit ihm verwachsen wäre. Wie hätte er sonst 1809, als Friedrich Wilhelm III. den Entschluß nicht fassen konnte, sich an Oesterreich zum Kampfe gegen die Napoleonische Weltherrschaft anzuschließen, wie hätte er damals die furchtbaren Worte schreiben können: „Preußen wird unbedauert und ohne Nachruhm untergehen, und man wird es für ein Glück halten, daß eine Macht, die Anfangs durch ihren Ehrgeiz Europa erschüttert, nachher durch ihr Tripotiren beunruhigt, die keine Pflicht weder gegen sich selbst noch gegen den europäischen Staatenbund erfüllt hat, zu sein aufhört“. Auch der Charakter des brandenburgischen Volkes war ihm nicht sympathisch. „Der Brandenburger ist kalt, trübsinnig, gemüthlos, karg — arbeitsam aus Bedürfniß, nicht aus dem Bestreben, ein Uebermaß von Kräften zu äußern“. Und noch schärfer 1811: „Was kann man erwarten von den Einwohnern dieser sandigen Steppen, diesen pfiffigen, herzlosen, hölzernen, halbgebildeten Menschen, die doch eigentlich nur zu Corporals und Calculatoren gemacht sind!“ Davon, daß er später, auf Grund der Erfahrungen von 1813, anders urtheilte, wird noch die Rede sein.

In der That blieb Stein immer, wie Arndt sagt, „der stolze, freie Reichsritter, welchen noch hohenstaufische Kaisererinnerungen umleuchteten“. „Ich habe nur ein Vaterland“, schrieb er am Vorabend des Befreiungskrieges an den Grafen Münster, „und da ich nach alter Verfassung nur ihm und keinem besonderen Theile desselben angehöre, so bin ich auch nur ihm und nicht einem Theile desselben von ganzem Herzen ergeben“. Ja, er fügt hinzu: „Setzen Sie an die Stelle Preußens, was Sie wollen, . . . ich wünsche es, es ist gut, wenn es ausführbar ist“. Nur die Unausführbarkeit also hinderte ihn, der Idee der deutschen Einheit den preußischen Staat zu opfern. Von dem Gedanken eines Deutschland, dessen

Mittelpunkt Preußen wäre, ist er weit entfernt. Er erkennt an, daß „in Preußen sich der deutsche Geist reiner erhält als in dem mit Slaven und Ungarn gemischten, von Türken und slavischen Nationen umgebenen Oesterreich"; aber daraus folgt ihm nur, daß es rathsam ist, die Kaiserwürde an Oesterreich zu geben, um sein Interesse desto stärker an Deutschland zu ketten. Schon 1808, als er, Scharnhorst und die ihrigen jene ungeheuren Pläne eines Aufstandes gegen die noch im Lande stehende französische Armee entwarfen, hatte er geschrieben: „Der Krieg muß geführt werden zur Befreiung von Deutschland durch Deutsche", und für den nationalen Kampf hatte er eine nationale Kokarde vorgeschlagen, welche die preußischen und österreichischen Farben vereinigen sollte. Als dann 1813 der Bund gegen Napoleon fertig war und die Befreiung des deutschen Bodens in Aussicht stand, ist es ergreifend zu sehen, wie dieser von heißer Vaterlandsliebe durchglühte Mann sich abmühte, das Unmögliche möglich zu machen, eine Bundesverfassung zu ersinnen, die eng genug wäre, um über alle kleinstaatliche Zersplitterung hinaus die Herrlichkeit des alten Reiches erstehen zu lassen, und doch weit genug, um zwei Großstaaten Spielraum für eine selbständige europäische Politik zu gewähren. Wenn Stein von diesen Dingen spricht, so nimmt sein Stil etwas Erhabenes an: „Es ist von der größten irdischen Angelegenheit die Rede . . . . Zeitgenossen und Nachwelt werden strenge diejenigen beurtheilen, die, zu der Lösung der Aufgabe berufen durch ihre Stellung im Leben, ihr nicht alle Kraft und allen Ernst widmen". Das liebste wäre ihm, der von der alten Kaiserherrlichkeit begeistert war, die Schöpfung eines deutschen Einheitsreiches gewesen. Da diese nicht möglich war, so wünschte er die Theilung Deutschlands unter Preußen und Oesterreich, zu dem die übrigen deutschen Staaten, soweit man sie bestehen ließe, in ein Vasallenverhältniß zu treten hätten. Es war ein Plan, der immerhin für jene Zeit die einzige Lösung der deutschen Frage enthielt, und der an Interesse gewinnt durch die Zusammenstellung mit dem Vorschlage, den im Mai 1866 Bismarck an Oesterreich machte, Deutschland nach der Mainlinie zu theilen; wobei ich von der

Frage abſehe, inwieweit dieſer Vorſchlag ein bloßer Schachzug Bismarcks war, um den König von der Unmöglichkeit einer Verſtändigung und der Nothwendigkeit des Krieges zu überzeugen. Bei ſeinen ſpäteren Entwürfen verlor Stein den Boden realer Politik unter den Füßen. Als dann aus den Berathungen des Wiener Congreſſes die Gründung des Deutſchen Bundes hervorging, d. h., wie Stein ſagt, „die Auflöſung Deutſchlands in zwanzig kleine Fragmente, die durch ein Spinnengewebe verbunden ſind", zog er ſich unzufrieden in die Stille der Einſamkeit zurück, Troſt und Beruhigung, wie er ſelbſt ſagt, nur in dem Glauben an eine väterliche, weiſe Vorſehung und dem Blicke nach jenſeits findend.

Stein hing an Deutſchland mit ganzer Seele; ſein Verhältniß zu Preußen wurde mehr durch Erwägungen des Verſtandes als durch Regungen des Herzens beſtimmt. Anders Otto von Bismarck, der Sohn eines märkiſchen Geſchlechts, dem das Preußenthum im Blute lag, und der in den Ueberlieferungen einer preußiſchen Edelmanns- und Offiziersfamilie heranwuchs. Als ganz erfüllt von preußiſcher Geſinnung zeigte er ſich in jenen erſten parlamentariſchen Kampfjahren, wo ihm der preußiſche Geiſt der Bucephalus war, der „den unberufenen — demokratiſchen — Sonntagsreiter mitſammt ſeiner ſchwarzrothgoldenen Zäumung auf den Sand ſetzt". „Das ſpezifiſche Preußenthum", ſagte er 1849 in der Kammer, „war es, was uns Deutſche im Jahre 1848 gehalten hat." „Mein Vaterhaus iſt Preußen, und ich habe mein Vaterhaus noch nicht verlaſſen und werde es nicht verlaſſen", rief er dem Abgeordneten Beckerath zu, der ihn „einen verlorenen Sohn des deutſchen Vaterlandes" genannt hatte. Aber es wäre ganz falſch anzunehmen, daß ihm in jenen Jahren der Sinn für die nationale Einigung Deutſchlands abgegangen wäre. „Die deutſche Einheit will ein jeder . . ., mit dieſer (der Frankfurter) Verfaſſung aber will ich ſie nicht." Auch er ſpricht von der Zeit, wo „die Raben vom Kyffhäuſer vertrieben und der Tag der deutſchen Einheit nahe herbeigekommen iſt". Bismarck hat ſpäter, 1879, im deutſchen Reichstag geſagt: „Ich habe von Anfang meiner Carrière an nur den einzigen Leitſtern

gehabt: durch welche Mittel und durch welche Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen". Aber er wollte die deutsche Einheit in einer Form, die der preußischen Krone und dem preußischen Staate den gebührenden Einfluß einräumte. „Ich suche die preußische Ehre darin, daß Preußen nicht zugebe, daß in Deutschland etwas geschehe ohne Preußens Einwilligung". So sprach er in der Rede, in welcher er den Vertrag von Olmütz vertheidigte, damals noch ein Anhänger des Zusammengehens mit Oesterreich. Er sollte bald, auf Grund seiner Erfahrungen als preußischer Gesandter am Bundestage, seine Anschauungen ändern und für Preußen größere Ansprüche machen. „Ich hätte", schreibt er, „jeden Tropfen preußischen Blutes verleugnen müssen, wenn ich mir auch nur eine mäßige Vorliebe für das Oesterreich, wie seine gegenwärtigen Machthaber es verstehen, hätte bewahren wollen". „Für uns beide", Preußen und Oesterreich, „ist kein Platz nach den Ansprüchen, die Oesterreich macht. . . . Wir athmen einer dem andern die Luft vor dem Munde fort". Es war, soviel ist klar, der Sinn für Preußens Ehre, die Ueberzeugung von den Machtbedürfnissen Preußens, dessen Politik „keinen andern Exerzierplatz als Deutschland hatte", was ihn zu seiner nationalen Politik hingeführt hat. Aehnlich war, wie Erich Marcks nachweist, die innere Entwickelung bei dem Prinzen von Preußen. Ja, dieser hat eher mit der Tradition des preußisch-österreichischen Einvernehmens, wie sie sein königlicher Vater gepflegt hatte, gebrochen; schon im Mai 1849 hat er es ausgesprochen, daß „Preußen bestimmt sei, an die Spitze Deutschlands zu kommen". Er ist auch später dem Gedanken der preußischen Hegemonie treu geblieben. Aber als er dann die Regierung übernommen hatte, dachte er doch nicht von fern daran, seine ganze Politik auf das Ziel eines Entscheidungskampfes mit Oesterreich um die Vorherrschaft in Deutschland zuzuspitzen; man weiß, wie schwer ihm 1866 der Entschluß zum Kriege geworden ist. Dies Ziel, sobald es als nothwendig erkannt war, mit allen Mitteln einer genialen Kraft, mit der Sicherheit des entschlossenen Willens, mit dem vollen Bewußtsein der ungeheuren Verantwortung verfolgt zu haben, ist Bismarcks Werk.

Steins Politik war großdeutsch, Bismarcks kleindeutsch. Danach bestimmt sich auch ihr Verhältniß zu den deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Sie hatten beide Gelegenheit genug, sie kennen zu lernen. Bismarck hat in seiner Stellung als Bundestagsgesandter die Triebfedern der mittelstaatlichen Diplomatie studirt. Steins Stammgüter waren von Kleinstaaten umgeben, Westfalen, wo er als Beamter thätig war, lag mitten zwischen ihnen, seine verwandtschaftlichen Beziehungen setzten ihn mit mittelstaatlichen Höfen in Verbindung; endlich hat auch er, gleich Bismarck, sich die diplomatischen Sporen in der Bundespolitik verdient, als er 1785 den Kurfürsten von Mainz für den Anschluß an den Fürstenbund gewann. Es läßt sich denken, daß die Urtheile beider Männer über die mittelstaatlichen Souverainitätsansprüche ähnlich abfällig lauten; aber der Standpunkt ist nicht völlig der gleiche, und auch der Ausdruck des abfälligen Urtheils ist verschieden. Bismarck geht von dem Machtbedürfniß der preußischen Großmacht aus, die sich ihre europäische Stellung bewahren muß, sich von der Majorität der kleineren deutschen Staaten nicht „mediatisiren" lassen darf. Mit kühler Sachlichkeit constatirt er 1854 in einem Bericht an den Minister von Manteuffel, daß sich „durch den langen Frieden die Theorie der Gleichheit der Souveraine unter sich bei den Mittelstaaten in einer krankhaften Weise ausgebildet habe". Schärfer ist sein Wort von den „von des Rheinbundes und der Bundesacte Gnaden souverainen Kleinstaaten" und von dem „ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souverainitätsschwindel der deutschen Fürsten". Mit zuweilen etwas bitterem Humor sieht er diese Verhältnisse an: wenn er von seinen Collegen am Bundestage kostbare Portraits entwirft; wenn er von der „einfältigen Wassersuppe", die von den „superklugen Bundestagsmenschen" gekocht wird, und von den Phäaken spricht, die „essen und trinken und geschützt werden wollen", und deren Existenz allerdings bequemer ist als die auf der „Basis der Spartaner". Mit viel größerer Schärfe steht Stein den Mittelstaaten seiner Zeit gegenüber. Als altem Reichsritter ist ihm ihr Souverainitätsdünkel ein Frevel am alten Reichsrecht, als Staatsmann die büreaukratische Willkürherr-

schaft, der „Sultanismus“ dieser „gekrönten Häuptlinge“ ein Frevel an der sittlichen Natur des Staats, als nationalgesinntem Deutschen ihre knechtische Abhängigkeit von Napoleon ein Verrath am Deutschthum, ihr Anspruch auf Selbständigkeit ein Verbrechen an der Zukunft des deutschen Volkes. In dem schon erwähnten Brief an den Fürsten von Nassau erhob er zum ersten Male öffentlich die Anklage gegen die deutschen Regenten, daß sie sich der Theilnahme am Kampfe gegen das angreifende revolutionaire Frankreich entzogen „und die Erhaltung ihrer hinfälligen Fortdauer durch Auswanderung, Unterhandeln oder Bestechung der französischen Heerführer gesucht“ hätten. Man kennt die Worte, die er 1812 an der kaiserlichen Tafel zu Petersburg der Kaiserin-Mutter, einer württembergischen Prinzessin, die eine abfällige Aeußerung über das deutsche Volk gethan hatte, ins Gesicht schleuderte: „Ew. Majestät haben sehr unrecht, solches hier auszusprechen, und zwar über ein so großes, treues, tapferes Volk, welchem anzugehören Sie das Glück haben. Sie hätten sagen sollen: nicht des deutschen Volkes schäme ich mich, sondern meiner Brüder, Vettern und Genossen, der deutschen Fürsten“. Als dann der Befreiungskampf begann, als die Heere der Verbündeten Boden gewannen, schien ihm der Augenblick gekommen, um einem Theil der Rheinbundstaaten die politische Existenz überhaupt zu nehmen, die Selbständigkeit der andern möglichst zu beschränken. Er verlangte rücksichtslose Anwendung des Eroberungsrechts. Sein Ziel war einzig die Größe und innere Kraft des deutschen Vaterlandes; die Dynastien waren ihm, schreibt er, in jenem Augenblick großer Entwickelung völlig gleichgiltig. „Der allgemeine Unwille hat die Bande, die den Unterthanen an den Fürsten knüpften, gelöst“. Aber überhaupt ist ihm die Kleinstaaterei unsittlich: sie giebt der Bevölkerung nicht nur einen kleinlichen, vom Interesse des Vaterlandes abgewendeten Blick; sie vernichtet auch das Gefühl persönlicher Würde, und — so fährt er fort — „der Deutsche wird fortschreitend schlechter, kriechender, unedler werden, wenn die gegenwärtige Zerstückelung durch einen zukünftigen Friedensschluß befestigt wird“. Es war vor allem Oesterreichs Einfluß

und Metternichs Politik, welche seinen centralistischen Plänen einen Riegel vorschob. Als Vorsitzender des Centralverwaltungsraths, den die Mächte zur Verwaltung der eroberten, augenblicklich herrenlosen Gebiete einsetzten, hat Stein Gelegenheit gehabt, der „Sündfluth von Fürsten und Souverainen", die nach der Leipziger Schlacht in Frankfurt den verbündeten Monarchen ihre Aufwartung machten, seine Mißachtung zu bezeugen. Einen unmittelbaren Einfluß aber auf die zukünftige Gestaltung Deutschlands hat er, der keines Staates Minister, nur der Freund Alexanders von Rußland war, nicht gehabt. Bismarck ist es beschieden gewesen, das Programm Steins durchzuführen, aber in seiner Weise, in einer wundervollen Vereinigung von entschlossener Kraft und maßvoller Versöhnlichkeit. In der That hat 1866 ein Theil der deutschen Mittelstaaten seine politische Existenz eingebüßt. Aber ein Unitarier, so sagte Bismarck selbst 1893 zu den Thüringern in Friedrichsruh, ist er nie gewesen. Er wandte auch auf diese Frage den Grundsatz an, dem er im Allgemeinen huldigte: „den Grad von Freiheitsentwickelung zu gewähren, der mit der Sicherheit des Ganzen nur irgend verträglich ist". „Der Deutsche hängt an seinen Dynastien; die Dynastien, die wir haben, müssen wir nicht bekämpfen, sondern pflegen". Man weiß, wie er im Hauptquartier von Versailles erklärte: „Wir wollen kein verstimmtes, wir wollen ein freiwilliges Bayern;" wie er den unitarischen Neigungen besonders des Kronprinzen entgegentrat, der damals die entstehende Reichsverfassung als „ein kunstvoll gefertigtes Chaos" bezeichnete. Man weiß auch, daß diese Mäßigung Früchte getragen hat. „Mein Vertrauen, daß unsere Einheit auch in Zukunft gesichert sei", sagte der Kanzler 1882 im Reichstage, „beruht heutzutage auf den Dynastien."

Ich führe den Leser noch einmal in die Anfänge Steins und Bismarcks zurück. Sie traten beide in die Verwaltungslaufbahn ein; aber Bismarck blieb nicht lange dabei; er wollte, so sagt er wenigstens selbst, „nicht so ledern werden wie seine Vorgesetzten." Auch Stein mußte, wie erwähnt, 1785 um einer diplomatischen Aufgabe willen seine Beamtenthätigkeit unterbrechen. Nachher sind ihm unter Friedrich Wilhelm II. zwei-

mal Gesandtschaftsposten angeboten worden, der eine im Haag, der andere in Petersburg. Aber er lehnte ab. Er war der Diplomatie, wie er es in seiner Selbstbiographie ausspricht, abgeneigt: als Gründe führt er an die mit ihr nothwendig verbundenen Intriguen, „den Wechsel von Müßiggang und einer schlau berechnenden Geschäftsthätigkeit, die Nothwendigkeit, in der großen Welt zu leben, mit allen ihren Kleinlichkeiten und Langerweile sich zu befassen, endlich seinen Hang zur Unabhängigkeit und seine Offenheit und Reizbarkeit." In der That liegt hier nicht seine Stärke. Ich wies schon vorher darauf hin, daß sein Eifer für die nationale Einigung Deutschlands ihn zuletzt zu ganz undurchführbaren Vorschlägen verleitete. Ich erwähne außerdem sein Verhalten in der polnischen Frage. Im Februar 1813 drang er auf möglichst schnellen Abschluß des preußisch-russischen Bündnisses und auf Vertagung der Verhandlung über das Schicksal des Großherzogthums Warschau; er sah damals nicht ein, daß dies einen bedeutsamen diplomatischen Sieg Rußlands bedeutete, dessen Folgen er auf dem Wiener Congreß zu spät bekämpfte. Der Grund liegt einmal in der leidenschaftlichen Ungeduld eines willenskräftigen Charakters; seine Reizbarkeit, seine Art, mit der rücksichtslosen Kraft sittlicher Leidenschaft in die Dinge einzugreifen, machten ihn nicht immer geeignet für die feinen Wege diplomatischer Verhandlungen. Aber es kommt etwas Anderes hinzu. Es ist gewiß, kein Staatsmann seiner Zeit hat so energisch die den Deutschen überhaupt, zumal den Deutschen des ausgehenden achtzehnten Jahrhunderts anhaftende Neigung zum thatenlosen Grübeln, zur philosophischen Construction bekämpft und zur That aufgefordert, zur sittlichen That. Dennoch kann auch dieser Gegner philosophischer Speculation den Sohn des philosophischen Jahrhunderts nicht verleugnen. Es macht einen großen Theil seiner Größe aus, daß er alles unter dem Zeichen der sittlichen Idee erblickt; als ihr gewaltiger Hoherpriester steht er vor uns, als ein machtvoller Erwecker der Geister; er läßt sich den Blick auf den idealen Kern der Dinge nie durch Rücksichten auf Nebenumstände trüben, aber er schreitet auch oft genug über das, was nebensächlich erscheint und doch be-

deutungsvoll ist, über die reale Praxis hinweg. So ist es zu erklären, daß Stein in späteren Zeiten, wenn sich ihm die praktischen Consequenzen aufdrängen, zuweilen mit sich selbst in Widerspruch zu gerathen scheint, während Bismarcks Ansichten, sieht man von der Junkerzeit ab, in einer beachtenswerthen Geschlossenheit uns entgegentreten.

Auch Bismarck spricht sich oft genug verächtlich aus über die verbrauchten Mittel der gewöhnlichen Diplomaten, z. B. über „die auf veralteten Ueberlieferungen beruhende Theorie des Lügens in der Diplomatie;“ er, der von sich selbst gesagt hat, er habe auch als Diplomat das Lügen nicht gelernt. Aber wenn die Größe Steins, des politischen Reformators, auf dem Gebiete der inneren Verwaltung liegt, so sind für Bismarck die auswärtigen Angelegenheiten der Ausgangspunkt geworden. „Mir sind die auswärtigen Angelegenheiten an sich Zweck und stehen mir höher als die übrigen,“ erklärt er 1866 im preußischen Abgeordnetenhause und fügt begründend hinzu: „In der auswärtigen Politik giebt es Momente, die nicht wiederkommen.“ Mit der sittlich-religiösen Kraft eines in sich gefesteten Charakters, mit der Hochschätzung der sittlichen Idee, der Beurtheilung der Dinge und Personen nach ihrem sittlichen Werth, ohne die er uns nicht der Große wäre, verbindet er ein tiefes Verständniß für die Realitäten des Lebens, eine überlegene, immer neue Gestalten annehmende Fähigkeit, sie zu benutzen und zu regieren. Dort Aias, hier Odysseus, über dem die Wellen der Ereignisse nie zusammenschlagen, der mit souverainer Ruhe, mit überlegener Ironie die jeder Situation entsprechende Lösung findet, der im Sturme leidenschaftlicher Erregung, im Drange der Gefahr nie die kühle Klarheit des Denkens verliert. Ja, mit fast erbarmungsloser Logik zieht er aus den politischen Verhältnissen die Consequenzen; seine Pflicht, seinem Lande zu dienen, vor Augen, nutzt er die Vortheile der Lage bis an die Grenzen des Erlaubten aus, aber ohne sie zu überschreiten. Im Mai 1866 knüpft er mit Oesterreich Verhandlungen über einen Vertrag an, der, wenn er zu Stande gekommen wäre, Italien, mit dem er sich eben verbunden hatte, preisgegeben hätte; aber in der That hätte er damit den mit

Italien geschlossenen Bundesvertrag nicht verletzt. Er schließt das Bündniß mit Oesterreich; aber nichts kann ihn bewegen, über die im Vertrage gezogenen Linien hinauszugehen und sich gegen das deutsche Interesse in die orientalischen Wirren hineinziehen zu lassen; ja, das österreichische Bündniß hindert ihn nicht, wie ihn denn der Wortlaut des Vertrags nicht hindern kann, mit Rußland einen „Rückversicherungsvertrag" einzugehen. Eine Politik, die zuweilen dämonisch erscheinen kann, und die doch durchleuchtet ist von dem echt menschlichen Glanze unbedingten patriotischen Pflichtbewußtseins.

So verschieden die Stellung beider Männer zur Diplomatie ist, so sehr nähern sich ihre Ansichten in wichtigen Punkten der inneren Politik: zunächst in dem grundsätzlichen Kampfe gegen den Formalismus der Büreaukratie und in der Hochschätzung der Selbstverwaltung. Stein, einer der trefflichsten Verwaltungsbeamten, die Preußen gehabt hat, wenn auch, wie Vincke sagt, „vielleicht noch mehr zum Minister als zum Präsidenten geeignet," hat sich immer glücklich gepriesen, daß er seine Beamtenlaufbahn im Bergfach begann, „einem auf die Natur und die Menschen sich beziehenden Geschäfte, das den Körper stärkte, den praktischen Geschäftssinn belebte und ihn das Richtige des todten Buchstabens und der Papierthätigkeit kennen lehrte." „In die aus besoldeten Beamten bestehenden Landes-Collegia drängt sich leicht und gewöhnlich ein Miethlingsgeist ein," schreibt er in der Nassauer Denkschrift; und über diesen in der Beamtenschaft herrschenden Miethlingsgeist wird er nicht müde zu klagen; „mit Abarbeiten der Nummern ist es nicht geschehen." Die Erfahrungen von 1806 hatten nicht dazu beitragen können, seine Meinung von dem Beamtenstande zu bessern. „Am gemeinsten denken die öffentlichen Beamten", schreibt er 1809, als er die österreichische Regierung für den Plan einer norddeutschen Erhebung zu gewinnen sucht. Seine Abneigung hat er bis an sein Lebensende oft ausgesprochen. „Das zahllose Beamtenheer ist eine wahre Peitsche Gottes für Deutschland." Die Beamten sind die wahren Widersacher ständischer Verfassungen, da sie „ihr geheimnißvolles Schreiberwerk fortzutreiben wünschen." Er kennzeichnet die Beamten-

regierung durch die Worte: „Besoldet, alle streben nach Erlangen und Vermehren der Besoldungen; buchgelehrt, also lebend in der Buchstabenwelt oder der Empirie der Acten; interessenlos, denn sie stehen mit keiner den Staat ausmachenden Bürgerklasse in Verbindung, sie bilden eine Kaste für sich, eine Schreiberkaste; eigenthumslos, also alle Bewegungen des Eigenthums treffen sie nicht, es regne oder scheine die Sonne, die Abgaben steigen oder fallen u. s. w.;“ er spricht auch wohl von dem „demokratischen Geist, der die Beamtenwelt beherrscht.“ Es war neben seinen persönlichen Erfahrungen der in ihm wohnende Geist der Selbständigkeit, der sich in diesen Anschauungen aussprach, die aristokratische Abneigung des Reichsfreiherrn gegen Bevormundung, das Bewußtsein des mit seiner Landschaft verwachsenen Gutsherrn, ihre Bedürfnisse besser und tiefer zu verstehen als der Beamte, der aus der Fremde komme, eine vorwiegend gelehrte Vorbildung genossen habe und die Systemsucht nicht los werde. Es schien ihm unpraktisch, die Kenntnisse und das Interesse des Eigenthümers, der „nicht in Formen und Papier lebt, sondern kräftig handelt, weil ihn seine Verhältnisse in das wirkliche Leben hinrufen,“ nicht zu verwenden und anstatt dessen eine kostbare Büreaukratie einzurichten. Vor allem aber war es der Gedanke einer sittlichen Erziehung der Nation, der ihn erfüllte; der Gedanke, die Staatsbürger, wie es in der Nassauer Denkschrift heißt, „durch Ueberzeugung, Theilnahme und Mitwirkung bei den Staatsangelegenheiten an den Staat zu knüpfen; den Kräften der Nation eine freie Thätigkeit und eine Richtung auf das Gemeinnützige zu geben; sie vom müßigen, sinnlichen Genuß oder von leeren Hirngespinnsten der Metaphysik oder von Verfolgung bloß eigennütziger Zwecke abzulenken.“ „Die Büreaukratie wird dadurch hauptsächlich verderblich,“ schreibt er 1822 dem Kronprinzen, „daß sie den Gemeingeist lähmt, der nur durch unmittelbare Theilnahme am öffentlichen Leben sich bildet, zunächst aus der Liebe zur Genossenschaft, zur Gemeinde, zur Provinz entspringt und sich stufenweise zur Vaterlandsliebe erhebt.“ Aus solchen Gedanken einer „Autonomie der Interessenten,“ wie sie Stein einmal mit einem glücklichen Ausdruck

bezeichnet, ist die Städteordnung geboren, die im November 1808 die königliche Genehmigung erhielt, und deren Grundzüge trotz zweimaliger Revision auch heute fortbestehen. So war es ein Standesgenosse der Sickingen und Hutten, der die Organisation gefunden hat, welche dem mächtigen Aufblühen unserer Städte in diesem Jahrhundert allein entspricht; es sind Gedanken mittelalterlicher Selbstverwaltung und Selbstherrlichkeit, die, neuen Verhältnissen angepaßt, durch diesen Sproß reichsritterlicher Ahnen neues Leben gewonnen haben.

Auch von Bismarck haben wir genug abfällige Urtheile über die Büreaukratie; sie begleiten seine gesammte staatsmännische Thätigkeit. In den starken Ausfällen seiner ersten politischen Jahre gegen „geheimräthliche Allgewalt und dünkelhafte Professorenweisheit vom grünen Tisch“ ist der Geist des Parteimannes nicht zu verkennen, dem „die liberalisirende Tendenz“ des damaligen Beamtenthums verhaßt ist, ja der die Büreaukratie als „vom Krebs republikanisch-heidnischer Bildung angefressen“, als „die individuelle Trägerin des revolutionairen Prinzips überhaupt“ betrachtet; zugleich der Geist des Edelmanns voll Selbstbewußtseins und Freiheitsgefühls, der soweit geht, „die Haltlosigkeit der Zustände sämmtlicher Staaten des europäischen Festlandes in ihrem Keim auf die Zeit zurückzuführen, wo die überwiegende Fürstengewalt den unabhängigen Adel unterdrückte, eine Richtung, welche sich in Preußen in dem Ausspruch Friedrich Wilhelms I. verkörperte: ich etablire die Souverainität comme un rocher de bronze“. Aber auch als Minister, als er nicht mehr „der scheußliche Junker“ von ehedem war, hat er sich mehrfach über den Widerstand ausgelassen, den er von der Büreaukratie erfahre; über das, was Stein als esprit à système verurtheilt haben würde, was Bismarck einmal seinem leiblichen Rheumatismus als „geheimräthlichen Rheumatismus“ zur Seite stellt, für den bisher das richtige Senfpflaster fehle, über die Neigung zur Doctrin. Er klagt darüber, daß seine Beamten „keine schöpferischen Ideen hätten“, „sich in ausgefahrenen Geleisen bewegten“, über ihre „Neigung zum Zuvielregieren“. Unumwunden und öffentlich hat er seinen Besorgnissen vor einer übermäßigen Ent-

wickelung der Büreaukratie nach seiner Amtsentlassung Ausdruck gegeben. „Meine Befürchtung und Sorge ist die, daß das nationale Bewußtsein erstickt wird in den Umschlingungen der Boa constrictor der Büreaukratie, die in den letzten Jahren reißende Fortschritte gemacht hat", sagt er den ihn begrüßenden Lippern und erinnert sie daran, daß der Sieg im Teutoburger Walde auch eine Befreiung von „den römischen Büreaukraten" bedeutet habe. Und wenn er die Forderung aufstellt, man sollte, anstatt die hohen Beamten mit Gehalt auszustatten, lieber „jedem Staatsminister eine Domäne geben, von deren Ertrag er zu leben habe, oder ihn an einer Industrie betheiligen, deren Erträge sein Einkommen bilden", damit er selbst fühle, wo das Volk „der Schuh drückt", so spricht er damit dasselbe aus wie Stein: daß es darauf ankomme, das Beamtenthum in möglichst engen Zusammenhang mit dem realen Volksleben zu setzen.

Wie Stein, so ist auch Bismarck ein Freund und Förderer der Selbstverwaltung; er hatte ja als Deichhauptmann mitten in ihr gestanden. Um das Zustandekommen der Kreisordnung hatte er die allergrößten Verdienste, indem er nach Gneists Zeugniß „anfangs gegen das Staatsministerium den neuen Reformplan in Gang brachte", einen „genialen Staatsmann", den Grafen Eulenburg, zur Unterstützung wählte, „in den Zwischenstadien der Berathung in geduldiger Ausdauer zahlreiche Compromisse durch seinen maßgebenden persönlichen Einfluß zu Stande brachte" und schließlich „den Widerspruch des Herrenhauses in raschem Entschluß beseitigte". Was ihm die Selbstverwaltung empfahl, waren einerseits, wie für Stein, praktische Rücksichten. Er kann es nicht billigen, daß „über jeden Zaun und über jede Brückenbohle durch fünf Instanzen bis nach der Hauptstadt gegangen wird, sodaß schließlich die beiden äußersten Pole, der Bezirksgendarm und die geheimräthlichen Kreise des Ministeriums, die eigentlich Entscheidenden in jeder speziellen Sache sind". Aber wenn er „eine größere Decentralisation in der Verwaltung anzubahnen", „provinzielle und locale Selbständigkeit zu schaffen" sucht, so sind für ihn neben den praktischen auch sittliche Rücksichten maßgebend. Und zwar ist es nicht so sehr der socialerziehliche Standpunkt Steins,

von dem er ausgeht, sondern die Werthschätzung der freien Persönlichkeit. Ueber die Schonung des persönlichen Selbstständigkeitsgefühls, wie es dem Germanen besonders im Blute liegt, haben wir von ihm bezeichnende Aussprüche. 1849 preist er im Gegensatz zur französischen Gleichheit, „der chimärischen Tochter des Neides und der Habsucht", die englische Freiheit: „sie wird getragen durch das männliche Selbstbewußtsein, welches seinen eigenen Werth stolz genug fühlt, um eine höhere Stellung über sich dulden zu können". „Centralisation", erklärt er 20 Jahre später, „ist mehr oder weniger eine Gewaltthat", und er findet Worte des Verständnisses auch für den Particularismus des Deutschen, der „sich nur in einem kleineren Gebiete völlig behaglich fühlt", weshalb man nicht wohlthut, „ihm von seinem häuslichen Behagen mehr zu nehmen, als absolut zum Zusammenhalten des Ganzen, als zur Wirkung nach außen erforderlich ist". Andere Völker sind eben „fügsamer, gehen besser ins Dutzend". Der Staatsmann soll immer den bereits angeführten Grundsatz im Auge behalten, daß „der höchste Grad von Freiheit des Volkes, des Individuums zu erstreben ist, der mit der Sicherheit und gemeinsamen Wohlfahrt des Staates erforderlich ist".

Damit bin ich bei der Stellung angelangt, die beide Männer dem Gedanken einer Volksvertretung gegenüber einnahmen. Als Stein Preußen 1808 verließ, war es der Gedanke der Schöpfung preußischer Reichsstände, den er seinen Nachfolgern besonders anempfahl; als es sich 1814 und 1815 um die Neuordnung Deutschlands handelte, hat er vor allen die Forderung erhoben, daß in den deutschen Mittelstaaten Verfassungen gewährt und Volksvertretungen geschaffen würden; daß man den dreizehnten Artikel der Bundesacte, welcher landständische Verfassungen verhieß, „durch Sophismen in Täuschungen zu verwandeln suchte", hat er oft mit starken Worten gemißbilligt. „Hat Frankreich und Polen eine Verfassung", ruft er aus, „und Deutschland soll keine haben?" Gerade für Preußen erschien ihm „die Bildung einer Staatsverfassung als eine ohnerläßliche Bedingung seiner Erhaltung und Entwickelung", weil ihm geographische Einheit, Volkseinheit, Re-

ligionseinheit fehle; diesen Mängeln kann nur durch Bildung eines Vereinigungspunktes für alle diese fremdartigen Theile abgeholfen werden, einer Nationalanstalt, wo alle zusammentreten und über die gemeinschaftlichen Angelegenheiten sich berathen". Auch der Volkscharakter erschien ihm jetzt — und hier spricht sich eine Milderung seines Urtheils aus, die sich vornehmlich von den Erfahrungen der Befreiungskriege herschrieb — deshalb die Schöpfung von Reichsständen zu empfehlen, weil man einen Mißbrauch dieses Geschenks nicht zu befürchten habe: „die Bewohner dieses Landes sind", schrieb er 1819 an Humboldt, „verständige, geschäftsfähige, durch ein vorhergegangenes geschichtliches Leben geprüfte, treue, tapfere, fromme und besonnene Menschen".

Von wesentlichster Bedeutung ist aber nun die Art, wie Stein sich die preußischen Reichsstände von Anfang an verwirklicht gedacht hat. Wie in allen großen Reformatoren, so ist auch in Stein kühnster Neuerungsgeist und conservativer Sinn in unauflöslicher Weise verbunden. Er, der eine tiefgehende Reform des Adels für nöthig hielt, der 1808 dem König vorschlug, für die Dauer der geplanten Erhebung den Adel aufzuheben und nachher nur deren Adel anzuerkennen, die sich im Kriege ausgezeichnet hätten, hat doch an der Nothwendigkeit einer politischen Sonderstellung des Adels immer festgehalten. Er, der gegen die schroffe Scheidung der Stände, wie sie dem bisherigen Staatswesen zu Grunde lag, durch das Edict vom 9. October 1807 den stärksten Streich geführt hatte, blieb doch immer von der Nothwendigkeit einer ständischen Gliederung der Nation überzeugt. Die natürlichen Gruppen des Volkes müssen erhalten bleiben; „die Stände müssen neben einander stehen, nicht durch einander gemengt". Demnach ist ihm die Abgrenzung von Wahlbezirken nach der Kopfzahl, ein Wahlsystem wie unser heutiges, das nur mit Individuen, nicht mit den socialen Gruppen rechnet, von Grund aus zuwider; er verlangt eine „Repräsentation nach Ständen, nicht die arithmetische Zerstückelung einer in einen großen Teig, in eine chymische Flüssigkeit atomenweise aufgelösten Nation". Bereits als Minister hatte er sich über eine Vertretung des Volkes

nach Berufen Vorschläge machen lassen und u. a. darauf besondern Werth gelegt, daß „die Stellvertreter der Stände aus ihrer Mitte entnommen werden, damit sich nicht Advocaten, Pamphletisten und Schreier in die Versammlung eindrängen". Man darf nun darauf aufmerksam machen, daß zunächst dieser letztere Gesichtspunkt auch für Bismarck große Bedeutung hat; er spricht einmal von der Gefahr, „daß die Volksvertretung nur eine neue Species, oder ich will lieber sagen, Gattung der Büreaukratie werde, daß wir, wie wir erbliche Beamtenfamilien haben, so auch erbliche Parlamentarierfamilien" haben würden. So hat er 1895 in Ausdrücken, die an oben erwähnte Worte Steins erinnern, dem Bunde der Landwirthe empfohlen, Leute zu wählen, die „denselben Regen fühlen, unter dem wir naß werden, und sich über denselben Sonnenschein freuen, unter dem unser Korn gedeiht". Aber auch dem Gedanken einer Berufsvertretung hat Bismarck nicht fern gestanden.[1]) 1851 spricht er von einer „Abspiegelung des Volkes nach seiner lebendigen Gliederung und seinen praktischen Bedürfnissen". 1895 wiederum erklärt er den Vertretern der Innungen, er habe früher geglaubt, daß man die Wahlgesetzgebung in Preußen sowohl wie im Deutschen Reiche auf dergleichen Berufsgenossenschaften begründen könnte, daß jede Berufsgenossenschaft ihrerseits das Recht habe, sich durch selbständige Abgeordnete vertreten zu lassen". Daß Bismarck solche Gedanken, wenn sie ihn je stärker bewegt haben, zurücktreten ließ und für den Reichstag des norddeutschen Bundes das allgemeine Wahlrecht vorschlug, liegt einmal in der geschichtlichen Entwickelung begründet — denn als er das Bündniß mit dem deutschen Bürgerthum zum Kampfe suchte, konnte er ihm kein anderes Wahlrecht bieten als dieses, das er als „Erbtheil der Entwickelung der deutschen Einheitsbestrebungen" vorfand — andererseits in der Ansicht, daß die Masse des preußischen Volkes monarchisch gesinnt sei und „nur durch den künstlichen Mechanismus der Wahl um den Ausdruck ihrer Meinung gebracht werde". In diesem, durch die historische Entwickelung freilich nicht gerecht-

[1]) Rosin, Grundzüge einer allgemeinen Staatslehre nach den politischen Reden und Schriftstücken des Fürsten Bismarck. 1898.

fertigten Vertrauen auf den ruhigen, königstreuen Sinn der Bevölkerung berührt er sich wiederum auf das engste mit Stein; er hatte ihm schon 1858 in lapidaren Worten Ausdruck gegeben: „Die Sicherheit, daß Se. Majestät der König von Preußen auch dann noch Herr im Lande bleibt, wenn das gesammte stehende Heer aus demselben herausgezogen würde, theilt kein anderer continentaler Staat mit Preußen; auf ihr aber beruht die Möglichkeit, einer den Anforderungen der heutigen Zeit zusagenden Entwickelung des öffentlichen Lebens näher zu treten, als es andere Staaten können. Der Grad politischer Freiheit, welcher zulässig ist, ohne die Autorität der Regierung zu beeinträchtigen, ist in Preußen ein viel höherer als im übrigen Deutschland".

Stein wollte „den Eigenthümern", dem dritten Stand, der durch die Einrichtungen des absoluten Staates der politischen Thätigkeit entfremdet war, einen Zugang zum Staat eröffnen; Bismarck hat durch das allgemeine Wahlrecht den vierten Stand zur politischen Arbeit herangezogen. Stein hat zu einer Zeit, als das Bürgerthum ohnmächtig war, ihm einen Antheil an der Gewalt verschaffen wollen; Bismarck hat zu einer Zeit, als das Bürgerthum alles zu sein glaubte, ihm die ererbte und nothwendige Bedeutung des preußischen Königthums zum Bewußtsein gebracht. Von Stein haben wir gelernt, daß der Staat nicht bestehen kann, wenn er sich nicht stützt auf den Gemeingeist seiner Bürger; Bismarck verdanken wir ein anderes Hauptstück unseres politischen Katechismus, daß unser Staatswesen einer starken monarchischen Centralgewalt bedarf. Bismarck hat sich öfter so entschieden wie möglich zum Verfassungsstaat bekannt; er hat 1892 erklärt, er wünsche „ein starkes Parlament als Brennpunkt des nationalen Einheitsgefühls"; er hat es oft und gerade in Zeiten schwerer parlamentarischer Kämpfe ausgesprochen, daß er in keiner Weise für eine absolutistische Regierung sei, die er vielmehr für „die unglücklichste aller Staatsformen halte"; er erklärt „eine richtig geübte parlamentarische Mitwirkung für nothwendig und nützlich", — aber auch „eine parlamentarische Herrschaft für schädlich und unmöglich". Jener Conflict der sechziger Jahre hat

die große historische Bedeutung, daß das preußische Königthum, um ein Bismarcksches Bild aus dem Jahre 1849 zu gebrauchen, nicht, wie das englische, „ein zierlicher Kuppelschmuck des Staatsgebäudes“ geworden, sondern „ein tragender Pfeiler“ geblieben ist. Man muß sich dessen bewußt bleiben, daß hierauf unsre nationale Entwickelung in den letzten Jahrzehnten beruht. Was wäre wohl aus Preußen und Deutschland geworden, wenn an jenem 22. September, als Bismarck vor Antritt seines Ministeriums mit König Wilhelm zu Babelsberg die entscheidende Unterredung hatte, der König die bereits vollzogene Abdankungsurkunde nicht wieder auf Bismarcks Zuspruch vernichtet hätte!

Es war neben der Vasallentreue zu der angestammten Dynastie, die Bismarck als preußischer Edelmann empfand, die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer starken und einheitlichen Staatsgewalt, die ihn in seinem zähen und siegreichen Kampfe gegen ein parlamentarisches Regiment leitete. Seiner Vasallentreue hat er oft in ergreifender Weise Ausdruck gegeben; „vexilla regis prodeunt“, schreibt er im November 1873, leidend und doch entschlossen, an Roon, „und ich will krank oder gesund, die Fahne meines Lehnsherrn halten“. Dabei war er keineswegs ein Anhänger der legitimistischen Doctrin: gegen alle andern Fürsten fühlte er „in keinem Blutstropfen eine Spur von Verbindlichkeit, den Finger für sie aufzuheben“. Die Anhänglichkeit gegen den preußischen Monarchen konnte Stein, bei aller Hochachtung für dessen persönliche Tugenden, nicht in dem Maße wie Bismarck empfinden, nachdem er, der alte Reichsritter, seit seinem Sturze sieben Jahre hindurch nationaldeutsche, nicht preußische Politik getrieben hatte. Aber in dem Kampfe für Staatseinheit berühren sie sich auf das engste: in dem Kampfe gegen unverantwortliche Einflüsse, wie ihn Stein gegenüber dem königlichen Cabinet zu führen hatte, und wie er auch Bismarck nicht erspart geblieben ist, und in dem Streben nach einheitlicher Organisation der Staatsverwaltung. In diesem Sinne, „die möglichste Einheit und Kraft in der obersten Leitung der ganzen Staatsverwaltung zu vereinigen“, hat Stein die Pläne entworfen für den nach der Katastrophe von Jena neu erstehenden preußischen Staat; in

diesem Sinne hat Bismarck die Reichsverfassung geschaffen. In der Art der Ausführung ist freilich ein Unterschied nicht zu verkennen. Stein schlug die Bildung eines collegialisch organisirten Staatsraths vor, der „unter dem überwiegenden Einfluß eines Präsidenten stehe“; er rieth, von der Uebergangszeit abgesehen, davon ab, die oberste Leitung des Staates einem ersten Minister anzuvertrauen; es sei „eine Folge der Beschränktheit menschlicher Kräfte, daß die Fehler des Individuums einen zu überwiegenden Einfluß auf die Geschäfte erhalten; die collegialische Behandlung sichert einen stäteren Gang, der frei von Uebereilungen ist, und bewirkt eine größere Mannigfaltigkeit in den Ansichten“. Heute liegen die Verhältnisse etwas anders. Die Verhandlungen des Parlaments können — darauf macht Delbrück an einer Stelle seiner historischen und politischen Aufsätze aufmerksam — in gewisser Weise die Berathungen von Beamtencollegien ersetzen, während der Parlamentarismus andrerseits den Bestand einer in sich geschlossenen Regierung als Gegengewicht fordert. Zumal im Reiche, wo das Verhältniß zu den Bundesstaaten hinzutritt, kam es Bismarck auf möglichst einheitliche Organisation der Verwaltung an; so ist das Reichskanzleramt sein eigenstes Werk. Aber auch im Hinblick auf Preußen hat er erklärt, daß er „eine collegialische Ministerialverfassung für einen staatsrechtlichen Mißgriff und Fehler halte“, und daß seiner Meinung nach „Preußen einen immensen Fortschritt machen würde, wenn es nur einen einzigen verantwortlichen Minister hätte“. Drastisch äußert er einmal, daß er, „wenn er eine Prise Tabak nehmen wollte, erst sieben preußische Minister um Rath fragen müsse“, und sehnt sich nach der Machtstellung des englischen Premierministers, der nicht, wie der preußische Ministerpräsident, „nur ein ornamentales Glied“ ist. Ueber allem andern aber stand beiden die Ueberzeugung von der Bedeutung des Staates als eines sittlichen Organismus. Sie waren beide weit entfernt von der Staatsauffassung des Fürsten Metternich, dem der Staat ein seelenloser Mechanismus, nicht Mittel zum Zweck der leiblichen und geistigen Wohlfahrt des Volkes, sondern Selbstzweck war; sie waren ebenso weit

entfernt von der Auffassung der extremen Individualisten, denen der Staat in nicht minder seelenloser Auffassung ein nothwendiges Uebel ist. „Mir ist der Staat", so schreibt Stein einmal an Kunth, „kein Verein zur Hervorbringung und Verarbeitung roher Producte, keine landwirthschaftliche und Fabrikenverbindung, sondern sein Zweck ist religiöse, moralische, geistige und körperliche Entwickelung". Fürst Bismarck stellt dem Staat die Aufgabe der Uebung „praktischen Christenthums", d. h. der Bethätigung unserer christlichen Sittenlehre auf dem Gebiete der Nächstenliebe. Stein verkündete seinem Zeitalter mit den mahnenden Worten eines Propheten die socialen Pflichten des Individuums. Bismarck hat die Wucht einer großen Persönlichkeit dafür eingesetzt, die socialen Pflichten des Staates uns ins Bewußtsein zu graben. So sind sie beide Bannerträger des sittlichen Staatsgedankens.

Stein und Bismarck sind, um nach dem Politischen noch etwas von dem Persönlichen zu sagen, beide Männer der That und nicht des Grübelns. Sie sind beide Kampfnaturen; auch auf Stein hätte die Devise gepaßt, die als Inschrift einen Bismarck 1863 überreichten Ehrendegen zierte:

Das Wegekraut sollst stehen la'n,
Hüt' Dich, Junge, 's sind Nesseln dran!

Sie sind beide Männer von ungeheurer Kraft des Willens, von einer Reizbarkeit, die sich zuweilen in gewaltigen Entladungen Luft macht, zugleich aber von einer Opferfreudigkeit, die ihr ganzes Sein unbedingt in den Dienst des großen Ganzen stellt. Bei beiden ist das Pflichtgefühl eng verbunden mit einer tiefreligiösen Weltauffassung, wenn sie auch bei Stein dogmatischer gefärbt ist als bei Bismarck. „Ich weiß nicht, wo ich mein Pflichtgefühl hernehmen soll, wenn nicht aus Gott!" sagt Bismarck während des Feldzuges 1870; er, der damals wie heute[1]) vor dem Schlafengehen in den täglichen Losungen der Brüdergemeinde zu lesen pflegt und 1851 in einem Brief an seine Gemahlin, auf frühere Zeiten zurückblickend, die Worte schreibt: „Möchte es Gott gefallen, mit

[1]) Der Aufsatz ist im Frühjahr 1898 geschrieben. H. K.

seinem klaren und starken Weine dies Gefäß zu füllen, in dem damals der Champagner einundzwanzigjähriger Jugend nutzlos verbrauste und schale Neigen zurückließ". Und Stein? Als er in der Kälte des Januar 1809 als Geächteter über die österreichische Grenze fährt, erinnert er sich an Schleiermachers kürzlich gehörte Predigt „über das, was der Mensch zu fürchten habe, und das, was nicht zu fürchten sei". Als Niebuhr und Schön 1810 in bitterem Zwist mit Hardenberg den preußischen Dienst verlassen wollen, verweist er sie auf Sprüche aus dem ersten Korintherbrief, z. B.: Niemand soll suchen, was sein ist, sondern, was des andern ist, und besonders auf das dreizehnte Kapitel, „die schöne Stelle über die Liebe, worunter die Liebe zum leidenden Vaterlande und zum unglücklichen Könige auch begriffen ist". Diese Männer scheuen die Verantwortung nicht. Ja sie bekämpfen die Furcht vor Verantwortung; Bismarck nennt sie einmal eine Krankheit unserer Zeit, und Steins ganze politische Thätigkeit ist im Grunde genommen ein Aufruf an die Staatsbürger, die politische Verantwortung zu übernehmen. Aber sie empfinden sie auch tief. Wie oft erinnert Stein den Adel seiner Zeit an die Pflichten, die ihm seine Stellung auferlege! Und Bismarck hat einmal geäußert: „Ohne mich hätte es drei große Kriege nicht gegeben, wären 80 000 Mann nicht umgekommen, und Eltern, Brüder, Schwestern trauerten nicht . . ., das habe ich indessen mit Gott abzumachen".[1]) Das ergreift uns besonders, wenn wir sehen, daß den Gewaltigen unserer Nation das, was wir gern als ein besonderes Erbtheil des germanischen Wesens in Anspruch nehmen, Größe und schlichte Herzlichkeit der Empfindung, nicht abgeht. Und es ist kein Zweifel, daß bei beiden Männern mit der Kraft des Handelns und der Höhe des genialen Denkens die Tiefe des Gemüths untrennbar verbunden ist. Bei Bismarck bricht sie öfter hervor als bei Stein; aber auch bei diesem leuchtet sie oft genug durch die herbe Größe, die ihm anhaftet, hindurch. Sie spricht sich

[1]) Fürst Bismarck hat stets bestritten, diese von M. Busch überlieferte sentimentale Aeußerung gethan zu haben. Sie sieht ihm auch sehr unähnlich. H. K.

aus in dem starken Naturſinn, den beide beſitzen. Wer kennt nicht Bismarcks Schilderungen von der Heide am Adour, von der ſüdweſtlichen Landſchaft, von der Königsſtadt Peſt und der Pußta! Aber wie freut ſich auch der alternde Stein an den lebendigen Bächen, die von den Bergen hinabrieſeln! Wie hängt er an der deutſchen Landſchaft, die ihm ihrer Ströme und bewaldeten Berge willen mit wenigen Ausnahmen ſchöner erſcheint als die Landſchaft Italiens! Im Familienleben zeigt ſich Bismarck zunächſt als der herzlichere; wobei man wohl in Betracht zu ziehen hat, daß Stein einem conventionelleren Zeitalter entſtamme. Zumal die Ehe Bismarcks iſt unvergleichlich inniger als die Steins. Aber auch bei dieſem haben wir Zeugniſſe genug von ſtarkem Familienſinn; ich denke z. B. an jene Verſe aus Schillers Glocke:

Einen Blick
Nach dem Grabe
Seiner Habe
Sendet noch der Menſch zurück . . .
Er zählt die Häupter ſeiner Lieben,
Und ſieh! ihm fehlt kein theures Haupt!

die er 1809 auf die Kehrſeite des Briefes ſchrieb, in welchem ihm die Gattin ihre und ihrer Kinder Ankunft meldete. In einem beſonders zarten Verhältniß ſtanden beide zu einer Schweſter, wie viele Briefe bezeugen. Eine wundervolle Gabe freilich hat die Natur Bismarck in die Wiege gelegt, die ſie Stein verſagte, den aus der Tiefe des Gemüths herausgeborenen Humor. Stein zeigt oft einen beißenden Witz; aber die launige Betrachtung der Dinge geht ihm ab. Was für leidenſchaftlich bittere Worte findet er oft für matte, unentſchloſſene Staatsmänner! Bismarck redet in einem ſolchen Falle wohl von der halben Flaſche Sect, die, wenn es nach ihm ginge, jeder Miniſter im Leib haben müſſe, ehe er in das Conſeil ſeiner Majeſtät käme.

Beider Männer Stil, um auch davon zu ſprechen, iſt unbedingt ſachlich, von äußerſter Klarheit, ohne alle Phraſe, der Ausdruck immer höchſt treffend; beide ſind Meiſter der Charakteriſtik, Meiſter der ſcharfen Pointen. Aber Steins Stil iſt knapp, zuſammengedrängt, oft von einer erhabenen Groß-

artigkeit, die durch eine gewisse alterthümliche Färbung des Ausdrucks unterstützt wird. Wie Keulenschläge folgt oft ein scharfgefaßtes Urtheil auf das andere. Metaphern sind selten; braucht er einmal ein Bild, so wirkt es mit großer Kraft. Bismarcks Ausdrucksweise ist behaglicher; er ist auch in seinen Reden und Briefen der große Plauderer, der, so sehr er sich gegen die Poeten in der Politik verwahrt, doch selbst etwas Dichterisches hat; den immer ein unerschöpflicher Reichthum von Anschauungen umspielt, welchen er in immer neu hervorsprudelnden, lebendig durchgeführten Bildern Ausdruck giebt; der mit umfassendem Gedächtniß und genialer Combinationsgabe das Entlegenste zu vereinigen und auf einen Punkt zu beziehen weiß; dem Witz und schneidender Hohn ebenso zu Gebote stehen wie der Ausdruck des warmen, ja wehmüthigen Gefühls. Was die Stellung zur Litteratur anlangt, so stimmen Stein und Bismarck darin überein, daß sie die Geschichte lieben und ihr einen hohen bildenden Werth zuerkennen. Für Stein besonders ist die Geschichte die große Lehrerin; „sie erhebt uns über das Gemeine der Zeitgenossen und macht uns bekannt mit dem, was die edelsten und größten Geister geleistet, und was Trägheit, Sinnlichkeit und Gemeinheit oder verkehrte Anwendung großer Kräfte zerstört". 1812 liest er zu Petersburg in seinen Mußestunden Thukydides; er schreibt selbst eine Geschichte der französischen Revolution für seine Tochter; für die Monumenta Germaniae, durch deren Begründung er sich ein unvergängliches Verdienst erwarb, hat er bei Gelegenheit seiner italienischen Reise auf der vaticanischen Bibliothek selbst gearbeitet. Im Uebrigen ist die Verschiedenheit beider Männer nicht zu verkennen. Daß Fürst Bismarck in universaler Weise die großen Schöpfungen der Weltlitteratur umfaßt und beherrscht, bezeugen die vielen Citate und Anspielungen, die sich in seinen Reden finden. Davon kann man bei Stein nicht reden. Immerhin würde man sich doch ein falsches Bild von ihm machen, wenn man der Schilderung Schöns glauben wollte, der ihm litterarisches Interesse überhaupt abspricht. Aus demselben Faust, den er, nachdem er ihn einen Tag behalten, mit dem Ausdruck des Mißfallens

zurückgeschickt haben soll, citirt er zweimal die Stelle von dem „Kerl, der speculirt"; und wer kennte nicht Arndts Bericht von jener gemeinsamen Rheinreise Steins und Goethes im Sommer 1815, wo „die beiden deutschen Großen neben einander hergingen wie mit einer gegenseitigen Ehrfurcht", und Stein so „ungewöhnlich sanft und mild war und den Löwen zügelte, daß er nimmer herausguckte". Er citirt, wie erwähnt, Schillers Glocke, Horaz, englische Dichter, Herder, in seinem Alter besonders gern Gleim, auch Simon Dach. Aber soviel ist sicher, daß es weniger die schöne Form war, die ihn zur Poesie hinzog, als der moralische Gehalt auf der einen, der geschichtliche auf der andern Seite.

Es war nicht die Absicht dieses Aufsatzes, die Frage zu beantworten, wer der größere von beiden ist. Steins Haupt umstrahlt die ihm eigenthümliche geniale Hoheit seiner sittlichen Ueberzeugung, die ihn zum politischen Reformator machte; in Bismarcks Wesen tritt zur gewaltigen moralischen Kraft die geniale Erfassung der realen Verhältnisse, durch die er zum großen praktischen Staatsmann wurde. Nur die Frage möchte ich zum Schluß aufwerfen, wem von beiden die vollere Schale des Glückes zu Theil geworden ist. Sie waren beide Minister preußischer Könige, und der Erfolg ihrer Lebensarbeit hängt zu einem guten Theile davon ab, wie sie zu ihren Herrschern standen. Schon 1804, als Stein sein erstes Ministerium antrat, hatte der König große Bedenken gehabt; er hielt ihn bei aller Anerkennung seiner großen Talente nnd musterhaften Amtsführung für „excentrisch und genialisch, d. h. für einen Mann, der immer nur seine Meinung für die wahre hält". Steins erstes Ministerium endete bekanntlich infolge eines heftigen Conflicts mit dem Könige. Auch während des zweiten hat sich kein engeres Verhältniß zwischen ihnen herausgebildet; Friedrich Wilhelm hat später dem französischen Gesandten bekannt, daß er Stein nie geliebt habe, und es ist kein Grund, diese Nachricht zu bezweifeln; ja in der Zeit der Befreiungskriege, als sich Stein in Alexanders Umgebung befand, wurde er ein Gegenstand des Mißtrauens, als sei er ein Werkzeug russischer Pläne. Wie anders war das Verhältniß zwischen

Bismarck und unserm alten Kaiser Wilhelm! Zwar auch er hat sich erst nach langem Bedenken entschlossen, Bismarck, wie man ihm rieth, zum Minister zu machen. „Das fehlte noch", soll er nach dem Herzog von Coburg geäußert haben, „daß ein Mann das Ministerium übernimmt, der alles auf den Kopf stellen wird"; mehrmals ist Bismarcks Berufung gescheitert, und erst in der höchsten Noth, bereit, wie erzählt, andernfalls abzudanken, ernannte er ihn zu seinem ersten Beamten. Und das läßt sich wohl begreifen, wenn man die Verschiedenheit der Charaktere bedenkt: der König eine Natur von harmonischer Milde, bei aller Männlichkeit und Willensfestigkeit maßvoll, versöhnlich und zum Frieden geneigt, bei allem Preußenstolz bedachtsam, eine conservative Natur, dazu achtzehn Jahre älter als Bismarck; dieser eine Persönlichkeit, die aus gröberem Holze geschnitzt schien, die sich bisher, im Landtag wie im Bundestag, vornehmlich im Kampfe erprobt hatte; ein Mann von schneidender Schärfe im Reden und Handeln, der seine Abneigung gegen die legitimistische Lehre, wie sie der König sich zu eigen gemacht hatte, oft genug ausgesprochen hatte;[1]) dem nach eigener Aussage „seine alte Reputation von leichtfertiger Gewaltthätigkeit" noch anhing, und von dem der österreichische Minister Rechberg äußerte, er halte ihn für fähig, den Rock auszuziehen und selbst auf die Barrikaden zu treten. Auch später hat es an Meinungsverschiedenheiten nicht gefehlt. Man kennt die Klagen des Kanzlers aus dem Jahre 1869: „Ich bin mit meinen Kräften wieder fertig; ich kann die Kämpfe gegen den König gemüthlich nicht aushalten", und aus dem Jahre 1872: „Wir brauchen vier Ministerpräsidenten: für Seine Majestät, wo ich fühle, daß mein Einfluß schwindet, für die Collegen, für das Parlament und für die auswärtigen Geschäfte", und weiter: „Meine Federn sind durch Ueberspannung erlahmt; der König, als Reiter im Sattel, weiß wohl kaum, daß und wie er in mir ein braves Pferd zu Schanden geritten hat". Aber das wissen wir alle, wie sich dieses Verhältniß entwickelte; wie warm der Sohn Friedrich Wilhelms III.,

[1]) W. Busch, König Wilhelm und Bismarck. Bismarck-Jahrbuch II.

der doch manchen Zug seines Wesens mit seinem Vater gemein hatte, vertrauen konnte, was jenem immer schwer geworden ist; und welche Quelle der Kraft für unsern großen Staatsmann, des Segens für unser Volk dieses in unserer Geschichte beispiellose Verhältniß geworden ist. Und noch ein andres möchte ich berühren. Stein hat das Werk, das er in Preußen begonnen, nicht vollenden dürfen; die deutsche Einheit, das Ziel seines heißen Sehnens, hat er nicht geschaut; mit 58 Jahren trat er in das Privatleben zurück. Seine Thätigkeit als Landtagsmarschall der Stände Westfalens machte ihn nur in dieser von ihm so geliebten Provinz zu einer bekannten Persönlichkeit; dem deutschen Volke kam er, der einst nach Schöns Zeugniß populärer war als je ein Minister, den 1814 deutsche Patrioten allen Ernstes zum deutschen Kaiser machen wollten, allmählich aus den Augen. Sein Name wurde nicht, wie der Bismarcks, zum „Feldgeschrei, unter dem die nationalgesinnten Deutschen sich einigten"; und als er 1831 starb, da paßt auf ihn das Wort, das Tacitus von seinem Schwiegervater Agricola braucht: paucioribus lacrimis comploratus est, es sind zu wenig Thränen um ihn geflossen. Auch dem Fürsten Bismarck ist das bittere Gefühl nicht erspart geblieben, als unthätiger Zuschauer neben den politischen Ereignissen zu stehen, die er einst beherrschte; „ich bin ein matter und müder alter Mann, der das Leben hinter sich hat und vom Leben nichts mehr zu erwarten hat", so hat er sich gar manchmal ausgesprochen. Und doch wie anders ist sein Lebensabend als der des Freiherrn vom Stein! „Gottes Gnade habe ihn vor dem Fluch des Alters, der Vereinsamung, ferngehalten", bekannte er dankbar 1892 zu Augsburg auf jener berühmten Reise ins Reich: mehr gehaßt als Stein, allerdings gehaßt von denen unsrer Volksgenossen, welche unsre nationalen Ideale nicht theilen und in Bismarck nur den rücksichtslosen Vorkämpfer der Majestät des Staats sehen; aber auch unendlich mehr geliebt! Wann hat es Deutschland erlebt, daß sich ein so gewaltiger Theil der Bevölkerung in jubelnder Verehrung um einen Lebenden als den nationalen Helden vereinigte!

2.

Fürst Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ und Treitschkes „Politik“.

Von Dr. v. Petersdorff (Pfaffendorf b. Coblenz).

I.

Durch eine freudig zu begrüßende Fügung sind der gebildeten Welt zugleich mit den Gedanken und Erinnerungen des größten Staatsmannes auch die Ansichten des namhaftesten deutschen historisch-politischen Denkers über Politik zugänglich gemacht worden.[1]) Der Schöpfer des Deutschen Reiches und sein congenialster und bedeutendster Schüler unter den Gelehrten, Heinrich v. Treitschke, sprechen nach ihrem Tode, ein jeder in seiner Weise, noch einmal zu ihrem geliebten Volke. Es ist so, als ob die Geister der beiden herrlichen Männer dem deutschen Volke in's Gewissen reden wollen. Jedem Patrioten muß es zum höchsten Genuß gereichen, die beiden monumentalen Werke mit einander zu vergleichen und zwar umsomehr, als ein solcher Vergleich nur zu häufig geradezu herausgefordert wird.

Die Autorschaft des Fürsten Bismarck würde allein genügen, um den Gedanken und Erinnerungen einen bleibenden Werth zu sichern, auch wenn nicht diese Fülle weisheitsvoller politischer Kundgebungen und nicht ein solches Thatsachenmaterial darin enthalten wäre. Wohl wissen wir, daß dieser Felsen noch Ströme politischer Weisheit in sich verschloß, die nur durch den früheren Tod Lothar Buchers nicht hervor-

[1]) Politik. Vorlesungen, gehalten an der Universität zu Berlin von Heinrich v. Treitschke. Herausgegeben von Max Cornicelius. 2 Bände. Leipzig, S. Hirzel. 1897, 1898.

gelockt worden sind. Aber wir sind schon überreich beschenkt durch das, was uns gegeben ist. Treitschkes Vorlesungen über Politik können den Gedanken und Erinnerungen an Werth nicht gleichgestellt werden, zum Theil schon deswegen, weil sie der Meister nicht überarbeitet hat, wie es mit den Dictaten Bismarcks doch geschah, vornehmlich aber, weil Treitschke bei all seiner Bedeutung doch lange nicht das Maß von Autorität zur Seite steht wie dem Fürsten Bismarck. Wenn es auf Erden eine politische Autorität gegeben hat, so war es Bismarck. Trotzdem ist auch Treitschkes „Politik" ein Geschenk von unermeßlicher Bedeutung, kaum hoch genug zu veranschlagen. Bismarcks Aufzeichnungen und Treitschkes Vorlesungen werden in dem geistigen Besitzthum, das die deutsche Nation in zwei Jahrtausenden sich erworben hat, stets zu den schönsten Juwelen gehören.

Beide Werke zeichnen sich durch eine classische Sprache aus. Wird man geneigt sein, bei dem Staatsmann die größere Ruhe und Vornehmheit des Ausdrucks zu finden, so ist dem Gelehrten der höhere Schwung der Rede einzuräumen. Seine Herrschaft über das gesprochene Wort war, wie der Herausgeber der Vorlesungen, Max Cornicelius, sehr glücklich gesagt hat, geradezu unvergleichlich. Wunderbar erquickend ist die sprudelnde Gedankenfülle bei beiden. Ist das Charakteristische in den Urtheilen des praktischen Genius Bismarck die fast absolute Sicherheit und Untrüglichkeit, die bei der dahinterstehenden Autorität wahrhaft überwältigend wirkt, so fesselt bei dem genialen Theoretiker Treitschke die sichere Beherrschung des ganzen politischen Wissensgebietes von den Zeiten der ersten Theokratie bis zur jüngsten Republik, die umfassende Kenntniß aller politischen Lehren von Aristoteles bis Marx. Während aber der Staatsmann diesmal großentheils von dem Bestreben geleitet ist, sein politisches Werk zn analysiren und zu vertheidigen, zwar nicht ohne die wichtigsten Normen für die Zukunft aufzustellen, so steht dem Gelehrten doch in viel höherem Grade die kommende Zeit, die künftige politische Mission der Nation vor Augen. Er ist mehr der Vorwärtsdränger, Bismarck mehr der Bewahrer des Alten. Treitschke

ist wieder die Rolle zugefallen, die einst Fichte, Dahlmann und Pfizer ausübten. Er hat Ideen ausgesprochen, an deren Verwirklichung dereinst ein nationaler Genius, wie Bismarck, wenn Gott uns einen solchen noch einmal schenkt, gehen wird.

Man kann in den beiden Werken nicht das ernste Streben der erlauchten Schriftsteller nach Gerechtigkeit des Urtheils übersehen. Trotzdem tritt nur zu deutlich eine gewisse Subjectivität bei beiden hervor. Es konnte nicht anders sein. Bismarck und Treitschke waren kampfeslustige Naturen in dem Maße, wie es nur Germanen sein können. Bei Treitschke muß ich immer an das stürmische Kämpfernaturell seines Verwandten von mütterlicher Seite her, des Reiterführers aus den Befreiungskriegen v. Oppen denken. Als geborene Kämpfer vermögen Bismarck und Treitschke es nicht über sich zu gewinnen, ihre Gegner zu schonen. Das giebt ihren Ausführungen einen ganz besonderen Reiz. Man kann bei beiden von zwei Klassen sprechen, denen sie ihre Abneigung oder abweichende Meinung bemerkbar machen. Bei Bismarck sind es einmal diejenigen, die seine Politik zu durchkreuzen suchen. Sie hat er insbesondere in dem Kapitel Intrigen in einer Weise gekennzeichnet, die das Urtheil über sie stets beeinflussen wird. Die zweite Klasse, denen er seine Gegnerschaft widmet, wird von den mit einer „zu starken Hypothek von Eitelkeit" belasteten Politikern und den „Phantasten" gebildet. Treitschke dagegen läßt seine Abneigung insbesondere die andern historischen Schulen oder die „Halbdenker" immer auf's Neue fühlen. Den ganzen Grimm Bismarcks verrathen Bemerkungen über die Gemahlin Wilhelms I., die ihm die schwersten Kämpfe verursachte und nur zu oft leicht seine ganze Politik vereitelt hätte, wie die: „Man hat mir erzählt, daß die Königin Augusta ihren Gemahl vor seiner Abreise von Ems nach Berlin in Thränen beschworen habe, den Krieg zu verhüten im Andenken an Jena und Tilsit. Ich halte die Angabe für glaubwürdig bis auf die Thränen" oder diese: „Er (Kaiser Friedrich) hatte bis an sein Lebensende dasselbe Vertrauen zu mir wie sein Vater, und die Neigung es zu erschüttern, erreichte bei seiner Gemahlin niemals dieselbe kampfbereite Entschiedenheit wie

bei der Kaiserin Augusta, die sich auch in der Wahl der Mittel freier bewegte". Aehnliche Gefühle merkt man ihm an, wenn er auf Arnim, Schleinitz, Robert Goltz, Usedom, Caprivi, Stosch, Böttticher u. a. zu sprechen kommt. Die Bilder, die er von diesen seinen Widersachern entwirft, sind oft geradezu Cabinetsstücke. Wie schlagend ist Harry Arnims Rolle durch den Vergleich mit dem Vetter Anselmo des Chamissoschen Gedichtes beleuchtet, wie plastisch ist die Bezeichnung von Radowitz als Garderobiers der Phantasie König Friedrich Wilhelms IV., wie wird der diplomatische Dilettantismus Usedoms gegeißelt, wenn es von ihm heißt: „Er posirte gern als Stratege, auch als „verfluchter Kerl" und „tief eingeweihter Verschwörer", wie köstlich ist der Humor, mit dem er die geringe Bedeutung des Oesterreichers Buol andeutet durch das Wort, der erbliche Verstand wäre bei den Buols ein Kunkellehn gewesen. Beißend ist der Spott über Gortschakoff: „Ich erhielt den Eindruck, daß Fürst Gortschakoff von mir, wie eine Dame von ihrem Verehrer, erwartet, daß ich die russischen Wünsche errathen und vertreten würde." Unübertrefflich ist auch die Charakteristik des lange so überschätzten Heinrich von Gagern, des Jupiter tonans, der ihm „eine Rede gehalten hätte, als ob er eine Volksversammlung wäre." Bisweilen läßt sich Bismarck dann genügen, eine kleinere Figur auf dem politischen Theater mit einem leichten Federstrich abzuthun, wie es mit Hintzpeter geschieht.

Treitschke fühlt sich als Gelehrter im Gegensatz besonders zu den Culturhistorikern, den Materialisten, den Feldherren der Schreibstube und den Friedensaposteln à la Bertha v. Suttner. Ihn beherrscht, wenn er seine Widersacher abfertigt, ein ähnliches Gefühl der Souveränität wie Bismarck, wie eine kleine Blumenlese verräth: „Im Uebrigen ist es eine wunderliche Eitelkeit unseres Jahrhunderts zu meinen, daß die Schilderung der Cultur in Geschichtswerken etwas Neues sei. Der Vater der Geschichte, Herodot, hat zur vollen Hälfte Culturgeschichte. Der zweite große Historiker der Griechen, der sich zu Herodot verhält wie der reife Mann zum naiven Kind (Thukydides), ist rein politisch, er hat gar keine Culturgeschichte ... In der historischen Darstellung kann die Culturgeschichte unter

Umständen fehlen, die Politik aber niemals. Wenn ein Historiker keinen politischen Sinn hat, ist alle seine philologische Gelehrsamkeit nicht im Stande, in den Kern der Geschichte einzudringen". Noch schärfer spricht er über die Materialisten ab: Von Buckles „Geschichte der Civilisation" sagt er, sie trage diesen Titel wie lucus a non lucendo und wirft dem englischen Historiker vor, daß sein Werk auf einem schülerhaften Denkfehler beruhe. Auf derselben Linie stehen die Worte, mit denen er über Schriftsteller wie Hans Delbrück und Karl Bleibtreu aburtheilt, indem er von der „Ueberschlauheit unserer allerneuesten in der Kriegswissenschaft dilettirenden Professoren" spricht: „Es ist Vorwitz, wenn Einer, der hundert Jahre später gemüthlich auf dem Katheder steht, die übervorsichtige Kriegführung der letzten Jahre des siebenjährigen Krieges von oben herab beurtheilt". Ueber den Doctrinarismus gewisser Völkerrechtslehrer läßt er sich mit köstlichem Witz aus: „Sie meinten, sie brauchten nur einige Sätze zu formuliren und die Völker als vernünftige Wesen seien dann verpflichtet, sie auch zu halten". Mit Schärfe hebt er den Unterschied von Wissen und Bildung hervor: „Liest man den Briefwechsel von Lachmann und Haupt, so erschrickt man, wie es doch möglich ist, zugleich ungeheuer gelehrt und ungeheuer ungebildet zu sein." Mit einer wahren Wonne reibt er sich regelmäßig an dem charakterlosen Streber Cicero.

Man wird dabei nicht verkennen, daß Treitschke sich häufig in geistreichen Uebertreibungen gefällt. Wenn er z. B. behauptet, die Welt würde um nichts ärmer geworden sein, „wenn die ganze Blaustrumpf- (d. h. die Frauen-) Litteratur mit eins verschwände", so würde er auf diesem Satze schwerlich bestehen, ebensowenig etwa auf dem Worte, daß in der heutigen schnelllebenden Zeit kein geistreicher Brief mehr geschrieben würde. Widerlegt doch Bismarcks und sein eigenes Beispiel nur zu schlagend diesen Ausspruch.

II.

Wenn Treitschke seine Vorlesungen über Politik hielt, so war er sich ganz klar darüber, daß sich dieser Zweig der

Wissenschaft nicht in ein System oder gar in Formeln fassen läßt, wie etwa die mathematischen Lehren. Von der Wissenschaft der Politik galt ihm in erhöhtem Maße das, was er allgemein über die Geisteswissenschaften sagte: „Die Geisteswissenschaften müssen immer inexact bleiben; sie können sich immer nur annähern an die Wahrheit." Das historische Leben besteht ihm nicht aus „concentrischen Kreisen, seine Zirkel durchschneiden sich in der mannigfaltigsten Weise. Man darf sich nicht wundern, daß mathematische Köpfe die historische Welt so selten begreifen." Den Haupthinderungsgrund, um allgemeingültige politische Gesetze aufzustellen, erblickt er in dem Räthsel der Persönlichkeit. „Männer sind es, welche die Geschichte machen; Männer wie Luther, wie Friedrich der Große und Bismarck. Diese große heldenhafte Wahrheit wird immer wahr bleiben; und wie es zugeht, daß diese Männer erscheinen, zur rechten Zeit der rechte Mann, das wird uns Sterblichen immer ein Räthsel bleiben. Die Zeit bildet das Genie, aber sie schafft es nicht." Drei seiner Lieblingshelden hat er hier genannt. Sie ließen sich leicht vermehren durch die Namen Cavour, Gustav Adolf, Themistokles, Blücher, Stein, die Oranier, die Barkiden, Alexander Hamilton, Washington u. s. w. Von Friedrich dem Großen sagt er, er wäre am letzten Ende doch der größte aller Monarchen der Erde gewesen, und begegnet sich in dieser hohen Auffassung mit Bismarck, für den Friedrich II. über alle Hohenzollern weit hinausragt, ja der eigentlich nur diesen als völlig seiner Aufgabe gewachsen ansieht. Nur seine eigene Politik stellt Bismarck gewissermaßen in Parallele mit der des großen Königs. Es geschieht das mit stolzem Selbstbewußtsein, aber ohne jede Pose (I 278). Er durfte von sich und Friedrich II. so hohe Meinung haben, weil ihrer beider Politik im eminentesten Sinne national gewesen ist. Daß Friedrichs Größe in seiner Nationalpolitik beruhte, sagt Bismarck ausdrücklich. Treitschke hat den klassischen Satz hierfür ausgesprochen: „Es ist das Wesen des historischen Genies, national zu sein" (I 22).

Man kann Treitschkes „Politik" als den besten Schlüssel zum Verständniß der Persönlichkeit und der politischen Thätigkeit Bismarcks betrachten.

Jeder Schüler Treitschkes weiß es, wie oft er es in seinen Vorlesungen betonte, daß er keinen großen Mann in der Geschichte kenne, der eine dumme Mutter gehabt hätte. Aus dem, was Bismarck über seine Mutter, Wilhelmine Mencken, sagt, fühlt man heraus, daß seine Entwickelung von ihr ganz besonders bestimmt sein muß, und daß sie unter den Eltern die größere Individualität gewesen sein dürfte. Sie gab ihm als Erbtheil die Klugheit mit, die sich in ihm so gewaltig entfaltete, daß er mit einer Meisterschaft ohnegleichen die Zeichen der Zeit zu deuten wußte. Durch Bismarcks Persönlichkeit wird so recht die ergreifende Wahrheit veranschaulicht, die Treitschke ausspricht: „Klugheit ist für den Staatsmann, auf dessen Schultern das Schicksal von Millionen ruht, nicht nur eine intellectuelle, sondern eine moralische Tugend. Er soll die Dinge übersehen können, wie sie wirklich sind; und wenn er das nicht kann, so soll er seine plumpen Hände lassen von den Sachen, die er nicht versteht." Man wird weiter folgern dürfen, daß ein Staatsmann, der wie Caprivi den Verhältnissen in völliger Hilflosigkeit gegenüberstand, geradezu unsittlich handelte, indem er sich an seinen Posten klammerte. Wie Treitschke ein politischer Denker war, so war Bismarck seinerseits auch ein historisch veranlagter Kopf. Nichts lehrt dies besser, als die Organisirung des Deutschen Reiches im Anschluß an das historisch Gewordene. Da gilt Treitschkes Satz: „Daran erkennt man den wirklich politischen Kopf, daß er nicht in das historische Leben hineindenkt, sondern aus ihm heraus; er sucht aus der lebendigen Thatenfülle sich eine Theorie erst zu gestalten." Zu Hilfe kam Bismarck bei seiner Politik die Persönlichkeit des Herrschers und die Verfassungsform, die er vorfand. In einer republikanischen Staatsform hätte die preußische Politik von 1866 nicht gemacht werden können. „Ein souveränes Volk muß immer erst fühlen, ehe es sich entschließt zu sehen" hat schon Washington gesagt. Bismarck hat 1866 gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit des Volkes das Nothwendige vollzogen. Er hätte es nicht gekonnt, wenn er nicht die monarchische Verfassung vorgefunden und in so großartigem Maße das Vertrauen seines Monarchen besessen hätte.

Geradezu frappant ist die Uebereinstimmung zwischen Treitschke und Bismarck in der Begründung des allgemeinen Stimmrechts. In seiner geistreichen Weise zieht Treitschke Themistokles zum Vergleiche heran: „Als Themistokles die Athener vom Lande auf die See führte, bedeutete das für die athenische Geschichte ungefähr dasselbe, wie die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für Preußen. Man mußte die niedrigste Klasse heranziehen, um die Ruderbänke der Trieren zu besetzen; so ergab sich mit unabweisbarer Nothwendigkeit auch die Ausdehnung des Stimmrechts auf die untersten Schichten des Volks. Wegen dieser Maßregel Themistokles zu tadeln, ist ebenso thöricht, als wenn man Bismarck einen Vorwurf machen wollte aus der Einführung des allgemeinen Stimmrechts im Norddeutschen Bunde. Wir wissen, das war für Bismarck ein nothwendiges Mittel, um die breiten Massen der Demagogen zu beschwichtigen durch ein Non plus ultra politischer Rechte. Die Nation war ganz und gar nicht einverstanden mit Bismarcks deutscher Politik. Wohl war in ihr die Sehnsucht nach der deutschen Einheit weit verbreitet, daß sie aber durch einen Krieg Preußens gegen Oesterreich geschaffen würde, das war keineswegs der Wille des Volks. Darum war der Begründer dieser Einheitspolitik geradezu gezwungen, solche Mittel der Verzweiflung zu ergreifen. Ebenso war die Lage des Themistokles, der in aller Geschichte der nächste Geistesverwandte Bismarcks gewesen ist." Einer der großartigsten Züge Bismarckscher Politik wird stets seine Mäßigung Oesterreich und Bayern gegenüber im Frieden von 1866 sein, die er durchsetzte, obwohl es darüber fast zum Bruche mit seinem geliebten Herrn kam und er schon am Leben verzweifelte. Hierher paßt besonders Treitschkes Wort: „Das ist das Große des praktischen Staatsmannes, daß er die Zeichen der Zeit zu deuten weiß und ungefähr zu erkennen vermag, wie sich die Weltgeschichte in einem gegebenen Moment entwickeln wird."

Zu den lehrreichsten Ausführungen in der „Politik" gehört das, was Treitschke über Machiavelli sagt. Er kommt häufig auf diesen florentinischen Publizisten zu sprechen und vertritt eine Auffassung desselben, die von der landläufigen einigermaßen

abweicht. Ihm verdankt er vor allem die Erkenntniß von dem Wesen des Staates. Machiavelli hat zuerst den Gedanken ausgesprochen: „Der Staat ist Macht", und Treitschke formulirt im Anschluß daran den grundlegenden Satz: „Der Staat ist das als unabhängige Macht rechtlich geeinte Volk." Im Weiteren heißt es dann: „Der Staat ist Macht, und wer nicht männlich genug ist, dieser Wahrheit ins Gesicht zu sehen, der soll seine Hände lassen von der Politik." „Aber", fügt er hinzu, und hier trennt sich seine Auffassung von der des Florentiners, „die Macht muß sich rechtfertigen, indem sie verwendet wird für die höchsten sittlichen Güter der Menschheit." Darum wendet er sich scharf gegen die sogenannte „Staatsraison" des 17. Jahrhunderts, die ganz machiavellistisch, völlig gewissenlos war. Bismarck wendet das Wort gelegentlich auch noch an. Im Hinblick auf seine häßliche Bedeutung in früheren Zeiten ist es nicht glücklich gewählt. Es ist ein Ueberbleibsel aus der Scholastik veralteter politischer Theorien. Bismarck war sich selbst am Klarsten darüber, daß auch für den Staatsmann die Gebote der Sittlichkeit bestehen. Treitschke macht dies an einem Beispiel klar: „Es ist gedankenlos, wenn man so unbedingt davon redet, Dankbarkeit und Großmuth seien keine politischen Tugenden. Denke man nur an jenen frechen und frivolen Landsknecht Felix Schwarzenberg: als Rußland Ungarn den Habsburgern wieder unter die Füße gelegt hatte, da hat dieser brutale Mensch hohnlachend gesagt: „Die Welt wird dereinst über unsere Undankbarkeit staunen." Man verherrlichte diesen politischen Ausspruch des Mannes. Was war die Folge? Als bald darauf im orientalischen Krieg Oesterreich die Prophezeiung wahr machte und wirklich die Thorheit beging, sich an England und Frankreich anzuschließen, da faßte Rußland einen leidenschaftlichen Haß gegen Oesterreich und trat ihm seitdem überall mit tödtlicher Feindschaft entgegen." Daneben halte man, was Bismarck über die Politik Schwarzenbergs sagt: „Flagrante Undankbarkeit, wie der Fürst Schwarzenberg sie proclamirte, ist in der Politik wie im Privatleben nicht nur unschön, sondern auch unklug." Das Gegenstück zu Schwarzenbergs Politik gegenüber Rußland war Bismarcks Friede mit

Oesterreich im Jahre 1866. Das aber steht für Treitschke fest, daß ein Staat nicht Gemüthsschwäche zeigen darf, und er exemplificirt dabei auf Friedrich Wilhelm IV. Bismarck geht von derselben Anschauung aus und findet diese Gemüthsschwäche auch in manchen politischen Maßnahmen Friedrich Wilhelms III. und in dem „Experiment der neuen Aera" bei Wilhelm I. Die Machtpolitik bringt außerdem den Staatsmann sehr häufig in tragische Conflicte mit dem Sittengesetz. In Rücksicht darauf hat Treitschke den kühnen Satz aufgestellt, der für alle Zeiten Gültigkeit haben wird: „Der Staatsmann hat nicht das Recht, seine Hände zu wärmen an den rauchenden Trümmern seines Vaterlandes mit dem behaglichen Selbstlob: ich habe nie gelogen; das ist die Tugend des Mönches." Glücklicherweise sind, wie Treitschke des Näheren darlegt, unzählige Conflicte zwischen Politik und Moral, wenn man schärfer zusieht, nur Conflicte zwischen der Politik und dem positiven Rechte. „Das positive Recht aber ist Menschenwerk ... Es kann nicht anders sein, das summum ius summa iniuria wird sich immer wiederholen."

Wenn man sich mit diesen Sätzen vertraut macht, dann wird man die ganze unermeßliche Bedeutung der Redigirung der Emser Depesche durch Bismarck verstehen, dann wird man die gewaltige Sittlichkeit dieses Staatsmannes gerade bei dieser That erkennen, die ihm von Millionen zum Vorwurf gemacht worden ist. Sie ist geradezu der Prüfstein für Bismarcks titanenhafte Größe und Vaterlandsliebe.

Es sind nicht nur Socialdemokraten, die hier von einer Fälschung sprechen. Davon kann allerdings keine Rede sein. Eine augenblickliche und beabsichtigte Täuschung über die Emser Vorgänge durch Bismarck vermag aber gar nicht bestritten zu werden. Sie hat auch geradezu den Krieg entzündet, indem Frankreich infolgedessen zu den Waffen griff. Aber der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland — diese Erkenntniß ist ja glücklicherweise in stetem Wachsen begriffen — war ja, das zeigte sich gleich nach dem Feldzuge von 1866, unausbleiblich geworden. Frankreich hatte im Grunde genommen schon durch Gramonts Rede vom 6. Juli den Krieg provocirt, noch mehr

durch die Frechheiten, die es sich in der Folge zu schulden kommen ließ. Die unvergleichliche Langmuth des von Natur so weichen greisen Königs hatte aber Alles — wenn auch im Innersten empört — bis zuletzt ruhig hingenommen, und es schien, als hätte Frankreich dadurch einen diplomatischen Erfolg erreicht, wie ihn in dem Maße wohl noch niemals eine große Nation einer andern gegenüber erreicht hatte. La Prusse cane heulte ganz Frankreich damals triumphirend. Die Rache für Sadowa schien so glänzend genommen zu sein, daß auch der übermüthigste Franzose zufrieden sein konnte. Da erhielt Bismarck die Depesche Abekens aus Ems mit der Anweisung, den ihm gutdünkenden Gebrauch davon zu machen. Er setzte sich hin und brachte die gefälschte Situation mit zwei Federstrichen in das rechte Licht. Durch die sich überstürzenden Ereignisse hatte sich die Lage folgendermaßen gestaltet: Entweder war Preußen für alle Zeiten kläglich beschimpft und gedemüthigt, oder es mußte jetzt den Krieg erklären und so das Odium auf sich laden, den Völkerfrieden zu stören. Der wahre Störenfried war aber Frankreich, das in einer nie erhörten Weise beleidigt hatte. Züchtigung hatte es verdient und zwar herbe. Indem Bismarck dem Wolffschen Bureau jene gekürzte Darstellung der Emser Vorgänge zugehen ließ, that er das, wozu er sich als verantwortlicher Staatsmann verpflichtet sah: Er verhüllte den Thatbestand, um dem Störenfried die gebührende Antwort zu geben, die der Monarch nicht geben konnte. Damit war die Beleidigung compensirt. Daß Frankreich doch zum Schwerte griff, wie Bismarck bei seiner Kenntniß des französischen Charakters mit einiger Sicherheit annehmen konnte, war eine Sache für sich. Jedenfalls war durch die Bismarcksche Depesche die Situation sofort richtig gestellt. Mit blendender Klarheit enthüllte sich jetzt vor aller Welt, daß Frankreich ganz allein der Störenfried war.

Man hat noch nie daran gezweifelt, daß die Kriegslist berechtigt ist. Man kennt auch ganz genau die diplomatischen Kunstgriffe, namentlich der vorbismarckschen Zeit, die häufig ganz etwas anderes sind als sittliche Handlungen. Liberale und ultramontane Politiker, die Bismarck wegen der Redi-

girung der Emser Depesche angreifen, lassen doch die Politik des liberalen und zugleich kirchenfreundlichen Cavour gelten, die unter der Losung ausgeübt wurde: „Mag mein Name untergehen, mag mein Ruf untergehen, wenn nur Italien eine Nation wird!“ Hier aber, bei den Emser Vorgängen, da gilt, wenn irgendwo, das Treitschkesche Wort: „Das Bewußtsein, auf den Werken der Väter zu stehen und sie den Enkeln zu überliefern, ist das eigentliche lebendige Staatsbewußtsein. Wer das Fortwirken der Vergangenheit in der Gegenwart nicht anerkennt, der kann das Wesen und die Nothwendigkeit des Kriegs nicht verstehen.“ So war es am 13. Juli 1870. Die Ehre Preußens war in Frage gestellt. Bismarck, Roon, Moltke, sie hatten alle drei an jenem Tage das Gefühl, daß die Ehrfurcht vor den Fahnen Preußens dahin sein müsse, wenn Preußen jenen Schimpf hinnahm. Da war es eine unvergleichlich geniale und sittliche That, die Bismarck unter Moltkes und Roons lautem Beifall und unter der späteren Billigung des feinfühligsten der Monarchen vollzog, indem er Frankreich züchtigte, den nationalen Zorn entflammte und zugleich den deutschen Waffen die Sympathie Europas sicherte, die, wie aus dem Verhalten des intimsten aller Preußenfeinde, Friedrich Ferdinands Graf von Beust, hervorgeht, schon vorher wahrscheinlich war.

Das Bekenntniß des verewigten Bismarck, das er an zwei Stellen seiner „Gedanken und Erinnerungen“ mit Schärfe ausspricht, er habe nicht daran gedacht, den Krieg anticipando herbeizuführen und eine solche Politik stets für falsch angesehen, wird wohl Glauben finden. Er betont, auch siegreiche Kriege können nur dann, wenn sie aufgezwungen sind, verantwortet werden, und man könne der Vorsehung nicht so in die Karten sehen, um der geschichtlichen Entwickelung nach eigner Berechnung vorzugreifen. Dies Wort fällt bei der großartigen Besprechung der Emser Depesche. An einer andern Stelle wiederholt Bismarck dasselbe Urtheil fast wörtlich: in seinem Schreiben an Kaiser Wilhelm I. vom 13. August 1875. Durch diese das hohe sittliche Verantwortlichkeitsgefühl bekundende, in ihrer Bestimmtheit nicht zu übertreffende Erklärung werden alle die

halsbrecherischen Theorien, die Constantin Rößler, Hans Delbrück und andere über die Bismarckschen Absichten bei der Betreibung der Hohenzollernschen Candidatur aufgestellt haben, ein für allemal zerstört. Aus den „Gedanken und Erinnerungen" geht ferner hervor, daß Bismarck sehr wohl mit der Möglichkeit eines französisch-österreichisch-italienischen Bündnisses nach 1866 gerechnet hat (vgl. G. u. E. II 54. 103. 254), daß er aber keineswegs von der Voraussetzung ausging, dieser Dreibund sei so gut wie fertig. Es ist übergeistreich — Bismarck und Treitschke würden sich anders ausdrücken —, wenn man dem deutschen Staatsmann andichtet, er hätte eine Defensivmaßregel gegen den drohenden Krieg treffen wollen, indem er die Candidatur verwirklichen half. Bismarcks jetziger ausführlicher Bericht beweist die Hinfälligkeit eines solchen Gedankens so schlagend, wie das nur möglich ist.

Ist aber ein Krieg aufgedrängt, so hat ein Staatsmann die heilige Pflicht, ihn anzunehmen und ihm nicht feige aus dem Wege zu gehen, weil er durch den Krieg Hunderttausende von Menschenleben preisgiebt. Da kommen aber die Mönchsnaturen, die Ethiker und die modernen Friedensapostel und rufen laut: „Ein Krieg ist allemal vom Uebel. Man muß ihn unter allen Umständen vermeiden." Nirgends ist diesem sonderbaren Heiligen herrlicher der Text gelesen worden als in Treitschkes „Politik", und nirgends passen die dortigen Ausführungen besser als zu dem Völkerkampfe von 1870/71. Treitschke sagt: „Bis an das Ende der Geschichte werden die Waffen ihr Recht behalten, und darin gerade liegt die Heiligkeit des Krieges." Der Krieg ist die Politik κατ' ἐξοχήν." „Der lebendige Gott wird dafür sorgen, daß der Krieg als eine furchtbare Arznei für die Menschheit immer wieder kehrt." „Darin eben liegt die Hoheit des Krieges, daß der kleine Mensch ganz verschwindet vor dem großen Gedanken des Staates. In solchen Tagen scheidet sich die Spreu von dem Weizen. Was ist das für eine Verkehrung der Sittlichkeit, wenn man aus der Menschheit streichen will das Heldenthum!" „Der Krieg entfremdet nicht nur die Völker, er führt sie auch zusammen; er ist eines der stärksten Elemente des Werdens der Geschichte." „In den

großen Prüfungsstunden des Völkerlebens sehen wir, wie die kriegerischen Tugenden das Entscheidende sind. Ganz richtig nennt ein altes Wort den Krieg das examen rigorosum der Staaten; im Kriege zeigen die Staaten, was sie vermögen nicht nur an physischen Kräften, sondern auch an sittlichen und in gewissem Grade auch an Kräften der Intelligenz. Im Kriege tritt zu Tage, was ein Volk in der Stille gesammelt hat."

In den Kämpfen von 1866 und 1870 zeigte Preußen, was es in der Stille eines halben Jahrhunderts gesammelt hatte, ähnlich wie die schlesischen Kriege enthüllten, was die friedliche Regierung Friedrich Wilhelms I. an Kräften materieller, geistiger und sittlicher Natur aufgespeichert hatte.

Irren würde man, wenn man meint, daß Treitschke über das Gebahren der Franzosen, das den Krieg herbeiführte, schlechthin aburtheilt. Er sagt: „Sie alle haben das gesündigt, wofür sie später Napoleon III. verantwortlich gemacht haben. Am richtigsten wird man urtheilen, wenn man das ästhetische Gefühl des Publicums vergleicht. Ob ein Drama packt, darüber entscheidet doch zuletzt das Publicum; es hat ein Collectivurtheil, das doch am Ende das Richtige trifft. Aehnlich verhält es sich mit der öffentlichen Meinung im Staat. Nicht immer hat sie Recht; oft stimmt aber das Urtheil aller so überein, daß man das alte Wort: vox populi vox Dei anwenden kann, ohne einen Unsinn auszusprechen. Auch von den Franzosen muß man doch sagen, daß der Krieg von 1870 nicht schlechterdings frivol war von ihrer Seite. Die Stellung, die Frankreich eingenommen hatte durch Napoleon III., war eine führende gewesen. Es war natürlich, daß die Franzosen das emporkommende Deutsche Reich niederzuhalten suchten."

Die Unbefangenheit dieses Urtheils bei Treitschke hängt auf das Innigste mit seiner Anschauung vom Culturstaate zusammen. Jeder Staat hat nach ihm seine Mission und hat alles daran zu setzen, sie durchzuführen und daher sich geltend zu machen. „Alle Völker," so führt er gleich im Eingang der Politik aus, „sind ebenso wie die einzelnen Menschen einseitig, aber in der Fülle dieser Einseitigkeiten zeigt sich eben der Reichthum des Menschengeschlechts. Die Strahlen des gött-

lichen Lichts erscheinen nur unendlich gebrochen in den einzelnen Völkern. Ein jedes Volk hat darum das Recht, zu glauben, daß gewisse Kräfte der göttlichen Vernunft gerade in ihm am schönsten sich darstellen. Ohne Ueberzeugung kommt ein Volk gar nicht zum Bewußtsein seiner selbst. Die Deutschen sind immer in Gefahr, ihr Volksthum zu verlieren, weil sie von diesem Stolze zu wenig haben." Die im letzten Satze gerügte deutsche Eigenthümlichkeit wird von Bismarck in einer Weise ironisirt, die durchschlagend sein dürfte, indem er die Lächerlichkeit des deutschen Sprichworts: „Das ist nicht weit her" zeigt. Daß Bismarck positive Maßregeln zur Bekämpfung dieser deutschen Nationalschwäche ergriff, erfährt man u. A. aus der in den „Gedanken und Erinnerungen" mitgetheilten Thatsache, daß seit dem Eintritt Bismarcks in das Ministerium erst mit dem Brauch der preußischen Gesandtschaften, ihre Berichte französisch abzufassen, gebrochen worden ist. Für Treitschke hat selbst die rudis indigestaque moles Rußlands, von der Bismarck mit Vorliebe spricht, ihre culturelle Aufgabe zu lösen. Er sagt von dieser Macht: „Wenn irgend ein Staat, so hat Rußland das, was die Amerikaner eine große Schicksalsbestimmung nennen. Seine Culturmission in Asien ist unverkennbar, und hier hat es noch ungeheure Aufgaben zu lösen. In Asien sind die Russen als ein kaukasisches Volk, das zugleich aber noch in halborientalischen Staatsformen lebt, die wahren Culturbringer." Das ist eine andere Auffassung, als sie Haxthausen in seinen übrigens von Wilhelm Roscher so hoch geschätzten „Studien" und die Preußische Wochenblattspartei zum Entsetzen Bismarcks entwickelten: Rußland müsse ausgeschlachtet werden.

Es ist eine Klage, die man auf allen Gassen hört, daß der politische Aufschwung Deutschlands in dem großen Jahrzehnt 1862—1871 nicht auch einen Aufschwung der geistigen Kräfte im Gefolge gehabt hat, wie es z. B. in England in Zeiten politischen Steigens die Regel war. Da wird es zweckmäßig sein, auf Treitschkes hierhergehörige Bemerkungen hinzuweisen. Ihm führen die unberechenbaren individuellen Kräfte der Geschichte in Kunst und Wissenschaft ein sehr robustes,

eigenes Leben; „so lange sie etwas zu sagen haben, sprechen sie es auch aus, unbekümmert darum, wie die Staaten dazu stehen. Es giebt nationale Kämpfe, die das Nervenleben der Völker so angreifen, daß eine geistige Ermüdung unvermeidlich ist. Ein sehr großer Theil unserer nationalen Kräfte ging in der krampfhaften Einheitsbewegung auf, die Nation braucht Zeit, sich wieder zu sammeln."

Indem Bismarck durch seine Depesche vom 13. Juli bewußtermaßen aus dem Gefühl seiner Verantwortlichkeit für die Ehre Preußens heraus die öffentliche Meinung Europas über das Verhalten König Wilhelms täuschte, indem er ein ander Mal den Gebietsabtretungen heischenden Benedetti durch Hinhalten in den Glauben einwiegte, daß dergleichen möglich sei, indem er wieder ein anderes Mal durch die Bitte um Niederschrift der Napoleonischen Wünsche auf Belgien den armen französischen Botschafter in eine arge Falle lockte, da er diese Niederschrift später zu Anfang des Krieges benutzte, um Frankreich in der schlimmsten Weise vor Europa zu discreditiren, zeigte er sich als einen Meister in der Verschlagenheit. Im Allgemeinen ist der Grundzug seiner Politik aber Offenheit gewesen. Bismarck spricht sich über das System der Politik der aufgedeckten Karten in den „Gedanken und Erinnerungen" wie folgt aus: „In den meisten Fällen ist eine offne und ehrliche Politik erfolgreicher als die Feinspinnerei früherer Zeiten, aber sie bedarf, wenn sie gelingen soll, eines Maßes von persönlichem Vertrauen, das leichter zu verlieren, als zu erwerben ist." Hören wir, was Treitschke über diese Frage sagt, so wird man frappirt sein über die Uebereinstimmung mit Bismarck: „Es ist, im Großen gesehen, überhaupt nicht richtig, daß die Mittel der Verschlagenheit im diplomatischen Verkehr entscheiden. Eine loyale und rechtliche Politik gewinnt sich viel eher einen Credit, der eine wirkliche Macht ist. Wenn die Nachbarstaaten wissen: auf diese Regierung können wir uns verlassen, so liegt darin eine gewisse moralische Kraft für den Staat. Die wahrhaft großen Staatsmänner haben sich immer ausgezeichnet durch eine mächtige Offenheit. Wie gewaltig bei aller Schlauheit im Einzelnen

ist die massive Offenheit im Großen bei Bismarck! Und sie war für ihn die wirksamste Waffe, denn die kleinen Diplomaten glaubten immer das Gegentheil, wenn er mit Offenheit heraussagte, was er wollte."

Einer der instructivsten Abschnitte in der „Politik" sind die Darlegungen über die Revolution (I 131 ff.). Für Treitschke ist die Revolution weder ein gutes noch ein böses Prinzip. Zwar ist ihm eine Revolution immer ein Unrecht, aber Revolutionen können sittlich nothwendig werden. Historisches Leben ist ohne tragische Schuld gar nicht möglich. Treitschke exemplificirt besonders auf die Krisis von 1866. Seine weiteren Ausführungen über die verschiedenen Revolutionen der Geschichte zeigen, obwohl sie ganz selbständig und unabhängig sind, eine unleugbare Verwandtschaft mit Bismarcks berühmten Briefen an Leopold v. Gerlach. Beide, Bismarck wie Treitschke, weisen merkwürdigerweise fast mit denselben Worten auf den fragwürdigen Erfinder des Begriffes der Legitimität hin. In den „Gedanken und Erinnerungen" heißt es: „Das Mißvergnügen über meinen Verkehr mit Napoleon entsprang aus dem Begriffe, oder genauer gesprochen, dem Worte Legitimität, das in dem modernen Sinne von Talleyrand geprägt und 1815 mit großem Erfolge und zum Vortheile der Bourbonen als eine täuschende Zauberformel benutzt worden ist." Bei Treitschke lautet die einschlägige Stelle: „Wer hat den Ausdruck Legitimität in seinem modernen Sinne erfunden? Kein Anderer als Talleyrand. Wenn der auf dem Wiener Congreß anfing, von Legitimität zu reden, so meinte er unter legitimen Mächten die Bourbonen und ihre nächsten Verwandten in Neapel, dazu ihren Schützling, den König von Sachsen. Als revolutionär betrachtete er den preußischen Staat und den russischen, und so Alles, was dem bourbonischen Interesse entgegenstand. Es war eine frivole Phrase, um Gedankenlose oder Interessirte auf die Seite der Bourbonen zu bringen." Indem Bismarck die mildeste aller Revolutionen im Jahre 1866 vollzog, that er, was nothwendig und, historisch betrachtet, im höchsten Grade sittlich war. Mancher Preußen- und Bismarckfeind versteckt sich aber noch heute hinter die Formel Legitimität, die hier

wie bei Talleyrand zur täuschenden Zauberformel und zur Phrase wird.

Je länger Bismarck am Ruder war, um so gleichgültiger blickte er auf das Parteitreiben herab. Er brauchte die Parteien mit einander und gegen einander, je nachdem er dadurch das Staatswohl fördern zu können glaubte. Am nächsten hat er sich innerlich aber bis zuletzt der conservativen Partei gefühlt. Auch Treitschke blickte in späteren Jahren mit Souveränität auf das Parteitreiben, obwohl er es zuletzt am meisten mit der conservativen Partei hielt. Wie es für ihn keine absolut beste Staatsform giebt, sondern jeder Staat nach seiner Façon seine Zwecke durchzusetzen hat, so erklärte er es für eine Schrulle, wenn man Parteien construiren will, die durch die ganze Weltgeschichte dauern. „Wie der Sand die Dünen weht, so bilden sich neue Parteien." Für ihn ist es, nach einem Bismarckschen Wort, Aufgabe der Regierung, aus den verschiedenen Parteien die Diagonale der Kräfte zu finden.

Die Unbefangenheit, mit der Treitschke seine politischen Theorien entwickelte, tritt deutlich bei der Erörterung des positiven Widerstandsrechts zu Tage. Er kommt nach gründlicher Untersuchung zu dem Ergebniß, daß es ein solches Recht nicht giebt. Nur historisch läßt sich allenfalls der Ungehorsam gegen die Obrigkeit zuweilen rechtfertigen, so z. B. bei den Göttinger Sieben. Nach dem positiven Recht waren die edlen Männer der Wissenschaft damals durchaus schuldig. Auch Fürst Bismarck hat seinem Gewissen die schwere Frage vorgelegt, ob er eventuell sein Verhältniß als Untergebener noch aufrecht erhalten dürfe. Davon giebt das erschütternde Wort Kunde, das er in den „Gedanken und Erinnerungen" niedergeschrieben hat, und mit dem er andeutet, daß es ein Höheres giebt als den Gehorsam gegen den angestammten Herrn: „Ich würde gegen das brandenburgische Fürstenhaus keine Waffen gehabt haben, wenn ich ihm gegenüber mein deutsches Nationalgefühl durch Bruch und Auflehnung hätte bethätigen müssen." Bei der Ergebenheit, die Bismarck mit der Muttermilch für sein Königshaus eingesogen hatte, und bei der persönlichen Liebe, die ihn gerade an Wilhelm I. kettete, erhellt

dies Wort so recht die Tragik der Situation, in der sich Bismarck zuweilen befunden haben muß. Schon auf der ersten Seite der „Gedanken und Erinnerungen" erzählt er, daß die Verherrlichungen der That des Harmodios und des Aristogeiton auf der Schule sein monarchisches Gefühl nicht im mindesten zu erschüttern vermocht hätten. Damit vergleiche man das Loblied, das Treitschke dem geistvollen Tyrannengeschlecht der Pisistratiden singt, und mancher wird nachdenklich gestimmt werden über dies Zusammentreffen der kindlichen Gefühle unseres nationalen Helden, die sich gegen den Mord als solchen auflehnten, mit der historischen Wahrheit, in deren Lichte jene Mordthat ebenfalls als ein Verbrechen schlechthin erscheint.

Ueberseht man Bismarcks Laufbahn im Großen, so ergiebt sich, daß er ein Kämpferleben ohne gleichen geführt hat. Es war ein titanischer Kampf gegen das Ausland, Kampf gegen alle Parteien, Kampf gegen alle Ressorts, Kampf gegen die nächsten Freunde, Kampf gegen die Mitglieder des Herrscherhauses, Kampf auch gegen seinen eigenen König oder, wenn man will, ein unausgesetztes Ringen mit diesem, so unendlich viel Vertrauen und Liebe Wilhelm ihm auch schenkte. Darum ist Bismarck auch gar nicht anders zu betrachten, denn als gewaltiger Kriegsheld, und dies erklärt auch seine Popularität. Das hat Treitschke bereits in seiner letzten Rede, als der Tag der Kriegserklärung von 1870 fünfundzwanzigjährig wurde, hervorgehoben, und mit denselben Worten fast erklärt er sie im ersten Bande der „Politik": „Suchen wir nach den wahrhaft volksthümlichen Helden der Geschichte, so ist der allerhöchste Ruhm, der der Sage die Lippen löst, fast nur zu Theil geworden den Helden des Kriegs und der Religion. Der eigentliche Staatsmann dagegen wird nie populär sein. Es giebt von dieser Regel nur eine Ausnahme, und die ist eine scheinbare. Es ist Fürst Bismarck. Der aber lebt in der Vorstellung des Volks als ein Kriegsheld, als der eiserne Mann mit dem gelben Kragen der Magdeburger Küraſſiere."

Nur ein Held von Eisen konnte das erringen, was Bismarck errungen hat.

III.

Für das Urtheil über das eben geschichtlich Gewordene sind die „Gedanken und Erinnerungen" nirgends so werthvoll, als durch das Licht, welches auf das Verhältniß zwischen König und Staatsmann fällt. Nur die Dummheit und Niedertracht kann behaupten, daß Bismarck den Monarchen zu verkleinern suche. Leider sind diese Factoren nach Treitschke Großmächte. Es kann keine liebevollere Zeichnung der Persönlichkeit des ersten Hohenzollernkaisers geben als die, die Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" von ihm entwirft, und Bismarck ist dazu doch nur zu sehr in der mißlichen Lage, e vinculis causam dicere. Aber das ist eine Wahrheit: die aus der tiefsten Kenntniß der Persönlichkeit geschöpfte Schilderung Wilhelms I. in dem nachgelassenen Werke seines ersten Dieners zerstört geradezu mit Unbarmherzigkeit eine höfische Mythologie, von der selbst gesunde Schichten sich haben beeinflussen lassen und die leider einen historischen Niederschlag in zahlreichen Denkmalsinschriften und Büchertiteln erlebt hat. Angesichts der „Gedanken und Erinnerungen" geht es nicht an, noch länger von einem Wilhelm „dem Großen" zu sprechen. Als ich vor zwei Jahren meine bescheidene Charakteristik des „ersten Hohenzollernkaisers" herausgab, war ich meines Wissens der Einzige, der in einer selbständigen biographischen Schrift über den heißgeliebten Herrn diesen Beinamen ablehnte. Erich Marcks in seiner classischen Biographie Wilhelms I., die beklagenswertherweise auch nicht entfernt die Verbreitung gefunden hat, wie das byzantinische Werk Onckens, während sie in jedem gebildeten Hause zu finden sein müßte, hat dann nach mir eingehender und mit überzeugender Klarheit psychologisch begründet, warum der Beiname nicht am Platze ist. Die Wirkung der „Gedanken und Erinnerungen" wird allerdings vielleicht derartig sein, daß die Auffassung Kaiser Wilhelms I. geradezu etwas ungünstig beeinflußt wird. Die Glorie des gewaltigen Kanzlers überstrahlt unter dem frischen Eindrucke der „Gedanken und Erinnerungen" zu sehr die schlichte Persönlichkeit Wilhelms I. Da ist es gut, daß die „Politik" wieder in Erinnerung ruft, wie Treitschke, der unter allen Historikern doch

das meiste Verständniß für unsere nationalen Heroen besaß, über den größten Sohn der Königin Luise dachte. Treitschke hätte es ganz gewiß auch vermieden, ihm den Beinamen des Großen zu geben. Aber er wird doch nicht müde, von der Größe desselben in einzelnen Beziehungen zu sprechen, die den Beinamen „der Große", der die Gesammterscheinung in ihrem selbständigen Antheil an der Förderung der Völkergeschicke ins Auge fassen würde, ja durchaus noch nicht rechtfertigt. Ja Treitschke spricht ihm auch in gewissem Sinne Genialität zu: „Genial an Kaiser Wilhelm war nicht sein Genie, es war sein ruhiger, fester Wille, eine Gabe, die viel seltener ist, als man gewöhnlich meint. Diese Kraft des Charakters war seine Stärke." Ein anderer großer Zug, den Bismarck bei Wilhelm I. im Gegensatz zu Friedrich dem Großen hervorhebt, ist der gänzliche Mangel an Eitelkeit, oder anders ausgedrückt: die innerliche Bescheidenheit, bei allem Gefühl von der Würde seiner Stellung und dem Bewußtsein eigenen Könnens, das ihn erfüllte. Dabei ist das wunderbar harmonische Verhältniß zu beachten, das Wilhelm I. zum Heere gehabt hat, dessen gegebener, über alles geliebter Führer er war. In den „Gedanken und Erinnerungen" tritt das naturgemäß etwas zurück, und doch liegt in diesem Zuge ein wesentlicher Bestandtheil seiner Bedeutung. Bei Friedrich Wilhelm IV. fehlte diese günstige Bedingung einigermaßen. Insbesondere in den trüben Märztagen hatte das Verhältniß zwischen dem unglücklichen Könige und dem Heere einen schweren Stoß erfahren. Um diese Stellung Wilhelms I. zum Heere zu würdigen, muß man die Roonschen und Natzmerschen Denkwürdigkeiten zur Hand nehmen.

Die subjectivsten Züge trägt in den „Gedanken und Erinnerungen" die Charakteristik der Kaiserin Augusta. Diese begabte, temperamentvolle hohe Frau hat sich nur schwer in ihre Zeit hineinzufinden vermocht. Für sie gilt Treitschkes Wort: „Die Geschichte trägt durchaus männliche Züge, für sentimentale Naturen und für Weiber ist sie nicht". Treitschke als einer der grimmigsten Gegner der modernen Frauenbewegung findet, daß unsere germanischen Vorfahren von gesundem Sinne gewesen sind, indem sie die Weiber von der Regierung aus-

schlossen, und rühmt es als einen Vorzug Preußens, daß hier seit den Tagen des großen Kurfürsten eigentlich nie Frauen regiert haben. Von Bismarck erfahren wir, wie schwer es leider gewesen ist, unter Wilhelm I. dies Frauenregiment niederzuhalten. Will man aber aus der Größe der Hemmnisse, die sie verursacht hat, auf eine entsprechend große Bedeutung der Kaiserin schließen, so halten wir das für einen Trugschluß. Die Fähigkeit zu kritisiren wird ihr nicht abgesprochen werden können, diese beweist jedoch nicht ihr Können, zumal da sie nicht Recht mit ihrer Kritik behielt. Noch mehr Größe hätte sie zweifellos bewiesen, wenn sie nach ihren ersten Fehlurtheilen sich in den Geist der Wilhelminisch-Bismarckschen Politik hineinzuleben verstanden hätte. Auch hat es fast den Anschein, als wenn sie in den letzten Jahren, in denen sie mehr und mehr in Werken der Liebe aufging, größeres Verständniß für das Wesen jener Politik gewonnen hätte.

In eine etwas andere Beleuchtung als bei Treitschke und Sybel tritt der complicirteste der preußischen Königscharaktere, König Friedrich Wilhelm IV. In den „Gedanken und Erinnerungen" erscheint der unglückliche Herrscher entschieden in einem günstigeren Lichte. Vor Allem kommt hierbei in Betracht das Wort: „Es fehlte dem geistreichen Könige nicht an politischer Voraussicht, aber am Entschluß". Daß Friedrich Wilhelm IV. durch Schwäche ungeheuer gefehlt hat, steht für alle Zeiten fest. Hier wird aber von der berufensten Seite dem Könige ein hoher politischer Blick zuerkannt. Zweifellos wird der König — was Bismarck ehrt — in den „Gedanken und Erinnerungen" liebevoller behandelt als bei den beiden großen Historikern der neuen deutschen Geschichte, bei denen unleugbar die tiefe Verbitterung des Liberalismus unter Friedrich Wilhelm IV. noch etwas nachzittert, und vielleicht bei dem temperamentvolleren, stürmischer angelegten Treitschke noch mehr als bei Sybel. Den König ehrt es, daß er Bismarck so früh verstanden hat. Sein reicher Geist fühlte sich rascher zu dem kraftvollen Genius hingezogen als der schlichte Verstand und das zarte Gemüth Wilhelms I. Immer klarer wird es, daß neben der Entschlußlosigkeit Friedrich Wilhelms der Cardinal-

fehler seiner Regierung in der falschen Auffassung von der Aufgabe seiner Minister gelegen hat. Er wollte nur willenlose Werkzeuge. So verscherzte er sich die besten Kräfte, vor Allem Bismarck, aber auch Graf Albrecht v. Alvensleben-Erxleben, und zerrieb andere gute, die es über sich gewannen, Ministerposten unter ihm anzunehmen. Ungemein lehrreich sind die Auseinandersetzungen des Begründers des Deutschen Reichs, die darauf hinauslaufen, daß Friedrich Wilhelm IV. es schon 1848 und 1850 in der Hand gehabt hätte, das Reich womöglich mit noch größeren Machtfunctionen zu constituiren, als es 1870 geschehen ist, daß damalige Errungenschaften aber schwerlich von Dauer gewesen sein würden. Eine ganz neue Perspective eröffnet die näher und höchst einleuchtend begründete Ansicht: „Der latente deutsche Gedanke Friedrich Wilhelms IV. trägt mehr als seine Schwäche die Schuld an den Mißerfolgen unserer Politik nach 1848."

Ein anderes großartiges Charakterbild wird vom König Ludwig von Bayern entworfen. Das Haus Wittelsbach darf stolz sein auf das Denkmal, das der Fürst Bismarck seinem begabten Sproß hier gesetzt hat. Es ist von jeher ausgezeichnet gewesen durch hochbegabte Glieder, vielleicht mehr noch als die Hohenzollern, die in der überwiegenden Zahl einfache, darum aber gerade zum Herrschen berufene Naturen waren. Selbst Friedrich dem Großen ist diese Einfachheit eigen. „Was zeigt er trotz aller Genialität für einen schlichten Verstand, der immer das Naheliegende sieht," urtheilt Treitschke von ihm. Der großangelegte König Ludwig besaß, das zeigen uns die „Gedanken und Erinnerungen", wie Friedrich Wilhelm IV. ein tiefes Verständniß für die Genialität Bismarcks, an dem man sich wahrhaft erfreuen kann. In den Discussionen, die beide mit einander führten, spricht bei Bismarck mehr die staatsmännische Erwägung als der patriotische Wunsch. Hier finden sich zwischen Treitschke und Bismarck erhebliche Differenzen, da Treitschke seinem hochfliegenden Patriotismus rückhaltlos die Zügel schießen ließ. Treitschke erblickt im „Reich" eine ganz neue Staatsform, keinen Bundesstaat, weil hier ein Novum in dem Vorhandensein eines führenden Staates vor-

liegt, der die andern sich bündisch angegliedert und untergeordnet hat. Mit kühnem Ausblick sagt er: „Das neue Reich ist die werdende Monarchie, wie das alte Reich die zerfallende Monarchie war. Wie eine Kugel auf scharfer Kante wohl rollen, aber nicht stehen bleiben kann, so ist das Deutsche Reich bestimmt, sich stetig und zwar im Sinne der festeren Centralisation zu entwickeln." Da aber das Leben der Staaten nach Jahrhunderten zählt, so ist dies Wort bei Treitschke nicht so zu verstehen, daß er in Jahr und Tag diese Centralisation herbeigeführt wissen will, im Gegentheil wird man das Wort „stetig" bei ihm besonders betonen dürfen. Er hat radicale Aeußerungen, die er in dieser Hinsicht vor 1870 gethan hat, bei seiner unablässigen Selbstprüfung, bei seinem Ringen nach richtiger Würdigung der Dinge in späteren Aufsätzen mehrfach modificirt. Mit Recht hebt er, nachdem er den deutschen Staaten, außer Preußen, die Souveränität abgesprochen hat, auf der andern Seite hervor, wie die factische Macht der deutschen Bundesfürsten durch das neue Reich gewachsen ist: „Die Könige von Bayern und Württemberg und Sachsen haben durch das Deutsche Reich gewonnen an realer Macht. Sie haben aufgeben müssen eine Kriegsherrlichkeit, die sich 1866 als Illusion erwies, andrerseits haben sie durch den Fürstenrath die Möglichkeit erhalten einzuwirken auf den Gesammtwillen des großen Deutschen Reichs. Diese Einwirkung ist so bedeutsam, daß die wirkliche Macht dieser Herren eine größere ist, als sie früher war."

IV.

Neben den großen Charakterbildern, mit denen die „Gedanken und Erinnerungen" uns bereichert haben, geben sie auch eine Fülle von neuen Einzelheiten. Im Großen und Ganzen erkennt man, was schon früher anzunehmen war, daß Sybel in Bismarck seinen Hauptgewährsmann gehabt hat, als er sein monumentales Werk: „Die Begründung des Deutschen Reichs durch Wilhelm I." schrieb. Viele der wichtigsten Stellen desselben zeigen eine fast wörtliche Uebereinstimmung mit den „Gedanken und Erinnerungen". Eine wichtige Thatsache aber

ist ganz neu, die Erzählung am Schlusse des ersten Bandes der „Gedanken und Erinnerungen", aus der hervorgeht, daß Bismarck schon vor Abschluß des Wiener Friedens im October 1864 die Erwerbung der Elbherzogthümer für Preußen im Gespräch mit Kaiser Franz Joseph, König Wilhelm und Graf Rechberg ganz offen zur Discussion gestellt hat und daß König Wilhelm Bismarcks kühne Politik, für die dieser bei Franz Joseph durch seine beredten Darlegungen das Terrain gewonnen zu haben schien, vollständig durchkreuzte durch die unerwartete Antwort: „Er habe kein Recht auf die Herzogthümer". Bismarck will den Einfluß der königlichen Verwandten aus dieser unglückseligen Antwort herausgehört haben. Diese Vermuthung läßt sich nicht von der Hand weisen. Vielleicht darf man hier aber auch ein Wort Treitschkes über den tiefeingewurzelten deutschen Rechtssinn heranziehen, um die Antwort zu erklären. Bei Besprechung der allzu langsamen Zerstörung der nicht lebensfähigen kleinen geistlichen und weltlichen Staaten, der Säcularisation oder „Heimraumschung", wie die gemüthliche deutsche Bezeichnung dafür lautete, die im großen Stile erst in der Napoleonischen Zeit ausgeführt wurde, bemerkt Treitschke nämlich: „Der deutsche Rechtssinn war so stark, das Auf und Ab hielt sich so die Wage in unserer Geschichte, daß man nicht kräftig zuzugreifen wagte." Auch Schleiermacher hat über den alten Deutschen Bund bald nach den Freiheitskriegen gesagt: „Was hält denn diesen unsinnigen Zustand zusammen? Nichts als die Rechtlichkeit der Deutschen." Es war echt germanisch, wenn auch wenig politisch, als König Wilhelm mit jener Antwort seine Abneigung dagegen kund gab, eine der schwierigsten Fragen unbekümmert um gewisse zweifelhafte Rechtsverhältnisse durch einen kühnen Griff zu lösen, der manche Widerwärtigkeiten und möglicherweise bei der Haltung Rechbergs sogar das Hinauswerfen Oesterreichs aus dem Deutschen Bunde unter befriedigender Lösung des Dualismus erspart hätte. Das Gegenstück nach der andern Seite hin lieferte König Wilhelm in seinem Verhalten zu Nikolsburg, als er durchaus Oesterreich verkleinern, ein Richteramt anstatt deutsche Politik üben wollte.

Zu dem Wichtigsten, was die „Gedanken und Erinnerungen“ bringen, gehört die Fülle von Material, das Bismarck über die Abneigung der leitenden Militärkreise gegen ihn und seine Theilnahme an ihren Berathungen mittheilt. Sie steht ganz im Widerspruche zu dem Geiste des Clausewitzschen Fundamentallehrsatzes, daß der Krieg die gewaltsame Fortsetzung der Politik ist. Daraus folgt selbstverständlich, daß der leitende Staatsmann ein Anrecht, ja die Pflicht hat, mit den kriegführenden Factoren in engster Fühlung zu bleiben.

Eine recht interessante Neuigkeit ist die Erzählung Bismarcks über die Verhandlung des blinden Königs Georgs V. von Hannover mit ihm wegen des Eintritts in sein Ministerium. Neben seinem unendlich anschaulichen Bericht muß man lesen, was Treitschke über die Blindheit von Regenten sagt. Es nimmt sich aus wie ein Commentar, der eigens zu Bismarcks Auslassungen geschrieben wäre: „Unbedingt schließt von allen körperlichen Gebrechen nur eins von der Regierung aus, die Blindheit . . . Bei einem blinden Monarchen handelt es sich um die wichtige Frage der königlichen Unterschrift. Man kann nie sicher sein, ob der König statt des Blattes, das ihm vorgelesen worden ist, ein anderes unterschrieben hat. Es ruht hier Alles auf dem guten Glauben an einen Secretär. Darum haben große Reiche niemals blinde Herrscher ertragen . . . Deutschland hat den traurigen Ruhm, daß hier allein in neuerer Zeit Blinde regiert haben. Das ist auch ein Beweis, wie armselig unsere deutschen Kleinstaaten gewesen sind; die Thronbesteigung Georgs V. von Hannover war ein europäischer Scandal. Was dieser unglückliche Fürst Alles unterschrieben haben mag, Niemand weiß es“.

Auch die Mittheilung über die mangelhafte Ausnutzung des Siegs von Königgrätz ist neu, ebenso Bismarcks Unzufriedenheit über die mit Sachsen abgeschlossene Militärconvention, worin er mit Treitschke übereinstimmt, ferner die Darstellung seines Verhaltens in der Frage der Civilehe. Noch gar nicht zu übersehen in ihrer Bedeutung sind die Eröffnungen über die russische Politik seit dem Berliner Congreß.

Höchst belehrend für den Historiker und Politiker sind Bismarcks Ausführungen über Preußens Haltung während des Krimkrieges und bei der Pariser Friedensconferenz im Jahre 1856, ebenso die Bemerkungen zu der Controverse wegen der Beschießung von Paris. Für das Cabinetsstück aus der Jugendzeit, welches den Landgerichtsrath Prätorius schildert, begegnete mir kürzlich ein kleines Gegenstück in der Erzählung des Oberregierungsraths v. Struensee (Gustav v. See): „Ein Karneval". Darin zeigt sich, wie die damals beliebte Praxis der Ehescheidungen auf minder gefestigte junge Justizbeamte einwirkte.

Nicht recht verständlich ist es, wenn Bismarck gegen die Beurtheilung der Politik von Reichenbach (27. Juli 1790) durch chauvinistische Köpfe ankämpft. Treitschke und Sybel, die doch die Hauptstimmen darüber darstellen, haben mit Bismarck jene Politik durchaus getadelt. Wenn Bismarck die thaten- und ziellose Politik Friedrich Wilhelms III. abfällig beurtheilt, so geräth er dadurch allerdings in einigen Widerspruch mit Treitschke. Fast will es uns aber scheinen, daß hier zu sehr der auswärtige Politiker aus ihm spricht im Gegensatz zu dem innern Staatsmann, der weniger beirrt durch die äußere Welt in den eigenen Grenzen die Kräfte sammelt. Milder und wohl auch richtiger wie Treitschke beurtheilt er den Zaren Nikolaus, indem er dessen Ritterlichkeit und Idealismus hervorhebt. Diese Seite seines Wesens macht auch die innige Freundschaft Wilhelms I. für den Zaren verständlicher. Dagegen hat Bismarck von Karl I. und Strafford eine zu günstige Auffassung. Die Erzählung, wie er den alten König durch die Erinnerung an das ruhmvolle Beispiel jenes Stuarts und seines Ministers wieder aufgerichtet hat — diese Thatsache war schon früher bekannt geworden, tritt uns aber in den „Gedanken und Erinnerungen" in köstlicher Einkleidung entgegen —, ruft einigermaßen gemischte Gefühle hervor. Treitschke spricht in der „Politik" ausführlich über Ministeranklagen und zieht neben Hassenpflug und Hastings auch Strafford, Polignac und die Conflictszeit als Beispiele heran. Strafford gilt ihm aber als ein „ruchloser" Mensch, und die Stuarts nennt er Tyrannen schlechthin.

Ja er braucht einmal den Ausdruck von der erblichen Niedertracht der Stuarts. Nur die Unrechtmäßigkeit des Verfahrens gegen Karl und Strafford giebt er zu.

In der „Politik“ werden wir der Natur des Buches nach weniger mit neuem thatsächlichen Material gespeist. Hier liegt das Schwergewicht in der Fülle der Gesichtspunkte und Gedanken. Ein Capitel nimmt sich immer glänzender aus wie das andere. Zu den schönsten scheinen mir die Einleitung sowie die ersten Abschnitte über den Staatsbegriff, den Zweck des Staates, das Verhältniß des Staates zum Sittengesetz, ferner die über die aristokratische Republik, das Heerwesen und den Staat im Verkehr der Völker zu gehören. Das Herz schlägt einem alten Schüler des Meisters höher, wenn er die wundervollen Gedanken wieder liest, die dem uns nur allzu früh Entrissenen einst von den Lippen strömten und die herrliche Blicke in die Tiefe seines Gemüths thun ließen: „Das Glück des Lebens ist zu suchen nicht in geistiger Bildung, sondern in den Gütern des Gemüths, die jedem zugänglich sind, in der Kraft der Liebe und des ruhigen Gewissens“. „Etwas Höheres und Herrlicheres kann einem Manne gar nicht beschieden sein, als an dieser Pflicht des Staates (seinen Willen zu behaupten) mitzuarbeiten.“ „Man soll jeden Winkel Deutschlands durchstöbern, ehe man sich zutraut, über deutsche Geschichte zu schreiben.“ „Was es für uns werth war, als wir wieder einmal fühlen konnten, dieser Mann (Wilhelm I.) ist Deutschland, das ist gar nicht auszusagen.“ „So ein alter pensionirter Oberst mit seinen harten Augen kann eine ganze Geschworenenbank in Ordnung halten, wenn die Leute anfangen, weich zu werden.“ „Die letzten Probleme des sittlichen Lebens sind auf dem Gebiete der praktischen, nicht der theoretischen Vernunft zu lösen.“ „Ein Staat muß ein sehr hoch entwickeltes Ehrgefühl besitzen, wenn er seinem Wesen nicht untreu werden will. Er ist kein Veilchen, das im Verborgenen blüht, seine Macht soll stolz und leuchtend dastehen, auch symbolisch darf er sie nicht bestreiten lassen.“ „In Abstoßung und Anziehung vollenden sich die Schicksale der Staaten in einer Entwickelung, deren letzte Ziele den Sterblichen verhüllt sind und

deren Richtung wir nur bisweilen ahnen können. Es gilt zu verstehen, wie die göttliche Vernunft in dieser Mannigfaltigkeit des wirklichen Lebens sich nach und nach offenbart hat, es gilt nicht die Geschichte zu meistern."

Im Allgemeinen wird man sagen können, daß der erste Band der „Politik", der in zwei Büchern vom Wesen des Staates und von seinen socialen Grundlagen handelt, der also mehr die Grundbegriffe feststellt, reicher an einzelnen Gedankenblitzen und tiefen Aussprüchen ist. Dafür zeichnet sich der zweite Band, der in drei Büchern die Staatsformen, die Staatsverwaltung und den Verkehr der Völker bespricht, durch eine außerordentliche Mannigfaltigkeit fruchtbarer historischer Parallelen und Uebersichten aus, die durch ihre Anschaulichkeit vielleicht noch lebendiger auf die lesende Welt einwirken als große Stücke der grundlegenden Ausführungen. Treitschke hat gewisse Lieblingsthemata, auf die er immer wieder zu sprechen kommt, und niemals wiederholt er sich dabei geradezu, im Gegentheil, fast immer gewinnt er dem Stoff neue tiefe Gedanken ab. So verweilt er nur zu gern bei Besprechung der Schweizer und der Holländischen Verhältnisse. Immer wieder kehrt er zu der Geschichte des Deutschen Ordens zurück. Welche glänzende Parallele zieht er zwischen Karthago und den Niederlanden! Zu dem Studium der niederländischen Verfassung fühlte er sich von jeher besonders hingezogen wegen der Verwandtschaft, die sie mit der des Deutschen Reichs zeigte. Er weist darauf hin, daß Bismarck aus dem Buche seines Jugendfreundes, des geistvollen Amerikaners Motley über die Republik der Niederlande den Föderalismus theoretisch kennen gelernt und daß er dem merkwürdigen Amte des Rathspensionärs von Holland, das das lebendige Band zwischen der führenden Provinz Holland und der Union bildete, die Stellung des Reichskanzlers nachgebildet habe. Wo fände man wieder einen so plastischen Ueberblick über die Geschichte der Republik Venedig als in der „Politik" Treitschkes? Zu dem Geistreichsten gehört auch seine Darlegung, daß Athen das griechische Preußen und Sparta das hellenische Oesterreich war, im Gegensatz zu der öfter von Philologen vertretenen abweichenden Auffassung. Das

Bestehen der Schweiz hält er für eine europäische Nothwendigkeit: „Das französische und das deutsche Leben werden durch die Schweiz gleichsam ergänzt, man kann gar nicht wünschen, diese republikanische Entwickelung des deutschen Geistes zu vernichten, so wenig man die protestantische Form französischer Bildung am Genfer See entbehren möchte.“ Dagegen hat er den brennenden Wunsch, daß eine Zeit wiederkehren möchte, wo das Mündungsgebiet des Rheins wieder zum Reiche gehört. Von der Schweizer Freiheit urtheilt er allerdings nicht allzu hoch. Er meint: „Ich möchte den Schweizer Schriftsteller sehen, der in seiner Heimath über die Fehler der Demokratie so reden wollte, wie bei uns Jeder über die Mängel des Königthums reden darf: der Mann würde gesteinigt werden.“

Daß Niemand ergreifender über das Heerwesen und insbesondere das in der modernen Zeit zu reden wußte als Treitschke, braucht hier wohl nicht noch besonders betont zu werden. Aber auch die Gebiete, die nicht eigentlich in das Fach des Historikers fallen und wo viele, die diesen universell gebildeten Mann nicht näher kannten, kaum etwas Bemerkenswerthes zu hören erwarten, wie Rechtspflege und Verwaltung, weiß er äußerst lehrreich zu behandeln. Was er z. B. über das Strafrecht, insbesondere über die Todesstrafe und das Schwurgericht ausführt, ebenso seine Darlegungen über die Selbstverwaltung sind durchweg in hohem Grade fesselnd und anregend. Eine ganz besondere Vorliebe hat er für die Selbstverwaltung. Das hängt mit seinen ersten Studien zusammen. Hier bewundert er vor Allem das alte England. Auch die Eulenburgsche Verwaltungsreform beurtheilt er äußerst günstig, während wir von Bismarck lernen, daß diese doch noch unter seinen eigenen Auspicien vollzogene Gesetzgebung ihre sehr mißliche Seite hat. Schon ganz im Anfang der „Gedanken und Erinnerungen“ begegnen wir dem bemerkenswerthen Ausspruch Bismarcks: „Es muß früher oder später der wunde Punkt eintreten, wo wir von der Last der Schreiberei und besonders der subalternen Bureaukratie erdrückt werden.“ Das ist gerade mit Bezug auf die Selbstverwaltung geschrieben. Und noch

wiederholt spricht Bismarck sich abfällig über die Folgen der Eulenburgschen Umwälzung in der Selbstverwaltung aus. Bei Treitschke steigt nur einmal eine Ahnung auf, daß hier auch wohl Schattenseiten bestehen. Er findet einen Fehler in der Häufung der vielen Ausschüsse: „Eine Vereinfachung wird hier mit der Zeit jedenfalls erfolgen.“ Sicherlich wird hier das Genie des praktischen Lebens, also Bismarck, das Recht auf seiner Seite haben.

Von actuellem Werthe sind Treitschkes Ausführungen über Polen und die polnische Geschichte: „Wir waren auch schließlich in Posen auf dem rechten Wege unter dem großen Bismarckschen System, wir waren drauf und dran, auch in der Schule zu germanisiren ... Wie hat Fürst Bismarck dort geschaltet! Das war die natürliche Politik eines großen Staates, der sich fühlt,“ urtheilt er schon im ersten Bande. Ein Seitenstück zu den Polenreden Bismarcks ist der Ueberblick über die polnische Geschichte im zweiten. Da heißt es: „Es ist unleugbar ein Unglück für beide Theile, daß gerade die phantastisch veranlagten Großpolen Unterthanen Preußens geworben sind. Um so nöthiger ist es für uns, Strenge zu zeigen und das Vordringen deutscher Cultur, die endlich hier doch siegen muß, zu beschleunigen.“

Im letzten Abschnitte des herrlichen Werkes wird das unerträgliche Uebergewicht Englands zur See mit scharfen Worten gegeißelt. Treitschke hat es zweifellos als eine nationale Pflicht betrachtet, die Gefühle des nationalen Egoismus bei seinen Hörern gegenüber England recht energisch wach zu rufen. Man würde jedoch fehlgehen, wenn man annähme, daß er für das Wesen und die Größe Englands nicht das richtige Verständniß gehabt hätte. Mancher Leser wird erstaunt sein über die Gerechtigkeit, die gerade Treitschke auch dem von ihm stark gehaßten England zu Theil werden läßt.

Die Erklärung für diese gründliche Abneigung finden wir in Treitschkes nationalem Kummer über die ungeheuere englische Expansion mit den brutalsten und völkerrechtswidrigsten Mitteln. Er sagt einmal: „Wir sehen heute, was wir versäumt haben. Furchtbar sind die Folgen des letzten halben

Jahrhunderts gewesen; da hat England erst die Welt erobert. Der Continent in fortdauerndem Unfrieden hätte keine Zeit, seinen Blick über das Meer zu wenden, wo England Alles an sich riß. Das haben die Deutschen versäumen und verschlafen müssen, weil sie mit ihren Nachbarn und mit eigenen inneren Kämpfen soviel zu thun hatten." An anderer Stelle heißt es: „Unser neunzehntes Jahrhundert ist gleichsam der Testamentsvollstrecker des sechzehnten. Die Entdeckung der neuen Welt, die Columbus vollzog, ist erst jetzt praktische Wirklichkeit geworden."

In den Urtheilen über die Nothwendigkeit einer deutschen Colonialpolitik großen Stils tritt am meisten der Unterschied zwischen Bismarcks und Treitschkes Beleuchtung der deutschen Politik hervor. Bismarck blickt wohl auch in die Zukunft, aber nur insofern, als er das Erworbene, Geschaffene vertheidigen will. Treitschke redet viel mehr einer vorwärtsdrängenden Action das Wort. Nach ihm kann Deutschland ohne Colonien seine Culturmission nicht erfüllen. Kein Patriot wird ohne Bewegung das lesen, was Treitschke über die Nothwendigkeit der Ausbreitung des deutschen Namens jenseits des Weltmeers sagt. Jede Gelegenheit nimmt er wahr, um seinen Hörern in dieser Beziehung das Gewissen zu schärfen: „Es handelt sich doch um unser Dasein als Großstaat bei der Frage, ob wir auch jenseits der Meere eine Macht werden können. Sonst eröffnet sich die gräßliche Aussicht, daß England und Rußland sich in die Welt theilen, und da weiß man wirklich nicht, was unsittlicher und entsetzlicher wäre, die russische Knute oder der englische Geldbeutel." „Was bedeutet es nicht, daß es jetzt bald 300 Millionen englisch redender Menschen giebt?" „Es ist sehr gut denkbar, daß einmal ein Land, das keine Colonien hat, gar nicht mehr zu den europäischen Großstaaten zählen wird, so mächtig es sonst sein mag. Darum dürfen wir nicht in jenen Zustand der Erstarrung kommen, der die Folge einer rein festländischen Politik ist, und das Ergebniß unseres nächsten glücklichen Kriegs muß womöglich die Erwerbung irgend einer Colonie sein." „Dieses Deutschland mit seiner widerwärtigen Küste ist einst doch die erste Seemacht gewesen und soll es, so

Gott will, wieder werden." „Wir wollen und sollen unsern Antheil nehmen an der Beherrschung des Erdkreises durch die weiße Rasse. Hier haben wir von England noch unendlich viel zu lernen, und eine Presse, die diese ernsten Dinge mit einigen schlechten Witzen abzuthun versucht, zeigt, daß sie keine Ahnung hat von der Heiligkeit unsrer Culturaufgaben."

V.

In einem mit echt jüdischer Rabulisterei geschriebenen Aufsatze der „Nation" behauptet Ludwig Bamberger u. A., Bismarck hätte es niemals eingestanden, wenn er Unrecht gehabt habe. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Bismarck die Verantwortung für mancherlei Maßregeln auf die Schultern seiner Mitarbeiter abgewälzt hat. Schon früher war dies zu Tage getreten in der Abwälzung der Verantwortung für die liberale Wirthschaftspolitik auf Delbrück. Aehnlich war es mit den kirchenpolitischen Gesetzen, die Falk veranlaßte. Bismarck giebt in den „Gedanken und Erinnerungen" die psychologischen Mißgriffe, die in vielen Gesetzen enthalten waren, unumwunden zu. Er hat aber zuviel Werth auf Falks sonstige Mitarbeit gelegt, um ihn deswegen preiszugeben. In den „Gedanken und Erinnerungen" opfert er auch die Eulenburgsche Verwaltungsreform. Nur in offenbar von Hermann Wagener, dem Freunde Bismarcks aus den Anfängen der „Kreuzzeitung" her, herrührenden Aufsätzen in der „Deutschen Revue" sind mir bisher Anzeichen begegnet, daß in dieser Hinsicht weitgreifende Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Staatsmännern bestanden. Da Bismarck die Gesammtverantwortung für die Politik des Deutschen Reichs und Preußens bis zu seinem Rücktritte zu tragen hat, so liegt in dieser Preisgabe einzelner Ressorts immerhin schon ein indirectes Zugeständniß von Fehlern, deren er sich in der Politik schuldig gemacht hat. Er will sagen: Man darf mich nicht für allwissend halten, alles konnte ich nicht zugleich gut regeln; und man wird geneigt sein, ihm bei seinen diesbezüglichen Darlegungen unbedingten Glauben zu schenken, wenngleich hier vielfach noch nicht das letzte Wort gesprochen sein dürfte. Bei einer ganzen Reihe von Einzel-

heiten gesteht Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen“ jedoch ganz unumwunden seinen Irrthum oder sein unrichtiges Verhalten ein, und diese Stellen darf man mit Fug und Recht zu den bemerkenswerthesten zählen. Hier wird man an eins der schönsten Worte von Treitschke erinnert: „Jeder, der innerlich an sich weiter arbeitet, wird in die Lage kommen, sich selbst zu widersprechen, etwas zurückzunehmen, was er früher geglaubt und behauptet hat. Bedeutende Naturen thun das ganz unbefangen, mittelmäßige fürchten sich davor.“ Seine ursprünglichen Ansichten über Oesterreichs Verhältniß zu Preußen hat Bismarck bekanntlich sehr bald am Bundestage geändert. Das gab er schon durch die Veröffentlichung der Bundestagsdepeschen mit großer Bereitwilligkeit zu erkennen. Jetzt hat er auch noch ausdrücklich in den „Gedanken und Erinnerungen“ auseinandergesetzt, daß sich in dieser Beziehung bei ihm eine Meinungsänderung vollzogen habe. Ebenso giebt er jetzt mit großer Ruhe zu, daß die ursprüngliche Bildung der Ersten Kammer im Jahre 1848 glücklicher war als die spätere Bildung des Herrenhauses im Jahre 1854, und daß er sich zu jener Zeit, indem er Friedrich Wilhelms IV. Pläne in dieser Beziehung unterstützte, von falschen Ideen habe leiten lassen. Dies Bekenntniß würde Treitschke hoch erfreut haben, wenn er es noch erlebt hätte. Denn wenige haben die Zusammensetzung des preußischen Herrenhauses so lebhaft bekämpft wie gerade Treitschke in seinen Vorlesungen über Politik. Berühmt ist Bismarcks Geständniß, daß er sich in seinen auf das Parlament und auf den Bundesrath gesetzten Erwartungen vollkommen getäuscht habe. Die Politik der Fürsten hat ihm viel mehr zugesagt als das Verhalten des Reichstags, und er hatte gemeint, die Dinge würden sich umgekehrt entwickeln.

In hohem Grade ehrend ist es für den Kanzler, daß er bekennen zu müssen glaubt, er hätte aus Rücksicht auf sein Verhältniß zu König Wilhelm nicht auf die Beseitigung Usedoms aus seiner Stellung als Gesandter am italienischen Hofe bringen dürfen. „Ich fühle mich heut beschämt von der Liebenswürdigkeit, mit welcher der König meine amtliche Pedanterie ertrug. Ich hätte ihm und seinem Maurerglauben den Dienst

in Florenz opfern sollen." Allerdings ist auch das Verhalten König Wilhelms bei jener Angelegenheit so erhaben und so herzbewegend, daß das jetzige Reuebekenntniß seines eisenköpfigen Kanzlers nur zu begreiflich wird: „Mein größtes Glück ist es ja, mit Ihnen zu leben und immer fest einverstanden zu sein. Wie können Sie Sich Hypochondrien darüber machen, daß eine einzige Différenz Sie bis zum extremsten Schritt verleitet! ... Ihr Name steht in Preußens Geschichte schöner als der irgend eines Preußischen Staatsmannes. Den soll ich lassen? Niemals" (geschrieben den 22. Februar 1869). Daß der König auch politisch in dieser schwierigen Lage die vollkommenste Klarheit seinem Staatsmann gegenüber behauptete, das lehrt sein Brief vom 26. Februar 1869, der zu den großartigsten Actenstücken gehört, die wir von Wilhelm I. besitzen. Außer jenem Reuebekenntniß hat Bismarck noch ein zweites, allgemeineres abgelegt bei der allgemeinen Charakteristik Wilhelms I., wo er von dem passiven Widerstande spricht, den er seinem Herrn oft geleistet habe, „den ich heut in ruhiger Stimmung mißbillige und bereue, wie man analoge Empfindungen nach dem Tode eines Vaters hat, in Erinnerung an Momente des Dissenses."

VI.

Wenn eine Stimme von einer ungeheueren Zertrümmerung von Mythen reden zu müssen glaubt, die durch das Erscheinen der „Gedanken und Erinnerungen" erfolgt sei, so ist das doch nicht in dem Maße zutreffend, höchstens für Leser, die sich weniger mit der Lectüre von Geschichtswerken, wie Sybel, den Gerlachschen Memoiren, den Briefen Bismarcks und Gerlachs, diesen Jahrbüchern oder dem Wilhelm von Erich Marcks abgegeben haben oder in das liberale Lügengewebe eingesponnen waren. Wie mir scheint, hat Schmoller den Haupteindruck, den die „Gedanken und Erinnerungen" hinterlassen, sofort nach deren Erscheinen richtig hervorgehoben: ein Zug ungeheuerer Tragik weht durch das Ganze. Das Schicksal unseres größten Sohnes war dazu geschaffen, um jene Menschenverachtung in ihm aufkommen zu lassen, wie sie z. B. Friedrich der Große hegte, der da sagte: „Mein Lieber, ich sehe, Sie kennen die

Menschen noch nicht. Der Mensch ist im Allgemeinen eine häßliche Raupe." Trotzdem halten sich die „Gedanken und Erinnerungen" meist frei von jenem weltverachtenden Tone, der erklärlich gewesen wäre. Die rührende Liebe, mit der König Wilhelm gezeichnet ist, die Achtung, mit der Bismarck von Friedrich Wilhelm IV. und Nicolaus, das Wohlwollen, mit dem er von Kaiser Friedrich spricht, die Anerkennung und Pietät, die er Männern wie Leopold v. Gerlach, Roon u. A. zollt, die Gerechtigkeit, die er Moltke zu Theil werden läßt, Alles das muthet äußerst wohlthuend an und steigert die Tragik des Ganzen. Die Grundstimmung mag bei Bismarck manchesmal allerdings sehr weltverachtend gewesen sein, und an ihn hat Treitschke sicher auch gedacht, als er sagte: „Wohl zeigen alle wahrhaft politischen Denker einen Zug cynischer Menschenverachtung, und wenn sie nicht zu stark ist, so hat sie ihr gutes Recht."

Düster und bitter zugleich sind nur gewisse Anspielungen auf den neuen Curs. Sie verrathen das unter der Asche glimmende Feuer. Wir verzeichnen einige dieser Stellen: „Friedrich der Große hinterließ ein reiches Erbe von Autorität und von Glauben an die preußische Politik und Macht. Seine Erben konnten, wie heut der neue Curs von der Erbschaft des alten, zwei Jahrzehnte davon zehren, ohne sich über die Schwäche und Irrthümer ihrer Epigonenwirthschaft klar zu werden." In Bezug auf seine großartige russisch-polnische Politik im Frühjahr 1863 sagt er: „Ich zweifle nicht, daß eine Zeit kommen wird, in der auch über diese Vorgänge unsre Archive der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden, es sei denn, daß inzwischen die angeregte Zerstörung der Documente sich vollzieht, die von meiner politischen Thätigkeit Zeugniß geben." Bitter äußert er sich auch über die Erwerbung von Helgoland. Friedrich Wilhelm IV. vergißt er, wenn er auf die neueste Zeit zielend sagt: „Frühere Herrscher sahen mehr auf Befähigung als auf Gehorsam ihrer Rathgeber." Bitter ist auch die Wendung: „Zugelassene, nicht befohlene Huldigungen." Bitter wird er auch mehrmals gegen Caprivi. Das schärfste aller Worte darf man aber wohl in der Wendung erblicken: „Es ist unver-

nünftig und ruchlos, die Brücke, die uns eine Annäherung an Rußland gestattet, aus persönlicher Verstimmung abzubrechen."

Aehnliche bittere Empfindungen hat auch Treitschke in den letzten Jahren gehegt. Gelegentlich verrathen sie sich in der „Politik": „Jeder menschlichen Verpflichtung ist eine letzte Schranke gesetzt, die des Gewissens. Absolute Hingebung an einen sterblichen Menschen kann es nicht geben. Man soll nicht zu unsern Soldaten sprechen, als ob sie auch Vater und Mutter auf Befehl ihrer Vorgesetzten todtschlagen müßten." „Wir haben Formen angenommen für unser höfisches Leben, welche nicht den Ursprung des freien Arierthums an sich tragen, sondern das Dumpfe, Trübe orientalischer Knechtschaft." „Gerade heute, wo diese Partei (das Centrum) systematisch von oben herab gepflegt wird, sehen wir die Folgen an dem schrecklichen Durcheinander der Meinungen." Den Reichskanzler Caprivi behandelte Treitschke geradezu mit Ironie. Der Herausgeber der „Politik" hat ohnehin, wie Grund anzunehmen vorliegt, manches scharfe Wort gegen den neuen Curs unterdrückt. Ueber die eigentliche Stimmung Treitschkes nach dem Sturze Bismarcks geben die Bemerkungen Mittelstädts in dem Vorwort zu Treitschkes Reichstagsreden Aufschluß.

Hin und wieder formulirt auch Bismarck allgemeine politische Regeln. Einzelne dieser Sätze werden sich wegen ihrer Präcision dauernd dem Gedächtniß der gebildeten Welt einprägen, so der Ausspruch: „Die geschichtliche Logik ist noch genauer in ihren Revisionen als unsere Oberrechenkammer." „Die internationale Politik ist ein flüssiges Element, das unter Umständen zeitweilig fest wird, aber bei Veränderungen der Atmosphäre in seinen ursprünglichen Aggregatzustand zurückfällt." Treitschke faßt denselben Gedanken in die Worte: „Wir sehen den großen Prozeß der expansiven Civilisation mit der unhemmbaren Gewalt einer Naturmacht sich fortsetzen. Hier ist ein Gleichgewicht noch nicht im Entferntesten vorhanden. Ein Thor, wer glauben wollte, daß dieser Entwickelungsprozeß je zum Stillstand kommen könnte; das aber muß annehmen, wer an den ewigen Frieden glaubt."

So weht uns ein Geist aus den beiden herrlichen Vermächtnissen an. Was einst Dichtermund gesungen hat:

Es soll der Sänger mit dem König gehn,
Sie beide wohnen auf der Menschheit Höhn,

kann man auch auf den Staatsmann und den Historiker des Reiches anwenden, und wir Deutsche dürfen uns freuen, daß die beiden führenden Geister unsres Volkes so Hand in Hand gehen und sich so ergänzen.

3.

Zur Bismarck-Litteratur.

Von Prof. Dr. Horst Kohl (Chemnitz).

1. Johannes Penzler, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung. Leben und Politik des Fürsten seit seinem Scheiden aus dem Amte auf Grund aller authentischen Kundgebungen. Leipzig (W. Fiedler) 1897/1898.

An sich würde eine Zusammenstellung von Zeitungsartikeln aus den Jahren 1890—1898, die sich retrospectiv mit der Geschichte des Fürsten Bismarck, den Zielen seiner Politik, den Ursachen und Wirkungen seiner Entlassung ꝛc. beschäftigen, von großem Werthe sein und dem später arbeitenden Historiker ein Material zur Verfügung stellen, das er sich bei der Vergänglichkeit unserer Tageslitteratur nur mühselig wird beschaffen können. In dieser Absicht habe ich für das Bismarck-Jahrbuch vom ersten Bande seines Erscheinens ab versucht, die bedeutsameren Artikel der „Hamburger Nachrichten" zusammenzustellen, die dem Historiker der Bismarckschen Zeit von Nutzen sein könnten. Niemals aber ist diesen Artikeln im Bismarck-Jahrbuch der Charakter absolut authentischer Kundgebungen des Fürsten Bismarck beigelegt worden. Fürst Bismarck hat gelegentlich dem politischen Redacteur dieses Blattes Informationen ertheilt oder auf seine Fragen mündlich Auskunft gewährt und ihm dann überlassen, diese Mittheilungen in seinen Artikeln zu verwerthen. Durchaus im Einklang mit dieser Thatsache haben die „Hamb. Nachr." im Laufe der Jahre wiederholt erklärt, daß nicht Fürst Bismarck, sondern Dr. Hofmann der Redacteur der „Hamb. Nachr." und für die politischen Artikel allein verantwortlich sei.

Der Verleger des Penzlerschen Werkes ist aber in seinen Ankündigungen und Reclamen weiter gegangen; er macht den Fürsten Bismarck nicht nur zum directen Urheber aller darin aufgenommenen Artikel der „Hamburger Nachrichten", sondern er vindicirt ihm auch noch eine große Zahl anderer Artikel, die in andern Zeitungen erschienen sind und z. Th. von Leuten herrühren, die niemals in Beziehungen zum Fürsten Bismarck gestanden haben. In einem dem Schlußbande vorzustellenden Vorwort suchte er das Penzlersche Werk als das politische Testament des Fürsten Bismarck dem deutschen Volke anzupreisen. Um für sein Vorwort die Zustimmung des Fürsten Herbert Bismarck zu gewinnen, sandte Herr Fiedler ihm sein Elaborat vor dem Abdruck ein, erhielt es aber mit Brief vom 24. October 1898 verkürzt und unter Streichung derjenigen Stellen zurück, in denen die Authenticität aller dem Werke einverleibten Zeitungsartikel ausdrücklich behauptet wurde. Herr W. Fiedler benutzte die Thatsache, daß Fürst H. Bismarck das Vorwort geändert hatte, um urbi et orbi im Börsenblatt des deutschen Buchhandels sowie in den ausgegebenen Prospecten und Weihnachtskatalogen zu verkündigen, daß das Werk von Johs. Penzler nun auch von Seiten des Fürsten Bismarck als eine Sammlung authentischer Kundgebungen anerkannt worden sei.

Gegen diese Verwendung seines Namens protestirte Fürst H. Bismarck in den beiden Briefen vom 27. November und 3. December, sowie durch eine im „Leipziger Tageblatt" vom 11. December veröffentlichte Notiz folgenden Wortlauts:

Die Fassung der Reclame, mit welcher das an sich verdienstvolle Werk Penzlers „Fürst Bismarck nach seiner Entlassung" in buchhändlerischen Weihnachtsanzeigen empfohlen wird, geht in ihrer Angabe, daß alles darin Enthaltene „anerkannt authentisch" sei und Anregungen des Fürsten Bismarck entstamme, zu weit. Die Herren der näheren Umgebung des Fürsten Bismarck haben wiederholt Aeußerungen von ihm gehört, in denen er gegen die Autorschaft einiger darin wiedergegebener Zeitungsartikel protestirte. Im Großen und Ganzen werden die von Herrn Penzler mit vielem Fleiß gesammelten Artikel den Auffassungen des Fürsten Bismarck entsprechen: die Verlagsbuchhandlung hätte es unseres Erachtens aber besser vermieden, in ihrer Ankündigung die ausnahmslose Authenticität sämmtlicher Artikel zu stark zu betonen,

da es auf der Hand liegt, daß eine solche nur vom Fürsten Bismarck selbst hätte bestätigt werden können: die Nachsuchung dieser Bestätigung verbot sich bei der Fülle des gebotenen Materials jedoch von selbst. Vielleicht wird der Herr Verleger im geschichtlichen Interesse demnächst Anlaß zur Veröffentlichung der Correspondenz nehmen, welche er nach seinen buchhändlerischen Publicationen über das Werk mit dem Fürsten Herbert Bismarck geführt hat.

Herr W. Fiedler antwortete am 20. December im gleichen Blatte:

Ich habe bereits einer „zuständigen Seite" wiederholt Mittheilung gemacht, daß ich mir in keiner Weise bewußt bin, in den Weihnachtsanzeigen über „Fürst Bismarck nach seiner Entlassung" über das Maß hinausgegangen zu sein, das ich nach den in meinen Händen befindlichen Schriftstücken für die Authenticität des Werkes in Anspruch nehmen darf. Ich halte die Zeit nicht für geeignet, um der an mich ergangenen Aufforderung: „Im geschichtlichen Interesse Anlaß zur Veröffentlichung der Correspondenz zu nehmen, welche ich nach meinen buchhändlerischen Publicationen mit dem Fürsten Herbert Bismarck geführt habe", zu entsprechen, ich erkläre mich aber gern bereit, Interessenten dieses Material schon jetzt in meinem Geschäftslocal zur Einsicht vorzulegen, wie auch nach dem Feste sämmtliche auf die Authenticität des Werkes bezügliche Schriftstücke in ihrem vollen Wortlaut zu veröffentlichen. Ich werde dieser Aufforderung um so lieber nachkommen, als ich glaube, durch Bekanntgabe der in meinen Besitz befindlichen Materialien zu dieser Angelegenheit nicht nur einem geschichtlichen, sondern auch dem Interesse des in Frage stehenden Werkes selbst zu dienen, an dessen Verfolgung mich bisher Rücksichten verschiedenster Natur hinderten.

Da er seinem Versprechen, die über die Authenticität des Penzlerschen Werkes geführte Correspondenz nach dem Weihnachtsfeste zu veröffentlichen, bisher nicht nachgekommen ist, bin ich ermächtigt, die drei in dieser Angelegenheit ergangenen Briefe des Fürsten H. Bismarck im Interesse der geschichtlichen Wahrheit an dieser Stelle zu publiciren.

I.

Herrn W. Fiedler, Verlagsbuchhändler, Leipzig.

Schönhausen, 24. October 1898.

Geehrter Herr.

Ihr gefälliges Schreiben habe ich erhalten und daraus ersehen, daß Ihnen mein Brief an Herrn Penzler bekannt ist, so daß ich mich auf das darin Gesagte beziehen darf.

Mit Bezug auf Ihre gefl. Mittheilung möchte ich primo loco bemerken, daß ein „Verstoß“ gegen schuldige Pietät oder gegen meine Interessen gewiß nicht vorliegt: ich wüßte nicht, worin man diesen finden sollte. Die Bedenken, welche ich Herrn Penzler gegenüber zu erheben hatte, lagen lediglich auf sachlichem Gebiete und richteten sich gegen Redewendungen, welche, wie im vorletzten Absatz des mir von Ihnen eingesandten gedruckten Entwurfs des Vorwortes, darauf hinausgehn, das Werk in seiner Totalität als „das politische Testament des Fürsten Bismarck“ zu bezeichnen. Dies würde mit Rücksicht auf die geschichtliche Wahrheit nicht gedruckt werden können, da außer mir alle Herren der näheren Umgebung meines Vaters wiederholt Zeugen seiner protestirenden Aeußerungen gewesen sind, mit denen er sich dagegen verwahrte, alle ihm in dem Penzlerschen Werke zugeschriebenen Artikel inspirirt zu haben.

Dieser Thatsache gegenüber befinde ich mich, wie Sie anerkennen werden, in einer Zwangslage, und würde im Interesse der objectiven geschichtlichen Wahrheit genöthigt sein, eine Richtigstellung unter Bezugnahme auf die anderen erwähnten Herren zu veröffentlichen, wenn meinem Vater Artikel zugeschrieben werden sollten, die er selbst z. Th. als seinen Auffassungen zuwiderlaufend bezeichnet hat. Ich zweifle nicht, daß Dr. Hofmann bei seiner Durchsicht guten Glaubens gewesen ist; sein Gedächtniß kann ihn aber auch täuschen, und für die Bestätigung seiner Erinnerung muß es hier wie in allen ähnlichen Fällen heißen: audiatur et altera pars, zumal wenn diese altera pars Fürst Bismarck ist. —

Ich weiß nicht, wem gegenüber Euer Hochwohlgeboren die Verpflichtung zu einem Vorwort übernommen haben, wiederhole aber meine Herrn Penzler ausgesprochene Ansicht, daß ein Vorwort, welches mit dem Proteste meines Vaters nicht in Einklang zu bringen ist, dem sonst gewiß verdienstlichen Werke nur Schaden und keinerlei Nutzen bringen könnte. Um Euer Hochwohlgeboren in Anerkennung der guten und nützlichen Seite des Buches möglichst entgegen zu kommen, habe ich mir erlaubt, das mir übersandte Vorwort soweit

zu kürzen, daß es mit den jetzigen kleinen Aenderungen allenfalls annehmbar sein würde; sehr viel erwünschter würde es mir aber sein, wenn ein Vorwort, zu dem ich nach den von Herrn Penzler beabsichtigten erklärenden Zeilen einen zwingenden Anlaß nicht zu erkennen vermag, ganz weg bliebe. Ich habe von der jetzigen Fassung Abschrift zurück behalten und würde, falls deren Wortlaut von Ihnen nicht acceptirt werden sollte, zu meinem lebhaften Bedauern nicht umhin können, mit einer Verwahrung im Interesse der historischen Wahrheit öffentlich hervorzutreten.

In vorzüglichster Hochachtung

H. Bismarck.

II.

Schönhausen, 27. Nov. 98.

Euer Hochwohlgeboren

haben, wie ich zu meiner Ueberraschung aus No. 255 des „Börsenblattes" vom 3ten c., Seite 8218, ersehe, auf unsere Correspondenz über das Vorwort zu dem Penzlerschen Werk öffentlich Bezug genommen und am Schlusse Ihrer gedruckten Publication erklärt, „daß der authentische Werth des Werkes nunmehr definitiv feststände." Der letztere Satz entspricht nicht den Ausführungen meines an Ew. Hochwohlgeboren gerichteten Schreibens vom 24. v. M., welches besonders hervorhebt, daß mein Vater gegen verschiedene ihm in dem erwähnten Werke fälschlich zugeschriebene Artikel protestirt hat.

Ich war nicht darauf vorbereitet, daß mein Brief, der Einspruch dagegen erhob, daß allen Artikeln des Penzlerschen Werkes durch ein Vorwort Authenticität zugeschrieben werden sollte, gegentheilig verwerthet werden würde, und werde mich, nachdem Ew. Hochwohlgeboren ihn ohne Rückfrage in nicht zutreffender Weise öffentlich interpretirt haben, zu meinem Bedauern genöthigt sehen, eine öffentliche Richtigstellung zu veranlassen. Da Ew. Hochwohlgeboren sich in der Eingangs genannten Druckschrift auf unsere Correspondenz öffentlich be-

zogen haben, darf ich annehmen, im Sinne Ihres Vorgehens zu handeln, wenn ich nunmehr den Text meines Briefes publicire.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Bismarck.

III.

Schönhausen, 9. Dec. 98.

Ew. Hochwohlgeboren

gefälliges Schreiben vom 3ten d. M. geht von einer irrthümlichen Voraussetzung aus, wenn es annimmt, daß die Reclame in dem „Börsenblatt ꝛc.", die ich unter dem 27ten v. M. als meinem Ihnen gegenüber gemachten Vorbehalt zuwiderlaufend mit Recht beanstandete, der Oeffentlichkeit vorenthalten bleiben würde. In verschiedenen mir durch Buchhandlungen offen zugesandten Weihnachtskatalogen — so z. B. in dem von Asher & Co., Seite 96a — findet sich das von mir als nicht annehmbar bezeichnete Vorwort mit dem unzutreffenden Schlußsatz über „das politische Testament des Fürsten Bismarck" in besonders auffälliger Weise abgedruckt. Da diese Kataloge lediglich für das Publicum bestimmt sind, so werden Ew. Hochwohlgeboren nunmehr an Ihren Einwendungen vom 3ten d. M. nicht mehr festhalten können, sondern mir beipflichten, daß eine öffentliche Richtigstellung nach Maßgabe meines Briefes vom 24ten October c. unentbehrlich geworden ist.

Mit vorzüglichster Hochachtung

Bismarck.

---

2. Bismarck. Some secret pages of his history ... a diary ... by Dr. M. Busch. 3 Bde. London (Macmillan and Co.) 1898.

Ein abschließendes Urtheil über den von M. Busch zusammengefaßten und nach England verkauften Klatsch wird sich erst gewinnen lassen, wenn die vom Grunowschen Verlag in Leipzig angekündigte deutsche Ausgabe vorliegt. Immerhin wird diese, auch wenn sie viele Fehler des Originalmanuscripts verbessert haben sollte, an dem Charakter der Publication nichts ändern können, und es erschien deshalb im Interesse

der geschichtlichen Wahrheit geboten, in's Bismarck-Jahrbuch einige Artikel der „Hamburger Nachrichten" und der „Leipziger Neuesten Nachrichten" aufzunehmen, die den durch dieses Pasquill allgemein hervorgerufenen Eindruck wiederspiegeln.

I. Artikel der „Hamburger Nachrichten".

a. vom 21. September No. 221 M.-A.:

Die neueste Ankündigung eines im Auslande gedruckten dreibändigen Buches von M. Busch, welches sich als eine Verwerthung seiner früheren Beziehungen zum Fürsten Bismarck darstellt, begegnet in der Presse, soweit deren Stimmen sich bisher übersehen lassen, allgemeiner Mißbilligung. Ein endgültiges Urtheil wird sich über das Elaborat erst fällen lassen, wenn es in extenso vorliegt, nach den bisher bekannt gewordenen Auszügen läßt sich aber nicht annehmen, daß ein solches anerkennend ausfallen werde.

Schon das 120 Seiten lange Heft mit dem wenig adäquaten Titel „Fürst Bismarck und sein Werk" läßt erkennen, daß die Buschschen Publicationen, in so weit sie nicht beglaubigte Actenstücke enthalten, als Geschichtsquelle nicht werden gelten können. Der Verfasser betont zwar immer wieder, daß er vertrauliche Aeußerungen des Fürsten am Theetisch noch am selben Abend „wortgetreu" niedergeschrieben habe; dies würde aber thatsächlich nur möglich gewesen sein, wenn er am Theetisch stenographirt hätte. Da dies ausgeschlossen war, so handelt es sich um Notizen nach dem Gedächtniß, und da Busch immer an Schwerhörigkeit litt, sind Mißverständnisse wahrscheinlich. Für jeden, der die vornehme Diction und die gewählte, classische Ausdrucksweise des Fürsten kannte, ist der saloppe Stil, in dem Busch ihn redend einführt, allein schon Beweis genug, daß von „wortgetreuer" Wiedergabe keine Rede sein kann. Das erwähnte Heft enthält außerdem in Bezug auf allgemein bekannte Daten sowie auf die Darstellung und logische Entwickelung der Thatsachen so erhebliche Irrthümer, daß man es auch bei wohlwollender Kritik als flüchtig bezeichnen muß; umsomehr wird dieses Verdict voraussichtlich auf das neuerdings in fremden Sprachen erscheinende Werk zutreffen, in dem Busch selbst sagt, daß viele seiner Angaben auf Hörensagen basirt sind. Wenn er seine gelegentliche Verwendung beim Ordnen von Papieren des Fürsten Bismarck zur Anfertigung von Abschriften benutzt hat, so sind wir der Ueberzeugung, daß dies ohne dessen Vorwissen geschehen ist, und erblicken darin eine Indiscretion.

b. vom 29. September No. 228 A.-A.:

In Sachen Busch.

Von einigen Blättern wird nach scharfer Verurtheilung der Buschschen Veröffentlichungen die Frage aufgeworfen, wie Fürst Bismarck mit einem solchen indiscreten und subalternen Mann habe in Beziehung stehen können. Wir bemerken dazu, daß Herr Busch diese Beziehungen lediglich Lothar Bucher verdankte, dem Fürst Bismarck jederzeit unbedingtes Vertrauen schenkte und der sich seinerseits in Herrn Busch, trotz mehrfacher Warnungen, täuschte.

Busch war mit Lothar Bucher, soviel wir wissen, in früheren Jahren außerhalb Deutschlands bekannt geworden, und nach unseren Informationen war seine Berufung 1870 in's Hauptquartier als publicistischer Mitarbeiter des mobilen Auswärtigen Amtes durch Bucher veranlaßt worden. Ebenso verhielt sich die Sache nach der Entlassung des Fürsten. Lothar Bucher war damals mit dem Ordnen der Papiere betraut, und da er diese Arbeit, namentlich wegen seines gichtischen Leidens in den Fingern, nicht allein bewältigen konnte und eines Gehilfen bedurfte, wählte er Herrn Busch dazu aus, obwohl ihm von Mitgliedern der fürstlichen Familie ernste Zweifel an dessen Zuverlässigkeit und Discretion ausgesprochen wurden. Bucher wollte diese Zweifel nicht gelten lassen, behauptete vielmehr, daß sie auf Mißgunst beruhten und daß Busch vollkommen treu und zuverlässig sei. Wenn Lothar Bucher die jetzigen Publicationen seines vormaligen Schützlings erlebt hätte, so würde er bei seinem ausgeprägten Sinn für Redlichkeit, Discretion und Anstand, sowie bei seiner treuen Verehrung für den Fürsten zweifellos nicht einen Augenblick zögern, sie auf's Schärfste zu verurtheilen und zu bekennen, daß er sich in Busch getäuscht habe.

Auf eine Richtigstellung oder Widerlegung der Klatschereien des neuesten Buschschen Buches unsererseits im Einzelnen einzugehen, verlohnt nicht der Mühe, nachdem sie von den meisten deutschen Zeitungen schon nach Gebühr kritisirt und Herrn Busch dabei viele historische Unrichtigkeiten und Gedächtnißfehler nachgewiesen sind. Erwähnt sei noch, daß Busch nach seinem Friedrichsruher Aufenthalte vom März 1891 nur noch einmal, im Mai 1893, auf ganz kurze Zeit beim Fürsten Bismarck geweilt hat, und daß er inzwischen von verschiedenen Schlaganfällen heimgesucht worden sein soll.

c. vom 3. October No. 281 A.-A.:

Die „Magdeburger Zeitung" hat Unrecht, wenn sie in ihrer Sonnabend-Nummer von „thatsächlichen Irrthümern" unseres Artikels vom 29. v. M. über M. Busch spricht: sie erbringt auch

nicht den Beweis für ihren Pluralis, sondern bemängelt lediglich die eine Angabe, daß M. Busch auf Buchers Veranlassung 1870 in's Hauptquartier berufen wurde, indem sie erwähnt, daß er bereits im Februar 1870 im Auswärtigen Amt erschienen sei. Letztere Thatsache haben wir nie bestritten, und sie hat mit unserer Mittheilung nichts zu thun; das „Hauptquartier" existirte erst seit dem Abgang des Königs Wilhelm zur mobilen Armee — 31. Juli 1870 — und die wenigen Beamten des Auswärtigen Amts, die den Grafen Bismarck begleiten sollten, mußten selbstverständlich ausdrücklich „in das Hauptquartier berufen" werden.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir unser Bedauern darüber aussprechen, daß gewisse Zeitungen besonders gehässige Theile der Buschschen Klatschgeschichten, von denen sie je nach ihrem Geschmack eine Auswahl getroffen haben mögen, ohne Vorbehalt abdrucken, als ob sie sie für historische Wahrheit hielten. Durch solches Verfahren stellen sich diese Zeitungen auf das moralische Niveau des Herrn Busch und documentiren sich als seine Geistesverwandten. Unsere erste am 21. v. Mts. gefällte Kritik, daß die Veröffentlichungen des Herrn Busch als Geschichtsquelle werthlos seien, hat sich im vollsten Maße als begründet erwiesen, nachdem die drei englischen Bände vorliegen: es ist das auch nicht verwunderlich, wenn man sich die Entstehung des Buches vor Augen hält; in den 22 Jahren von 1871—93 hat Herr Busch den Fürsten Bismarck nur in jahrelangen Zwischenräumen und in der Regel nur zu kurzen Besprechungen gesehen und daher das meiste Material zu seinen Publicationen auf Hörensagen Dritter basiren müssen, deren Mittheilungen er möglichst sensationell gefärbt zu haben scheint. Die englischen Worte des Titelblattes: A diary kept by Dr. Busch during 25 yeares official and private intercourse with the great Chancellor" („Ein Tagebuch, geführt während 25jährigen Verkehrs mit dem großen Kanzler") laufen mithin auf eine grobe Täuschung hinaus, die den falschen Glauben erwecken soll, als ob Herr Busch in jedem Jahre häufigen Zutritt zu dem Fürsten Bismarck gehabt habe.

d. vom 8. Januar 1899 No. 7 M.-A.:

Der Herausgeber der „Grenzboten", J. Grunow in Leipzig, hat dieser Tage an die deutschen Zeitungsredactionen als Separatabdruck aus der inzwischen erschienenen Nummer seiner Wochenschrift einen Artikel, betitelt „Moritz Busch und Fürst Bismarck", versandt, worin er ankündigt und zu entschuldigen sucht, daß er den von einer ganzen Reihe anderer Buchhändler zurückgewiesenen Verlag der deutschen Original-Ausgabe von dem in englischer Sprache erschienenen „Werke" des Herrn Busch über

den Fürsten Bismarck übernommen habe. Die inhaltlich werthlose Aeußerung des Herrn Grunow stellt sich lediglich als der Schmerzensschrei eines gekränkten Verlegers dar. Nach der scharfen Kennzeichnung, welche das schlechte und unzuverlässige englische Werk Buschs in allen Zeitungen gefunden hat, die dem Fürsten Bismarck nahe gestanden und seine Politik vertreten haben, wäre wahrscheinlich auch der Absatz der bei Grunow verlegten früheren Buschschen Sachen compromittirt worden. Dem scheint Herr Grunow nun mit seiner neuen Reclame abhelfen zu wollen. Dazu ist zuerst zu bemerken, daß es sich nicht nur um eine Anmaßung, sondern, wie wir seiner Zeit hervor gehoben haben, geradezu um eine Fälschung handelt, wenn das englische Buch des Herrn Busch von einem „Tagebuch" sprach, welches „während fünfundzwanzigjährigem Verkehr mit Fürst Bismarck geführt sei." Wir haben in unserer damaligen Notiz hervorgehoben, daß es in der Zeit von 1870 bis 1891 (der kurze Aufenthalt Buschs Anfang Mai 1893 in Friedrichsruh rechnet nicht mit, weil er damals, wie Professor Schweninger das so treffend gekennzeichnet hat, nach Schlaganfällen eine vollständige Ruine geworden war), lange Perioden von Jahren gegeben hat, in denen Busch überhaupt keinen Zutritt zum Fürsten hatte, und daß auch zwischen den einzelnen Empfängen in Berlin wiederholt Jahr und Tag vergangen war. Wenn Busch also in den 20 Jahren 1871—91 ein angebliches Tagebuch über den Fürsten Bismarck geführt haben will, so muß dieses zum weitaus größten Theil mit Klatsch ausgefüllt worden sein, den er in Wirthshäusern, Vorzimmern oder Dienerstuben aufgesammelt hat. Naiv, um nicht mehr zu sagen, klingt es, wenn in dem Grunowschen Aufsatz S. 7 gesagt ist, Buschs Gedächtniß hätte ihn nur in Einzelheiten im Stich gelassen, und darauf käme es nicht an; denn es ist kaum begreiflich, daß Jemand nach der vernichtenden Kritik der „Leipz. Neuest. Nachr." vom 13. October v. J., die Busch mehrere hundert grobe Fälschungen und Fehler nachwies, noch die Stirn haben kann, von „Einzelheiten" zu sprechen. Zur Charakteristik des Herrn Grunow dient es am besten, wenn man die von Busch in dem englischen Buch selbst angeführten Aeußerungen des Fürsten Bismarck über diesen Verleger nachliest. Der Fürst beschwert sich da in sehr harten Worten erstens über die Untauglichkeit der Buschschen Leistungen und sodann über die Art, wie Busch und sein Verleger Grunow geradezu litterarische Erpressung gegen ihn zu üben versuchten. Die ganze Stelle ist zu lang, um hier abgedruckt zu werden, wir rechnen aber darauf, daß Herr Grunow, wenn er wirklich den deutschen Büchermarkt mit dem Buschschen Unfug beschädigen will, gerade diese Stelle unverkürzt zur allgemeinen Kenntniß bringen wird.

Nach unseren früheren Auslassungen zu der englischen Uebelthat Buschs brauchen wir uns mit Herrn Grunow nicht weiter zu befassen. Erwähnenswerth dürfte nur noch sein, daß Fürst Bismarck die von Herrn Grunow verlegten „Grenzboten" schon vor mehreren Jahren zurückgeschickt und sich deren fernere Zusendung verbeten hatte.

e. vom 13. Januar 1899 No. 11 A.-A.:

Der Leipziger Verleger und Freund von M. Busch mit Namen J. Grunow hatte uns einen vom 9. d. M. datirten Brief übersandt. Ehe unsere Redaction in der Lage war, darauf zu antworten, hat er bereits unter dem 10. d. M. ein gedrucktes Circular an, wir wissen nicht wie viele Redactionen deutscher Zeitungen zur Post gegeben, in dem der oben erwähnte Brief an uns abgedruckt ist. Wir ziehen es unter diesen Umständen vor, unsere Antwort an Herrn Grunow, die wir als höfliche Leute bereits unter dem 11. d. M. zum Abgange fertig gestellt hatten, nicht an seine Adresse abzusenden, sondern in ihrem nachstehenden Texte der Oeffentlichkeit zu übergeben:

„Dem Wunsche, Ihren langen Brief vom 9. d. M. abzudrucken, vermögen wir allein schon aus dem Grunde nicht zu entsprechen, weil er zu wenig Thatsächliches enthält und weil er Busch als einen „zuverlässigen Arbeiter" bezeichnet, während Fürst Bismarck nach Buschs eigenem Zeugnisse in dem englischen Buche ihm in sehr starken Worten Unzuverlässigkeit, Gedächtnißschwäche ꝛc. vorgeworfen hat.

Ihre Behauptung, daß man vor Kritisirung des englischen Buches das Erscheinen des deutschen Textes hätte abwarten sollen, können wir als richtig nicht anerkennen, da kein Verehrer des Fürsten Bismarck darauf gefaßt sein konnte, daß nach der Aufnahme, die das englische Buch in Deutschland gefunden hat, sich ein deutscher Verleger für dasselbe finden würde. Die mehreren hundert Fehler, von denen die „Leipziger Neuesten Nachr." gesprochen haben, sind nicht nur von diesem Blatte, sondern von allen Herren, die in der nächsten Umgebung des Fürsten gelebt und gearbeitet haben, festgestellt worden. Die Bemerkung Ihres Briefes, „daß sämmtliche Angriffe hinfällig seien," ist mithin thatsächlich unrichtig. Die Herren, die in der Lage sind, die vielen Fehler Buschs zu berichtigen und zu belegen, haben mit Ihnen unseres Wissens keine Beziehungen; wir wissen also nicht, wie Sie in der Lage sein wollen, die zahlreichen Irrthümer „von sachverständiger Seite" richtig stellen zu lassen.

Die unrichtigen Angaben des englischen Buches können durch Veröffentlichung des deutschen Urtextes auch dann nicht aus der Welt geschafft werden, wenn es auf ein knappes Drittel oder Viertel seines jetzigen Umfanges zusammengestrichen werden sollte, denn auch damit könnte die Tendenz des Buches, bezw. der Buschschen Aufzeichnungen, niemals geändert werden, welche dazu geführt hat, daß Buschs Verhalten die Entrüstung aller Patrioten wachgerufen hat."

Zum Schluß möchten wir nur noch darauf hinweisen, daß Herr Grunow nach einer gegen die „Leipz. Neuesten Nachr." gerichteten Bemerkung seines Circulars nicht als ein competenter Kenner der englischen Sprache gelten kann: er scheint danach nämlich zu glauben, daß der französische Ausdruck « à la veille » gleichbedeutend ist mit dem englischen « after ».

Die Redaction
der „Hamburger Nachrichten".

II. Artikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten".[1])

a. vom 24. September No. 264.

Buschklepper.

Als die schmerzliche Kunde von dem Tode des Fürsten Bismarck die Herzen der Welt erschütterte und selbst dort, wo man ihn haßte, das Gefühl einzog, daß ein außerordentlicher Mann geschieden sei, dessen Namen noch späte Enkel mit scheuer Ehrfurcht in Liebe oder Haß nennen würden, da hat der Geschäftssinn, der den alten Idealismus des deutschen Volkes mehr und mehr zu zersetzen scheint, den frivolen Versuch gemacht, das einheitliche Trauergefühl zu zerstören, indem er das Entlassungsgesuch der Oeffentlichkeit übergab. Und derselbe Geschäftssinn trat in abschreckender Gestalt hervor, als ein großer Theil der in deutscher Sprache erscheinenden Blätter längst vorbereitete Artikel wenige Stunden nach Bismarcks Tode veröffentlichte, Nekrologe, geschrieben, als der Große noch unter uns weilte, geschwollen von falschem Empfinden, heuchlerisch und trostlos. Nie hat sich die deutsche Journalistik öder gezeigt als in jener feierlich-ernsten Stunde, da sie den Geschäftskniff höher bewerthete, als die Heiligkeit der Trauer. Und dann strömten die Berichterstatter nach Friedrichsruh, neben einer Minderzahl ernster, gebildeter

[1]) Ihr Verfasser ist der Berliner Correspondent dieses Blattes, Dr. Paul Liman.

Männer eine Mehrzahl von jenen unsympathischen Gestalten, die in der Zudringlichkeit das wichtigste Requisit ihrer Kunst, in dem Ausspüren direct zu verschweigender Einzelheiten ihre Aufgabe erblicken. Es ist ein jämmerliches Bild gewesen, das es wohl gestattet, die Ausdrücke einer sonst nicht salonfähigen Sprache zu entlehnen, wenn der Eine von jenen Gesellen „Schmiere stand", während der Andere die Gelegenheit „ausbaldowerte" und der Dritte sich auf irgend eine Beute stürzte; nichts wurde geschont, unempfindlich gegen die Majestät des Todes, blieb man auch unempfindlich gegen den natürlichen Schmerz derer, die ihren Vater verloren.

Und die Jämmerlichkeit setzte sich fort. Der Geschäftssinn rang wieder den Idealismus zu Boden, und die Pietät trat vom Schauplatz zurück. Der Achtung vor den letzten Wünschen des Todten hat der Kaiser schmerzlichen Ausdruck gegeben, er hat auf hochherzige Absichten bereitwillig resignirt; die Presse aber hat an allem Geschehenen niedrige Absichtlichkeit gefunden, sie hat Zwietracht zu säen gesucht zwischen den Manen des Todten und den Lebendigen. Der große Augenblick fand ein kleines Geschlecht. Und doch fand die Jämmerlichkeit noch eine Steigerung. Die Publicationen von Moritz Busch bilden ein so classisches Beispiel unwürdigster Gesinnungslosigkeit, daß selbst die bittersten Hasser des entschlafenen Kanzlers mit dem Ausdruck ihrer Verachtung nicht zurückgehalten haben. Und doppelt verwerflich erscheint solches Buschklepperthum, weil das Buch, für dessen Verbreitung sich kein deutscher Unternehmer fand, Wahres mit Falschem, historisch Zutreffendes mit sensationsberechnetem Klatsch vermischt und so auch dem frei Erfundenen oder in Thorheit Mißverstandenen den Schein des Thatsächlichen verleiht. Aber wir dürfen hoffen, daß der Widerwille gegen solches Treiben in unserem Volke stark genug ist, es zurückzuweisen und zu begreifen, daß auch das reinste Wasser, durch eine unsaubere Röhre geleitet, eine trübe Färbung gewinnt. Und auch das wird selbst der schlichte Verstand begreifen und selbst der Uebelwollende zugeben, daß noch Jeder, der sein Temperament nicht zurückdrängt hinter die opportunistische Vorsicht des Philisters, in der Erregung einer Discussion Aeußerungen thut, deren photographische Aufnahme und kritiklose Veröffentlichung eine Sünde gegen das Gebot ehrenhafter Discretion bedeutet. Man kann nicht allein beim Staatsanwalt, sondern auch bei der Oeffentlichkeit den Denuncianten spielen.

Hier ergiebt sich eine Bemerkung allgemeiner Art. Es ist ein häßliches Unwesen eingerissen in der Art, wie in Deutschland „Interviews" fabricirt werden. Jedes derartige Interview bedeutet bereits eine Unsittlichkeit, wenn es nicht entweder als

solches bewilligt und daher von dem Auszuforschenden mit der entsprechenden Vorsicht behandelt worden ist, oder doch, nachdem es durch die Auffassung, die Intelligenz, das Verständniß, die Stimmung des Interviewers willkürlich oder unwillkürlich beeinflußt worden ist, dem Anderen zur Prüfung übergeben wurde. Das ist eine Forderung des Anstandes wie der Billigkeit. Von solcher Voraussetzung ist auch Fürst Bismarck ausgegangen. Dem Manne aber, der jetzt mit seinen Enthüllungen Geld erscharrt, hat er weder ein Interview zugestanden, noch hat er das, was veröffentlicht werden sollte, geprüft und richtig gestellt. So ist dem Buschkleppertreiben jeder historische Boden entzogen, und selbst die dem Papierkorbe entnommenen „Documente" verlieren den Werth anerkannter Authenticität.

Gewiß, Fürst Bismarck hat manches Wort gebraucht, das, der augenblicklichen Stimmung entflossen, derb und drastisch seinem Empfinden Ausdruck verlieh. Er hat es um so eher gethan, wo er sich gesichert glaubte gegen gehässiges Weiterverbreiten, er hat es vielleicht auch vor Kammerdienern und Schreibern gethan. Wer von uns Allen hat nicht einmal über seinen besten Freund ein kräftiges Wörtlein gebraucht? Und wer von uns Allen hat nicht schon in seinem Urtheil über Personen und Handlungen sich gewandelt? Bei Bismarck kam noch Eines hinzu, und hier liegt ein Entscheidendes: der Mann, den so viele Thoren seit seiner Entlassung für eine Art Timon, für einen erbitterten, haßerfüllten Menschenfeind hielten, hatte den Schmerz der ihm zugefügten schweren Kränkungen längst verwunden, er war durchleuchtet von einem goldigen Humor, der über alle Töne von der Ironie bis zum harmlosen Behagen über die kleinen Erlebnisse des Tages verfügte. In die Sonne des Humors müssen seine Worte gestellt werden, das hat Busch nicht begriffen, das kann auch kein Lakai verstehen. Ich selbst habe manche Stunde zu Varzin und Friedrichsruh dem greisen Fürsten gelauscht und bin mit ihm durch Wald und Feld gewandert, und ich habe stets die Empfindung gehabt, daß nur ein Stilkünstler ersten Ranges und nur ein Mann, der sich vollkommen hineinzuleben verstand in die Stimmung des Fürsten, im Stande sei, den unvergleichlichen charme des Gesprächs wiederzugeben, all die Lichter neu zu beleben, die über die Mienen des Sprechenden huschten, die aus seinen wunderbaren Augen glänzten. Plump, roh, verständnißlos hat Busch das niedergeschrieben, was gerade in seinem Gedächtniß haften mochte, unbekümmert um den geistigen Inhalt eines Wortes, um die Empfindung, die im Moment nach einem erregten Ausdruck sucht, um alsbald sich abzuklären und dem ruhigen Urtheil Raum zu geben.

Erst heute ist das Original des Buschklepperwerkes in unsere Hände gelangt, eine Würdigung im Einzelnen muß der nächsten Zeit vorbehalten bleiben. Aber aus dem, was bereits bekannt geworden, drängen sich einzelne Momente hervor: vor Allem die Pflicht, gegen die Darstellung Front zu machen, die Moritz Busch von dem Verhältniß Buchers zu Bismarck gegeben hat. Ich selbst kenne das Urtheil Buchers genau, ich weiß, daß er, der kränklich und müde Gewordene, wohl hier und da sich beklagte über die starken Anforderungen, die sein alter Chef an seine Arbeitskraft stellte, aber ich weiß auch aus eigenen Worten des getreuen Mannes, daß er bis zuletzt die gewaltige Geistesklarheit, die Unermüdlichkeit, die Herzlichkeit des großen Kanzlers bewundert und fast überschwänglich gepriesen hat. Seltsam genug, als Bucher gestorben — wohlverstanden: nach seinem Tode! — erschien in „Schorers Familienblatt" ein Artikel über Bismarck und Bucher, der genau dieselben Anpöbeleien enthielt, wie jetzt das Buch des Herrn Moritz Busch; jener Artikel wurde von uns in einer vom Fürsten als classisch bezeichneten Entgegnung zurückgewiesen und von den „Hamb. Nachr." als „Giftmischerei" bezeichnet. Sollte nicht auch jener Artikel von dem Verfasser der Memoiren herrühren? Ich habe damals dem greisen Kanzler eine derartige Vermuthung ausgesprochen, ich unterlasse es, das Urtheil, das damals über Moritz Busch fiel, der Oeffentlichkeit zu übergeben. Und noch ein Anderes muß ich betonen, einen Punkt, der weiter noch behandelt werden soll: in allen den Gesprächen mit dem Fürsten Bismarck, die stets den Charakter der Vertraulichkeit trugen, hat der greise Staatsmann immer mit nachdrücklichster Verehrung von seinem alten Herrn gesprochen, ob er auf Altes oder Neues zurückgriff; seine Stimme wurde, wenn er Seiner gedachte, weich, in den Augen schimmerte rührende Liebe. „Ja, mein alter Herr!" — unvergeßlich ist mir der Ton, in dem er diese Wendung so oft gebrauchte. Und bei aller Schärfe des Urtheils über die Ereignisse seit 1890 hat doch Fürst Bismarck auch von Kaiser Wilhelm II. nie anders als „Der junge Herr" gesprochen, und nur aus der Herbheit des Tones trat bisweilen der Mangel innerer Uebereinstimmung hervor.

„Mißverstandenes, gehässig Verdrehtes, Erfundenes und Entstelltes", so schrieben wir im December 1892 in unserer Antwort auf den Artikel über Bucher in „Schorers Familienblatt", an den die jüngsten Aeußerungen des Herrn Busch so seltsam anklingen. Dieses Urtheil hat Fürst Bismarck approbirt. Das gleiche Urtheil schreibe ich heute über Buschs Publicationen nieder, sicher, daß der große Kanzler, wenn er noch unter uns weilte, das Urtheil wieder mit freundlichem Händedruck bestätigen würde.

b. vom 29. September No. 269.

Busch contra Bismarck.

Trotz des fast einstimmigen Verdictes, das die deutsche Presse über die von Moritz Busch versuchte Grabschändung gefällt hat, wird der Haß, der ja auch über die Gruft hinweg den großen Schöpfer des Reiches verfolgt, sich bemühen, das von dem ungetreuen Mann zusammengehäufte Material geschichtlich zu verwerthen. Und in der That könnte man, wenn man die Voraussetzung von der vollkommenen Urtheilslosigkeit des Verfassers für einen Augenblick preisgiebt, fast an ein besonderes Raffinement glauben bei der Art, in der Moritz Busch Thatsächliches, documentarisch Begründetes in eine Fülle von Entstelltem, Erfundenem oder Mißverstandenem einmischt, um die Glaubwürdigkeit des Einen durch die Unleugbarkeit des Anderen zu heben. Noch raffinirter fast ist der Versuch, dem treuen Bucher ein pietätloses und geradezu gehässiges, die geistige Kraft des Fürsten Bismarck tief herabsetzendes Urtheil in den Mund zu legen: so soll nicht nur Bucher als ein Eideshelfer und Spießgeselle des Verfassers erscheinen, sondern zugleich sollen Irrthümer, Fehler, schiefe Darstellungen zurückgeführt werden auf den großen Kanzler selbst, dessen Gedächtniß und sittliche Würde ja in gleicher Weise gelitten haben sollen.

Eine Controle über Zwiegespräche ist natürlich unmöglich, wenn den einen der Theilnehmer der Rasen deckt. Wohl aber läßt sich psychologisch der Gegenbeweis führen, wie wir es unlängst mit den Aeußerungen des Entschlafenen über seinen alten Herrn versuchten, und andrerseits dürfen Männer, die in den Zeiten, in denen Busch den Horcher spielte, dem Fürsten näher traten, auf den Widerspruch hinweisen, der zwischen den Relationen eines Busch besteht und dem, was sie selbst erfuhren. Die Lectüre des dreibändigen Werkes zwingt solche Reminiscenzen heraus, sie zwingt zu dem Versuche, die Linien, die ein Busch carricaturenhaft in das Antlitz unseres Größten zu zeichnen sucht, wieder richtig zu stellen. Was ich aber schon neulich festzustellen versuchte, das muß ich auch heute vorausschicken: Fürst Bismarck war nicht der Mann, der im privaten Gespräch jedes Wort auf die Wagschale legte, er war auch nicht ein Mann der Pose, der nur in steingemeißelten Sentenzen sprach, sondern er war ein warmblütiger Mensch, der gern der Stimmung des Augenblicks Ausdruck gab, der, wenn er geärgert war, vor einem kräftigen Wörtlein nicht zurückschreckte, der aber fast stets seinen Aeußerungen jene humoristische Färbung gab, die ein Busch so gänzlich verkannte.

Es haben neben den angeblichen Bemerkungen Bismarcks über seinen alten Herrn gewisse Aeußerungen peinlich berührt, die Busch dem von ihm Verrathenen über den Kaiser Friedrich in den Mund legte. Ich kenne ein anderes Urtheil, das der greise Kanzler über den frühgeschiedenen Monarchen gefällt hat und das im schroffen Gegensatz zu den Mittheilungen Buschs steht. „Er will sich amüsiren, regieren mag er nicht" soll Fürst Bismarck gesagt haben. Zu mir hat er geäußert:

„Man hat die Willenskraft des Kaisers Friedrich vielfach unterschätzt. Man glaubte ihn abhängig von Schürzen und Weiberröcken. Das ist ganz falsch. Er hatte ein hohes Bewußtsein von seiner Souveränität, und die guten Leute, die von ihm eine starke Wendung nach links erwarteten und in ihm eine besondere Schwäche für den Constitutionalismus witterten, hätten sich arg getäuscht, wenn er länger regiert hätte. Er war äußerlich verbindlich, aber durchaus selbstherrlich. Ich hätte selbst gegen Weiberintriguen leicht mit ihm regiert. — Na, Kronprinzen schillern ja immer ein bischen liberal, das ist nun mal so, sie stehen auch immer ein bischen in Opposition, weil sie zu wenig zu thun haben, wenn sie nicht ganz in den Gamaschen aufgehen, aber das schleift sich ab. Kaiser Friedrich wäre eher ein Autokrat geworden als ein Richter'scher."

Auch von der Kaiserin Friedrich sprach der Fürst durchaus sympathisch:

„Sie ist eine kluge Frau, aber sie ist im Grunde stets Engländerin geblieben. Wenn sie von „unseren" Truppen, von „unserem" Botschafter spricht, so meint sie stets die englischen Truppen und Lord Loftus oder wer gerade da ist. Ich wünschte, deutsche Prinzessinnen, die sich wegverheirathen, hätten auch was davon. Daß ich bei meiner Verabschiedung sie um ihre Vermittelung bat — gar mit Thränen — ist natürlich Schwindel. Aber sonst standen wir recht gut miteinander, besonders in den letzten Jahren, wenn ich sie auch oft ärgern mußte, wie beim Battenberger. Unser Verhältniß beruhte ja nicht auf Liebe, aber auf gegenseitiger Hochachtung. Einmal, als ich zum Vortrag in Charlottenburg war, rückte sie mir sogar selbst einen Sessel heran. Kaiser Friedrich hielt überhaupt immer darauf, auf meine Bequemlichkeit Rücksicht zu nehmen. Das wurde freilich später anders."

Die physische Unmöglichkeit, stehend längere Vorträge zu halten, und nicht nur Actenauszüge, sondern die vollständigen Acten vorzutragen, dürfte den ersten Grund zu den späteren Verstimmungen geliefert haben, die im März 1890 einen so verhängnißvollen Ausgang nahmen. Hier dürfte auch einer der Gründe angedeutet sein, die zu der so langdauernden Abwesenheit des großen Kanzlers von Berlin führten.

„Ich blieb damals in Friedrichsruh, obwohl ich viel früher nach Berlin zurückwollte. Aber Majestät ließ mich wissen, daß er sich freue, wenn ich mich ordentlich erholte für die bevorstehende Parlamentscampagne, und Böttticher schrieb mir immer, auch zuletzt noch, es gehe Alles gut, meine Anwesenheit in Berlin sei durchaus überflüssig. Später habe ich ja gesehen, wie das gemeint war."

Selbst auf die Gefahr hin, principiellen Duellgegnern Grund zu der Bemerkung zu geben, daß auch ich den großen Todten verunglimpfe, möchte ich eine Bemerkung nicht unterdrücken, die nach meiner Ansicht ungemein charakteristisch und uns den geliebten Todten noch im hohen Greisenalter als den Mann des straffen Ehrgefühls zeigt. „Daß mir Caprivi nachsagte, ich verstände von der Politik nichts und das auch nach dem Auslande amtlich mittheilte, war mir egal. Das konnte nur ihn blamiren. Aber daß er bei der Wiener Sache in meine gesellschaftlichen Rechte eingriff — ich habe ihn zuerst fordern wollen und habe mir auch schon einen Cartellträger ausgesucht. Ich habe noch eine recht sichere Hand und hätte mich auch etwas eingeschossen. Aber da überlegte ich mir die Sache und fragte mich, was dann geschehen wird. Ich bin Officier, man wird die Geschichte vor ein Ehrengericht von alten Generalen bringen, dann wird viel hin- und hergeredet, und zuletzt werden nichtssagende Erklärungen getauscht. Das hatte keinen Zweck, und so hab' ich's unterlassen."

Herr Busch ist vielleicht erstaunt, daß seine „gute Absicht", seinem einstigen Chef einen Dienst durch seine Veröffentlichungen zu leisten, allgemein so verkannt wird. Sollte sein Handeln wirklich nur auf Beschränktheit beruhen, so möchte ich eine humorvolle Wendung auf ihn beziehen, die einst Fürst Bismarck gebrauchte, als er von der Ungeschicklichkeit und der Schwerfälligkeit einzelner seiner früheren Mitarbeiter sprach: „Der alte Talbot (in Schillers „Jungfrau von Orleans") wird eigentlich immer mißverstanden. „Mit der Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens", sagt er. Die Leute meinen immer, das

solle heißen „Gegen die Dummheit". Aber das ist falsch. Mit der Dummheit, wenn sie auf unserer Seite steht, kämpft man umsonst. Nicht contra, sondern cum. Das giebt einen viel besseren Sinn". Heute ist Busch der Bundesgenosse der Bismarckhasser, auch sie werden „mit" ihm — cum, nicht contra — vergebens gegen das Andenken unseres Größten kämpfen.

c. vom 13. October No. 283.

Die letzte Abrechnung mit Busch.[1])

In einigen Wochen werden die „Gedanken und Erinnerungen" erscheinen, die Fürst Bismarck der Getreue als sein letztes Vermächtniß dem deutschen Volke hinterlassen hat, ein Werk, dem keines zur Seite zu stellen ist, weil noch kein anderes Werk geschöpft worden ist aus einer solchen Fülle von Erfahrung, weil noch kein anderes so durchleuchtet war von heißer Vaterlandsliebe. Julius Caesar hat Geschichte geschrieben, Otto v. Bismarcks Genius schreitet hinweg über die Grenzen des Gewordenen, er führt uns hinüber in die Zukunft, und wie der Weise gelehrt hat und gemahnt in den Tagen erzwungener Muße, so mahnt und lehrt er auch jetzt in dem neuen, classischen Werke der nationalen Staatskunst.

Aber ehe das Werk, das der Genius gemünzt und die lautere Vaterlandsliebe geprägt hat, den sehnenden Söhnen des deutschen Volkes zu Theil geworden, hat Geldgier, schnöde Großmannssucht und kritiklose Anmaßung der Welt ein Pseudowerk geboten, ein Buch, das den Mantel der historischen Berechtigung wählt, um unter der falschen Etikette des lauteren und reinen Empfindens die heilige Trauer um den Größten zu stören. Gerade jetzt drängt es uns, noch einmal zurückzukommen auf die schnöde Arbeit, die Herostratus-Busch zu verrichten versuchte, denn nicht laut genug kann darauf hingewiesen werden, daß, ebenso wie dem Werke des Herrn Busch jeder innere Werth fehlt, so auch für den Historiker selbst die anscheinend thatsächlichen Angaben vollständig bedeutungslos bleiben.

Es ist selbstverständlich nur möglich, aus der Fülle der Irrthümer und Lügen einen kleinen Theil herauszuschälen; genaues Prüfen und Vergleichen, eigenes Erinnern und Nachfragen bei den Eingeweihten hat mir etwa 300 Falsa in dem Buche erwiesen. Aber werthvoll dürfte es scheinen, den Einzelheiten Theile aus dem Briefe eines Mannes voranzuschicken, der das Vertrauen des verewigten Kanzlers bis zuletzt genoß und verdiente und der in seinem Schreiben schließlich nur das Urtheil aller Derer zusammen-

[1]) Mit Kürzungen und einzelnen Berichtigungen.

faßt, die dem großen Kanzler nahestanden. Herr Geh. Rath Professor Schweninger hat an einen Dritten u. A. Folgendes geschrieben:

„C'est le ton qui fait la musique", wie oft konnte man diese Worte vom Fürsten hören, und Busch, der seine Reden in Erbpacht genommen hat, muß sie gehört haben und hätte sich ihrer erinnern sollen, als er das dreibändige Buch schrieb. Ich kann natürlich nicht controlliren, was er schrieb von dem, was vor meiner Zeit liegt. Aber wenn es erlaubt ist, von dem 3. Bande auf die beiden ersten zu schließen, so fällt die Beurtheilung eben nicht zu Gunsten des „Reporters" aus. Das meiste, was in diesem Buche verzeichnet steht, habe ich in meinem vieljährigen Verkehr in dem Hause des Fürsten zu hören Gelegenheit gehabt, begreiflicherweise sehr vieles wiederholt; es war fabelhaft, mit welcher Schärfe des Gedankens, des Ausdrucks, der Erinnerung der Fürst das immer wiedergab. Und wenn er in seiner so gewählten, nie gekünstelten oder unnatürlichen, reichen Sprache andere Worte gebrauchte, immer war der Sinn derselbe, immer erschien die Thatsache gleich prompt und exact, immer war der Ton derselbe. Nichts von alledem finde ich bei Busch, er ist plump, grob, derb, aufschneiderisch, mißverstehend, sensationshaschend, nicht einfach, natürlich, ungeschminkt, höflich. Si duo faciunt idem, non est idem, wenn zwei dasselbe sagen und schreiben, ist es nicht dasselbe, und was Busch referirend über den Fürsten und dessen Aeußerungen sagt, ist ganz und garnicht dasselbe, was der Fürst gesagt hat, und erst recht nicht, wie er es gesagt hat. Und da sehe ich ganz ab von Mißverständnissen, falsch Gehörtem und Verhörtem, aber wie viele Aufzeichnungen habe ich mir gemacht, so wortgetreu wie möglich, eifrig beflissen, ja durch die Nothwendigkeit der mir oft nicht ganz geläufigen Materie gedrängt, unentstellte Aeußerungen zu bringen, und wie unähnlich dem, was ich gehört hatte, nahmen sich meine Notizen aus! Wie bei mir habe ich es auch bei anderen Referenten gefunden. Aber Niemand macht von dem, was der Fürst sprach, was ich ja controlliren konnte, weil ich es mitgehört und mit verfolgt oder notirt hatte, einen so falschen Gebrauch, wie jetzt Buschs Werk, in dem ich den Fürsten und seine Worte gar nicht mehr erkenne, geschweige nur annähernd den Sinn wiederfinde. Rechnet man hinzu, daß Buschen der Schlag gerührt, daß er zungenschwach und lahm und schwerhörig geworden war, so kann man sich denken, was und wie er es in seinem Gehirn

verarbeitet hat und welchen Werth seine Erinnerungen besitzen. Wie oft sagte mir der Fürst: „Halten Sie mir Busch vom Leibe! Er wird dreist und indiscret, hört schlecht und falsch, er überschätzt sich und schwatzt mir ein Loch in den Leib.“ Uebrigens verkündet ja Busch selbst in seinem Buche, wie S. D. über ihn und die Darstellung und Wiedergabe seiner privaten, gar nicht für die Oeffentlichkeit bestimmten Gespräche dachte.

Das Urtheil, das hier Schweninger fällt, entspricht dem, was ich selbst an dieser Stelle ausgeführt und mit Beispielen belegt habe. Und wenn der treffliche Mann, dessen ärztliche Kunst uns vielleicht das Geschenk manches Lebenstages des großen Kanzlers gemacht hat, auf die geistigen und moralischen Defecte in der Gestalt eines Busch hinweist, so erübrigt es fast, hier noch durch Citate den Eindruck zu verstärken. Nur Einzelnes sei hier angeführt, zugleich aber auch mit allem Nachdruck betont, daß Busch nicht nur ohne Erlaubniß, ja sogar direct gegen den Willen des Fürsten Bismarck sich Abschriften von privaten Urkunden gemacht, sondern direct Staatsdocumente sich angeeignet und widerrechtlich veröffentlicht hat. Busch hatte — und er selbst giebt das ja zu — durch sein Amt Gelegenheit, die Ein- und Ausgänge im Auswärtigen Amte kennen zu lernen — er copirte einfach, was ihm für den längst geplanten Raubzug geeignet erschien! Um aber einen Theil seiner Niederträchtigkeiten zu verdecken, behauptet Busch (III, 359), er habe im Auftrage des Fürsten einen Theil der Documente abgeschrieben, weil dieser sie nach seiner Verabschiedung veröffentlichen wollte. Aber er vergißt, daß Fürst Bismarck niemals zugegeben hat, daß Busch Abschriften machte, er sollte das Archiv ordnen, aber nicht ausbeuten. So hat Busch auch einmal einen Einblick in die „Memoiren“ des Fürsten erhalten und flugs das Erhaschte in seinem Buche verwerthet. Schon jetzt sehen wir aus der in der „Münch. Allg. Ztg.“ veröffentlichten Inhaltsangabe des Werkes, daß die Darstellung Buschs mangelhaft und lügenhaft ist (III, 353). Die „Memoiren“ werden ergeben, was Busch mißverstanden und gelogen hat. Ein kleines Beispiel sei schon jetzt angeführt: Fürst Bismarck hat einmal von der Eitelkeit aller großen Männer gesprochen; auch Friedrich der Große sei eitel gewesen. Er hat dies mit einer Anekdote begründet. Der König habe einmal ein Gedicht kurz vor dem Beginn einer Schlacht verfaßt und, als er es später las, bemerkt: „n'est pas trop mal après une bataille (sic!)“. Die Pointe ist, abgesehen von der falschen Orthographie, natürlich unsinnig; sie muß lauten: „à la veille d'une bataille“. Aber was Busch hier in Nebensächlichem sündigt, das sündigt er auch in Wichtigerem.

So spricht er dreimal von Briefen der Königin Victoria an den Fürsten, obwohl dieser niemals einen Brief von der Monarchin erhielt. So erzählt er ein anderes Mal, wie Kaiser Wilhelm seinem Kanzler bei der Verleihung der Fürstenwürde das Wappen von Elsaß-Lothringen verleihen wollte, während der Beschenkte sich eine Anlehnung an das Wappen von Schleswig-Holstein gewünscht hätte. In Wahrheit handelt es sich um eine Reminiscenz an die Verleihung der Grafenwürde, um die Einfügung des preußischen Adlers in das Bismarcksche Wappen, die mit den bescheiden-schalkhaften Worten abgelehnt wurde: „Der Preußische Adler ist gar zu mächtig; ich fürchte, er würde mir den Klee abfressen." Das geschah 1865, nicht aber 1871!

Busch versäumt ja nicht, immer wieder einmal seine eigene Methode zu beleuchten. So erzählt er, daß er das, was Fürst Bismarck selbst in seinem ersten Buche als falsch und erlogen ausgestrichen hatte, wieder eingefügt habe, er fälscht also bewußt! Je mehr Klatsch, je mehr Bogen, und je mehr Bogen, um so mehr Honorar! Da werden dann getrost Dinge, die längst publici juris sind, wie die Ereignisse vom 12. und 13. Juli 1870 ganz verkehrt erzählt, es wird 1870 die Wendung dem Fürsten in den Mund gelegt: „Roon, zu dem ich weniger Vertrauen hatte," obwohl gerade Roon der Einzige war, der den Kanzler in Allem treu unterstützte und ihm vor Allem in der Frage des Bombardements von Paris zur Seite stand! Da werden selbst die bekannten Februarerlasse des Kaisers in den Januar verlegt! Daß Bismarck im Juli 1862 in London war, kümmert Busch nicht, er führt ihn (I, 499) ein Jahr später dorthin. Weiter versichert er (S. 562), im Jahre 1871, Februar, habe König Ludwig von Bayern abdanken und seinem Bruder Otto die Krone übertragen wollen, Prinz Luitpold aber sei Candidat der Ultramontanen für den Reichstag wie für die Krone gewesen. Hat es je einen größeren Unsinn gegeben? Wie weit die Unzuverlässigkeit Buschs geht, dafür zeugt bisweilen eine Kleinigkeit: so stellt er (II, 33) sogar die Topographie des Reichskanzlerpalais falsch dar, wenn er erzählt, wie Bismarck aus dem „chinesischen Salon" in das Speisezimmer ging, während doch von 1862 bis 1878 eben dieser Salon das Speisezimmer bildete. Freilich liebt es Busch, den Unsinn, den er schreibt, dem Fürsten Bismarck in den Mund zu legen. Da soll (III, 150) Kaiser Alexander von Rußland im März 1885 in Kopenhagen gewesen und wenige Monate später der Kanzler diese Behauptung ausgesprochen haben! Dann allerdings müßten schon 1886, in den Tagen des Glanzes, die Begriffe des großen Kanzlers seltsam verwirrt gewesen sein!

Mit Kleinigkeiten giebt sich Busch ja nicht ab. Ob Radowitz oder Redtwitz (II, 221), ob Rand oder Rauch (323), ob Sylt oder Silt, ob Billerbrück oder Billenkamp, Hamburg oder Altona (III, 208), das ist unter Buschkleppern ja ganz egal. Was der Kronprinz (III, 207) gesagt hat, sagt bei Busch getrost Graf Moltke, und während sonst Minister wohl an ihren Souverän „Bericht" erstatten, giebt uns Busch vergnüglich einen — Bericht des Kaisers über Alexandrowo, erstattet an Bismarck! (III, 277). Busch versichert, Fürst Bismarck habe den Wünschen Napoleons in der Luxemburgischen Frage nachgegeben, obwohl schon unsere Schuljungen es wissen, daß Napoleon die Annexion dieses Ländchens forderte, die bekanntlich nie erfolgt ist; er erzählt auch, wie der Kanzler den Krieg von 1870 absichtlich herbeiführte, weil „der Gegner allmählich militärisch stärker würde", obwohl es längst bekannt ist, daß Fürst Bismarck der entschlossene Gegner jener militärischen Kreise war, die für prophylaktische Kriege eintraten; Busch versichert zugleich, daß sein „Chef" an der spanischen Candidatur des Prinzen Leopold festhielt, weil er hier die Möglichkeit sah, einen Kriegsfall zu schaffen! Welche Verwirrung der Begriffe! Welche Unkenntniß des Allbekannten! Da kommt es kaum noch darauf an, daß Bismarck „unterwegs" die Nachricht von dem Verzicht auf den spanischen Thron erhalten haben soll, während er die Nachricht in Wahrheit in Berlin erhielt! Wunderlich genug ist auch die Geschichte, die Busch von der Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Gortschakow und Andrassy erzählt (II, 266). Darnach soll Keudell diese Verleihung im Jahre 1872 bei der Dreikaiserzusammenkunft durchgesetzt haben, wider den Willen Bismarcks und deßhalb bei diesem in Ungnade gefallen sein. Schließlich habe Thile das betreffende Document gegengezeichnet! Daran wird dann eine lange Darstellung der heftigen Ausbrüche geknüpft, denen sich Fürst Bismarck hingegeben haben soll. Daß Gortschakow längst den in Frage stehenden Orden besaß, ist Busch gleichgültig; daß also alle Voraussetzungen für seine Lügen fehlen, läßt ihn kalt, er weiß ja auch nicht, daß nach den stets befolgten Grundsätzen die beiden ausländischen Minister, wenn sie den höchsten preußischen Orden noch nicht besessen hätten, ihn bei der Entrevue bekommen mußten! Kann man sich da wundern, wenn Busch über Kleinigkeiten hinweggeht und seinen „Helden" im Jahre 1838 nach Kniephof versetzt (III, 313), in einer Zeit, da der junge Einjährige bei den Jägern seinen Militärdienst erfüllte? Oder daß er ihm vom Bey von Tunis Geschenke machen läßt im Werthe von 50 000 Thalern (III, 330)? Ob ein Gut gekauft oder verkauft wird (III, 337), das kümmert Busch nicht, und ebensowenig prüft er seine Angabe, daß Fürst Bismarck

das Gut Chorow bei Varzin, das er in Wahrheit erst 1874 erwarb, schon im Jahre 1863 erworben haben soll (III, 337). In der Schleswig-Holsteiner Frage beruft Fürst Bismarck das „council of State", den Staatsrath, obwohl diese Körperschaft erst in den 80er Jahren reactivirt wurde und es sich damals nur um einen Ministerrath handeln konnte. Eine besondere Niederträchtigkeit begeht aber Busch in seiner Darstellung von Aeußerungen, die der große Staatsmann nach dem Attentate Nobilings gethan haben soll (II, 368). Darnach soll er gesagt haben, dieses Attentat sei „a piece of good luck on account of the congress" es sei „ein glücklicher Zufall im Hinblick auf den Congreß". Vergebens grübelt man über den Zusammenhang zwischen Nobilings That und dem Berliner Congreß; aber mit allem Nachdruck muß man gegen die Gemüthsroheit protestiren, die hier Busch seinem „Helden" andichtet. Man hat oft von dem Fürsten Bismarck behauptet, er hätte geweint. Ein einziges Mal ist es in Wahrheit der Fall gewesen: als er seinen Herrn und Kaiser auf seinem Schmerzenslager fand, von 45 Schrotkörnern den Leib zerrissen, und als der greise Monarch in seiner Liebenswürdigkeit mit halblauter, gebrochener Stimme den Freund nach dem Befinden von Frau und Kindern fragte. Es giebt kein Wort in deutscher Sprache, die Gemeinheit Buschs würdig zu kennzeichnen. Nur ein Busch konnte Bismarck (II, 418) die Aeußerung insinuiren, als halte er den Bruder seines Kaisers, den ungeheuer reichen Prinzen Karl, für einen Söldling Rußlands, nur er konnte einem Bismarck nachsagen, er habe seinem alten Herrn Brutalitäten vorgeworfen (II, 411), einem Bismarck, dessen classisch-edle Ausdrucksweise alle Welt bewundert! Dem treuen Busch blieb auch die Lüge vorbehalten (II, 434), daß die sämmtlichen Gesetze der Culturkampfzeit der Initiative Bismarcks entsprangen. Nachweisbar wie all die anderen Lügen ist auch die Lüge, daß Herr v. Radowitz Unterstützungen aus dem Welfenfonds empfangen habe (II, 499).

Ich übergehe eine große Zahl von Einzelheiten, obwohl gerade in ihnen der Beweis für die volle Unglaubwürdigkeit des Buschschen Werkes ruht. Denn schließlich ist es doch nicht gleichgültig, ob von einer „Kronprinzessin" Augusta gesprochen wird (III, 94), die es nie gegeben hat, oder ob der Urgroßvater gemeint ist, wenn Busch vom Großvater berichtet (III, 106), ob vom Grafen Berchem (III, 146) oder von einem Herrn Berghen die Rede ist und verschiedene Alvensleben mit einander verwechselt werden. Und wenn Busch (III, 183) einen menschlichen Kopf mit Pfeife als Hundekopf auffaßt, so bestätigt diese amüsante Verwechselung lediglich die Diagnose Schweningers. Doch einige

ernstere Reprimanden dürfen nicht unterdrückt werden. Busch erzählt (III, 376) von einer Wagenfahrt, die der Kaiser und Fürst Bismarck am 15. März 1890 gemeinsam vollführt haben sollen. Hier handelt es sich um einen ganz eclatanten Fall, zumal Busch an seine Erfindung Schlußfolgerungen der kühnsten Art anknüpft. Ich weise nur auf das bekannte Factum hin, daß der letzte Immediatvortrag des Fürsten Bismarck am 15. März 1890 Morgens in der Wohnung des Staatssecretärs, Graf Herbert Bismarck, Königgrätzerstraße 136, stattfand, von wo der Kaiser allein in das Schloß zurückfuhr. Fürst Bismarck ist ferner erst am 24. Januar 1890 nach Berlin zurückgekehrt, und bis zu seiner Verabschiedung hat es überhaupt nie Gelegenheit gegeben zu einer „Wagenfahrt mit Sr. Majestät". Eine Lüge ist es auch, wenn die allerdings vom Kanzler warm gebilligte Delegirung des Regierungsraths v. Brandenstein als Lehrer im Verwaltungsrecht auf die Initiative Bismarcks zurückgeführt wird (III, 358), und wiederum nennt Schweninger — Herr Busch vergaß wohl, daß dieser Zeuge noch lebt — die Darstellung der Gewohnheiten Bismarcks, für die sich Busch auf den Arzt beruft (III, 347 und 373), eine infame Lüge. In dasselbe Gebiet fallen fast sämmtliche Angaben über die Thätigkeit des Grafen Herbert. Niemals hat Fürst Bismarck (III, 307) dem Kaiser vorgeschlagen, seinen Sohn zu seinem Nachfolger zu machen, ihn gewissermaßen „in die Pfarre heirathen zu lassen", niemals auch hat sich die Geschichte zugetragen, die Busch (III, 135), von der Mission des Sohnes nach London erzählt. Freilich wurde Graf Herbert im Jahre 1885 nach der englischen Hauptstadt entsandt, mit ganz bestimmten Instructionen, die er zu erfüllen hatte und die er auch thatsächlich erfüllte. Nach Buschs Darstellung hätte nun Lord Rosebery den Grafen „eingelappt". Und doch war Rosebery damals Minister ohne Portefeuille und hat mit dem deutschen Abgesandten überhaupt nicht über Colonien verhandelt!

Es erübrigt, noch einige Steiflichter auf die Methode zu werfen, die Busch in seiner Arbeit befolgte. Er selbst nennt sein Buch ein Tagebuch, das die Zeit von 1870—1893 umfaßt, und doch hat er von 1872—75 den Fürsten gar nicht gesehen, trotz der lamentabelsten Briefe, die nicht einmal einer Antwort gewürdigt wurden. So blieb er ihm auch später fern, z. B. vom 5. Januar 1886 bis 27. Januar 1887 und vom April des letztgenannten Jahres bis zum April 1888. Aber in dieser Zeit und auch sonst wußte sich Busch zu helfen. Er drängte sich an Beamte und Lakaien und horchte sie aus; von ihnen erfährt er den Unsinn, daß Gräfin Rantzau — als dreiundzwanzigjähriges junges Mädchen! — beim Souper berauscht gewesen und eingeschlafen

sei. Dann wiederum wendet er sich an Männer wie Savigny, von denen Fürst Bismarck selbst gesagt hat, sie hätten ihm das größte Herzeleid angethan! Aber diese Dinge mögen auf sich beruhen. Doch Busch ging weiter. Als Beamter des Auswärtigen Amtes gewann er Einsicht in die Eingänge und in die Ausläufe. Und als Beamter hat er die ihm bekannt gewordenen geheimen Staatsdocumente abgeschrieben und für die Veröffentlichung bestimmt (II, 102). Als ihm dann die bisherigen Befugnisse genommen und an Herrn Aegidy übertragen worden waren, da blieb er in seinem Bureau, obwohl er dort nicht das Geringste mehr zu thun hatte, wahrscheinlich, weil er die Wirkung der Erpressungsversuche abwarten wollte, die gegen den Fürsten Bismarck von „anonymer" Seite begangen wurden und die offen und ehrlich von sich abzulehnen er nicht den Muth fand und wohl auch schwerlich das Recht besaß. Was in seine Hände fällt, copirt, zu deutsch stiehlt er; auf Genauigkeit kommt es ihm ja nicht an, er nimmt auch wohl geheime Documente (II, 217) mit nach Hause — das ist Moritz Busch, nicht der Vertraute Bismarcks, der seine Aufträge ausführt und das Recht hat, ihn seinen „fürstlichen Mitarbeiter" zu nennen (II, 365), sondern der eitle Ignorant und Fälscher. Selbst davor schreckte Busch nicht zurück, Bücher zur Einsicht in die ihm anvertrauten „Memoiren" zu bewegen, einzelne Stellen hastig herauszuschreiben, und sie dann vorzudatiren, um den Anschein zu erwecken, als seien die betreffenden Aeußerungen in seiner Gegenwart gefallen, so die Darstellung, Radowitz' als Großgarderobier Friedrich Wilhelms IV. (III, 94). Daß aber Busch selbst dort, wo er geheime Staatsacten heimlich sich auszog, vulgo stahl, um sie zu veröffentlichen, nicht einmal correct zu verfahren wußte, dafür zeugen die zahllosen Irrthümer in der Darstellung der Geschichte des Bundes mit Oesterreich und des russischen Neutralitätsvertrages (III, 206; II, 411; Busch, Bismarck und sein Werk S. 58), Irrthümer, deren Richtigstellung allerdings dem Archivar zusteht.

Wir scheiden von Busch, hoffentlich für immer. Er mag den Judaslohn, den er sich verdiente, verzehren, wie sein Gewissen es ihm gestattet. Aber wie er aus der Welt der anständigen Menschen entschwunden ist, so werden auch die sich mit Unehren bedecken, die sein Werk benutzen, um es als Stütze für ihre Schmähungen gegen unsern Bismarck zu verwenden. Nicht in diesem trüben Gewässer, sondern in der klaren, reinen Fläche seiner Gedanken und Erinnerungen wird sich das Antlitz unseres Bismarck spiegeln.

III.

Chronik

vom 1. Januar bis 31. December 1898.

Nachträge

zu früheren Bänden des Jahrbuchs.

1894.

27. Juli: Schreiben an Generallieutenant v. Quistorp (v. Lettow-Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866, II 509 ff.):

Varzin, den 27. Juli 1894.

Ew. Excellenz

danke ich verbindlichst für Ihre freundlichen Mittheilungen vom 24. und bin bereit, Ihre Frage zu beantworten, soweit mein Gedächtniß reicht.

Ich habe am Tage der Schlacht von Königgrätz den hochseligen König von dem Augenblick an, wo er bei Langenhof von den Gardeschützen begrüßt wurde, begleitet und bin an dem Tage nicht mehr aus seiner nächsten Nähe geschieden. Ich habe nicht wahrgenommen und glaube nicht, daß Prinz Albrecht in dieser Zeit mit dem Könige über Verwendung von Cavallerie gesprochen hätte; sicher bin ich, daß der König kein Wort mit mir über diese Frage gewechselt hat, namentlich nicht in Folge einer Anregung des Prinzen Albrecht, die ich hätte wahrnehmen müssen. Wenn die Frage mit mir besprochen worden wäre, so würde ich Sr. Majestät lebhaft zugeredet haben. Meine Aufgabe war aber nur, den König aus dem Granatfeuer zu bringen, was Adjutanten und Aerzte bis dahin vergeblich versucht hatten. Ueber den Abschluß des Kampfes und die Verfolgung der Geschlagenen hat der König weder mit mir noch in meiner Gegenwart mit Andern ein Wort gewechselt; aus eigenem Anlaß war ich nicht berufen, in die Leitung des Kampfes durch Rathschläge oder Bemerkungen einzugreifen.

Ich glaube auch nicht, daß der König geäußert hat, man müsse Oesterreich nicht auf's Aeußerste treiben. Ich habe noch in Nikolsburg Mühe genug gehabt, den hohen Herrn zu überzeugen, daß wir gegen sie schonend verfahren müßten. Am 3. Juli aber lag es mir noch fern, diesen politisch richtigen Gedanken irgendwie zum Ausdruck zu bringen, namentlich dem König gegenüber. Wie groß der Gewinn der Schlacht war, ließ sich in den Stunden, von denen die Rede ist, noch nicht übersehn. Ich hielt den Feldzug mit dem, was geschehn war, am Abend des 3. Juli nicht für entschieden und hätte kein militairisches Mittel versäumen mögen, um den Krieg ohne französische Einmischung zu Ende zu führen. Ich habe nicht wahrgenommen, daß der König irgend Jemandem einen Befehl ertheilt hätte, aus dem der Allerhöchste Wille, die Schlacht abzubrechen, zu entnehmen gewesen wäre.

Der König begegnete unter meiner Begleitung dem 6. Kürassier-Regiment und dem 26. Infanterie-Regiment, die nach meiner Wahrnehmung nebst einem mir unbekannt gebliebenen Jäger-Bataillon dem österreichischen Artilleriefeuer am nächsten standen, in deren Reihen in Gegenwart des Königs Granaten wirksam einschlugen. Kurz darauf sah ich mit Erstaunen, daß die Kürassier-Regimenter Kehrt schwenkten und zum Biwak zurückritten. Ich ritt an Herrn v. Rauch, Commandeur des Brandenburger Kürassier-Regiments, heran und fragte ihn nach der Bedeutung dieser Wendung. Er sagte, es sei Befehl zum Einrücken gegeben, und nannte den Verlust seines Regiments an Mannschaften und Pferden durch Granatfeuer. Ich antwortete ihm: „Diesen Verlust habe ich mit Bedauern in nächster Nähe gesehn und ich dachte mir, Sie würden nun hinreiten, um nachzusehn, wo die Granaten herkommen.“ Er sagte darauf, die Pferde hätten seit 4 Uhr Morgens nicht gefressen und wären schwer ermüdet, außerdem könne er nichts Anderes thun, als was ihm befohlen würde. Es sei das Ganze abgeblasen, und er habe Befehl, in's Biwak zu rücken.

Ich sah das 6. und andre Kürassier-Regimenter rückwärts vorbei marschiren und hatte innerlich den Eindruck, daß

wir unsere Manövergewohnheiten auf die große Schlacht übertrügen, wo Hahn in Ruh geblasen wird, wenn das Manöver seinen programmmäßigen Abschluß erreicht hat. Ich bin von dem Befehl, die Cavallerie zurückzuziehen, überrascht gewesen, weiß nicht, von wem er ausgegangen ist; wäre er vom Könige unmittelbar gegeben worden, so hätte ich dies bemerken müssen, da ich während der ganzen Zeit nicht eine Pferdelänge von ihm entfernt gewesen bin. Ich weiß nur zu sagen, daß die Wahrnehmung mir überraschend war und niederschlagend auf mich wirkte.

(Bemerkung über das Gefecht von Hagelsberg.)

In Erinnerung an unsere gemeinsamen Erlebnisse bin ich

Ew. Excellenz

ergebenster

v. Bismarck.

1895.

2. Mai: Schreiben an den Vorsitzenden des Comités für die Frauen-Bismarckspende:

Friedrichsruh, 2. Mai 1895.

Eure Hochwohlgeboren

und den übrigen Damen, die das Schreiben vom 30. v. Mts. zu unterzeichnen die Güte hatten, erkläre ich ganz mein Einverständniß damit, daß die von Ihnen beabsichtigten Sammlungen als Frauen-Bismarck-Spende zum Andenken meiner verstorbenen Frau veranstaltet werden.

v. Bismarck.

1896.

15. Juni: Fürst Bismarck trifft folgende „Letztwillige Verfügung“:

Friedrichsruh, 15. Juni 1896.

Für den Fall meines Todes bestimme ich Folgendes:

Ich will auf der westlichen Seite des Hohlwegs, jenseits der Eisenbahn, auf dem hohen Acker in der Ecke begraben sein. Als Grabschrift wünsche ich: „Fürst von Bismarck, geboren den 1. April 1815, gestorben den ....“, und den Zusatz: „ein treuer deutscher Diener Kaiser Wilhelms I.“

v. Bismarck.

12. Juli: Grundsteinlegung zu dem Bismarck-Denkmal auf dem Feldberge. Die dem Grundstein eingefügte Urkunde lautet:

Zu Ehren Seiner Durchlaucht des Fürsten Otto v. Bismarck, des verdienstvollen Mitarbeiters des Kaisers und Königs Wilhelm I. bei Gründung des neuen Deutschen Reiches, dessen erster Kanzler er war, wurde dieses Denkmal von vielen dankbaren Verehrern aus allen Gauen des badischen Landes unter dem Ehrenpräsidium Seiner Durchlaucht des Fürsten Karl Egon v. Fürstenberg hier auf der südwestlichen Hochwarte des Reiches, dem Feldberg, errichtet. So geschehen anno 1896 im 44. Jahre der segensreichen Regierung des Großherzogs Friedrich von Baden, als Kaiser Wilhelms erster Enkel, der Sohn Kaiser Friedrich III., Wilhelm II., Deutscher Kaiser war.

1897.

8. Februar: Schreiben an Schriftsteller Hermann Heiberg in Schleswig: Dank für Uebersendung der Werke:

Ich danke Ihnen verbindlichst für die Uebersendung Ihrer Werke, von denen ich, soweit ich dieselben bisher nicht gelesen habe, mit Interesse Kenntniß nehmen werde.

v. Bismarck.

9. December: Schreiben (i. A. Chrysander) an die Schriftstellerin Frl. E. Schröder in Charlottenburg:

Geehrtes Fräulein,

Fürst Bismarck läßt Ihnen für Ihr freundliches Schreiben und die beigefügte Schrift,[1]) von der Seine Durchlaucht mit Interesse Kenntniß nehmen wird, seinen verbindlichsten Dank aussprechen.

In vorzüglicher Hochachtung bin ich

Ihr ganz ergebener

Chrysander.

22. December: Schreiben an Director Rudolph Petersen in Hamburg:

Friedrichsruh, den 22. December 1897.

Geehrter Herr,

Ihrem Wunsche gern entsprechend, habe ich das mir übersandte Pergamentblatt[2]) mit meinem Namenszuge versehn und lasse es Ihnen beifolgend wieder zugehen. Ich habe meinem

[1]) Königin Luise, ein Lebensbild in ihren Aussprüchen von E. Schröder. Herausgeberin von Werken Friedrichs des Großen.

[2]) Für das Goldne Buch von Hamburg.

Namen das Datum des Tages beigefügt, an dem das Denkmal Ihres Herrn Vaters in Hamburg enthüllt worden ist.[1]) Denn wenn meine leidende Gesundheit mich auch verhinderte, an der schönen Feier körperlich Theil zu nehmen, so sind doch meine Gedanken an dem Ehrentage meines verstorbenen Freundes in treuer Erinnerung bei ihm gewesen.

Der Ihrige
v. Bismarck.

Auf dem Umschlag:

Seiner Hochwohlgeboren
dem Herrn Rudolph Petersen
Hamburg.

---

[1]) Die Eintragung lautet:

von Bismarck
Friedrichsruh, 22. October 1897.

1898.

2. Januar: Fürst Bismarck übersendet den „Hamburger Nachrichten“ zur Veröffentlichung folgende Danksagung (H. N. 4. 1. 1898 No. 3 M.-A.):

Friedrichsruh, 2. Januar 1898.

Zum Jahreswechsel sind mir in Form von Telegrammen, Karten und Briefen so viele Begrüßungen zugegangen, daß ich bei meiner leidenden Gesundheit nicht im Stande bin, sie einzeln zu beantworten. Ich bitte deshalb meine Freunde, meinen herzlichen Dank für Ihr freundliches Gedenken und meine guten Wünsche für das neue Jahr hierdurch entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

3. Januar: Die „Hamb. Nachr.“ (No. 2 A.-A.) berichten über das Befinden des Fürsten Bismarck:

Seit mehreren Tagen sind abermals beunruhigende Gerüchte über das Befinden des Fürsten Bismarck verbreitet. Sie entbehren glücklicher Weise der Begründung. Der Fürst leidet an Podagra, was schmerzhaft, aber nach ärztlicher Ansicht nicht gefährlich ist. Graf Herbert und Prof. Schweninger sind gestern wieder von Friedrichsruh abgereist.

8. Januar: Telegramm Bismarcks an Crispi in Antwort auf eine telegraphische Anfrage nach dem Stande seiner Gesundheit:

Ich danke, ich leide an Hüftschmerzen, im übrigen geht es gut.

Bismarck.

8. Januar: Schreiben an den Abg. v. Kardorff: Glückwunsch zum 70. Geburtstage:

Friedrichsruh, den 8. Januar 98.

Im Rückblicke auf unsere langjährige gemeinsame politische Thätigkeit bitte ich Sie, geehrter Freund, zum heutigen Tage meine herzlichsten Glückwünsche entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

8. Januar: Schreiben an den Gemeindevorstand in Deutsch-Wilmersdorf: Dank für die Benennung des Wilmersdorfer Gymnasiums nach dem Namen Bismarcks:

Die Benennung des Deutsch-Wilmersdorfer Gymnasiums nach meinem Namen wird mir eine Ehre sein und ich bitte Sie, meinen verbindlichsten Dank auch den Herren Mitgliedern des Curatoriums und der Gemeinde-Vertretung aussprechen zu wollen.

v. Bismarck.

9. Januar: Die „Hamb. Nachr." (No. 7 M.-A.) schreiben:

Im „Hamburgischen Correspondenten" vom 3. d. Mts. beklagt sich ein Reporter des genannten Blattes über die Aufnahme, welche er in Friedrichsruh gefunden habe. Zunächst nimmt es uns Wunder, daß ein Vertreter von zwei in Friedrichsruh als feindlich bekannten Preßstellen: des „Hamb. Correspondenten" und des „Reuter'schen Bureaus", glaubt, dort auf besonderes Entgegenkommen rechnen zu dürfen. Was den „Hamb. Correspondenten" angeht, so haben wir an dieser Stelle, auch noch in den letzten Jahren, häufig an Beispielen erhärten können, daß das genannte angeblich „Hamburgische" Blatt sehr oft nichts weiter ist, als ein Ableger des übelsten Berliner Officiösenthums, und wir möchten seine Leser davor warnen, das Alles als gutes Hamburger Courant anzunehmen, was sich bei näherer Prüfung als Berliner Import erweisen dürfte. — Sich ferner als Vertreter Reuter's in Friedrichsruh introduciren zu wollen, beweist eine Urtheilslosigkeit, die ein gewandter Vertreter eines größeren Blattes nicht haben sollte. Das Reuter'sche Institut war stets dem Deutschen Reiche feindlich, und der „Hamburgische Correspondent" war seit 8 Jahren Vorkämpfer für alle die Regierungsmaßnahmen, welche mit der Politik Kaiser Wilhelms I. und seines Kanzlers im Widerspruch standen.

Obschon nun sein Eindringen in die Häuslichkeit des kranken Fürsten nicht durch Theilnahme seiner Auftraggeber an dem Ergehen des letzteren, sondern durch das gewerbliche Bedürfniß der

Beschaffung geldwerther Neuigkeiten veranlaßt war, wurde Herr Bruns doch im Hause Friedrichsruh zunächst empfangen und kann sich demnach auch in diesem Falle über mangelnde Zuvorkommenheit nicht beklagen. Denn bevor er den Grafen Rantzau draußen ansprach, hatte er seine Karte in's Haus geschickt, war in Vertretung des Herrn Grafen vom Secretair des Fürsten empfangen und es waren ihm über das Befinden des Fürsten die beruhigenden Mittheilungen gemacht worden, welche er dann alsbald zu Telegrammen verwerthet hat. Sein Wunsch war somit völlig erfüllt, und er hatte den Park wieder verlassen, als er den Grafen Rantzau auf seinem Spaziergange erblickte und, trotzdem der Pförtner es ihm untersagte, auf den Grafen den von ihm selber beschriebenen Angriff mit Visitenkarte und Depesche machte. Die Antwort war dem entsprechend, doch sind die härtesten von Herrn Bruns angegebenen Ausdrücke nicht gefallen, und er hat den Satz ausgelassen, der nach Zeugenaussage so gelautet hat: „Bedenken Sie doch, was ich sagen soll, wenn ich hier jeden Tag auf meinem Spaziergange vor dem Thore angefallen werde!"

Würde man es billigen, wenn ein naher Verwandter des jetzigen Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe bei seinem Spaziergange im Thiergarten von dem Vertreter eines socialdemokratischen oder sonst als feindlich bekannten Blattes angehalten und über das Befinden des Fürsten interpellirt würde?

Was die übrigen Nachwürfe anbetrifft, welche Herr Bruns dem Grafen widmet: Kritik seiner Stellung, mangelhafte Vertretung nach außen u. s. w., so können wir dieselben auf sich beruhen lassen, da jeder Kenner der Verhältnisse weiß, mit welcher Hingebung der Graf einzig und allein um das Wohlergehen des greisen Fürsten bemüht ist, zu dessen Unterstützung er nach dem Tode der Fürstin Bismarck seine Stellung im Dienste des Reichs aufgegeben hat. Die Freunde des fürstlichen Hauses werden gerade dem „Vicewirth von Friedrichsruh", wie ihn der „Hamb. Correspondent" geschmackvoll benennt, Grund haben dankbar zu sein für seine unermüdliche selbstlose Sorge um des Hauses und des Hausherrn Wohl.

Anschließend an die tendenziöse Veröffentlichung des „Hamb. Correspondent" finden wir in den Zeitungen noch die Folgerung, man werde sich, um Nachrichten über den Fürsten Bismarck zu erlangen, fernerhin an die Dienerschaft wenden müssen. Wir möchten dem gegenüber unsere Collegen bitten, diesem Rathe nicht zu folgen und die Leute nicht in Verlegenheit zu bringen, da ihnen Beziehungen zur Presse verboten sind. Wer übrigens die Diener des Fürsten Bismarck kennt, der weiß, daß es eines

solchen Verbotes nicht erst bedarf, und weiß andererseits, daß Unbescheidenheiten wie die des Herrn Bruns von den Dienern des Hauses leicht noch unfreundlicher beantwortet werden könnten, als durch den Grafen Rantzau geschehen ist.

12. Januar: Die „Hamb. Nachr." (No. 9 M.-A.) schreiben:

In Bezugnahme auf einen bekannten Fall von Reporter-Unbescheidenheit werden uns aus unserm Leserkreise dankenswerther Weise noch weitere Beispiele dafür mitgetheilt, daß in Friedrichsruh die Dreistigkeit mancher Berichterstatter „wirklich eine Plage ist". So glückte es an einem Sommernachmittag einem Reporter, trotz Pförtner, Gendarm und Hund in den Park zu gelangen und die Treppe zum Balkon hinaufzusteigen, auf dem der greise Fürst gerade Zeitungen las. Der Herr von der Feder war gewiß auch in dem Glauben, recht höflich zu sein, als er den Hut abnahm und aussprach, daß er glücklich sei, Seine Durchlaucht anzutreffen, ihr seine Verehrung zu bezeugen und (indem er das Notizbuch hervorzog) einige Fragen stellen zu dürfen. Und er war wohl nicht wenig erschrocken, als der Fürst aufstand, seinen Stock erhob und den Interviewer mit drohender Stimme hinunter wies.

Es ist vorgekommen zu einer Zeit, wo der Schutz des Hauses und Parkes weniger sorgfältig war als unter dem jetzigen dafür verantwortlichen Leiter, daß Zeitungsberichterstatter ihr Gesicht gegen die Fenster der Wohn- und Schlafzimmer gedrückt haben, um sich über die Vorgänge zu informiren. Das war, um mit dem „Hamb. Corr." zu sprechen, wohl auch „pflichtmäßige Berichterstattung über das Ergehen des Fürsten Bismarck?"

13. Januar: Die „Hamb. Nachr." (No. 10 M.-A.) rechtfertigen ihre politische Haltung gegen die Angriffe des „Hamb. Corresp." in folgendem Entrefilet:

Der „Hamb. Corr." hat dieser Tage die politische Haltung der „Hamburger Nachrichten" zum Gegenstand einer abfälligen Kritik gemacht. Wir fühlen uns nicht veranlaßt, dem Blatte auf das Gebiet öder Zeitungspolemik zu folgen und hoffen, durch diese Enthaltsamkeit den Dank unserer Leser zu verdienen. Nur eine Bemerkung sei uns gestattet. Der „Hamb. Corr." gerirt sich als Anwalt hamburgischer Interessen, deren mangelhafte Wahrung, ja Verletzung er uns denunciatorisch vorwirft, weil wir die Politik des Fürsten Bismarck in der Presse fortzuführen berufen sind. Wir rechnen uns diese Mission zur Ehre und zum Verdienst an und glauben nicht, daß der „Hamb. Corr.", wenn er uns deshalb zu verdächtigen sucht, in Hamburg Erfolg haben

wird. Die maßgebenden und einsichtigen Kreise des hiesigen Handels sind nicht der Ansicht, daß die hamburgischen Interessen durch eine Politik zu fördern sind, deren Gesichtskreis vom Nobisthor bis zum Lübeckerthor reicht, sondern sie wissen, daß dies nur durch eine Politik möglich ist, die, wie die Bismarck'sche, die Hebung des Wohlstandes der gesammten Nation und damit die Blüthe der großen Handelsplätze derselben bewirkt hat. Wir erinnern an das Beispiel des Zollanschlusses, um die Kurzsichtigkeit Derjenigen zu illustriren, die von der angeblich handelsfeindlichen Politik des ersten Kanzlers die schwersten Nachtheile für Hamburg befürchteten. Welcher zuverlässige Vertreter hamburgischer Interessen aber andererseits der „Hamburger Correspondent" ist, hat sich beim vorjährigen Strike der Hafenarbeiter gezeigt, wo die wichtigsten Interessen des gesammten hamburgischen Unternehmerthums auf dem Spiele standen und schwer gefährdet waren. Damals sind es allein die „Hamburger Nachrichten" gewesen, welche diese Interessen, ohne je zu schwanken, energisch und mit Erfolg vertreten haben, während die zweideutige Haltung des „Correspondenten" diesem das allgemeine Mißtrauen und den Vorwurf der Charakterlosigkeit zugezogen hat.

14. Januar: Telegramm an Reichsrath v. Haßler in Augsburg: Dank für die Begrüßung seitens der zu einem Mahle im „Kaiserhof" versammelten Mitglieder der zu einer Kundgebung zu Gunsten der Flottenverstärkung einberufenen Versammlung deutschgesinnter Männer:

Friedrichsruh, 14. Januar 1898,
7 Uhr 10 Min. nachm.

Ew. Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für Ihre telegraphische Mittheilung und fühle mich hochgeehrt durch die Begrüßung, die mir von so ansehnlicher, reichsfreundlicher und competenter Stelle zu Theil ward. v. Bismarck.

17. Januar: Die „Hamb. Nachr." (No. 13 A.-A.) schreiben:

Durch die Presse geht folgende Notiz:

„Fürst Bismarck soll kürzlich, bei Gelegenheit eines zwischen ihm und dem Großherzog von Sachsen-Weimar stattgefundenen Meinungsaustausches, wie der „Post" aus Weimar geschrieben wird, an letzteren telegraphirt haben, „daß er diese diplomatische Action (betreffs Kiaotschau) für eine ganz vortreffliche halte, die gar nicht besser hätte eingeleitet und durchgeführt werden können". Das Gleiche habe Fürst Bismarck gegenüber dem Herzog-Regenten von Mecklenburg-Schwerin in ähnlicher Form ausgesprochen".

Diese Mittheilung beruht auf Erfindung. Wir zweifeln nicht daran, daß Fürst Bismarck für die Unternehmung sympathisch

gestimmt ist, glauben aber nicht, daß er sich für berechtigt gehalten hat, seine Privatansicht über die erwähnten Vorgänge den oben genannten hohen Herren mitzutheilen.

20. Januar: Die „Hamb. Nachr." (No. 16 A.-A.) schreiben im Anschluß an die Behauptung der „Norddeutschen Allg. Zeitung", daß sich die von Rußland begünstigte Candidatur des Prinzen Georg von Griechenland für den Posten eines Gouverneurs von Kreta mit der Ansicht der englischen Blätter nicht vereinigen lasse, weil sie „die Einverleibung Kretas durch Griechenland einleiten würde, was gewiß nicht den Grundsätzen der Gerechtigkeit gegen die muhammedanische Bevölkerung der Insel und den Friedensinteressen im Orient entspreche":

Wir hoffen, daß dies Redactionsarbeit der „Nordd. Allg. Ztg." ist. Deutschland hat nicht das mindeste Interesse daran, sich „im Namen der Gerechtigkeit", rectius zu Gunsten der englischen Interessen der Candidatur des Prinzen Georg zu widersetzen. Uns kann es völlig gleich sein, wer auf Kreta regiert; nicht einerlei kann es uns aber sein, wenn wir zu Gunsten der englischen Auffassungen Partei ergreifen und damit unsere auswärtige Politik mit einer Verstimmung Rußlands belasten, zu der uns weder ein deutsches Interesse noch eine deutsche Macht- und Würdefrage nöthigt.

20. Januar: Begrüßung des Fürsten Bismarck durch den Verein deutscher Studenten an der Albertina in Königsberg i. Pr. aus Anlaß des Festcommerses zu Ehren der Deutschen in Oesterreich.

21. Januar: Schreiben an ?: Empfehlung des Dr. Semler in Hamburg zum Reichstags-Candidaten:

Friedrichsruh, den 21. Januar 1898.

Eurer Hochwohlgeboren

gefällige Mittheilung vom 16. d. Mts. habe ich mit verbindlichem Danke erhalten.

Ich kenne den Herrn Dr. Semler seit einer Reihe von Jahren persönlich und aus seinen öffentlichen Reden, und halte ihn für einen Mann von patriotischer Gesinnung und rednerischer Begabung, dem das Wohl aller Berufsstände am Herzen liegt. Ich glaube deshalb, daß seine Wahl in den Reichstag sowohl für den Reichstag als für den von ihm vertretenen Wahlkreis ein Gewinn sein würde.

v. Bismarck.

26. Januar: Begrüßung des Fürsten Bismarck durch eine Versammlung von Mitgliedern des Bundes der Landwirthe in Naugard:

Zahlreich in Naugard versammelte Mitglieder des Bundes der Landwirthe senden ihrem Altreichskanzler in tiefster Verehrung ihren ehrerbietigsten Gruß.

J. A.: Kannenberg, Groß-Benz.

Antwort Bismarcks.

Ich danke verbindlichst für die Begrüßung meiner Kniephöfer Nachbarn und Gesinnungsgenossen.

v. Bismarck.

27. Januar: Graf Lehndorff trifft zum Besuche des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh ein. Festmahl zu Ehren des Kaiserlichen Geburtstages, bei dem Fürst Bismarck das Hoch auf den Kaiser ausbringt.

31. Januar: Die „Hamb. Nachr." (No. 25 A.-A.) schreiben:

Der „Berliner Localanzeiger" sagt, das Befinden des Fürsten Bismarck habe sich soweit gebessert, daß er bei der Feier des Geburtstages des Kaisers wieder festes Schuhzeug habe anlegen können. Das ist leider nicht richtig. Fürst Bismarck hat am 27. d. Mts., wie schon bei dem letzten Besuche Seiner Majestät in Friedrichsruh, nicht in Uniform erscheinen können, weil die Podagra-Schmerzen ihn verhindern, Stiefel anzuziehen.

2. Februar: Antwort Bismarcks auf die telegraphische Begrüßung durch den conservativen Parteitag in Dresden:

Conservativer Parteitag, Freiherr v. Manteuffel, Dresden. Euer Hochwohlgeboren bitte ich meinen verbindlichsten Dank für Ihre ehrenvolle Begrüßung und meine guten Wünsche für die Partei entgegen zu nehmen und der Versammlung geneigtest mitzutheilen.

v. Bismarck.

6. Februar: Generalsuperintendent Dr. Dryander zu Besuch in Friedrichsruh. — Zehnjähriger Gedenktag der großen Rede vom 6. Februar 1888.

6. Februar: Der reichsdeutsche Verein „Niederwald" in Wien begrüßt bei seinem Gründungsfeste den Fürsten Bismarck nach einem mit stürmischer Begeisterung aufgenommenen Trinkspruche mit folgendem Telegramm:

In freudiger Stimmung ist der Verein „Niederwald“ zur Feier seines dreizehnten Geburtstages zahlreich versammelt und sendet aus diesem Anlasse Euerer Durchlaucht in treuer Verehrung und unentwegter Dankbarkeit die innigsten Wünsche für ein noch langes, glückliches Leben! Fürst Bismarck hoch!

Der Vorsitzende Kaufmann Otto Rotter.

7. Februar: Die Versammlung des Bezirksvereins Berlin des deutschen Eisenbahnbeamten-Vereins sendet nach einem Vortrage des Prof. Dr. Kirchner über „Fürst Bismarck“ dem Fürsten Bismarck folgende Begrüßung zu:

Die bei Kroll zum Vereinsvortrage über „Fürst Bismarck“ versammelten Eisenbahnbeamten und Arbeiter bringen Eurer Durchlaucht, dem ersten Zugführer des deutschen Reichs-Einheitszuges, die aufrichtigsten Huldigungen dar. Eingedenk der Worte Eurer Durchlaucht: „Die Eisenbahnen, ihre Leiter und Beamten, sind die eigentlichen Träger der Cultur“, bekennen wir erneut wieder: Volldampf voraus mit unserem Kaiser für friedliche Arbeit und gegen den Umsturz!

10. Februar: Auf eine telegraphische Begrüßung der zur Nachfeier des 70. Geburtstages des Abg. v. Kardorff im „Hotel Reichshof“ versammelten Mitglieder des deutschen Bimetallisten-Bundes geht dem Abg. v. Kardorff folgende Antwort zu:

Für Ihre und der mitunterzeichneten Herren ehrenvolle Begrüßung sage ich verbindlichsten Dank und freue mich, Ihnen, verehrter Freund, meine herzlichsten Glückwünsche heute zu wiederholen.

v. Bismarck.

15. Februar: Die „Hamb. Nachr.“ (No. 38 A.-A.) schreiben:

Die Nekrologe, welche die Blätter dem verstorbenen früheren österreichisch-ungarischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Kalnoky, gewidmet haben, vervollständigen wir durch den Hinweis darauf, daß das größte Verdienst, das sich dieser Minister um sein Vaterland erworben hat, zweifellos darin besteht, daß er seiner Zeit den zweiten russischen Strang, den wir bis dahin auf unserm Bogen hatten, aufgriff und auf den österreichischen spannte, als ihn Herr v. Caprivi im Jahre 1890 abgerissen und bei Seite geworfen hatte.

20. Februar: Der nationalliberale Parteitag in Magdeburg begrüßt den Fürsten Bismarck mit folgendem Telegramm:

Die zum ersten Male zu gemeinsamer Arbeit versammelten Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei der Provinz Sachsen, der Herzogthümer Braunschweig und Anhalt senden dem getreuesten Eckart der Deutschen, dem Altreichskanzler, Ehrenbürger der Stadt Magdeburg, die Versicherung ihrer unwandelbaren treuen Gesinnung, Verehrung und Dankbarkeit.

Antwort Bismarcks:

Friedrichsruh, Sonntag, 20. Februar.

Für die ehrende telegraphische Begrüßung sage ich Ihnen und Ihren politischen Freunden landsmannschaftlichen Dank.

v. Bismarck.

20. Februar: Schreiben an Ernst Scherenberg: Dank für Uebersendung des Gedichtes „Deutsche Flagge“:

Friedrichsruh, den 20. Februar 1898.

Geehrter Herr,

Ihr Gedicht über die deutsche Flagge habe ich mit Freude über Inhalt und Form der Verse gelesen und bitte Sie, für die freundliche Sendung meinen verbindlichsten Dank entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

22. Februar: Schreiben an den Gemeindevorsteher Rahmsdorf in Klein-Schwechten, dem ehemaligen Standartenträger der Halberstädter Kürassiere bei Mars la Tour:

Friedrichsruh, den 22. Februar 1898.

Geehrter Herr,

Ich ersehe aus den Zeitungen, daß Sie am 18. d. Mts. Ihre silberne Hochzeit gefeiert haben, und erlaube mir als altmärkischer Landsmann und als Angehöriger des Regiments, in dem Sie 1870 Ihre Tapferkeit bewährt haben, Ihnen nachträglich meine Glückwünsche auszusprechen.

v. Bismarck.

23. Februar: Die „Hamb. Nachr.“ (No. 45 A.-A) schreiben:

Schutz der Reichsverfassung.

Das Auftreten der socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage provocirt die Prüfung ihrer Legitimation in strengerer Form als bisher. In dieser Hinsicht ist die Reichstagssitzung vom 22. Februar lehrreich, in welcher der Abgeordnete von Stumm auf die socialdemokratischen Invectiven erwiderte:

„Sie haben eigentlich gar nicht das Recht hier zu ſitzen. Sie beziehen zugeſtandenermaßen Diäten und verletzen damit die Verfaſſung.“

Abg. Bebel: Den Bezug von Privatdiäten habe ja Fürſt Bismarck verhindern wollen, er habe aber doch nicht die Macht dazu gehabt.

Abg. Singer: Seine Freunde müßten Diäten annehmen, weil ſie ſich nicht . . . . an Gründungen betheiligen könnten.

Hiernach geſtehen die Socialdemokraten offen zu, als Abgeordnete Diäten zu beziehen, und ſetzen ſich damit in flagranten Widerſpruch zu Art. 32 der Reichsverfaſſung, welcher lautet:

„Die Mitglieder des Reichstages dürfen als ſolche keine Beſoldung oder Entſchädigung beziehen.“

Die Frage iſt als eine Verfaſſungsfrage ſo tiefgehend, daß es ſich wohl empfehlen würde, ihr näher zu treten, als in den flüchtigen Verhandlungen zwiſchen den oben genannten Abgeordneten geſchehen iſt. Da der Reichstag nach Art. 27 der Verfaſſung die Legitimation ſeiner Mitglieder ſelbſt prüft, ſo iſt es für ihn eine Ehrenpflicht und eine Rechtspflicht, dafür zu ſorgen, daß Mitglieder, welche in dieſer ihrer Eigenſchaft Entſchädigungen beziehen, nicht zugelaſſen werden, ihre Functionen auszuüben.

Die Diätenloſigkeit war bei Herſtellung der Verfaſſung das Aequivalent für das allgemeine und geheime Wahlrecht. Wenn dieſes Aequivalent reichstagsſeitig nicht gegeben wird, ſo wird man eben auf die Unterlagen des damaligen Compromiſſes wieder zurückgreifen müſſen. Es iſt die Frage, ob ein Reichstag, welcher ſich der Verfaſſung nicht conformirt, berechtigt iſt, die Reichstagsfunctionen auszuüben, und ob nicht die verbündeten Regierungen in der Lage ſind, den geſchäftlichen Verkehr mit einem Reichstage, welcher ſich ſeinerſeits den verfaſſungsmäßigen Verpflichtungen nicht fügt, abzulehnen. Die nächſte Aufgabe der Regierungen in dieſer Richtung würde ſein, ſich die Gewißheit zu verſchaffen, welche Mitglieder des Reichstags im Widerſpruch mit Art. 32 der

Verfassung Diäten beziehen und dadurch ihr Anrecht auf Theilnahme am Reichstage verlieren.

Da die Ausführung des Art. 32 nach der Verfassung dem Reichstage und seinem Präsidium obliegt, und da die Verfassung zu den Reichsgesetzen gehört, über deren Ausführung nach Art. 17 dem Kaiser die Ueberwachung zusteht, so kann man sich also fragen, ob es nicht angezeigt wäre, daß der Kaiser unter Bezugnahme auf Art. 17 der Verfassung eine Botschaft an den Reichstag richtete, in welcher derselbe zu stricter Ausführung des Art. 32 an seinem Theile aufgefordert würde.

28. Februar: Die zu Düsseldorf tagende Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute begrüßt den Fürsten Bismarck mit folgendem Telegramm:

Zu des Deutschen Reiches erstem Kanzler, der vor 27 Jahren mit der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien zu Versailles die Einigung Deutschlands krönte und dann an das weitere Werk ging, durch den Schutz der nationalen Arbeit das neue Reich auch nach innen stark und kräftig zu machen, wallen heute im Geist die deutschen Eisenhüttenleute mit dem Wunsche, daß die Vorsehung ihn noch lange, lange Jahre erhalte, und mit dem Gelöbniß, daß unwandelbare Treue und Dankbarkeit sie auf ewig mit ihm verbindet.

Antwort Bismarcks:

Geh. Commerzienrath Lueg. Ich bitte Sie, meinen Freunden für ihre ehrenvolle Begrüßung meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

28. Februar: Schreiben an Landrichter Schwartz in Flensburg: Dank für Uebersendung der vom „Deutschen Verein für das nördliche Schleswig" herausgegebenen Zeitschrift „Nordmark":

Friedrichsruh, 28. Februar 1898.

Eurer Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für die freundliche Zusendung der neuen Vierteljahrsschrift und hoffe, daß die patriotische Anregung ähnlichen Erfolg haben wird, wie die analogen Bestrebungen in Posen und Westpreußen.

v. Bismarck.

? Februar: Schreiben an den Geh. Finanzrath Jencke in Essen: Dank für die Uebersendung einer Widmungstafel des „Bergbaulichen Vereins":

Geehrter Herr Geheimrath,

Die Widmung des Bergbaulichen Vereins, welche Sie die Güte hatten, mir zustellen zu lassen, ist hier wohlbehalten eingetroffen und unter den mir zugegangenen Kunstgegenständen einer der schönsten und eigenartigsten. Ich bedaure um so mehr, daß mein Gesundheitszustand mir jetzt nicht gestattet, die Herren hier persönlich zu begrüßen, und bitte Sie und alle Mitglieder des Vereins, für die mir erwiesene Auszeichnung meinen verbindlichsten Dank entgegen zu nehmen.

Der Ihrige

v. Bismarck.

11. März: Der auch vom Fürsten Bismarck unterzeichnete Aufruf zur Sammlung wird veröffentlicht. Derselbe lautet:

Am 31. Dezember 1903 laufen unsere Handelsverträge mit Belgien, Italien, Oesterreich-Ungarn, Rumänien, Rußland, der Schweiz und Serbien ab, und wir werden vorher rechtzeitig auch in eine Prüfung unserer anderweitigen Handelsverträge einzutreten haben. Bei dem erneuten Abschluß solcher Verträge erscheint es aber zweifelhaft, ob die bestehende Meistbegünstigungsclausel, die allen Staaten auch solche Concessionen ohne Entgelt zufallen läßt, welche dritte Vertragsmächte mit wirthschaftlichen Opfern von uns erkauft haben, in der bisherigen Form fernerhin aufrecht zu erhalten sein wird.

Die wirthschaftliche Zukunft Deutschlands hängt von der künftigen Gestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande ab. Die Reichsregierung hat durch Begründung des wirthschaftlichen Ausschusses und durch wiederholte ausdrückliche Erklärungen den festen Willen bekundet, die vielseitigen und schwierigen Fragen unseres Erwerbslebens zu vertiefen und begründeten Forderungen nach wirksamem Schutze unserer schaffenden Arbeit gerecht zu werden.

Der Reichsregierung auf dieser Bahn zu folgen, liegt im gemeinsamen Interesse aller Stände.

Die Entscheidung aber liegt bei dem neu zu wählenden Reichstage, der sowohl über den zeitgemäßen Ausbau unseres Zolltarifs wie über den Abschluß neuer Handelsverträge zu beschließen haben wird. Von dem Ausfall der Reichstagswahlen hängt die Durchführung einer nationalen Wirthschaftspolitik ab.

Daher ist die Sammlung aller derjenigen Parteien und wirthschaftlichen Gruppen, welche an Stelle des Kampfes der

Interessen gegen einander den friedlichen Ausgleich derselben erstreben, für die bevorstehenden Wahlen geboten.

Die Vertreter von Industrie, Landwirthschaft, Handel und Gewerbe müssen sich vereinigen, innerhalb der einzelnen politischen Parteien nur für solche Candidaten einzutreten, welche fest auf dem altbewährten Programm des Schutzes der nationalen Arbeit und gleichmäßiger Berücksichtigung aller Zweige des Erwerbslebens stehen.

An alle Anhänger des Schutzes der nationalen Arbeit ergeht daher die dringende Aufforderung, schon bei der Aufstellung der Candidaten sich über die Wahl von Männern zu einigen, welche rückhaltlos auf dem Boden der nationalen Wirthschaftspolitik stehen.

13. März: Huldigungstelegramm der Versammlung der Vertrauensmänner der Conservativen Partei der Provinz Sachsen:

Eurer Durchlaucht, dem größten Sohne der Provinz Sachsen, bringen die versammelten Conservativen der Provinz ihre Huldigung dar.

Antwort Bismarcks:

Ich bitte Sie, meinen Herren Landsleuten für ihre ehrenvolle Begrüßung meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

13. März: Schreiben an den Landrath Fromme in Dillenburg:

Friedrichsruh, den 13. März 1898.

Eure Hochwohlgeboren bitte ich, meinen Herren Mitbürgern für die hohe Auszeichnung, die Sie mir durch Errichtung eines Denkmals erweisen wollen, meinen herzlichen Dank auszusprechen. Es wird mir eine Freude sein, die Herren des Comités bei mir zu begrüßen; nur bitte ich Sie, Ihren freundlichen Besuch zu verschieben, weil meine Gesundheit mir den geselligen Verkehr leider noch nicht erlaubt.

v. Bismarck.

17. März: Die Geographische Gesellschaft zu Hamburg begrüßt den Fürsten Bismarck mit folgendem Telegramm:

Die zu ihrer 25jährigen Jubelfeier mit den Vertretern vieler geographischen und verwandten Gesellschaften vereinigte Geographische Gesellschaft zu Hamburg sendet dem ersten Kanzler des Deutschen Reiches ehrfurchtsvollsten und ergebensten Gruß.

18. März: Schreiben des Grafen Rantzau an den Vorsitzenden des Hamburger Reichstagswahlvereins:

Ihr gefälliges Schreiben vom 7. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Fürst Bismarck würde ungern auf die Freude und Ehre verzichten, den Fackelzug zu empfangen, den der Reichstagswahl-Verein auch in diesem Jahre so freundlich sein will, ihm darzubringen. Die Wahrscheinlichkeit, daß seine Gesundheit ihm erlauben wird, seine Freunde bei dieser Gelegenheit in gewohnter Rüstigkeit zu begrüßen, würde gesteigert werden, wenn der Fackelzug nicht schon am 1. April, sondern erst nach dem Eintritt der warmen Witterung stattfinden könnte. Fürst Bismarck wäre den Herren deshalb zu Danke verpflichtet, wenn Sie den Fackelzug bis zum Anfang des Sommers verschieben wollten.

Mit der wiederholten Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung bin ich, geehrter Herr,

Ihr ganz ergebener

C. Rantzau.

18. März: Die „Hamb. Nachr." (No. 65 A.-A.) schreiben:

Kein Maulkorbgesetz!

Einem Artikel der „Deutschen Zeitung" vom 17. d. M. über die Berathung der Flotten-Vorlage entnehmen wir folgende Stellen:

Was die Einzelheiten des nunmehr unabänderlichen § 9 angeht, so haben wir daran noch auszusetzen, daß nur dem Sinne der voraufgegangenen Verhandlungen und der angeführten Ziffer, nicht aber auch dem Wortlaut nach zum Ausdruck kommt, daß sich der ganze Paragraph nur auf die Dauer des Sextennats bezieht; bei der zweiten Regierungs-Erklärung scheint es vollends direct so, als ob dies Steuerversprechen für das Aeternat des Bestehens des Deutschen Reiches, seiner Einzelstaaten und seiner Flotte gelten solle. Der Gedanke wäre so verwerflich und würde solche Verwickelungen zur Folge haben, daß das Reich politisch und finanziell in Verwirrung und Aufruhr gerathen könnte. Die Reichsregierung könnte sich zwar schließlich in der Richtung der Ausführungen des Abgeordneten Richter mit Beschneidung und Zurückstellung anderer Ausgaben und Erleichterungen helfen, eine solche Centrums-Klammer am deutschen Reichsbau wäre aber ebenso unwürdig wie gefährlich, und wir dürfen daher wohl erwarten, daß entsprechend dem Verhalten des Centrums auch die nationalen Parteien sich die Versicherung des Gegentheils hiervon schwarz auf weiß geben lassen werden.

Wenn die verbündeten Regierungen damit einverstanden sind, wirklich auf die Dauer, auf Aeternat oder auch nur auf Sextennat, die Regierung für finanzielle Vorlagen festzulegen, so würde dies ein weit schwererer Eingriff in die Reichsverfassung sein, als davon befürchtet wurde, daß Flottenausgaben für länger als eine Legislaturperiode bestimmt werden könnten. Wir können kaum glauben, daß die verbündeten Regierungen damit einverstanden sein würden, daß sie in Bezug auf ihre

finanzielle Gesetzgebung auf längeren oder kürzeren Zeitraum oder gar auf immer gebunden werden sollten; es würde eine solche Bestimmung in die Kategorie der Maulkorbgesetze gehören, von denen früher in oppositioneller Richtung öfter die Rede gewesen ist, und wir würden es schwer beklagen, wenn die Regierungen sich auf diese Lahmlegung einließen; es würde später unsere Finanzpolitik unfrei und beschränkt sein. Wer hat denn das Recht, die Finanzhoheit der künftigen Regierungen und Reichstage zu binden und zu beschränken?

Wenn das Centrum diese Absicht hat, so ist das nach seiner ganzen Tendenz dem bestehenden Deutschen Reiche gegenüber nicht zu verwundern. Aber daß die verbündeten Regierungen sich auf diese Weise für eine solche Bindung einfangen lassen, bezweifeln wir bisher. Es läge darin eine partielle Abdication der Rechte, welche die Verfassung und die Bundesverträge den Regierungen zuerkannt haben, und ein Präjudiz für die Nachfolge in der Gesetzgebung sowohl auf der Regierungsseite wie auf der parlamentarischen. Und so dringend wir eine Stärkung unserer Flotte wünschen, so glauben wir doch, daß sie durch ein solches Opfer an unserer verfassungsmäßigen Freiheit der Bewegung theuer erkauft sein würde. Für die Politik des Centrums liegt in diesen steuerlichen Prohibitionen ein Hilfsmittel für die Wahlen, daneben aber eine Lähmung der Reichspolitik, wie sie überhaupt den letzten Zielen der Centrumspolitik entspricht.

21. März: Telegramm an Oberbürgermeister Kaiser in München-Gladbach:

Ich bitte Sie, meinen Herren Mitbürgern in M.-Gladbach für die hohe Ehre, die sie mir durch Errichtung eines Denkmals erweisen wollen, meinen herzlichen Dank aussprechen zu wollen. v. Bismarck.

24. März: Aus Oldenburg (in Holstein) geht dem Fürsten Bismarck folgende Begrüßung zu:

Eurer Durchlaucht bringen die zur Erhebungsfeier Schleswig-Holsteins in Oldenburg in Holstein versammelten Patrioten aus Stadt und Land die ehrerbietigsten Grüße dar und gedenken der früheren Worte Eurer Durchlaucht: Es ging uns, wie den Römern mit den sabinischen Weibern: wir mußten sie haben!

25. März: Fürst Bismarck begeht sein 60jähriges Militärjubiläum. Generaladjutant v. Schweinitz überbringt ein kaiserliches Handschreiben mit den Glückwünschen des Kaisers.[1]) Bei dem Diner auf dem Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd „Kaiser Wilhelm der Große" bringt der Kaiser die Gesundheit des Fürsten Bismarck mit folgenden Worten aus:

„Sie hatten vorhin die Güte zu erwähnen, daß ich Sie in Ihren Bestrebungen unterstütze; da geziemt es sich für uns, die wir auf einem deutschen Schiffe, welches den Namen „Kaiser Wilhelm der Große" trägt, auf deutschem Meere schwimmen, an diesem Tage auch des Mannes zu gedenken, der meinem hochseligen Herrn Großvater in den oft schweren Zeiten seines Königthums ein so treuer Diener gewesen ist; und in dankbarer Erinnerung seiner Verdienste um unser deutsches Vaterland bringen wir auch dem Fürsten Bismarck, der heute sein 60jähriges Militär-Dienstjubiläum begeht, ein volles Glas. Seine Durchlaucht der Fürst Bismarck Hurrah!"

Ehrengabe des zweiten Garde-Regiments zu Fuß: Silberne Statuette eines Grenadiers in der feldmarschmäßigen Ausrüstung von 1813; da der Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck den Empfang einer Deputation des Regiments nicht gestattete, überbrachte Feldwebel Pilaff das Geschenk.

Von den deutschen Fürsten, von deutschen Städten, Offiziercorps, Kriegervereinen und Privatleuten gehen Glückwunsch-Schreiben und Telegramme in großer Zahl ein. Bekannt geworden sind die folgenden:

Aus Köln:

Zum diamantenen Gedächtnißtage Eurer Durchlaucht Eintritt beim Heere, an dessen Sieges-Lorbeeren durch Hebung seiner Wehrkraft mitbetheiligt Sie die von Ihnen politisch vorbereitete Einigung Deutschlands auch in heißem Waffenkampfe zusammenschweißen halfen, entbietet ihrem hohen Ehrenbürger jubelnden Glückwunsch Kölns Bürgerschaft.

Becker, Oberbürgermeister.

Antwort Bismarcks:

Ich bitte Sie, meinen Herren Mitbürgern für ihre ehrenvolle Begrüßung meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

Aus Arnswalde:

Fünfhundert reichstreue Bürger aus Arnswalde und Umgegend, versammelt, um für die Candidatur des Landtagsabgeordneten Ring-Düppel einzutreten, legen Eurer Durchlaucht zum sechzigjährigen Militär-

---

[1]) Vor der Abfahrt des Schnelldampfers „Kaiser Wilhelm der Große" von Bremerhaven nach Skagen traf noch ein Glückwunschtelegramm des Kaisers ein.

dienst-Jubiläum und gleichzeitig zum bevorstehenden 83. Geburtstage ihre wärmsten Glückwünsche ehrerbietigst zu Füßen, nachdem sie den großen Reichsbaumeister, dem Vater der nationalen Wirthschaftspolitik und dem treuesten Freunde der deutschen Bauern tiefempfundenen, unauslöschlichen Dank durch dreimalig donnerndes Hoch bekräftigt haben.

Aus Görlitz:

Generaloberst Fürst Bismarck, Friedrichsruh. Eurer Durchlaucht, dem glorreichen Feldmarschall, als Staatsmann wie als Soldat, bittet zum heutigen seltenen Ehrentage die ehrerbietigsten und treuesten Glückwünsche in unbegrenzter Verehrung und Bewunderung darbringen zu dürfen.

Der conservative Centralverein Görlitz-Lauban.

Aus Görlitz:

Im Kampfe stark
Bis in das Mark,
Im Siege mild,
Der Schwachen Schild,
So strahlt Dein Bild,
Wenn Wahrheit gilt!
Alldeutschlands Zier,
Heil Bismarck Dir!

rufen zum 60jährigen Militärdienst-Jubiläum
in treuer Dankbarkeit
die Verehrer in Görlitz.

Aus Leipzig:

Der Altreichskanzler, wie bekannt,
Trug das Schwert stets in der Hand,
Und ohne dieses Schwertes Schutz
Wär auch die Politik nichts nutz.

---

26. März: Die „Hamb. Nachr." (No. 72 M.-A.) schreiben:

In den Zeitungsartikeln über das Militärjubiläum des Fürsten Bismarck ist von der Thatsache, daß derselbe nach 1866 regelmäßig Militäruniform trug, vielfach in der Voraussetzung die Rede gewesen, daß dies auf Grund eigener Wahl geschehen sei. Wenn dies der Fall wäre, so wäre es nur natürlich, da nach unseren Hofgewohnheiten die bei der Stellung des Reichskanzlers fast täglichen Beziehungen zum Monarchen in der Formfrage der Kleidung für Militärs leichter sind als für Civil. Aber die Frage stand gar nicht zur Entscheidung des Kanzlers. Einmal hatte der König Wilhelm 1866 den Wunsch geäußert, seinen Ministerpräsidenten auch ferner in der Uniform zu sehen, in welcher er den König während des Krieges begleitet hatte. Dann aber hörte Graf Bismarck damals auf, Landwehrofficier zu sein, indem er zum Generalmajor der activen Armee ernannt wurde. Mit dieser Eigenschaft war nach den bestehenden Vorschriften auch die Verpflichtung verbunden, in der Residenz- und Garnisonstadt Berlin

jederzeit die Uniform seiner militärischen Charge zu tragen. Es war dies eine erhebliche Erleichterung für seinen täglichen Dienst am Hofe und ihm gewiß angenehm, aber er war herkömmlicher Weise so gut wie jeder Officier eines Berliner Regiments in der Lage, in Berlin Uniform tragen zu müssen.

29. März: Im Beisein des Fürsten Bismarck werden die beiden jüngsten Söhne des Grafen Rantzau, Christian und Heinrich Rantzau, durch Pfarrer Westphal aus Brunstorf confirmirt. Nach dem gemeinsamen Abendmahle erklärt sich Fürst Bismarck „bereit zum Absatteln".

30. März: Telegramm an Amtsrath v. Dietze in Barby: Glückwunsch zum 50jährigen Ehrenbürgerjubiläum:

Friedrichsruh, 30. März 1898.

Ich bitte Sie, verehrter Freund, zu Ihrem seltenen Jubiläum den herzlichen Glückwunsch Ihres Collegen als Ehrenbürger entgegen zu nehmen. v. Bismarck.

31. März: Enthüllung des Bismarck-Denkmals in Elberfeld, von der dem Fürsten Bismarck durch folgendes Telegramm Kunde gegeben wird:

Brausender Jubel und Glockengeläute begrüßte das soeben feierlich enthüllte Standbild Eurer Durchlaucht, das Meisterwerk Professor Brunow's, errichtet von der patriotischen Bürgerschaft Elberfelds. Im Mittelpunkte des Verkehrs steht das Denkmal, Tausende werden täglich zu ihm emporblicken und dabei immer wieder in dankbarem Herzen bewegen, was Ew. Durchlaucht für uns gethan. Möge die Nachwelt das von Ew. Durchlaucht geschaffene Werk nicht untergehen lassen und nie den Dank vergessen, den Deutschland dem unvergleichlichen Schöpfer seiner Einheit und Größe schuldet.

Unserer Liebe und Verehrung für unseren alten Kanzler geben wir Ausdruck in dem Rufe:

Hoch lebe unser Bismarck!

Der Denkmalsausschuß.
Consul W. Döring, Vorsitzender.

31. März: Vorfeier des 83. Geburtstages des Fürsten Bismarck im Löwenbräukeller zu München (Prof. Dr. Stieve als Festredner). — Der reichsdeutsche Verein „Niederwald" in Wien begeht den Geburtstag des Fürsten Bismarck durch ein Festessen (Festredner: Director Brause). — Festversammlung des Alldeutschen Verbandes des deutschen Schulvereins und der Ortsgruppe der deutschen Colonial-Gesellschaft in Lübeck im Hause der Gemeinnützigen Gesellschaft (Festredner: Director Gebhardt). — Vorfeier

in Karlsruhe (Festredner: Rechtsanwalt Dr. Süpfle), Weimar (Fackelzug, Glockengeläute und Bergfeuer), Rom (Festredner: Dr. Claar).

1. April: Nationale Feier des 83. Geburtstags des Fürsten Bismarck. Geschenk des Kaisers: ein Krückstock mit schwerem goldnen Griff und eingravirtem kaiserlichen Namenszug. Glückwünsche, Telegramme und Schreiben von der Mehrzahl der deutschen Fürsten und den Senaten der freien Städte. Commerse und Bankette zu Ehren Bismarcks fast in jeder Stadt des Deutschen Reichs, auch in den Vereinigungen der Deutschen im Ausland.

I. Aus der reichen Zahl von Begrüßungen Bismarcks hebe ich hervor:

Eurer Durchlaucht

sendet die Stadt Chemnitz, welche mit berechtigtem Stolze Eure Durchlaucht ihren Ehrenbürger nennt, in erneuter Versicherung unauslöschlicher Dankbarkeit anläßlich Ihres Geburtstages ehrfurchtsvollen Gruß und herzlichsten Glückwunsch.

Möge der gütige Gott Eure Durchlaucht auch ferner in seinen Schutz nehmen und dem deutschen Volke noch recht viele Jahre das Glück bescheeren, Eurer Durchlaucht seine Liebe und Verehrung bezeigen zu können.

Chemnitz, den 31. März 1898.

Der Rath und die Stadtverordneten zu Chemnitz.

Gerber, Bürgermeister. — Justizrath Dr. Enzmann, Stadtverordnetenvorsteher.

Aus Karlsruhe:

In unvergänglicher Dankbarkeit für das weltgeschichtliche Wirken des ersten deutschen Kanzlers senden die zur Feier Ihres Geburtsfestes zahlreich versammelten Nationalliberalen Karlsruhes Ihnen die innigsten Glückwünsche. Gott erhalte Sie dem Vaterlande noch lange Zeit

---

Aus Wien:

Der parlamentarische Verband der deutschen Volkspartei im österreichischen Abgeordnetenhause erlaubt sich, Eurer Durchlaucht zum bevorstehenden 83. Geburtstage die innigsten Glückwünsche darzubringen, und knüpft daran die Bitte, Durchlaucht geruhen, diese einem Herzensbedürfnisse aller Mitglieder entspringende Kundgebung gütigst anzunehmen.

Aus Hamburg:

In tiefster Verehrung und in der Versicherung unwandelbarster Treue sendet Eurer Durchlaucht die ehrerbietigsten Glückwünsche.

Der Reichstagswahlverein von 1884.

Aus Berlin:

Das gehorsamst unterzeichnete Directorium des Centralverbandes deutscher Industrieller schätzt sich glücklich, Ew. Durchlaucht seinen ehrfurchtsvollsten und wärmsten Glückwunsch zum 83. Geburtstage darbringen zu dürfen. Das Directorium benutzt freudig diese Gelegenheit, um Ew.

Durchlaucht die Versicherung treuester Anhänglichkeit zu erneuern mit dem Gelöbniß, daß es nach wie vor seine Aufgabe darin erblicken wird, bei der ihm anvertrauten Wahrung der bedeutungsvollen Interessen der deutschen Industrie unentwegt die von Ew. Durchlaucht gegebene Richtung zu verfolgen, die das Wirthschaftsleben Deutschlands zu seiner jetzigen Größe und Bedeutung geführt hat.

Aus Dresden:

Die im sächsischen Landtagscartell vereinigten Mitglieder der Ordnungsparteien der Zweiten Ständekammer bringen in alter Sachsentreue Eurer Durchlaucht tief empfundene herzliche Wünsche dar.

Möge des Allmächtigen Gnade über den großen und wachsamen Berather des deutschen Volkes, über den unerreichten greisen Baumeister des Reiches noch lange Jahre segnend walten.

In unbegrenzter Verehrung und Dankbarkeit:

die conservative Fraction
durch Dr. Mehnert,
die nationalliberale Fraction
durch Niethammer,
die sächsische Fortschrittspartei
durch Uhlmann.

Aus Berlin:

Eurer Durchlaucht giebt sich die nationalliberale Fraction des Abgeordnetenhauses die Ehre, ihre herzlichsten Glückwünsche zum heutigen Tage in alter Verehrung auszusprechen.

J. A.: Hobrecht.
v. Eynern.

Aus Zwickau:

Das Ew. Durchlaucht zu Ehren in Zwickau errichtete Denkmal ist soeben unter allgemeiner Theilnahme und Begeisterung der Bewohnerschaft der Stadt enthüllt worden. Die Festversammlung spricht Ew. Durchlaucht die ehrerbietigsten Glückwünsche zum Geburtstage aus mit der Versicherung unwandelbarer Treue und dem Versprechen, Ew. Durchlaucht Werk hüten und in nationalem Sinne weiterführen zu helfen.

Aus Leipzig (Klein-Zschocher):

Ew. Durchlaucht bringt zum 83. Geburtstage die Festversammlung von über 500 reichstreuen Einwohnern des Stadttheils Leipzig-Zschocher, versammelt im Reichsverweser, dem Reichsbaumeister und getreuen Ekkehard des deutschen Volkes die herzlichsten und ehrerbietigsten Glückwünsche dar.

Bismarck-Stammtisch im Reichsverweser zu L.-Kleinzschocher.

Aus Straßburg i. E.:

Heute wurde die Büste Ew. Durchlaucht, gestiftet von Lehrern der Kaiser Wilhelms-Universität zu ihrer 25jährigen Jubelfeier, in dem Collegiengebäude enthüllt und übergeben, als Zeichen des unauslöschlichen Dankes für Ew. Durchlaucht hervorragenden Antheil an der Gründung der Universität und als dauerndes Denkmal des bestgeliebten Mitbegründers des Deutschen Reiches. Der Himmel lasse diesen Tag sich noch häufig für Ew. Durchlaucht jähren. Der zeitige Rector der Kaiser-Wilhelms-Universität:

Goette.

Aus Wien:

Der Verein Niederwald in Wien, zahlreich im Familienkreise versammelt, begeht frohbewegt in alter Liebe und Verehrung Eurer Durchlaucht Geburtsfest und übersendet dazu die treuinnigsten Glückwünsche. Fürst Bismarck, den Gott noch lange Jahre beschirme: Hurrah!

Der Festvorsitzende Kaufmann Otto Rotter,
der Schriftführer Koffmahn.

Aus Berlin:

Dem Säemann, dessen Saat im Osten der Ernte entgegenzureifen beginnt, sendet der Verein zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken in alter Verehrung und Treue seinen ehrerbietigen Geburtstags-Glückwunsch. Hansemann. Kennemann. Tiedemann.

Aus Stuttgart:

Eine große Versammlung deutsch gesinnter Männer und Frauen Stuttgarts sendet Eurer Durchlaucht in unauslöschlicher Dankbarkeit und Verehrung die innigsten Glück- und Segenswünsche und erneuert, wie alle Jahre an Ihrem Geburtsfest, so auch diesmal das heilige Gelöbniß: „Treue dem Reich und Treue seinem Begründer!" Im Auftrag: G. Müller.

Aus München:

Ihrem großen Ehrenbürger, dem Fürsten Otto von Bismarck, sendet zur Feier des 83. Geburtstages die Vertretung der Stadt München die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Gott schütze und schirme Eure Durchlaucht und erhalte Ihr Leben in ungebrochener Kraft des Geistes und Körpers dem deutschen Volke noch viele, viele Jahre.

Aus Berlin:

Die Deutsche Colonialgesellschaft sendet Eurer Durchlaucht, dem Schöpfer deutscher Colonialpolitik, dem alle deutschen Männer erneute Dankbarkeit zu einer Zeit schulden, in der die von Eurer Durchlaucht gelegten Keime bereits reiche Früchte hervorbringen, zum heutigen Tage die herzlichsten Glückwünsche für ein gesundes und gesegnetes Lebensjahr.

Der Präsident der Deutschen Colonialgesellschaft.
Johann Albrecht,
Herzog zu Mecklenburg.

Aus Bochum:

Wer immer abseits stehen mag
Und Dich nicht ehren will,
Für uns bleibt stets ein Feiertag
Der erste des April.
Dann einen wir uns frohgesinnt,
Dann schallt's in Wort und Lied:
Gott segne das Geburtstagskind,
Des Reichs gewalt'gen Schmied.

Zweitausend zur Geburtstagsfeier Eurer Durchlaucht versammelte nationalliberale Männer und Frauen des Reichstagswahlkreises Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen. J. A.: Hünnebeck, Rechtsanwalt.

Aus Köln (vom nationalliberalen Verein):

Ew. Durchlaucht unsterblicher Thaten heute wie immer in treuer Dankbarkeit gedenkend, wünschen wir Ihnen und dem deutschen Volke Glück zu dem heutigen Tage und erneuern das Gelöbniß, nach Ihrem Beispiel fest in Treue auszuharren im Dienste unseres Vaterlandes.

Aus Mannheim (2. April):

Zur Feier des Geburtstages Eurer Durchlaucht versammelt, bringt die nationalliberale Partei Mannheims nach einem begeistert aufgenommenen Vortrag des Herrn Prof. Dr. Horst Kohl ihre Glückwünsche dar. Neu bethätigt hat sich in diesen Tagen der Geist, in dem das Reich gegründet und ausgebaut wurde. Auch unser Dank erneut sich für den, der des Reiches Herrlichkeit wieder erstehen ließ.

Aus Lübeck:

Ew. Durchlaucht bringen die zur Vorfeier des Geburtstages Ew. Durchlaucht und zu einem Deutschen Abend versammelten Mitglieder der hiesigen Ortsgruppe des Colonialvereins, des Alldeutschen Verbandes, des deutschen Sprach- und Schulvereins und zahlreiche Gäste ihren ehrerbietigen Glückwunsch zu Ew. Durchlaucht Geburtstag. Gott erhalte Ew. Durchlaucht dem deutschen Volke noch lange Jahre.

Aus Leipzig:

Ew. Durchlaucht bringen zum 83. Geburtstage 450 Männer und Frauen des Vaterländischen Vereins zu Leipzig die innigsten und dankbarsten Segenswünsche dar, als dem vornehmsten Schöpfer unseres großen deutschen Vaterlandes. Gott wolle uns den Mann, der fast der Letzte ist von den Heroen des Jahres 1870/71, zum Segen und Stolze unseres theuren Volkes noch lange erhalten.

Der Vorstand: S. Retter.

Aus Leipzig:

Hunderte von deutschgesinnten Leipziger Bürgern mit ihren Frauen zur Feier des Geburtstages Eurer Durchlaucht versammelt, erneuern das Gelübde nie erlöschender Dankbarkeit und Treue.

Aus Heidelberg (3. April):

Viele Hunderte, Männer und Frauen aus Stadt und Land, in Heidelberg zur Nachfeier des Geburtstags Eurer Durchlaucht versammelt, bringen dem Begründer des Deutschen Reichs, dem größten deutschen Staatsmann dieses Jahrhundert, dem Lehrmeister der deutschen Nation, in Treue und Dankbarkeit herzlichste Glück- und Segenswünsche.

Professor Dr. Georg Meyer.
Graf Du Moulin-Eckart.

Aus Berlin:

Auch in diesem Jahre wird der Berliner Bismarck-Ausschuß im Verein mit Tausenden von Frauen und Männern die Wiederkehr von Ew. Durchlaucht Geburtstag durch einen Festcommers am Sonnabend, den 2. April, in der Philharmonie festlich begehen.

Der Ausschuß erlaubt sich ehrerbietigst, bereits heute die innigsten Wünsche für die Gesundheit und das Leben Ew. Durchlaucht in alter, unwandelbarer Treue und in tiefster Dankbarkeit auszusprechen.

Möge Gottes Rathschluß noch lange den letzten Paladin Kaiser Wilhelms des Großen in gewohnter Rüstigkeit erhalten, möge noch manches segenspendende Wort herübertönen aus dem stillen Sachsenwalde in die Unruhe der Parteien.

Der Berliner Bismarck-Ausschuß.
Münzwardein Bork
Vorsitzender.
Berlin C., Holzgartenstr. 1.

Louis Israel zu Weener in Ostfriesland begleitete sein Geschenk, eine altfriesische Wanduhr, mit folgendem Gedichte:

Giwwt ook dat Spreekword daarvan Künn',[1])
„De Glückelke sleiht[2]) kine Stünn'!"[3])
Faak[4]) is't nät wahr! un tau Din Namensdagg
Stäl't[5]) biff' oll' Fryfen[6]) Klock'[7]) van hellsten Slagg![8])

Din Lewensabend krönt dat Glück!
Millionen Harten freuen fück,[9])
Datt Gott di diffe Dagg erleewen dee[10])
In vulle Rüstigkeit, gesund, taufree![11])

Un hier de Klocke?! Nu ick bün
Mi eens,[12]) Du kennst secür[13]) de Stünn'!
För Dütslands Ehr un Rauhm heft Du't verstaahn
Tau alle Tiden,[14]) wat de Klock harr slaan![15])

Die Getreuen in Butzbach sandten als Geschenk einen Kalender auf das 84. Lebensjahr des Fürsten Bismarck mit folgendem Gedichte:

April.

Das Gras, das im April gewachsen,
Im Monat Mai kommt's nimmer weit;
Dich, starken Sproß des Ostermondes,
Konnt' hemmen nie ein Sturm der Zeit.
1. April 1815.

Mai.

Maikühle und Maiabendthau
Geben Segen dem Wein und schmücken die Au;
Deine thaufrische Kraft, Dein kühler Verstand
Gaben Friede voll Ehren dem Vaterland.
10. Mai 1871.

Juni.

Bringt Donner viel der Juni,
So giebt's ein fruchtbar Jahr,
Das böhm'sche Schlachtgewitter
Fruchtbringend für uns war. 1866.

---

[1]) Kunde, [2]) schlägt, [3]) Stunde, [4]) oft, [5]) schick' ich, [6]) Friesen, [7]) Uhr, [8]) Schlag, [9]) sich, [10]) that, [11]) zufrieden, [12]) einig, [13]) genau, [14]) Zeiten, [15]) geschlagen hatte.

Juli.

Im Juli muß vor Hitze braten,
Was im September soll gerathen,
Zornkollernd kräht der gallische Hahn,
Bis Du ihn in den Sack gethan.

19. Juli 1870.

August.

Wie Bartholomäitag sich hält,
So ist der ganze Herbst bestellt.
Als wälscher Trotz bei Metz zerronnen,
Da wußtest Du: „Nun ist gewonnen".

1870.

September.

Ist es am ersten September hübsch rein,
Wird's auch den ganzen Monat so sein.
Der Klang von Sedan, so rein und klar,
Wird Grundton bleiben uns immerdar.

1870.

October.

Es harrt die güld'ne Traube
Des emsigen Winzers Hand.
So harrte das Werk des Meisters,
Bis Dich Dein König fand.

8. October 1862.

November.

Ist bewölkt Martinitag,
Weiß man nicht, wie's werden mag;
Ist er aber scharf und klar,
Wintert's stark noch in dem Jahr.
Langer Reden dunkler Sinn
Bracht der Einheit nicht Gewinn;
Blanken Eisens scharfer Zahn
Riß ihr erst die rechte Bahn.

December.

Es sieht das Kind den schönsten Traum
Erfüllet unter'm Weihnachtsbaum!
Was heißes Sehnen lang begehrt,
Das hast Du unserm Volk beschеert.

Januar.

An Vincenz lichter Sonnenschein
Läßt uns erhoffen Korn und Wein;
Doch in der Kaiserkrone Pracht
Erstrahlte voll Germaniens Macht.

18. Januar 1871.

Februar.

Ist auch verschrie'n St. Dorothee
Als düst'rer Tag voll Sturm und Schnee,
Uns soll er doch geheiligt sein.
Du sprachst das Wort, so stolz es klang,

Ein Echo weckt's gleich Sturmgesang
Vom Alpenfuß zum blauen Belt:
„Wir Deutsche fürchten Gott allein
Und nichts sonst auf der weiten Welt!"

6. Februar 1888.

März.

Dem Lenzesmond ist nicht zu trauen,
Bald Blüthenschmuck bald Winterkleid!
Allein Dein Kaiser konnte bauen
Auf seinen Bismarck allezeit.

Von einer Pfarrersfrau in der Rheinpfalz ging folgendes Gedicht mit Composition ein:

Froh grüßest Du auf's Neue den Tag,
Den Tag, der so oft Dir gesegnet war,
Den freudig wir feiern in jeglichem Jahr,
Der Festtag ward in der Deinen Schaar,
Die Dein denken in Liebe und Treue.

Im ganzen Deutschen Reiche
Glänzt dieser Tag ja auch wie ein Stern,
Sein Leuchten bringt selbst durch die Lande fern,
Alldeutschland grüßt seinen alten Herrn,
Die gewaltige deutsche Eiche!

Heil Dir, dem edlen Greise!
Das Schicksal streut auf den Lebenspfad
Dir Blüthen und Palmen nach Gottes Rath,
Schön reifen Dir Früchte nach fleißiger Saat,
Dein Deutschland jauchzt heut' Dir zum Preise.

Der Himmel schirm Dich noch lange,
Bewahr Deinem Alter den heiteren Blick,
Der freudig darf schau'n auf Vergang'nes zurück;
Ein Ziel siehst Du vor Dir: des Volkes Glück. —
Ein „Hoch" Dir mit jubelndem Klange!

Einen Kasten mit langen Thonpfeifen begleitete folgendes Gedicht:

Heute zum Geburtstagsfeste
Bringe ich ganz selt'ne Gäste,
Pfeifen sind es ja von Thon,
Und es wär mein höchster Lohn,
Wenn mein Fürst sie könnt' gebrauchen,
Würde täglich daraus rauchen;
Dann erfreute Bismarck sehr
Wilhelmine Staubener.

Aus Saalfeld a. S.:

Gott schütze Dich, Du großer Kanzler,
Dich Deutschlands Held für allezeit,
Wir fleh'n für Dich in dieser Stunde,
Deutschtreue Männer kampfbereit!
Wir steh'n für Dich mit unserm Blute,
Zu schützen Deinen stolzen Bau.

Dein Werk, es ragt so hehr und mächtig,
Hinauf bis in des Aethers Blau!
Mit Stolz kannst Du zurückeschauen
Auf Deine Lebensbahn, Du Held,
Heil Bismarck Dir, eiserner Kanzler,
Dein Ruhm vergeht nie in der Welt;
Es preisen Kind und Kindeskinder,
Was Du gethan für's Vaterland.
Ein Denkmal hast Du Dir errichtet
Mit kühnem Muth und fester Hand!
Du warst des Volkes echter Führer,
Dein Falkenaug' hielt treue Wacht,
Du hast das deutsche Volk geeinigt,
Du bist es, der es groß gemacht!
Mag Gott Dich fernerhin auch führen,
Mag Dich bewahr'n vor Schmerz und Leid,
Den Lebensabend Dir beschirmen,
Wie er's gethan für alle Zeit!

Von 2 Studenten ging eine Adresse: In trinitate robur ein; sie lautete:

Sei uns gegrüßt, Du deutscher Held, Du Held von Blut und Eisen,
Da Du den Frieden uns geschafft, wer will ihn uns entreißen?
Den Bruderstreit hast Du geschlicht't mit festem Wort und Schwert,
Du warst es, der die Friedensbraut führt' heim zum deutschen Herd!
Und nicht mit Gold erlangten wir vom Erbfeind Fried' und Ruh,
Durch Blut und Eisen kam durch Dich den Deutschen Frieden zu.
Groß war der Kampf — ein schöner Frieden
Lohn' auch Dein Werk — Dein Streben — hier hienieden.
Im Buch der ew'gen Klio liest man in Flammenschrift,
Wie deutsches Wort und Eisen den tück'schen Erbfeind trifft.
Drum sei gegrüßt, Du Friedensfürst, für den sich unsere Hände falten,
Und bitten ständig uns'ren Herrn, daß er noch lang' Dich mög' erhalten!

Aus Dumfries in Schottland, einer Mappe beigelegt, deren eine Seite in Oelmalerei ein Bouquet gelber Rosen auf Rosagrund zeigt:

Ich möchte einen Kranz Dir binden
Aus Blumen aller deutschen Gau'n, —
Das schlichtste Blümchen möcht' ich finden
Und in die Farbenpracht es winden, —
Mit Morgenperlen ihn bethau'n.

Dann sieh den Blumenflor sich ziehen
Rings durch das weite Vaterland;
Saat Deiner Sorgen, Deiner Mühen,
Er steht — ein Kranz — voll Duft und Blüthen
Im märchenschönen Festgewand.

Die Sonne blitzt und Tropfen gleißen,
Aus jeder Blüthe funkelt Glanz,
Ein jedes Blättchen will Dich preisen,
Will an dem heut'gen Tag verheißen
Dir heit'res Glück im Jahreskranz.

Zurück nur strahlt, was Du gegeben,
Aus jedem Kelch ein Lebensbild:
Der Stämme Ineinanderleben
Zu deutscher That, zu deutschem Streben,
Sich selbst ein Schutz, sich selbst ein Schild!

Und nun sich Frühlingsgeister regen,
Es klingt und singt im Wald, im Thal,
Laß Dir den Kranz zu Füßen legen,
Thaufrisch von des Allmächt'gen Segen,
Ein Kranz aus Wünschen ohne Zahl.

Wir reichen fester uns die Hände
Und huld'gen Fürst, Dir, tief gerührt;
Die Treue findet nie ein Ende,
Sie hat zu Deiner Jahreswende
Mit Jubel uns zu Dir geführt!

Aus Halle in Form einer Adresse:

Seiner Durchlaucht dem Fürsten Otto von Bismarck zum 83. Geburtstage am 1. April 1898.

Gott grüße Dich! Mit diesem deutschen Gruße
Stell' ich mich heut' zum Wiegenfeste ein,
Ein froh „Glück auf" dem Schmied des Deutschen Reiches,
Und kräftig biedern Handschlag obendrein.
Was unsere Musensöhne lang' erhofften,
Was Turner, Schützen, Sänger stets gedacht:
Ein einig Deutschland, stark zu Land und Meere,
Du hast's geschafft, Du hast es wahr gemacht.
Es waren ja die deutschen Brüderstämme
Stets voller Zwietracht und von mancher Art.
Mit starken Armen schmiedet'st Du die Glieder,
Der deutsche Landgraf, der blieb hart, blieb hart.
Nun sind geeint des großen Reiches Söhne,
Der deutsche Aar zieht frei nun seine Bahn.
Stolz weht die Flagge auf dem weiten Meere,
Ein Kaiser zieht dem Heere kühn voran.

Auch ich bin Herrscherin in meinem Reiche,
Auf meinen Wink ist stets das Volk bereit,
Verläßt das Feld als Sieger ohne Leiche,
Ist stets mobil, zum Kampfe schnell geneigt.
Doch nur gereizt, ergreift mein Volk die Waffen,
Den eignen Herd beschützt der blanke Speer,
Sonst lieben wir nur innig stilles Schaffen
Und halten heil'gen Frieden rings umher.

Wenn Dich die Kläffer oft auch wild umschwärmen,
Alldeutschland von der Weichsel bis zum Rhein
Wird sich für diese Feinde nicht erwärmen,
Dem Kunstschmied Deutschlands ewig dankbar sein.
Wir senden Dir zu Deinem Wiegenfeste
Heut diesen Nektar goldig duftig fein,
Aus unserem Keller ist es nur das Beste
Von Klee und Linde muß die Mischung sein.

So nimm denn dieses kleine Angebinde
Und unsern Glückwunsch obendrein,
Es möge immer dem Geburtstagskinde
Ein heil'ger Friede stets beschieden sein,
Nun denn Glückauf! Dort nach der Bergeshalde
Send ich Dir meinen königlichen Gruß
Und reich' Dir in dem Sachsenwalde
In hoher Achtung meinen Vorderfuß.

Gegeben in unserem Winterpalais zu Könighausen im zweiten Jahre unserer Regierung mit höchsteigenfüßiger Unterschrift und unserem königlichen Insiegel

Imme
Minister des Innern.

Florenda
Bienenkönigin.

Drohne
Minister des Aeußern.

Für richtige Auffassung des Gedichts verantwortlich der Hofpoet und Bienenvater Th. Loebeling in Halle a. S., Neffe des früheren Vorfechters in Göttingen.

Aus Bremen (Adresse zu einer Weinspende aus dem Bremer Rathskeller):

Dem mächtigen Schöpfer deutscher Einheit in dankbarer Verehrung patriotisch gesinnte Frauen Bremens 1. April 1898.

Bismarckspende.

Man sagt: daß in der Erde Feuergluth,
Umloht vom Flammenmeer, ein Demant ruht.
Kein menschlich Können kann zu Tag ihn heben,
In Gottes Hand nur ist die Macht gegeben,
Zu zeigen uns des Demant blitzend Licht,
In eines selt'nen Menschen Angesicht.
Wir Deutschen kennen solchen Gottgesandten,
Dess' Augen leuchten strahlend wie Demanten,

Wer sie erblickt, den packt's mit tiefer Macht:
Das ist des Geistes Licht in dunkler Nacht.
Dies Leuchten war's, was alle Schmach zerstörte,
Die unsres Vaterlandes Kraft verzehrte,
Dies Auge ist es noch, das uns beschützt,
Wenn es aus dunklen Wolken drohend blitzt.

Mag Gott, der solchen Demant uns gegeben,
Uns lang erhalten Dein geliebtes Leben!
Die feste Treue, die Dein Volk Dir weiht,
Wird größer nur mit jeder Spanne Zeit.
Und muß sich einst Dein Strahlenauge schließen,
Dann werden Deines Geistes Hauch wir grüßen
In Allem, was an Ehre, Glück und Heil
In Zukunft unserm Vaterland zu Theil.
In solchen Herzensdank sich zu versenken,
Das ist des deutschen Volkes „Dein gedenken".

Aus Lauchhammer als Begleitgedicht eines Pfeifenständers (Eichenstamm mit umschlingender Epheuranke):

Nicht trotzen konnt' des Sturm's Gewalt
Ein schwankend Epheureis,
Am Eichenstamme sucht es Halt,
Wo sich's geborgen weiß.

Es sei als Sinnbild Dir gesandt,
Du Held in Friedrichsruh:
Der Epheu war das deutsche Land,
Der Eichenstamm bist Du.

Aus Berlin:

Den Mann, de mit sin herrlich Dohn
Uns gew, wat wi hefft wünscht un glöwt,
Den Mann, de eens de Kaiserkron
Böhrt' König Wilhelm up dat Höwt:
Den wünschen wi, dat he noch lang
Mit truen Rat to Sid' uns steiht!
Hoch Bismarck! Dat is hüt uns Sang
Un blifft uns Sang in Ewigkeit.

De Allgemein Plattdütsch Verband, de int Kulmbacher Bierhus, Breitestraße, Berlin, to de Geburtsdagsfir tosamen is.

Wilhelm Bade,
Börsitter von den Allgemein Plattdütsch Verband.
Johannes Fründt,
Börsitter von de Festfir.

Von den Getreuen von Jever:

Dat Dütsche Riek, geent und stark,
Is Dienes Lävens mächtig Wark.
Dat lang' Du noch Di magst d'ran freuen,
Wünscht Di van Harten de Getreuen.

Aus Mellingen vom „Montagsstammtisch" als Begleitadresse einer Kiste mit Thüringer Landbrod, Wurst, Honig, Aepfeln:

M'r frei'n ons, Dorchlaucht, daß m'r nun och heier
Sie Glöck kunn' winsche, der uns dach su deier;
No, un da gratelier' m'r denn och scheene!
Doch was ze läben folgt mät onsen Grießen,
Weil Se doch ötze unpaß off'n Fießen:
Das hölft amenge wedder off de Beene,
Drheeme hummer merre von dän Sachen,
Drom, wenn Se epper mal off Jäne machen,
Da steigen S' ob, bei ons ös höbsch gemeene!

Aus Wiesbaden (von einer Dame):

Großer Fürst, ich hörte sagen:
Was an Deinem Ehrentage
Dich auch grüßt im Deutschen Reiche
Nun seit drei und achtzig Lenzen,
Eines fehlt: die Deutsche Eiche! —

Eine ſolche junge, kleine,
Wohlgepflegt von Mädchenhänden,
Laſſ' im Lebensabendſcheine
Nun zum heut'gen Feſt Dir ſpenden
Mit dem Wunſch: Der Eiche gleiche,
Was Du ſchufſt im Deutſchen Reiche!

II. Von den Antworten Bismarcks ſind bekannt geworden:

Friedrichsruh, 2. April.

An Münzwardein Bork, Berlin,
Holzgartenſtraße 1.

Ich bitte Sie, der Verſammlung für ihre freundlichen Glückwünſche meinen verbindlichſten Dank auszuſprechen und hinzuzufügen, daß die ehrenvolle Begrüßung meiner Freunde und Mitbürger mir beſonders große Freude macht in Erinnerung an die Jahre, in denen ich von 1822 bis 1890 Bewohner der Reſidenz geweſen bin. v. Bismarck.

An den Abg. Steinwender in Wien:

Ich fühle mich durch die Begrüßung deutſcher Mitglieder des Abgeordnetenhauſes des benachbarten und befreundeten Reiches hochgeehrt und bitte die Herren, meinen verbindlichſten Dank freundlich entgegen zu nehmen. v. Bismarck.

An das Directorium des Centralverbandes deutſcher Induſtrieller:

Den Vorſtand bitte ich, für die freundlichen Glückwünſche meinen verbindlichſten Dank entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

An den Vorſtand der deutſchen Reichspartei, Herrn v. Kardorff:

Ich bitte Sie, der Fraction meinen verbindlichſten Dank für ihre freundlichen Glückwünſche auszuſprechen, die mich in Erinnerung an unſere langjährige gemeinſame Thätigkeit beſonders erfreut haben. v. Bismarck.

An den Vorſtand des Geſammtausſchuſſes des Verbandes alter Corpsſtudenten, Dr. Hans v. Hopfen:

Ich bitte Sie, den Herren Commilitonen für ihren freundlichen Glückwunſch meinen verbindlichſten Dank auszuſprechen. v. Bismarck.

An die Fraction der nationalliberalen Partei des Abgeordnetenhauses zu Handen des Abg. Hobrecht:

Ew. Excellenz bitte ich, der mir seit lange befreundeten Fraction für die freundlichen Glückwünsche meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. v. Bismarck.

An den Vorstand des Ostmarken-Vereins:

Ich bitte Sie und Ihre Herren Mitunterzeichner für Ihre freundlichen Glückwünsche meinen verbindlichsten Dank entgegen zu nehmen. v. Bismarck.

An Graf Limburg-Stirum:

Ew. Excellenz bitte ich, der conservativen Fraction meinen verbindlichsten Dank auszusprechen für ihre freundlichen Glückwünsche, die mir im Hinblick auf meine langjährigen freundlichen Beziehungen zu den Mitgliedern der Partei von großem Werthe sind. v. Bismarck.

An den Rath der Stadt Chemnitz (Oberbürgermeister Beck):

Friedrichsruh, den 4. April 1898.

Eure Hochwohlgeboren bitte ich, meinen Herren Mitbürgern für ihren freundlichen Glückwunsch meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. v. Bismarck.

An den Senat von Hamburg:

Friedrichsruh, den 4. April 1898.

Eure Magnificenz bitte ich, dem Senat für die Glückwünsche, durch die Hochderselbe mich zu meinem Geburtstage beehrt hat, meinen verbindlichsten Dank aussprechen zu wollen. Ich empfinde die wohlwollenden Worte der Anerkennung meiner früheren politischen Thätigkeit, die in dem geneigten Schreiben vom 1. d. Mts. enthalten sind, als hohe Auszeichnung und bin stolz darauf, daß der Senat unserer Welthandelsstadt, der ich in nachbarlicher Ergebenheit zugethan bin, meiner in Freundschaft gedenkt. v. Bismarck.

An den Präsidenten der Deutschen Colonialgesellschaft, Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg:

Eure Hoheit bitte ich unterthänigst für die mir namens der Colonialgesellschaft gnädigst übersandten Glückwünsche meinen ehrerbietigen Dank entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

1. April: Enthüllung der Büste Bismarcks im südlichen Treppenhause der Universität Straßburg. — Enthüllung des Bismarck-Denkmals in Zwickau i. S.

2. April: Commers Berliner Bürger zu Ehren Bismarcks in den Räumen der Philharmonie (Festredner: Geh. Justizrath Prof. Dr. Kahl). — Festbankett der Nationalliberalen von Mannheim (Festredner: Prof. Dr. Horst Kohl), Pforzheim (Festredner: Landtagsabg. Wittum), Frankfurt a. M. (Festredner: Prof. Dr. Goldschmitt).

3. April: Commers zu Ehren Bismarcks im Harmonie-Saale zu Heidelberg (Festredner: Prof. Dr. Rich. Graf du Moulin-Eckart). — Commers der nationalliberalen Partei in Bochum (Festredner: Rechtsanwalt Dr. Mummenhoff).

4. April: Die „Hamb. Nachr." (No. 79 A.-A.) schreiben:

„Germania", „Volksztg." und „Frankfurter Ztg." enthalten wörtlich übereinstimmend eine Notiz, wonach ein Club in Hannover „eine Fahne für den Thurm des Schlosses in Friedrichsruh" gestiftet, die Stange dazu aus dem Sachsenwalde erbeten und auch erhalten habe, jedoch unter Nachnahme von 150 Mark! Wir sind ermächtigt, diese ganze Fahnengeschichte für „vollkommen erstunken und erlogen" zu erklären. Die „Volksztg." behauptet ferner, eine Zeitung habe berichtet, Fürst Bismarck hätte auf eine Anfrage betreffs der Feier seines Militairjubiläums und seines Geburtstages die Antwort ertheilen lassen, es käme nicht sowohl auf solche Feiern an als darauf, daß man sich darnach richte, was er gethan, und das beherzige, was er gesagt habe. Diese Behauptung beruht auf Fälschung. In dem betreffenden Berichte war die Antwort ausdrücklich der Umgebung des Fürsten, also nicht ihm zugeschrieben worden. Der Fürst hat weder eine derartige Anfrage erhalten noch eine solche Antwort gegeben, noch überhaupt eine Aeußerung in der Richtung gethan.

4. April: Oeffentlicher Dank des Fürsten Bismarck (H. N. 5. April 1898, No. 80 A.-A.).

Friedrichsruh, 4. April 1898.

Zu meinem Geburtstage sind mir aus dem In- und Auslande so viele Begrüßungen zugegangen, daß ich, auch

wenn ich mich voller Gesundheit erfreute, doch nicht im Stande sein würde, für die einzelnen meinen herzlich empfundenen Dank auszusprechen. Ich hoffe aber, daß meine Freunde, die in diesen Tagen meiner wohlwollend gedacht haben, es mir nicht verdenken werden, wenn ich sie auf diesem Wege bitte, meinen verbindlichsten Dank für ihre Glückwünsche freundlich entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

5. April: Schreiben an den Präsidenten des Preußischen Herrenhauses: Dank für den Glückwunsch.

Friedrichsruh, den 5. April 1898.

Eure Durchlaucht bitte ich ergebenst, dem hohen Hause für seinen ehrenvollen Glückwunsch meinen herzlichen Dank auszusprechen und den Ausdruck meines lebhaften Bedauerns hinzufügen zu wollen, daß meine schlechte Gesundheit mich nöthigt, den Berathungen des Hauses fernzubleiben, dem anzugehören ich mir zur hohen Ehre rechne. Mit der wiederholten Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich

Eurer Durchlaucht ganz ergebenster

v. Bismarck.

6. April: Antrag der „Bürgerschaft" in Hamburg, betreffend die Errichtung eines Bismarck-Denkmals:

In Erwägung, daß über die Errichtung eines Kaiser Wilhelm-Denkmals zwischen Senat und Bürgerschaft nunmehr Uebereinstimmung hergestellt ist, sowie ferner in Erwägung, daß das Andenken Kaiser Wilhelms des Ersten eng verbunden ist mit der Erinnerung an die Wirksamkeit des Fürsten Bismarck, beschließt die Bürgerschaft, den Senat um eine Vorlage zur Errichtung eines Bismarck-Denkmals zu ersuchen.

9. April: Zum ersten Mal seit langer Zeit zweistündige Ausfahrt des Fürsten Bismarck in den Sachsenwald.

10. April: Pflanzung einer Bismarckeiche in Kirchberg durch den Erzgebirgsverein.

? April: Fürst Bismarck überweist dem Jäger-Bataillon No. 2 in Culm zum Andenken an seine Dienstzeit bei demselben (8. Sept. 1838 bis 25 März 1839) sein Bild — eine Copie des Lenbach'schen Gemäldes von 1893.

13. April: Schreiben an den Oberpräsidenten Herrn v. Goßler: Glückwunsch zum 60. Geburtstage.

20. April: Telegramm an den Director des Bismarck-Gymnasiums in Deutsch-Wilmersdorf, Prof. Dr. Coste: Dank für die Mittheilung von der Eröffnung des Gymnasiums:

Mit Dank für Ihre freundliche Mittheilung und die mir erzeigte Ehre bitte ich Sie, meine herzlichen Wünsche für die Entwickelung des Gymnasiums entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

22. April: Die Berliner Ortsgruppe des Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken sendet dem Fürsten Bismarck folgenden Huldigungsgruß:

Es sind jetzt gerade fünfzig Jahre her, daß der Zorn über die Befreiung der wegen Landesverraths verurtheilten Polen Eure Durchlaucht zu jener herrlichen Zuschrift an die Redaction der „Magdeburger Zeitung" veranlaßte, in der zum ersten Male die Grundzüge einer nationalen Politik in der polnischen Frage entwickelt werden. Es ist Eurer Durchlaucht beschieden gewesen, auch diesen Gedanken ruhmvoll in die Wirklichkeit zu übertragen. In dem Augenblicke, in dem das gesammte preußische Staatsministerium seinen Willen kund gegeben hat, auf den Bahnen der also festgelegten Politik weiter fort zu schreiten, drängt es uns Ostmärker, die wir heute festlich versammelt sind, tiefbewegten Herzens Eurer Durchlaucht abermals die Versicherung unauslöschlicher Dankbarkeit und deutscher Treue entgegen zu bringen.

1. Mai: Die zum Delegirtentag in Berlin versammelten Vertreter der nationalliberalen Partei begrüßen den Fürsten Bismarck mit folgendem Telegramm:

Die zum Delegirtentag aus ganz Deutschland versammelten Vertreter der nationalliberalen Partei beginnen ihre politische Arbeit mit dem Ausdruck der herzlichsten Wünsche für den unvergleichlichen Staatsmann, der ihnen das Reich gezimmert und Gelegenheit zur Mitarbeit in großen Tagen bereitet hat. Wir wollen unser Bestes thun, zu erhalten und zu kräftigen, was Ew. Durchlaucht in hervorragendster Weise mit geschaffen haben. Gott segne und beschütze Ew. Durchlaucht und erhalte Sie noch lange dem Vaterlande.

Im Auftrage: Dr. Hammacher.

Antwort Bismarcks

(an Dr. Hammacher gerichtet):

Für die ehrenvolle Begrüßung Ihrer Fraction danke ich Ihnen und Ihren politischen Freunden und verbinde damit meine aufrichtigen Wünsche für die Zukunft Ihrer Partei.

v. Bismarck.

7. Mai: Graf und Gräfin Waldersee und Freiherr v. Stumm als Gäste Bismarcks in Friedrichsruh. — Telegramm an den „Kladderadatsch“: Dank für den Gruß zur 50jährigen Jubelfeier und Bitte um ferneres Wohlwollen.

8. Mai: Die zum Cantate-Festmahl versammelten Buchhändler Deutschlands senden dem Fürsten Bismarck folgenden Huldigungsgruß:

Die zum Cantate-Festmahl versammelten deutschen Buchhändler und ihre Gäste bringen Eurer Durchlaucht in unverlöschlicher Liebe, Treue und Dankbarkeit ihre Huldigung dar.

Engelhorn, Wachsmuth, Tröndlin, Hamm.

Antwort Bismarcks
(an Herrn Engelhorn gerichtet):

Eure Hochwohlgeboren und die betheiligten Herren bitte ich für Ihre ehrenvolle Begrüßung meinen verbindlichsten Dank entgegen zu nehmen. v. Bismarck.

? Mai: Fürst Bismarck tritt dem Ehrenausschuß für die hundertjährige Geburtstagsfeier Wilhelm Stolzes (20. Mai 1898) bei.

13. Mai: Schreiben an Hauptmann Netke in Elbing: Dank für die Uebersendung der Elbinger Bismarck-Feierklänge:

Friedrichsruh, den 13. Mai 1898.

Geehrter Herr Hauptmann.

Die Zusammenstellung der von meinen Elbinger Freunden mir gewordenen ehrenvollen Kundgebungen lese ich mit Interesse wieder und in angenehmer Erinnerung besonders an unsere persönliche Begrüßung in Varzin. Ich bitte Sie und die betheiligten Herrn, für das mir bewahrte Wohlwollen meinen herzlichen Dank entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

? Mai: Neun „alte Frankfurter“, Mitglieder der Erbkaiserpartei, richten an den Reichsgerichtspräsidenten a. D. v. Simson folgende Adresse:

Hochgeehrter Herr Präsident!

Den unterzeichneten „alten Frankfurtern“ von der Erbkaiserpartei ist es Bedürfniß, bei dem fünfzigjährigen Jubiläum der Eröffnung des ersten deutschen Parlaments noch einmal Fühlung unter sich zu gewinnen. Der in öffentlichen Blättern ergangenen Einladung zu einer persönlichen Zusammenkunft am 18. Mai in Frankfurt als am Sitze des Parlaments Folge zu geben, dürfte die Mehrzahl von uns durch ihr hohes Alter verhindert sein. Dagegen glauben wir unsere fortwährende Zusammengehörig-

keit und die ungeschwächte Erinnerung an unser ehemaliges gemeinsames Wirken nicht besser bethätigen zu können, als indem wir Ihnen, unter dessen trefflicher Leitung wir einst die Verfassung vom 27. März 1849 zu Stande brachten, in herzlicher Verehrung einen collegialischen Gruß entbieten. Längst ist der Unmuth darüber, daß es uns nicht vergönnt war, die von uns geschaffene Verfassung auch ins Leben zu führen, der stolzen Freude gewichen, daß die Einigung des geliebten Vaterlandes in anderer, aber verwandter Form seitdem dennoch zur Thatsache geworden ist. Je mehr wir die der Erreichung dieses Zieles sich entgegenstellenden Schwierigkeiten selbst erfahren haben, umso heller hebt sich aus den großen Ereignissen, die wir dann zu erleben das Glück hatten, das Bild unseres herrlichen Kaisers Wilhelm hervor, an dessen starken und einsichtigen Willen Erfolg und Sieg sich knüpften. Weiter aber verbindet sich heute mit dem Bewußtsein, daß wir seiner Zeit nach bestem Vermögen in redlicher, mühevoller Arbeit das damals Unerreichbare angestrebt haben, die Bewunderung der genialen staatsmännischen Kunst, der es, unterstützt von dem Heldenmuthe unseres Volkes, gelungen ist, das Reich zu gründen und Deutschland zu Macht und Größe zu erheben. Von solchen Erinnerungen und Gefühlen beseelt, gestatten wir uns, hochgeehrter Herr Präsident, die Bitte, in unser Aller Namen dem Fürsten Bismarck die Versicherung treuer Anhänglichkeit und ehrfurchtsvoller Dankbarkeit übermitteln zu wollen.

Backhaus, Biedermann, Haym, Jordan,
Meier, Mevissen, Schorn, Schraber, Schultze.

15. Mai: Reichsgerichts-Präsident a. D. Dr. v. Simson richtet ein der vorstehenden Adresse entsprechendes Schreiben an Fürst Bismarck.

? Mai: Schreiben Bismarcks an den Reichsgerichts-Präsidenten a. D. v. Simson in Erwiderung auf das Schreiben vom 15. Mai:

Eurer Excellenz

gefälliges Schreiben vom 15. d. M. habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten und bitte, den Ausdruck des letzteren den Herrn Unterzeichnern übermitteln zu wollen. Diese Kundgebung von Männern, welche dem Gange unsrer nationalen Entwickelung seit einem halben Jahrhundert nicht nur beobachtend, sondern auch beeinflussend nahe gestanden haben, bildet eine erfreuliche Anerkennung der Politik meines verstorbenen Herrn vor einem berufenen politischen Areopag.

In der Hoffnung, daß Eurer Excellenz Gesundheitszustand besser sein möge, als der meinige, bin ich mit wiederholtem Ausdruck meines Dankes für die mir durch Ihre Zuschrift erzeigte hohe Ehre

Eurer Excellenz
ergebenster
v. Bismarck.

17.—19. Mai: Prof. v. Begas in Friedrichsruh zu Studienzwecken für die Modellirung des Berliner Bismarck-Denkmals.

20. Mai: Die „Hamb. Nachr." (No. 116 A.-A.) schreiben:

Ein Berliner Morgenblatt hatte gestern berichtet, Fürst Bismarck sei neuerdings erkrankt und Geheimrath Schweninger telegraphisch nach Friedrichsruh gerufen worden. Auf Erkundigung haben wir erfahren, daß der Zustand des Fürsten unverändert und eine neue Erkrankung nicht eingetreten ist. Die Anwesenheit des Prof. Schweninger sei durch den allwöchentlichen Besuch beim Fürsten herbeigeführt. Zu dieser Mittheilung, die wir gestern dem Berliner Telegraphenbureau zur Weiterverbreitung zugestellt haben, wird von anderer Seite noch bemerkt, der Fürst sei in den letzten Tagen nicht spazieren gefahren, jedoch nur des schlechten Wetters wegen zu Hause geblieben. Auch diese Mittheilung trifft zu.

25. Mai: Die „Hamb. Nachr." (No. 120 A.-A.) schreiben:

Der Verein deutscher Spediteure, der dieser Tage hier seine Jahresversammlung abhielt, hat folgende Depesche an den Fürsten Bismarck gerichtet:

Blankenese, 24. Mai 1898.

Der in Eurer Durchlaucht Nähe, in Hamburg, tagende Verein deutscher Spediteure huldigt Eurer Durchlaucht in unwandelbarer Dankbarkeit und Treue als dem genialen Schöpfer eines großen einigen deutschen Vaterlandes.

Es ist immerhin significant, wie sehr auch die am Handel betheiligten Erwerbszweige empfinden, was Fürst Bismarck gethan hat, und daß sie das Bedürfniß fühlen, dies öffentlich zu bekunden.

26. Mai: Die „Hamb. Nachr." (No. 121 A.-A.) schreiben:

In Berliner Blättern finden wir folgende Notiz:

In der Klagsache des Oberförsters Lange gegen den Fürsten Bismarck wegen höherer Pensionsansprüche des Ersteren hat Fürst Bismarck noch in letzter Stunde gegen das Urtheil des Altonaer Landgerichts die Berufung eingelegt. Der Verhandlungstermin in Kiel ist auf den 4. Juli d. J. anberaumt worden.

In dieser Zeitungsmeldung ist irrthümlich, daß Fürst Bismarck Berufung eingelegt habe; wenn sie eingelegt ist, so muß dies von Seiten des Klägers geschehen sein. Der Beklagte, Fürst Bismarck, hat sich bei dem Erkenntniß der ersten Instanz beruhigt.

1. Juni: Graf und Gräfin Lehndorff treffen zum Besuche des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh ein.

4. Juni: Dem Fürsten Bismarck geht vom „Denkmal Hermann des Cheruskers" folgendes Huldigungstelegramm zu:

2000 deutsche Bauern und Vertreter der productiven Mittelstände feiern am Denkmal unseres Urahnen, Hermanns des Cheruskers, ein nationales Fest, gedenken der unsterblichen Verdienste Eurer Durchlaucht und entbieten Eurer Durchlaucht die Versicherung treuesten Dankes und tiefster Verehrung.

5. Juni: Die alten Herren der deutschen Corps begrüßen den Fürsten Bismarck mit folgendem Telegramm:

Bei Gelegenheit des Godesberger Alte-Herren-Festes bringen 280 zur 100jährigen Jubelfeier der deutschen Corps versammelte alte Herren dem größten deutschen Corpsstudenten ihre ehrerbietigste Huldigung dar.

? Juni: Gegenüber den von amerikanischen Blättern in letzter Zeit veröffentlichten Berichten über angebliche „Interviews" beim Fürsten Bismarck erklärt der „New-York Herald", daß er zur Publication des nachstehenden Schreibens ermächtigt sei:

Mein Schwiegervater hat schon seit Monaten weder irgend einen Journalisten gesehen, noch hat er mit einem solchen über den spanisch-amerikanischen Krieg gesprochen. Graf Rantzau.

? Juni: Telegramm an die Herren ?? in Offenbach: Fürst Bismarck antwortet auf die Anfrage, ob er in der That mit dem politischen Programm des Frhrn. v. Stumm im Einklang stehe: er würde es höchlichst bedauern, wenn Herr v. Stumm nicht mehr in den Reichstag käme, und daß er die Wahrung des gegenwärtigen Besitzstandes für durchaus nothwendig halte (Mittheilung des Frhrn. v. Stumm-Halberg in der Wählerversammlung zu Baumholder).

13. Juni: Vom Festmahle des Deutschen Drogistenverbandes (Leipzig) geht dem Fürsten Bismarck folgende Begrüßung zu:

Die zur Feier des 25jährigen Bestehens des Deutschen Drogistenverbandes versammelten 600 Theilnehmer senden Ew. Durchlaucht Dank für bewiesenes Wohlwollen. Möchte unser Bismarck noch lange dem Deutschen Volke erhalten bleiben.

17. Juni: Die „Hamb. Nachr." (No. 139 M.-A.) schreiben:

Wie wir aus Friedrichsruh erfahren, hat Fürst Bismarck gestern sein Wahlrecht nicht ausüben können, da er seines leidenden Zustandes wegen das Haus nicht verlassen konnte.

22. Juni: Schreiben Bismarcks an Major a. D. v. Tiedemann-Seeheim: Dank für die Mittheilungen über den Verlauf des vom Landesökonomierath Kennemann zu Ehren des 10jährigen Regierungs-Jubiläums Kaiser Wilhelms II. veranstalteten Volksfestes:

Eurer Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichst für Ihre liebenswürdigen Zeilen vom 14. d. Mts.; ich bitte Sie, dem Verein für die bisherigen guten Ergebnisse der Reichstagswahlen in Westpreußen und Posen meinen herzlichen Glückwunsch auszusprechen.

v. Bismarck.

23. Juni: Der commandirende General des IX. Armeecorps, Generallieutenant v. Massow zu Besuch in Friedrichsruh.

23. Juni: Der Wahlsieg der Ordnungsparteien in Leipzig wird dem Fürsten Bismarck in folgendem Telegramm gemeldet:

Nach glänzendem Siege unseres Hasse über den Socialdemokraten ist es uns heilige Pflicht, dem Vater aller Deutschen, dem Ehrenbürger unserer Stadt, begeisterten Heilgruß zu senden.

Die Vertrauensmänner-Versammlung
der Ordnungsparteien Leipzigs.
Dr. Gensel, Schwerdfeger, Thieme, Zeiß.

24. Juni: Fürst Bismarck wünscht dem Großherzog Carl Alexander von Sachsen-Weimar-Eisenach zum 80jährigen Geburtstage als „dem ältesten deutschen Monarchen und hochverdienten Mitbegründer des Deutschen Reichs ungetrübte Lebenstage bis in die fernsten Zeiten".

24. Juni: Dem Fürsten Bismarck gehen zur Feier des 80. Geburtstags des Großherzogs von Sachsen-Weimar folgende Telegramme zu:

Aus Chemnitz:

In Liebe und Verehrung Eurer Durchlaucht gedenkend senden die in Chemnitz zur Feier des 80. Geburtstags Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs Carl Alexander von Sachsen-Weimar-Eisenach zu einem Festcommers versammelten Sachsen-Weimaraner und Angehörigen anderer thüringischen Staaten Eurer Durchlaucht, dem treuen Freunde Sr. Königl. Hoheit, die ehrerbietigsten Grüße.

Flintzer, Dr. Wächter.

Aus Leipzig:

Die zur Feier des Geburtstages ihres Landesherrn versammelten weimarischen Studenten in Leipzig und ihre Gäste senden Ew. Durchlaucht bei dem deutschesten Feste, das sie feiern, ehrerbietigsten Gruß.

26. Juni: Dem Fürsten Bismarck geht folgendes Telegramm zu:

Schönhausen a. Elbe, 26. Juni.

Ew. Durchlaucht entbieten die an der Geburtsstätte des größten Sohnes der Heimathserde versammelten Mitglieder des Städtetages der Provinz Sachsen ehrerbietigen Gruß mit dem Gelöbniß der Treue und Anhänglichkeit.

28. Juni: Aus Landau in der Pfalz geht dem Fürsten folgendes Telegramm zu:

Dem alten Weisen im Sachsenwald jetzt noch tausend Dank für einstigen Kanzelparagraphen und Socialistengesetz. Inniges Bedauern über deren Abgehen. Jetzt haben wir die Bescheerung!

28. Juni: Die Hauptversammlung der Deutschen Colonial-Gesellschaft in Danzig sendet dem Fürsten Bismarck ein Begrüßungstelegramm.

29. Juni: Die „Hamb. Nachr." (No. 149 A.-A.) schreiben:

Der ultramontanen „Köln. Volksztg." ist eine Anerkennung des Fürsten Bismarck entschlüpft. In einem Artikel, der die Forderung der Conservativen nach einer „starken Regierung" bespricht, heißt es u. A.:

„Wir glauben nicht mehr an Minister, die, wie Fürst Bismarck, ihr Programm auch gegenüber dem Monarchen aufrecht erhalten und ihre ganze Kraft daransetzen, den widerstrebenden Monarchen trotz aller „Frictionen" für das von ihnen als richtig erkannte zu gewinnen."

Ein solches Bestreben ist nach unserer Auffassung die Pflicht eines jeden Ministers, der Verantwortlichkeitsgefühl besitzt und den Interessen des Landes nach seiner Ueberzeugung dienen will. Wenn ein leitender Minister glaubt, daß die allerhöchsten Entschließungen den Landesinteressen nicht entsprechen, so ist er, wie wir früher wiederholt ausgeführt haben, seinerseits verpflichtet, den ihm verfassungsmäßig zustehenden Einfluß auf die Krone dahin geltend zu machen, daß die Ausführung der Entschließungen unterbleibe. Der Minister handelt pflichtwidrig, wenn er anders verfährt; er leistet dem Monarchen und dem Lande den treuesten Dienst dadurch, daß er seine Meinung mit Nachdruck und Entschiedenheit vertritt. Wenn der Minister meint, daß die Wege, die sein Herr zu gehen entschlossen ist, gefährliche Wege seien, so ist er amtlich und vor seinem Gewissen gehalten, dies offen auszusprechen. Man dient seinem Herrn am besten, indem man ihn warnt, sich in Gefahr zu begeben. Gelingt es dem Minister nicht, den Monarchen von der Bedenklichkeit der geplanten Maßregel zu überzeugen, weil der Minister in Folge seiner Antecedentien oder aus vorgefaßter Meinung als parteiisch angesehen wird, so ist er noch nicht ohne Weiteres berechtigt, die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen und eventuell um seinen Abschied zu bitten. Er hat dann den Versuch zu machen, seine abweichende Ueberzeugung durch andere Personen und Instanzen, die das Vertrauen des Monarchen in der fraglichen Angelegenheit vielleicht mehr besitzen als der leitende verantwortliche Minister, der Krone gegenüber vertreten zu lassen. Die Nächstberufenen hierzu sind die übrigen Minister. Hat er auch hiermit keinen Erfolg und rechtfertigt es die Sache, so handelt der Minister im Landesinteresse, wenn er dem Monarchen anräth, vor der Ausführung seiner Entschließungen eine gutachtliche Beurtheilung derselben durch sachverständige Autoritäten, die nicht seine Minister sind, herbeizuführen. Jedenfalls hat der leitende Minister Alles aufzubieten, um das von ihm für richtig Erkannte durchzusetzen. Das kann unter Umständen sehr unbequem sein und harte Kämpfe kosten, die nicht jedermanns Sache sind; aber ein Minister, der aus Bequemlichkeit oder weil

er an seinem Amte klebt, auf die Führung dieses Kampfes verzichten wollte, würde pflichtwidrig handeln.

29. Juni: Staatsminister a. D. v. Lucius zum Besuch beim Fürsten Bismarck.

1. Juli: Telegramm an die Redaction der „Kreuzzeitung": Dank für freundliche Begrüßung aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der „Kreuzzeitung".

3. Juli: Telegramm an Reichsrath Th. v. Haßler in Augsburg: Glückwunsch zum 70. Geburtstage:

Eure Hochwohlgeboren

bitte ich, meinen verbindlichen Glückwunsch zum heutigen Tage freundlich entgegen zu nehmen. v. Bismarck.

9. Juli: Enthüllung des Bismarck-Denkmal in Altona. Dem Fürsten wird davon Mittheilung gemacht durch folgendes Telegramm:

Vor enthülltem Denkmal versammelt, senden Euerer Durchlaucht in dankbarer Begeisterung ehrfurchtsvollen Gruß die Bürger und Behörden der Stadt Altona.

Antwort Bismarcks.

Friedrichsruh, den 9. Juli.

Ich bitte Sie, geehrter Herr Oberbürgermeister, meinen Herren Mitbürgern mit meinem herzlichen Dank für die hohe Auszeichnung, die Sie mir erwiesen haben, meine wärmsten Wünsche auszusprechen für das fernere Gedeihen der Nachbarstadt, der als Bürger anzugehören ich die Ehre habe.

v. Bismarck.

10. Juli: Enthüllung des Bismarckdenkmals in Augsburg, dem Fürsten mitgetheilt durch folgendes Telegramm:

Deutsch gesinnte Bürger der Stadt Augsburg haben im Augsburger Stadtgarten ein Bismarck-Denkmal errichtet, dessen Enthüllung soeben unter begeisterten Huldigungen für Euer Durchlaucht und das deutsche Vaterland stattgefunden hat. Mit dem Gelöbniß, von beiden nimmer zu lassen, verbinden wir das Gebet, daß Gott Eure Durchlaucht noch viele Jahre in Rüstigkeit dem deutschen Volke erhalten möge.

Antwort Bismarcks

(gerichtet an Commerzienrath W. Reichel):

„Ich bitte Sie, meinen Herren Mitbürgern für die mir erwiesene hohe Auszeichnung und für ihre freundliche Gesinnung, die ich herzlich erwidere, meinen verbindlichen Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

10. Juli: Schreiben an Geheimrath Prof. Dr. Kahl in Berlin:

Friedrichsruh, den 10. Juli 1898.

Geehrter Herr Geheimer Rath!

Zu meiner Freude höre ich durch Professor Schweninger, daß Seine Majestät der Kaiser und König die Benennung der in Posen zu errichtenden Landesbibliothek nach Kaiser Wilhelm I. huldvoll genehmigt hat.

Ich hoffe, daß der ruhmreiche Name meines alten Herrn dem patriotischen Unternehmen, dem ich meine wärmsten Sympathien entgegenbringe, Erfolg und Gedeihen verleihen möge.

Mit ausgezeichneter Hochachtung bin ich, geehrter Herr Geheimer Rath,

Ihr
ergebenster
v. Bismarck.

28. Juli: Fürst Bismarck zum letzten Male beim Diner im Kreise der Familie.

29. Juli: Die „Hamb. Nachr." (No. 175 A.-A) schreiben:

Wie wir aus Friedrichsruh erfahren, hat Fürst Bismarck gestern Abend an der Familientafel Theil genommen. Herr Geh. Rath Schweninger ist gestern Abend aus Friedrichsruh abgereist.

In den heutigen Zeitungen finden wir einige auf die Erkrankung des Fürsten Bismarck bezügliche Auslassungen, die wir für bemerkenswerth genug halten, um sie an dieser Stelle mitzutheilen. Sehr zutreffend äußert sich die „Deutsche Tages-Ztg." über den gestern von uns gerügten Unfug, der mit den Sensationsnachrichten über das Befinden des Fürsten getrieben wird:

„Sensationsnachrichten über eine angebliche Verschlimmerung des Befindens des Fürsten Bismarck kehren von Zeit zu Zeit, und zwar fast immer in denselben Blättern wieder. Welche Aufregung solche Nachrichten

erzeugen müssen, versteht sich von selbst. Das ganze deutsche Volk fühlt und sorgt mit der Familie des Fürsten. Der Fürst gehört nicht nur den Seinen, er gehört uns. Das wissen auch die Seinen, und wir dürfen mit Recht erwarten, daß sie, wenn bange Stunden kommen, das deutsche Volk in die Lage setzen, fürbittend an ihrer Sorge theilzunehmen. Da wir aber diese Voraussetzung hegen können, so möchte die deutsche Presse darauf verzichten, durch Umherhorchen und Bestechung von Lakaien, durch Combinationen u. dgl. falsche Gerüchte und Nachrichten in die Welt zu setzen. Den Umherhorchern wird aber das Handwerk am besten gelegt, wenn auf geeignete Weise authentische Nachrichten verbreitet werden, — vorausgesetzt natürlich, daß solche Nachrichten nothwendig und zweckmäßig sind. Darüber aber hat allein die Familie des Fürsten zu befinden."

Wir halten letztere Auffassung für vollkommen correct und glauben auch zu wissen, daß sie den maßgebenden Ansichten in Friedrichsruh entspricht.

Der „Magdeburger Ztg." giebt die Erregung, in welche die Nachrichten über das Befinden des Fürsten Bismarck das deutsche Volk versetzt haben, Anlaß zu folgenden Betrachtungen:

„Ein Menschenalter hindurch hat der Fürst die Geschicke Preußens und dann des neuen Deutschen Reiches gelenkt. Mit gewaltiger und oft auch gewaltsamer Hand hat er Dinge und Personen anfassen müssen. Es wäre ein Wunder, wenn ihm da Neid und Haß, der sich stets im Gefolge wahrer Größe findet, erspart geblieben wäre. Aber ihre Aeußerungen werden reichlich aufgewogen durch die Zeichen aufrichtiger Liebe und Verehrung, die Fürst Bismarck alle Zeit auf seinem Lebensgange gefunden hat. Sie macht sich in Augenblicken, wie den gegenwärtigen, in besonders rührender Weise bemerkbar, und sie zeigt zugleich die eigenartige Stellung, die Fürst Bismarck noch heute, obwohl schon nahezu ein Jahrzehnt von allen Staats- und Reichsämtern entfernt, in unserem öffentlichen Leben einnimmt. Keine große Frage der inneren, wie der äußeren Politik ist seit dem Frühjahr 1890 aufgetaucht, bei der nicht die Blicke sich sofort nach Friedrichsruh gerichtet: Was denkt der Alte im Sachsenwalde? Seine privaten Ansichten, auch schon das, was man in Artikeln bestimmter Zeitungen als seine Ansicht angesehen hat, sind wie politische Orakel hingenommen worden. Sein bloßer Name hat im Streite der Meinungen die Bedeutung eines Losungswortes gehabt, und Parteien und Strömungen haben ihn benutzt, um sich und ihre Absichten mit ihm zu decken und zu rechtfertigen. Das Fehlen einer solchen Art von Berufsinstanz in unserem öffentlichen Leben würde nicht weniger schwer empfunden werden, als s. Zt. der Rücktritt von den Aemtern, die er nahezu 30 Jahre zu seinem und des Vaterlandes Ruhme verwaltet hatte. Daher ein weiterer Grund für die bangen Sorgen, die jede ungünstige Nachricht aus Friedrichsruh aufkommen läßt. Hoffen wir, daß sie diesmal so grundlos sind wie früher, und daß der Kunst treuer Aerzte, die sorgsam um den Leidenden bemüht sind, es gelingen möge, dem deutschen Volke dieses theure Leben noch manches Jahr zu erhalten."

Diese Hoffnung wird von ganz Deutschland getheilt werden. Nicht nur für die Freunde des Fürsten, auch für seine Gegner wird eine große Lücke entstehen, wenn dies große Leben einmal erlischt.

30. Juli: Abends 10 Uhr 57 Min.: **Tod des Fürsten Bismarck infolge Lungenlähmung.**

31. Juli: Der „Berl. Local-Anzeiger" veröffentlicht das Entlassungsgesuch des Fürsten Bismarck vom 18. März 1890: Dasselbe lautet:

Berlin, 18. März 1890.

Bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. M. haben Eure Majestät mir befohlen, den Ordre-Entwurf vorzulegen, durch welchen die Allerhöchste Ordre vom 8. September 1852, welche die Stellung eines Ministerpräsidenten seinen Collegen gegenüber seither regelte, außer Geltung gesetzt werden soll. Ich gestatte mir, über die Genesis und Bedeutung dieser Ordre nachstehende allerunterthänigste Darlegung:

Für die Stellung eines „Präsidenten des Staatsministeriums" war zur Zeit des absoluten Königthums kein Bedürfniß vorhanden, und es wurde zuerst auf dem vereinigten Landtage von 1847 durch die damaligen liberalen Abgeordneten (Mevissen) auf das Bedürfniß hingewiesen, verfassungsmäßige Zustände durch Ernennung eines „Premier-Ministers" anzubahnen, dessen Aufgabe es sein würde, die Einheitlichkeit der Politik des verantwortlichen Gesammtministeriums zu übernehmen. Mit dem Jahre 1848 trat die constitutionelle Gepflogenheit bei uns ins Leben und wurden „Präsidenten des Staatsministeriums" ernannt in Graf Arnim, Camphausen, Graf Brandenburg, Freiherr von Manteuffel, Fürst von Hohenzollern, nicht für ein Ressort, sondern für die Gesammtpolitik des Cabinets, also der Gesammtheit der Ressorts. Die meisten dieser Herrn hatten kein eigenes Ressort, sondern nur das Präsidium, so zuletzt vor meinem Eintritt der Fürst von Hohenzollern, der Minister von Auerswald, der Prinz von Hohenlohe. Aber es lag ihnen ob, in dem Staatsministerium und dessen Beziehungen zum Monarchen diejenige Einigkeit und Stetigkeit zu erhalten, ohne welche eine ministerielle Verantwortlichkeit, wie sie das Wesen des Verfassungslebens bildet, nicht durchführbar ist. Das Verhältniß des Staatsministeriums und seiner einzelnen Mitglieder zu der neuen Institution des Ministerpräsidenten bedurfte sehr bald einer näheren, der Verfassung entsprechenden Regelung, wie sie im Einverständniß mit dem damaligen Staatsministerium durch die Ordre vom 8. September 1852 erfolgt ist. Diese Ordre ist seitdem ent-

ſcheidend für die Stellung des Miniſterpräſidenten zum Staatsminiſterium geblieben, und ſie allein gab dem Miniſterpräſidenten die Autorität, welche es ihm ermöglicht, dasjenige Maß von Verantwortlichkeit für die Geſammtpolitik des Cabinets zu übernehmen, welches ihm im Landtag und in der öffentlichen Meinung zugemuthet wird. Wenn jeder einzelne Miniſter Allerhöchſte Anordnungen extrahiren kann, ohne vorherige Verſtändigung mit ſeinen Collegen, ſo iſt eine einheitliche Politik, für welche Jemand verantwortlich ſein kann, nicht möglich. Keinem Miniſter und namentlich dem Miniſterpräſidenten bleibt die Möglichkeit, für die Geſammtpolitik des Cabinets die verfaſſungsmäßige Verantwortlichkeit zu tragen. In der abſoluten Monarchie war eine Beſtimmung, wie ſie die Ordre von 1852 enthält, entbehrlich und würde es noch heute ſein, wenn wir zum Abſolutismus, ohne miniſterielle Verantwortlichkeit, zurückkehrten. Nach den zu Recht beſtehenden verfaſſungsmäßigen Einrichtungen aber iſt eine präſidiale Leitung des Miniſtercollegiums auf der Baſis der Ordre von 1852 unentbehrlich. Hierüber ſind, wie in der geſtrigen Staatsminiſterialſitzung feſtgeſtellt wurde, meine ſämmtlichen Collegen mit mir einverſtanden und auch darüber, daß auch jeder meiner Nachfolger im Miniſterpräſidium die Verantwortlichkeit nicht würde tragen können, wenn ihm die Autorität, welche die Ordre von 1852 verleiht, mangelte. Bei jedem meiner Nachfolger wird dieſes Bedürfniß noch ſtärker hervortreten wie bei mir, weil ihm nicht ſofort die Autorität zur Seite ſtehen wird, die mir ein langjähriges Präſidium und das Vertrauen der beiden hochſeligen Kaiſer bisher verliehen hat. Ich habe bisher niemals das Bedürfniß gehabt, mich einem Collegen gegenüber auf die Ordre von 1852 ausdrücklich zu beziehen. Die Exiſtenz derſelben und die Gewißheit, daß ich das Vertrauen der beiden hochſeligen Kaiſer Wilhelm und Friedrich beſaß, genügten, um meine Autorität im Collegium ſicher zu ſtellen. Dieſe Gewißheit iſt heute aber weder für meine Collegen noch für mich ſelbſt vorhanden. Ich habe daher auf die Ordre vom Jahre 1852 zurückgreifen müſſen, um die nöthige Einheit im Dienſte Euerer Majeſtät ſicher zu ſtellen.

Aus vorstehenden Gründen bin ich außer Stande, Eurer Majestät Befehl auszuführen, laut dessen ich die Aufhebung der vor kurzem von mir in Erinnerung gebrachten Ordre von 1852 selbst herbeiführen und contrasigniren, trotzdem aber das Präsidium des Staatsministeriums weiterführen soll.

Nach den Mittheilungen, welche mir der General von Hahnke und der Geheime Cabinetsrath Lucanus gestern gemacht haben, kann ich nicht im Zweifel sein, daß Eure Majestät wissen und glauben, daß es für mich nicht möglich ist, die Ordre aufzuheben und doch Minister zu bleiben. Dennoch haben Eure Majestät den mir am 15. ertheilten Befehl aufrecht erhalten und in Aussicht gestellt, mein dadurch nothwendig werdendes Abschiedsgesuch zu genehmigen. Nach früheren Besprechungen, die ich mit Eurer Majestät über die Frage hatte, ob Allerhöchstdenselben mein Verbleib im Dienste unerwünscht sein würde, durfte ich annehmen, daß es Allerhöchstdenselben genehm sein würde, wenn ich auf meine Stellungen in Allerhöchstdero Preußischen Diensten verzichtete, im Reichsdienste aber bliebe. Ich habe mir bei näherer Prüfung dieser Frage erlaubt, auf einige bedenkliche Consequenzen dieser Theilung meiner Aemter, namentlich hinsichtlich des kräftigen Auftretens des Kanzlers im Reichstage, in Ehrfurcht aufmerksam zu machen, und enthalte mich, alle Folgen, welche eine solche Scheidung zwischen Preußen und dem Reichskanzler haben würde, hier zu wiederholen. Eure Majestät geruhten darauf zu genehmigen, daß einstweilen Alles beim Alten bliebe. Wie ich aber die Ehre hatte, auseinanderzusetzen, ist es für mich nicht möglich, die Stellung eines Ministerpräsidenten beizubehalten, nachdem Eure Majestät für dieselbe die capitis diminutio wiederholt befohlen haben, welche in der Aufhebung der Ordre von 1852 liegt. Eure Majestät geruhten außerdem bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. M. mir bezüglich der Ausdehnung meiner dienstlichen Berechtigungen Grenzen zu ziehn, welche mir nicht das Maß der Betheiligung an den Staatsgeschäften, der Uebersicht über letztere und der freien Bewegung in meinen ministeriellen Entschließungen und in meinem Verkehr mit dem Reichstage und seinen Mitgliedern

lassen, deren ich zur Uebernahme der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit für meine amtliche Thätigkeit bedarf. Aber auch, wenn es thunlich wäre, unsere auswärtige Politik unabhängig von der innern und die äußere Reichspolitik so unabhängig von der preußischen zu betreiben, wie es der Fall sein würde, wenn der Reichskanzler der preußischen Politik ebenso unbetheiligt gegenüberstände wie der bayerischen oder sächsischen und an der Herstellung des preußischen Votums im Bundesrathe dem Reichstage gegenüber keinen Theil hätte, so würde ich doch nach den jüngsten Entscheidungen Eurer Majestät über die Richtung unserer auswärtigen Politik, wie sie in dem Allerhöchsten Handschreiben zusammengefaßt sind, mit dem Eure Majestät die Berichte des Konsuls in Kiew gestern begleiteten, in der Unmöglichkeit sein, die Ausführung der darin vorgeschriebenen Anordnungen bezüglich der auswärtigen Politik zu übernehmen. Ich würde damit alle für das Deutsche Reich wichtigen Erfolge in Frage stellen, welche unsre auswärtige Politik seit Jahrzehnten im Sinne der beiden hochseligen Vorgänger Eurer Majestät in unsern Beziehungen zu Rußland unter ungünstigen Verhältnissen erlangt hat, und deren über Erwarten große Bedeutung mir Graf Schuwalow nach seiner Rückkehr aus Petersburg bestätigt hat.

Es ist mir bei meiner Anhänglichkeit an den Dienst des Königlichen Hauses und an Eure Majestät und bei der langjährigen Einlebung in Verhältnisse, welche ich bisher für dauernd gehalten hatte, sehr schmerzlich, aus der gewohnten Beziehung zu Allerhöchstdenselben und zu der Gesammtpolitik des Reichs und Preußens auszuscheiden, aber nach gewissenhafter Erwägung der Allerhöchsten Intentionen, zu deren Ausführung ich bereit sein müßte, wenn ich im Dienst bliebe, kann ich nicht anders, als Eure Majestät allerunterthänigst bitten, mich aus dem Amte des Reichskanzlers, des Ministerpräsidenten und des Preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Gnaden und mit der gesetzlichen Pension entlassen zu wollen. Nach meinen Eindrücken in den letzten Wochen und nach den Eröffnungen, die ich gestern den Mittheilungen aus Eurer Majestät Civil- und Militärcabinet entnommen habe,

darf ich in Ehrfurcht annehmen, daß ich mit diesem meinem Entlassungsgesuch den Wünschen Eurer Majestät entgegenkomme und also auf eine huldreiche Bewilligung mit Sicherheit rechnen darf. Ich würde die Bitte um Entlassung aus meinen Aemtern schon vor Jahr und Tag Eurer Majestät unterbreitet haben, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, daß es Eurer Majestät erwünscht wäre, die Erfahrungen und die Fähigkeiten eines treuen Dieners Ihrer Vorfahren zu benutzen. Nachdem ich sicher bin, daß Eure Majestät derselben nicht bedürfen, darf ich aus dem politischen Leben zurücktreten, ohne zu befürchten, daß mein Entschluß von der öffentlichen Meinung als unzeitig verurtheilt wird.

v. Bismarck.[1])

31. Juli: Kaiser Wilhelm II. richtet an Fürst Herbert Bismarck folgendes Telegramm:

In tiefer Trauer theilnehmend an dem Schmerz, der Sie alle um den theuren großen Todten erfaßt, beklage ich den Verlust von Deutschlands großem Sohne, dessen treue Mitarbeit an dem Werke der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ihm die Freundschaft meines in Gott ruhenden Großvaters, des großen Kaisers Majestät, für's Leben erwarb und den unauslöschlichen Dank des ganzen deutschen Volkes für alle Zeiten. Ich werde seiner Hülle im Dom an der Seite meiner Vorfahren die letzte Stätte bereiten.

Wilhelm, I. R.

1. August: Kaiser Wilhelm II. erläßt von Kiel aus folgenden Armeebefehl:

Die Trauerkunde aus Friedrichsruh von dem Hinscheiden des General-Obersten der Kavallerie mit dem Range eines General-Feldmarschalls Otto Fürsten von Bismarck, Herzogs von Lauenburg, des letzten Berathers meines in Gott ruhenden Herrn Großvaters in großer Zeit, erfüllt mich, mein Heer und ganz Deutschland mit tiefster Betrübniß. Der Verewigte hat sich durch die mit eiserner Willenskraft geförderte Neugestaltung des Heeres in der Geschichte desselben ein unver-

[1]) Ob der Wortlaut dem Original entspricht, muß dahingestellt bleiben.

gängliches Denkmal gesetzt. Ein Held auf den Schlachtfeldern, trat er mit wärmstem Interesse zu jeder Zeit auch für die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes ein und erwies sich stets als ein treuer und aufrichtiger Freund meiner Armee. Es wird den schmerzlichen Empfindungen derselben entsprechen, für ihn, der so viel für die Armee gethan, auch ein äußeres Zeichen der Trauer anzulegen, und bestimme ich demgemäß Nachstehendes:

1) Sämmtliche Offiziere der Armee legen auf acht Tage Trauer an;

2) bei dem Kürassier-Regiment von Seydlitz (Magdeburgischen) Nr. 7, dessen Chef der Fürst gewesen, sowie bei dem Garde-Jäger-Bataillon, bei welchem der Dahingeschiedene in den Dienst getreten ist, währt diese Trauer vierzehn Tage.

Kiel, an Bord m. Y. „Hohenzollern", den 1. August 1898.

Wilhelm.

Ich lasse Ihnen den anliegenden Armeebefehl mit dem Auftrage zugehen, denselben sogleich der Armee bekannt zu machen.

Kiel, an Bord m. Y. „Hohenzollern", den 1. August 1898.

An den Kriegs-Minister. Wilhelm.

2. August, Vorm.: Abendmahlsfeier der Familie am Sarge und im Sterbezimmer des Fürsten Bismarck. — Abends 6 Uhr: Einsegnung der Leiche in Anwesenheit des Kaisers und der Kaiserin.

3. August: Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht folgende Kundgebung:[1])

Mit meinen hohen Verbündeten und mit dem ganzen deutschen Volke stehe ich trauernd an der Bahre des ersten Kanzlers des Deutschen Reichs, des Fürsten Otto von Bismarck, Herzogs von Lauenburg. Wir, die wir Zeugen seines herrlichen Wirkens waren, die wir an Ihm, als dem Meister der

[1]) Ueber die sonstigen Kundgebungen aus Anlaß des Todes und der Beisetzung des Fürsten Bismarck und über Deutschlands nationale Trauer bleibt eine besondere Publication bis nach Ordnung und Sichtung des Materials vorbehalten. Sie soll, wenn möglich, noch in diesem Jahre erfolgen.

Staatskunst, als dem furchtlosen Kämpfer im Kriege wie im Frieden, als dem hingebendsten Sohne seines Vaterlandes und dem treuesten Diener seines Kaisers und Königs, bewundernd aufblickten, sind tief erschüttert durch den Heimgang des Mannes, in dem Gott der Herr das Werkzeug geschaffen, den unsterblichen Gedanken an Deutschlands Einheit und Größe zu verwirklichen. Nicht ziemt es in diesem Augenblick, alle Thaten, die der große Entschlafene vollbracht, alle Sorgen, die er für Kaiser und Reich getragen, alle Erfolge, die er errungen, aufzuzählen. Sie sind zu gewaltig und mannigfaltig, und nur die Geschichte kann und wird sie in ihre ehernen Tafeln eingraben. Mich aber drängt es, vor der Welt der einmüthigen Trauer und der dankbaren Bewunderung Ausdruck zu geben, von welcher die ganze Nation heute erfüllt ist, und im Namen der Nation das Gelübde abzulegen, das, was Er, der große Kanzler, unter dem Kaiser Wilhelm dem Großen geschaffen hat, zu erhalten und auszubauen, und wenn es noth thut, mit Gut und Blut zu vertheidigen. Dazu helfe uns Gott der Herr!

Ich beauftrage Sie, diesen meinen Erlaß zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Friedrichsruh, den 2. August 1898.

An den Reichskanzler. Wilhelm, I. R.

3. August: Fürst Herbert Bismarck veröffentlicht in den „Hamb. Nachr." folgende Danksagung:

Die zahllosen Aeußerungen von tiefem Schmerz und warmem Empfinden, welche dem unauslöschlichen Andenken meines großen Vaters gelten, nehmen einen so überwältigenden Umfang an, daß es unmöglich erscheint, den Leidtragenden für ihre Treue bis über den Tod hinaus im Einzelnen zu danken. Aus allen fünf Welttheilen hallt der Kummer, der die Familie an dem Sarge niederbeugt, in rührender Theilnahme wieder, und es thut mir weh, nicht jede Kundgebung beantworten zu können. Ich bitte die deutschen Zeitungen, diesen Worten Aufnahme zu gewähren, und danke im Namen

der nächsten Angehörigen von ganzem Herzen Allen, die durch Trostesworte und Blumenspenden von nie gesehener Pracht der Trauer, welche unser Land erfüllt, Ausdruck gegeben haben.

Friedrichsruh, den 3. August.

H. Bismarck.

4. August: Auf Befehl des Kaisers findet in der Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche zu Berlin in Anwesenheit des Kaisers, der Kaiserin und der Königl. Prinzen und anwesenden Fürstlichkeiten, der Botschafter und Gesandten, des Reichskanzlers, der Staatsminister und Staatssecretaire, des Bundesraths, der gesetzgebenden Körperschaften, der Generalität, sowie der Vertreter der Reichs-, Staats- und Communalbehörden eine liturgische Andacht zu Ehren des abgeschiedenen Fürsten Bismarck statt.

1. September: Das „Deutsche Colonialblatt" veröffentlicht folgendes Actenstück zur Colonialpolitik des Fürsten Bismarck:

Berlin, den 8. April 1884.

Promemoria, betreffend Angra Pequena.

Unter dem 27. December v. Js. ist dem Grafen Münster der von dem Herrn Reichskanzler genehmigte Entwurf einer Note übersandt worden, in der an das Londoner Cabinet die Frage gerichtet war, auf welche Titel sich die in der Note Lord Granvilles vom 21. November v. Js. in Widerspruch mit früheren Kundgebungen vertretene Auffassung stütze, daß die Ausübung von Hoheitsrechten durch eine andere Macht in dem Gebiete zwischen der nordwestlichen Grenze der Capcolonie und der südlichen Grenze der portugiesischen Besitzungen in die legitimen Rechte der englischen Regierung eingreifen würde, obwohl die letztere dort bisher selbst keine Hoheitsrechte ausgeübt, vielmehr in amtlichen Depeschen den Orangefluß, mit alleiniger Ausnahme der von der Capcolonie in Besitz genommenen Walfischbai, als die festzuhaltende Nordwestgrenze dieser Colonie bezeichnet und ausdrücklich erklärt habe, auf kein Project zur Ausdehnung der britischen Jurisdiction über Groß-Namaqua und Damaraland sich einlassen zu wollen.

Eine Antwort haben wir bis heute nicht erhalten.

Dagegen liegen vor:

1. ein durch Karten illustrirter Bericht des Commandanten S. M. Kanonenboot „Nautilus" vom 27. Januar d. Js., in welchem sich derselbe über die Rechtstitel des Herrn Lüderitz und die Bedeutung seines Unternehmens sehr günstig ausspricht, und

2. eine Eingabe des kürzlich von Angra Pequena zurückgekehrten Herrn Lüderitz vom 21. v. Mts., in welcher er, unter Einreichung beweiskräftiger Urkunden, für sein Recht auf das volle Eigenthum an einem 900 Quadratmeilen betragenden, zwischen dem 26. Grad südlicher Breite und dem Orangeflusse gelegenen und 20 geographische Meilen landeinwärts sich erstreckenden Gebiete, um den Schutz des Reiches für sein Unternehmen bittet.

Die vorgelegten Originalurkunden beweisen, daß dem Engländer Spence im Jahre 1863 von dem damaligen Vormund des jetzigen Häuptlings von Bethanien nur das Recht zum Betriebe von Minen, aber kein Grundeigenthum zugestanden („vergund", eine „vergunning" hat die Bedeutung eines „grant, revocable at any time") worden war, daß dagegen der im Jahre 1881 zur Herrschaft gelangte Häuptling Joseph Frederiks von Bethanien das fragliche Gebiet, welches etwa den fünften Theil seiner Herrschaft ausmacht, im Sommer 1883 Herrn Lüderitz mit allen Rechten verkauft hat.

Das Gebiet, für welches Spence jenes Nutzungsrecht erworben, erstreckt sich nicht auf die Bai von Angra Pequena, und ist dieses Recht selbst zufolge einer vorliegenden Erklärung des Häuptlings und seines Rathes durch den Verkauf an Lüderitz erloschen.

Lüderitz ist nur verpflichtet, Spence den Durchgang durch sein Gebiet und die Benutzung des Hafens von Angra Pequena für die Verschiffung der in einer außerhalb der Lüderitzschen Besitzung im Innern gelegenen Mine (gewonnenen Erzeugnisse) zu gestatten, deren Exploitirung in dem Contract vom Jahre 1864 für eine Zeit von 40 Jahren (bis 1. Januar 1904) dem ꝛc. Spence zugestanden worden ist.

Herr Lüderitz nimmt, so lange ihm die rechtmäßige Erwerbung der an der Küste seines Gebietes innerhalb der drei Seemeilen-Zone gelegenen Inseln durch die Engländer nicht nachgewiesen wird, auch für diese Inseln das volle Eigenthumsrecht in Anspruch.

Das Cap-Gouvernement hat elf solcher Inseln, von denen zwei in der Angra Pequena-Bucht liegen, vor Jahren der Firma Spence verpachtet. Das Recht zur Verpachtung hat der Colonialsecretair in Capstadt Herrn Lüderitz gegenüber auf eine Besitzergreifungsacte des Commandanten eines britischen Kriegsschiffes vom Jahre 1866 gestützt. Derselbe versuchte aus der bezüglichen Proclamation das Recht Englands auch auf den Hafen von Angra Pequena herzuleiten, obwohl, wie der kaiserliche Consul in Capstadt unter dem 22. Januar d. J. berichtete, die Inbesitznahme

dieses Hafens schon damals ausdrücklich als Competenz-Ueberschreitung des hierzu nicht angewiesenen Commandanten annullirt wurde, und die Einverleibungsacte der Capcolonie vom Jahre 1873 sich auf keinen Punkt an der Küste, sondern nur auf jene elf Inseln erstreckte.

Auf die Frage des Herrn Lüderitz, ob England oder die Capcolonie die Inseln gekauft habe, antwortete der Colonial-Secretair, dies sei nicht nöthig gewesen, denn die Hottentotten seien „Savages", deren Land von irgend einer civilisirten Macht annectirt werden könne.[1])

Diesen neuesten Behauptungen der Colonialbehörden gegenüber, welche wegen ihres posthumen Charakters mindestens auffällig sind, können wir uns auf die in unserer noch unbeantworteten Note schon benutzte Erklärung der großbritannischen Regierung vom 30. December 1880 beziehen, welche eine Ausdehnung der britischen Jurisdiction jenseits des Orangeflusses nur für die Walfisch-Bai zuläßt.

Während Herr Lüderitz sonach auf Grund seines Kaufvertrages zugleich mit dem Gebiete auf dem Festlande auch die fraglichen Inseln mit allen Privat- und Hoheitsrechten für sich reclamirt, erklärt er sich bereit, Herrn Spence, da dieser s. Z. bona fide Pächter der Inseln geworden zu sein scheine, die aus dem angeblichen Pachtvertrage (ein solcher ist englischerseits bisher nicht producirt worden) fließenden Rechte bis zum Ablaufe der Pachtzeit nicht streitig zu machen, falls von Seiten der Engländer im Uebrigen seine Rechte respectirt werden.

Was nun den erbetenen Schutz des Reiches anbelangt, so hat Herr Lüderitz vor Allem daran erinnert, daß er s. Z. ausdrücklich erklärt habe, es komme ihm darauf an, außerhalb der Machtsphäre einer dritten Nation sein Unternehmen zu begründen. Er glaubt den Beweis geliefert zu haben, daß das von ihm erworbene Gebiet dieser Voraussetzung vollkommen entspreche.

Eines schriftlichen Antrages über die Form des zu gewährenden Schutzes hat er sich enthalten zu sollen geglaubt, weil er nach den ihm gemachten Andeutungen besorgt, daß sein Wunsch wegen Inbesitznahme seines Gebietes oder Uebernahme eines Protectorats über dasselbe durch das Reich sich nicht erfüllen werde. Er hofft aber, daß die Kaiserliche Regierung irgend eine Form finden werde, um die Annexion des fraglichen Gebietes durch eine andere Macht zu verhüten.[2])

[1]) Randbemerkungen des Reichskanzlers Fürsten Bismarck: also auch von uns.

[2]) Dazu müßten wir entweder Besitz ergreifen oder Lüderitz als Souverän anerkennen.

Der großbritannischen Regierung gegenüber können wir, außer auf das in Angelegenheiten der Karolinen- und Pelew-Inseln von England gemeinsam mit uns vertretene und in der unbeantwortet gebliebenen Note in Erinnerung gebrachte Princip, daß nur die effective Occupation und factisch ausgeübte Souveränität Anspruch auf Anerkennung begründe, uns auch auf den jüngsten Schriftwechsel zwischen den Cabinetten von London und Lissabon über die Kongofrage berufen.

In dem englischen Blaubuch Afrika No. 2 1884 findet sich Seite 34 unter No. 21 eine Depesche Lord Granvilles vom 7. Januar d. J., worin die englische Regierung die Anerkennung der Souveränität Portugals über die Kongo-Mündung u. A. an die Begrenzung der Souveränität Portugals über den oberen Schiri-Fluß (Nebenfluß des Zambesi) knüpft. Diese Forderung wird einfach durch den Hinweis begründet, daß sich an den Seen Nyassa und Schirwa, wo Portugal bisher keine Hoheitsrechte ausgeübt habe, seit einiger Zeit englische Handels- und Missionsniederlassungen befänden, mit deren Interessen die portugiesische Herrschaft nicht verträglich sein würde.

In Groß-Namaqua und Damara (Herero) giebt es aber so gut wie keine englischen Interessen, dagegen befinden sich daselbst seit mehr als 40 Jahren viele deutsche Handels- und Missionsniederlassungen, für welche wir vor einigen Jahren vergeblich den Schutz der englischen Regierung in Anspruch nahmen, weil wir damals noch glaubten, daß England ein Protectorat über diese Gebiete prätendire und factisch ausübe.

Besäße England in diesen Gebieten Interessen von gleicher Ausdehnung, so würde deren Annexion sich ganz von selbst verstehen.

Will nun das Reich weder Besitz ergreifen noch ein Protectorat übernehmen, so berechtigt doch die in der Südsee (Tonga und Samoa) gemachte Erfahrung zu der Hoffnung, daß eine klare Betonung des Werthes, den wir auf die Unabhängigkeit dieses Gebietes von einer dritten Macht legen, genügen werde, um eine uns so befreundete und vielfach verpflichtete Regierung wie die großbritannische zu verhindern, dieses unser Interesse zu ignoriren.

Bei Bestimmung der Form für den Schutz, welche wir der deutschen Unternehmung von Angra-Pequena selbst gewähren wollen, könnte in Betracht kommen, Herrn Lüderitz nach Analogie der von der englischen Regierung in Fällen, wo die staatliche Besitzergreifung eines staatlich nicht organisirten Gebietes nicht beliebt wird, an Privatpersonen oder Gesellschaften, wie z. B. noch im Jahre 1881 an die „North Borneo Company" für die Exploitirung der mit allen Hoheitsrechten von den Sultanen von

Sulu und Brunei käuflich erworbenen Gebiete verliehenen „Royal Charter" — so Herrn Lüderitz eine, seinen Anspruch auf den Schutz des Reichs unter gewissen Voraussetzungen bestätigende und seine Rechte bestimmende Urkunde zu gewähren und hiervon den Mächten Kenntniß zu geben.

Die der „North Borneo Company" verliehene Royal Charter giebt derselben das Recht zur Führung einer besonderen Flagge, welche ihren britischen Charakter anzeigt, und dieser ist durch die Bestimmung gewahrt, daß die Leitung der Gesellschaft in Händen geborener Engländer liegen muß. Die Charter berechtigt die Gesellschaft zur freien Verfügung über das von ihr erworbene Grundeigenthum und zur Ausübung aller staatlichen Functionen, mit nur solchen Einschränkungen, welche das Interesse der Eingeborenen und die Beziehungen zum Auslande bedingen. In letzterer Hinsicht behält die Charter die Entscheidung bezw. Zustimmung eines der großbritannischen Staatssecretaire vor. Für die Jurisdiction über die britischen Unterthanen und in gemischten Fällen sind die englischen Gesetze und Regulative maßgebend. Von besonderer Bedeutung ist die Bestimmung unter No. 17 der Charter, welche zwar den Handel mit den Territorien der Company für frei erklärt, dieser aber das Recht zur Erhebung von Zöllen verleiht.

Da in letzter Zeit außer Herrn Lüderitz noch andere Deutsche an der Westküste von Afrika (die Häuser Woermann und Jantzen & Thormälen in Hamburg) an der Cameroons-Küste, gegenüber von Fernando-Po und am Benita-Fluß, und ferner ein Consortium Frankfurter und Stuttgarter Finanziers auf und gegenüber den Los-Inseln (9° 25′ nördlicher Breite) größere Privaterwerbungen in unabhängigen Gebieten theils gemacht haben, theils beabsichtigen, dem Vernehmen nach auch in der Südsee vertagte Projecte dieser Art bald in Angriff genommen werden sollen, so dürfte es ohnehin angezeigt sein, die Form des Schutzes zu bestimmen, den wir in unabhängigen, aber staatlich nicht organisirten Gebieten, deren Absorbirung durch dritte Mächte gegen unser Interesse wäre, den deutschen Unternehmungen von Reichswegen gewähren wollen. Die Verleihung einer der englischen Royal Charter entsprechenden Berechtigung würde für das Reich keine größeren Pflichten und Kosten involviren, als dasselbe durch dauernde Stationirung von Kriegsschiffen und Einrichtung von Berufsconsulaten bisher in der Südsee auf sich genommen hat und nunmehr auch in Afrika übernehmen will. Die von deutschen Missionaren seit lange zum Christenthum bekehrte Bevölkerung von Namaqua ist zudem den Deutschen freundlich gesinnt, so daß Gewaltthätigkeiten der Eingeborenen gegen dieselben kaum zu besorgen sind.

Zugleich mit Verleihung einer solchen Concession an Herrn Lüderitz, sowie auch in dem Falle, daß hiervon abgesehen werden sollte, würde durch den Abschluß eines Vertrages zwischen dem Reich und dem Häuptling von Bethanien, womit wohl Generalconsul Dr. Nachtigal betraut werden könnte, sowohl den Eingeborenen wie dritten Nationen gegenüber zu bekunden sein, daß wir jenes Gebiet als ein unabhängiges ansehen.[1])

Ein solcher Vertrag würde in erster Linie die Uebertragung des fraglichen Gebietes auf Herrn Lüderitz sanctioniren. Außerdem aber würde derselbe die Rechte der Deutschen auch in den unter der Herrschaft des Häuptlings von Bethanien verbliebenen 3000 bis 4000 Quadratmeilen umfassenden Gebieten zu regeln haben, da die Zukunft der deutschen Unternehmung auf einem geregelten Handelsverkehr mit dem Innern des Landes beruht. Es handelt sich hier um eine gesicherte Straße nach dem oberen Congo und Zambesi.[2])

Bis etwa ein besonderes Berufsconsulat für dieses und die sonst von uns als unabhängig angesehenen Gebiete in Südwestafrika eingerichtet wäre, könnte vielleicht der Vertreter des Herrn Lüderitz, Herr Vogelsang, durch Dr. Nachtigal mit consularischen Functionen für jene Gebiete betraut werden.[3])

Herrn Lüderitz kommt es vom nationalen Standpunkt auf die Unabhängigkeit seines Gebietes von dritten Mächten und vom commerziellen wesentlich darauf an, daß die Zollhoheit in demselben auf eine auch von Angehörigen dritter Mächte anzuerkennende Weise ausgeübt werde.[4]) Andernfalls würde er die Kosten der Unternehmung und der Hafenanlagen u. s. w. tragen, während ihm die benachbarten Engländer mit Hülfe ihrer zollfreien Niederlagen in Kapstadt mit den ohnehin billigeren, wenn auch schlechteren Waaren (es giebt einstweilen keine deutschen Fabriken, welche mit den Engländern in der Herstellung der für die Eingeborenen benöthigten Stoffe concurriren könnten) eine erdrückende Concurrenz machen würden.

Sein Versuch, nach dem Maßstab der in Kapstadt von deutschen Waaren erhobenen Zölle, seinerseits in Angra Pequena Werthzölle von den englischen Importeuren zu erheben, ist mißglückt. Der Commandant des englischen Kriegsschiffes „Boadicea" hat ihm bedeutet, er sei kein deutsches Zollhaus und sei zur Ausübung von Souveränitätsrechten, so lange die Kaiserliche Regierung

---

[1]) Also deutsches Schutzland?

[2]) Vom Nam. Lande nach dem Congo?

[3]) Ist m. E. nicht möglich.

[4]) nomine Lüderitz? nomine Häuptling? nomine Deutschland?

ihm dieses Recht nicht ausdrücklich verleihe, nicht befugt. Auf die Bemerkung, daß man ihm in Kapstadt für eine nach Angra Pequena bestimmte Flinte und einen Revolver nicht weniger als 2 Pfd. Sterl. 18 Schilling als Zoll abgenommen habe, hätte der englische Commandant nur die Antwort gehabt: „that is quite a different thing."

Falls nicht beliebt werden sollte, Herrn Lüderitz bezw. einer Handelsgesellschaft, welche er im Falle der Gewährung des Reichsschutzes zur Exploitirung seines Gebietes bilden würde, ein nach dem Muster der erwähnten „Royal Charter" zur Erhebung von Zöllen ermächtigendes Privilegium zu verleihen, so würde das hier vorliegende deutsche Interesse nur im Wege des abzuschließenden Vertrages mit dem Häuptlinge von Bethanien gewahrt werden können.

Der Vertrag müßte aussprechen, daß auch für das an Lüderitz verkaufte Gebiet die Landeshoheit bei dem Häuptlinge von Bethanien verbleibt,[1]) und dieser müßte die Ausübung der Zollhoheit dort selbst übernehmen, oder Herrn Lüderitz hierzu ermächtigen; das Nähere würde gleichfalls im Vertrage festzusetzen sein.

Herr Lüderitz fühlt sich in dem Genuß seines Eigenthums, auf dessen Erwerbung und für dessen erste Benutzung er bisher schon über eine halbe Million Mark aufgewandt hat, solange nicht frei und sicher, als er Beeinträchtigungen von Seiten der Engländer in Capstadt besorgen muß.

1. Es dürfte hiernach vor Allem darauf ankommen, die großbritannische Regierung, welche uns jede Antwort auf die Frage nach der Berechtigung ihrer Ansprüche schuldig geblieben ist, unter Mittheilung beglaubigter Abschriften von den die Rechte des p. Lüderitz nachweisenden Urkunden, durch den kaiserlichen Botschafter davon in Kenntniß zu setzen, daß wir die Voraussetzungen, unter welchen seiner Zeit Herrn Lüderitz der Schutz des Reichs für ein außerhalb der Jurisdiction irgend einer anderen Macht zu begründendes Unternehmen zugesagt wurde, als erfüllt erachten.

2. Sollten Ew. Durchlaucht geneigt sein, dem Gedanken wegen Verleihung einer der Form der englischen „Royal Charter" nachzubildenden Concession näher zu treten, so könnte hierüber vielleicht zunächst vertraulich mit dem Reichs-Justizamt conferirt werden?[2])

3. Um bei der ersten sich bietenden Gelegenheit unser Interesse für das Gedeihen dieser deutschen Unternehmung an

---

[1]) Unter deutschem Schutz?

[2]) Ja.

Ort und Stelle erneut zu bekunden, könnte die Corvette „Leipzig", welche demnächst auf der Heimreise von Ostasien in Capstadt anlegt, beauftragt werden, in Angra Pequena zu kurzem Besuch anzulaufen.[1])

Darf die Kaiserliche Admiralität ersucht werden, dies zu veranlassen?[2])

21. September: Die „Hamb. Nachr." (No. 221 A.-A.) schreiben:

Die „Nat. Ztg." schreibt:

Um den, in gewissen Blättern immer wiederkehrenden, willkürlichen und übertriebenen Schätzungen des vom Fürsten von Bismarck hinterlassenen Vermögens und den dazu beliebten Commentaren entgegen zu treten, sind wir von bestunterrichteter Seite zu der Mittheilung ermächtigt, daß das ganze Capital- und Baarvermögen des Nachlasses noch nicht zweieinhalb Millionen Mark betragen hat, und daß er für die Erben mit bedeutenden jährlichen Leistungen und Abgaben belastet ist. An Pretiosen sind nur mehrere Orden in Brillanten und eine Anzahl unveräußerlicher silberner Schaustücke vorhanden, deren Geldwerth insgesammt erheblich unter 150000 Mark angenommen ist.

Wir können diese Mittheilungen nach eingezogener Erkundigung als authentisch bezeichnen.

13. October: Die „Hamb. Nachr." (No. 241 M.-A.) schreiben:

Fürst Bismarck über die anarchistischen Verbrechen.

Die socialdemokratische und gesinnungsverwandte Presse sucht zu beweisen, daß die Ermordung der Kaiserin von Oesterreich weder den Anarchisten, noch deren Vorfrucht, der Socialdemokratie, zur Last zu legen sei; der Verbrecher habe als „geisteskrankes Individuum", losgelöst von allem Parteizusammenhange, gehandelt. Dieses alte Lied kennen wir von Caserio her; es macht auf Niemanden mehr Eindruck. Selbstverständlich müssen die Parteien, die dem Mörder nahestehen, versuchen, ihn von ihren Rockschößen abzuschütteln, da sie sonst für seine That verantwortlich gemacht werden würden. Ableugnung beweist also hier gar nichts. Alle Gründe sprechen dafür, daß Luccheni, ebenso wie Caserio, als „zielbewußter Anarchist", gleichsam als Vollstrecker des Willens seiner Partei, das Verbrechen begangen hat. Der Einwand, daß die That unmöglich einen anarchistischen Charakter tragen könne, weil sie gegen eine Frau gerichtet gewesen sei, die dem politischen Leben völlig ferngestanden habe, hat der Mörder selbst durch die

[1]) Besser vielleicht noch Vertrag mit dem Häuptling.

[2]) Ja.

Aussage widerlegt, daß es ihm und seiner Partei lediglich darauf angekommen sei, wieder einmal ein „Beispiel" zu geben, und daß, wenn alle Anarchisten ihre „Pflicht" thäten, wie er die seinige gethan habe, die bürgerliche Gesellschaft schnell verschwunden sein würde. Wir haben es sonach thatsächlich mit einem anarchistischen Verbrechen zu thun. Ob es ausdrücklich von der Partei beschlossen worden war oder nicht, ist belanglos. Wenn es nicht der Fall gewesen sein sollte, so bleibt die That Luccheni's immer ein Ausfluß der social-revolutionairen Verhetzung, die in den meisten Ländern ungestraft öffentlich betrieben werden darf und in unklaren Köpfen leicht verbrecherische Ideen erzeugt. Setzen diese sich in Thaten um, so hören die Hetzer und Aufreizer mit stiller Genugthuung davon, verzeichnen sie im Revolutionskalender unter den Großthaten der Menschheit — und waschen im Uebrigen ihre Hände in Unschuld. Ist es nicht, fragt ein Berliner Blatt mit vollem Recht, endlich einmal an der Zeit, daß diesen Verführern und Volksverderbern ihr Handwerk gelegt wird? Wer den Umsturz alles menschlichen und göttlichen Rechts predigt, wer sich selbst außerhalb jeder Rechtsordnung stellt, der darf — diese Ansicht haben wir in zahlreichen Artikeln im Sinne des Fürsten Bismarck stets vertreten — sich nicht beschweren, wenn zu seiner Unschädlichmachung die schärfsten Mittel angewendet werden. Auch wir hoffen, daß die neue Freveltat die Gesetzgeber aller Staaten aufrüttelt, daß sie sich endlich ermannen, um solchen fluchwürdigen Verbrechen vorzubeugen. Wir erwarten namentlich, daß man sich in Deutschland entschließt, die Quelle der Umsturz-Ideen, welche in ihrer letzten Consequenz zu Verbrechen wie die des Caserio und des Luccheni führen, nach Möglichkeit zu verstopfen. Diese Quelle aber ist die Socialdemokratie.

Diese Ansicht wurde von keinem Geringern als von dem großen Kenner aller menschlichen und politischen Entwickelung, dem Fürsten Bismarck getheilt. In einem Gespräche, das er im Jahre 1894, bald nach der Ermordung Carnots, mit dem Vertreter unseres Blattes führte, sagte er u. A., daß wenn man psychologisch nach dem Ursprunge der Secte der Anarchisten suche, man nothwendig auf den Nährboden der Socialdemokratie stoßen müsse, von dessen Vegetation sie sich abzweige, je nachdem wie es die Kräftigkeit der Förderung seitens der Lehrer und Führer einerseits, und die Empfänglichkeit und die Triebkraft des Belehrten und Verführten andererseits mit sich bringe. Jedenfalls habe man in Europa vor der Eindringung der Socialdemokratie solche sectenhaft und genossenschaftlich auftretende terroristische Mord- und Verbrechenepidemie wie die anarchistische nicht gekannt. Der Zusammenhang sei unverkennbar.

Außerdem vertrat der Fürst die Ansicht, daß es sich bei dem anarchistischen Verbrechen um eine ansteckende Krankheit handele, bei der häufig Eitelkeit und Ruhmbedürfniß wirksam seien. In dieser Beziehung machte er folgende Ausführungen, die wir seinerzeit — wie immer, ohne ihre illustre Herkunft direct bezeichnen zu können — mitgetheilt haben. Namentlich der Südländer, so äußerte der Fürst, habe ein solches Bedürfniß nach Eindruck und momentaner Anerkennung, daß ihm die Zeit, die zwischen seinem Verbrechen und der Hinrichtung auf dem Schaffot vergehe, wo er den Mittelpunkt des Interesses bilde, eine hinreichende Entschädigung für den Verlust des Lebens dünke. Aehnliches sei auf der besseren Seite der menschlichen Leidenschaften analog der Fall, namentlich in Frankreich. Um nur ein Beispiel anzuführen, erinnerte der Fürst an den bekannten Vorgang der Erstürmung der Brücke, die später Pont d'Arcole genannt worden sei. Dieser Sturm habe in der Weise stattgefunden, daß die ersten Angreifer hätten fallen müssen, sobald die Brücke unter Feuer gelegen habe. Der Erste, der geblieben, sei ein Schüler der école polytechnique Namens Arcole gewesen und nach ihm, nicht nach der Schlacht von Arcole, heiße die Brücke. Er habe den Nachruhm mit den wenigen Secunden bezahlt, die zwischen dem Moment, wo er die Fahne zum Sturm ergriffen habe, und dem Moment gelegen hätten, wo er, unter den Kugeln zusammenbrechend, seiner Umgebung zugerufen habe: „Souvenez-vous, que je me nomme Arcole!" Durch diese wenigen Secunden habe er sich für das Opfer seines Lebens entschädigt gefühlt. Die Selbstaufopferung Einzelner komme auch im Kriege vor; dort beruhe sie auf höchster Vaterlandsliebe und auf einer Selbstlosigkeit, die nichts mit dem ruhmsüchtigen verbrecherischen Wahnsinn der anarchistischen Selbstvernichtung gemein habe.

Besonders interessant war die Parallele, die Fürst Bismarck zwischen den Anarchisten und der indischen Mordsecte der Thugs zog. Ihr Beispiel sei lehrreich. Im Jahre 1831 habe der englische Generalgouverneur von Indien Lord William Bentinck erste Maßregeln gegen sie ergriffen, und bereits im Jahre 1835 wären über 1500 Personen als Thugs verurtheilt gewesen. Die bloße Zugehörigkeit zu dieser Secte habe den Grund zur Verurtheilung gebildet. Daß die Engländer, die sonst so gern als die „bevorrechtigtsten Vertreter der Humanität" gefeiert würden, mit dieser Secte kurzer Hand aufgeräumt hätten, indem sie einfach alle Individuen, die dazu gehörten, ohne daß sie ein bestimmtes Verbrechen begangen hatten, hinrichteten, erscheine bemerkenswerth; die Engländer hätten in Erfüllung der Aufgaben gehandelt, die ihrem Schutze übergebenen Mitmenschen gegen

Meuchelmord zu sichern, und seien dabei vor keinem Mittel zurückgeschreckt.

Der Fürst ging dann auf die russischen Nihilisten über. Sie gehörten nach seiner Ansicht in die nämliche Kategorie. Junge Leute, meist einer bestimmten Geistesdisposition angehörig, würden durch Erziehung und Umgang so beeinflußt, daß ihnen der Mord im Allgemeinen und der politische Mord im Speciellen als Zweck des Lebens erscheine, für den sich aufzuopfern sie bestimmt seien. In Rußland reiche die Zugehörigkeit zu der Secte der Nihilisten, wenn sie nachgewiesen werde, hin, die Betheiligten in Sibirien unschädlich zu machen; die 6000 bis 10,000 Werst, die zwischen Sibirien und dem europäischen Rußland lägen, würden als ebenso wirksame Schutzmittel angesehen wie die Todesstrafe, die Verbannung nach Sibirien sei für die Betheiligten auch kaum angenehmer.

Höchste Beachtung verdient, was Fürst Bismarck über die Bekämpfung der anarchistischen Epidemie sagte:

„Zum Schutze der verbrecherisch bedrohten Menschheit ist jedes energische Mittel ebenso indicirt wie gegen jede andere ansteckende Krankheit oder Landplage. Der modernen Mördersecte gegenüber befindet sich die menschliche Gesellschaft im Zustande der Nothwehr. Wer in der Nothwehr tödtet, kann sich nicht fragen, ob seine Handlung ein Act der Gerechtigkeit ist. Sein Bedürfniß ist eben, sich zu vertheidigen. Ist nicht die staatliche Gesellschaft den Anarchisten gegenüber in der Lage des friedlichen Mannes, der durch Angriffe in den Stand der Nothwehr versetzt wird, und der sich wehrt, wie er kann? Wenn ein Gewalthaber, König oder Dictator, sich die Berechtigung beilegt, die Leute, die ihm gefährlich sind, ohne Weiteres aus der Zahl der Lebenden zu streichen, wie das in der Geschichte vorgekommen ist, so bezeichnet man ihn und seine Schergen als Bluthunde. Sind nicht die anarchistischen Mörder in der analogen Lage, und verdienen sie nicht diese Bezeichnung, welche wir in der Presse zu schüchtern sind, ihnen zu geben?"

Dann kam der Fürst wieder auf den Vergleich zwischen den Thugs und den Anarchisten zu sprechen und schloß: „Die Bildung der Thugs und ähnlicher Secten im Orient fand innerhalb von Volksgebilden statt, wie sie in Europa heutzutage nicht existiren. Wir haben es mit einer in der Christenheit neuen Krankheitserscheinung zu thun. Will man sie bekämpfen und heilen, so wird man zu neuen Mitteln greifen müssen." Der Fürst meinte dies, wie er hinzufügte, nicht in Bezug auf die Massen der Verführten, sondern in Bezug auf ihre Irrlehrer und Führer. Die Ermittelung und Feststellung derselben scheine ihm eine Aufgabe der politischen Wissenschaft und der Bethätigung ihrer Lehren zu sein.

Diese Aeußerungen des Großmeisters der modernen Staatskunst sind über 4 Jahre alt. Was ist bisher geschehen, um die Aufgabe zu erfüllen, die Fürst Bismarck hier gestellt hat? Was ist namentlich geschehen, um den Irrlehrern und Führern das Handwerk zu legen, welche unablässig bemüht sind, die Bevölkerung mit social-revolutionairen Ideen zu vergiften. Es wird uns interessant sein, hierüber von competenter Seite belehrt zu werden.

30. October: Oeffentliche Danksagung des Fürsten Herbert Bismarck:

Schönhausen, 30. October 1898.

Seit der für die ersten Beileidsbezeugungen veröffentlichten Danksagung sind mir zumeist aus fernen Gegenden zahllose weitere Kundgebungen von treuer Theilnahme an dem Hinscheiden meines Vaters zugegangen, denen auch jetzt noch fast täglich neue folgen.

Ich kann es mir nicht versagen, an dem heutigen Tage, der das erste traurige Vierteljahr zum Abschluß bringt, allen Denen noch besonders zu danken, die aus der Fremde und vielfach in schönen feierlichen Schriftstücken ihre Mitempfindung zum Ausdruck gebracht haben. An erster Stelle sind es Vereinigungen Deutscher in den großen Städten und Centren Nord- und Südamerikas, in Australien, Neuseeland, Südafrika, welche meines Vaters und seiner Hingabe für das Vaterland in patriotischer Weise gedacht haben. Da die Bethätigung meines Dankes an jede Adresse leider undurchführbar sein wird, so bitte ich unsere Landsleute, die in weiter Ferne mit den Hinterbliebenen trauern, ihnen auf diesem Wege sagen zu dürfen, wie wohlthuend uns ihre warme Theilnahme gewesen ist.

H. Bismarck.

2. December: Die „Ham. Nachr." (No. 282 M.-A.) schreiben:

Die Memoiren des Fürsten Bismarck.

Wir haben im vorgestrigen Abendblatt versucht, den ersten Eindruck der „Gedanken und Erinnerungen des Fürsten Bismarck" zu schildern und uns eine eingehendere Würdigung des großen welthistorischen Werkes bis nach erfolgtem sorgsamstem Studium desselben vorbehalten. Schon heute indeß stellt sich nach weiterem Eindringen in die Offenbarungen des Bismarckschen Geistes das Bedürfniß ein, wieder von ihnen zu unseren Lesern zu sprechen;

auch die curſoriſche Durchſicht des Inhalts wirkt ſo faſcinirend, daß man in Gefahr geräth, die Tagespolitik total darüber zu vergeſſen. Vor dem Athem der großen Vergangenheit, der uns aus dieſen beiden Bänden entgegenweht, vor dem blendenden Lichte, das ſie ausſtrahlen, vergeht und verblaßt alles, was ſonſt das Intereſſe feſſelt. Immer mehr treten aber auch die Schwierigkeiten hervor, dieſem Werke durch eine „Beſprechung“ auch nur annähernd gerecht zu werden. Das Maſſiv des Mont Blanc in allen ſeinen Structuren mit dem Centimetermaß auszumeſſen, iſt ein Kinderſpiel gegen dieſe Aufgabe. Die Fülle tiefer Weisheit und ſtaatsmänniſcher Urtheile iſt ſo überwältigend groß, daß es auch den berufenſten Federn nicht gegeben ſein wird, ſo bald das Facit der „Gedanken und Erinnerungen“ zu ziehen. Dieſe Auffaſſung wird von allen gebildeten Leuten, die ſich je mit Politik beſchäftigt haben, getheilt; ſie ſpiegelt ſich in der Preſſe, die für die gebildeten Stände ſchreibt, allgemein wieder, und der Ausdruck der Empfindungen, mit denen jeder gute Deutſche an das Studium des Werkes herangeht, wird begreiflicher Weiſe durch die weihevolle Stimmung beeinflußt, von der noch heute, wenige Monate nach dem Tode des Fürſten, alle Patrioten erfüllt ſind.

Aber in die vollen harmoniſchen Accorde, die uns aus der vaterländiſchen Preſſe bei ihrer vorläufigen Würdigung des Werkes zum Ruhme und zur Ehre des großen Verfaſſers entgegentönen, miſchen ſich — leider müſſen wir ſagen: natürlich — ſchrille Diſſonanzen aus der Richtung der demokratiſchen und ſocialiſtiſchen Organe. Dieſe Blätter können den glühenden Haß, den ſie gegen den Schöpfer der deutſchen Einheit bei deſſen Lebzeiten empfunden haben, auch dem verklärten Nationalhelden gegenüber nicht überwinden und ſich der Größe beugen. Dieſe über das Grab hinausgehenden Verſuche, den Fürſten Bismarck zu verkleinern und herabzuwürdigen, ſind beſchämend für unſer Volk, können aber Niemand Wunder nehmen, der gleich uns aus nächſter Nähe die Gehäſſigkeit beobachtet und verfolgt hat, der der heimgegangene große Staatsmann von dieſer Seite auch dann ausgeſetzt blieb, als er aus ſeinen Aemtern ſchied, um procul negotiis in der Stille ſeines Sachſenwaldes ſein Leben zu beſchließen. Auf eine Widerlegung der Ausfälle von dieſer Seite verzichten wir; ſie richten ſich ſelbſt und werden von jedem guten Deutſchen nach ihrem Werthe eingeſchätzt werden.

Die Führung im Chor der Verunglimpfer des großen Todten nimmt natürlich das Richterſche Blatt, und zwar in einer Weiſe, die ſogar das Verwundern der „Germania“ erregt. Wir wollen uns gegenüber der häßlichen Tonart, in welche die „Freiſinnige Zeitung“ und ihre Berliner Geſinnungsgenoſſen verfallen, nur auf

die Bemerkung beschränken, daß die Archive, wenn sie dermaleinst ohne Einschränkung der Oeffentlichkeit zugänglich werden, alle Angaben des herrlichen Werkes, das Fürst Bismarck unserem Volke hinterlassen hat, vollkommen bestätigen werden. Wenn ferner die radicalen Berliner Blätter dem Zeugniß unseres großen Staatsmannes feuilletonistische Erzählungen Gustav Freytags gegenüberstellen, so liefert dies einen neuen Beweis dafür, wie sehr der Haß bei ihnen die ruhige Ueberlegung beeinträchtigt. Gelangte diese zu ihrem Rechte, so müßten sie das Lächerliche ihrer Gegenüberstellung selbst einsehen. Freytag war gewiß ein guter Patriot und hervorragender Romanschriftsteller; ihn aber der Autorität des Fürsten Bismarck auf dem Felde der Geschichte, die Letzterer selbst in unserer großen Zeit gemacht hat, entgegenstellen zu wollen, ist kindisch. Weniger kindisch als gehässig und böswillig ist es endlich, wenn die „Freis. Ztg." gar mit dem dreibändigen englischen Ergebniß der Fälschungen von M. Busch gegen das classische Werk des Fürsten operiren will. Gegenüber einer solchen Brunnenvergiftung brauchen wir nur auf die früheren Feststellungen unseres Blattes zu verweisen, auf Grund deren wir mit Recht erklären konnten, daß jeder Publicist, der sich den Anschein gebe, das Buschsche Pamphlet ernst zu nehmen, sich auf den moralischen Standpunkt dieses Scribenten hinabschraube. Nach dem von uns seinerzeit reproducirten Artikel der „Leipziger Neuesten Nachr.", in welchem M. Busch nachgewiesen war, daß sein Buch mehrere hundert gröbliche Fälschungen enthielt, war überhaupt nicht anzunehmen, daß irgend eine Zeitschrift, die sich selbst für ernst hielt, noch auf dessen Zeugniß Bezug nehmen konnte. Wenn es die „Freisinnige Ztg." dennoch gethan hat, so hat sie sich damit selbst gerichtet, und wir haben nichts weiter hinzuzufügen.

Das deutsche Volk wird sich durch alle Versuche, den Fürsten Bismarck herabzusetzen, nicht beirren lassen. Es wird die Angriffe und Schmähungen, welche von demokratischer und socialistischer Seite gegen den todten Helden gerichtet werden, noch heftiger abweisen als die Ausbrüche des Hasses und der Voreingenommenheit, welche von dieser Seite bei Lebzeiten des großen Kanzlers gegen ihn gerichtet worden sind. Es wird der bismarckfeindlichen Presse nicht gelingen, die Andacht hämisch zu stören, mit welcher das deutsche Volk vernimmt, was sein großer Held ihm nach seinem Tode noch zu sagen hatte.

28. December: Die „Hamb. Nachr." (No. 303 M.-A.) schreiben:

Die Falksche Veröffentlichung.

In unsrer gestrigen Abend-Ausgabe haben wir die von Dr. Falk publicirten Schriftstücke über seinen Rücktritt vom Cultus-

miniſterium im Jahre 1879 mitgetheilt. Sie beſtätigen, daß nicht entfernt von einer „Preisgabe Dr. Falks zu Gunſten des Centrums durch den Fürſten Bismarck“ die Rede ſein kann, und daß es auf Entſtellung des Sachverhaltes hinausläuft, wenn behauptet wird, Dr. Falk ſei geopfert worden, weil Fürſt Bismarck zum Abſchluſſe des Friedens mit Rom gedrängt habe, um das Centrum für ſeine neue Wirthſchaftspolitik zu gewinnen. Seinem Entlaſſungsgeſuch an den König hat Dr. Falk allerdings eine Motivirung gegeben, auf Grund deren zu behaupten wäre, er habe, wenn nicht lediglich, ſo doch hauptſächlich des kirchenpolitiſchen Friedens halber, für den ſeine Perſon ein Hinderniß geweſen ſei, das Opfer des Rücktritts von ſeinem Miniſterpoſten bringen wollen. Aber es iſt das Schickſal der meiſten Demiſſionsgeſuche, daß die wahren Motive des Wunſches nach Verabſchiedung ungeſagt bleiben oder in den Hintergrund treten müſſen. Sicher iſt, daß damals Empfindlichkeiten und Verſtimmungen auf Seiten Dr. Falks vorlagen, die es begreiflich erſcheinen ließen, wenn ſie Dr. Falk in ſeinem Geſuch an den Monarchen nicht berührte, ſondern es anderweitig motivirte. Er hätte, um der Wahrheit ihr Recht einzuräumen, von ſeiner Behandlung durch die Hofkreiſe, ſoweit ſie von der Kaiſerin Auguſta beherrſcht wurden, ſprechen müſſen: das war unmöglich, und er hätte den Kampf der evangeliſch-conſervativen Kreiſe gegen ſeine Amtsführung berühren müſſen: das war ebenſo wenig möglich aus Gründen, die in der perſönlichen Stellungnahme des Monarchen wurzelten.

Wie dem auch ſei, jedenfalls bezeugen die Veröffentlichungen des Herrn Dr. Falk die Unwahrheit der Behauptung, daß Fürſt Bismarck direct oder indirect ſeinen Rücktritt veranlaßt habe. Im Gegentheil bekunden die Falkſchen Actenſtücke, daß der Fürſt, wie wir neulich ſagten, bemüht geweſen iſt, den Miniſter zu halten, ſo lange es möglich war und dem Wunſch Dr. Falks entſprach. Auf dieſe Bemühungen des Fürſten bezieht es ſich offenbar, wenn Dr. Falk den Fürſten Bismarck in ſeinem Schreiben bittet, die baldige Annahme ſeiner Demiſſion zu befürworten, und wenn er, um den Fürſten dazu zu beſtimmen, hinzufügt, daß bei Hinausſchiebung der erbetenen Allerhöchſten Entſchließung die Differenzen zwiſchen dem Kaiſer und ihm, wie die Dinge leider wieder lägen, in neuer Schärfe hervortreten würden, und daß der Fürſt es begreiflich finden werde, wenn er, Falk, nicht auch unter ſolchen Differenzen aus dem Amte zu ſcheiden wünſche. Dieſe Differenzen bezogen ſich, wie ſchon oben angedeutet, auf die Angelegenheiten der evangeliſchen Kirche. Trotz dieſer Entſchloſſenheit und trotz dieſer Gründe Dr. Falks hat Fürſt Bismarck ihm die Wahl des Zeitpunkts der Demiſſion zum Vorwurf gemacht und damit aber-

mals bewiesen, daß er den Minister nicht weggedrängt, sondern so lange als möglich zu halten versucht hat.

Fürst Bismarck befürchtete von dem Falkschen Rücktritt, man werde ihm, Bismarck, „Aufgabe der Position gegen Rom", resp. „Verschacherung" Falks an das Centrum „für 30 Silberlinge vorwerfen". Deßhalb wünschte er von Dr. Falk einen Brief, welcher eine Bescheinigung der Aussprache über die Gesichtspunkte enthielt, die für Falks Rücktritt maßgebend gewesen seien. Diesen Brief hat ihm Falk geschrieben und darin nachdrücklich gegen die Auffassung protestirt, daß sein Entlassungsgesuch mit Verhandlungen in Beziehung stehe, die der Fürst hinsichtlich der im Reichstage schwebenden Fragen mit der Centrumsfraction gepflogen habe, oder darauf beruhe, daß Fürst Bismarck den grundsätzlichen Standpunkt aufgegeben hätte, welchen er Rom gegenüber inne gehalten habe. Dr. Falk bekundet vielmehr ausdrücklich, daß er mit der Einreichung seines Gesuches nur einen seit längerer Zeit feststehenden Entschluß ausgeführt habe, der sich auf die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit seiner ministeriellen Stellung gegründet hätte, und daß er den damaligen Zeitpunkt aus einem Grunde zu wählen gezwungen gewesen sei, der zwar auf amtlichen Gebieten beruhe, aber weder mit der römischen Frage noch mit der Person des Fürsten Bismarck im Entferntesten zu thun gehabt habe. Wir denken, das sollte genügen, um alle entgegengesetzten Behauptungen ein für allemal zu entkräften.

Dr. Falk führt als Hauptmotiv für sein Rücktrittsgesuch an, daß er in die ganze damalige Lage nicht mehr als Minister hineinzupassen glaube. Das entsprach sicherlich seiner Ueberzeugung, aber wir glauben, daß sich bei ihm das Gefühl, nicht mehr in die Situation hineinzupassen, damals nicht in solcher Schärfe geäußert haben würde, wenn nicht die Empfindlichkeit hinzugekommen wäre, die, wie wir schon erwähnt haben, seine Behandlung am Hofe in ihm hervorgerufen hatte, und wenn die Schwierigkeiten nicht obgewaltet hätten, die der Minister innerhalb des Gebietes des evangelischen Glaubens fand. Die Beschaffenheit der damaligen politischen Lage, die eingetretenen und die bevorstehenden Wandlungen, hätten vielleicht nicht ausgereicht, Herrn Dr. Falk schon im Juni 1879 zum Gehen zu bewegen, um so weniger, als er den Fürsten Bismarck hinter sich hatte. Aber diese Gründe trafen, wie gesagt, mit starker persönlicher Verstimmung zusammen, über deren Berechtigung wir nicht zu urtheilen haben. Das gab den Ausschlag. Richtig dagegen ist, daß abgesehen von den Differenzen mit den Hofkreisen noch der Umstand zur Demission bewog, daß die Alt- und Hochconservativen und auch andere Conservative die Kirchen- und Schulpolitik Falks bekämpften und seine Stellung unhaltbar machten.

Alles in Allem genommen glauben wir, daß, wenn Dr. Falk früher ging, als er mußte und als dem Fürsten Bismarck erwünscht war, er, zum Theil wenigstens, persönlichen und psychologischen Antrieben gefolgt ist, über die mit ihm nicht zu rechten ist.

30. December: Die „Hamb. Nachr." (No. 305 A.-A.) schreiben:

Die Falkschen Veröffentlichungen und die gegnerische Presse.

Die von der clerico-demokratischen Presse fortgesetzt unternommenen Versuche, die Veröffentlichungen des früheren Cultusministers Dr. Falk gegen den Fürsten Bismarck, resp. gegen die entsprechenden Angaben in dessen „Gedanken und Erinnerungen" auszunutzen, sind völlig mißlungen. Ein anderes Ergebniß war nicht zu erwarten. Wir haben sofort nach Ankündigung der Falkschen Veröffentlichungen es als unsere Ueberzeugung ausgesprochen, daß dadurch die Richtigkeit der Darstellung des Fürsten Bismarck, wie sie in den Memoiren und in früheren Artikeln der „Hamburger Nachrichten" enthalten sei, lediglich bestätigt werden würde. Wir hatten Grund zu der Annahme, daß Dr. Falk, als der loyale Charakter, der er stets gewesen ist, die Stelle in dem Werke des Fürsten Bismarck (Band II S. 131):

> „Alle Erzählungen, nach denen ich ihn (Falk) aus dem Amte verdrängt haben soll, beruhen auf Erfindung, und ich habe mich gewundert, daß er selbst ihnen niemals in der Oeffentlichkeit widersprochen hat, obschon er mit mir stets in befreundeten Beziehungen geblieben ist"

als Appell an sich aufgefaßt hat und deshalb mit seiner Veröffentlichung jetzt hervorgetreten ist, in der richtigen Annahme, daß diese die Angaben des Fürsten Bismarck nur „ergänze und bestätige." Verhielte es sich anders, so hätte Dr. Falk zu seiner Publication nicht gerade den Zeitpunkt unmittelbar nach Erscheinen des Werkes gewählt, worin Fürst Bismarck die freundschaftlichen Beziehungen hervorhebt, in denen er immer zu Dr. Falk gestanden hat.

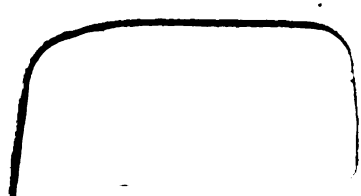
Daß die Unannehmlichkeiten, denen Herr Dr. Falk durch unfreundliche Handbillets des Kaisers und durch das Verhalten der Kaiserin Augusta ausgesetzt war, ihn schon lange vor den 1878er Attentaten gereizt und erbittert hatten, weiß jeder Eingeweihte, und Fürst Bismarck hat es schon bei seinen Lebzeiten öfters ausgesprochen, daß Falk durch das Verhältniß, in das er zum Oberkirchenrath, zu Hofpredigern u. s. w. gedrängt worden war, amtsmüde geworden sei. Herr Falk hat vor dem Sommer 1878 mehr als einmal dem Fürsten Bismarck angezeigt, daß er nicht Minister bleiben könne; Briefe darüber werden sich voraussichtlich im

Nachlaß des Fürsten finden. Was zwischen beiden Männern mündlich in dieser Richtung gesprochen ist, wird selbstverständlich der Oeffentlichkeit niemals bekannt werden, und auch in den jetzigen Veröffentlichungen hat Dr. Falk, ebenso wie Fürst Bismarck in seinem Werke, sich diejenige Zurückhaltung auferlegt, die sein vornehmer Charakter, sein Patriotismus und seine hohe amtliche Stellung ihm vorgeschrieben. Trotzdem sagt er in beiden Briefen an den Fürsten Bismarck, daß dessen Stellung in der römischen Frage gar nichts mit seinem, Falks, Abschiedsverlangen zu thun gehabt habe.

Es macht einen kläglichen Eindruck, wenn Leute wie der Abg. Richter, die nichts als sterile Berufsparlamentarier sind und über die wirkliche Zeitgeschichte, welche über sie hinweggeht, höchst oberflächlich und vielfach falsch unterrichtet sind, über Staatsschriften wie die „Gedanken und Erinnerungen" und Dr. Falks Publicationen mit einem Aplomb aburtheilen, wie er nur der mit Dreistigkeit gepaarten Beschränktheit innewohnt. Besonders unangenehm berührt dabei der vulgäre Ton, in den die „Freisinnige Ztg.", den Lebensgewohnheiten ihres Begründers entsprechend, regelmäßig verfällt, wenn es sich um das Andenken unseres großen Nationalhelden handelt. Nun, die richtige Einschätzung dieses Verhaltens hat ja vor Kurzem ein Gedicht des „Kladderadatsch" gegeben!

Daß es den freisinnigen Herren höchst unangenehm ist, wenn ihr Verhalten seit 1878 immer wieder in das wahre Licht gerückt wird, glauben wir gerne. Nichts ist ihnen unerwünschter als die Hervorhebung der Wahrheit, daß es die Desertion der Fortschrittspartei mit ihrem Worthelden Virchow an der Spitze war, welche zum Abbruch des Culturkampfes nöthigte und dem Centrum die ausschlaggebende Stellung garantirte, die es voll erst seit 1890 inne hat. Wir empfehlen bezüglich dieser Vorgänge dringend die Lectüre des ganzen vierundzwanzigsten Capitels der „Gedanken und Erinnerungen". Es heißt dort (Band II S. 134) u. A.: „Nachdem die Freisinnigen den von ihnen mehr wie von mir betriebenen „Culturkampf", dessen Vorkämpfer Virchow und Genossen gewesen waren, nicht nur aufgegeben hatten, sondern im Parlament wie in den Wahlen das Centrum unterstützten, war letzterem gegenüber die Regierung in der Minorität. Der aus Centrum, Fortschritt, Socialdemokratie, Polen, Elsässern, Welfen bestehenden compacten Mehrheit gegenüber war die Politik Falks im Reichstage ohne Aussicht. Ich hielt um so mehr für angezeigt, den Frieden anzubahnen, wenn die Schule gedeckt, die Verfassung von den aufgehobenen Artikeln und der Staat von der katholischen Abtheilung befreit blieb."

Diese ruhige Schilderung des Kampfes und seiner Ergebnisse hat auch die schreibenden Capläne des „Westf. Merk." in solche Aufregung versetzt, daß sie die Weihnachtszeit zur öffentlichen Verunglimpfung und Herabsetzung des todten Löwen verwerthen. Es sind eben die alten Feinde, die Fürst Bismarck Zeit seines Lebens im Interesse unseres Vaterlandes bekämpft hat, die sich auch jetzt zusammenfinden, um ihn anzugreifen und sein Andenken herabzusetzen. Wir brauchen uns mit diesen häßlichen Erscheinungen weiter nicht zu beschäftigen, nachdem wir unsere Meinung darüber schon in der Morgenausgabe vom 28. December ausgesprochen haben. Solche Zeitungsartikel, wie die „Freisinnige Ztg.", der „Westf. Merk." und andere Blätter ejusdem farinae sie leisten, sind ephemere Producte bedeutungsloser Partheischreiber, das Werk des Fürsten Bismarck aber bleibt aere perennius. Viele Generationen werden daraus Belehrung und Anregung schöpfen, später aber erst wird staunend erkannt werden, wie zutreffend seine Schilderungen und mit welcher Maßhaltung sie abgetönt sind.

Druck von Hugo Willisch in Chemnitz.

MAY 5 - 1961